



Pressespiegel 2004 – 2007

Kurt Höller

**Landesvorsitzender des
RCDS in Bayern e.V.**

Übersicht:

- 26.05.2007: „**Höller** war der 43. und längste“ (BK)
- 26.05.2007: „Direkt und effektiv“ (BK)
- 26.05.2007: „Stabwechsel bei Unions-Studenten“ (BK)
- 11.05.2007: Landtag Intern (MM)
- 20.04.2007: Uni-Gebühr bringt 74 Millionen Euro (SZ)
- 31.03.2007: „Nicht für die Heizung“ (BK)
- 27.03.2007: Studiengebühren: Uni will Millionen horten (MM)
- 15.03.2007: Der **RCDS** erwacht zu neuem Leben (PNP)
- 20.01.2007: **CSU**-Spitze rechnet mit Kampfkandidatur (Welt)
- 20.01.2007: Mehrheit des **CSU**-Präsidiums für Erwin Huber (MM)
- 23.12.2006: Aktive Studenten (BK)
- 06.12.2006: "Union muss das Profil schärfen" (PNP)
- 02.12.2006: Schule und Hochschule (BK)
- 25.11.2006: Vertreter der Studenten (BK)
- 04.11.2006: Nach Leistung bezahlen (BK)
- 23.10.2006: "Wir müssen alles rausholen, was nichts kostet" (PNP)
- 04.08.2006: Studiengebühren (Spiegel online)
- 12.07.2006: Prof. Schweitzer will eine Milliarde zusätzlich (PNP)
- 05.07.2006: "Ich halte nichts von pauschalen 500 Euro" (NZ)
- 27.06.2006: Herrmanns Stimme für FH-Ausbau und Anna Eder (PNP)
- 02.06.2006: Neu gegründet und anerkannt (MP)
- 29.05.2006: Mettener bekunden in Rom Verbundenheit mit "ihrem" Kardinal (PNP)
- 27.05.2006: Europa als Chance für Studenten (BK)
- 22.05.2006: **RCDS** sieht Europa als Chance (PNP)
- 22.05.2006: Studenten fordern Vernetzungsprogramme (ST)
- 20.05.2006: "Europa hat Antworten auf Herausforderungen" (PNP)
- 18.05.2006: **RCDS Bayern** fest in Altmettener (PNP)
- 17.05.2006: **RCDS** Passau trifft Minister Goppel (PNP)
- 17.05.2006: Bamberger an **RCDS**-Spitze (FT)
- 13.05.2006: Bildungspolitik der Zukunft (BK)
- 13.05.2006: Heftiger Schlagabtausch (SZ)
- 11.05.2006: Stephan Rabl im **RCDS**-Vorstand (PNP)
- 10.05.2006: Podiumsdiskussion über Studiengebühren (SZ)
- 06.05.2006: Aktive Hochschulpolitik (BK)
- 04.04.2006: Frühjahrsputz des **RCDS** (NN)
- 08.03.2006: Hochschul-Notizen (MP)
- 06.03.2006: Neller will gegen Raumnot der Universität ankämpfen (FT)
- 21.01.2006: Haase verlangt mehr Freiheit (MP)
- 18.01.2006: Hochschul-Notizen (MP)
- 10.12.2005: AKTION DER WOCHE: Unterstützungs-Website (BK)
- 01.10.2005: Bewertung von Professoren (BK)
- 13.08.2005: **RCDS** ist mit neuem Gesetz sehr zufrieden (BK)
- 29.07.2005: **Kurt Höller** bleibt **RCDS**-Chef (DZ)
- 19.06.2005: Politik, wir kommen! (BamS)
- 16.06.2005: Wahlkampfteam der Jungen Union (PNP)
- 06.06.2005: Zwei weitere Altmettener in der **RCDS**-Vorstandschaft (PNP)
- 16.04.2005: Profil durch Autonomie (BK)

- 16.04.2005: Wenn Geld den Unis bleibt (BK)
- 12.04.2005: Keine Mitsprache für Studenten (MM)
- 16.03.2005: Frage nach Studiengebühren spaltet Studentenschaft (NZ)
- 29.01.2005: Kampagne (BK)
- 24.01.2005: Goppel: "Es ist Mode geworden, uns krank zu reden" (PNP)
- 15.01.2005: Studentenvertreter warten ab (PNP)
- 10.01.2005: Geld soll an Uni bleiben (BK)
- 05.01.2005: **Höller** und Gübner in **CSU**-Arbeitskreis gewählt (NZ)
- 18.12.2004: Kluge Köpfe braucht das Land (EN)
- 15.12.2004: Studiengebühren zur Qualitätssteigerung (FT)
- 11.11.2004: Für Organspende (EN)
- 18.09.2004: **RCDS**-Klausur (BK)
- 16.09.2004: **Bayerns** Kultusministerin beim **RCDS** in Metten (Da)
- 13.09.2004: Hohlmeier: Wissen für das Leben vermitteln (DA)
- 13.09.2004: Studium muss auf wachsende Anforderungen reagieren (DZ)
- 11.09.2004: **RCDS**-Klausur (DA)
- 11.09.2004: Hochschulpolitik aus dem Kloster Metten (PNP)
- 11.09.2004: **RCDS**: Klausurtagung im Kloster Metten (PNP)
- 08.09.2004: Monika Hohlmeier im Kloster Metten (DA)
- 07.09.2004: Monika Hohlmeier am Freitag bei Klausurtagung im Kloster Metten (DA)
- 31.08.2004: Kultusministerin diskutiert in Metten über Schule im 21. Jahrhundert (DZ)
- 05.08.2004: Grenzenlos (baj)
- 10.07.2004: „Jeder Student muss sich bewerben“ (BK)
- 03.06.2004: Ziel: Sieg bei den Hochschulwahlen (FT)
- 03.06.2004: Für Begabten-Förderung (EN)
- 29.05.2004: Junge Union legt erfolgreiche Bilanz vor (PNP)
- 11.05.2004: **JU**- Kreisverband niederbayernweit auf Platz 3 (PNP)
- 27.04.2004: **Kurt Höller** im **CSU**-Vorstand (PNP)
- 27.02.2004: Altmettener **Höller** neuer **RCDS**-Chef (PA)
- 26.02.2004: **Kurt Höller** will bei Hochschulpolitik mitreden (PNP)
- 17.02.2004: Aufbaustudiengang "Schulmanagement" gefordert (PNP)
- 17.02.2004: **RCDS** Bayern: Neuer Vorsitz (PNP)
- 07.02.2004: Unfeine Methoden - Schiedsgericht erklärt **RCDS**-Wahlen für ungültig (SZ)
- 04.07.2001: Gummibärchen versus Weltrevolution (SZ)

„Höller war der 43. und längste“

(26.05.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

Viele bekannte Persönlichkeiten begannen beim RCDS – Ein Auszug aus 56 Jahren

München – Seit der **RCDS**-Landesverband 1951 gegründet wurde, führten ihn nacheinander 43 Vorsitzende. Grund dieser höheren Fluktuation im Vorstand als bei anderen politischen Organisationen ist die weit kürzere Mitgliedschaft. Selbst das **RCDS**-Mitglied, das zu Studienbeginn beitrifft, verlässt den Verband mit Examen und Berufsstart nach vier bis fünf Jahren wieder. Kein **Landesvorsitzender** seit Anton Jaumann und Albert Englberger (1951 bis 1953) erreichte die Amtsdauer von **Kurt Höller**, dessen dreieinhalb Jahre wohl noch lange ungeschlagen bleiben werden.



* Die Nummer für ein sorgenfreies Studium.

An den Unis sind Ideen gefragt: **RCDS**-Motiv mit gallischen Anklängen.

Viele Vorsitzende des **RCDS Bayern** spielten auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Verband eine wichtige Rolle in der **CSU**. Anton Jaumann war Bezirksvorsitzender in Schwaben und Wirtschaftsminister, Fritz Wittmann Bundestagsabgeordneter und Präsident des Bundes der Vertriebenen, Ursula Männle wurde Staatsministerin, Joachim Herrmann ist heute Vorsitzender der Landtagsfraktion und Dorothee Bär Mitglied des Bundestags. Während ihres Studiums unterstützten aber ungezählte weitere **CSU**-Politiker hochschulpolitisch den **RCDS**. So auch der **CSU**-Vorsitzende Edmund Stoiber an der Münchner Universität.

1961 kam Bundeskanzler Konrad Adenauer zu einer **RCDS**-Kundgebung mit 3000 Teilnehmern nach Würzburg. Damaliger Vorsitzender des Würzburger **RCDS** war der spätere Landesgruppenchef und Bundesminister Wolfgang Bötsch. Ursula Männle berichtet aus ihrer Amtszeit über die Anfänge der Unruhen an den Hochschulen 1967 und dass ihr **RCDS** damals dem Schüler Peter Gauweiler bei seiner politischen Arbeit an der Schule zur Seite stand. Gauweiler vertrat später den **RCDS** an der Uni München.

Zu Beginn der 70er Jahre skandierten die Linken gegen den bayerischen Kultusminister und seine Hochschulreform „Haut den Huber in den Zuber.“ Franz Josef Strauß und sein Generalsekretär Max Streibl versuchten, dem **RCDS** in den harten Auseinandersetzungen mit Spartakus und Roten Zellen den Rücken zu stärken, mit Erfolg: Der **RCDS** gab auch damals nicht auf und zeigte konservativ-liberale Flagge. Vor allem auch immer wieder mit Witz und originellen Ideen. In den 80er Jahren begann der **RCDS** unter Andreas Feser und Wolfgang Wiehle intensive Programmarbeit.

Ingo Sommer

„Direkt und effektiv“

(26.05.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

RCDS-Chef Höller zieht Bilanz

Erlangen – An diesem Wochenende wählt der **RCDS** einen neuen Landesvorstand. Ingo Sommer sprach mit dem scheidenden Landesvorsitzenden **Kurt Höller**, der den politischen Studentenverband seit Februar 2004 führte.

Bayernkurier: Herr **Höller**, wie lautet Ihre Bilanz nach 40 Monaten im **RCDS**-Landesvorsitz?

Kurt Höller: Ich bin froh, dass ich genau in dieser Zeit den **RCDS** führen durfte. In meinem ersten Jahr konnte ich entscheidende Aspekte in der Ausgestaltung der Studienbeiträge wie Kreditmöglichkeiten, variable Höhe für jeden Studiengang, 100-prozentigen Verbleib an der Uni oder die Beteiligung von Studentenvertretern bei der Verteilung mit einbringen. Im zweiten Jahr lag mein Schwerpunkt darin, am neuen Bayerischen Hochschulgesetz mitzuwirken. Autonomie, Eigenverantwortung und Profilbildung waren dabei ebenso Kernziele wie eine Entschlackung der Gesetze, verstärkte Möglichkeiten zur Evaluation und effizientere Neustrukturierung der Leitungsgremien. Das dritte Jahr war auf die Verankerung hochschulpolitischer Schwerpunkte innerhalb der **CSU** konzentriert. Gute Gelegenheiten dazu hatte ich im Rahmen des Leitantes zum **CSU**-Parteitag 2006, der einen Schwerpunkt auf Hochschule, Wissenschaft und Forschung gelegt hat, sowie beim hochschulpolitischen Teil des neuen **CSU**-Grundsatzprogramms, den ich mitschreiben konnte. Direkter und effektiver hätten die

bayerischen Studenten in diesen Jahren mit ihren Veränderungen und Umbrüchen nicht vertreten werden können.

Bayernkurier: Wo sehen Sie aus Sicht der Studenten an den bayerischen Hochschulen Handlungsbedarf?

Höller: Für die nächsten Jahre sehe ich zwei vordringliche Herausforderungen: Zum einen müssen die Hochschulen lernen, die Möglichkeiten des neuen Hochschulgesetzes bestmöglich auszuschöpfen. Das gilt aus studentischer Sicht in erster Linie für den effektiven Einsatz der neu eingeführten Studienbeiträge. Die Studenten erwarten von ihrer Hochschule, dass Verbesserungen durch die Beiträge deutlich spürbar sind, ihre Vertreter an der Verteilung auch tatsächlich beteiligt sind und im Kontext eines neuen Kundenverhältnisses die Möglichkeiten zur Evaluation voll ausgeschöpft werden. Zum zweiten werden sich zu Beginn des nächsten Jahrzehnts aufgrund der demographisch bedingten letzten großen Studentenkohorten und des doppelten Abiturjahrgangs auf einen Schlag etwa ein Drittel mehr Studenten an den Hochschulen einschreiben als bislang. Bis dahin müssen Professoren, Wissenschaftler, Übungsleiter, aber auch Vorlesungssäle und Tutoriumsräume in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Wenn man berücksichtigt, dass die Kapazitäten an den Universitäten bereits jetzt völlig ausgereizt sind, wird der Handlungsbedarf klar.

Bayernkurier: Sie haben sich persönlich intensiv mit dem neuen Grundsatzprogramm auseinandergesetzt.

Höller: Natürlich lag mein persönlicher Schwerpunkt auf dem hochschulpolitischen Teil. Dort konnte ich als Mitglied der Grundsatzkommission in Abstimmung mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und dem Hochschulausschussvorsitzenden Ludwig Spaenle, der auch in vielen anderen hochschulpolitischen Vorhaben engster Mitstreiter war, meine Handschrift hinterlassen. Besonders wichtig war mir dabei, die Grundbedingungen, die ich seinerzeit schon zur Voraussetzung gemacht habe, dass wir die Einführung von Studienbeiträgen unterstützen. Das gewandelte Familienbild der **CSU** spiegelt sich auch im Postulat einer familienfreundlichen Hochschule wieder. Der Kinderwunsch darf einfach nicht in Konkurrenz zu Studium oder Beruf stehen. Bislang ungenügend ausformuliert ist meines Erachtens im Kapitel II die Herausforderung an Bildung und Forschung in einer dem ständigen Wandel unterliegenden globalisierten Welt.

Bayernkurier: Wer waren für Sie die wichtigsten Ansprechpartner aus der Politik?

Höller: Jeglicher Einfluss, den ich und damit der **RCDS** auf die Entscheidungen im Wissenschaftsministerium ausüben konnte, war nur aufgrund des hervorragenden Verhältnisses zu Minister Thomas Goppel möglich. Auch kurzfristigste Termine und Treffen waren kein Problem, wenn es notwendig war: Ein absoluter Glücksfall für den **RCDS** und auch mich in dieser Position. Für die Umsetzungen und neuen Initiativen in den Gesetzgebungsverfahren war auch der direkte Draht zur Landtagsfraktion, insbesondere ihrem Vorsitzenden und auch ehemaligen **RCDS**-Landesvorsitzenden Joachim Herrmann entscheidend.

„Stabwechsel bei Unions-Studenten“

(26.05.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

Vorsitzender Kurt Höller tritt ab – Zukunftsthemen und Grundsätze

Kloster Banz – Innovationen, die Zukunftsaussichten der jungen Generation, Zwischenbilanz nach einem Jahr Bayerisches Hochschulgesetz, die Hochschulen im neuen **CSU**-Grundsatzprogramm und die Neuwahl des Landesvorstands: Ein breites Themenspektrum arbeitet die Jahrestagung des **RCDS** ab, die gestern in Kloster Banz begann.

„Wir wollen das CSU-Programm aus studentischer Sicht beleuchten“, sagt Landesvorsitzender Kurt Höller aus Erlangen. Der 27-jährige Niederbayer wurde als Student gewählt, ist inzwischen fertiger Diplomingenieur und arbeitet an der Universität Erlangen an einer medizintechnischen Dissertation. Seit er im Februar 2004 den **RCDS**-Vorsitz übernahm, hat sein Studentenverband einiges erreicht und noch mehr in Bewegung gesetzt.



Der bisherige **RCDS**-Vorstand mit **Bayerns** Wissenschaftsminister Thomas Goppel (links)

Nicht selbstverständlich war, dass sich die unionsnahe Organisation für die Einführung von Studienbeiträgen ausgesprochen hat. Aber man sah die Vorteile für bessere Studienbedingungen und Mitsprache bei deren Verwendung. Denn dem **RCDS** unter **Höllers** Führung geht es vor allem um die Hochschulpraxis. Dies zeigte der Verband auch in der Konzeptionsphase für das neue Bayerische Hochschulgesetz. Im Verein mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und den **CSU**-Hochschulpolitikern im Landtag setzte der **RCDS** Verschlinkungen, die Evaluierung und Entbürokratisierungsschritte durch. Und **Höller** fordert selbstbewusst: „Wenn wir als Studenten Studiengebühren bezahlen, haben wir auch einen Anspruch auf exzellente Lehre.“ Ein Anspruch, der von Goppel bestätigt wird. Der **RCDS** bekam auch dann ministerielle Unterstützung, wenn er gegen falsche Mittelverwendung intervenierte. Der Vorsitzende resümiert zum Abschied: „Wir haben in **Bayern** tatsächlich bundesweit mit das beste Modell für Studienbeiträge.“

Überhaupt gibt es für die 1500 bayerischen Mitglieder Anlass, mit der Entwicklung ihres Verbands zufrieden zu sein. Hatte der **RCDS** an den Hochschulen bis in die 90er Jahre mit schier übermächtigen Linken zu kämpfen, erreichen seine 18 aktiven Gruppen heute beachtliche Ergebnisse bei den Hochschulwahlen. Wie der ebenfalls scheidende Landesgeschäftsführer Frank Gübner mitteilt, schaffte die Regensburger **RCDS**-Gruppe mit 46 Prozent das Spitzenresultat. Und in Würzburg stellt der **RCDS** einen Sprecherrat. Drei Senatoren vertreten ihre Kommilitonen an den Unis Eichstätt und Regensburg sowie an der Münchner Hochschule für Politik. Auch die Zahl der **RCDS**-Mitglieder in den Versammlungen und Konventen der Hochschulen wächst.

Mit den Studenten diskutieren in Banz Umweltminister Werner Schnappauf, **CSU**-Generalsekretär Markus Söder, Landtagsabgeordneter Ludwig Spaenle und Hans-Peter Niedermeier, Leiter des Förderungswerks der Hanns-SeidelStiftung. Sorge bereitet den **CSU**-nahen Studenten vor allem der absehbare enorme Anstieg der Studentenzahlen in vier Jahren. Dann nämlich trifft zu den tendenziell ohnehin wachsenden Studentenzahlen auch noch der doppelte Abiturienten-Jahrgang aus G 8 und G 9. Vom Freistaat fordert der **RCDS** deshalb, bereits jetzt ausreichende Gelder bereitzustellen, um die Hochschulen zu erweitern und das Personal zu verstärken.

Ingo Sommer

Landtag Intern

(11.05.2007 Kurt Höller) Münchner Merkur

Endlich mal unverfängliche Nachrichten aus Regensburg.

Ein angehender Physiker übernimmt den **RCDS**. Paul Linsmaier (23), Student in Regensburg und Deggendorfs **JU**Chef, soll in zwei Wochen in Banz zum Landesvorsitzenden gewählt werden.

Die der **CSU** nahestehenden Studenten wurden drei Jahre von **Kurt Höller** (27) unter anderem durch die Studiengebühren-Debatte geführt – in **RCDS**-Dimensionen eine halbe Ewigkeit.

Christian Deutschländer

Endlich mal unverfängliche Nachrichten aus Regensburg. Ein angehender Physiker übernimmt den RCDS. **Paul Linsmaier** (23), Student in Regensburg und Deggendorfs JU-Chef, soll in zwei Wochen in Banz zum Landesvorsitzenden gewählt werden. Die der CSU nahestehenden Studenten wurden drei Jahre von **Kurt Höller** (27) unter anderem durch die Studiengebühren-Debatte geführt – in RCDS-Dimensionen eine halbe Ewigkeit. Christian Deutschländer

Münchner Merkur, Seite 4

Uni-Gebühr bringt 74 Millionen Euro (20.04.2007 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Bayerns Studenten müssen zahlen - Staatsminister Goppel zieht erste Semesterbilanz

Von Birgit Taffertshofer

Die Studiengebühren haben allein im Sommersemester 74 Millionen Euro in die Kassen der bayerischen Hochschulen gespült. Damit seien die Prognosen sogar „leicht übertroffen“ worden, sagte Wissenschaftsminister Thomas Goppel, als er am Donnerstag mit Vertretern der Hochschulrektoren eine Bilanz der ersten Erhebung zog. Allerdings ließen sich auch viele Studenten von den Gebühren befreien. Das staatliche Darlehen stieß bisher auf wenig Nachfrage.

Die Studiengebühren von bis zu 500 Euro sind laut dem Wissenschaftsminister trotz Zähneknirschens „hingegenommen“ worden. Klagen und Widersprüche habe es nur in geringem Umfang gegeben. Nach einer Umfrage des Ministeriums haben sich die Studierenden „engagiert und konstruktiv“ in die Diskussionen eingebracht, was mit ihrem Geld geschehen soll.

„Die Behauptung, Studienbeiträge würden potentielle Studierende abschrecken, findet in den aktuellen Zahlen keinerlei Beleg“, betonte Goppel. Die Studentenzahl in **Bayern** sei im Sommersemester zwar um 2,3 Prozent gesunken. Im Wintersemester war die Zahl der Studienanfänger aber um 3,5 Prozent gestiegen. Goppel machte erneut deutlich, dass die Studienbeiträge ausschließlich zur Verbesserung der Studienbedingungen und nicht zum Ausbau der Hochschulen verwendet würden. „Dieser ist und bleibt staatliche Aufgabe.“ Angesichts der steigenden Studentenzahlen sollen bis 2012 38 000 neue Studienplätze entstehen und Gebäude renoviert werden. Dafür sind laut Goppel Investitionen von einer Milliarde Euro notwendig. Am 30. April werde er sein Konzept dem Kabinett vorlegen.

Die Studiengebühren investierten die Hochschulen bisher vor allem in zusätzliches Lehrpersonal, um ein Lernen in kleineren Gruppen zu ermöglichen. Sie erweiterten ihr Bibliotheksangebot sowie die Studienberatung. Außerdem wurden laut Umfrage die IT-Infrastruktur, Hörsaalausstattung und Fachsprachkurse ausgebaut. Für die Verwaltung seien zwischen drei und sechs Prozent der Gesamteinnahmen verwendet worden.

Die Möglichkeit, sich von den Studiengebühren befreien zu lassen, haben viele Studenten in **Bayern** genutzt. Mit elf Prozent machten den größten Anteil Studierende aus Familien mit drei oder mehr Kindern aus, sagte Goppel. Weitere zwei Prozent seien von der Zahlung befreit, weil sie selbst Kinder erziehen. Ein Prozent der Studierenden sei als Härtefall anerkannt worden, insbesondere Studierende mit Behinderung. Weitere neun Prozent der Gebührenzahler seien entfallen, weil sie derzeit beurlaubt sind.

Kaum Interesse zeigten die Studenten bisher an den staatlichen Studienkrediten. Nur 3000 Studierende, also zwei Prozent, haben das Darlehen in Anspruch genommen, deutlich weniger als erwartet. Hochschulrektoren befürchten, dass auf die Staatsregierung rechtliche Probleme zukommen. Denn sie müssen laut Gesetz trotzdem zehn Prozent ihrer Gebühreneinnahmen in einen Sicherheitsfonds stecken. Also fünf Mal so viel als tatsächlich notwendig. Mit diesem Betrag sichert sich der Freistaat dagegen ab, dass Rückzahlungen ausfallen. „Wir werden den Satz an die Entwicklung anpassen, wenn sich dauerhaft abzeichnen sollte, dass die Abführung zu hoch ist“, sagte Goppel. Eine Prüfung sei für 2012 geplant, doch es sei vorstellbar, dass der Termin vorgezogen werde. **Kurt Höller, Hochschulexperte der Jungen Union**, forderte schnellstmöglich Nachbesserungen.

Am Donnerstag protestierten einzelne Studenten vor dem Ministerium in München. „Die Studiengebühren werden dazu missbraucht, finanzielle Löcher zu stopfen“, kritisierte Jonas Bokelmann, Mitglied der Studentengruppe „Der Boykott“. Die Gebührengegner wollen bis zum Wintersemester 10 000 Studenten zum Boykott aktivieren. Argumentative Unterstützung erhalten sie von der Landtagsopposition: „Die Studierenden müssen für das Versagen der Staatsregierung der letzten Jahrzehnte büßen“, betonte die Grünen-Hochschulpolitikerin Ulrike Gote. Die Zahlen belegten sehr wohl die abschreckende Wirkung der Gebühren. „Goppel macht den Studierenden etwas vor“, sagte die SPD-Hochschulexpertin Adelheid Rupp. Die aktuellen Haushaltszahlen sprächen eine andere Sprache.

„Nicht für die Heizung“

(31.03.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

RCDS: Studiengebühren richtig einsetzen

München – Weil der **RCDS Bayern** sich für die Einführung von Studiengebühren stark gemacht hatte, mahnt er jetzt, diese Studentenbeiträge sinnvoll für die Verbesserung der Studienbedingungen zu verwenden. Der Landesvorsitzende der unionsnahen Studentenorganisation, **Kurt Höller**, warnt davor, die Akzeptanz der Eigenbeiträge bei den Studenten zu schwächen.

In Freiburg beispielsweise wollte man mit den Beiträgen Heizkosten bezahlen und die Uni Regensburg plante, aus den Studiengebühren drei Millionen Euro für etwaige Prozesskosten zurückzulegen. **Höller** sagt dazu: „So wird das Geld der Studenten völlig zweckentfremdet.“ Der **RCDS** schlägt deshalb vor, die Studentenvertreter an den Hochschulen nach dem Vorbild der TU München in die Verwaltung und Verwendung der Studiengebühren einzubinden. **Höller**: „Studienbeiträge sind ausschließlich für die Verbesserung der Lehre gedacht.“ Diesen Grundsatz für die Verwendung der Beiträge unterstützt auch Wissenschaftsminister Thomas Goppel.

Studiengebühren: Uni will Millionen horten

(27.03.2007 Martin Degenhardt) Münchner Merkur

Regensburg rüstet sich gegen Prozesse München/Regensburg - An der Universität Regensburg kündigt sich heftiger Krach um die Studiengebühren an. Die Hochschulleitung will über drei Millionen Euro aus den erwarteten Einnahmen horten und vorerst nicht in die Verbesserung der Lehre stecken. Das geht aus internen Unterlagen hervor, die unserer Zeitung vorliegen.

Ab Sommer müssen die Studenten 500 Euro pro Semester überweisen, eine in **Bayern** übliche Höhe. Bis zu zwölf Millionen Euro erwartet die Uni. Ein Viertel soll laut Haushaltsplan zurückgelegt werden, um unter anderem Prozessrisiken abzudecken, wenn sich Studenten gegen die Beiträge wehren.

„Die Rücklagen können aufgelöst werden, wenn die Studierenden ihre Vorbehalte aufheben“ und alle Prozesse „letztinstanzlich“ gewonnen wurden, vermerkt Kanzler Christian Blomeyer intern. Das heißt: So lange die Studenten murren, enthält ihnen die Uni diese Einnahmen vor.

Bei den Betroffenen stößt das auf Unverständnis. Sogar der konservative **RCDS**, der die Studiengebühren im Grundsatz gut heißt, spricht von „Missbrauch“. „Das ist keine Lehrverbesserung“ sagt **RCDS**-Sprecher Martin Degenhardt. Für mögliche Risiken müsse der Gesetzgeber haften. Auch falls sich die Uni gegen mangelhafte

Beitragsatzung absichern wolle, dürfe das nicht auf dem Rücken der Studenten geschehen. Blomeyer widerspricht. Für die Verwendung der Studienbeiträge hafte die Uni mit ihrem eigenen Vermögen, sagte er unserer Zeitung. Ohne Risikoversorge, geplant ab Jahresende, bestehe die Gefahr, „dass sie ihr ganzes Vermögen im Haftungsfall verliert“.

Andere Uni reagieren erstaunt. Die Münchner LMU bildet keine Prozess-Rücklagen. Das Wissenschaftsministerium, das durch unsere Zeitung von den Plänen erfuhr, will nun einschreiten. Die Einnahmen müssten „zeitnah den Studierenden als Mehrwert zugute kommen“, sagte ein Sprecher. Rückstellungen seien „weder vom Wortlaut noch vom Zweck des Gesetzes gedeckt“ und auch nicht erforderlich. Man bemühe sich, dieses „Missverständnis“ auszuräumen.



Der RCDS erwacht zu neuem Leben

(15.03.2007 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Andreas Sigl zum Vorstand gewählt und neue Aufgaben und Ziele definiert

Deggendorf (dz). Die Wahl der Vorstandschaft, hochschulpolitische Themenbereiche sowie eine Zieldefinition prägten die Gründungskonferenz des Rings Christlich Demokratischer Studenten Deggendorf (**RCDS**). Geleitet wurde die Veranstaltung vom **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller**, der vor den Wahlen auf die Aufgaben und Ziele des **RCDS** einging.

"**RCDS** heißt, die Interessen der Studierenden auf höhere Ebene weiterzutragen. Wir können mit unseren guten Kontakten zur Politik und zur Wirtschaft unsere Interessen auch tatsächlich durchsetzen", so **Höller**. Als Beispiel nannte er die Verwaltung der Uni Regensburg, die drei Millionen Euro Studienbeiträge einbehalten, Rücklagen gebildet und nicht wie zugesagt in die Hochschuleinrichtung investiert habe. Der **RCDS** habe beim Ministerium sofort einen Einspruch erwirkt.

Andreas Sigl wurde zum 1. Vorsitzenden des **RCDS** Deggendorf gewählt. Ihm zur Seite stehen Christian Czysch sowie Albulena Thaci als stellvertretende Vorstände. Weiter fungieren Christian Liebhart, Andreas Röck und Franz Feilmeier als Vorstandsmitglieder. "Ein Engagement im Verband lohnt sich. Nicht nur um Kontakte zu

erhalten, sondern auch um aktiv an Entscheidungsprozessen mitwirken zu können. Auch wenn es manchmal einen zeitlichen Aufwand bedeutet", so der neu gewählte Vorsitzende Andreas Sigl. Ein Mitgliedsbeitrag wird im **RCDS** nicht erhoben.

CSU-Spitze rechnet mit Kampfkandidatur

(20.01.2007 Kurt Höller) Die Welt

Nach der Schlacht ist vor der Schlacht. Der Kampf um die Stoiber-Nachfolge hat begonnen

Furcht vor Seehofers Offensive

Im Machtkampf um den CSU-Vorsitz bereiten die Kandidaten ihre Kampagnen vor

Von Hans-Jürgen Leersch

München - Nach der Schlacht ist vor der Schlacht. Edmund Stoiber ist gestürzt, aber jetzt geht der Kampf um den Parteitag seines Erbes erst richtig los. Beide Aspiranten auf den Posten des **CSU**-Chefs, Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer und Wirtschaftsminister Erwin Huber, wollen kämpfen und notfalls auf dem Parteitag im Herbst gegeneinander antreten.

Genau das will Stoiber noch verhindern. "Ich will eine einvernehmliche Lösung", wird der scheidende Ministerpräsident zitiert. In Berlin werden bereits die ersten Scharmützel ausgetragen. Die **CSU**-Landesgruppe tritt am Donnerstagabend zu einer Sondersitzung zusammen. Die Stimmung ist gedrückt, der Kreuther Putsch gegen Stoiber muss erst noch verdaut werden. In der Debatte wird eine klare Positionierung für Huber und gegen Seehofer deutlich. Nur zwei Abgeordnete lassen Sympathien für eine Kandidatur Seehofers durchblicken. Hans Michelbach und Josef Göppel weisen auf den bundespolitischen Anspruch der **CSU** hin, der nach Stoibers Rückzug nur von Berlin aus hochgehalten werden könne. Außerdem kritisieren sie die Verfahrensweise von Huber und Innenminister Günther Beckstein, die das Stoiber-Erbe kurzerhand untereinander aufgeteilt hatten.

Eine klare Mehrheit der sich zu Wort meldenden Abgeordneten spricht sich für die Tandemlösung Huber/Beckstein aus. Es werde Ruhe gebraucht, Kampfkandidaturen seien das Letzte, das man nun brauche. Ein halbjähriger Wahlkampf lähme die Partei, bedrohe den Kommunalwahlkampf und könne Auswirkungen bis hin zur Aufstellung der Landtagskandidaten haben. Entsprechend äußern sich Gerda Hasselfeldt, Max Straubinger, Eduard Oswald und Eduard Lintner. Selbst Bundeswirtschaftsminister Michael Glos bezieht diese Position. Glos wurde zeitweilig ebenso als möglicher Parteichef gehandelt. Aber seitdem ziemlich feststeht, dass Beckstein Ministerpräsident wird, kommt Glos, Franke wie Beckstein, für das Parteiamt nicht mehr in Betracht. Zwei Franken an der Spitze - das machen Altbayern, Niederbayern und Schwaben nicht mit.

Landesgruppenchef Peter Ramsauer war zwar früh aus der Deckung gekommen und hatte Ansprüche der Landesgruppe auf den Parteivorsitz angemeldet. Aber das war wenige Stunden vor Stoibers Rückzug. "Ramsauer will selbst die Nummer eins in Berlin bleiben und nicht den Seehofer vor der Nase haben", sagt ein Abgeordneter. Und keinesfalls habe Ramsauer Glos nach München als Ministerpräsidenten entsorgen wollen, wird versichert. Die Landesgruppe hat mit Seehofer ein Problem. Er gilt als sprunghaft und unzuverlässig. Viele Abgeordnete tragen ihm seinen Rücktritt als Fraktionsvize im **CDU/CSU**-internen Streit um die Gesundheitsreform nach. Und keiner verstand, dass Stoiber Seehofer nach der Bundestagswahl 2005 wieder aus der Versenkung holte und ins Bundeskabinett schickte. Viele fleißige **CSU**-Volksvertreter hatten sich Hoffnung auf einen Kabinettsposten gemacht und mussten dann zusehen, wie Seehofer an ihnen vorbeizog. "Der arbeitet nur auf eigene Rechnung", schimpft ein Abgeordneter.

Jetzt wird befürchtet, dass Seehofer, der auch in der Landtagsfraktion der **CSU** kaum Unterstützer hat, seine Kandidatur über die Medien und an der Parteibasis inszeniert. Das könne er wie kein Zweiter, heißt es. Seehofers Chancen werden unterschiedlich eingeschätzt. In den Gremien wie Vorstand, Fraktion und Landesgruppe habe er keine Chance. "Aber auf dem Parteitag holt er locker 80 Prozent", sagt ein Abgeordneter über den Basishelden Seehofer. Und im Hintergrund leuchtet der von der Fürther Landrätin Gabriele Pauli aus der Flasche geholte Geist der Mitgliederbefragung. Der Sieger einer solchen Befragung, käme es dazu, steht für die meisten fest: Seehofer. "Selten klafften die Vorstellungen der Führung und der Basis so auseinander wie jetzt", wundert sich ein Berliner **CSU**-Mann. Das Huber-Lager verlangt "Ruhe, Ruhe, Ruhe. Das ist jetzt **CSU**-Pflicht", sagt der Bundestagsabgeordnete Andreas Scheuer, der für Beckstein und Huber wirbt. Der Parteienachwuchs sendet ebenso klare Signale: "Ich stehe auf Hubers Seite. Er steht für Innovation und Reformen", sagt **Kurt Höller**, Chef der **CSU**-Studentenvereinigung **RCDS**.

Stoiber führt in der von Journalisten belagerten Staatskanzlei pausenlos Einzelgespräche. Als Erster kommt Ramsauer aus Berlin angeeist, weitere Termine gibt es mit Beckstein, Huber, Fraktionschef Joachim Herrmann und Landtagspräsident Alois Glück. Seehofer kommt nicht, er muss als Landwirtschaftsminister auf der Grünen Woche in Berlin präsent sein und kann nur mit Stoiber telefonieren. Stoiber wisse, dass die **CSU** vor einem Umbruch stehe. "Aber er will den Umbruch ohne Brüche hinkriegen", heißt es in seiner Umgebung.

Mehrheit des CSU-Präsidiums für Erwin Huber

(20.01.2007 Kurt Höller) Münchner Merkur

Stoiber, Glos, Ramsauer, Ferber und Herrmann stützen Kandidatur für Parteivorsitz

München - Im **CSU**-Präsidium, dem höchsten Führungsgremium der Partei, zeichnet sich nach Informationen unserer Zeitung eine klare Mehrheit für Erwin Huber als neuen Parteivorsitzenden ab. Mehrere Präsidiumsmitglieder haben sich bereits auf Huber festgelegt. Horst Seehofer würdigen „nur noch Außenseiterchancen“ eingeräumt, sagte ein Mitglied der Parteispitze.

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos sagte unserer Zeitung zu Überlegungen über eine Doppelspitze aus Günther Beckstein als Ministerpräsident und Erwin Huber als Parteichef: „Das ist etwas, was ich mir durchaus vorstellen kann.“ In der Berliner **CSU**-Landesgruppe soll auch deren Vorsitzender Peter Ramsauer seine Unterstützung für Huber signalisiert haben. Ramsauer betonte am Freitag: „In der Landesgruppe ist keinerlei Vorfestlegung getroffen worden. Wir befinden uns in Gesprächen.“ Der amtierende **CSU**-Chef Edmund Stoiber hat sich intern bereits mehrfach für Huber ausgesprochen. Der künftige Ministerpräsident Günther Beckstein räumte zwar frühere „Rivalitäten“ ein, betonte aber, „dass ich mir eine Zusammenarbeit mit Erwin Huber gut vorstellen kann“.

Auch Präsidiumsmitglied Markus Ferber warb offen für Huber: „Man darf die Einigung zwischen Huber und Beckstein nicht unterschätzen“, sagte der schwäbische Bezirksvorsitzende und Chef der **CSU**-Europagruppe. Ähnlich äußerte sich intern **CSU**-Fraktionschef Joachim Herrmann.

Dass die Ex-Rivalen Huber und Beckstein sich einvernehmlich die Aufgaben teilen wollen, könnte den Graben in der **CSU** zuschütten, den die Stoiber-Nachfolge-Debatte im Jahr 2005 gerissen habe, hieß es in der Münchner Fraktionsspitze. Ähnlich äußerte sich gegenüber unserer Zeitung das Präsidiumsmitglied Ursula Männle.

Münchens **CSU**-Bezirksvorsitzender, Staatssekretär Otmar Bernhard, sprach sich ebenfalls für Huber aus: „Der Favorit der Landtagsfraktion ist klar Erwin Huber.“ Bernhard forderte in der Frage des **CSU**-Vorsitzes eine „schnelle Lösung: Dann ist die Luft raus und es gibt keinen weiteren Streit.“

Klar positionierte sich auch die Studenten-Organisation **RCDS**. Er spreche sich „eindeutig für Huber aus“ und werde in den Gremien auf diese Lösung drängen, sagte der Landesvorsitzende **Kurt Höller**: „Er ist in Berlin bestens vernetzt.“

cd/hle

Aktive Studenten

(23.12.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

RCDS arbeitet an den Hochschule

Augsburg – Die freundlich lächelnde junge Dame auf unserem Photo hat eine besondere Aufgabe: Seit Sommer amtiert Katrin Poleschner als Vorsitzende des **RCDS** an der Universität Augsburg. Die 23-Jährige aus Elchingen im Landkreis Neu-Ulm studiert Politikwissenschaften und setzt sich neben dem Studium hochschulpolitisch für ihre Kommilitonen ein.

Damit ist sie einzigartig, weil es derzeit nur eine weibliche Gruppenvorsitzende an einer bayerischen Hochschule gibt. An ihrer Seite stehen als Stellvertreterinnen gleichfalls Frauen: Christine Kreutmaier und Agatha Szyszko. Dass dieses Trio einigen Erfolg hat, zeigt die Mitgliederentwicklung. Der Augsburger **RCDS** gewann in den vergangenen Monaten 29 Mitglieder hinzu und verzeichnet jetzt insgesamt 118. Das bedeutete bei der Mitgliederwerbaktion der unionsnahen Studentenorganisation in **Bayern** den ersten Platz.

Der Landesverband und die 18 **RCDS**-Gruppen an bayerischen Hochschulen bieten breite Möglichkeiten für das Engagement junger Studierender. Erst kürzlich traf der Landesvorstand unter Leitung von **Kurt Höller** mit TU-Präsident Wolfgang Herrmann zum Meinungsaustausch über die Exzellenzinitiative und den kommenden Studentenschub zusammen.

Sechs Gruppen be-teiligten sich am **RCDS**-Winterball auf einem Donauschiff in Passau. Der Würzburger **RCDS** erzielte mit der Wahl seines Mitglieds Daniel Schubert zum Sprecherrat der Universität einen großen Erfolg. Justizministerin Beate Merk war zu Gast beim **RCDS** an der Münchner Universität, die Passauer Gruppe sorgte für die Öffnung des Uni-Sportzentrums auch an Samstagen und veranstaltete eine Bildungsfahrt nach Erfurt und Weimar. Auch die Zusammenarbeit mit der **JU** klappt gut. Deren Chef Manfred Weber lobt: „Die **RCDS**-Mannschaft um **Kurt Höller** macht durch überlegte Initiativen und ein klares Profil für die Interessen der Studenten auf sich aufmerksam.“

"Union muss das Profil schärfen"

(06.12.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Junge Union diskutierte mit CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann

Viechtach/**Erlangen** (vbb). Der Fraktionschef der **CSU** im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, lud zum Gedankenaustausch einige Funktionsträger aus den Reihen der Jungen Union **Bayern** ein.

Das Gespräch wurde vom Vorsitzenden des **JU**-Kreisverbandes Regensburg, Stefan Ebner, gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden des Ring Christlich Demokratischer Studenten (**RCDS**), **Kurt Höller** aus Metten in die Wege geleitet. Ziel des Gesprächs war es, Themen, die für die **JU** wichtig sind, an Herrmann heranzutragen. Der Diskussionskreis setzte sich aus zehn engagierten **JU**lern aus ganz **Bayern** - überwiegend Kreisvorsitzende - zusammen.

In dem rund zweistündigen Gespräch wurde vor allem über Bildungspolitik diskutiert - dabei wurde die Situation der Hauptschulen im ländlichen Raum sowie die Hochschulpolitik angesprochen - und die Situation von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt thematisiert. Herrmann schilderte den Jungpolitikern zudem wie er den Weg in die Berufspolitik fand und ermunterte sie, sich bei den anstehenden Kommunalwahlen 2008 zu engagieren, um dann im Gemeinderat, Stadtrat oder Kreistag Verantwortung für die Interessen und Sorgen der Menschen zu übernehmen.

JU-Chef Ebner stellte in dem Gespräch fest, dass die Union in der Großen Koalition zu wenig erkennbar sei. "Die Grenzen zwischen Union und SPD müssen vom Bürger wieder stärker wahrgenommen werden", sagte der Viechtacher und appellierte im Hinblick auf die Landtagswahlen 2008 für eine Profilschärfung der **CSU**. Als Beispiel nannte er das Thema EU-Beitritt der Türkei: "Unabhängig davon, wie viele Gruppierungen und Grüppchen in Deutschland lautstark den Türkeiibetritt fordern, so lehnt ihn die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ab. Die **CSU** muss im Wahlkampf deutlich herausstellen, dass sie als einzige Partei diese EU-Erweiterung ohne Einschränkung ablehnt - aus kulturellen und ökonomischen Gründen."

Schule und Hochschule

(02.12.2006 Kurt Höller) Bayernkurier:

Arbeitskreise wählten Führung

Ingolstadt/Nürnberg - Die Mitglieder des Arbeitskreises Hochschule und Kultur sowie des AK Schule, Bildung und Sport der **CSU** haben auf ihren Landesversammlungen neue Vorstände gewählt.

In Ingolstadt wurde Ludwig Spaenle, der dem entsprechenden Landtagsausschuss vor-sitzt, auf zwei Jahre als Landeschef des AK Hochschule bestätigt. Seine drei Stellvertreter sind MdL Hans Gerhard Stockinger, Nürnbergs Kulturreferentin Julia Lehner und Staatsminister Thomas Goppel. Als Schatzmeister fungiert **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller**, als Schriftführer Stefan Einsiedel. Den Landesvorstand komplettieren 17 Beisitzer.

Die Landesversammlung in Nürnberg wählte Kultusminister Siegfried Schneider zum Vorsitzenden des AK Schule, Bildung und Sport. Zu seinen Stellvertretern wurden MdL Ingrid Heckner, Staatssekretär Karl Freller und Heinz Durner bestimmt. Als Schatzmeister wird MdL Berthold Rüdth im engeren Vorstand mitarbeiten, als Schriftführer Reinhold Carli. Ferner wurden 17 Beisitzer gewählt.

Vertreter der Studenten

(25.11.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

Kurt Höller führt den RCDS in Bayern

Erlangen – Er gab den Studierenden Stimme auf dem hochschulpolitischen Forum des **CSU**-Parteitags, er ist neugewählter Landesschatzmeister des **CSU**-Arbeitskreises Hochschule und Kultur. Und **Kurt Höller** setzt sich als Landesvorsitzender des **RCDS** für 1500 Mitglieder seines Verbandes und die bayerischen Studenten insgesamt ein.

Ein Studium der Elektrotechnik hat der 26-Jährige abgeschlossen und promoviert jetzt an der Uni **Erlangen** im Fach Informatik mit dem Schwerpunkt Medizintechnik. Der in den **CSU**-Partei Vorstand kooptierte **Kurt Höller** arbeitet auch in der heimatischen Deggendorfer **CSU** mit.

Unter seiner Führung sprach sich der Ring Christlich-Demokratischer Studenten nach schwierigen Abwägungen für die Einführung von Studienbeiträgen aus. Jetzt kämpft der **RCDS** mit seinen 18 bayerischen Hochschulgruppen darum, dass diese Gelder an den einzelnen Hochschulen wirklich auch für die Verbesserung der Studienbedingungen verwendet werden.

Überhaupt beschäftigt den **RCDS**-Chef derzeit die Finanzierung der Hochschulen. Schon jetzt sieht **Höller** „einen weiteren Finanzbedarf von 500 Millionen Euro im Jahr.“ Aber die große Herausforderung stehe bevor, wenn ab 2010 die Studentenzahl als Folge des G8 um etwa 30 Prozent steigen werde. Dann folgen fünf Jahre mit rund 100 000 Studenten mehr, die wie **Höller** sagt „überbrückt, nicht untertunnelt werden müssen.“ Daran will sich der **RCDS** mit eigenen Vorschlägen beteiligen, in **JU**, in der **CSU** und im Kontakt mit dem Landtag und Minister Thomas Goppel.

Nach Leistung bezahlen

(04.11.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

München – Der Landesausschuss des **RCDS** hat sich auf seiner Sitzung in München mit **Bayerns** Wirtschaftsminister Erwin Huber ausgetauscht.

RCDS-Vorsitzender **Kurt Höller** forderte die Abschaffung des Berufsbeamtentums für Professoren: „Eine Anstellung auf Lebenszeit ist von gestern. Wir wollen die Professoren nach Leistung bezahlen. Der überall angehakte Wettbewerbsgedanke muss auch in den Köpfen der Hochschullehrer Einzug halten.“ Im Angestelltenverhältnis könnten deutlich attraktivere Verträge abgeschlossen werden, wobei das nicht unbedingt auch billiger sein müsse. Weiter forderte der **RCDS** die Umsetzung der Münchener Transrapidstrecke. Huber erläuterte die Clusterstrategie der Staatsregierung: „Wissenschaft und Wirtschaft werden in Zukunft noch besser vernetzt sein.“

"Wir müssen alles rausholen, was nichts kostet"

(23.10.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller erklärt im PNP-Interview, wie der Studenten-Schub gemeistert werden kann

Deggendorf. Die radikale Hochschulreform hat **Kurt Höller**, **RCDS-Landesvorsitzender**, begleitet. Und nun verabschiedete der **CSU**-Parteitag ein Zukunftsversprechen für "Beste Bildung. Beste Chancen". Der Chef des **RCDS** (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) ist zufrieden: "Wir haben alles erreicht, was wir schon vor zwei Jahren gefordert haben", strahlt der "Altmettener". Freilich stehen viele Versprechen vorläufig nur auf dem Papier. Der Deggendorfer, der letztes Jahr sein Elektrotechnikstudium an der Uni **Erlangen** abschloss und nun eine Promotion zum Thema "Bildverarbeitung für endoskopische Aufnahmen der minimal-invasiven Chirurgie" begonnen hat, fordert im Interview mit der PNP für künftige Generationen von Studenten mehr Geld: einige hundert Millionen - eher eine Milliarde Euro.

Bildung, Hochschule und Forschung war eines der Hauptthemen des **CSU**-Parteitages. Sind Sie zufrieden mit dem Erreichten?

Kurt Höller: Wir haben in **Bayern** zwei Elite-Universitäten. Das ist ein klares Zeichen, das ist absoluter Wahnsinn. Aber das ändert nichts daran, dass wir für die Hochschulen in Zukunft mehr Geld brauchen, wenn wir an der Spitze bleiben wollen.

Wo ist es noch zu wenig?

Höller: Auf uns kommt ein gewaltiger Schub an Studenten zu, ein Zuwachs von 30 Prozent. Den muss man erst mal schultern. Die Studenten leisten ab Januar 2007 ihren Beitrag zur Verbesserung der Lehre durch die Studienbeiträge. Nun ist der Staat gefordert.

Die Zahlen steigen von derzeit 250 000 auf dann 350 000 Studierende. Ist das überhaupt zu schultern?

Höller: Es muss. In erster Linie brauchen wir wesentlich mehr Personal, mehr Professoren. Mit Doppelberufung kann man einiges abfangen. Frühzeitig sollen jüngere Professoren an Stellen berufen werden, an denen Ältere vor dem Ausscheiden stehen. Damit kann man mehr Kapazität schaffen. Aber das reicht nicht. Wir brauchen auch mehr Vorlesungssäle und Seminarräume. Wir müssen zunächst durch Raum- und Zeitmanagement alles rausholen, was nichts kostet. Und dann muss man sehen, was fehlt.

Es fehlen bis zu einer Milliarde Euro - Von welchen Summen sprechen wir da?

Höller: Das kann man so pauschal nicht sagen. Wenn man Personal und Raumkapazität wirklich aufstocken will, sind das viele hundert Millionen. Eher zu einer Milliarde hin, wenn wir den Standard halten wollen. Denn die anderen Hochschulen ziehen ja nach, die werden auch besser.

Das Problem ist doch, dass nur eine kurze Frist überbrückt werden muss. Schon jetzt ist absehbar, dass die Zahl der Studenten bald wieder drastisch sinkt.

Höller: Aber das ist eine Chance. Wir haben jetzt schon überfüllte Hörsäle. Wenn wir nun neue Kapazitäten schaffen für den Studentenschub, ist absehbar, dass es später, wenn weniger Studenten da sind, besser wird.

Sie klingen alles in allem zufrieden. Aber in den vergangenen Jahren gab's doch heftige Proteste der Studenten.

Höller: Eigentlich nur zwei. Gegen die Kürzungen bei den Hochschulen bin ich selber auf die Straße gegangen. Als es aber gegen die Studienbeiträge ging, bin ich natürlich nicht mitmarschiert. An deren Umsetzung war der **RCDS** beteiligt, wir haben im Hintergrund, in vielen Gesprächen, alle unsere Forderungen durchgesetzt. Vor zwei Jahren hat der **RCDS** dazu ein Eckpunktepapier erarbeitet. Alles was wir gefordert hatten, ist inzwischen erfüllt. Und die meisten Hochschulen haben das auch gut umgesetzt. Mich ärgert nur, dass es die Uni Regensburg nicht geschafft hat, die Studenten bei der Verteilung der Studienbeiträge einzubinden, obwohl das der Landtag ausdrücklich gefordert hatte. Alle anderen haben das geschafft. Da war übrigens die FH Deggendorf wegweisend, die waren die ersten und haben das hervorragend umgesetzt - gemeinsam mit den Studenten. Die waren super. Für uns war entscheidend, dass das Geld nur für die Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt werden darf.

Studierende Eltern von Beiträgen befreit - Studiengebühren von bis zu 500 Euro pro Semester. Können sich dann noch alle Begabten ein Studium leisten?

Höller: Ich glaube, den sozialen Ausgleich haben wir gut hingekriegt, wir wollen ausdrücklich Chancengerechtigkeit. Gegen die Studienbeiträge gibt es eher eine emotionale Barriere. Jeder hat die Möglichkeit, den Studienkredit zu bekommen, das ist überhaupt kein Problem. Wenn ich mich für ein Auto oder eine Stereoanlage verschulde, muss ich das Geld zurückzahlen. Da fragt keiner, ob ich mir das leisten kann. Beim Studienkredit zahlt man erst zurück, wenn ein bestimmtes Einkommen überschritten ist. Und wer nichts verdient, zahlt gar nichts. Besonders stolz bin ich drauf, dass studierende Eltern von Studienbeiträgen befreit sind, das war unsere Initiative.

Das klingt gut. Aber gibt es überhaupt genug Betreuungseinrichtungen für Kinder an den Hochschulen?

Höller: An der familienfreundlichen Universität, die wir wollen, muss noch gearbeitet werden. Das war Teil des Leittrags. Ein Kinderwunsch darf nicht in Konkurrenz zu Studium oder Beruf stehen. Wir brauchen Bedingungen, unter denen auch junge Mütter oder Väter optimal studieren können. Da gehören Kinderkrippen dazu, Kindergärten und Kinderhorte.

Was war Ihnen noch wichtig im Leittrags?

Höller: Wir wollen die Durchlässigkeit der Hochschulen: "Kein Abschluss ohne Anschluss". Die Universitäten und Fachhochschulen müssen ihre Profile stärken, das hat ja bereits begonnen. Dazu gehört auch, dass die Hochschulen ihre Studenten selbst auswählen. Wir brauchen die Besten. Diese Selbstauswahl wäre schon heute möglich, wird aber kaum genutzt, weil es den Universitäten zu aufwändig ist. Das soll künftig forciert werden. Die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft gehört dazu, oder mehr Möglichkeiten, Forschungs- und Entwicklungsaufträge zu übernehmen.

Selbst wenn zusätzliches Geld fließt, ist absehbar, dass die bayerischen Unis bald überfüllt sind. In östlichen Bundesländern gibt es freie Plätze. Gibt es bald eine große Wanderungsbewegung?

Höller: Das regelt der Markt, so funktioniert Wettbewerb. Wenn in Greifswald oder im Ausland die Studienbedingungen besser sind, werden die Studenten abwandern. Da muss sich **Bayern** noch anstrengen. Unsere Hochschulen müssen Treffpunkt von geistiger Elite und Leistungsträgern aus aller Welt sein. **Bayern** möchte den Elitenexport umdrehen. Wer das will, darf nicht an den Hochschulen sparen.

Interview: Cornelia Wohlhüter

Studiengebühren

(04.08.2006 Kurt Höller) Spiegel Online

Feilschen ums Kleingedruckte

Den Protestlern dämmert, dass sie den Kampf gegen die Campus-Maut kaum gewinnen können. Nun beginnt die Zeit zähen Schacherns mit den Hochschulen - ob Studenten für ihr Geld eine angemessene Gegenleistung erhalten oder die Extra-Euros fernab der Lehre versickern.

Dreierlei Beteuerungen gehörten zum ewigen Mantra der Gebührenfreunde: Erstens werde die Campus-Maut selbstverständlich so ausgestaltet, dass sie sozial verträglich sei und Kinder aus ärmeren Familien nicht vom Studium abhalte. Zweitens handele es sich um zusätzliche Einnahmen für die Hochschulen; Kürzungen der staatlichen Mittel an anderer Stelle kämen nicht in Betracht. Und drittens sollten die Extra-Euros ausschließlich der Lehre zugute kommen und die Studienbedingungen verbessern.

Flankiert von solchen Gelöbnissen boxten mit **Bayern**, Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland inzwischen sechs Bundesländer Gesetze zur Einführung von Studiengebühren durch. Hessen ist trotz verfassungsrechtlicher Turbulenzen und heftiger Studentenproteste fest entschlossen, es den Vorreitern nachzutun; weitere Länder werden folgen.

Dass mit dem Bezahlen auch die Aussicht auf Besserung verbunden ist, daran erinnern jetzt immer mehr Studentenvertreter - auch solche, die Studiengebühren an sich befürworten. Der Konflikt um die Campus-Maut verlagert sich zunehmend in die Hochschulgremien, denn nur dort ist für die Studenten noch etwas zu holen.

"Es sind unsere Beiträge"

"Was an manchen Hochschulen an Satzungsentwürfen für die Verwendung von Studienbeiträgen herumgeistert, ist erschreckend", kritisiert etwa der bayerische **RCDS**-Landesvorsitzende **Kurt Höller**. "Es sind unsere Beiträge. Wir als Studenten wollen auch bestimmen, für was sie verwendet werden", fordert **Höller**.

Als "riesengroßen Skandal" bezeichnete **Höller** etwa einen Entwurf der Universität Regensburg für eine Gebührensatzung. Der **RCDS**-Mann bemängelt mangelnde Transparenz und hohe Verwaltungskosten. Nach dem Re-

regensburger Entwurf sollen studentische Vertreter lediglich ihre Meinung dazu äußern können, ob sie einzelne Ausgaben für sinnvoll halten - mehr aber auch nicht, so der Regensburger **RCDS**ler Paul Linsmaier. Das Sagen haben letztlich die einzelnen Fakultäten, die die Verteilung untereinander ausschachern können. "Ich kann es als Physiker nicht verantworten, dass beispielsweise ein Geisteswissenschaftler meinen Stickstoff zahlt", monierte Linsmaier. Die Regensburger Studentenvertreter erreichten mit ihren Einwänden immerhin einen Aufschub: Die für den 19. Juli geplante Senatsentscheidung wurde auf den 13. September vertagt.

Das Feilschen kann sich vielerorts lohnen. Denn vor allem in **Bayern** und Baden-Württemberg lassen die Rahmenregelungen den Hochschulen gewisse Spielräume. Und dabei geht es, anders als bei plakativen Protesten, um das Kleingedruckte: Was genau heißt eigentlich "Verbesserung der Lehre"? Bei Tutorien ist die Sache noch klar. Aber darf eine Hochschule mit den Extra-Euros lecke Hörsaaldecken flicken, Seminarräume umbauen, auffällige Labors sanieren? Gehören zur Lehre auch nichtwissenschaftliche Stellen, die den Service für Studenten verbessern? Bleibt das Geld der Studenten an den Fakultäten, oder fließt es in einen großen Topf? Schließlich: Wer ist eigentlich der Kassenwart?

So heißt es in Artikel 71 des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes, das am 1. Juni 2006 in Kraft trat, lediglich: "Die Studierenden sind bei der Entscheidung über die Verwendung der Einnahmen in angemessener Weise zu beteiligen." Als Beispiele für sinnvolle Verwendung nennt **Bayerns** Wissenschaftsministerium intensivere Studienberatung, mehr Tutorien, längere Öffnungszeiten der Bibliotheken oder ein verbessertes EDV-Angebot. Nur: Gebunden sind die Hochschulen daran nicht. Was sie für angemessen halten, bleibt ihnen selbst überlassen.

Gebühreneinnahmen für modernere Klos?

Handfesten Streit gab es sogleich in München - einen Latrinen-Streit nämlich. Der LMU wurde vorgeworfen, das Geld für die Toilettensanierung verwenden zu wollen. "Völlig indiskutabel", zürnte **CSU**-Fraktionschef Joachim Herrmann. "Pure Polemik", konterte Uni-Rektor Bernd Huber und gelobte, die Gebühreneinnahmen sollten für die Lehre und nichts als die Lehre eingesetzt werden.

Laut Senatsbeschluss sollen künftig Studenten zur Hälfte in den Kommissionen vertreten sein, die Vorschläge zur Mittelverwendung ausarbeiten. Die Studentenvertretung der LMU klagte aber, beim Satzungsentwurf habe man "die Vorschläge der Studierenden ignoriert". Der Glaube, die Zusammenarbeit erfolge "auf gleicher Augenhöhe", sei enttäuscht worden.

Das notorisch gebührenfreundliche Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh bescheinigte in einer unlängst veröffentlichten Studie den Landesgesetzen wenig Konsistenz und schlechte Kalkulierbarkeit für Studenten. Positiver fiel die Bewertung im Punkt "Nutzen und Mitsprache für Studenten" aus, wo immerhin **Bayern**, das Saarland und der Gesetzentwurf aus Hessen "gut" abschnitten.

Als relativ studentenfreundlich preisen Studentenvertreter die Satzung der TU München. "Bei der Erarbeitung der Gebührensatzung wurden unsere Vorschläge größtenteils berücksichtigt", sagt Petra Kleiner vom Asta. An der TU sind Studenten immerhin auf Fakultätschulebene paritätisch in den Gremien vertreten. Diese geben Empfehlungen an eine zentrale Kommission weiter, in der auch Studenten sitzen, wenn auch nicht gleichberechtigt. "Unsere Studierenden haben den Reformprozess der Hochschule in allen Phasen mit uns aktiv und konstruktiv gestaltet", lobt Rektor Wolfgang A. Herrmann.

Wer hat am Ende die Hand auf der Kasse?

Die meisten Mitgestaltungsmöglichkeiten haben wohl die Studenten Nordrhein-Westfalens. Im studentenreichsten Land dürfen die Hochschulen selbstständig entscheiden, mit welchem Obolus sie ihre Studenten zur Kasse bitten wollen; sie dürfen auch bestimmen, wohin das Geld fließt. "Wir werden sehr genau darauf achten, dass die Mittel zweckgebunden verwendet werden - also ausschließlich zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehre", betont Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart - wohlwissend, dass sich der Studenten-Zorn mehr gegen Rektoren und Dekane als gegen die Landesregierung richten dürfte.

Bis Mitte Juli entschieden 27 von 33 staatlichen Universitäten, Fachhochschulen und Kunst- und Musikhochschulen in NRW, künftig Gebühren zu erheben. Die Universität Bochum etwa bemüht sich, schon bei der Ausgestaltung des Entwurfs so wenig Angriffsfläche wie möglich zu bieten.

Mit der Gebührenordnung, so der Arbeitsauftrag des Senats, solle das soziale Profil der Hochschule geschärft werden. Die Gelder sollten prinzipiell an die Fakultäten zurückfließen und diese autonom entscheiden dürfen; zugleich werde die Verwendung effektiv kontrolliert. Im übrigen, so versicherte die Uni, sei mit dem Entwurf noch "keine eindeutige Entscheidung für oder gegen Studiengebühren gefallen".

Das mag zur Stimmungsaufhellung beitragen. Aber die Entscheidung, wo die Mittel am Ende landen, werden sich Professoren nirgendwo aus der Hand nehmen lassen. Vorschläge machen dürfen die Studenten, in den Kommissionen allenthalben mitreden - aber auch mitbestimmen? Die Asten sehen die Studenten von Hochschulangehörigen zu Kunden degradiert. Und in der Servicewüste der deutschen Uni-Landschaft ist der Kunde bis dato alles andere als König. Diese Kundschaft wird permanenten Druck entfalten und vehement auf eine Aufwertung der Lehre pochen müssen, wenn ihr Geld auf Dauer nicht in Forschung und Baumaßnahmen versickern soll.

Prof. Schweitzer will eine Milliarde zusätzlich

(12.07.2006 Kurt Höller) Passauer neue Presse

Goppel fordert Kreativität im Umgang mit neuem Hochschulgesetz - Studiengebühren nur für bessere Lehrqualität

Cornelia Wohlhüter München. Eine Milliarde Euro mehr für bayerische Hochschulen hatte Prof. Walter Schweitzer gerade gefordert - und dafür Beifall bekommen. Dennoch zeigte Wissenschaftsminister Thomas Goppel Größe und versorgte den Vorsitzenden der Universität **Bayern** e.V. nach dessen Rede mit einem Glas Wasser. Schließlich war auf dem hochschulpolitischen Kongress gestern im Hörsaal der FH München das offene Wort ausdrücklich gewünscht. Da wurde es den mehr als 300 Teilnehmern nie langweilig.

Das neue Hochschulgesetz, vor wenigen Wochen beschlossen, erfüllte sich zusehends mit Leben - vor allem durch provokante Einwürfe und Thesen von Prof. Jürgen Mittelstraß, der Universitäten aufforderte, verkrustete Strukturen aus dem vorigen Jahrhundert aufzubrechen. Zum Wunsch nach mehr Autonomie sagte er: "Fragen Sie nicht, nehmen Sie die Autonomie. Wenn die Hochschulen nicht lernen umzudenken, haben sie die neue Autonomie nicht verdient." Auch Goppel sprach von neuer Selbständigkeit der Hochschulen und ermunterte sie, "Neues zu versuchen, Bewährtes nachzujustieren und Ungewohntes einzufordern". Der Minister hatte den Kongress angeregt, gemeinsam für Unis und Fachhochschulen. Von der FH Deggendorf waren interessierte Zuhörer gekommen, darunter etliche Studenten. Das verwundert kaum, lobt doch **RCDS-Landeschef Kurt Höller** die Deggendorfer Vereinbarung über die Verwendung der Studiengebühren als vorbildlich: Jeder Euro für die Verbesserung des Studienangebots, die Studenten haben Mitsprache. Nur so darf das Geld verwendet werden, bekräftigte Goppel: "Studienbeiträge sind zweckgebunden."

Der Minister sprach von großen Herausforderungen, wenn 2011 ein Doppeljahrgang Abiturienten an die Hochschulen drängt (G8 und G9). Aber der Finanzminister wisse "im Grunde seines Herzens, dass da eine gewaltige Anforderung auf die Staatskasse zurollt". Dabei sind die **Bayern** noch fein raus: Durch die schnelle Einführung des G8 sind sie die Ersten. 80 000 zusätzliche Studenten, davon 29 000 in **Bayern**, das erfordere eine nationale Anstrengung, fand Prof. Detlef Müller-Böling, Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung. Aber während in Westdeutschland die Hörsäle überfüllt sein werden, würden im Osten zunehmend Kapazitäten frei. Durch innerdeutsche Mobilität (Transferleistungen?) könnte ein Drittel aufgefangen werden. Über virtuelle Angebote (gut ausgebaut in **Bayern**) und Flexibilität sei ein weiteres Drittel zu schaffen. Und 20 000 Studenten könnten im Ausland studieren. Wie in Norwegen stellt sich Müller-Böling vor, dass der Staat für jeden Studierenden 25 000 Euro zahlt. Das sei billiger, als neue Kapazitäten aufzubauen - zumal ab 2015 die Zahlen wieder sinken.

Prof. Marion Schick, Präsidentin der FH München und Vorsitzende der Hochschule **Bayern** e.V., begrüßte das neue Gesetz, das den Hochschulen für angewandte Wissenschaften neue Möglichkeiten eröffne, sah aber angesichts immer dynamisch werdender Märkte schon die nächste Novellierung voraus. Im Vergleich zu Universitäten sind die FHs spartanisch ausgestattet mit Personal. Umso mehr werde man darauf achten, dass Studiengebühren ausschließlich zur Qualitätsverbesserung und nicht zur Kapazitätsausweitung verwendet würden, kündigte sie an. Prof. Schweitzer sah riesige Probleme: Man müsse die Studienverhältnisse deutlich verbessern, den Studentenberg bewältigen, die Hochschulen profilieren, obschon man bereits jetzt mit Überlast kämpfe und die bauliche Substanz vielfach schon bröckle, weil die

Neues Gesetz braucht "Mut zur Langsamkeit" Mittel fehlten. "Wir brauchen frisches Geld. Eine Milliarde Euro zusätzlich für die Jahre 2011 bis 2015" so der Passauer Rektor .

Bei einer Podiumsdiskussion klagte Prof. Yvonne Stry, Prorektorin der FH Nürnberg, über die Qualität vieler Studienanfänger. Prof. Ulf Zimmer (Rektor Uni Regensburg) beklagte: "Wenn die Finanzminister mehr Macht in Bildungsfragen haben als die Hochschulminister, sind wir auf dem falschen Weg." Sponsoring aber sei kein Ausweg ("vergiftetes Geld"); jeder Sponsor müsse vor dem Finanzamt den Mehrwert für sein Unternehmen nachweisen, das höhle die Autonomie der Universitäten aus. Besser sei es, Stiftungen und Erbschaften so be-

vorzugt zu behandeln wie in den USA. Nach forschen Querschüssen von Prof. Mittelstraß bat Ltd. Ministerialrat Johann Störle, "Vater" des neuen Hochschulgesetzes, um "Mut zur Langsamkeit"

Cornelia Wohlhüter

"Ich halte nichts von pauschalen 500 Euro"

(05.07.2006 Kurt Höller) NZ Nürnberger Zeitung

RCDS-Landesvorsitzender Höller zu Gebühren

Der **CSU**-nahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) hat sich als erste Studentenorganisation aktiv für Studiengebühren ausgesprochen. Zum Sommersemester 2007 müssen Studenten an Fachhochschulen zwischen 100 und 500 Euro, an Universitäten zwischen 300 und 500 Euro bezahlen. Die NZ fragte den **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller** aus **Erlangen**, wie ein gutes Gebührensystem aussehen könnte.

NZ: Herr **Höller**, **Bayerns** Hochschulen dürfen innerhalb eines bestimmten Rahmens selbst entscheiden, wie hoch ihre Studiengebühren sind. Sie dürfen auch innerhalb einzelner Fächer unterscheiden. Was halten Sie von diesen differenzierten Gebühren?

Höller: Der **RCDS** hat diese sogar gefordert. Und das sogar zu einem Zeitpunkt, in dem differenzierte Beiträge im Wissenschaftsministerium noch eher ablehnend beurteilt worden waren. Wir fordern die Universitäten auf, für einzelne Fächer unterschiedlicher Gebühren zu verlangen. Natürlich nur dann, wenn es von der Verwaltung her möglich ist. Aber das sollte in einer modernen Uni möglich sein.

NZ: Nach welchen Gesichtspunkten wollen Sie differenzieren?

Höller: Ich würde nur nach dem differenzieren, was für Studenten mehr aufgewendet wird als bisher. Wenn nichts verbessert wird, dann sollten die Studienbeiträge auch nur auf einem Minimallevel erhoben werden. In dem Maße, in dem die Studienbedingungen gegenüber dem heutigen Zustand verbessert werden, kann ich auch die Studienbeiträge verlangen. Deshalb halte ich auch nichts von pauschalen 500 Euro. Dann wäre der Anreiz bei weitem nicht so gegeben zu zeigen, wie gerechtfertigt die Beiträge sind. Ich würde die Beiträge aber nicht an andere Faktoren koppeln, wie den Berufs- oder Einkommensperspektiven oder den Kosten des Gesamtstudiums. Sonst bekomme ich auch wieder eine Subventionierung einzelner Studiengänge.

NZ: Wofür sollen Ihrer Meinung nach die Studiengebühren eingesetzt werden?

Höller: Sie sollen nur zur Verbesserung der Lehre verwendet werden, also zum Beispiel zusätzliche Tutorien, Materialien oder Bücher. Wenn es die Studenten wünschen, können auch Dinge rund um das Studium herum angeschafft werden, zum Beispiel eine Couch für eine Freizeitecke. Auf jeden Fall dürfen damit keine Vorlesungen oder andere Dinge finanziert werden, die essenziell für ein Studium sind. Die zusätzlichen Gelder sollten zum großen Teil direkt an die Fakultäten gehen und dort von einem Gremium, das zur Hälfte aus Studenten besteht, verteilt werden können.

NZ: Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass die Mittel im Haushalt nach der Einführung gekürzt werden?

Höller: Gekürzt wird sicher nicht. Dies ist im Innovationsbündnis vereinbart. Es besteht nur die Gefahr bei dem erwarteten Studentenberg, dass die Mittel nicht so zunehmen wie die Zahl der Studenten. Wichtig ist deshalb, dass die Beiträge nur für studienverbessernde Dinge ausgegeben werden und nicht für Dinge, die die Zahl Studienplätze erhöhen. Aber das ist im Gesetz geregelt.

NZ: Die Verwaltungsgebühren in Höhe von 50 Euro pro Semester verschwinden auch im Staatshaushalt.

Höller: Ich fordere auch vehement deren Abschaffung. Wenn ich mich damit nicht durchsetzen kann, sollten sie zumindest zur Verwaltung der Studienbeiträge genutzt werden.

NZ: Wird es durch Gebühren weniger Studenten geben?

Höller: Das einzige, was abnehmen wird, ist die Zahl der Langzeitstudenten. Ich glaube, es wird weniger Abbrecher geben.

Fragen: Markus Kaiser

RCDS-Landesvorsitzender Höller zu Gebühren

„Ich halte nichts von pauschalen 500 Euro“

Der CSU-nahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) hat sich als erste Studentenorganisation aktiv für Studiengebühren ausgesprochen. Zum Sommersemester 2007 müssen Studenten an Fachhochschulen zwischen 100 und 500 Euro, an Universitäten zwischen 300 und 500 Euro bezahlen. Die NZ fragte den RCDS-Landesvorsitzenden Kurt Höller aus Erlangen, wie ein gutes Gebührensystem aussehen könnte.

NZ: Herr Höller, Bayerns Hochschulen dürfen innerhalb eines bestimmten Rahmens selbst entscheiden, wie hoch ihre Studiengebühren sind. Sie dürfen auch innerhalb einzelner Fächer unterscheiden. Was halten Sie von diesen differenzierten Gebühren?

Höller: Der RCDS hat diese sogar gefordert. Und das sogar zu einem Zeitpunkt, in dem differenzierte Beiträge im Wissenschaftsministerium noch eher ablehnend beurteilt worden waren. Wir fordern die Universitäten auf, für einzelne Fächer unterschiedliche Gebühren zu verlangen. Natürlich nur dann, wenn es von der Verwaltung her möglich ist. Aber das sollte in einer modernen Uni möglich sein.

NZ: Nach welchen Gesichtspunkten wollen Sie differenzieren?

Höller: Ich würde nur nach dem differenzieren, was für die Studenten mehr aufgewendet wird als bisher. Wenn nichts verbessert wird, dann sollten die Studienbeiträge auch nur auf

einem Minimallevel erhoben werden. In dem Maße, in dem die Studienbedingungen gegenüber dem heutigen Zustand verbessert werden, kann ich auch die Studienbeiträge verlangen. Deshalb halte ich auch nichts von pauschalen 500 Euro. Dann wäre der Anreiz bei weitem nicht so gegeben zu zeigen, wie gerechtfertigt die Beiträge sind. Ich würde die Beiträge aber nicht an andere Faktoren koppeln, wie den Berufs- oder Einkommensperspektiven, oder den Kosten des Gesamtstudiums. Sonst bekomme ich auch wieder eine Subventionierung einzelner Studiengänge.

NZ: Wofür sollen Ihrer Meinung nach die Studiengebühren eingesetzt werden?

Höller: Sie sollen nur zur Verbesserung der Lehre verwendet werden, also zum Beispiel für zusätzliche Tutorien, Materialien oder Bücher. Wenn es die Studenten wünschen, können auch Dinge rund um das Studium herum angeschafft werden, zum Beispiel eine Couch für eine Freizeitecke. Auf jeden Fall dürfen damit keine Vorlesungen oder andere Dinge finanziert werden, die essenziell für ein Studium sind. Die zusätzlichen Gelder sollten zum großen Teil direkt an die Fakultäten gehen und dort von einem Gremium,

das zur Hälfte aus Studenten besteht, verteilt werden können.

NZ: Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass die Mittel im Haushalt nach der Einführung gekürzt werden?

Höller: Gekürzt wird sicher nicht. Dies ist im Innovationsbündnis vereinbart. Es besteht nur die Gefahr bei dem erwarteten Studentenberg, dass die Mittel nicht so zunehmen wie die Zahl der Studenten. Wichtig ist deshalb, dass die Beiträge nur für studienverbessernde Dinge ausgegeben werden und nicht für Dinge, die die Zahl der Studienplätze erhöhen. Aber das ist im Gesetz geregelt.



Kurt Höller

NZ: Die Verwaltungsgebühren in Höhe von 50 Euro pro Semester verschwinden auch im Staatshaushalt.

Höller: Ich fordere auch vehement deren Abschaffung. Wenn ich mich damit nicht durchsetzen kann, sollten sie zumindest zur Verwaltung der Studienbeiträge genutzt werden.

NZ: Wird es durch Gebühren weniger Studenten geben?

Höller: Das einzige, was abnehmen wird, ist die Zahl der Langzeitstudenten. Ich glaube, es wird weniger Abbrecher geben. *Fragen: Markus Kaiser*

Herrmanns Stimme für FH-Ausbau und Anna Eder

(27.06.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Deggendorf (af). Bei seinem Besuch an der Fachhochschule hat Dr. Joachim Herrmann (Mitte), **CSU**-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, gestern nicht nur eine Lanze für die Wiederwahl seiner Parteifreundin Anna Eder (2.v.l.) als Oberbürgermeisterin gebrochen ("Du bist die richtige Frau am richtigen Platz"), sondern auch für den Ausbau der FH Deggendorf.

"Das Geld für die FH war bisher gut angelegt", sagte er, "denn sie steht für Wachstum und Fortschritt. Also ist es nur angemessen, hier weiter zu investieren." Er gab u.a. Prof. Klaus Nitsche, Dekan der Fakultät Maschinenbau Recht, der auf den Mangel an Ingenieuren hingewiesen und eine Stärkung des Standorts **Bayern** gefordert hatte. Dazu Herrmann, der sich auch ein Bild von der Aufbruchstimmung in China gemacht hatte: "Wir dürfen nicht ins Hintertreffen geraten."

Gemeinsam mit FH-Präsident Prof. Reinhard Höpfl (l.), **Kurt Höller** (3.v.l.), **Landesvorsitzender** des **RCDS**, auf dessen Initiative Herrmann im Rahmen seiner Kabinettstour gekommen war, sowie Christian Moser (2.v.r.), Kreisvorsitzender der **JU** Deggendorf, besuchte der Gast ein Labor für Optical Engineering. Dort erläuterte Doktorand Markus Schirnhärl (r.) u.a. die Bearbeitung von Speziallinsen.

Bei der anschließenden Diskussion, zu der Prof. Höpfl auch Kollegen der Kent Business School of the University of Canterbury als Partner-Uni für die Bachelor- und Masterstudiengänge (BA/MA) begrüßen konnte, sprach Fraktionschef Herrmann u.a. über Politik und Europa, christliche Werte und Toleranz. "Ich erwarte von Ausländern, dass sie unsere Kultur und Grundwerte akzeptieren und sich integrieren." Nicht nur in diesem Zusammenhang sei der Rohstoff Bildung höchstes Gut. In diesem System gehöre "mehr denn je den Fachhochschulen die Zukunft". Er kritisierte die zu lange Ausbildungsdauer, lobte BM/MA und geißelte Neid als Erfolgsverhinderer. "Bereitschaft zur Leistung und Freude am Erfolg müssen wir in die Arbeitswelt hineintragen." (Ausführlicher Bericht morgen)Binder

Neu gegründet und anerkannt

(02.06.2006 Kurt Höller) Main-Post

RCDS Gruppe**Neu gegründete
und anerkannt***RCDS Gruppe*

WÜRZBURG (SV) Die im Januar dieses Jahres neu gegründete RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) Fachhochschul-Gruppe Würzburg-Schweinfurt ist im Landesverband „RCDS in Bayern“ als vollwertiges Mitglied aufgenommen worden.

In der Vergangenheit existierte bereits eine RCDS Gruppe an der Fachhochschule in Würzburg, die jedoch seit mehreren Jahren ruhte. Gruppenvorsitzender ist Stephan Rau (23), der im achten Semester Medienmanagement mit der Studienrichtung Kommunikationsmanagement studiert. Weitere Gründungsmitglieder sind Johannes Liebmann (Stellvertreter/Schatzmeister), Aron Schuster (Stellvertreter), die Beisitzer Veronika Dickert, Barbara Brehm und Florian Biechele und Kassenprüfer Michael Schauer.

„Erste Aufgaben der Gruppe sind das Werben neuer Mitglieder, die Erstellung einer Erstsemester-Info-Broschüre und die Organisation für eine Veranstaltung zur Verwendung der Studienbeiträge an der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt“, sagt Stephan Rau. „Die RCDS-Gruppe ist eine Bereicherung für unsere Fachhochschule, da wir Mitstudenten Transparenz, Informationen und Aufklärung bezüglich der Hochschulpolitik an der FH geben wollen.“

Die RCDS-Gruppe wird regelmäßig öffentliche Stammtische veranstalten. Zudem wird derzeit in Kooperation mit der RCDS-Una-Gruppe für den Landesverband an einer neuen Flyer-Werbelinie gearbeitet.

Mettener bekunden in Rom Verbundenheit mit "ihrem" Kardinal**(29.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse****Romfahrt zum 95. Geburtstag von Dr. Augustinus Kardinal Mayer - Abt Wolfgang M. Hagl, Landrat und Bürgermeister unter Gratulanten**

Metten/Rom (ba). Wer hat schon einen Kardinal in Rom und durch ihn und dessen Heimatkloster enge Beziehungen zum Vatikan und zum Heiligen Stuhl? Das blieb einmal mehr den Mettenern vorbehalten, die mit einer großen Delegation in die Ewige Stadt reisten, um dem früheren Hausvater der Benediktinerabtei, Dr. Augustinus Kardinal Mayer, zum 95. Geburtstag zu gratulieren und dann auch noch bei der Generalaudienz von Papst Benedikt XVI. als eine der vielen Gruppen aus Deutschland vom Heiligen Vater genannt zu werden.

Die von der Marktgemeinde, deren Ehrenbürger der Kardinal ist, organisierte Fahrt wurde für alle Teilnehmer ein besonders Erlebnis. Abt Wolfgang M. Hagl, Cellerar Pater Markus Haering, Landrat Christian Bernreiter und Baron von Poschinger kamen per Flugzeug. In Rom gesellten sich einige Alt-Mettener dazu, u.a. **RCDS**-Chef **Kurt Höller** und Journalist Florian Eder. Im Mettener Bus fehlten auch nicht Bürgermeister Erhard Radlmaier, die Marktgemeinderäte Ludwig Fischer, Wolfgang Paukner und Oberstudiendirektor i.R. Walter Matl sowie die Leiterin der Hauptschule Irmgard Jabornitzky und der Abt-Utto-Grundschule Reinhard Hübl.

Für den betagten Jubilar hatte man Schmankerl aus **Bayern** als Geschenk dabei: Salami, Bauernbrot, Zwickl-Bier und ein paar Flascherl von den Maltersdorfer Klosterschwestern. Ein kleines Geburtstagsständchen zweier Sangesbrüder aus Metten freute den Kardinal besonders.

Erster Höhepunkt der Reise war der gemeinsame Gottesdienst im Campo Santo, dem Deutschen Friedhof neben dem Petersdom. Abt Wolfgang betonte, dass in der Liturgie der Geburtstag eigentlich nicht vorgesehen

sei, jedoch der Geburtstag des geschätzten Kardinals ein besonders Ereignis sei und man in der Eucharistiefeyer Dank sagen wolle. Der Abt gratulierte dem ältesten Mitbruder des Mettener Konvents, wünschte ihm Gottes reichsten Segen, einen Blick zurück in Dankbarkeit, Zufriedenheit, einen Blick nach vorne voller Hoffnung und Gelassenheit. Abt Wolfgang sagte: "Wir erleben in Ihnen noch heute eine kirchliche Persönlichkeit von großer Überzeugungskraft, in der sich Prinzipientreue und Stehvermögen mit Weitherzigkeit und Güte verbinden."

Der Heilige Vater hatte schon vormittags telefonisch gratuliert. Zu den Gratulanten gehörte auch der deutsche Botschafter am Heiligen Stuhl, Dr. Gerd Westdickenberg, der dem Kardinal ein persönliches Schreiben von Bundeskanzlerin Angela Merkel übergab. Gute Sitzplätze für die Mettener gab es bei der Generalaudienz einen Tag später. Der Heilige Vater fuhr von rund 70 000 Menschen umjubelt, direkt an der Pilgergruppe aus Metten vorbei. Mit Überraschung und großer Freude wurde die Nennung der Pilgergruppe aus der Abtei Metten durch Benedikt XVI. von den Reiseteilnehmern registriert und applaudiert.

Die Tage und Stunden in Rom waren mit einem großen Besuchsprogramm ausgebucht und man hatte mit Abt Wolfgang, Pater Markus und Walter Matl gute Führer durch St. Peter mit Besuch des Papstgrabs von Johannes Paul II., Lateranbasilika, Heilige Stiege, S. Maria Maggiore, S. Prassede, Kolosseum, Forum Romanum, Piazza Navona, Pantheon, Trevi-Brunnen, Spanische Treppe, Aventin, S. Sabina und S. Anselmo, Circus Maximus, Palatin, Sankt Paul vor den Mauern und Tivoli. In Subiaco, der Einsiedelei des hl. Benedikt, feierte man mit Abt Wolfgang und Pater Markus den Abschlussgottesdienst einer denkwürdigen Romreise.

Europa als Chance für Studenten

(27.05.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

Metten – Über die Chancen und Risiken der jungen Generation in Europa diskutierte der **RCDS Bayern** mit Europaministerin Emilia Müller, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Ingo Friedrich, Deggendorfs Oberbürgermeisterin Anna Eder und dem Mettener Abt Wolfgang Hagl im Kloster Metten. **RCDS**-Chef **Kurt Höller** forderte ein ausgebautes Stipendienwerk für Mittel- und Osteuropa, um den Austausch mit den neuen Mitgliedern zu stärken. Diese Vernetzungsprogramme müssten nach dem Vorbild des Regensburger EUROPAEUMS erweitert werden.

Zum Abschluss erörterten die Studenten bei einem Kamingespräch mit dem langjährigen Chefredakteur des Bayernkurier, Winfried Scharnagl, den Wandel **Bayerns** vom Agrar- zum Innovationsstandort. AvD

RCDS sieht Europa als Chance

(22.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Studenten diskutierten mit Politikern über die Zukunft der EU

Metten (pnp). "Europa bietet uns die Chance auf Frieden in den kommenden Jahr-zehnten", resümiert der Vorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern (RCDS)**, **Kurt Höller**.

Gemeinsam mit der Bayerischen Europaministerin Emilia Müller, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Dr. Ingo Friedrich, und der Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder diskutierten die Studenten aus ganz **Bayern** am Freitag im Kloster Metten (Lkr. Deggendorf) über die Zukunft des Projekts Europa. "Der **RCDS** möchte gerade die mittel- und osteuropäischen Länder für deutsche Studenten attraktiver machen", sagte **Höller**. Am Samstag fand ein Kamingespräch mit Winfried Scharnagl, dem langjährigen Chefredakteur des Bayernkuriers, statt.

Studenten fordern Vernetzungsprogramme

(22.05.2006 Kurt Höller) Straubinger Tagblatt

Metten. (ta) Die Grundstimmung zur Europäischen Union ist derzeit nicht mehr so positiv, wie sie schon einmal war, so das Resümee des Vizepräsidenten des Europaparlaments, Ingo Friedrich, am Freitagabend in Metten (Kreis Deggendorf). Neben Friedrich nahmen **Bayerns** Europaministerin Emilia Müller und Studenten aus ganz **Bayern** an einer Diskussionsrunde des Landesverbandes des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) im Mettener Kloster teil. Da der **RCDS** die mittel- und osteuropäischen Länder für deutsche Studenten attraktiver machen wolle, mache sich der der Verband für ein ausgebautes Stipendienwerk für Mittel- und Osteuropa

stark, sagte **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller**. Um dies zu gewährleisten, müssten europäische Vernetzungsprogramme ausgebaut werden.



"Europa hat Antworten auf Herausforderungen"

(20.05.2006 Kurt Höller) Passauer neue Presse

Ingo Friedrich und Emilia Müller diskutieren in Metten über Europa-Politik und verweisen auf die Erfolge der EU

Wendelin Trs Metten. Europa kann die Nationalstaaten nicht ersetzen.

Europa wird kein Paradies schaffen. Aber: "Nur Europa hat die Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts." Ingo Friedrich hat gestern Abend bei einer Podiumsdiskussion des Rings christlich-demokratischer Studenten (**RCDS**) versucht, die Europa-Skeptiker zu überzeugen. Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments will die Menschen mitnehmen, denn ihm ist wichtig, dass aus dem "Eliten-Projekt ein Volks-Projekt" wird.

Ungemein erfolgreich sei die Europäische Union bisher ohnehin, ist Friedrich überzeugt. Zusammen mit der Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller, Deggendorfs Oberbürgermeisterin Anna Eder und **RCDS-Landesvorsitzendem Kurt Höller** diskutierte er gestern im Wittelsbacher Saal des Klosters Metten unter der Moderation von PNP-Redakteur Alexander Kain das Thema "Europa - Chancen und Risiken einer jungen Generation".

Und gerade auf die Herausforderungen der Zukunft biete die EU Lösungen. "Je internationaler die Welt, desto mehr schwindet die Demokratie", so Friedrich im Hinblick etwa auf die WTO. Die EU habe einen erfolgreichen Versuch hinter sich, einen Zusammenschluss mehrerer Nationen demokratisch zu regeln. Nur eine starke, große Gemeinschaft könne Regeln eines fairen Handels durchsetzen und damit den Markt schützen. "Wir haben den Binnenmarkt bereits erfolgreich verwirklicht. Diese Frage wird global nochmal auf uns zu kommen", könne die EU bereits auf ihre Erfahrungen bauen, ebenso beim Schaffen von Frieden. Dies sei als einzelne Nation nicht mehr zu leisten, auch nicht als Frankreich oder Großbritannien. "Wenn man fragt, wer kann helfen, kommt immer Europ heraus."

Auch Emilia Müller geht davon aus, dass Europa nicht das Problem sondern die Chance sei. Die Ministerin verkannte ebenso wie Friedrich und **Höller** nicht, dass die öffentliche Wahrnehmung heutzutage in die entgegengesetzte Richtung laufe. Müller will den "Mehrwert" Europas den Menschen näher bringen. Viele Annehmlichkeiten der EU würden heute als Selbstverständlichkeit angesehen, "aber das ist es nicht". "Wir haben auch unseren Beitrag dazu zu leisten, auch wenn es manchmal Cash bedeutet", so Müller. Nur so könnten sich die Länder in der EU entwickeln, dies sei die einzige Chance in der globalen Welt.

Dass sich die Europäische Kommission zu sehr mit Kleinigkeiten beschäftige, kritisierte Anna Eder. "Größere Themen und Probleme müssen dafür noch weitaus besser auf der europäischen Ebene diskutiert werden."

Eine Europäische Verfassung sei notwendig, um die Kompetenzen untereinander abzustecken, darin solle auch die Subsidiarität festgeschrieben werden, so Friedrich. Sie sei aber dringend notwendig, dem noch größeren Europa die richtigen Instrumente zu geben, war er sich mit Emilia Müller einig.

Beide vertraten auch die Position einer zurückhaltenden Aufnahmepolitik. "Wir müssen anfangen, uns darüber konkrete Gedanken zu machen", setzt die Staatsministerin vor allem Hoffnung auf die kommende deutsche Ratspräsidentschaft. Friedrich gab zu bedenken, dass die Aufnahmefähigkeit - finanziell und mental - bisher zu wenig berücksichtigt worden sei. "Wir müssen den Türken sagen, was hättet ihr davon, wenn ihr beitretet und Europa implodiert." Schließlich sei Europa auf den "Erfolg des Projekts" angewiesen.

Den Ort für die Diskussion und seine Klausur hatte der **RCDS** gut gewählt, denn "das Thema Europa ist bei uns zu Hause", führte Abt Wolfgang M. Hagl die Teilnehmer in das Gespräch ein. Dem Abt fehlen heute vor allem die Europa-Visionäre. Deutlich stellte er aber auch in Frage, warum die christlichen Wurzeln Europas "verschämt verschwiegen" werden. Für ihn sollten als "Wegweiser im pluralistischen Wirrwarr" vor allem auch die christlichen Werte und Heiligen dienen.

RCDS Bayern fest in Altmettener

(18.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Studentenvertretung tagt ab morgen im Kloster

München/Metten (cwo). Es ist kein Zufall, dass der **RCDS Bayern** wieder hinter den Klostermauern von Metten (Lkr. Deggendorf) in Klausur geht: Nicht nur **Kurt Höller**, der gerade in Wildbad Kreuth als **Landesvorsitzender** der Christlich-Demokratischen Studenten bestätigt wurde, ist „Altmettener“. Auch die Schatzmeisterin Cordula Spitzer hat im Gymnasium Metten die Grundlagen für ihr Studium gelegt, ebenso wie der neue stellvertretende Landesvorsitzende Stephan Rabl.

Mit einer hochkarätig besetzten öffentlichen Podiumsdiskussion über Europa beginnt die Tagung morgen, Freitag. Im Festsaal des Benediktinerstifts diskutieren ab 19 Uhr Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europaparlaments und stellvertretender **CSU**-Vorsitzender, Europaministerin Emilia Müller, die Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder und **RCDS**-Chef **Kurt Höller** über Chancen und Risiken der EU für die junge Generation. PNP-Wirtschaftsredakteur Alex Kain wird den Abend moderieren.

In Kreuth zeigten sich die **CSU**-nahen Studenten durchaus kritisch gegenüber der bayerischen Hochschulpolitik. Sie forderten für das Lehrangebot der Hochschulen nicht nur eine interne Beurteilung durch Studenten, sondern auch eine Evaluation durch internationale Experten: „Wenn wir als Studenten bald Studienbeiträge zahlen, haben wir Anspruch auf exzellente Lehre“, sagte **Höller** zu Hochschulminister Goppel. Für eine schlechte Bewertung müsse es auch Konsequenzen geben.

Zudem forderte der **RCDS** die Abschaffung der Verwaltungsgebühren, wenn die Studienbeiträge erhoben werden. Minister Goppel versprach den Studierenden, für die Studienbeiträge werde ein sozial abgefedertes Kreditmodell angeboten. An den Gebühren werde in **Bayern** kein Studium scheitern. Unzufrieden äußerte sich der **RCDS** mit der Regelung, dass Studenten mit zwei Geschwistern von den Beiträgen befreit werden: „Das sei ein Systembruch“, so **Höller**. Die Studenten müssten für diese Art von Familienpolitik aufkommen.

RCDS Bayern fest in Altmettener Hand

Studentenvertretung tagt ab morgen im Kloster

München/Metten (cwo). Es ist kein Zufall, dass der RCDS Bayern wieder hinter den Klostermauern von Metten (Lkr. Deggendorf) in Klausur geht: Nicht nur Kurt Höller, der gerade in Wildbad Kreuth als Landesvorsitzender der Christlich-demokratischen Studenten bestätigt wurde, ist „Altmettener“. Auch die Schatzmeisterin Cordula Spitzer hat im Gymnasium Metten die Grundlagen für ihr Studium gelegt, ebenso wie der neue stellvertretende Landesvorsitzende Stephan Rabl.

Mit einer hochkarätig besetzten öffentlichen Podiumsdiskussion über Europa beginnt die Tagung morgen, Freitag, im Festsaal des Benediktinerstiftes diskutieren ab 19 Uhr Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europaparlaments und stellvertretender CSU-Vorsitzender, Europaministerin Emilia Müller, die Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder und RCDS-Chef Höller über Chancen und Risiken der EU für die junge Generation. PNP-Wirtschaftsredakteur Alexander Kain wird den Abend moderieren.

In Kreuth zeigten sich die

CSU-nahen Studenten durchaus kritisch gegenüber der bayerischen Hochschulpolitik. Sie forderten für das Lehrangebot der Hochschulen nicht nur eine interne Beurteilung durch Studenten, sondern auch eine externe Evaluation durch internationale Experten: „Wenn wir als Studenten bald Studienbeiträge zahlen, haben wir Anspruch auf exzellente Lehre“, sagte Höller zu Hochschulminister Thomas Goppel. Für eine schlechte Bewertung müsse es auch Konsequenzen geben.

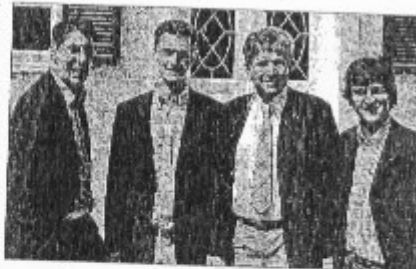
Zudem forderte der RCDS die Abschaffung der Verwaltungsgebühren, wenn die Studienbeiträge erhoben werden. Minister Goppel versprach den Studierenden, für die Studienbeiträge werde ein sozial abgefedertes Kreditmodell angeboten. An den Gebühren werde in Bayern kein Studium scheitern. Unzufrieden äußerte sich der RCDS mit der Regelung, dass Studenten mit zwei Geschwistern von den Beiträgen befreit werden: „Das sei ein Systembruch“, so Höller. Die Studenten müssten für diese Art von Familienpolitik aufkommen.

RCDS Passau trifft Minister Goppel

(17.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

RCDS Passau trifft Minister Goppel

Auf der Landesdelegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern in Wildbad Kreuth hat der RCDS Passau Einblick in das neue Bayerische Hochschulgesetz gewonnen. Am 18. Mai soll es im Parlament zum Beschluss vorgelegt werden. Der bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Thomas Goppel, stellte die geplanten Änderungen vor. Die Passauer Delegierten Benedikt Oiberding, Raphael Roggendorf, Florian Steidl und Johannes Wedekind diskutierten mit dem Minister ihre studentischen Standpunkte. Themen waren unter anderem der Umgang mit den kommenden Studienbeiträgen, die Darlehensfinanzierung sowie das Ausmaß der angestrebten Ausweitung der Selbstverwaltung der Hochschulen. In der Versammlung wurde der amtierende Landesvorsitzende Kurt Höller (26) mit großer Mehrheit in seiner dritten Amtszeit bestätigt. Im Bild (v.l.) Kurt Höller, Florian Steidl, Minister Goppel und Johannes Wedekind.



Bamberger an RCDS-Spitze

(17.05.2006 Kurt Höller) Fränkischer Tag

Bamberg. Der 23-jährige Bamberger Stephan Rabl ist von der Landesdelegierten-versammlung in Wildbad/Kreuth vor kurzem zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) **Bayern** gewählt worden. Er ist damit Stellvertreter des wiedergewählten Landesvorsitzenden, **Kurt Höller** (26).

Bildungspolitik der Zukunft

(13.05.2006 Karsten Dietel) RCDS diskutiert mit Wissenschaftsminister Goppel über das neue Hochschulgesetz

Kreuth – Hochaktueller Besuch beim bildungspolitischen Kooperationsseminar des **RCDS Bayern** und der Hans-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth: Mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und dem Ausschussvorsitzenden Ludwig Spaenle stellten die Väter des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes ihren Entwurf vor.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Diskussion mit dem Studentenverband lag beim Thema Evaluation. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten will zur internen Beurteilung durch Studenten auch eine externe Begutachtung durch internationale Experten, um eine aussagekräftige Bewertung des Lehrangebotes zu erhalten. „Wenn wir Studienbeiträge bezahlen, haben wir auch Anspruch auf eine exzellente Lehre“, so **RCDS-Vorsitzender Kurt Höller**. Evaluation müsse Konsequenzen haben. „Es kann nicht sein, dass in **Bayern** hochbezahlte Professoren die Hörsäle leer lesen. Hier brauchen wir Sanktionen.“

Diese für die 1500 **RCDS**-Mitglieder zentrale Forderung ist im neuen Gesetzesentwurf weitestgehend verwirklicht. Aber Goppel warb um das rechte Maß und um Sachbezogenheit. Evaluation dürfe nicht zur Schmähekritik führen: „Einen Professor durch Evaluation den Stempel des Buhmanns aufzudrücken, wäre für mich kein probates Mittel.“

Die Abschaffung der Verwaltungsgebühr fordert **Höller**: „Es kann ja nicht sein, dass wir bald drei Mal Geld verlangen: Erst die Studienbeiträge, dann den Studentenwerksbeitrag und zum Schluss noch die Verwaltungsgebühren.“ Nach Auffassung des **RCDS** müssen Studienbeiträge durch Kredite finanzierbar bleiben. Goppel kam hier mit einer guten Nachricht für die 20 bayerischen **RCDS**-Hochschulgruppen nach Kreuth. Sein Verhandlungsergebnis für die Studienbeiträge läge deutlich unter den Plänen anderer Länder. Der Wissenschaftsminister versprach: „Es wird dazu in nächster Zeit konkrete Zahlen geben. Die Staatsregierung steht zu ihrem Wort, die Studienbeiträge sozial abzufedern.“

Minister Goppel zeigte sich über fachlich fundierte Kritik des **RCDS** erfreut. Er und Spaenle betonten den Paradigmenwechsel der Hochschulpolitik durch das neue Gesetz: Die Bayerischen Hochschulen würden modernisiert und für das 21. Jahrhundert fit gemacht.

Professor Joachim Hornegger aus **Erlangen** bestätigte in seinem Vortrag „Wirtschaft und Wissenschaft“, dass die bayerische Wissenschaftspolitik gut aufgestellt sei. Sie dürfe sich aber nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Er forderte Leistungsorientierung auf allen Ebenen, Abschaffung der Verbeamtung von Professoren, Profilbildung der Unis sowie frühzeitige Integration der Studenten in den Forschungsbetrieb.

Zum Schluss der zweitägigen Tagung ermutigte der Leiter des Förderungswerkes der Hans-Seidel-Stiftung, Professor Hans Peter Niedermeier, die Anwesenden, sich für Stipendien zu bewerben. (Frank Gübner)

Bildungspolitik der Zukunft

RCDS diskutiert mit Wissenschaftsminister Goppel über das neue Hochschulgesetz

Kreuth - Hochaktueller Besuch beim bildungspolitischen Kooperationsseminar des RCDS Bayern und der Hans-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth. Mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und dem Ausschussvorsitzenden Lüdwig Späthle stellten die Väter des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes ihren Entwurf vor.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Diskussion mit dem Studentenverband lag beim Thema Evaluation. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten will zur internen Beurteilung durch Studenten auch eine externe Begutachtung durch internationale Experten, um eine aussagekräftige Bewertung des Lehrangebotes zu erhalten. „Wozu wir Studienbeiträge bezahlen, haben wir auch einen Anspruch auf exzellente Lehre“, so RCDS-Vorsitzender Kurt Höller. Evaluation müsse Konsequenzen haben. „Es kann nicht sein, dass in Bayern hochbezahlte Professoren die Hörsäle leer lassen. Das brauchen wir Sanktionen.“

Diese für die 1500 RCDS-Mitglieder zentrale Forderung ist im neuen Gesetzesentwurf weitestgehend um das rechte Maß und um Sachbezogenheit. Evaluations dürfte nicht zu Schönheitskritik führen: „Einem Professor durch Evaluation den Stempel des Substanziellen aufzudrücken, wäre für mich kein positives Mittel.“ Die Abschaffung der Verwaltungsgebühren fordert Höller: „Es kann ja nicht sein, dass wir bald drei Mal Geld verlangen. Erst die Studienbeiträge, dann der Studentenwerkbeitrag und zum Schluss noch die Verwaltungsgebühren.“ Nach Aufhebung des



Bildungspolitik im Blick: Thomas Goppel, Stefan Hartenberger, Cordula Spitzner, Hans-Peter Niedermeier, Kurt Höller, Michael Hornegger, Frank Gübner, Uta Meintker, Martin Degenhardt, Andreas Höpfe, Stephan Rahl (v.l.)

RCDS müssen die Studienbeiträge durch Kredite finanzierbar bleiben. Goppel kam hier mit einer guten Nachricht für die 20 bayerischen RCDS-Hochschulgruppen nach Kreuth: Sein Vorschlag, die Studienbeiträge für die Studienbeiträge läge deutlich unter den Plänen anderer Länder. Der Wissenschaftsminister verspricht: „Es wird dazu in nächster Zeit konkrete Zahlen geben. Die Staatsregierung steht zu ihren Wörtern, die Studienbeiträge sozial abzufedern.“

Minister Goppel zeigte sich über die fachlich fundierte Kritik des RCDS erfreut. Er und Späthle betonen den Paradigmenwechsel der Hochschulpolitik durch das neue Gesetz: Die bayerischen Hochschulen wü-

den modernisiert und für das

21. Jahrhundert fit gemacht. Professor Joachim Hornegger aus Erlangen bestritt in seinem Vortrag „Wirtschaft und Wissenschaft“, dass die bayerische Wissenschaftspolitik gut aufgestellt sei. Sie dürfe sich aber nicht auf dem Lorbeer ausruhen. Er forderte Leistungsorientierung auf allen Ebenen, Abschaffung der Verbeamtung von Professoren, Profilbildung der Unis sowie frühzeitige Integration der Studenten in den Forschungsprozess.

Zum Schluss der zweitägigen Tagung ernannte der Leiter des Förderungsverbandes der Hans-Seidel-Stiftung, Professor Hans-Peter Niedermeier, die Anwesenden, sich für Stipendien zu bewerben.

Frank Gübner

Die 52 Landesdelegierten des RCDS Bayern haben in Kreuth ihren Landesvorsitzenden Kurt Höller aus Erlangen deutlich mit einer Mehrheit von 82 Prozent in seinem Amt bestätigt. Er tritt damit in sein drittes Amtsjahr. Stellvertreterin bleibt Cordula Spitzner aus Bayreuth. Neu gewählt wurden die Stellvertreter Stephan Rahl (Landsberg) und Stefan Hartenberger (Regensburg). Der Münchner Thomas Döpfner und der Würzburger Martin Schöbber kandidierten nicht mehr. Schatzmeisterin bleibt Uta Meintker aus Erlangen.

Heftiger Schlagabtausch

(13.05.2006 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Für und Wider zur Einführung der Studiengebühren

Von Sabine Raab

Markt Schwaben - Stellt die Einführung von Studiengebühren eine zu hohe Belastung für Studenten dar, oder ist sie eine notwendige bildungspolitische Maßnahme? Um dieser Frage nachzugehen, lud die Schülermitverwaltung des Franz-Marc-Gymnasiums Markt Schwaben am Donnerstagabend Vertreter aus Politik und Hochschule zu einer Podiumsdiskussion in die Aula der Schule ein. Die Brisanz der Thematik zeigte sich im bisweilen heftigen Schlagabtausch zwischen den Rednern sowie den kritischen Fragen aus dem Publikum.

„Zu Beginn des Sommersemesters 2007 werden an den Universitäten in **Bayern** Studiengebühren zwischen 300 und 500 Euro pro Semester eingeführt“, erklärt Hans-Helmut Günther von der Abteilung Management der TU-München zu Beginn der Diskussion. Die tatsächliche Höhe des Semesterbeitrags könnten die Unis dabei – je nach Bedarf – selbst festlegen. Seiner Meinung nach sollte der finanzielle Zugewinn auf alle Fälle der Verbesserung der universitären Verhältnisse zukommen.

Ina Faßbinder, die Vertreterin des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses (AStA) der LMU-München ist sich sehr sicher, dass in **Bayern** Studiengebühren in der Maximalhöhe von 500 Euro eingeführt werden, was sie für unzumutbar hält: „Eine Umfrage hat ergeben, dass 27 Prozent der Studierenden – vor allem Bafög-Empfänger und Frauen – ihr Studium abbrechen würden, wenn sie pro Semester 500 Euro zahlen müssten“, sagt sie. Zudem vertraue die Mehrzahl der Studenten nicht darauf, dass die Gebühren wirklich dort eingesetzt würden, wo sie am nötigsten seien.

Margarete Bause, Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, und Adelheid Rupp von der SPD halten eine Erhöhung der Studiengebühren für kontraproduktiv – schließlich sollte sich die Zahl der Studenten doch eigentlich erhöhen. „Da die Studiengebühren unabhängig davon zu zahlen sind, ob man Bafög erhält, oder nicht, müssen sich Bafög-Empfänger während des Studiums doppelt verschulden“, sagt Bause. Sie befürchtet, dass sich dadurch vor allem junge Menschen aus sozial schwächeren Verhältnissen gegen ein Studium entscheiden. Harald Renz von der Landes-Eltern-Vereinigung hebt in diesem Zusammenhang die finanzielle Mehrbelastung der Eltern durch Studiengebühren hervor.

Hier halten Hans-Helmuth Günther und der Vertreter des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, **Kurt Höller**, dagegen, indem sie auf die verschiedenen Finanzierungsmodelle verweisen. „Es gibt entweder die Möglichkeit, bei einer Bank einen Studienkredit für Lebensunterhalt und Studienbeiträge oder ein Studienbeitragsdarlehen aufzunehmen“, erklärt Günther. Die Höhe und Dauer der Rückzahlung hänge dabei von der Höhe des Einkommens nach Abschluss des Studiums ab.

Adelheid Rupp warnt dagegen davor, die Studienkredite als „sozial gerecht“ zu bewerten: „Ein Student, der von zu Hause unterstützt wird, kann sogar bei schlechten Leistungen ohne Schulden ins Berufsleben starten – einer mit besseren Leistungen, der einen Kredit aufnehmen muss, nicht.“

Ein junger Mann aus den Reihen der Zuhörer meldet sich kritisch zu Wort: „Hat denn eine Gesellschaft kein Recht auf Bildung?“, richtet er seine Frage an das Podium. Seiner Meinung nach sei die Einführung von Studiengebühren ein unzulässiger Rückzug des Staates von seiner Aufgabe, die Bildung seiner Bürger zu finanzieren. Einige Schüler aus der zwölften Jahrgangsstufe unterhalten sich nach der Podiumsdiskussion angeregt miteinander: „Bei solchen Dingen wie der Einführung von Studiengebühren geht das Vertrauen in den Staat ganz verloren“, sagt ein junger Mann. „Wenn dann nicht mal klar ist, ob die zusätzlichen Einnahmen auch wirklich den Studenten zugute kommen, macht das Ganze sowieso keinen Sinn“, bestärkt ihn eine Mitschülerin.

Dass diese Annahmen nicht ganz unbegründet sind, zeigt sich in einem Schreiben, das die bayerischen Hochschulen kürzlich erhalten haben: Darin heißt es, dass die Einzahlungen der Studenten automatisch auf dem Konto der Staatsoberkasse verbucht würden. Dabei sieht das Gesetz vor, dass die Erhebung der Studiengebühren allein Sache der Hochschulen ist.

Heftiger Schlagabtausch

Für und Wider zur Einführung der Studiengebühren

Von Sabine Raab

Markt Schwaben ■ Stellt die Einführung von Studiengebühren eine zu hohe Belastung für Studenten dar, oder ist sie eine notwendige bildungspolitische Maßnahme? Um dieser Frage nachzugehen, lud die Schölermitverwaltung des Franz-Mare-Gymnasiums Markt Schwaben am Donnerstagabend Vertreter aus Politik und Hochschule in die Aula der Schule ein. Die Brisanz der Thematik zeigte sich im teilweise heftigen Schlagabtausch zwischen den Rednern sowie den kritischen Fragen aus dem Publikum.

Zu Beginn des Sommersemesters 2007 werden an den Universitäten in Bayern Studiengebühren zwischen 300 und 500 Euro pro Semester eingeführt“, erklärt Hans-Helmuth Günther von der Abteilung Management der TU-München zu Beginn der Diskussion. Die tatsächliche Höhe der Semesterbeiträge könnten die Unis dabei – je nach Bedarf – selbst festlegen. Seiner Meinung nach sollte der finanzielle Zugewinn auf alle Fälle der Verbesserung der universitären Verhältnisse zukommen.

Ina Faßbender, die Vertreterin des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses (ASTA) der LMU-München ist sich sehr sicher, dass in Bayern Studiengebühren in der Maximalthöhe von 500 Euro eingeführt werden, was sie für unannehmbar hält. „Eine Umfrage hat erge-

aus sozial schwächeren Verhältnissen gegen ein Studium entscheiden. Harald Renz von der Landes-Eltern-Vereinigung hebt in diesem Zusammenhang die finanzielle Mehrbelastung der Eltern durch Studiengebühren hervor.

Hier halten Hans-Helmuth Günther und der Vertreter des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, Kurt Höller, dagegen, indem sie auf die verschiedenen Finanzierungsmodelle verweisen. „Es gibt entweder die Möglichkeit, bei einer Bank einen Studienkredit für Lebensunterhalt und Studienbeiträge oder ein Studienbeitragsdarlehen aufzunehmen“, erklärt Günther. Die Höhe und Dauer der Rückzahlung hänge dabei von der Höhe des Einkommens nach Abschluss des Studiums ab.

Adelheid Rupp warnt dagegen davor, die Studienkredite als „sozial gerecht“ zu bewerten: „Ein Student, der von zu Hause unterstützt wird, kann sogar bei schlechten Leistungen ohne Schulden ins Berufsleben starten – einer mit besseren Leistungen, der einen Kredit aufnehmen muss, nicht.“

Ein junger Mann aus den Reihen der Zuhörer meldet sich kritisch zu Wort: „Hat denn eine Gesellschaft kein Recht auf Bildung?“, richtet er seine Frage an das Podium. Seiner Meinung nach sei die Einführung von Studiengebühren ein unzulässiger Rückzug des Staates von seiner Aufgabe, die Bildung seiner Bürger zu finanzieren.



Podiumsdiskussion über Studiengebühren im Markt Schwabener Gymnasium: Kurt Höller (von links), Tanja Zieger Moderation, Elena Stingl, Ina Faßbender, Hans-Helmuth Günther, Harald Renz, Margarete Bause und Adelheid Rupp. Foto: Endt

ben, dass 27 Prozent der Studierenden – vor allem Bafög-Empfänger und Frauen – ihr Studium abbrechen würden, wenn sie pro Semester 500 Euro zahlen müssten“, sagt sie. Zudem vertraue die Mehrzahl der Studenten nicht darauf, dass die Gebühren wirklich dort eingesetzt würden, wo sie am nötigsten seien.

Margarete Bause, Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, und Adelheid Rupp von der SPD halten eine Erhöhung der Studiengebühren für kontraproduktiv – schließlich sollte sich die Zahl der Studenten doch eigentlich erhöhen. „Da die Studiengebühren unabhängig davon zu zahlen sind, ob man Bafög erhält, oder nicht, müssen sich Bafög-Empfänger während des Studiums doppelt verschulden“, sagt Bause. Sie befürchtet, dass sich dadurch vor allem junge Menschen

zielen. Einige Schüler aus der zwölften Jahrgangsstufe unterhalten sich nach der Podiumsdiskussion angeregt miteinander: „Bei solchen Dingen wie der Einführung von Studiengebühren geht das Vertrauen in den Staat ganz verloren“, sagt ein junger Mann. „Wenn dann nicht mal klar ist, ob die zusätzlichen Einnahmen auch wirklich den Studenten zugute kommen, macht das Ganze sowieso keinen Sinn“, bestärkt ihn eine Mitschülerin.

Dass diese Annahmen nicht ganz unbegründet sind, zeigt sich in einem Schreiben, das die bayerischen Hochschulen kürzlich erhalten haben: Darin heißt es, dass die Einzahlungen der Studenten automatisch auf dem Konto der Staatsoberkasse verbucht würden. Dabei sieht das Gesetz vor, dass die Erhebung der Studiengebühren allein Sache der Hochschulen ist.

Podiumsdiskussion in Marktschwaben, **Höller (RCDS BY)** links

Stephan Rabl im RCDS-Vorstand
(11.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Der Viechtacher ist stellvertretender Landesvorsitzender der Studentenvereinigung

Viechtach (vbb). Auf der diesjährigen Delegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in Wildbad Kreuth wurde der Viechtacher Stephan Rabl (23) zum stellvertretenden Vorsitzenden des **RCDS Bayerns** gewählt.

Rabl studiert seit zwei Jahren Politikwissenschaft in Bamberg und leitet dort die **RCDS**-Gruppe. "Der **RCDS** ist mit 8000 Mitgliedern in **Bayern** die größte studentische Interessenvertretung. Wir setzen uns dafür ein, dass Studenten in **Bayern** gute Bedingungen an den Hochschulen vorfinden und sehen uns als Sprachrohr in die Politik", so Rabl.

Vor seinem Engagement bei dem **CSU**-nahen **RCDS** gründete er mit einer Handvoll Schülern die Schüler-Union im Landkreis Regen, die mittlerweile knapp 70 Mitglieder zählt. Zudem hat er sich bereits in der Jungen Union Viechtach politisch betätigt. Der "Wahl-Bamberger" hat sich als Leiter der Programmkommission im Landesvorstand seine Lorbeeren verdient und wurde dafür mit seiner Wahl zum Stellvertreter belohnt. Vorsitzender des **RCDS Bayern** ist auch weiterhin der aus Deggendorf stammende **Kurt Höller** (26).

Wissenschaftsminister Thomas Goppel, einer der ersten Gratulanten für **Höller** und Rabl, zeigte sich optimistisch, dass die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen **RCDS** und Ministerium für ein weiteres Jahr gesichert sei. Gerade kurz vor der Verabschiedung des neuen Hochschulgesetzes und mitten in der Debatte um die im Sommer 2007 startenden Studienbeiträge sei eine "enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit" notwendig, so Goppel.

Des Weiteren wurden einige Anträge, darunter der Leitantrag "Evaluation der Lehre", mit einer breiten Mehrheit der Stimmen gebilligt. Sie könne jetzt an die zuständige Arbeitsgruppe übergeben und mit den Fachpolitikern beraten werden.

Podiumsdiskussion über Studiengebühren

(10.05.2006 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Markt Schwaben

Ein brandaktuelles Thema hat sich die Schülermitverwaltung des Markt Schwabener Gymnasiums für eine Podiumsdiskussion am heutigen Mittwoch, 11. Mai, vorgenommen: „Studiengebühren in **Bayern**“ wird sicherlich für einen regen Meinungsaustausch sorgen. Bekanntlich plant die Staatsregierung, von 2007 an Gebühren von 500 Euro pro Semester zu erheben. Auf dem Podium sitzen **Kurt Höller**, Ring Christlich-Demokratischer Studenten, die Abgeordneten Adelheid Rupp (SPD) und Magarete Bause (Grünen), Harald Renz von der Landes-Eltern-Vereinigung, Bezirksschülersprecherin Elena Stingl sowie Ina Faßbinder, Allgemeiner Studierenden-Ausschuss. Beginn ist um 19.30 Uhr.

Aktive Hochschulpolitik

(06.05.2006 RCDS Bayern e.V. - Karsten Dietel) Bayernkurier

RCDS berät mit Goppel neues Gesetz

Wildbad Kreuth – Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten versteht sich als die Organisation der Unionsparteien an den Hochschulen. Heute und am Sonntag diskutiert der **RCDS Bayern** bei einem Kooperationsseminar im Bildungszentrum der Hans- Seidel- Stiftung mit Staatsminister Thomas Goppel, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses im Landtag, Ludwig Spaenle, und dem Landtagsabgeordneten Georg Eisenreich die Eckpunkte des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes. Eine hochaktuelle Thematik, denn das Gesetz wird dem Landesparlament am 18. Mai zur Beschlussfassung vorgelegt.

Wesentliche Teile der bayerischen Hochschulpolitik stehen vor Veränderungen: Hin zu schlankeren Strukturen, größerer Eigenverantwortung und Modernisierung. Deshalb will sich der **RCDS** mit Studienbeiträgen, der Au-

tonomie der Hochschulen, der Selbstauswahl ihrer Studenten und dem internationalen Wettbewerb auf dem Bildungssektor auseinandersetzen.

Ferner wird in Kreuth vor den **RCDS**-Mitgliedern Professor Joachim Hornegger (Uni **Erlangen**) über die Partnerrolle von Wirtschaft und Wissenschaft in der globalisierten Welt referieren.

RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller ist stolz auf das Kreuther Programm: „Der **RCDS** ist die führende politische Kraft an den bayerischen Hochschulen. Das werden wir auch an diesem Wochenende deutlich machen.“ (Ingo Sommer)

Aktive Hochschulpolitik

RCDS berät mit Goppel neues Gesetz

Wildbad Kreuth – Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten versteht sich als die Organisation der Unionsparteien an den Hochschulen. Heute und am Sonntag diskutiert der RCDS Bayern bei einem Kooperationsseminar im Bildungszentrum der Hanns-Seidel-Stiftung mit Staatsminister Thomas Goppel, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses im Landtag, Ludwig Spaenle, und dem Landtagsabgeordneten Georg Eisenreich die Eckpunkte des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes. Eine hochaktuelle Thematik, denn das Gesetz wird dem Landesparlament am 18. Mai zur Beschlussfassung vorgelegt.

Wesentliche Teile der bayerischen Hochschulpolitik stehen vor Veränderungen: Hin zu schlankeren Strukturen, größerer Eigenverantwortung und Modernisierung. Deshalb will sich der RCDS mit Studienbeiträgen, der Autonomie der Hochschulen, der Selbstauswahl ihrer Studenten und dem internationalen Wettbewerb auf dem Bildungssektor auseinandersetzen.

Ferner wird in Kreuth vor den RCDS-Mitgliedern Professor Joachim Hornegger (Uni Erlangen) über die Partnerrolle von Wirtschaft und Wissenschaft in der globalisierten Welt referieren.

RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller ist stolz auf das Kreuther Programm: „Der RCDS ist die führende politische Kraft an den bayerischen Hochschulen. Das werden wir auch an diesem Wochenende deutlich machen.“

Ingo Sommer
Ausführlicher Bericht folgt

Frühjahrsputz des RCDS

(04.04.2006 RCDS Bayern e.V. - Karsten Dietel) Nürnberger Nachrichten vom 04.04.2006

33 prall gefüllte Müllsäcke sind das Ergebnis einer fünfständigen Frühjahrsputz-Aktion von Studenten der Hochschulgruppe **RCDS** rund um den Wiso-Campus. Sie haben eingesammelt, was Schnee und Eis zugedeckt hatten: Flaschen, Papier, Zigarettenschachteln und sogar PC-Tastaturen.

Frühjahrsputz des RCDS

33 prall gefüllte Müllsäcke sind das Ergebnis einer fünfständigen Frühjahrsputz-Aktion von Studenten der Hochschulgruppe **RCDS** rund um den Wiso-Campus. Sie haben eingesammelt, was Schnee und Eis zugedeckt hatten: Flaschen, Papier, Zigarettenschachteln und sogar PC-Tastaturen.

(08.03.2006 Kurt Höller) Main-Post

Daniel Schubert beim RCDS im Amt bestätigt

Hochschul-Notizen

Daniel Schubert beim RCDS im Amt bestätigt

Der 20-jährige Daniel Schubert wurde in der Mitgliederversammlung des Rings Christlich-Demokratischen Studenten in seinem Amt bestätigt. Der gebürtige Würzburger, der auch im Studentischen Konvent der Uni sitzt, studiert BWL im dritten Semester. „Das Wintersemester 2005/06 war ein erfolgreiches Semester für uns“, erklärte Schubert. „Durch die Gründung von Arbeitskreisen ist unsere Hochschulgruppe nun für das nächste Semester gut aufgestellt.“ Stellvertreter Schuberts ist der 21-jährige Jurastudent Martin Schröder. Das Team vervollkommen der Geschäftsführer Sebastian Kins, der Kassenwart Karl-Heinz Neder und die Beisitzer Johannes Beck, Sophie Bellefontaine, Michaela Hiebel, Philippe Gruhl, Caroline Müller, sowie Clemens Pompey. Der RCDS will laut einer Mitteilung darauf achten, „dass Studiengebühren bei den Studenten in der Lehre ankommen und nicht finanzielle Mittel zu Lasten der Lehre umverteilt werden.“ Weitere Ziele: die Verlängerung der Bibliotheks-Öffnungszeiten und der Erhalt der politischen Wissenschaft am Standort Würzburg.

Der RCDS im Internet:
www.rcds-wuerzburg.de

Neller will gegen Raumnot der Universität ankämpfen

(06.03.2006 Kurt Höller) Fränkischer Tag

Neller will gegen Raumnot der Universität ankämpfen

Bamberg - Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Jungen Union (JU) und des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) erläuterte OB-Kandidat Peter Neller seine Vorstellungen von der künftigen Entwicklung der Universität Bamberg.

Vor allem der aus einer 300%igen Überbelegung resultierenden Raumnot will Peter Neller dabei begegnen. Neben dem Erba-Gelände in Gaustadt sieht er vor allem das Areal des derzeitigen Hallenbades als möglichen Standort der Universität. Wie der FT berichtete, hat sich Neller mit diesem Anliegen auch bereits an Vize-Ministerpräsident Beckstein gewandt. „Mir wäre es lieber, das Grundstück des Hallenbades für wichtige Bildungsaufgaben zu nutzen, als dort eine wohl defizitäre

Kunsthalle zu errichten“, so Neller.

Am Rande der Veranstaltung zeigten sich die Vorsitzenden von JU und RCDS, Christian Kübrich und Stephan Rabl, erfreut darüber, dass mittlerweile auch die Liberale Hochschulgruppe das Anliegen von JU und RCDS nach einer direkten Busverbindung der beiden bestehenden Universitätsstandorte und einem erweiterten Angebot an Nachtlinien befürwortet. Bereits zur Einführung des Semestertickets hatten JU und RCDS dafür plädiert.

Gerade im Punkt der Nachtlinien will Neller nach Möglichkeiten suchen, eine Verbesserung herbeizuführen. Da die Studenten in Bamberg auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor seien, müsse die Stadt auch auf deren Bedürfnisse achten.

Haase verlangt mehr Freiheit

(21.01.2006 Kurt Höller) MAINPOST

Uni-Präsident und Studenten bereiten sich auf das neue Hochschulgesetz vor

Würzburg Mit dem Freistaat handelt er derzeit die Zielvereinbarungen für die Würzburger Universität aus, öffentlich fordert er für die Hochschulen mehr Freiheit: Präsident Professor Axel Haase wird nicht müde, die überbordende Bürokratie in den Hochschulen zu beklagen.

"Mehr Zeit zu haben für die Forschung und weniger für die Strukturplanung"- wenn es nach dem Würzburger Uni-Präsidenten geht, sollen die Wissenschaftler an den Universitäten tun, was sie am besten können: forschen und lehren. "Erst kommt die Wissenschaft, und dann ergeben sich die Strukturen oder notwendigen Veränderungen", lautet Haases Plädoyer für autonome Hochschulen. Gefahren für die Freiheit drohten dabei weniger durch inhaltliche oder fachliche Vorgaben oder gar Zensur: Zeitmangel bremst die Wissenschaftler aus. Die Professoren müssten immer mehr dokumentieren, sich immer öfter rechtfertigen, Mehrjahrespläne schreiben, Normen einhalten: "Freiheit wird heute in erster Linie eingeschränkt durch die zunehmende Reduzierung von frei verfügbarer Zeit", beklagte Haase jüngst bei einer Festveranstaltung in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München. Am Donnerstag wiederholte der Präsident seine Forderung, die Wissenschaftler von Bürokratie zu entlasten - und ihnen freie Hand zu lassen. Der Studentische Konvent hatte zu einer Podiumsdiskussion zum neuen Bayerischen Hochschulgesetz geladen, das - stimmt der Landtag zu - zum 1. Juni in Kraft tritt. Künftig soll es an den bayerischen Universitäten einen Hochschulrat geben, paritätisch besetzt mit acht Externen und acht Hochschulangehörigen. Dieses neue, mächtige Gremium wählt unter anderem den Präsidenten und den Kanzler und wird über Studiengänge entscheiden. Der Senat - bislang das zentrale Organ der Hochschulen - wird von 16 auf acht Köpfe deutlich verkleinert und verliert Befugnisse. Es sei müßig darüber zu diskutieren, wie die Gremien aussehen, sagt Haase: "Mit der neuen Grundordnung kann man Konstruktionsfehler durchaus korrigieren und bewährte Strukturen ins neue Modell retten." Christian Stock vom Sprecherrat hält es für "gewagt, den Hochschulrat mit so vielen Externen zu besetzen". Sorge bereitet ihm wie vielen Sprecherratskollegen, dass die Studenten künftig nur noch einen Vertreter in den Senat senden können. "Wir brauchen mehr studentische Mitbestimmung", findet auch Simone Tolle, Landtagsabgeordnete der Grünen. Thomas Goger, der Landesvorsitzende der Jusos, sieht die Studenten gar "entmündigt". **Kurt Höller**, der Landesvorsitzende des **RCDS**, sieht die Studenten weniger im Senat als bei Professoren-Berufungen im Abseits: Die bislang vorgeschriebene pädagogische Stellungnahme der Studierenden zu einem Bewerber sieht das neue Hochschulgesetz nämlich nicht mehr vor. Auch Karsten Klein, der stellvertretende FDP-Bezirksvorsitzende, stört sich weniger am einsamen "Super-Studenten", er kritisiert die "Fremdsteuerung, die im Hochschulrat verankert ist": "Ich finde in diesem Gesetzesentwurf keine tatsächliche Autonomie." Haase setzt auf die "Experimentierklausel", die den Hochschulen bei allen Vorgaben von außen ein wenig Gestaltungsfreiheit lässt: "Die wird sicher genutzt werden, um sinnvolle Gremien unter den neuen Bedingungen weiterzuführen."

Hochschul-Notizen

(18.01.2006 Kurt Höller) MAINPOST

Für alle Studierenden für das Lehramt an den Gymnasien findet in Hörsaal 4 des Philosophiezentrum am Hubland am Donnerstag, 19. Januar, um 17 Uhr eine Informationsveranstaltung des Bayerischen Philologenverbandes zum Referendariat statt. Es sprechen Heiner Ratsch, Bezirksvorsitzender, Walter Bertl, Hauptpersonalrat und Vorstandsmitglied des Verbandes, und Sebastian Frank, Bayerische Referendarvertretung. Ein Statement zur Gymnasialpädagogik steuert Prof. Dr. Dorit Bosse bei. Der Studentische Konvent der Uni lädt zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema "Sinnvolles Zukunftskonzept oder leere Versprechungen? - Das neue Bayerische Hochschulgesetz" ein. Über die Vor- und Nachteile des Gesetzesentwurfs diskutieren Prof. Dr. Axel Haase (Präsident der Universität Würzburg), Thomas Goger (Juso-Landesvorsitzender), Karsten Klein (stellvertretender Bezirksvorsitzender der FDP), Simone Tolle (MdL, Bündnis 90/Die Grünen), **Kurt Höller** (Landesvorsitzender **RCDS Bayern**), Christian Stock (Sprecherrat der Universität Würzburg). Die Podiumsdiskussion findet am Donnerstag, 19. Januar, im Audimax der Neuen Universität am Sanderring statt. Beginn ist um 19.30 Uhr.

AKTION DER WOCHE: Unterstützungs-Website

(10.12.2005 Kurt Höller)

Auf ungewöhnliche Art unterstützt die Jungen Union München-Solln Ministerpräsident Edmund Stoiber. Mit der Internetseite www.stoiber-tut-gut.de wollen die Nachwuchspolitiker dem **CSU**-Chef Rückenwind geben. Schon in den ersten fünf Tagen haben mehr als 1600 Interessenten die Unterstützerseite aufgerufen.

„Dieser Erfolg hat selbst unsere Erwartungen noch weit übertroffen“, meint Philipp Paulus, Vorsitzender der **JU** München-Solln. „Viele wollen Ministerpräsident Stoiber den Rücken stärken.“ Der enorme Zuspruch spreche für sich. Besonders viele junge Menschen würden an der Aktion teilnehmen, melden die Münchner. „Ob Parteigänger oder nicht – im von Stoiber durchgesetzten ausgeglichenen Haushalt erkennen sie verwirklichte Generationengerechtigkeit“, so der Sollner **JU**-Vize Tassilo Wanner. Die Zustimmung reiche vom **JU** Bezirksverband Oberfranken bis zum Kreisverband Bad Tölz - Wolfratshausen quer durch **Bayern**. Die Junge Union **Bayern** hat die Aktion auf ihrer Homepage verlinkt. Auch die Landesverbände von Schülerunion (SU) und **RCDS** haben sich der Aktion angeschlossen.

Bewertung von Professoren

(01.10.2005 Kurt Höller) Bayernkurier

München – Eine „wirksame Beurteilung der Professoren an Hochschulen“ fordert der Ring Christlich-Demokratischer Studenten. Laut **RCDS**-Chef **Kurt Höller** kommt das Evaluation der Lehre im neuen Hochschulgesetz „deutlich zu kurz“. Eine Bewertung ohne Veröffentlichung mache keinen Sinn. Vielmehr müsse Evaluation auch finanzielle Konsequenzen haben.

Im Gespräch von 50 **RCDS**-Mitgliedern mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel lobte **Höller**, die vom Freistaat eingeführte „W-Besoldung“ sei ein Schritt in die richtige Richtung.

Zu Gast bei der traditionellen Tagung, die stets zur Wiesn-Zeit stattfindet, war auch Christoph Marx, der österreichische Vorsitzende der Partner-Arbeitsgemeinschaft, sowie der Vize-Präsident der Europäischen Dachorganisation, Dieter Haas.

RCDS ist mit neuem Gesetz sehr zufrieden

(13.08.2005 Kurt Höller)

München – **Bayerns RCDS** zeigt sich mit dem neuen Hochschulgesetz „sehr zufrieden“. „Dadurch wird **Bayern** in der Lage sein, auch in Zukunft seine Spitzenposition zu verteidigen“, so **RCDS**-Landeschef **Kurt Höller**.

„Wir hätten uns zwar ein schlankeres Gesetz gewünscht, finden das Resultat aber sehr innovativ“, erklärte **Höller**. Der **RCDS** werde versuchen, die Möglichkeiten der Bewertung weiter zu stärken. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist der einzige Studentenverband, der die Einführung von fairen Studienbeiträgen unterstützt hat. Diese werden nun im neuen Hochschulgesetz ermöglicht.

„Mit Studiengebühren schaffen wir endlich das gewünschte Anbieter-Kundenverhältnis und damit auch größeren Wettbewerb zwischen den Hochschulen“, so **Höller**.

Kurt Höller bleibt RCDS-Chef

(29.07.2005 Presselounge des RCDS in Bayern e.V. - Melanie Schübel)

Metten (dz). Mit überwältigender Mehrheit wurde der Landesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten **Kurt Höller** im Amt bestätigt. Die Landesdelegiertenversammlung wählte den Altmettener mit über 93 Prozent der Stimmen für ein weiteres Jahr zum Vorsitzenden. Wissenschaftsminister Thomas Goppel (L.) sprach sich in einer Diskussionsrunde mit den Studentenvertretern dafür aus, die Autonomie der bayerischen Hochschulen weiter zu stärken sowie Überregulierung durch das neue Hochschulrahmengesetz zu vermeiden.

(Foto: **RCDS**)

Kurt Höller bleibt RCDS-Chef



Metten (dz). Mit überwältigender Mehrheit wurde der Landesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten **Kurt Höller** im Amt bestätigt. Die Landesdelegiertenversammlung wählte den Altmettener mit über 93 Prozent der Stimmen für ein weiteres Jahr zum Vorsitzenden. Wissenschaftsminister **Thomas Goppel** (l.) sprach sich in einer Diskussionsrunde mit den Studentenvertretern dafür aus, die Autonomie der bayerischen Hochschulen weiter zu stärken sowie Überregulierung durch das neue Hochschulrahmengesetz zu vermeiden. (Foto: RCDS)

Pressespiegel, PNP Regionalteil Deggendorf Mai 2005

Politik, wir kommen!

(19.06.2005 Melanie Schübel) Im September wählt Deutschland voraussichtlich eine neue Bundesregierung - und viele junge Menschen treten jetzt in Parteien ein

Von Bernhard Kellner

Nichts wie ab in die Politik - das ist die neue, überraschende Devise vieler junger Menschen! Seit klar ist, dass am 18. September ein neuer Bundestag gewählt werden soll, treten verstärkt junge Leute in die Parteien ein. Motto: Politik, wir kommen! Sogar die krisengeschüttelte SPD meldet: Von den 1325 neuen Mitgliedern sind 729 jünger als 35. Ähnlich ist es bei der **CSU**. Seit der Neuwahlankündigung des Kanzlers am 22. Mai beantragten 400 Bürger ein **CSU**-Parteibuch, 150 davon sind unter 30. Auch CDU, Grüne, FDP und PDS surfen auf der Jugendwelle. BamS befragte die neuen Parteimitglieder, warum sie sich zum Eintritt entschlossen haben.

Melanie Schübel (24)

Studentin aus **Erlangen, CSU**:

„Ich will, dass die Chancen für junge Menschen wieder besser werden. Deshalb bin ich in die **CSU** eingetreten. Die denken auch an die Zukunft der jungen Leute, etwa in der Hochschul- und Bildungspolitik.“

Frederik M. Blachetta (18) und Sören Priebe (19)

Beide Schüler in Berlin, **SPD**:

Politik bestimmt die Spielregeln unserer Gesellschaft. Wir wollen diese Regeln mitgestalten. Die **SPD** vertritt die wichtigsten Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Reformen Gerhard Schröders sorgen dafür, dass diese Grundwerte erhalten bleiben können.“

Gesine Liebeknecht (19)

Abiturientin aus Dresden, Grüne:

„Ich bin schon länger bei der Grünen Jugend dabei. Jetzt bin ich in die Partei eingetreten, weil ich Joschka Fischer und die anderen unterstützen will. Die Grünen sind eine Partei mit Visionen. Dort kann ich mich aktiv für Veränderungen einsetzen.“

Oliver Handschuck (35)

Unternehmensberater aus Berlin, CDU:

„Das ist jetzt wie die Wende in eine neue Zeit – bei diesem Aufbruch möchte ich mit dabei sein. Unser Land ist in einem beklagenswerten Zustand. Ich möchte mithelfen, es wirtschaftlich wieder nach vorn zu bringen. Das geht nur mit der CDU.“

Pia Patricia Weyers (25) und Mario Windisch (30)

Studentin und Medienkaufmann aus Berlin, FDP:

„Meckern hilft nicht. Wenn sich etwas ändern soll, muß man sich aktiv einsetzen. Wir haben Freunde in der FDP. Zusammen mit ihnen wollen wir unser Land wieder an die Spitze bringen.“



Pressespiegel, Bild am Sonntag 19.06.2005

Wahlkampfteam der Jungen Union

(16.06.2005 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Winzer (dz). Der Kreisverband der Jungen Union unterstützt die Wiederwahl von MdB Barthl Kalb mit Wort und Tat: Für den Wahlkampf hat die Jugendorganisation der **CSU** ein Team mit 20 Mitgliedern unter der Führung des Kreisvorsitzenden Christian Moser zusammengestellt. Damit will die Junge Union zu einem glänzenden Ergebnis beitragen. Geplant ist unter anderem eine Postkartenaktion. Thematisch will sich der **JU**-Vorstand vor allem mit Fragen der neuen Enquete im Bayerischen Landtag "Jungsein in **Bayern** - Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen" auseinandersetzen. Unter anderem wird dazu eine Klausurtagung stattfinden. Bei der Sitzung am Freitag nahm der Vorstand als Mitglieder ohne Stimmrecht Landtagsabgeordneten Bernd Sibler, **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller**, Thomas Lang, Roland Kufner, Korbinian Breit und Roland Mitterbauer auf.

Zwei weitere Altmettener in der RCDS-Vorstandschaft

(06.06.2005 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

Cordula Spitzer und Stephan Rabl neu im Gremium

Metten (lam). **Kurt Höller**, Altmettener und **Landesvorsitzender** im Ring Christlich-Demokratischer Studenten, erhält Unterstützung aus Reihen seiner alten Schule. Neu in der **RCDS**-Landesvorstandschaft sind Cordula Spitzer, Abisprecherin des letzten Jahres und nunmehr Jurastudentin in Bayreuth, sowie Stephan Rabl, früherer Kollegstufensprecher und inzwischen angehender Politologe. Beide sind in der programmatischen Arbeit in dem Studentenverband federführend. Ganz oben auf der Agenda steht natürlich die Debatte um die Studiengebühren: Sozialverträglich sollen sie sein, und vor allem den einzelnen Fakultäten zu Gute kommen. Weiterer Themenschwerpunkt ist das neue Hochschulgesetz: „Wir müssen dafür sorgen, dass nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Bildung im Bundestagswahlkampf zum Thema wird“, hat sich **Höller** vorgenommen.

**Zwei weitere Altmettener
in der RCDS-Vorstandschaft**
Cordula Spitzer und Stephan Rabl neu im Gremium

Metten (lam). Kurt Höller, Altmettener und Landesvorsitzender im Ring Christlich-Demokratischer Studenten, erhält Unterstützung aus Reihen seiner alten Schule. Neu in der RCDS-Landesvorstandschaft sind Cordula Spitzer, Abisprecherin des letzten Jahres und nunmehr Jurastudentin in Bayreuth, sowie Stephan Rabl, früherer Kollegstufensprecher und inzwischen angehender Politologe. Beide sind in der programmatischen Arbeit in dem Studentenverband federführend. Ganz oben auf der Agenda steht natürlich die Debatte um die Studiengebühren: Sozialverträglich sollen sie sein, und vor allem den einzelnen Fakultäten zu Gute kommen. Weiterer Themen-



Cordula Spitzer und Kurt Höller vom RCDS. (Foto: Lampelsdorfer)

schwerpunkt ist das neue Hochschulgesetz: „Wir müssen dafür sorgen, dass nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Bildung im Bundestagswahlkampf zum Thema wird“, hat sich Höller vorgenommen.

Pressespiegel, PNP Lokalteil Deggendorf

Profil durch Autonomie

(16.04.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

RCDS Bayern will mehr Rechte für Unis

München – Auf offene Ohren stoßen die Empfehlungen der Mittelstraß-Kommission bei der Studentenvertretung des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) **Bayern**. „Mit diesem Bericht wird nicht nur ein Beweis für die Leistungsfähigkeit des bayerischen Hochschul- und Wissenschaftsraumes gegeben, sondern auch auf das gewaltige Entwicklungspotential hingewiesen, das in den Hochschulen des Freistaats steckt“, freut sich der Landesvorsitzende **Kurt Höller**.

In den Empfehlungen der Experten-Kommission würden sich „wesentliche Forderungen unseres Verbandes“ widerspiegeln, so etwa die bayerischen Universitäten stärker zu profilieren. Dazu sollte nach Meinung des **RCDS in Bayern** die Autonomie der Hochschulen gestärkt werden. Hier seien nicht nur die Politiker, sondern auch die Hochschulen selbst gefordert, entsprechende, bereits bestehende, Möglichkeiten zu nutzen, meint **Höller**. „Dies muss sich insbesondere in einer verstärkten Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen selbst zeigen – was der **RCDS** im Übrigen schon seit geraumer Zeit fordert.“

Die Hochschulen sollten auch in einem gewissen Rahmen die Studiengebühren selbst gestalten können. **Höller**: „Nur so kann ein gesunder Wettbewerb zwischen den bayerischen Hochschulen entstehen. Ähnlich wie in der Sozialen Marktwirtschaft soll der Staat freien Wettbewerb zulassen, aber dennoch eine soziale Ausgestaltung der Studienbeiträge sicherstellen.“



Pressespiegel, BK 16.04.05

Wenn Geld den Unis bleibt

(16.04.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

Podiumsdiskussion über Studiengebühren

Erlangen. Studiengebühren in **Bayern**? Wird jedem Schüler die Möglichkeit eines Studiums erhalten bleiben? Jede Menge Zündstoff gab dieses Thema einer Podiumsdiskussion mit Rektor Prof. Karl-Dieter Gröske und Landtagsabgeordnetem Joachim Herrmann. Schüler, Studenten und Dozenten tauschten ihre Meinungen mit dem Rektor der Friedrich-Alexander-Universität aus. Als Betroffene äußerten sich **Kurt Höller**, Vorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**), sowie Benedikt Forschner, Vorsitzender der Schüler-Union.

Einig war man sich, dass die Studiengebühren ein wichtiges Instrument seien, um den Wettbewerb und die Qualität der Hochschulangebote zu verbessern.

Gastgeberin Birgitt Aßmus, Vorsitzende des **CSU**-Kreisverbandes **Erlangen**-Stadt, eröffnete die Podiumsdiskussion mit der Frage nach den Risiken und Chancen der Studiengebühren. Sie forderte, dass kein leistungsfähiger Mensch durch Studiengebühren vom Studium abgehalten werden dürfe. Zu ihren Eckpunkten zählten deshalb eine moderate Höhe der Gebühren und deren Sozialverträglichkeit. Nach dem Motto „Was man nicht

bezahlt, ist nichts wert" sieht Gröske mit der Einführung eine Qualitätssteigerung des Lehrangebots der Hochschulen. Das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung werde dadurch verbessert, so der Professor. Er zog einen Vergleich zu Universitäten in den USA, die bereits über die Studenten finanziert werden. Dort hätten die Hochschulen ganz andere Möglichkeiten, die Studenten zu betreuen.

Studiengebühren über Kredite bezahlen

Der Meinung „Nur die Reichen können studieren“ begegnete er mit dem Argument, dass es keine „armen Studenten“ gebe, sondern lediglich Eltern, die weniger verdienen als andere. Er erwähnte die Möglichkeit von Krediten oder Studiendarlehen. Der Student könne diese zur Deckung der kompletten Kosten eines Studiums aufnehmen und als fertiger Akademiker problemlos zurückzahlen.

Auch der Kritik, dass der Staat die Hand aufhalte und die Gelder einziehen werde, um Haushaltslöcher zu stopfen, entzog er den Boden. Er verwies auf einen Vertrag mit der bayerischen Staatsregierung. Dieser garantiere bis 2008, dass das Geld vollständig den Unis zugute komme.

Diesem Argument schloss sich **Kurt Höller** an. Er hielt einen Betrag von 100 bis 500 Euro als Obergrenze pro Semester für annehmbar, besonders wenn dieser in Lehrmittel investiert würde und nicht nur in die Forschung.

Benedikt Forscher ist in unmittelbarer Zukunft von der Einführung der Gebühren betroffen. Zu Beginn hatte auch er Sorge, die Beiträge würden zu hoch, er könnte die Kosten später nicht aufbringen oder sich nicht genug auf das Studium konzentrieren, weil er jobben müsse.

Doch dann stellte er die Gegenfrage, ob eine Universität, die dem internationalen Wettbewerb nicht Stand halten kalten könne, nicht ebenso vom Studium abhalten würde. Er dachte dabei an überfüllte Hörsäle und die schlechte Ausstattung der Bibliotheken. „Die Studiengebühren werden kommen, sollen jedoch durchdacht kommen“, so der angehende Student.

Zuversicht verbreitete Herrmann mit seinem Bericht über die Pläne des Landtags. So erwähnte er einen „Pakt“ mit den bayerischen Hochschulen. Dieser sieht sowohl in der jetzigen als auch der nächsten Legislaturperiode eine Erhöhung der Ausgaben für Bildung vor.

Er betonte auch, dass den Hochschulen mehr Freiheit gegeben werden müsse – im Sinne des Wettbewerbs. So bleibe es den Hochschulen selbst überlassen, die Höhe der Gebühren innerhalb des Rahmens zu bestimmen. Ebenso wird sich der Landtag nicht einmischen, ob die jeweilige Hochschule Pauschalen verlange oder je nach Studiengang unterschiedliche Beiträge erhebe.

cbg

77, 13.4.05, S. 34

Wenn Geld den Unis bleibt

Podiumsdiskussion über Studiengebühren

ERLANGEN. Studiengebühren in Bayern? Wird jedem Schüler die Möglichkeit eines Studiums erhalten bleiben? Jede Menge Zündstoff gab dieses Thema einer Podiumsdiskussion mit Rektor Prof. Karl-Dieter Gröske und Landtagsabgeordneten Joachim Herrmann.

Schüler, Studenten und Dozenten tauschten ihre Meinungen mit dem Rektor der Friedrich-Alexander-Universität aus. Als Betroffene äußerten sich Kurt Höller, Vorsitzender des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), sowie Benedikt Forscher, Vorsitzender der Schüler-Union.

Einig war man sich, dass die Studiengebühren ein wichtiges Instrument seien, um den Wettbewerb und die Qualität der Hochschulangebote zu verbessern.

Gastgeberin Birgit Altmus, Vorsitzende des CSU-Kreisverbands Erlangen-Stadt, eröffnete die Podiumsdiskussion mit der Frage nach den Risiken und Chancen der Studiengebühren. Sie forderte, dass kein leistungsfähiger Mensch durch Studiengebühren vom Studium abgehalten werden dürfe. Zu ihren Eckpunkten zählten deshalb eine moderate Höhe der Gebühren und deren Sozialverträglichkeit. Nach dem Motto „Was man nicht bezahlt, ist nichts wert“ sieht Gröske mit der Einführung eine Qualitätssteigerung des Lehrangebots der Hochschulen. Das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung werde dadurch verbessert, so der Professor. Er zog einen Vergleich zu Universitäten in den USA, die bereits über die Studenten finanziert werden. Dort hätten die Hochschulen ganz andere Möglichkeiten, die Studenten zu betreuen.

Studiengebühren über Kredit bezahlen

Der Meinung „Nur die Reichen können studieren“ begegnete er mit dem Argument, dass es keine „armen Studenten“ gebe, sondern lediglich Eltern, die weniger verdienen als andere. Er erwähnte die Möglichkeit von Krediten oder Studiendarlehen. Der Student könnte diese zur Deckung der kompletten Kosten eines Studiums aufnehmen und als fertiger Akademiker problemlos zurückzahlen.

Auch der Kritik, dass der Staat die Hand aufhalten und die Gelder einziehen werde, um Haushaltslöcher zu stopfen, entzog er den Boden. Er verwies auf einen Vertrag mit der bayerischen Staatsregierung. Dieser garantiere bis 2008, dass das Geld vollständig den Unis zugute komme.

Diesem Argument schloss sich Kurt Höller an. Er hielt einen Betrag von 100 bis 500 Euro als Obergrenze pro Semester für annehmbar, besonders wenn dieser in Lehrmittel investiert würde und nicht nur in die Forschung.

Benedikt Forscher ist in unmittelbarer Zukunft von der Erhebung der Gebühren betroffen. Zu Beginn hatte auch er Sorge, die Beiträge würden zu hoch, er könnte die Kosten später nicht aufbringen oder sich nicht genug auf das Studium konzentrieren, weil er jobben müsse.

Doch dann stellte er die Gegenfrage, ob eine Universität, die dem internationalen Wettbewerb nicht Stand halten könnte, nicht ebenso vom Studium abhalten würde. Er dachte dabei an überfüllte Hörsäle und die schlechte Ausstattung der Bibliotheken. „Die Studiengebühren werden kommen, sollen jedoch durchdacht kommen“, so der angehende Student.

Zuversicht verbreitete Herrmann mit seinem Bericht über die Pläne des Landtags. So erwähnte er einen „Pakt“ mit den bayerischen Hochschulen. Dieser sieht sowohl in der jetzigen als auch der nächsten Legislaturperiode eine Erhöhung der Ausgaben für Bildung vor.

Er betonte auch, dass den Hochschulen mehr Freiheit gewährt werden müsse – im Sinne des Wettbewerbs. So bleibe es den Hochschulen selbst überlassen, die Höhe der Gebühren innerhalb des Rahmens zu bestimmen. Ebenso wird sich der Landtag nicht einmischen, ob die jeweilige Hochschule Pauschalen verlange oder je nach Studiengang unterschiedliche Beiträge erhebe.

cbg

Pressespiegel, FT 13.4.05

Keine Mitsprache für Studenten

(12.04.2005 Kurt Höller) Münchner Merkur

AStA sauer: Wir wurden gar nicht gefragt - Geteiltes Echo auf Mittelstraß-Kommission

Auf geteiltes Echo stößt der Bericht der Mittelstraß-Kommission zur Zukunft des "Wissenschaftslandes **Bayern**" bei den Münchner Studenten. Der AStA der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) kritisiert unter anderem das "undurchsichtige Zustandekommen" des Experten-Berichts. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) nimmt die Empfehlungen "erfreut" auf.

"Weder Studenten noch der wissenschaftliche Nachwuchs wurden zur Zukunft der Hochschulen befragt", sagt verärgert Daniel Fritsch, hochschulpolitischer Referent des LMU-AStA. "Dabei reden wir ja nicht über reine Forschungseinrichtungen."

Inhaltlich kann Fritsch den Mittelstraß-Vorschlägen gleichwohl Positives abgewinnen. "Es freut uns zum Beispiel, dass darin vorgeschlagen wird, kleine Fächer, die die LMU schließen wollte, zu erhalten", so Fritsch. Gerne verweist er auch auf die Aussage der Experten, Studiengebühren allein reichten zur finanziellen Besserstellung der Hochschulen nicht aus. "Das bestätigt unsere Vermutung, dass Gebühren die Studienbedingungen nicht wirklich verbessern können."

RCDS trägt Forderung nach mehr Autonomie mit

Der **RCDS** begrüßt vor allem die von der Kommission erhobenen Forderungen nach mehr Profilbildung und Hochschul-Autonomie. So fordert die **CSU**-nahe Studentengruppe zum Beispiel, dass die Hochschulen ihre Studenten verstärkt selbst auswählen und Studiengebühren nach eigenen Vorstellungen ausgestalten können.

Die von dem Konstanzer Philosophen Jürgen Mittelstraß geleitete Kommission hatte vergangene Woche Empfehlungen für eine umfassende Umgestaltung der bayerischen Hochschullandschaft vorgelegt.

Gefordert wird darin unter anderem:

Cluster-Bildung: Vor allem für München empfiehlt die Kommission eine stärkere Zusammenarbeit ortsansässiger Einrichtungen. Im Zentrum sollen exzellente Unis stehen, die mit FHs und beispielsweise Max-Planck-Instituten auf bestimmten Gebieten zusammenarbeiten.

In München soll es vier Campi geben: Lebenswissenschaften in Großhadern/Martinsried, technikorientierte Natur- und Ingenieurwissenschaften in Garching, Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in der Innenstadt und Agrar-, Umweltwissenschaften und Tiermedizin in Weihenstephan.

Medizin in München: Für die Zukunft wird die Bildung einer einzigen Medizinfakultät und eines Uni-Klinikums mit zwei Standorten (Großhadern und rechts der Isar) vorgeschlagen. Alle Grundlagenfächer der Medizin sollen in Großhadern/Martinsried zusammengeführt werden, wo auch ein biomedizinischer Campus mit eigenem Forschungsdekan empfohlen wird.

Fachhochschulen: Auch für die FHs schlägt die Kommission Konzentrationen, einschließlich der Streichung bestimmter Fächer an einzelnen Standorten vor. In Bauingenieurwesen und Architektur etwa sollte, gemäß der Arbeitsmarkt-Entwicklung, die Zahl der Studienplätze um 25 bzw. 40 Prozent reduziert werden. Studienangebote im Bereich Medien müssten ihr Profil schärfen.

NICOLAS A. ZEITLER

Frage nach Studiengebühren spaltet Studentenschaft

(16.03.2005 Melanie Schübel) Nürnberger Zeitung

Kurt Höller und Philipp Dees im NZ-Streitgespräch

Die Studenten sind gespalten, was die Einführung von Studiengebühren betrifft. Einerseits sollen sie dadurch bessere Studienbedingungen erhalten, andererseits werden die meisten mit Schulden ins Berufsleben starten. Philipp Dees (23), Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen **Bayern** und Magisterstudent an der Universität **Erlangen-Nürnberg**, diskutiert in einem Streitgespräch der NZ mit seinem Kommilitonen **Kurt Höller** (24), dem Landesvorsitzenden des **CSU**-nahen Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Bayern** und Studenten der Elektrotechnik.

NZ: Herr Dees, Studiengebühren in **Bayern** werden kaum zu verhindern sein. Warum versucht ihre Gruppe nicht, an der genauen Umsetzung mitzuwirken, sondern lehnt Gebühren nur strikt ab?

Dees: Ich glaube nicht, dass sie sich nicht mehr verhindern lassen. Das hat das Beispiel Lernmittelfreiheit deutlich gezeigt. Da hat sich die **CSU** auch noch mal bewegt. Das ist das eine. Zum anderen glaube ich schon, dass es wichtig ist, deutlich zu machen, dass wir Gebühren ablehnen: Wenn wir jetzt anfangen würden mitzuarbeiten an der Umsetzung, dann wäre ja die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, dass wir es eigentlich aufgegeben haben, Studiengebühren selber abzulehnen.

Höller: Ich glaube nicht, dass Ihr das noch verhindern könnt. Ich denke, dass sie nicht nur in **Bayern** nicht mehr zu verhindern sind. Ich denke, dass sie bundesweit nicht mehr zu verhindern sind. Die Bundesländer, die jetzt sagen, sie werden keine Studiengebühren einführen, werden in ein paar Jahren nachziehen müssen.

NZ: Seminarräume ohne Overheadprojektor, zu wenig Tutoren, schlechte Ausstattungen der Bibliotheken — viele Studenten wären bereit, Gebühren zu zahlen, um diese Zustände zu verbessern. Was spricht gegen Studiengebühren unter der Voraussetzung, dass diese in die Lehre fließen?

Dees: An diese Voraussetzung glaube ich nicht. Es geht außerdem ganz grundsätzlich um ein Gesellschaftsverständnis, dass Bildung nicht abhängen darf vom Geldbeutel der Eltern und dass es eben keine Ware ist, die man handeln kann. Es wird immer argumentiert, es wird künftig eine Ware, mit der man handeln kann. Und das ist eigentlich genau das, was wir nicht wollen, weil wir sagen, Bildung ist Menschenrecht. Und da muss auch jeder zugreifen können, unabhängig davon, was er verdient und was seine Eltern verdienen.

NZ: Ist Bildung eine Sache des Geldbeutels, Herr **Höller**?

Höller: Es ist keine Sache des Geldbeutels, und es wird auch keine Sache des Geldbeutels sein. Finanzschwächere werden über Stipendien studieren können. Davon gehe ich sehr schwer aus. Wir werden Lösungen finden, bei denen Kredite für alle da sind, egal, was die Eltern verdienen. Auch wenn die Eltern viel verdienen, werden die Kredite da sein. Aber auch wenn die Eltern wenig verdienen, werden die Kredite da sein. Von daher haben alle die gleiche Chance. Jeder kann einen Kredit aufnehmen und jeder kann ihn genau dann zurückzahlen, wenn er Geld verdient. Keiner wird ihn zurückzahlen müssen, wenn er noch nicht verdient. Und ich werde mich auch stark dafür einsetzen: Erst ab einem bestimmten Mindesteinkommen soll der Betrag zurückgezahlt werden.

Dees: Wenn man sich solche Modelle anschaut — Australien ist ja so ein Beispiel —, da ist es dann so: Da gibt's diesen Zugang zur Uni. Den kriegt man, wenn man bestimmte Leistungen bringt, unabhängig vom Einkommen. Es gibt aber auch die Möglichkeit, wenn man das nicht schafft, ihn zu kaufen. Da gibt's dann die Möglichkeit, wenn ich direkt zahle und nicht nachlaufend, dann kriege ich den Studienplatz. Oder umgekehrt, wenn ich den Kredit nach dem Studium sofort zurückzahle, kriege ich eine Ermäßigung drauf beziehungsweise ich zahle ja keine Zinsen. Dann ist es schon wieder eine Frage: Wer kein Geld hat, der muss halt Leistung bringen.

Höller: Zinsen sind ein wichtiger Punkt. Ich möchte, dass diese Kredite natürlich verzinst sind. Und zwar aus einem Grund: Wenn die Kredite nicht verzinst sind und trotzdem für jeden offen stehen, dann werden diejenigen, deren Eltern einen guten Steuerberater haben, den Kredit in Anspruch nehmen und anlegen und werden dann hinterher mehr Geld haben, als sie im Endeffekt vorher vom Staat bekommen haben. Und das ist was, was ich nicht einsehe. Ich möchte, dass es zu marktüblichen Preisen verzinst ist, damit kein Missbrauch entsteht, wenn jeder Zugriff auf den Kredit hat. Es ist aber natürlich damit auch klar: Wenn der Kredit früher zurückgezahlt wird, sind auch weniger Zinsen zu zahlen in marktüblichen Höhen.

Dees: Aber man hat den Effekt: Wer das Geld hat und den Kredit sofort zurückzahlen kann, der zahlt die Zinsen nicht.

NZ: Als Österreich Gebühren eingeführt hat, ist die Zahl der Studienanfänger zunächst rapide gesunken. Muss man nicht aufpassen, dass Gebühren nicht abschrecken?

Höller: Das ist unser Hauptproblem, dass eine Angst geschürt wird vor etwas, das überhaupt noch nicht schlimm ist. Da muss ich euch von den Jusos wirklich den Vorwurf machen, die Angst schürt ihr unberechtigtermaßen.

Dees: Österreich ist für zwei Punkte ein klassisches Beispiel. Das eine ist: In Österreich ist bis heute ganz deutlich die Zahl der Studierenden in den bildungsfernen Schichten um immer noch drei Prozentpunkte heruntergegangen. Das waren mal 13, sind jetzt zehn. Und das im übrigen, obwohl diese, die Studienbeihilfe bekommen, ausgenommen sind. Dass die Studierendenzahl wieder hochgegangen ist, liegt zum Teil daran, dass auch Österreich geburtenstarke Jahrgänge hat. Das zweite ist: Österreich zeigt auch, dass es bei Studiengebühren nicht zwangsläufig stehen bleibt. In Österreich gibt's derzeit auch eine Debatte, ob man nicht Schulgeld einführt. Also, das kann auch weitergehen.

NZ: Einige plädieren für Studiengebühren, weil man auch für einen Kindergartenplatz zahlen muss. Wäre dies dann nicht sogar ein Argument dafür, künftig für alle Bildungseinrichtungen Geld zu verlangen?

Dees: Die Argumentation lässt sich umdrehen: Man kann auch sagen, wenn die Hochschüler nichts zahlen, soll auch der Kindergartenplatz kostenfrei sein. Das ist ja auch Position der SPD, zumindest in **Bayern**. Das kostet Geld, aber das Geld kann man ja auch aufreiben.

Höller: Ihr fordert so viele Sachen und sagt immer: Das lässt sich locker finanzieren. Also, ich sehe das nicht so. Es lässt sich finanzieren, wenn man neue Schulden aufnimmt. Das mag sein. Aber da bin ich strikt dagegen. Ich finde den Sparkurs mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts erstklassig. Bei all den Modellen, die man neu entwirft, sollte man immer davon ausgehen: Wieviel Geld habe ich?

NZ: Stichwort ausgeglichener Haushalt. Muss das Geld eins zu eins an die Hochschulen gehen oder kann es wie bei den Verwaltungsgebühren auch im Staatssäckel verschwinden?

Höller: Ich bin sehr, sehr gegen die Verwaltungsgebühr. Die ist für mich ein Unding. Erstens ist es psychologisch tatsächlich ein großes Problem. Zweitens kriegt das Geld tatsächlich der Finanzminister. Ich habe auch immer wieder die Forderung aufgestellt, die Verwaltungsgebühr beim Einführen der Studiengebühr zurückzuführen. Das ist aber haushaltstechnisch sehr schwierig, weil die Verwaltungsgebühr fest eingeplant ist. Hier liege ich immer wieder mit dem Finanzminister im Streit. Was auch noch ein Problem ist: Der Innovationsfonds an sich ist eine gute Sache. Aber zehn Prozent der Studiengebühren an den Innovationsfonds abzuführen, ist nicht deckungsgleich mit dem Versprechen, dass die Studiengebühren zu 100 Prozent an den Hochschulen bleiben. Ein positiver Effekt der Studiengebühren ist der Wettbewerb, der entsteht: Die Hochschule, die bessere Bildung anbietet, kann auch mehr einnehmen.

NZ: Der **RCDS** in **Erlangen** hat sich ja in einem gemeinsamen Papier mit den Jusos gegen Studiengebühren ausgesprochen. Wie passt das Ganze zur jetzigen Position von Ihnen, Herr **Höller**?

Höller: Das muss man so sehen: Der **RCDS** in **Bayern** hat ein sehr subsidiäres Prinzip. Die Gruppen können im Endeffekt selber entscheiden, wir können ihnen nichts vorschreiben. Diese Entscheidung in **Erlangen** ist so zustande gekommen, dass die Jusos ein Papier eingebracht haben, das sehr, sehr ideologisch verfärbt war. Dann haben sich alle Gruppen zusammengesetzt und gesagt: So etwas wollen wir definitiv nicht einbringen. Wenn wir etwas einbringen wollen, dann ist es etwas, das sachliche Argumente hat. Hier hat dann der **RCDS Erlangen** gesagt: Wenn wir hier auf eine sachliche Ebene zurückkommen, können wir das Papier mittragen, obwohl es nicht unsere eigene Meinung ist. Das heißt, es ist kein originäres **RCDS**-Papier, sondern es ist ein Kompromiss-Papier.

NZ: Was plant die Juso-Hochschulgruppe, um ihr Nein zu untermauern?

Dees: Es gibt beispielsweise am Freitag in München noch eine Demonstration. Es gibt eine ganze Reihe an Planungen, auch in **Erlangen**, was man gegen Studiengebühren unternehmen kann. Die Demo in **Erlangen** ist

für den 28. April angemeldet. Neben Kundgebungen planen wir Diskussionsrunden. Aber die große Auseinandersetzung geht ja erst los, wenn die **CSU** ein Konzept vorlegt. Momentan diskutieren wir im luftleeren Raum. Da ist es auch schwer, einem Studierenden zu sagen, welche Folgen Studiengebühren für ihn haben werden.

NZ: Hochschulen sind unterfinanziert. Welche anderen Möglichkeiten als Gebühren gibt es, diesen Mischstand zu beseitigen?

Dees: Es ist zum einen natürlich eine Frage der Prioritätensetzung, wobei dies nicht nur die Hochschulen betrifft. Das betrifft das Bildungswesen insgesamt. Man muss schon schauen, wo man im Haushalt Prioritäten setzt. Wenn man sich den Transrapid anschaut, den München ja für eine Milliarde finanzieren kann. Das andere ist: Wir diskutieren gerade einmal wieder über die Senkung von Unternehmenssteuern. Dann stehen wir alle wieder in einem Jahr da und haben kein Geld mehr. Kurzum: Man braucht mehr Geld im Bildungswesen. Wir brauchen, da sind wir uns ja alle einig, in Deutschland mehr Akademiker. Und da wirken Studiengebühren einfach kontraproduktiv.

Höller: Ich möchte noch mal auf Deinen Transrapid eingehen. Ich bin selber angehender Ingenieur. Wenn man eine Technik ins Ausland verkaufen möchte, dann muss man diese Technik auch selber einsetzen. Es geht darum zu zeigen, was die deutsche Forschung kann.

NZ: Befürworter von Gebühren argumentieren oft, diese führten zu kürzeren Studienzeiten.

Dees: Das ist falsch. Schon jetzt achten Studenten oder Eltern, die nicht reich sind, darauf, dass sie zügig studieren. Bafög ist beispielsweise an die Regelstudienzeit gekoppelt. Die Leute, die es sich leisten können, rumzutödeln, können es sich aber auch mit Studiengebühren leisten. Gebühren treffen dann nur die, die sowieso schon schnell studieren müssen.

NZ: Bummeln nur Reiche?

Höller: Ich glaube, Leute aus allen Einkommensschichten trödeln.

NZ: Im Rahmen von Studiengebühren sollen Bildungskredite eingeführt werden. Damit sollen auch die Lebenshaltungskosten beglichen werden können. Ist dies nicht ein Fortschritt.

Dees: Es gibt keinen Zusammenhang zu Studiengebühren. Man kann das Ganze auch machen, ohne Studiengebühren einzuführen.

Höller: Du hast aber den Zusammenhang auf verdrehtem Weg wieder hergestellt: Wenn man Gebühren mit Kredit ermöglicht und Lebenshaltungskosten mitfinanziert, sehe ich nicht, warum jemand aus einkommensschwächeren Familien nicht mehr studieren können soll.

Moderation: Markus Kaiser



Pressepiegel, NZ 16.03.05

Kampagne
(29.01.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

JU für Gebühren

München – Mit einer bayernweiten Kampagne werben die Junge Union und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) für die Einführung von Studienbeiträgen. „Das Urteil aus Karlsruhe eröffnet unseren Hochschulen neue Perspektiven für eine bessere Lehre und Betreuung der Studierenden“, so JU-Chef Manfred Weber. Er betonte, die Einführung von „fairen Studiengebühren“ sei den Studentinnen und Studenten dann zu vermitteln, wenn grundlegende Bedingungen eingehalten würden: So müssten die Gebühren in voller Höhe an den jeweiligen Hochschulen bleiben. Außerdem dürften die Beiträge ausschließlich für die Verbesserung der Lehre und der Betreuung der Studenten eingesetzt werden und nicht in die Ausstattung der Hochschulen oder den Bau von Hochschuleinrichtungen fließen. „Dafür muss auch in Zukunft der Staat in voller Höhe aufkommen.“ Überdies fordert die Junge Union, dass über die Verwendung der Gebühren Rechenschaft abgelegt wird. Außerdem sollten die Gebühren erst mit dem Eintritt ins Berufsleben erhoben werden.

www.bessere-hochschulen.de



Pressepiegel, Bayernkurier 29.1.05

Goppel: "Es ist Mode geworden, uns krank zu reden"

(24.01.2005 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Wissenschaftsminister nimmt bei Neujahrsempfang der Deggendorfer CSU im Kolpingsaal Stellung zu Studiengebühren und PISA-Studie

Deggendorf (lam). Mit einem Plädoyer für Studiengebühren, einem Aufruf zu mehr Selbstverantwortung der Hochschulen und einem dicken Lob für die Arbeit der Deggendorfer FH ertete Wissenschaftsminister Thomas Goppel viel Applaus beim Neujahrsempfang der Deggendorfer CSU im Kolpingsaal.

Locker, pointiert, in völlig freier Rede, schreckte der Minister gestern auch vor heißen Themen wie PISA-Studie und Studiengebühren nicht zurück. Die PISA-Studie, die Deutschland enormen Nachholbedarf im Bereich Bildung bescheinigte, sei missbraucht worden, um **Bayern** "ideologisch ein paar Tritte zu verpassen". Wer den Erfolg nur an der Zahl der Abiturienten messe, verkenne beispielsweise die Vorzüge des dualen Bildungssystems und die "exzellenten Meisterbriefe", die in aller Welt einen guten Namen hätten. "Es ist Mode geworden, uns krank zu reden", so Goppel - und dann brauche man sich nicht zu wundern, wenn man sich auch krank fühlt. Natürlich müsse sich aber auch ein Gesunder anstrengen, um gesund zu bleiben.

Wie kann man die Zahl der Studenten von knapp 30 auf 40 Prozent steigern und dann auch noch dafür sorgen, dass ein großer Teil "bei Prof. Höpfl landet" - also einen FH-Abschluss anstrebt? Goppel setzt hier zum einen auf die neuen internationalen Abschlüsse Bachelor und Master - der eine knapp unter dem Dipl.Ing., der andere höherwertiger. Universitäten und Fachhochschulen bräuchten aber auch mehr Spielraum für eigenständige Entscheidungen: "Es ist wichtig, dass sich ein Wirtschaftsraum Leute vor Ort holen kann, die dann auch bleiben". Schneller als bisher müssten die Hochschulen allerdings auf Veränderungen reagieren, laufende Studiengänge müssten daher immer wieder überprüft werden.

Ein großes Thema: die Studiengebühren. Die Grundausrüstung aus dem Wissenschaftsministerium ergänzt schon jetzt eine steigende Summe an Drittmitteln von Unternehmen und Stiftungen. "Deggendorf ist da federführend", weiß Goppel. Zusätzliche Mittel für die Lehre, für optimierte Verhältnisse in kleineren Gruppen, müssten aber aus Studiengebühren finanziert werden. Goppel verspricht sich da-durch auch ein neues Verhältnis zwischen Professor und Student als Anbieter und Kunde. Seine Vorgaben: maximal 500 Euro Gebühren pro

Semester, das Geld bleibt an der Uni, wird nicht vom Finanzminister kassiert und möglichst unbürokratisch verwaltet. Die Hochschulen haben ein Mitspracherecht bei der Höhe der jeweiligen Gebühren, sozial schwache Studenten werden abgesichert. "Es gibt aber auch kei-nen, der gar keine Gebühr zahlt", so Goppel. Vor den vielen anwesenden Schullei-tern verteidigte der Minister auch das gegliederte bayerische Schulsystem: "Das ist besser für eine individuelle Entfaltung".

Gäste im Kolpingsaal waren Vertreter aller Bildungsberufe, von Schulleitern bis hin zu FH-Präsident Prof.Dr. Reinhard Höpfl, die den Imbiss nach der Ministerrede zu einem zwanglosen Austausch mit der **CSU**-Prominenz nutzten: MdB Barthl Kalb war ebenso gekommen wie die MdL Bernd Sibley und Helga Weinberger, Bezirksrätin Margret Tuchen, stv. Landrat Peter Erl, OB Anna Eder mit ihren Stellvertretern, Altlandrat Dr. Georg Karl, Alt-OB Dieter Görlitz, Fraktionschef Gerard Zacher, Stadtverbandsvorsitzender Peter Volkmer, **JU**-Kreisvorsitzender Christian Moser, Schülerunion-Bezirksvorsitzender Tobias Bauschke und **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller**. Ortsvorsitzender Rudi Hahn verwies auf die guten Ausbildungsmöglichkeiten in Deggendorf. Jedoch führe nicht immer nur ein Studium zum Ziel, auch eine qualifizierte Ausbildung im Handwerk oder eine Fachausbildung bieten Perspektiven. OB Anna Eder erinnerte daran, dass sich die Anstrengungen für die Bildung auch im städtischen Haushalt niederschlagen: 5,2 Millionen Euro seien dafür im vergangenen Jahr ausgegeben worden. In kleiner Runde bat sie zusammen mit FH-Präsident Höpfl den Minister um Unterstützung im Kampf um einen baldmöglichen Ausbau der Fachhochschule.

Studentenvertreter warten ab

(15.01.2005 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

"Wir wollen die Studenten nicht beeinflussen, sie sollen sich selber eine Meinung bilden", sagt Sebastian Frankenberger, Studentischer Senator an der Uni Passau. Die Vertretung der Studierenden will sich in dieser Debatte neutral verhalten, erst einmal ausloten, wie die Mehrheit zu dem Thema steht. Von 19. bis 25. Januar werden die Mitglieder deshalb Fragebögen in der Uni verteilen. Je nachdem, welche Meinung am Ende überwiegt, werden weitere Aktionen geplant. "Wenn die Gebühren kommen sollten, werden wir das wohl nicht verhindern können", glaubt Frankenberger. "Aber wir können in jedem Fall an dem Prozess mitwirken, wenn entschieden wird, was mit den Gebühren passiert." Ziel sei es, eine möglichst gute Verhandlungsbasis zu schaffen.

Am Dienstag, 18. Januar, um 14 Uhr veranstalten die politischen Hochschulgruppen in Hörsaal 8, Wiwi-Gebäude, eine Podiumsdiskussion mit anschließender Fragerunde zum Thema Studiengebühren. Es sitzen sich **Kurt Höller, Landesvorsitzender** des **RCDS-Bayern**, und Ernest Hammerschmidt vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) gegenüber.tk

Geld soll an Uni bleiben

(10.01.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

Der Vorsitzende des RCDS in Bayern im Gespräch

Bamberg. Seit knapp einem Jahr ist **Kurt Höller** Vorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Bayern**. Der FT befragte den 24-jährigen der in **Erlangen** EEI (Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik) studiert, zu seinem Bild von Bamberg.

Frage: Sie kennen die Situation an vielen Universitäten und Fachhochschulen. Was zeichnet die Uni Bamberg aus?

Höller: Bamberg bietet seinen Studenten nicht nur eine wunderschöne Altstadt mit einer reichhaltigen Auswahl an Brauereien, sondern insbesondere auch viele einmalige Fächerkombinationen für anspruchsvolle Studenten. Dabei hat insbesondere auch das letzte „Spiegel“-Ranking gezeigt, dass Bamberg nicht nur in Geisteswissenschaften wie etwa im Bereich Germanistik oder Soziologie bundesweit führend ist. Vielmehr ist Bamberg auch in Psychologie und BWL in der deutschen Spitzengruppe zu finden.

Frage: Seit dem letzten Semester müssen alle Studenten eine „Verwaltungsgebühr“ bezahlen. Wie stehen Sie dazu?

Höller: Ich lehne die Verwaltungsgebühr entschieden ab. Der **RCDS** in **Bayern** spricht sich zwar unter ganz bestimmten Bedingungen für Studienbeiträge aus, neben sozialer Verträglichkeit (z.B. Bezahlung erst bei Berufseintritt) muss dabei unter anderem aber auch der vollständige Verbleib des eingenommen Geldes an der Uni zur Verbesserung der Lehre garantiert werden. Keine dieser Forderungen wird jedoch von der im übrigen bayernweit eingeführten Verwaltungsgebühr erfüllt. Zwar konnten im Jahr 2004 durch die Gebühr 400 Stellen vor der Streichung bewahrt werden, in Hinblick auf die wichtige Diskussion mit der Öffentlichkeit über das sensible Thema Studienbeiträge halte ich die Einführung einer Studentengebühr, die nicht der Uni, sondern direkt dem Finanzministerium zufließt, für absolut kontraproduktiv.

Frage: Die Bamberger Uni ist wie alle bayerischen Einrichtungen dabei, ihr Profil genauer zu definieren und konkurriert mit **Erlangen-Nürnberg**, Würzburg und Bayreuth. In welche Richtung soll sich die Uni Bamberg Ihrer Meinung nach entwickeln?

Höller: Bamberg befindet sich in einer ganz besonders problematischen Situation: Durch die benachbarten drei fränkischen Universitäten wäre die regionale Versorgung in der Fläche bereits für alle Fächer gewährleistet. Um dennoch weiterhin Bestand zu haben, muss die Otto-Friedrich-Universität in ihrem Bereich besonders gut sein. Bei den Geisteswissenschaften ist der Bamberger Uni dies bereits größtenteils gelungen. Dennoch muss diese Entwicklung weiterhin vorangetrieben werden. Besonders wichtig ist aber auch der Ausbau von Alleinstellungsmerkmalen, darunter vor allem interdisziplinäre und internationale Studiengänge. Dazu bietet der aktuell angestoßene Bolognaprozess mit Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen eine besondere Chance. Im Gegensatz zu einigen andern Massenunis hat die Uni Bamberg darüber hinaus den einzigartigen Charme einer kleinen Uni. Dieser Vorteil muss sich aber auch in einem besonders guten Betreuungsverhältnis der Studenten widerspiegeln.

kg

Geld soll an Uni bleiben

Der Vorsitzende des RCDS in Bayern im Gespräch

BAMBERG. Seit knapp einem Jahr ist Kurt Höller Vorsitzender des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern. Der FT befragte den 24-Jährigen, der in Erlangen EI (Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik) studiert, zu seinem Bild von Bamberg.

Frage: Sie kennen die Situation an vielen Universitäten und Fachhochschulen. Was zeichnet die Uni Bamberg aus?

Höller: Bamberg bietet seinen Studenten nicht nur eine wunderschöne Altstadt mit einer reichhaltigen Auswahl an Brauereien, sondern insbesondere auch viele einmalige Sicherheitsmaßnahmen für anspruchsvolle Studenten. Dabei hat insbesondere auch das letzte „Spiegel“-Uni-Ranking gezeigt, dass Bamberg nicht nur in Geisteswissenschaften wie etwa im Bereich der Germanistik oder Soziologie bundesweit führend ist. Vielmehr ist Bamberg auch in Psychologie und BWL in der deutschen Spitzengruppe zu finden.

Frage: Seit dem letzten Semester müssen alle Studenten in Bamberg eine „Verwaltungsgebühr“ bezahlen. Wie stehen Sie dazu?

Höller: Ich lehne die Verwaltungsgebühr entschieden ab. Der RCDS in Bayern spricht sich zwar unter ganz bestimmten Bedingungen für Studienbeiträge aus, neben sozialer Verträglichkeit (z. B. Bezahlung erst bei Berufseintritt) muss dabei unter anderem aber auch der vollständige Verbleib des eingenommenen Geldes an der Uni zur Verbesserung der Lehre garantiert werden. Keine dieser Forderungen wird jedoch von der im übrigen bayernweit eingeführten Verwaltungsgebühr erfüllt. Zwar konnten im Jahr 2004 durch

die Gebühr 400 Stellen vor der Streichung bewahrt werden, im Hinblick auf die wichtige Diskussion mit der Öffentlichkeit über das sensible Thema Studienbeiträge habe ich die Einführung einer Studiengebühr, die nicht der Uni, sondern direkt dem Finanzministerium zufließt, für absolut kontraproduktiv.

Frage: Die Bamberger Uni ist wie alle bayerischen Einrichtungen dabei, ihr Profil genauer zu definieren und konkurriert mit Erlangen-Nürnberg, Würzburg und Bayreuth. In welche Richtung soll sich die Uni Bamberg Ihrer Meinung nach entwickeln?

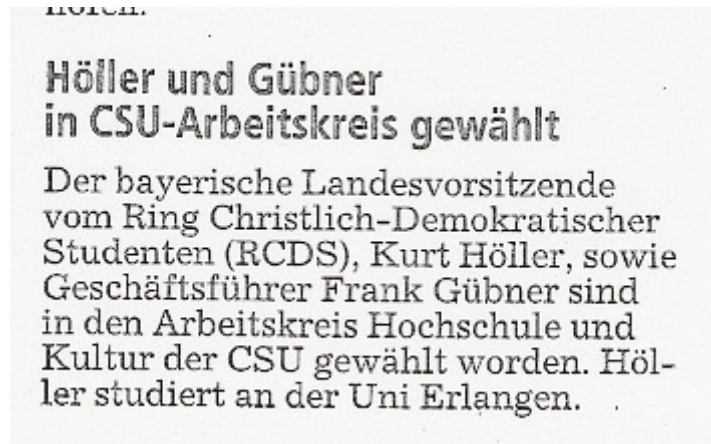
Höller: Bamberg befindet sich in einer ganz besonders problematischen Situation: Durch die benachbarten drei fränkischen Universitäten wäre die regionale Versorgung in der Fläche bereits für alle Fächer gewährleistet. Um dennoch weiterhin Bestand zu haben, muss die Otto-Friedrich-Universität in ihrem Bereich besonders gut sein. Bei den Geisteswissenschaften ist der Bamberger Uni dies bereits größtenteils gelungen. Dennoch muss diese Entwicklung weiterhin vorangetrieben werden. Besonders wichtig ist aber auch der Ausbau von Alleinstellungsmerkmalen, darunter vor allem interdisziplinäre und internationale Studiengänge. Dazu bietet der aktuell angestoßene Bolognaprozess mit Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen eine besondere Chance. Im Gegensatz zu einigen andern Massenunis hat die Uni Bamberg darüber hinaus den einzigartigen Charme einer kleinen Uni. Dieser Vorteil muss sich aber auch in einem besonders guten Betreuungsverhältnis der Studenten widerspiegeln.

Pressespiegel, FT 10.1.2005

Höller und Gübner in CSU-Arbeitskreis gewählt

(05.01.2005 Melanie Schübel) NZ, 5.1.2005

Der bayerische Landesvorsitzende von Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), **Kurt Höller**, sowie Geschäftsführer Frank Gübner sind in den Arbeitskreis Hochschule und Kultur der **CSU** gewählt worden. **Höller** studiert an der Uni **Erlangen**.



Pressespiegel, NZ 5.1.2005

Kluge Köpfe braucht das Land

(18.12.2004 Melanie Schübel) RCDS: Studiengebühren und „neues Denken“ gefordert

Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität **Erlangen-Nürnberg** gaben sich die Klinke in die Hand bei der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) **Erlangen** im Café „Schwarz und Stark“.

Staatsminister Erwin Huber, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, verteidigte die Sparmaßnahmen der Staatsregierung damit, dass man der jüngeren Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen dürfe. Trotz der Bemühungen, bis zum Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, dürften aber in keinem Fall die Hochschulen beschädigt werden.

Trotzdem plädierte Huber für Studiengebühren („Anreiz, schneller zu studieren“), versicherte aber, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. Uni-Kanzler Thomas A.H. Schöck unterstützte ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, betonte aber auch die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfindet.

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Max-Emanuel Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So prangerte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften deutschlandweit auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagabend und Sonntagfrüh.“ Den Vorhaben des Bundes, Elite-Unis einzuführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu wollen, erteilte der Jurist Geis eine klare Absage.

Mehr Produktivität gefordert

Als Mitglied der sogenannten Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete Oberbürgermeister Siegfried Balleis von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in **Erlangen** auch gut gelinge – nicht zuletzt dank der neuen Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es vor allem um die Einführung von Master- und Bachelor-Studiengänge, um Studiengebühren und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohen Qualitätsstandards.

MM

EN. 18.12.04. S.11

Kluge Köpfe braucht das Land

RCDS: Studiengebühren und „neues Denken“ gefordert

Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gaben sich die Klinke in die Hand bei der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Erlangen im Café „Schwarz und Stark“.

Staatsminister Erwin Huber, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, verteidigte die Sparmaßnahmen der Staatsregierung damit, dass man der jungen Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen dürfe. Trotz der Bemühungen, bis zum Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, dürften aber in keinem Falle die Hochschulen beschädigt werden.

Trotzdem plädierte Huber für Studiengebühren („Anreiz, schneller zu studieren“), versicherte aber, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. Uni-Kanzler Thomas A. H. Schöck unterstützte ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, betonte aber auch die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfindet.

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Max-Emanuel Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So prangerte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften deutschlandweit auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagnacht und Sonntagfrüh.“ Den Vorhaben des Bundes, Elite-Unis einführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu wollen, erteilte der Jurist Geis eine klare Absage.

Mehr Produktivität gefordert

Als Mitglied der so genannten Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete Oberbürgermeister Siegfried Balleis von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in Erlangen auch gut gelinge – nicht zuletzt dank der neuen Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es vor allem um die Einführung von Master- und Studiengängen, um Studiengebühren und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohem Qualitätsstandard. MM

Pressespiegel, EN 18.12.2004

Studiengebühren zur Qualitätssteigerung

(15.12.2004 Melanie Schübel) Expertenrunde diskutiert Konsequenzen der Verwaltungsreform für die Hochschulen

Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität **Erlangen-Nürnberg** gaben sich die Klinke in die Hand bei der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS Erlangen**) im Café „Schwarz und Stark“.

So durfte der Erlanger **RCDS**-Vorsitzende Marco Mehl zu der Veranstaltung mit dem Thema „Verwaltungsreform in **Bayern** – Konsequenzen für die Hochschulen“ neben Staatsminister Erwin Huber, Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Prof. Dr. Max-Emanuel Gei und dem Kanzler der Universität Thomas A.H. Schöck auch noch den Fraktionsvorsitzenden der **CSU** im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, begrüßen.

Der Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, sprach in seiner Rede von der Notwendigkeit, **Bayern** fit für die Zukunft zu machen. Dies gelinge eben nun mal nicht ohne Sparmaßnahmen, wenn man der jüngeren Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen möge. Er strich das ehrgeizige Ziel der bayerischen Staatsregierung heraus, im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, betonte aber gleichzeitig, in keinem Falle die Hochschulen schädigen zu wollen. Ferner sprach Huber von den Plänen, Studiengebühren einzuführen und versicherte, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. „Studienbeiträge erhöhen die Qualität des Bildungssystems und sind ein Anreiz für die Studenten, schneller zu studieren.“ So Huber.

Kanzler Schöck wollte zwar nicht zu allem, was Huber sagte, „Bravo“ rufen, unterstützte aber auch aus der Sicht der Hochschulverwaltung ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, welche zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen könnten. Zudem betonte Schöck die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfinden müsse.

Forschen Sonntag früh?

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Max-Emanuel Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So prangerte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften deutschlandweit auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagnacht und Sonntagfrüh.“ Den Vorhaben des Bundes, Elite-Unis einführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu wollen, erteilte der Jurist Geis eine klare Absage.

Als Mitglied der sogenannten Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete Oberbürgermeister Siegfried Balleis von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in **Erlangen** auch gut gelinge – nicht zuletzt dank der neuen Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es vor allem um die Einführung von Master- und Bachelor-Studiengänge, um Studiengebühren und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohen Qualitätsstandards.

FT, 15.12.04, S. A4

Studiengebühren zur Qualitätssteigerung

Expertenrunde diskutiert die Konsequenzen der Verwaltungsreform für die Hochschulen

ERLANGEN. Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gaben sich die Klinke in die Hand bei der beschlagartig besetzten Podiumsdiskussion des Ring-Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Erlangen am Montagabend im Café „Schwarz und Stark“.

So durfte der Erlanger RCDS-Vorsitzende Misco Mehl zu der Veranstaltung mit dem Thema „Verwaltungsreform in Bayern – Konsequenzen für die Hochschulen“ neben Staatsminister Erwin Huber, Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Prof. Dr. Maximilian Geis und dem Kanzler der Universität Thomas A. H. Schöck auch noch dem Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bayerischen Landtag, Joachim Reiss, begrüßen.

Der Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform und Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Er-

win Huber, sprach in seiner Rede von der Notwendigkeit, Bayern fit für die Zukunft zu machen. Dies gelinge eben einmal nicht ohne Sparmaßnahmen, wenn man der jungen Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen möge. Er strich das zehnjährige Ziel der bayerischen Staatsregierung heraus, im Jahre 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, betonte aber gleichzeitig, in keinem Falle die Hochschulen schädigen zu wollen.

Huber sprach Huber von den Plänen, Studiengebühren einzuführen und versicherte, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. „Studienbeiträge erhöhen die Qualität des Bildungssystems und sind ein Anreiz für die Studenten, schneller zu studieren“, so Huber.

Kanzler Schöck wollte zwar nicht zu allem, was Huber sagte, „Reiss“ rufen, unterstützte

aber auch aus der Sicht der Hochschulverwaltung ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, welche zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen könnten. Zudem besaß Schöck die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfinden müsse.

Forschen Sonntag früh?

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Dr. Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So plärgelte er unter anderem so, dass die Geisteswissenschaften – deutsch: „Humanwelt“ auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagmorgen und Sonntag früh.“ Dem Vorhaben des Bundes, Hilfenis einzuführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu

wollen, erteilte der Junst Geis eine klare Absage.

Als Mitglied der sog. Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete der Erlanger Oberbürgermeister im Anschluss von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in Erlangen auch gut gelinge – nicht zuletzt dank neuer Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es neben vielen weiteren Themen um die Einführung von Master- und Bachelorstudiengängen, um Studiengebühren, und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohem Qualitätsstandard.



Teilweise auch nachdenkliche Mienen gab es bei den Experten auf dem Podium. Foto: priv.

Pressespiegel, FT 15.12.2004

Für Organspende

(11.11.2004 Melanie Schübel) RCDS diskutiert heute Abend über Erlangen als Medizin(haupt)stadt

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist auf seiner Deutschlandtour heute zu zwei Informationsveranstaltungen in Erlangen.

Über Blut- und Organspende informiert der **RCDS** heute an der TechFak von 11 bis 15 Uhr, ab 20 Uhr findet im Adenauerhaus, Neue Straße 34, eine Diskussion zum Thema „Gesundheit“ statt. Dabei werden Prof. Bernhard Fleckenstein (Institut für Klinische Virologie an der FAU), Prof. Joachim Hornegger (Lehrstuhl für Med. Bildverarbeitung) sowie Joachim Reiss (Leiter Entwicklung Angiographie bei Siemens Medical Solutions) über die Zukunft **Erlangens** als Bundeshauptstadt der Medizin diskutieren.



Pressespiegel, EN 10. 11. 2004

RCDS-Klausur

(18.09.2004 Melanie Schübel) Lehrer ins Praktikum

Deutlich mehr Praxisbezug in der Lehrerausbildung fordert der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**). Darüber hinaus spricht sich der **CSU**-nahe Studentenverband für eine regelmäßige Weiterbildung der Lehrkräfte und eine generelle Aufwertung des Lehrerberufs in der Gesellschaft aus.

Als Pädagogen sollen angehende Lehrer am Ende des Hochschulstudiums eigenständig eine Unterrichtsplanung durchführen, Leistungen beurteilen, mit Disziplin Konflikten und sozialen Spannungen in der Klasse umgehen können und kompetent im Umgang mit Schülern, Eltern, Kollegen und Vorgesetzten sein. All dies sind Situationen, auf die im Hochschulstudium derzeit nur mangelhaft oder gar nicht vorbereitet wird.

„Der Lehrerberuf ist ein sehr praxisbezogener Beruf, der mehr von Erfahrungen im Klassenzimmer als von theoretischem Wissen lebt“, so **Bayerns RCDS-Chef Kurt Höller**. Nach Meinung des **RCDS** ist der Praxisbezug an den Schulen eine unabdingbare Grundlage. Darum sollten auch Lehrer selbst schon einmal Praxiserfahrung in einem Unternehmen oder einer sozialen Einrichtung gesammelt haben. „Lehramtsstudenten sollten auch Praktika im außerschulischen Bereich absolvieren“, so **Höller**.

Auf ihrer dreitägigen Klausur im Kloster Metten verabschiedete der **RCDS** eine Resolution zur Reform der Lehrerausbildung. Zu Gast waren Kultusministerin Monika Hohlmeier und Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses des Bayerischen Landtages.



Pressespiegel, Bayernkurier 18.09.2004

Bayerns Kultusministerin beim RCDS in Metten

(16.09.2004 Kurt Höller) Deggendorf aktuell

Bayerns Kultusministerin Monika Hohlmaier debattierte am Freitagnachmittag im Kloster Metten mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V. (**RCDS**). Anschließend kam es zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - bleibt **Bayern** spitze?" Daran beteiligten sich neben der Staatsministerin noch Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Professor Dr. Alf Zimmer, Rektor der Uni Regensburg, sowie **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS** in **Bayern**. Diskutiert wurde ferner mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft. Abt Wolfgang M. Hagl OSB stellte sein Schulmodell Hirn, Herz und Hand vor, welches für einen Bildungsansatz steht, der weit über den Leistungsgedanken und Wissensvermittlung hinaus geht. Mit auf dem Prüfstand befand sich die "Mettener Resolution", die anschließend verabschiedet wurde.



BAYERNS KULTUSMINISTERIN Monika Hohlmeier debattierte am Freitagnachmittag im Kloster Metten mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern e.V. (RCDS). Anschließend kam es zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze?“ Daran beteiligten sich neben der Staatsministerin noch Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Professor Dr. Alf Zimmer, Rektor der Uni Regensburg, sowie Kurt Höller, Vorsitzender des RCDS in Bayern. Diskutiert wurde ferner mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft. Abt Wolfgang M. Hagl OSB stellte sein Schulmodell „Hirn, Herz und Hand“ vor, welches für einen Bildungsansatz steht, der weit über den Leistungsgedanken und Wissensvermittlung hinaus geht. Mit auf dem Prüfstand befand sich die „Mettener Resolution“, die anschließend verabschiedet wurde. Unser Bild zeigt die Staatsministerin bei ihrer Ankunft in Metten (von links): Franz Hofmann und Kurt Höller, RCDS, Abt Wolfgang und Monika Hohlmeier. (Text/Foto: Suttner)

Hohlmeier: Wissen für das Leben vermitteln

(13.09.2004 Melanie Schübel) RCDS diskutierte mit Kultusministerin im Kloster Metten - Neue Impulse gefordert

Metten. (sut) Auch in abgeschwächter Form hat die Pisa-Studie bewusst gemacht, dass wesentliche Dinge und damit die Zukunft unseres Landes in den Schulen entschieden wird. Wie **Kurt Höller**, vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern**, bedauerte, erwiesen sich die deutschen Schulen häufig als eine Institution, von der man Reformen lange Zeit fern hielt. "Sie sind in vielen Fällen ihrer verantwortungsvollen Aufgabe in Bezug auf die Bildung junger Menschen nicht mehr so gewachsen, wie dies wünschenswert wäre." ...(nur Auszug)



Hohlmeier: Wissen für das Leben vermitteln

RCDS diskutierte mit Kultusministerin im Kloster Metten – Neue Impulse gefordert

Metten, (je) Auch in abgeschwächter Form hat die Pisa-Studie bereits gemacht, dass wesentliche Dinge um damit die Zukunft unserer Länder in den Schulen entschieden wird. Wie Kurt Höller, vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern, bedauerte, erweisen sich die deutschen Schulen häufig als eine Institution, von der man Heiliges lange Zeit fern hielt. „Sie sind in vielen Fällen ihrer verantwortungsvollen Aufgabe in Bezug auf die Bildung junger Menschen nicht mehr so gewachsen, wie dies wissenschaftlich wäre.“

Eine Diskussion, die schon länger andauert, wurde Koveter Kultusministerin Monika Hohlmeier dazu an und erörterte an den Dialog-Process. Hier saßen die Kultusminister und evangelischer Erzbischof Buntrock, welche sich in die Stadtingänge einarbeiten lassen. Ferner erzielte man sich darauf, bis 2018 einen einheitlichen Bildungsrahmen mit vergleichbaren Abschlüssen zu entwickeln.

Als Hausherr übermittelte Abt Wolfgang Hagl ODB das Grußwort an die hochkarätige Mannschaft als Träger der Podiumsdiskussion und Besucher. Dabei sprach er den Bogen bis ins 17. Jahrhundert, als Besuche und Notizen nicht nur die Lehrer Christi vermittelten, sondern auch das Alphabet. Insofern gingen von den Gärten seinerzeit hohe Bildungsinhalte aus.

Der RCDS in Bayern ist der Ansicht, dass man zunächst bei der Ausbildung der Lehrer als Hauptträger des Bildungssystems ansetzen muss, um Veränderungen zu bewirken. Zu lange Studiendauern, ungenügende Vertiefung auf den künftigen Berufszugang im Umgang mit Schülern, eine unzureichende Gestaltung des Studiums und nicht zuletzt die schlechte Image der Lehrer in der Gesellschaft werten sich ergänzend auf die Attraktivität des Lehrberufs aus, so die Studienvereinigung. Aus der dreitägigen Klausurtagung sind als



Podiumsdiskussion zur „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze“ (von links): Abt Wolfgang M. Hagl ODB bei seinem Grußwort an die Gäste, Professor Dr. Alf Zimmer, Uni Regensburg, Kultusministerin Monika Hohlmeier, Kurt Höller, RCDS, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag und Dr. Christof Prechtl an der Wirtschaft.

aggressive Konzepte. Dies lässt sich konsequenz zugeordnet erreichen und fordert über vor der Lehrerschaft eine ganze Menge, was nicht zuletzt ein Orientierungspraktikum voraussetzt. Vernehmlich steht die Kultusministerin heute nach Bildungspakt im Kindergarten. Großen Wert will man zukünftig darauf legen, dass nicht nur auf die Prüfungen sondern auch hinsichtlich der

ausbildung nach unten durchgezogen. Dazu an der „G8“ mehr an Leistung heraus zu holen ist, davon ist Prechtl bei überzeugt.

Aussage aus der „Mettener Resolution“, die von RCDS nach ausführliche Diskussion mit den Fachstellen und der Staatsministerin Monika Hohlmeier einstimmig beschlossen wurde: Grundsätzlich besteht ein zentraler Blick in Richtung Lehr-

beruflichen An das erste Staatsexamen (Abschluss des Master Moduls) schließt sich wie bisher die zweite Phase der Lehrerbildung an. Das Besondere: Wegen des bereits abgeschlossenen Praxiserwerbs in diesem auf drei Halbjahre zu verkürzen. Abgeschlossen wird es wie bisher mit dem zweiten Staatsexamen.

Das Angebot des Lehrberufs in der Gesellschaft steigt seit Jahren ste-

Pressespiegel, Donau-Anzeiger 13.09.2004

Studium muss auf wachsende Anforderungen reagieren

(13.09.2004 Melanie Schübel) Bildungsexperten diskutierten über die Zukunft der Schule und die Reform der Lehrerausbildung – Nur 50 Zuhörer waren dabei

Metten (je). „Die Schule führen wie ein Unternehmen, ein Team zusammenstellen – nur wenn die Verantwortung vor Ort liegt, kann sich keiner mehr aus der Verantwortung stehlen.“ So stellt sich Dr. Christof Prechtl die Schule in 20 Jahren vor. Prechtl, Studienrat a. D., der seinen Beamtenstatus zurück gegeben hat und nun als Geschäftsführer der Abteilung Bildung in der Vereinigung Bayerische Wirtschaft (vbw) fungiert, saß mit Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, und Prof. Dr. Alf Zimmer, Rektor der Uni Regensburg, auf dem Podium. Zur Diskussion „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze?“ hatte der RCDS am Freitagabend in den Festsaal des Klosters Metten eingeladen.

Mit rund 50 Zuhörern, darunter der Hausherr, Abt Wolfgang Hagl, MdL Bernd Siblinger und Bürgermeister Erhard Radlmaier, blieb man bei der über zweistündigen Veranstaltung weitgehend unter sich. Bayerns RCDS-Chef Kurt Höller nahm als Moderator ein zwölfseitiges Papier als Gesprächsgrundlage für die Mettener Resolution, die sich mit der Reform der Lehrerausbildung befasst (DZ berichtete). „Manche Fakultäten haben noch nicht bemerkt, dass es sie ohne Lehramtsstudenten nicht geben würde“. Nun setzen sich die Rektoren mit den Lehramtsstudiengängen auseinander; Hohlmeier sieht darin „einen Schub für die Lehrerausbildung“.

Das Kultusministerium baut weiter auf die vier Säulen – Orientierungspraktikum, Pädagogik, Didaktik und Fachwissenschaft: Angesichts eines fehlenden Wertefundaments im Elternhaus, so Hohlmeier, würden immer mehr Erziehungsfragen in die Schule verlagert. Die Lehrerausbildung müsse auf solche Situationen wie Erwachsenen-Gesprächsführung („die Lehrer sollen die Lösung für alle Probleme sein, die die Gesellschaft nicht lösen kann“) besser vorbereitet werden.

„Man wollte jedes Fach in gleicher Form akademisieren.“ Aus der Sicht von Prof. Zimmer die Ursache dafür, dass man mit der Lehrerausbildung an den Universitäten „immer wieder Probleme gehabt hat. Pädagogik ist in der Struktur anders als Romanistik oder Physik. Es ist eben kein Faktenfach wie Latein. Pädagogik ergibt sich aus der Praxis“, reagierte der Regensburger Uni-Rektor auf die Frage von Kurt Höller, ob man bei der Lehrerausbildung erst auf alles Fachliche abheben und dann Pädagogik draufsatteln sollte oder ob dies parallel laufen sollte?

Laut Spaenle erhalten ein Drittel all derer, die ein Hochschulstudium aufnehmen, ihre Zugangsberechtigung nicht über das Gymnasium; sie kommen zum Beispiel von FOS 13, BOS oder Fachhochschule: „Die Durchlässigkeit muss weiter erhöht werden.“ Im achtjährigen Gymnasium sieht Spaenle die Chance für eine „stärkere Verzahnung“.

Mit einem eindeutigen „Ja“ befürwortete er ferner Studienberatung am Gymnasium – „eine Kraftanstrengung für die Studentenwerke“, Orientierungspraktika, „um dem Kinderschick entgegenzuwirken“ und die Einführung von Studiengebühren. Im „Bologna-Prozess“, zum Beispiel samt Masters-/Bachelor-Abschluss, macht der studierte Historiker zwei Vorteile aus: „Die Vergleichbarkeit von Studieninhalten und die Modularisierung“. Neben dem Stichwort „Modul“, also Lehreinheiten, die auch einen Wechsel des Studiums erleichtern, setzte die Runde auf „Evaluierung“.

Effizienz und Effektivität gaben den Ausschlag für eine weitere Forderung: „Wir brauchen Mitarbeitergespräche“, propagierte etwa Prechtl, der es gut fände, wenn Gymnasiallehrer ein halbes bis ein Jahr in die Wirtschaft gehen. „Zwei Jahre Referendariat ist eine Vergeudung von Ressourcen“, sagte er.



Pressespiegel, DZ 13.09.2004

RCDS-Klausur

(11.09.2004 Melanie Schübel) Bayerns Kultusministerin Monika Hohlmeier ...

... debattierte am Freitagnachmittag im Kloster Metten mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V. (RCDS). Anschließend kam es zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt **Bayern** Spitze?“. Daran beteiligten sich neben der Staatsministerin noch Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Professor Dr. Alf Zimmer, Rektor der Universität Regensburg, sowie **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS** in **Bayern**. Diskutiert wurde ferner mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft. Abt Wolfgang M. Halg OSB stellte sein Schulmodell „Hirn, Herz und Hand“ vor, welches für einen Bildungsansatz steht, der weit über den Leistungsgedanken und Wissensvermittlung hinaus geht. Auf dem Prüfstand befand sich die „Mettener Resolution“, die anschließende verabschiedet wurde. Ein ausführlicher Bericht folgt in unserer nächsten Ausgabe. Unser Bild zeigt die Staatsministerin bei ihrer Ankunft in Metten (von links): Franz Hofmann und **Kurt Höller**, **RCDS**, Abt Wolfgang und Monika Hohlmeier.

(Text/Foto: Suttner)



Pressespiegel, Donau-Anzeiger 11.09.2004

Hochschulpolitik aus dem Kloster Metten

(11.09.2004 Melanie Schübel) Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) debattiert über Reform der Lehrerausbildung

Metten (she). Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt **Bayern** spitze?“ ist gestern Nachmittag Kultusministerin Monika Hohlmeier ins Kloster Metten gekommen. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Bayern** hält dort seine dreitägige Klausurtagung ab.

Die Reform der Lehramtsausbildung in **Bayern** ist ein zentrales Thema der Klausurtagung. Der Hochschulverband fordert einen deutlich verstärkten Praxisbezug der angehenden Lehrer: „Wir wollen, dass ein Teil der Referendariatsausbildung in die Mitte des Studiums vorgezogen wird“, erläutert der stellvertretende Landesvorsitzende des **RCDS** Franz Hofmann die Pläne des **RCDS**.

Der Vorteil einer solchen Reform: Studenten erkennen früher, ob sie überhaupt für den Lehrerberuf geeignet sind oder nicht. Generell fordert der **RCDS**, dass das Lehramtsstudium künftig mehr Pädagogik- und Didaktik-elemente aufweisen soll und dafür Fachelemente gekürzt werden. Und: Auch während des Staatsexamens sollte ein Bachelor-Abschluss nach einigen Semestern Pflicht sein, um ein „Umschwenken“ auf ein anderes Studium zu ermöglichen.

Die „Mettener Resolution“ soll am heutigen Samstag von den etwa 25 Delegierten des **RCDS** verabschiedet werden. Gestern Abend diskutierte der Hochschulverband die darin enthaltenen Punkte mit Kultusministerin Monika Hohlmeier, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses Dr. Ludwig Spaenle und weiteren Bildungsexperten. Der **RCDS** hat seine Klausurtagung auf Initiative seines Landesvorsitzenden, **Kurt Höller**, ins Kloster Metten gelegt. Der Altmettener hält viel von seiner alten Schule: „Wenn man schon über Schulpolitik diskutiert, ist Metten ein idealer Ort.“ Gemeinsam mit Abt Wolfgang debattierten die Vertreter des Hochschulverbandes über Zukunftsprojekte wie das Mettener Schulmodell „Hirn, Herz und Verstand“, das Schule und Ausbildung kombiniert. „Wir legen schon jetzt großen Wert auf Ganzheitlichkeit“, so Abt Wolfgang.

Samstag, 11. September 2004 LOKALES

Hochschulpolitik aus dem Kloster Metten

Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) debattiert über Reform der Lehrerausbildung

Metten (shc). Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze?“ ist gestern Nachmittag die bayerische Kultusministerin Monika Hohlmeier ins Kloster Metten gekommen. Der Ring Christlich-Demokratischer Sozialer Studenten (RCDS) in Bayern hält dort seine dreitägige Klausurtagung ab.

Die Reform der Lehrerausbildung in Bayern ist ein zentrales Thema der Klausurtagung. Der Hochschulverband fordert einen deutlich verstärkten Praxisbezug der angehenden Lehrer. „Wir wol-



ANZEIGE

Musik-, Besang- u. Ballettanzeige

In Kalk, April bis November
 Musik- und Ballettanzeige durch RZ
 über Schiedsgericht 2004/2005
 84409 Deggendorf, Gärtnerei Str. 140
 Tel. 09201-0202234
 www.rz.de/ballettanzeige@rcds.de
 e-mail: info@rcdsbayern.de

len, dass ein Teil der Referendariatsausbildung in die Mitte des Stadtkerns verlegt wird“, erläutert der stellvertretende Landesvorsitzende Franz Hofmann die Pläne des RCDS.

Der Vorteil einer solchen Reform: Studenten erkennen früher, ob sie überhaupt für den Lehrberuf geeignet sind oder nicht. Generell fordert der RCDS, dass das Lehramtsstudium künftig mehr Pädagogik- und Didaktik-elemente aufweisen soll und dafür Fächeranteile gekürzt werden. Und: Auch während des Studiums sollte ein Bachelor-Abschluss nach einigen Semestern Pflicht sein, um ein „Überschweren“ auf ein anderes Studium zu ermöglichen.

Die „Mettener Resolution“ soll am heutigen Samstag von den etwa 25 Delegierten des RCDS ver-

abschiedet werden. Gestern Abend diskutierte der Hochschulverband die dann enthaltenen Punkte mit Kultusministerin Monika Hohlmeier, dem Vertreter des Hochschulverbands über Zukunftsvorhaben wie das Mettener Schulmodell „Hirn, Herz und Verstand“, das Schulle und Ausbildung karibianen. „Wir legen schon jetzt großen Wert auf Ganzheitlichkeit“, so Abt Wolfgang.

Für die Podiumsdiskussion führt Abt Wolfgang H. Hög (s. l.), Kultusministerin Altm. Hohlmeier, RCDS-Landesvorsitzende Franz Hofmann und seinen Stellvertreter Franz Hofmann durch die Bibliothek (F. Hofmann)

Pressespiegel, PNP 11.09.2004

RCDS: Klausurtagung im Kloster Metten (11.09.2004 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

Metten (red.).

Über die geplante Reform der Lehramtsausbildung hat Kultusministerin Monika Hohlmeier mit Vertretern vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern und weiteren Bildungsexperten im Kloster Metten debattiert. Der RCDS hält derzeit im Kloster seine dreitägige Klausurtagung ab. Am Ende soll eine „Mettener Resolution“ zur Lehramtsausbildung verabschiedet werden.

RCDS: Klausurtagung im Kloster Metten

Metten (red.). Über die geplante Reform der Lehramtsausbildung hat Kultusministerin Monika Hohlmeier mit Vertretern vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern und weiteren Bildungsexperten im Kloster Metten debattiert. Der RCDS hält derzeit im Kloster seine dreitägige Klausurtagung ab. Am Ende soll eine „Mettener Resolution“ zur Lehramtsausbildung verabschiedet werden.

Pressespiegel, Passauer Neue Presse 11.09.2004

Monika Hohlmeier im Kloster Metten (08.09.2004 Melanie Schübel) Donau-Anzeiger

Tagung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten vom 9. bis 11. September

Deggendorf/Metten. (pk/da)

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern e.V. trifft sich von Donnerstag, 9. September, bis Samstag, 11. September, zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema wird die Positionierung des RCDS zur geplanten Reform der Lehramtsausbildung in Bayern sein.

Als Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung findet am Freitagabend (10. September, 19 Uhr) eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt **Bayern** Spitze?“ statt. Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschuss im Bayerischen Landtag, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. Alf Zimmer, und **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS in Bayern** e.V., diskutieren.

Reform der Lehramtsausbildung

Bereits auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf Anfang dieses Jahres hatte der **RCDS in Bayern** e.V. einen Antrag zur Reform der Lehramtsausbildung verabschiedet. Darin fordert der Hochschulverband einen deutlich verstärkten Praxisbezug des Lehramtsstudiums. Pädagogische Fähigkeiten dürften nicht als Nebensache behandelt werden, sondern müssten gewichtiger Teil der Lehrerausbildung sein. Um Lehrkräfte auf schulinterne Führungsaufgaben besser vorzubereiten, soll ferner ein Aufbaustudiengang Schulmanagement eingerichtet werden.

„Hirn, Herz und Hand“

Während der drei Tage in Metten soll nun die Position des **RCDS in Bayern** mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft diskutiert und Details ausgearbeitet werden. Als Ergebnis dieser Überlegungen wird der Hochschulverband am Ende der Klausurtagung eine „Mettener Resolution“ zur Lehramtsausbildung verabschieden.

Einen weiteren Beitrag zur Diskussion um die Zukunft der bayerischen Schulen wird Abt Wolfgang M. Hagl OSB vorstellen. Das Mettener Schulmodell „Hirn, Herz und Hand“ steht für einen Bildungsansatz, der weit über reine Wissensvermittlung hinausgeht. Stattdessen soll es, nach Meinung von Abt Wolfgang M. Hagl, auch Aufgabe der Schule sein, den Charakter der Schüler zu bilden.

Lehre im Kloster-Betrieb?

Im Zuge dieser ganzheitlichen Erziehungsidee wird derzeit am Kloster Metten darüber nachgedacht, den Schülern neben dem G8 wahlweise die Möglichkeit zu bieten, während einer neunjährigen Gymnasialzeit zusätzlich eine Lehre in einem der klostereigenen Betriebe zu absolvieren. Wie sich diese Idee in die Praxis umsetzen lässt und ob so die Schule der Zukunft aussieht, wird Abt Wolfgang M. Hagl am Freitag, 10. September, ab 13 Uhr mit den Vertretern des **RCDS** diskutieren.



Pressespiegel, Donau-Anzeiger 08.09.2004

Monika Hohlmeier am Freitag mit Klausurtagung im Kloster Metten (07.09.2004 Melanie Schübel) Donau-Anzeiger

Deggendorf/Metten. (pk/da)

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V. trifft sich von Donnerstag, 9. September, bis Samstag, 11. September, zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema wird die Positionierung des

RCDS zur geplanten Reform der Lehramtsausbildung in **Bayern** sein. Als Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung findet am Freitagabend (10. September, 19 Uhr) eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - bleibt **Bayern** Spitze?" statt. Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. Alf Zimmer, und **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS** in **Bayern** e.V., diskutieren.

Monika Hohlmeier am Freitag bei Klausurtagung im Kloster Metten



Bildtext: Am Freitag im Kloster Metten: Monika Hohlmeier.

Deggendorf/Metten. (pk/da) Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern e.V. trifft sich von Donnerstag, 9. September, bis Samstag, 11. September, zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema wird die Positionierung des RCDS zur geplanten Reform der Lehramtsausbildung in Bayern sein. Als Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung findet am Freitagabend (10. September, 19 Uhr) eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - bleibt Bayern Spitze?" statt. Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Professor Dr. Alf Zimmer, und Kurt Höller, Vorsitzender des RCDS in Bayern e.V., diskutieren.

Donau-Anzeiger

Kultusministerin diskutiert in Metten über Schule im 21. Jahrhundert

(31.08.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Monika Hohlmeier kommt am 10. September ins Kloster - Klausurtagung vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern

Metten (dz). Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** (**RCDS**) trifft sich von 9. bis 11. September zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema ist die geplante Reform der Lehramtsausbildung in **Bayern**. Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung ist am 10. September ab 19 Uhr eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - Bleibt **Bayern** Spitze?". Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. Alf Zimmer, und **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS**, diskutieren.

Bereits auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf Anfang dieses Jahres hatte der **RCDS** einen Antrag zur Reform der Lehramtsausbildung verabschiedet. Darin fordert der Hochschulverband einen deutlich verstärkten Praxisbezug. Pädagogische Fähigkeiten dürften nicht als Nebensache behandelt werden, sondern müssten gewichtiger Teil der Lehrerausbildung sein. Um Lehrkräfte auf schulinterne Führungsaufgaben besser vorzubereiten, soll ferner ein Aufbaustudiengang Schulmanagement eingerichtet werden.

Während der drei Tage in Metten soll nun die Position des **RCDS** mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft diskutiert und Details ausgearbeitet werden. Als Ergebnis dieser Überlegungen wird der Hochschulverband am Ende der Klausurtagung eine "Mettener Resolution" zur Lehramtsausbildung verabschieden.

Einen weiteren Beitrag zur Diskussion um die Zukunft der bayerischen Schulen wird Abt Wolfgang M. Hagl vorstellen. Das Mettener Schulmodell "Hirn, Herz und Hand" steht für einen Bildungsansatz, der weit über reine Wissensvermittlung hinausgeht. Stattdessen soll es nach Meinung von Abt Wolfgang auch Aufgabe der Schule sein, den Charakter der Schüler zu bilden. Im Zuge dieser ganzheitlichen Erziehungsidee wird derzeit am Kloster Metten darüber nachgedacht, den Schülern neben dem G8 wahlweise die Möglichkeit zu bieten, während einer neunjährigen Gymnasialzeit zusätzlich eine Lehre in einem der klostereigenen Betriebe zu absolvieren.

Wie sich diese Idee in die Praxis umsetzen lässt und ob so die Schule der Zukunft aussieht, wird Abt Wolfgang M. Hagl ebenfalls am 10. September ab 13 Uhr mit den Vertretern des **RCDS** diskutieren.

Grenzenlos

(05.08.2004 Melanie Schübel) Zusammenarbeit über Grenzen hinweg: Bayerns RCDS empfing in diesen Tagen den Bundesvorstand des österreichischen Partnerverbandes.

Im Vordergrund standen die Diskussion um die in Österreich bereits eingeführten Studiengebühren sowie deren Umsetzung. Angesichts der in **Bayern** ebenfalls angedachten Einführung von Studienbeiträgen setzt der **RCDS** darauf, dass die Einnahmen gänzlich den Universitäten zu Gute kommen. „Ein Einfließen der Mittel in den Staatshaushalt wie bisher in Österreich muss verhindert werden“, so **RCDS**-Chef **Kurt Höller**. Der österreichische Bundesobmann Christoph Marx und Fraktionssprecher Dieter Haas äußerten sich positiv über das entspannte Klima im Freistaat **Bayern**, das zwischen dem **RCDS**, der Staatsregierung und den Rektoren herrsche.



RCDS-Chef Kurt Höller und Stellvertreterin Katrin Wiesheu mit den österreichischen Freunden Christoph Marx und Dieter Haas.

Grenzenlos

Zusammenarbeit über Grenzen hinweg: Bayerns RCDS empfing in diesen Tagen den Bundesvorstand des österreichischen Partnerverbandes. Im Vordergrund standen die Diskussion um die in Österreich bereits eingeführten Studiengebühren sowie deren Umsetzung. Angesichts der in Bayern ebenfalls angedachten Einführung von Studienbeiträgen setzt der RCDS

Bayern darauf, dass die Einnahmen gänzlich den Universitäten zu Gute kommen. „Ein Einfließen der Mittel in den Staatshaushalt wie bisher in Österreich muss verhindert werden“, so RCDS-Chef Kurt Höller. Der österreichische Bundesobmann Christoph Marx und Fraktionssprecher Dieter Haas äußerten sich positiv über das entspannte Klima im Freistaat Bayern, das zwischen dem RCDS, der Staatsregierung und den Rektoren herrsche.

Pressespiegel, der bajuware - Magazin der Jungen Union **Bayern**, 2/2004

„Jeder Student muss sich bewerben“

(10.07.2004 Melanie Schübel) RCDS-Chef Kurt Höller über Wettbewerb, Studiengebühren und Wege zur Weltspitze

Die Hochschulen sollen sich ihre Studenten ausschließlich selbst aussuchen dürfen, fordert **Kurt Höller**. Mit dem **RCDS**-Landesvorsitzenden sprach Thomas Breitenfellner.

Bayernkurier: Warum sprechen Sie sich gegen die Verwaltungsgebühr für Studenten aus?

Kurt Höller: Gebühren müssen direkt für die Studenten eingesetzt werden, das ist aber bei der Verwaltungsgebühr überhaupt nicht der Fall. Das Geld geht ans Finanzministerium. Für die Studenten ist das nicht nachvollziehbar.

Bayernkurier: Wird es auch Widerstand bei der Einführung einer Studiengebühr geben?

Höller: Unter Erfüllung unserer Forderungen werden wir Studienbeiträge mittragen. Sie sollen – sagt's auch Wissenschaftsminister Thomas Goppel – direkt an den Fakultäten eingesetzt werden. Damit würde die Lehre verbessert, zumal der Staat diese Last langfristig nicht mehr alleine tragen kann. Studienbeiträge hätten weitere positive Aspekte, weil dadurch der Wettbewerb unter den Universitäten forciert werden würde.

Bayernkurier: In welcher Höhe wären Studiengebühren für die Studenten noch tragbar?

Höller: Tragbar sind Gebühren sowieso nur dann, wenn sie erst im Nachhinein oder über Bildungskredite finanziert werden können. Wichtig ist mir dabei: Jeder soll diese Modelle nutzen können, auch ohne einen bürokratischen Nachweis der sozialen Bedürftigkeit. Unter diesen Voraussetzungen halte ich einen jährlichen Beitrag von einigen hundert Euro für angemessen und realistisch, das soll aber von den Hochschulen flexibel gehandhabt werden.

Bayernkurier: Wo gibt's Nachholbedarf?

Höller: Es gibt sehr viel Nachholbedarf bei den Bibliotheken. Die Öffnungs- und Ferienzeiten sind zum Teil nicht mehr tragbar. Aber auch bei der Betreuung der Studenten müsste noch mehr gemacht werden. Mit den zusätzlichen Geldern könnten beispielsweise Tutorenprogramme finanziert werden.

Bayernkurier: Braucht Deutschland Elite-Unis?

Höller: Elite-Universitäten kann man nicht von heute auf morgen hinstellen. Die müssen wachsen, das braucht mindestens ein halbes Jahrhundert – und es muss Kapital in Milliardenhöhe zur Verfügung stehen. Für Deutschland ist das nicht absehbar, wir haben nur die Möglichkeit, dass sich die einzelnen Hochschulen auf ihren Spezialgebieten fortentwickeln. Der bayerische Ansatz ist der richtige: Die Universitäten dort fördern, wo sie gut sind. Nur über die Profilbildung werden wir an die Weltspitze kommen.

Bayernkurier: Im internationalen Vergleich steigen die deutschen Akademiker sehr spät ins Berufsleben ein. Eine Verkürzung der Studienzeiten wie beim Gymnasium wäre doch der natürliche Schritt...

Höller: Ja, das müssen wir anstreben. Insbesondere dort, wo lange Wartezeiten die Studenten aufhalten. Man darf nicht Sprachkurse vorschreiben, die aber aufgrund einer zu geringen Kapazität de facto gar nicht zur Verfügung stehen. Dennoch muss aber genügend Zeit für ein abgerundetes Studienkonzept zur Verfügung stehen.

Bayernkurier: Aber es gibt auch viele Studenten, die ganz bewusst bummeln.

Höller: Spätestens mit der Einführung der Studiengebühr wird das Problem nicht mehr groß sein. Da überlegt man sich dann dreimal, ob und für welches Studium man sich einträgt. Wichtig ist aber vor allem, dass sich die Hochschulen ihre Studenten selber aussuchen können – und zwar zu 100 Prozent. Die Zentrale Studienplatzvergabe ist nicht zeitgemäß, sie muss ersetzt werden durch Bewerbungsgespräche und Eignungsprüfungen, in denen nicht nur Fachwissen abgefragt wird.

Bayernkurier: Wie sieht das Studium der Zukunft aus?

Höller: Wir brauchen mehr Eigenverantwortung, etwa bei der Auswahl der Hochschule oder der Qualität des Studiums. Wir brauchen mehr Auslandsaufenthalte und mehr englischsprachige und interdisziplinäre Vorlesungen.



Pressepiegel, Bayernkurier 10. 07.2004

Ziel: Sieg bei den Hochschulwahlen

(03.06.2004 Melanie Schübel) Marco Mehl ist neuer Vorsitzender der Studentengruppe RCDS

Erlangen. Kurz vor den Hochschulwahlen an der Friedrich-Alexander-Universität hat der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Erlangen** einen neuen Vorsitzenden bekommen. Die Vertreter der **CSU**-nahen Studentenorganisation wählten kürzlich den Jura-Studenten Marco Mehl.

Der gebürtige Herzogenauracher ist 22 Jahre alt und löst Josef Ernst ab, der nicht wieder kandidiert hatte.

Politisch aktiv war Mehl bisher vor allem in der Jungen Union in Herzogenaurach, dort als Stellvertreter des Ortsvorsitzenden Matthias Düthorn. In seinem neuen Betätigungsfeld, der Hochschulpolitik, kann Mehl erstmals am 22. Juni Akzente setzen. Bei den Hochschulwahlen will er mit dem **RCDS** die Mehrheit im studentischen Konvent gewinnen, kündigte er nach seiner Wahl an. Dieser ist derzeit noch in der Hand von linken, sozialistischen Kräften wie der Juso-Hochschulgruppe oder der Alternativen und Farbenfrohen Liste.

Außerdem will Mehl die Aktivitäten und Positionen des **RCDS** besser in der Öffentlichkeit darstellen, ebenso den Service für Studenten verbessern und stärker mit **JU**-Verbänden und der **CSU** zusammenarbeiten. – Ein erstes Zeichen dafür war es, dass Mehl auch vom CDS-Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann Glückwünsche zu seiner Wahl erhielt. Herrmann selbst war zu seiner Studienzeit 1977/78 einmal **RCDS**-Vorsitzender in **Erlangen**.

Ebenfalls ein Vorgänger in dieser Position war ein weiterer Gratulant nach der Wahl, **Kurt Höller**. Er ist heute **RCDS**-Vorsitzender in **Bayern**. – Bei seiner neuen Aufgabe erhält Marco Mehl Unterstützung von weiteren Aktiven der Gruppierung. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Stephan Schlüter, Student der Wirtschaftsmathematik, gewählt. Schatzmeister ist künftige der Jurastudent Thomas Winkler, Geschäftsführerin bleibt weiterhin die Medizinstudentin Lisa Meintker.

mtu

Fr. 3.6.04, 5.16
Ziel: Sieg bei den Hochschulwahlen

Marco Mehl ist neuer Vorsitzender der Studentengruppe RCDS

ERLANGEN. Kurz vor den Hochschulwahlen an der Friedrich-Alexander-Universität hat der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Erlangen einen neuen Vorsitzenden bekommen. Die Vertreter der CSU-nahen Studentenorganisation wählten kürzlich den Jura-Studenten Marco Mehl.

Der gebürtige Herzogenauracher ist 22 Jahre alt und löst Josef Tenst ab, der nicht wieder kandidiert hatte.

Politisch aktiv war Mehl bisher vor allem in der Jungen Union in Herzogenaurach, dort als Stellvertreter des Ortsvorsitzenden Matthias Dellhorn. In seinem neuen Betätigungsfeld, der Hochschulpolitik, kann Mehl erstmals am 22. Juni Akzente setzen. Bei den Hochschulwahlen will er mit dem RCDS die Mehrheit im studentischen Konvent gewinnen, kündigte er nach seiner Wahl an. Diese ist derzeit noch in der Hand von linken, sozialistischen Kräften wie der Juso-Hochschulgruppe oder der Alternativen und Farbentrollen Liste.

Außerdem will Mehl die Aktivitäten und Positionen des RCDS besser in der Öffentlichkeit darstellen, ebenso den Service für Studenten verbessern und stärker mit JU-Verbänden und der CSU zusammenarbeiten.



Gratulation vom Vorgänger: Der frühere Erlanger RCDS-Vorsitzende und heutige Landesvorsitzende Kurt Höller (li.) gratuliert dem Herzogenauracher Marco Mehl zum neuen Amt. Foto: privat

ten. – Ein erstes Zeichen dafür war es, dass Mehl auch vom CSU-Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann Glückwünsche zu seiner Wahl erhielt. Herrmann selbst war zu seiner Studienzeit 1977/78 selbst einmal RCDS-Vorsitzender in Erlangen.

Ebenfalls ein Vorgänger in dieser Position war ein weiterer Gratulant nach der Wahl, Kurt Höller. Er ist heute RCDS-Vor-

sitzender in Bayern. – Bei seiner neuen Aufgabe erhält Marco Mehl Unterstützung von weiteren Aktiven der Gruppe. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Stephan Schlüter, Student der Wirtschaftsinformatik gewählt. Schatzmeister ist künftig der Jurastudent Thomas Winkler, Geschäftsführerin bleibt weiterhin die Medizinstudentin Lisa Meintker.

mita

Pressespiegel FT, 03.06.2004

Für Begabten-Förderung

(03.06.2004 Melanie Schübel) Landestagung des RCDS begrüßt die Modernisierung

Beim Treffen der Gruppenvorsitzenden des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in **Bayern** in **Erlangen** wurden neben der Wahl der Bezirkssprecher wichtige Beschlüsse zu den Themen Begabtenförderung und Bologna-Prozess gefasst.

Der **RCDS** in **Bayern** hat seine Vertretung auf Bezirksebene überarbeitet. Statt der bisherigen Bezirksdelegierten wird nun pro Bezirksverband ein Bezirkssprecher gewählt, der entsprechend der neuen **JU**-Satzung die Interessen der Studenten im **JU**-Bezirksausschuss vertritt. Die Neuordnung des Bezirkssprecherwahlmodells wurde von den anwesenden Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen, so dass Neuwahlen durchgeführt werden konnten. (Übersicht über die neu gewählten Bezirkssprecher unter www.RCDS-bayern.de)

Die Programmkommission legte dem Landesausschuss zwei Entwürfe vor, die beide von den anwesenden Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen wurden. So wurde eine Stellungnahme des **RCDS** zur Neuordnung der Begabtenförderung in **Bayern** verabschiedet. Darin begrüßt der **RCDS** den Vorschlag zur Modernisierung der Begabtenförderung in **Bayern** nachdrücklich.

Der **RCDS** spricht sich für das Konzept der materiellen und ideellen Förderung aus. Der Zugang soll Studenten bis zum fünften Semester offen stehen.

Beim Treffen der Gruppenvorsitzenden des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern in Erlangen wurden neben der Wahl der Bezirkssprecher wichtige Beschlüsse zu den Themen Begabtenförderung und Bologna-Prozess gefasst.
 Der RCDS in Bayern hat seine Vertretung auf Bezirksebene überarbeitet. Statt der bisherigen Bezirksdelegierten wird nun pro Bezirksverband ein Bezirkssprecher gewählt, der ent-

Für Begabten-Förderung
 Landestagung des RCDS begrüßt die Modernisierung

sprechend der neuen **JU**-Satzung die Interessen der Studenten im **JU**-Bezirksausschuss vertritt. Die Neuordnung des Bezirkssprecherwahlmodells wurden von den anwesenden Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen, so dass Neuwahlen

durchgeführt werden konnten. (Übersicht über die neu gewählten Bezirkssprecher unter www.rcds-bayern.de)

Die Programmkommission legte dem Landesausschuss zwei Entwürfe vor, die beide von den anwesenden

Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen wurden. So wurde eine Stellungnahme des **RCDS** zur Neuordnung der Begabtenförderung in **Bayern** verabschiedet. Darin begrüßt der **RCDS** den Vorschlag zur Modernisierung der Begabtenförderung in **Bayern** nachdrücklich.

Der **RCDS** spricht sich für das Konzept der materiellen und ideellen Förderung aus. Der Zugang soll Studenten bis zum fünften Semester offen stehen.

Pressespiegel EN 03.06.2004

Junge Union legt erfolgreiche Bilanz vor

(29.05.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Kreisvorsitzender Stefan Ebner im Amt bestätigt - 50-Jahr-Feier am 26. Juni mit Erwin Huber

Zwiesel. Dreigeteilt war die diesjährige Kreisversammlung des **JU**-Kreisverbandes Regen: Vorsitzender Stefan Ebner legte einen umfangreichen Rechenschaftsbericht vor, die turnusgemäßen Neuwahlen standen auf dem Programm und **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller** aus Deggendorf referierte über die Bildungspolitik.

Eine ganze Reihe von Gästen konnte **JU**-Kreisvorsitzender Stefan Ebner bei der diesjährigen Kreisversammlung im Gasthof "Zwieseler Hof" begrüßen, darunter auch Bürgermeister Robert Zettner, stellvertretenden **CSU**-Kreisvorsitzenden Willi Köckeis, **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller** aus Deggendorf, **SU**-Kreisvorsitzenden Stephan Rabl, **FU**-Kreisvorsitzende Renate Fritz, **JU**-Ortsvorsitzenden Rainer Nepl.

Stefan Ebner berichtete in seinem Rechenschaftsbericht von 70 durchgeführten und besuchten Veranstaltungen des knapp 400 Mitglieder zählenden **JU**-Kreisverbandes seit der Kreisversammlung Mitte August vergangenen Jahres. Besonders erwähnte er die Klausurtagung in Kloster Banz, die Aktion "Zukunft für Ostbayern", die Diskussion mit Kreisjugendpfleger Martin Hackl zur Sozialraumanalyse, die Gründung einer Schüler-Union im Landkreis, die Erstellung eines Forderungskatalogs an die Mandatsträger, das Gespräch mit Landrat Heinz Wölfl über die Finanznot der Kommunen, die Erstellung eines Lehrstellenspiegels, den Arbergipfeltreffen und die Aktion "schönste Augen im Landkreis", deren Abschlussveranstaltung am 12. Juni in der Disco "Martinique" in Regen stattfand.

Er bat die Delegierten, auch weiterhin Mitglieder zu werben, um den Verlust von jährlich ca. 40 Mitgliedern wegen der 35-Jahresgrenze wettzumachen. Der Kreis-Chef bekannte, dass Politik momentan spannender denn je sei. Die Aufgabe der **JU** sieht er derzeit darin, vieles im Sozialstaat neu zu definieren, um zu unterscheiden, was notwendig und was wünschenswert sei. Bei der derzeitigen demographischen Entwicklung könne deshalb der Rahmen nicht 35-Stunden-Woche und Rente mit 55 lauten, sondern 42- und 43-Stunden-Wochen und Rente mit 70, beendete der Jungpolitiker seinen politischen Bericht.

Die anschließenden turnusgemäßen Neuwahlen bestätigten Stefan Ebner ein-drucksvoll mit 48 von 51 Stimmen als Kreisvorsitzenden. Als stellvertretende Kreisvorsitzende stehen ihm wie bisher Ronny Raith, Yvonne Marx und Josefa Schmid zur Seite. In das Stellvertretergremium rückte auch die neu gewählte **JU**-Ortsvorsitzende Andrea Fritz aus Bodenmais auf. Der bisherige stellvertretende Kreisvorsitzende Markus Käser aus Regen stellte aus beruflichen Gründen sein Amt zur Verfügung. Als Geschäftsführer wurde Webmaster Karl-Heinz Göstl aus Zwiesel bestellt. Kreisschatzmeisterin bleibt Bianca Wildfeuer.

Begehrt waren die neun Beisitzerposten. Folgende Mitglieder gehören künftig dem Kreisausschuss an: Claudia Ruderer (Langdorf), Manfred Kölbl (Langdorf), Stefan Achatz (Arnbruck), Silke Tremel (Bodenmais), Martin und Steffi Strunz (beide Zwiesel), Markus Kraus (Gotteszell), Judith Köppe (Regen) und Karin Stadler (Kollnburg). Kassenprüfer sind Markus Dahlke und Hans Seidl.

Der neu gewählte Vorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern (RCDS) Kurt Höller** aus Deggendorf nutzte während den Wahlgängen die Zeit für sein Referat zum Thema "Leere Kassen - hohle Köpfe?". Die Bildungspolitik insgesamt werde immer wichtiger und vielschichtiger, so **Höller**. Die Hochschulfinanzierung der Zukunft bestehe für ihn nicht nur aus staatlichen Zuwendungen. Aus der Wirtschaft müssten künftig deutlich mehr Drittmittel geworben werden. Universitäten müssten noch viel effizienter wirtschaften und planen, auch die Studenten dürften bei der finanziellen Beteiligung nicht ausgeschlossen werden. Den Sparzwängen der letzten Jahre konnte **Höller** aber auch Chancen abgewinnen. Den Abbau unnötiger Bürokratie in der Hochschulverwaltung, das Schließen erfolgloser Studiengänge, größerer internationaler Wettbewerb und die stärkere Kooperation der Hochschulen seien positive Signale für die Bildungspolitik.

Zum Schluss der Kreisversammlung waren auch die Delegiertenergebnisse ausgezählt. Bezirksdelegierte der Kreis-**JU** sind künftig Bianca Wildfeuer, Ronny Raith, Yvonne Marx, Andrea Fritz, Silke Tremel, Claudia Ruderer, Karin Stadler, Johann Geiger und Rainer Nepl. Landesdelegierter des Kreises ist Ronny Raith.

Wegen der Altersgrenze wurde für 20-jährige aktive **JU**-Mitgliedschaft noch das langjährige Kreisausschussmitglied Alois Oswald aus Drachselsried mit einem Geschenkkorb verabschiedet. Ehe dann Stefan Ebner auf die große Veranstaltung am 26. Juni in der Glashütte des Baron von Poschinger in Frauenau hinweisen konnte: die 50-Feier des **JU**-Kreisverbandes Regen, bei der der niederbayerische **CSU**-Bezirksvorsitzende und Staatskanzlei-Chef Erwin Huber die Festrede halten wird.

JU- Kreisverband niederbayernweit auf Platz 3

(11.05.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Mitgliederversammlung mit Bezirksvorsitzendem Andreas Scheuer

Deggendorf (js). Die Junge Union ist im Kreis Deggendorf gut aufgestellt: Mit 514 Mitgliedern steht der Verband in Niederbayern auf Platz drei und bayernweit auf dem 15. Rang bei 108 Verbänden. Diese Bilanz präsentierte **JU**-Vorsitzender Christian Moser bei einer Mitgliederversammlung am Sonntag.

[...] Die Delegierten entlasteten die Vorstandschaft und sprachen sich einstimmig dafür aus, **Kurt Höller**, den Landesvorsitzenden des **RCDS**, in die Kreisvorstandschaft aufzunehmen.

Kurt Höller im CSU-Vorstand

(27.04.2004 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

RCDS-Landesvorsitzender will sich für Unis einsetzen

Deggendorf (lm). Nach der Übernahme des Landesvorsitzes im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) im Februar ist der Altmettener **Kurt Höller** nun auch Mitglied im **CSU**-Partei Vorstand. Auf Vorschlag Edmund Stoibers wurde er auf einer Vorstandssitzung einstimmig in den Parteivorstand aufgenommen. Er ist erst der dritte **RCDS**-Vorsitzende, der beide Ämter gleichzeitig ausübt.

Die **CSU** habe damit zeigen wollen, wie wichtig ihr Universitäten und Studenten seien, erklärte **Höller**. Seine Aufnahme in den Parteivorstand habe den bayerischen **RCDS** aufgewertet. Mit seinem neuen Amt könne er nun noch wirkungsvoller für die Anliegen von Studenten und Unis eintreten, erklärte **Höller**, der in **Erlangen** Elektrotechnik studiert. Im Parteivorstand betrachte er sich als Sprecher des **RCDS**. Über die regelmäßigen Sitzungen und Treffen stehe er nun in nahem Kontakt zu den Entscheidungsträgern und habe mehr Einflussmöglichkeiten.

Kurt Höller im CSU-Vorstand
 RCDS-Landesvorsitzender will sich für Unis einsetzen

Deggendorf (lm). Nach der Übernahme des Landesvorsitzes im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) im Februar ist der Altmettener Kurt Höller nun auch Mitglied im CSU-Partei Vorstand. Auf Vorschlag Edmund Stoibers wurde er auf einer Vorstandssitzung einstimmig in den Parteivorstand aufgenommen. Er ist erst der dritte RCDS-Vorsitzende, der beide Ämter gleichzeitig ausübt.

Die CSU habe damit zeigen wollen, wie wichtig ihr Universitäten und Studenten seien, erklärte Höller. Seine Aufnahme in den Parteivorstand habe den bayerischen RCDS aufgewertet. Mit seinem neuen Amt könne er nun noch wirkungsvoller für die Anliegen von Studenten und Unis eintreten, erklärte Höller, der in Erlangen Elektrotechnik studiert. Im Parteivorstand betrachte er sich als Sprecher des RCDS. Über die regelmäßigen Sitzungen und Treffen stehe er nun in nahem Kontakt zu den Entscheidungsträgern und habe mehr Einflussmöglichkeiten.



Kurt Höller sieht den RCDS durch seine Berufung gestärkt.
 (F.: Binder)

Altmettener Höller neuer RCDS-Chef

(27.02.2004 Melanie Schübel) Plattlinger Anzeiger

Deggendorf.

Zum neuen Landesvorsitzenden des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in **Bayern** e.V. wurde auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** (siehe Bild) von den Vertretern der 16 anwesenden bayerischen Hochschulgruppen gewählt.

In einer Kampfkandidatur setzte sich der 23-jährige **Höller**, ein "Altmettener" gegen die 25-jährige Katrin Wiesheu, Studentin der Politikwissenschaften an der Hochschule für Politik in München, durch.

Im ersten Wahlgang errang er mit 28 von 53 Stimmen knapp die absolute Mehrheit und löst damit Ralf Müller als bisherigen Landeschef ab.

Höller hat sich zum Hauptziel seiner einjährigen Amtszeit gesetzt, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des **RCDS** in **Bayern** stärker zu fokussieren. „Wir müssen die gute inhaltliche Arbeit, die der **RCDS** in der Hochschulpolitik leistet stärker nach außen tragen“, so **Höller**. Gegenkandidatin Kathrin Wiesheu wurde von den Delegierten zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Der neue Vorsitzende, der in der Lallinger Gegend aufgewachsene **Kurt Höller**, besuchte in seiner Schulzeit das Sankt-Michaels-Gymnasium. Darauf ist er noch heute in gewisser Weise stolz, wie er gestern im Gespräch mit unserer Zeitung unterstrich. Die Klosterschule habe ihm neben vielem anderen den Ehrgeiz mitgegeben, sich auch ausserhalb seines Studiums zu engagieren.



Pressespiegel PA 27.02.04

Kurt Höller will bei Hochschulpolitik mitreden

(26.02.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Altmettener übernimmt Landesvorsitz im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

Deggendorf (she). Der 23-jährige **Kurt Höller** ist zum Landesvorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) gewählt worden. Der Altmettener studiert in **Erlangen** Elektrotechnik und will sich für eine vernünftige Hochschulpolitik einsetzen.

Aufgewachsen ist der gebürtige Münchner im Lallinger Winkel; seine Schulzeit verbrachte **Kurt Höller** als Internatsschüler im Mettener St.-Michaels-Gymnasium. Und wie vielen Absolventen hat die Klosterschule auch ihm den Ehrgeiz mitgegeben, sich neben Studium oder Beruf zu engagieren.

Dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist **Kurt Höller** schon in seinem ersten Semester als Student der Elektrotechnik in **Erlangen** beigetreten. Dort brachte er es schnell zum Gruppenvorsitzenden, dann wurde er in den politischen Beirat des Bundesvorstands berufen. Im vergangenen Jahr wurde er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Vor knapp drei Wochen setzte er sich bei der Wahl zum Landesvorsitzenden im Deggendorfer NH-Hotel knapp gegen seine Gegenkandidatin durch.

Seither ist er noch mehr unterwegs als vorher: Am Donnerstag trifft er Kultusminister Dr. Thomas Goppel, mit dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses und Landtagsabgeordneten Dr. Ludwig Spaenle kommt er regelmäßig zusammen und auch mit FH-Präsident Prof. Dr. Reinhard Höpfl hat er sich bereits kurzgeschlossen. **Höller** lobt den "extremen Praxisbezug" der FH, die Verbindung zum ITC und die Auftragsforschung, die sich an der FH entwickelt habe. "Das ist ein großer Vorteil, dass sich Deggendorf hier seine Nische gesucht hat", so **Höller**.

Service und Information von der Zimmer- zur Bücherbörse und Bafög-Beratung für Studenten, Kandidaturen bei den Hochschulwahlen und Lobbyarbeit bei der Regierung in München - diese drei Bereiche umfassen die Aufgaben des **RCDS Bayern**. Seine eigenen Schwerpunkte als neuer **Landesvorsitzender** will **Höller** bei der verstärkten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und dem Thema Hochschulfinanzierung setzen. Außerdem hat der Student den Landesvorstand vergrößert und mit zusätzlichen Aufgaben betraut und ein Büro in **Erlangen** eröffnet, das neben der Münchner Geschäftsstelle als Anlaufstelle für die nordbayerischen Studenten dienen soll.

"Wir wollen eigene Konzepte in die Diskussion einbringen. Ich bin für den Wettbewerbsgedanken, aber die Hochschulen sollen auch die Möglichkeit haben, die Gelder flexibel und nach ihren Bedürfnissen einzusetzen", umreißt er seine Vorstellungen. Die Einführung von Studiengebühren hält **Höller** für sicher. In welcher Höhe und ob sie an jeder Hochschule gleich viel betragen werden, darüber will der **RCDS** noch mit Entscheidungsträgern debattieren. Kritik übt **Höller** am Elitemodell der Bundesregierung: "Es bringt nichts, wenn man nur ein paar Hochschulen herauspickt und zu ihnen sagt: Ihr seid die Elite."

Umso mehr setzt der Student auf Gespräche und Lobbyarbeit mit den Landespolitikern: "Wir unterstützen die Spar-Bemühungen der Regierung, aber man muss hier schon sehr vorsichtig sein, dass man im Hochschulbereich nicht durch vorübergehende Maßnahmen kontinuierlich gewachsene Strukturen zerstört."

Sein eigenes Studium will **Höller** trotz der zusätzlichen Aufgaben zügig durchziehen. "Ich brauche höchstens ein Semester länger als geplant." In Deggendorf betreibt **Höllers** Vater ein kleines mittelständisches Produktionsunternehmen für elektromechanische Verbindungstechnik. Das einmal zu übernehmen, kann sich der Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung genauso vorstellen wie eine spätere politische Karriere: "Ausschließen will ich gar nichts."

Den Antrieb für sein Engagement hat **Höller** die Schulzeit in Metten vermittelt. Dort erlebte er als Schüler, welche kreativen Potenziale frei werden, wenn die Schüler entsprechend gefördert werden. Ein solches Aufspüren von Begabungen und Fähigkeiten wünscht er sich auch an den Hochschulen. Den Kontakt zu Metten lässt er nicht abreißen: "Jedes Jahr verbringe ich an Ostern ein paar Tage im Kloster. Dort kann ich in Ruhe nachdenken."

Kurt Höller will bei Hochschulpolitik mitreden

Altmettner übernimmt Landesvorsitz im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

Deggendorf (sh). Der 23-jährige Kurt Höller ist zum Landesvorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) gewählt worden. Der Altmettner studiert in Erlangen Elektrotechnik und will sich für eine vernünftige Hochschulpolitik einsetzen.

Aufgewachsen ist der gebürtige Münchner im Lällinger Winkel, seine Schulzeit verbrachte Kurt Höller als Internatschüler im Mettner St. Michaels-Gymnasium. Und wie vielen Absolventen hat die Klosterschule auch ihm den Ehrgeiz mitgegeben, sich neben Studium oder Beruf zu engagieren.

Dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist Kurt Höller schon in seinem ersten Semester als Student der Elektrotechnik in Erlangen beigetreten. Dort brachte er es schnell zum Gruppenvorsitzenden, dann wurde er in den politischen Beirat des Bundesvorstands berufen. Im vergangenen Jahr wurde er zum stell-

vertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Vor knapp drei Wochen setzte er sich bei der Wahl zum Landesvorsitzenden im Deggendorfer NH-Hotel knapp gegen seine Gegenkandidatin durch.

Seither ist er noch mehr unterwegs als vorher: Am Donnerstag trifft er Kultusminister Dr. Thomas Goppel, mit dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses und Landtagsabgeordneten Dr. Ludwig Spaenle kommt er regelmäßig zusammen und auch mit FH-Präsident Prof. Dr. Reinhard Hopf hat er sich bereits kurzgeschlossen. Höller lobt den „extremen Praxisbezug“ der FH, die Verbindung zum ITC und die Auftragsforschung, die sich an der FH entwickelt habe. „Das ist ein großer Vorteil, dass sich Deggendorf hier seine Nische gesucht hat“, so Höller.

Service und Information von der Zimmer- zur Bücherbene und BafoG-Beratung für Studenten, Kandidatinnen bei den Hochschulwahlen und Lobbyarbeit bei der Regierung in München – diese drei Bereiche umfassen die Aufgaben des

RCDS Bayern. Seine eigenen Schwerpunkte als neuer Landesvorsitzender will Höller bei der verstärkten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und dem Thema Hochschulförderung setzen. Außerdem hat der Student den Landesvorstand vergrößert und mit zusätzlichen Aufgaben betraut und ein Büro



Kurt Höller führt den Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern. (Foto: Eisdler)

in Erlangen eröffnet, das neben der Münchner Geschäftsstelle als Anlaufstelle für die nordbayerischen Studenten dienen soll.

„Wir wollen eigene Konzepte in die Diskussion einbringen. Ich bin für den Wettbewerb dankbar, aber die Hochschulen sollen auch die Möglichkeit haben, die Gelder flexibel und nach ihren Bedürfnissen einzusetzen“, unternimmt er seine Vorstellungen. Die Einführung von Studiengebühren hält Höller für sicher. In welcher Höhe und ob sie an jeder Hochschule gleich viel betragen werden, darüber will der RCDS noch mit Entscheidungsträgern diskutieren. Kritik übt Höller am Elternmodell der Bundesregierung. „Es bringt nichts, wenn man nur ein paar Hochschulen herauspickt und zu ihnen sagt: Ihr seid die Elite.“

Umso mehr setzt der Student auf Gespräche und Lobbyarbeit mit den Landespolitikern: „Wir unterstützen die Sparbemühungen der Regierung, aber man muss hier schon sehr vorsichtig sein, dass man im Hochschulbereich nicht durch vor-

übergehende Maßnahmen kontinuierlich gewachsene Strukturen zerstört.“

Sein eigenes Studium will Höller trotz der zusätzlichen Aufgaben zügig durchziehen. „Ich brauche höchstens ein Semester länger als geplant.“ In Deggendorf betreibt Höllers Vater ein kleines mittelständisches Produktionsunternehmen für elektrotechnische Verbindungstechnik. Das einmal zu übernehmen, kann sich der Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung genauso vorstellen wie eine spätere politische Karriere. „Anschließend will ich gar nichts.“

Den Antrieb für sein Engagement hat Höller die Schulzeit in Metten vermittelt. Dort erlebte er als Schüler, welche kreativen Potenziale frei werden, wenn die Schüler entsprechend gefördert werden. Ein solches Aufspüren von Begabungen und Fähigkeiten wünscht er sich auch an den Hochschulen. Den Kontakt zu Metten lässt er nicht abreißen. Jedes Jahr verbringt er an Ostern ein paar Tage im Kloster. Dort kann sich in Ruhe nachdenken.

Kurt Höller im Interview bei der PNP

Aufbaustudiengang "Schulmanagement" gefordert

(17.02.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

RCDS-Landesdelegierte wählen neuen Vorsitzenden

Deggendorf (dz). Zum neuen Landesvorsitzenden des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in **Bayern** e.V. wurde auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** gewählt.

Deggendorf (dz). Zum neuen Landesvorsitzenden des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in **Bayern** e.V. wurde auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** gewählt.

Die Vertreter der 16 anwesenden bayerischen Hochschulgruppen verabschiedeten außerdem einen Antrag zur Reform des Lehramtstudiums. Der RCDS fordert einen stärkeren Praxisbezug des Lehramt-Studiums. Pädagogische Fähigkeiten dürften nicht als Nebensache behandelt werden, sondern müssten gewichtiger Teil der Lehrerbildung sein. Um Lehrkräfte auf schulinterne Führungsaufgaben vorzubereiten, solle ferner ein Aufbaustudiengang Schulmanagement eingerichtet werden.

Zuvor hatte sich in einer Kampfkandidatur der 23-jährige **Höller** gegen die 25-jährige Katrin Wiesheu, Politikwissenschaftsstudentin an der Hochschule für Politik in München, durchgesetzt. Kathrin Wiesheu wurde zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Als Stellvertreter stehen ihr der Bayreuther Franz Hofmann und Patrick Feidt aus Ingolstadt zur Seite. Die Bamberger Studentin Isabelle Butz wurde zur Schatzmeisterin gewählt.

Mit seinem Modell zur Einführung von Studiengebühren stellt sich der **RCDS** in **Bayern** hinter den Sparkurs der bayerischen Staatsregierung, den Gast MdL Dr. Ludwig Spaenle in seinem Vortrag eindringlich verteidigt hatte. Nachlaufende Studiengebühren befürwortet der konservative Studentenverband allerdings nur, wenn diese finanziellen Mittel vollständig für die Universitäten eingesetzt werden.

RCDS Bayern: Neuer Vorsitz

(17.02.2004 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

Deggendorf.

Der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** ist zum neuen Landesvorsitzenden des "Rings Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V." (**RCDS**) gewählt worden. Der 23-jährige setzte sich auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf gegen seine Konkurrentin Katrin Wiesheu (25) aus München durch. Sie

wurde von den Delegierten der 16 Hochschulgruppen zu seiner Stellvertreterin gewählt. **Höller** will in seiner einjährigen Amtszeit vor allem die Öffentlichkeitsarbeit des **RCDS** in **Bayern** stärken.



Pressespiegel PNP 17.02.2004

Unfeine Methoden - Schiedsgericht erklärt RCDS-Wahlen für ungültig

(07.02.2004 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Der rosafarbene Universitätsbau nennt sich "Schweinchenbau", und was dort Ende November passierte, hält Frank Gübner immer noch für eine "eine ziemliche Schweinerei". Dass es tatsächlich nicht allzu fein zugeht beim Wahlabend des Münchner Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**), hat jetzt auch das Landesschiedsgericht der **CSU**-nahen Hochschulgruppe festgestellt. Es erklärte die Wahlen schlicht für ungültig und den gewählten Neuvorsitzenden Dominic Falter für abgesetzt.

Denn merkwürdig erschien allemal, was da passierte. "Plötzlich", so erinnert sich der bisherige **RCDS**-Schatzmeister Gübner, "kamen mindestens 25 Leute in den Raum, die wir nie vorher gesehen haben". Und alle, so entschied der als Wahlleiter eingesetzte Alexander Dietrich, derzeit immerhin Chef der ebenfalls von Wahlmanipulationsvorwürfen geplagten Münchner Jungen Union, durften mitwählen. Ergebnis: Neuer **RCDS**-Chef wurde der Volkswirtschaftsstudent Falter; Gübner und seine Mitstreiter aus dem alten Vorstand wurden abgewählt. "Das war eine feindliche Übernahme", staunte die stellvertretende **RCDS**-Landeschefin Kathrin Wiesheu - und zwar ganz nach einem Modell, das die Münchner **JU** in innerparteilichen Kämpfen so auf die Spitze trieb, dass die Staatsanwaltschaft gegen den bei der **RCDS**-Wahl ebenfalls präsenten **JU**-Chef Rasso Graber ermittelt.

So hatte die bisherige **RCDS**-Chefin Antonie Schmidt-Ramsin die Neuen ohne Wissen ihres Vorstandes einfach aufgenommen, satzungswidrig, befand das Schiedsgericht. Jetzt muss der alte Vorstand über alle Neuaufnahmen seit Februar letzten Jahres entscheiden und dann erst eine neue Vorstandswahl ansetzen. Der abgesetzte Dominic Falter, nach Ansicht des Gerichts nicht einmal rechtmäßig aufgenommenes **RCDS**-Mitglied, hält diese Entscheidung für "völlig willkürlich" und vermutet seinerseits dunkle Umtriebe seiner Gegner.

Auf einer **RCDS**-Landesversammlung in Deggendorf will Wiesheu nämlich heute Landeschefin werden und Gübner Landesschatzmeister. Die sechs von der Falter-Mehrheit bestimmten Delegierten der Münchner Uni dürfen nun nicht mitstimmen - Vorteil Wiesheu, raunt Falter. Doch an unlautere Absichten Wiesheus mag nicht einmal ihr Gegenkandidat **Kurt Höller** glauben: "Auch ich war immer dafür, dass ein Schiedsgericht klärt, was in München los war."

Jan Bielicki

Gummibärchen versus Weltrevolution

(04.07.2001 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung - Bayernteil Seite 1

Mit Thesen und Tequila kämpfen RCDS und Jusos gegen Wahlmüdigkeit an - Studenten haben andere Probleme

Erlangen - Kurt Höller verbiegt sich dieser Tage und das gibt er jedem gerne schriftlich. Der Student im zweiten Semester hat eine Kiste Lineale neben sich stehen und wer an ihm vorbei will, dem drückt er eines in die Hand. "Wir verbiegen uns für Euch", steht auf dem Lineal. Das meint nicht nur, dass das Lineal elastisch ist, um in dicken Bücher besser unterstreichen zu können. Es soll auch heißen, dass der "Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (**RCDS**) viel für die Kommilitonen tut. **Höller** ist im Wahlkampf, er will in den Senat der Uni und die Lineale sollen ihn und den **RCDS** sympathisch machen. In diesen Wochen wählen die bayerischen Studenten ihre Vertreter, doch die meisten wissen gar nichts davon. In **Erlangen** haben im letzten Jahr 18000 Studenten von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht - von insgesamt 20000. Richard Malter leitet das Wahlamt der Erlanger Universität seit 1989 und die Wahlbeteiligung ist seitdem von 31 Prozent auf zwölf Prozent im letzten Jahr gesunken. "Dieses Jahr ist das Wetter nicht zu schlecht und nicht zu gut", sagt Malter und überlegt, wie sich das wohl auf die Wahlbeteiligung auswirken wird.

Auf dem Roten Platz vor der Südmensa liegen die Studenten und verdauen ihr Mittagessen. Es gab Putenbrustgeschnetzeltes mit Chinagemüse. **Höller** unterbricht die Ruhe mit Wahlkampf. Das klingt so: "Heute Cocktail-Party. Es gibt auch billigen Tequila. Und nicht vergessen: Wählen gehen! Ist auch egal wen." Aus der allgemeinen Entpolitisierung hat der **RCDS** Konsequenzen gezogen. Gut 50 Leute werden nachher zu der Party der **CSU**-nahen Hochschulgruppe kommen und ein paar Flaschen von dem billigen Tequila trinken. "Ein Erfolg", findet **Höller**. Für den Wahltag hat der **RCDS** Freibier ran geschafft. "Wir geben uns keinen Utopien hin, wir bleiben bei der Realität", sagt **Höller**. Dass die Studenten sich nicht mehr für Politik interessieren, müsse man berücksichtigen. Service statt Parolen. Das Wahlprogramm hat der **RCDS** auf den Infotisch geklebt: "ZVS abschaffen, keine Studiengebühren" steht da. Mehr nicht. Ist auch nicht so wichtig. Es gibt Feuerzeuge, Gummibärchen und Traubenzucker. Auch Rasierer und Damenbinden waren im Angebot. "Ich sehe keinen sehr großen Sinn in der Politik, sondern im gemeinsamen Engagement", sagt **Höller**, der immerhin Vorsitzender des Erlanger **RCDS** ist. Nicht alle Gruppierungen an der Uni **Erlangen** sehen das so. Während die **RCDS**-Plakate so knapp wie inhaltsleer sind ("Für mehr Pudding in der Mensa"), hat die Juso-Hochschulgruppe ihr ganzes Wahlprogramm abgedruckt. Es fängt an mit: "Ziel des Sozialismus ist es,..." Selbst der Sozialistische Hochschulbund (SHB) hat in **Erlangen** überlebt und kämpft "während des Semesters regelmäßig am Dienstag um 20.30 Uhr" für die Weltrevolution.

Linke wie Rechte bekriegen sich gleichermaßen verbittert und unter Ausschluss der Öffentlichkeit. "Ich weiß gar nicht, was eigentlich gewählt wird", sagt Informatikstudent Sebastian Seifert. "Aber so habe ich mir die sterbenden Studentenverbände der achtziger Jahre vorgestellt", sagt er dann noch. "Ich weiß nicht, worum es geht und es interessiert mich auch nicht", meint eine junge Elektrotechnikerin im vierten Semester. **Höller** lässt nicht locker: "Was kann man dagegen tun?" - Die Studentin: "Nichts." "Ein landesweiter Trend", sagt eine Sprecherin des Wissenschaftsministeriums. Seit diesem Jahr kann man die Wahlunterlagen auch aus dem Internet runter laden. Die Wählerzahlen werden sich dadurch auch nicht wesentlich verbessern. Nur ein Student machte von dem Angebot Gebrauch. "Die Studenten wissen einfach nicht, welche Möglichkeiten sie haben", sagt Johannes Schadock von der Juso-Hochschulgruppe. Außerdem hätten die Wahllokale doch nur bis 17 Uhr auf. Als ob das der Grund wäre.

BAYERN

Hochschulwahlen in Bayern: Beispiel Erlangen

Gummibärchen versus Weltrevolution

Mit Thesen und Tequila kämpfen RCDS und Jusos gegen Wahlmüdigkeit an – Studenten haben andere Probleme

UN Süddeutsche

Von Janis Vogtke

Erlangen – Kurt Höller verbiugt sich die-schneidrig und das gibt er jedem gerne-möchte hat eine Karte. Losender neben sich-drückt er einen in die Hand. Wir verbin-den nicht nur, dass die Wahl-kampfstreife ist, um im dicken Bücher besser un-terstützen zu können. Es soll auch bei-sondere Studenten (RCDS) viel für die-Kampfstreife sein. Höller ist im Wahl-kampf durch machen. In diesem Wochen-wahl, durch die machen wissen ihre Vor-leser. In Erlangen haben im letzten Jahr-sonst Gebrauch gemacht – von unge-fähr 20 000, Buchst. Malter bröckel das-Wahlamt der Erlanger Universität seit-1989 und die Wahlberechtigung ist seit-letzten Jahr gewachsen. „Dieses Jahr ist-das Wetter nicht so schlecht und nicht so-das Wahl auf die Wahlberechtigung auswir-ken wird.“

Auf dem roten Platz vor der Südwest-Universität Erlangen-Kocherstraße sind die-Studenten der Erlanger Universität unter-stützt die Rechte mit Wahlkampf. Das-ist die Tequila. End nicht ungenü-ge. Die allgemeine Wahlberechtigung-der RCDS-Konsequenzen geringen-19 Jahre werden schneller zu die Par-ty-nahen Hochschulgruppen-Tequila trinken. „Ein Erfolg.“

Für die Wahl hat der-RCDS viel geschickt. „Wir geben-sicher“, sagt Höller. Das die Sitze-müsse man berücksichtigen.“

„Einem stehen die engagierten Vertreter der „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“ (RCDS) an der Erlanger Uni. Doch-allerdings sind ihre Fahnen nicht automatisch zu einer hohen Wahlberechtigung.“

so wichtig. Es gibt Feuerzeuge, Gummibärchen und Trübsensack. Auch Ras-sen. „Ich sehe keinen sehr großen Sinn in-Wahlkampf“, sagt Höller, der übertrieb-ene alle Gruppenarbeiten an. „...

(RCDS) hat in Erlangen überlebt und-kämpft, während die Semester regelma-ßig am Dienstag um 20.30 Uhr für die-Links wie Rechte bekäm-...

er lässt nicht locker. „Was kann man-...“ Die Sitze-...

in anglo-amerikanische Welt. Auch-schauen sich in-schaft zusammen-bei dem Absenken-bei Industriemächtig-keiten. Die Uni-Studenten, gewinn-orientiert hat. Gummibärchen und Hand-gezeichnet hat. Man-ner hat sie im Kon-ter of Business Ad-m. Das Angebot richtet-lich. Die Teilnehmer in-zahlen.

„Wir brauchen in-und nicht Spezialisten-tragen“, sagt DKK-Cha-ri. „Moderne Mens-chen in Fragen der in-schaft der Ethik und in-ten Zusammenhang.“

„Wir die gebildete Mensch-heit. Universitätsbestreben ist-orientiert sich stark an den-schen „emancipatorische“ -den „auch spirituelle“ und ge-istlichen Abstraktion haben.“

Man. Die DKK wählte die-richtet, weil sie „klein und in-ist. Wir wollen das Angebot-einer überwachbaren Universi-tät.“

Quit zurü-

in anglo-amerikanische Welt. Auch-schauen sich in-schaft zusammen-bei dem Absenken-bei Industriemächtig-keiten. Die Uni-Studenten, gewinn-orientiert hat. Gummibärchen und Hand-gezeichnet hat. Man-ner hat sie im Kon-ter of Business Ad-m. Das Angebot richtet-lich. Die Teilnehmer in-zahlen.

„Wir brauchen in-und nicht Spezialisten-tragen“, sagt DKK-Cha-ri. „Moderne Mens-chen in Fragen der in-schaft der Ethik und in-ten Zusammenhang.“

„Wir die gebildete Mensch-heit. Universitätsbestreben ist-orientiert sich stark an den-schen „emancipatorische“ -den „auch spirituelle“ und ge-istlichen Abstraktion haben.“

Man. Die DKK wählte die-richtet, weil sie „klein und in-ist. Wir wollen das Angebot-einer überwachbaren Universi-tät.“



Kurt Höller, Dorothee Mantel und Joachim Grütter, Erlangen



Pressespiegel 2004 – 2007

Kurt Höller

**Landesvorsitzender des
RCDS in Bayern e.V.**

Übersicht:

- 26.05.2007: „**Höller** war der 43. und längste“ (BK)
- 26.05.2007: „Direkt und effektiv“ (BK)
- 26.05.2007: „Stabwechsel bei Unions-Studenten“ (BK)
- 11.05.2007: Landtag Intern (MM)
- 20.04.2007: Uni-Gebühr bringt 74 Millionen Euro (SZ)
- 31.03.2007: „Nicht für die Heizung“ (BK)
- 27.03.2007: Studiengebühren: Uni will Millionen horten (MM)
- 15.03.2007: Der **RCDS** erwacht zu neuem Leben (PNP)
- 20.01.2007: **CSU**-Spitze rechnet mit Kampfkandidatur (Welt)
- 20.01.2007: Mehrheit des **CSU**-Präsidiums für Erwin Huber (MM)
- 23.12.2006: Aktive Studenten (BK)
- 06.12.2006: "Union muss das Profil schärfen" (PNP)
- 02.12.2006: Schule und Hochschule (BK)
- 25.11.2006: Vertreter der Studenten (BK)
- 04.11.2006: Nach Leistung bezahlen (BK)
- 23.10.2006: "Wir müssen alles rausholen, was nichts kostet" (PNP)
- 04.08.2006: Studiengebühren (Spiegel online)
- 12.07.2006: Prof. Schweitzer will eine Milliarde zusätzlich (PNP)
- 05.07.2006: "Ich halte nichts von pauschalen 500 Euro" (NZ)
- 27.06.2006: Herrmanns Stimme für FH-Ausbau und Anna Eder (PNP)
- 02.06.2006: Neu gegründet und anerkannt (MP)
- 29.05.2006: Mettener bekunden in Rom Verbundenheit mit "ihrem" Kardinal (PNP)
- 27.05.2006: Europa als Chance für Studenten (BK)
- 22.05.2006: **RCDS** sieht Europa als Chance (PNP)
- 22.05.2006: Studenten fordern Vernetzungsprogramme (ST)
- 20.05.2006: "Europa hat Antworten auf Herausforderungen" (PNP)
- 18.05.2006: **RCDS Bayern** fest in Altmettener (PNP)
- 17.05.2006: **RCDS** Passau trifft Minister Goppel (PNP)
- 17.05.2006: Bamberger an **RCDS**-Spitze (FT)
- 13.05.2006: Bildungspolitik der Zukunft (BK)
- 13.05.2006: Heftiger Schlagabtausch (SZ)
- 11.05.2006: Stephan Rabl im **RCDS**-Vorstand (PNP)
- 10.05.2006: Podiumsdiskussion über Studiengebühren (SZ)
- 06.05.2006: Aktive Hochschulpolitik (BK)
- 04.04.2006: Frühjahrsputz des **RCDS** (NN)
- 08.03.2006: Hochschul-Notizen (MP)
- 06.03.2006: Neller will gegen Raumnot der Universität ankämpfen (FT)
- 21.01.2006: Haase verlangt mehr Freiheit (MP)
- 18.01.2006: Hochschul-Notizen (MP)
- 10.12.2005: AKTION DER WOCHE: Unterstützungs-Website (BK)
- 01.10.2005: Bewertung von Professoren (BK)
- 13.08.2005: **RCDS** ist mit neuem Gesetz sehr zufrieden (BK)
- 29.07.2005: **Kurt Höller** bleibt **RCDS**-Chef (DZ)
- 19.06.2005: Politik, wir kommen! (BamS)
- 16.06.2005: Wahlkampfteam der Jungen Union (PNP)
- 06.06.2005: Zwei weitere Altmettener in der **RCDS**-Vorstandschafft (PNP)
- 16.04.2005: Profil durch Autonomie (BK)

- 16.04.2005: Wenn Geld den Unis bleibt (BK)
- 12.04.2005: Keine Mitsprache für Studenten (MM)
- 16.03.2005: Frage nach Studiengebühren spaltet Studentenschaft (NZ)
- 29.01.2005: Kampagne (BK)
- 24.01.2005: Goppel: "Es ist Mode geworden, uns krank zu reden" (PNP)
- 15.01.2005: Studentenvertreter warten ab (PNP)
- 10.01.2005: Geld soll an Uni bleiben (BK)
- 05.01.2005: **Höller** und Gübner in **CSU**-Arbeitskreis gewählt (NZ)
- 18.12.2004: Kluge Köpfe braucht das Land (EN)
- 15.12.2004: Studiengebühren zur Qualitätssteigerung (FT)
- 11.11.2004: Für Organspende (EN)
- 18.09.2004: **RCDS**-Klausur (BK)
- 16.09.2004: **Bayerns** Kultusministerin beim **RCDS** in Metten (Da)
- 13.09.2004: Hohlmeier: Wissen für das Leben vermitteln (DA)
- 13.09.2004: Studium muss auf wachsende Anforderungen reagieren (DZ)
- 11.09.2004: **RCDS**-Klausur (DA)
- 11.09.2004: Hochschulpolitik aus dem Kloster Metten (PNP)
- 11.09.2004: **RCDS**: Klausurtagung im Kloster Metten (PNP)
- 08.09.2004: Monika Hohlmeier im Kloster Metten (DA)
- 07.09.2004: Monika Hohlmeier am Freitag bei Klausurtagung im Kloster Metten (DA)
- 31.08.2004: Kultusministerin diskutiert in Metten über Schule im 21. Jahrhundert (DZ)
- 05.08.2004: Grenzenlos (baj)
- 10.07.2004: „Jeder Student muss sich bewerben“ (BK)
- 03.06.2004: Ziel: Sieg bei den Hochschulwahlen (FT)
- 03.06.2004: Für Begabten-Förderung (EN)
- 29.05.2004: Junge Union legt erfolgreiche Bilanz vor (PNP)
- 11.05.2004: **JU**- Kreisverband niederbayernweit auf Platz 3 (PNP)
- 27.04.2004: **Kurt Höller** im **CSU**-Vorstand (PNP)
- 27.02.2004: Altmettener **Höller** neuer **RCDS**-Chef (PA)
- 26.02.2004: **Kurt Höller** will bei Hochschulpolitik mitreden (PNP)
- 17.02.2004: Aufbaustudiengang "Schulmanagement" gefordert (PNP)
- 17.02.2004: **RCDS** Bayern: Neuer Vorsitz (PNP)
- 07.02.2004: Unfeine Methoden - Schiedsgericht erklärt **RCDS**-Wahlen für ungültig (SZ)
- 04.07.2001: Gummibärchen versus Weltrevolution (SZ)

„Höller war der 43. und längste“

(26.05.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

Viele bekannte Persönlichkeiten begannen beim RCDS – Ein Auszug aus 56 Jahren

München – Seit der **RCDS**-Landesverband 1951 gegründet wurde, führten ihn nacheinander 43 Vorsitzende. Grund dieser höheren Fluktuation im Vorstand als bei anderen politischen Organisationen ist die weit kürzere Mitgliedschaft. Selbst das **RCDS**-Mitglied, das zu Studienbeginn beitrifft, verlässt den Verband mit Examen und Berufsstart nach vier bis fünf Jahren wieder. Kein **Landesvorsitzender** seit Anton Jaumann und Albert Englberger (1951 bis 1953) erreichte die Amtsdauer von **Kurt Höller**, dessen dreieinhalb Jahre wohl noch lange ungeschlagen bleiben werden.



* Die Nummer für ein sorgenfreies Studium.

An den Unis sind Ideen gefragt: **RCDS**-Motiv mit gallischen Anklängen.

Viele Vorsitzende des **RCDS Bayern** spielten auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Verband eine wichtige Rolle in der **CSU**. Anton Jaumann war Bezirksvorsitzender in Schwaben und Wirtschaftsminister, Fritz Wittmann Bundestagsabgeordneter und Präsident des Bundes der Vertriebenen, Ursula Männle wurde Staatsministerin, Joachim Herrmann ist heute Vorsitzender der Landtagsfraktion und Dorothee Bär Mitglied des Bundestags. Während ihres Studiums unterstützten aber ungezählte weitere **CSU**-Politiker hochschulpolitisch den **RCDS**. So auch der **CSU**-Vorsitzende Edmund Stoiber an der Münchner Universität.

1961 kam Bundeskanzler Konrad Adenauer zu einer **RCDS**-Kundgebung mit 3000 Teilnehmern nach Würzburg. Damaliger Vorsitzender des Würzburger **RCDS** war der spätere Landesgruppenchef und Bundesminister Wolfgang Bötsch. Ursula Männle berichtet aus ihrer Amtszeit über die Anfänge der Unruhen an den Hochschulen 1967 und dass ihr **RCDS** damals dem Schüler Peter Gauweiler bei seiner politischen Arbeit an der Schule zur Seite stand. Gauweiler vertrat später den **RCDS** an der Uni München.

Zu Beginn der 70er Jahre skandierten die Linken gegen den bayerischen Kultusminister und seine Hochschulreform „Haut den Huber in den Zuber.“ Franz Josef Strauß und sein Generalsekretär Max Streibl versuchten, dem **RCDS** in den harten Auseinandersetzungen mit Spartakus und Roten Zellen den Rücken zu stärken, mit Erfolg: Der **RCDS** gab auch damals nicht auf und zeigte konservativ-liberale Flagge. Vor allem auch immer wieder mit Witz und originellen Ideen. In den 80er Jahren begann der **RCDS** unter Andreas Feser und Wolfgang Wiehle intensive Programmarbeit.

Ingo Sommer

„Direkt und effektiv“

(26.05.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

RCDS-Chef Höller zieht Bilanz

Erlangen – An diesem Wochenende wählt der **RCDS** einen neuen Landesvorstand. Ingo Sommer sprach mit dem scheidenden Landesvorsitzenden **Kurt Höller**, der den politischen Studentenverband seit Februar 2004 führte.

Bayernkurier: Herr **Höller**, wie lautet Ihre Bilanz nach 40 Monaten im **RCDS**-Landesvorsitz?

Kurt Höller: Ich bin froh, dass ich genau in dieser Zeit den **RCDS** führen durfte. In meinem ersten Jahr konnte ich entscheidende Aspekte in der Ausgestaltung der Studienbeiträge wie Kreditmöglichkeiten, variable Höhe für jeden Studiengang, 100-prozentigen Verbleib an der Uni oder die Beteiligung von Studentenvertretern bei der Verteilung mit einbringen. Im zweiten Jahr lag mein Schwerpunkt darin, am neuen Bayerischen Hochschulgesetz mitzuwirken. Autonomie, Eigenverantwortung und Profilbildung waren dabei ebenso Kernziele wie eine Entschlackung der Gesetze, verstärkte Möglichkeiten zur Evaluation und effizientere Neustrukturierung der Leitungsgremien. Das dritte Jahr war auf die Verankerung hochschulpolitischer Schwerpunkte innerhalb der **CSU** konzentriert. Gute Gelegenheiten dazu hatte ich im Rahmen des Leitantes zum **CSU**-Parteitag 2006, der einen Schwerpunkt auf Hochschule, Wissenschaft und Forschung gelegt hat, sowie beim hochschulpolitischen Teil des neuen **CSU**-Grundsatzprogramms, den ich mitschreiben konnte. Direkter und effektiver hätten die

bayerischen Studenten in diesen Jahren mit ihren Veränderungen und Umbrüchen nicht vertreten werden können.

Bayernkurier: Wo sehen Sie aus Sicht der Studenten an den bayerischen Hochschulen Handlungsbedarf?

Höller: Für die nächsten Jahre sehe ich zwei vordringliche Herausforderungen: Zum einen müssen die Hochschulen lernen, die Möglichkeiten des neuen Hochschulgesetzes bestmöglich auszuschöpfen. Das gilt aus studentischer Sicht in erster Linie für den effektiven Einsatz der neu eingeführten Studienbeiträge. Die Studenten erwarten von ihrer Hochschule, dass Verbesserungen durch die Beiträge deutlich spürbar sind, ihre Vertreter an der Verteilung auch tatsächlich beteiligt sind und im Kontext eines neuen Kundenverhältnisses die Möglichkeiten zur Evaluation voll ausgeschöpft werden. Zum zweiten werden sich zu Beginn des nächsten Jahrzehnts aufgrund der demographisch bedingten letzten großen Studentenkohorten und des doppelten Abiturjahrgangs auf einen Schlag etwa ein Drittel mehr Studenten an den Hochschulen einschreiben als bislang. Bis dahin müssen Professoren, Wissenschaftler, Übungsleiter, aber auch Vorlesungssäle und Tutoriumsräume in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Wenn man berücksichtigt, dass die Kapazitäten an den Universitäten bereits jetzt völlig ausgereizt sind, wird der Handlungsbedarf klar.

Bayernkurier: Sie haben sich persönlich intensiv mit dem neuen Grundsatzprogramm auseinandergesetzt.

Höller: Natürlich lag mein persönlicher Schwerpunkt auf dem hochschulpolitischen Teil. Dort konnte ich als Mitglied der Grundsatzkommission in Abstimmung mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und dem Hochschulausschussvorsitzenden Ludwig Spaenle, der auch in vielen anderen hochschulpolitischen Vorhaben engster Mitstreiter war, meine Handschrift hinterlassen. Besonders wichtig war mir dabei, die Grundbedingungen, die ich seinerzeit schon zur Voraussetzung gemacht habe, dass wir die Einführung von Studienbeiträgen unterstützen. Das gewandelte Familienbild der **CSU** spiegelt sich auch im Postulat einer familienfreundlichen Hochschule wieder. Der Kinderwunsch darf einfach nicht in Konkurrenz zu Studium oder Beruf stehen. Bislang ungenügend ausformuliert ist meines Erachtens im Kapitel II die Herausforderung an Bildung und Forschung in einer dem ständigen Wandel unterliegenden globalisierten Welt.

Bayernkurier: Wer waren für Sie die wichtigsten Ansprechpartner aus der Politik?

Höller: Jeglicher Einfluss, den ich und damit der **RCDS** auf die Entscheidungen im Wissenschaftsministerium ausüben konnte, war nur aufgrund des hervorragenden Verhältnisses zu Minister Thomas Goppel möglich. Auch kurzfristigste Termine und Treffen waren kein Problem, wenn es notwendig war: Ein absoluter Glücksfall für den **RCDS** und auch mich in dieser Position. Für die Umsetzungen und neuen Initiativen in den Gesetzgebungsverfahren war auch der direkte Draht zur Landtagsfraktion, insbesondere ihrem Vorsitzenden und auch ehemaligen **RCDS**-Landesvorsitzenden Joachim Herrmann entscheidend.

„Stabwechsel bei Unions-Studenten“

(26.05.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

Vorsitzender Kurt Höller tritt ab – Zukunftsthemen und Grundsätze

Kloster Banz – Innovationen, die Zukunftsaussichten der jungen Generation, Zwischenbilanz nach einem Jahr Bayerisches Hochschulgesetz, die Hochschulen im neuen **CSU**-Grundsatzprogramm und die Neuwahl des Landesvorstands: Ein breites Themenspektrum arbeitet die Jahrestagung des **RCDS** ab, die gestern in Kloster Banz begann.

„Wir wollen das CSU-Programm aus studentischer Sicht beleuchten“, sagt Landesvorsitzender Kurt Höller aus Erlangen. Der 27-jährige Niederbayer wurde als Student gewählt, ist inzwischen fertiger Diplomingenieur und arbeitet an der Universität Erlangen an einer medizintechnischen Dissertation. Seit er im Februar 2004 den **RCDS**-Vorsitz übernahm, hat sein Studentenverband einiges erreicht und noch mehr in Bewegung gesetzt.



Der bisherige **RCDS**-Vorstand mit **Bayerns** Wissenschaftsminister Thomas Goppel (links)

Nicht selbstverständlich war, dass sich die unionsnahe Organisation für die Einführung von Studienbeiträgen ausgesprochen hat. Aber man sah die Vorteile für bessere Studienbedingungen und Mitsprache bei deren Verwendung. Denn dem **RCDS** unter **Höllers** Führung geht es vor allem um die Hochschulpraxis. Dies zeigte der Verband auch in der Konzeptionsphase für das neue Bayerische Hochschulgesetz. Im Verein mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und den **CSU**-Hochschulpolitikern im Landtag setzte der **RCDS** Verschlinkungen, die Evaluierung und Entbürokratisierungsschritte durch. Und **Höller** fordert selbstbewusst: „Wenn wir als Studenten Studiengebühren bezahlen, haben wir auch einen Anspruch auf exzellente Lehre.“ Ein Anspruch, der von Goppel bestätigt wird. Der **RCDS** bekam auch dann ministerielle Unterstützung, wenn er gegen falsche Mittelverwendung intervenierte. Der Vorsitzende resümiert zum Abschied: „Wir haben in **Bayern** tatsächlich bundesweit mit das beste Modell für Studienbeiträge.“

Überhaupt gibt es für die 1500 bayerischen Mitglieder Anlass, mit der Entwicklung ihres Verbands zufrieden zu sein. Hatte der **RCDS** an den Hochschulen bis in die 90er Jahre mit schier übermächtigen Linken zu kämpfen, erreichen seine 18 aktiven Gruppen heute beachtliche Ergebnisse bei den Hochschulwahlen. Wie der ebenfalls scheidende Landesgeschäftsführer Frank Gübner mitteilt, schaffte die Regensburger **RCDS**-Gruppe mit 46 Prozent das Spitzenresultat. Und in Würzburg stellt der **RCDS** einen Sprecherrat. Drei Senatoren vertreten ihre Kommilitonen an den Unis Eichstätt und Regensburg sowie an der Münchner Hochschule für Politik. Auch die Zahl der **RCDS**-Mitglieder in den Versammlungen und Konventen der Hochschulen wächst.

Mit den Studenten diskutieren in Banz Umweltminister Werner Schnappauf, **CSU**-Generalsekretär Markus Söder, Landtagsabgeordneter Ludwig Spaenle und Hans-Peter Niedermeier, Leiter des Förderungswerks der Hanns-SeidelStiftung. Sorge bereitet den **CSU**-nahen Studenten vor allem der absehbare enorme Anstieg der Studentenzahlen in vier Jahren. Dann nämlich trifft zu den tendenziell ohnehin wachsenden Studentenzahlen auch noch der doppelte Abiturienten-Jahrgang aus G 8 und G 9. Vom Freistaat fordert der **RCDS** deshalb, bereits jetzt ausreichende Gelder bereitzustellen, um die Hochschulen zu erweitern und das Personal zu verstärken.

Ingo Sommer

Landtag Intern

(11.05.2007 Kurt Höller) Münchner Merkur

Endlich mal unverfängliche Nachrichten aus Regensburg.

Ein angehender Physiker übernimmt den **RCDS**. Paul Linsmaier (23), Student in Regensburg und Deggendorfs **JU**Chef, soll in zwei Wochen in Banz zum Landesvorsitzenden gewählt werden.

Die der **CSU** nahestehenden Studenten wurden drei Jahre von **Kurt Höller** (27) unter anderem durch die Studiengebühren-Debatte geführt – in **RCDS**-Dimensionen eine halbe Ewigkeit.

Christian Deutschländer

Endlich mal unverfängliche Nachrichten aus Regensburg. Ein angehender Physiker übernimmt den RCDS. **Paul Linsmaier** (23), Student in Regensburg und Deggendorfs JU-Chef, soll in zwei Wochen in Banz zum Landesvorsitzenden gewählt werden. Die der CSU nahestehenden Studenten wurden drei Jahre von **Kurt Höller** (27) unter anderem durch die Studiengebühren-Debatte geführt – in RCDS-Dimensionen eine halbe Ewigkeit. Christian Deutschländer

Münchner Merkur, Seite 4

Uni-Gebühr bringt 74 Millionen Euro

(20.04.2007 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Bayerns Studenten müssen zahlen - Staatsminister Goppel zieht erste Semesterbilanz

Von Birgit Taffertshofer

Die Studiengebühren haben allein im Sommersemester 74 Millionen Euro in die Kassen der bayerischen Hochschulen gespült. Damit seien die Prognosen sogar „leicht übertroffen“ worden, sagte Wissenschaftsminister Thomas Goppel, als er am Donnerstag mit Vertretern der Hochschulrektoren eine Bilanz der ersten Erhebung zog. Allerdings ließen sich auch viele Studenten von den Gebühren befreien. Das staatliche Darlehen stieß bisher auf wenig Nachfrage.

Die Studiengebühren von bis zu 500 Euro sind laut dem Wissenschaftsminister trotz Zähneknirschens „hingegenommen“ worden. Klagen und Widersprüche habe es nur in geringem Umfang gegeben. Nach einer Umfrage des Ministeriums haben sich die Studierenden „engagiert und konstruktiv“ in die Diskussionen eingebracht, was mit ihrem Geld geschehen soll.

„Die Behauptung, Studienbeiträge würden potentielle Studierende abschrecken, findet in den aktuellen Zahlen keinerlei Beleg“, betonte Goppel. Die Studentenzahl in **Bayern** sei im Sommersemester zwar um 2,3 Prozent gesunken. Im Wintersemester war die Zahl der Studienanfänger aber um 3,5 Prozent gestiegen. Goppel machte erneut deutlich, dass die Studienbeiträge ausschließlich zur Verbesserung der Studienbedingungen und nicht zum Ausbau der Hochschulen verwendet würden. „Dieser ist und bleibt staatliche Aufgabe.“ Angesichts der steigenden Studentenzahlen sollen bis 2012 38 000 neue Studienplätze entstehen und Gebäude renoviert werden. Dafür sind laut Goppel Investitionen von einer Milliarde Euro notwendig. Am 30. April werde er sein Konzept dem Kabinett vorlegen.

Die Studiengebühren investierten die Hochschulen bisher vor allem in zusätzliches Lehrpersonal, um ein Lernen in kleineren Gruppen zu ermöglichen. Sie erweiterten ihr Bibliotheksangebot sowie die Studienberatung. Außerdem wurden laut Umfrage die IT-Infrastruktur, Hörsaalausstattung und Fachsprachkurse ausgebaut. Für die Verwaltung seien zwischen drei und sechs Prozent der Gesamteinnahmen verwendet worden.

Die Möglichkeit, sich von den Studiengebühren befreien zu lassen, haben viele Studenten in **Bayern** genutzt. Mit elf Prozent machten den größten Anteil Studierende aus Familien mit drei oder mehr Kindern aus, sagte Goppel. Weitere zwei Prozent seien von der Zahlung befreit, weil sie selbst Kinder erziehen. Ein Prozent der Studierenden sei als Härtefall anerkannt worden, insbesondere Studierende mit Behinderung. Weitere neun Prozent der Gebührenzahler seien entfallen, weil sie derzeit beurlaubt sind.

Kaum Interesse zeigten die Studenten bisher an den staatlichen Studienkrediten. Nur 3000 Studierende, also zwei Prozent, haben das Darlehen in Anspruch genommen, deutlich weniger als erwartet. Hochschulrektoren befürchten, dass auf die Staatsregierung rechtliche Probleme zukommen. Denn sie müssen laut Gesetz trotzdem zehn Prozent ihrer Gebühreneinnahmen in einen Sicherheitsfonds stecken. Also fünf Mal so viel als tatsächlich notwendig. Mit diesem Betrag sichert sich der Freistaat dagegen ab, dass Rückzahlungen ausfallen. „Wir werden den Satz an die Entwicklung anpassen, wenn sich dauerhaft abzeichnen sollte, dass die Abführung zu hoch ist“, sagte Goppel. Eine Prüfung sei für 2012 geplant, doch es sei vorstellbar, dass der Termin vorgezogen werde. **Kurt Höller, Hochschulexperte der Jungen Union**, forderte schnellstmöglich Nachbesserungen.

Am Donnerstag protestierten einzelne Studenten vor dem Ministerium in München. „Die Studiengebühren werden dazu missbraucht, finanzielle Löcher zu stopfen“, kritisierte Jonas Bokelmann, Mitglied der Studentengruppe „Der Boykott“. Die Gebührengegner wollen bis zum Wintersemester 10 000 Studenten zum Boykott aktivieren. Argumentative Unterstützung erhalten sie von der Landtagsopposition: „Die Studierenden müssen für das Versagen der Staatsregierung der letzten Jahrzehnte büßen“, betonte die Grünen-Hochschulpolitikerin Ulrike Gote. Die Zahlen belegten sehr wohl die abschreckende Wirkung der Gebühren. „Goppel macht den Studierenden etwas vor“, sagte die SPD-Hochschulexpertin Adelheid Rupp. Die aktuellen Haushaltszahlen sprächen eine andere Sprache.

„Nicht für die Heizung“

(31.03.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

RCDS: Studiengebühren richtig einsetzen

München – Weil der **RCDS Bayern** sich für die Einführung von Studiengebühren stark gemacht hatte, mahnt er jetzt, diese Studentenbeiträge sinnvoll für die Verbesserung der Studienbedingungen zu verwenden. Der Landesvorsitzende der unionsnahen Studentenorganisation, **Kurt Höller**, warnt davor, die Akzeptanz der Eigenbeiträge bei den Studenten zu schwächen.

In Freiburg beispielsweise wollte man mit den Beiträgen Heizkosten bezahlen und die Uni Regensburg plante, aus den Studiengebühren drei Millionen Euro für etwaige Prozesskosten zurückzulegen. **Höller** sagt dazu: „So wird das Geld der Studenten völlig zweckentfremdet.“ Der **RCDS** schlägt deshalb vor, die Studentenvertreter an den Hochschulen nach dem Vorbild der TU München in die Verwaltung und Verwendung der Studiengebühren einzubinden. **Höller**: „Studienbeiträge sind ausschließlich für die Verbesserung der Lehre gedacht.“ Diesen Grundsatz für die Verwendung der Beiträge unterstützt auch Wissenschaftsminister Thomas Goppel.

Studiengebühren: Uni will Millionen horten

(27.03.2007 Martin Degenhardt) Münchner Merkur

Regensburg rüstet sich gegen Prozesse München/Regensburg - An der Universität Regensburg kündigt sich heftiger Krach um die Studiengebühren an. Die Hochschulleitung will über drei Millionen Euro aus den erwarteten Einnahmen horten und vorerst nicht in die Verbesserung der Lehre stecken. Das geht aus internen Unterlagen hervor, die unserer Zeitung vorliegen.

Ab Sommer müssen die Studenten 500 Euro pro Semester überweisen, eine in **Bayern** übliche Höhe. Bis zu zwölf Millionen Euro erwartet die Uni. Ein Viertel soll laut Haushaltsplan zurückgelegt werden, um unter anderem Prozessrisiken abzudecken, wenn sich Studenten gegen die Beiträge wehren.

„Die Rücklagen können aufgelöst werden, wenn die Studierenden ihre Vorbehalte aufheben“ und alle Prozesse „letztinstanzlich“ gewonnen wurden, vermerkt Kanzler Christian Blomeyer intern. Das heißt: So lange die Studenten murren, enthält ihnen die Uni diese Einnahmen vor.

Bei den Betroffenen stößt das auf Unverständnis. Sogar der konservative **RCDS**, der die Studiengebühren im Grundsatz gut heißt, spricht von „Missbrauch“. „Das ist keine Lehrverbesserung“ sagt **RCDS**-Sprecher Martin Degenhardt. Für mögliche Risiken müsse der Gesetzgeber haften. Auch falls sich die Uni gegen mangelhafte

Beitragsatzung absichern wolle, dürfe das nicht auf dem Rücken der Studenten geschehen. Blomeyer widerspricht. Für die Verwendung der Studienbeiträge hafte die Uni mit ihrem eigenen Vermögen, sagte er unserer Zeitung. Ohne Risikoversorge, geplant ab Jahresende, bestehe die Gefahr, „dass sie ihr ganzes Vermögen im Haftungsfall verliert“.

Andere Uni reagieren erstaunt. Die Münchner LMU bildet keine Prozess-Rücklagen. Das Wissenschaftsministerium, das durch unsere Zeitung von den Plänen erfuhr, will nun einschreiten. Die Einnahmen müssten „zeitnah den Studierenden als Mehrwert zugute kommen“, sagte ein Sprecher. Rückstellungen seien „weder vom Wortlaut noch vom Zweck des Gesetzes gedeckt“ und auch nicht erforderlich. Man bemühe sich, dieses „Missverständnis“ auszuräumen.



Der RCDS erwacht zu neuem Leben

(15.03.2007 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Andreas Sigl zum Vorstand gewählt und neue Aufgaben und Ziele definiert

Deggendorf (dz). Die Wahl der Vorstandschaft, hochschulpolitische Themenbereiche sowie eine Zieldefinition prägten die Gründungskonferenz des Rings Christlich Demokratischer Studenten Deggendorf (**RCDS**). Geleitet wurde die Veranstaltung vom **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller**, der vor den Wahlen auf die Aufgaben und Ziele des **RCDS** einging.

"**RCDS** heißt, die Interessen der Studierenden auf höhere Ebene weiterzutragen. Wir können mit unseren guten Kontakten zur Politik und zur Wirtschaft unsere Interessen auch tatsächlich durchsetzen", so **Höller**. Als Beispiel nannte er die Verwaltung der Uni Regensburg, die drei Millionen Euro Studienbeiträge einbehalten, Rücklagen gebildet und nicht wie zugesagt in die Hochschuleinrichtung investiert habe. Der **RCDS** habe beim Ministerium sofort einen Einspruch erwirkt.

Andreas Sigl wurde zum 1. Vorsitzenden des **RCDS** Deggendorf gewählt. Ihm zur Seite stehen Christian Czysch sowie Albulena Thaci als stellvertretende Vorstände. Weiter fungieren Christian Liebhart, Andreas Röck und Franz Feilmeier als Vorstandsmitglieder. "Ein Engagement im Verband lohnt sich. Nicht nur um Kontakte zu

erhalten, sondern auch um aktiv an Entscheidungsprozessen mitwirken zu können. Auch wenn es manchmal einen zeitlichen Aufwand bedeutet", so der neu gewählte Vorsitzende Andreas Sigl. Ein Mitgliedsbeitrag wird im **RCDS** nicht erhoben.

CSU-Spitze rechnet mit Kampfkandidatur

(20.01.2007 Kurt Höller) Die Welt

Nach der Schlacht ist vor der Schlacht. Der Kampf um die Stoiber-Nachfolge hat begonnen

Furcht vor Seehofers Offensive

Im Machtkampf um den CSU-Vorsitz bereiten die Kandidaten ihre Kampagnen vor

Von Hans-Jürgen Leersch

München - Nach der Schlacht ist vor der Schlacht. Edmund Stoiber ist gestürzt, aber jetzt geht der Kampf um den Parteitag seines Erbes erst richtig los. Beide Aspiranten auf den Posten des **CSU**-Chefs, Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer und Wirtschaftsminister Erwin Huber, wollen kämpfen und notfalls auf dem Parteitag im Herbst gegeneinander antreten.

Genau das will Stoiber noch verhindern. "Ich will eine einvernehmliche Lösung", wird der scheidende Ministerpräsident zitiert. In Berlin werden bereits die ersten Scharmützel ausgetragen. Die **CSU**-Landesgruppe tritt am Donnerstagabend zu einer Sondersitzung zusammen. Die Stimmung ist gedrückt, der Kreuther Putsch gegen Stoiber muss erst noch verdaut werden. In der Debatte wird eine klare Positionierung für Huber und gegen Seehofer deutlich. Nur zwei Abgeordnete lassen Sympathien für eine Kandidatur Seehofers durchblicken. Hans Michelbach und Josef Göppel weisen auf den bundespolitischen Anspruch der **CSU** hin, der nach Stoibers Rückzug nur von Berlin aus hochgehalten werden könne. Außerdem kritisieren sie die Verfahrensweise von Huber und Innenminister Günther Beckstein, die das Stoiber-Erbe kurzerhand untereinander aufgeteilt hatten.

Eine klare Mehrheit der sich zu Wort meldenden Abgeordneten spricht sich für die Tandemlösung Huber/Beckstein aus. Es werde Ruhe gebraucht, Kampfkandidaturen seien das Letzte, das man nun brauche. Ein halbjähriger Wahlkampf lähme die Partei, bedrohe den Kommunalwahlkampf und könne Auswirkungen bis hin zur Aufstellung der Landtagskandidaten haben. Entsprechend äußern sich Gerda Hasselfeldt, Max Straubinger, Eduard Oswald und Eduard Lintner. Selbst Bundeswirtschaftsminister Michael Glos bezieht diese Position. Glos wurde zeitweilig ebenso als möglicher Parteichef gehandelt. Aber seitdem ziemlich feststeht, dass Beckstein Ministerpräsident wird, kommt Glos, Franke wie Beckstein, für das Parteiamt nicht mehr in Betracht. Zwei Franken an der Spitze - das machen Altbayern, Niederbayern und Schwaben nicht mit.

Landesgruppenchef Peter Ramsauer war zwar früh aus der Deckung gekommen und hatte Ansprüche der Landesgruppe auf den Parteivorsitz angemeldet. Aber das war wenige Stunden vor Stoibers Rückzug. "Ramsauer will selbst die Nummer eins in Berlin bleiben und nicht den Seehofer vor der Nase haben", sagt ein Abgeordneter. Und keinesfalls habe Ramsauer Glos nach München als Ministerpräsidenten entsorgen wollen, wird versichert. Die Landesgruppe hat mit Seehofer ein Problem. Er gilt als sprunghaft und unzuverlässig. Viele Abgeordnete tragen ihm seinen Rücktritt als Fraktionsvize im **CDU/CSU**-internen Streit um die Gesundheitsreform nach. Und keiner verstand, dass Stoiber Seehofer nach der Bundestagswahl 2005 wieder aus der Versenkung holte und ins Bundeskabinett schickte. Viele fleißige **CSU**-Volksvertreter hatten sich Hoffnung auf einen Kabinettsposten gemacht und mussten dann zusehen, wie Seehofer an ihnen vorbeizog. "Der arbeitet nur auf eigene Rechnung", schimpft ein Abgeordneter.

Jetzt wird befürchtet, dass Seehofer, der auch in der Landtagsfraktion der **CSU** kaum Unterstützer hat, seine Kandidatur über die Medien und an der Parteibasis inszeniert. Das könne er wie kein Zweiter, heißt es. Seehofers Chancen werden unterschiedlich eingeschätzt. In den Gremien wie Vorstand, Fraktion und Landesgruppe habe er keine Chance. "Aber auf dem Parteitag holt er locker 80 Prozent", sagt ein Abgeordneter über den Basishelden Seehofer. Und im Hintergrund leuchtet der von der Fürther Landrätin Gabriele Pauli aus der Flasche geholte Geist der Mitgliederbefragung. Der Sieger einer solchen Befragung, käme es dazu, steht für die meisten fest: Seehofer. "Selten klafften die Vorstellungen der Führung und der Basis so auseinander wie jetzt", wundert sich ein Berliner **CSU**-Mann. Das Huber-Lager verlangt "Ruhe, Ruhe, Ruhe. Das ist jetzt **CSU**-Pflicht", sagt der Bundestagsabgeordnete Andreas Scheuer, der für Beckstein und Huber wirbt. Der Parteienachwuchs sendet ebenso klare Signale: "Ich stehe auf Hubers Seite. Er steht für Innovation und Reformen", sagt **Kurt Höller**, Chef der **CSU**-Studentenvereinigung **RCDS**.

Stoiber führt in der von Journalisten belagerten Staatskanzlei pausenlos Einzelgespräche. Als Erster kommt Ramsauer aus Berlin angeeist, weitere Termine gibt es mit Beckstein, Huber, Fraktionschef Joachim Herrmann und Landtagspräsident Alois Glück. Seehofer kommt nicht, er muss als Landwirtschaftsminister auf der Grünen Woche in Berlin präsent sein und kann nur mit Stoiber telefonieren. Stoiber wisse, dass die **CSU** vor einem Umbruch stehe. "Aber er will den Umbruch ohne Brüche hinkriegen", heißt es in seiner Umgebung.

Mehrheit des CSU-Präsidiums für Erwin Huber

(20.01.2007 Kurt Höller) Münchner Merkur

Stoiber, Glos, Ramsauer, Ferber und Herrmann stützen Kandidatur für Parteivorsitz

München - Im **CSU**-Präsidium, dem höchsten Führungsgremium der Partei, zeichnet sich nach Informationen unserer Zeitung eine klare Mehrheit für Erwin Huber als neuen Parteivorsitzenden ab. Mehrere Präsidiumsmitglieder haben sich bereits auf Huber festgelegt. Horst Seehofer würdigen „nur noch Außenseiterchancen“ eingeräumt, sagte ein Mitglied der Parteispitze.

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos sagte unserer Zeitung zu Überlegungen über eine Doppelspitze aus Günther Beckstein als Ministerpräsident und Erwin Huber als Parteichef: „Das ist etwas, was ich mir durchaus vorstellen kann.“ In der Berliner **CSU**-Landesgruppe soll auch deren Vorsitzender Peter Ramsauer seine Unterstützung für Huber signalisiert haben. Ramsauer betonte am Freitag: „In der Landesgruppe ist keinerlei Vorfestlegung getroffen worden. Wir befinden uns in Gesprächen.“ Der amtierende **CSU**-Chef Edmund Stoiber hat sich intern bereits mehrfach für Huber ausgesprochen. Der künftige Ministerpräsident Günther Beckstein räumte zwar frühere „Rivalitäten“ ein, betonte aber, „dass ich mir eine Zusammenarbeit mit Erwin Huber gut vorstellen kann“.

Auch Präsidiumsmitglied Markus Ferber warb offen für Huber: „Man darf die Einigung zwischen Huber und Beckstein nicht unterschätzen“, sagte der schwäbische Bezirksvorsitzende und Chef der **CSU**-Europagruppe. Ähnlich äußerte sich intern **CSU**-Fraktionschef Joachim Herrmann.

Dass die Ex-Rivalen Huber und Beckstein sich einvernehmlich die Aufgaben teilen wollen, könnte den Graben in der **CSU** zuschütten, den die Stoiber-Nachfolge-Debatte im Jahr 2005 gerissen habe, hieß es in der Münchner Fraktionsspitze. Ähnlich äußerte sich gegenüber unserer Zeitung das Präsidiumsmitglied Ursula Männle.

Münchens **CSU**-Bezirksvorsitzender, Staatssekretär Otmar Bernhard, sprach sich ebenfalls für Huber aus: „Der Favorit der Landtagsfraktion ist klar Erwin Huber.“ Bernhard forderte in der Frage des **CSU**-Vorsitzes eine „schnelle Lösung: Dann ist die Luft raus und es gibt keinen weiteren Streit.“

Klar positionierte sich auch die Studenten-Organisation **RCDS**. Er spreche sich „eindeutig für Huber aus“ und werde in den Gremien auf diese Lösung drängen, sagte der Landesvorsitzende **Kurt Höller**: „Er ist in Berlin bestens vernetzt.“

cd/hle

Aktive Studenten

(23.12.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

RCDS arbeitet an den Hochschule

Augsburg – Die freundlich lächelnde junge Dame auf unserem Photo hat eine besondere Aufgabe: Seit Sommer amtiert Katrin Poleschner als Vorsitzende des **RCDS** an der Universität Augsburg. Die 23-Jährige aus Elchingen im Landkreis Neu-Ulm studiert Politikwissenschaften und setzt sich neben dem Studium hochschulpolitisch für ihre Kommilitonen ein.

Damit ist sie einzigartig, weil es derzeit nur eine weibliche Gruppenvorsitzende an einer bayerischen Hochschule gibt. An ihrer Seite stehen als Stellvertreterinnen gleichfalls Frauen: Christine Kreutmaier und Agatha Szyszko. Dass dieses Trio einigen Erfolg hat, zeigt die Mitgliederentwicklung. Der Augsburger **RCDS** gewann in den vergangenen Monaten 29 Mitglieder hinzu und verzeichnet jetzt insgesamt 118. Das bedeutete bei der Mitgliederwerbaktion der unionsnahen Studentenorganisation in **Bayern** den ersten Platz.

Der Landesverband und die 18 **RCDS**-Gruppen an bayerischen Hochschulen bieten breite Möglichkeiten für das Engagement junger Studierender. Erst kürzlich traf der Landesvorstand unter Leitung von **Kurt Höller** mit TU-Präsident Wolfgang Herrmann zum Meinungsaustausch über die Exzellenzinitiative und den kommenden Studentenschub zusammen.

Sechs Gruppen be-teiligten sich am **RCDS**-Winterball auf einem Donauschiff in Passau. Der Würzburger **RCDS** erzielte mit der Wahl seines Mitglieds Daniel Schubert zum Sprecherrat der Universität einen großen Erfolg. Justizministerin Beate Merk war zu Gast beim **RCDS** an der Münchner Universität, die Passauer Gruppe sorgte für die Öffnung des Uni-Sportzentrums auch an Samstagen und veranstaltete eine Bildungsfahrt nach Erfurt und Weimar. Auch die Zusammenarbeit mit der **JU** klappt gut. Deren Chef Manfred Weber lobt: „Die **RCDS**-Mannschaft um **Kurt Höller** macht durch überlegte Initiativen und ein klares Profil für die Interessen der Studenten auf sich aufmerksam.“

"Union muss das Profil schärfen"

(06.12.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Junge Union diskutierte mit CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann

Viechtach/**Erlangen** (vbb). Der Fraktionschef der **CSU** im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, lud zum Gedankenaustausch einige Funktionsträger aus den Reihen der Jungen Union **Bayern** ein.

Das Gespräch wurde vom Vorsitzenden des **JU**-Kreisverbandes Regensburg, Stefan Ebner, gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden des Ring Christlich Demokratischer Studenten (**RCDS**), **Kurt Höller** aus Metten in die Wege geleitet. Ziel des Gesprächs war es, Themen, die für die **JU** wichtig sind, an Herrmann heranzutragen. Der Diskussionskreis setzte sich aus zehn engagierten **JU**lern aus ganz **Bayern** - überwiegend Kreisvorsitzende - zusammen.

In dem rund zweistündigen Gespräch wurde vor allem über Bildungspolitik diskutiert - dabei wurde die Situation der Hauptschulen im ländlichen Raum sowie die Hochschulpolitik angesprochen - und die Situation von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt thematisiert. Herrmann schilderte den Jungpolitikern zudem wie er den Weg in die Berufspolitik fand und ermunterte sie, sich bei den anstehenden Kommunalwahlen 2008 zu engagieren, um dann im Gemeinderat, Stadtrat oder Kreistag Verantwortung für die Interessen und Sorgen der Menschen zu übernehmen.

JU-Chef Ebner stellte in dem Gespräch fest, dass die Union in der Großen Koalition zu wenig erkennbar sei. "Die Grenzen zwischen Union und SPD müssen vom Bürger wieder stärker wahrgenommen werden", sagte der Viechtacher und appellierte im Hinblick auf die Landtagswahlen 2008 für eine Profilschärfung der **CSU**. Als Beispiel nannte er das Thema EU-Beitritt der Türkei: "Unabhängig davon, wie viele Gruppierungen und Grüppchen in Deutschland lautstark den Türkeiibetritt fordern, so lehnt ihn die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ab. Die **CSU** muss im Wahlkampf deutlich herausstellen, dass sie als einzige Partei diese EU-Erweiterung ohne Einschränkung ablehnt - aus kulturellen und ökonomischen Gründen."

Schule und Hochschule

(02.12.2006 Kurt Höller) Bayernkurier:

Arbeitskreise wählten Führung

Ingolstadt/Nürnberg - Die Mitglieder des Arbeitskreises Hochschule und Kultur sowie des AK Schule, Bildung und Sport der **CSU** haben auf ihren Landesversammlungen neue Vorstände gewählt.

In Ingolstadt wurde Ludwig Spaenle, der dem entsprechenden Landtagsausschuss vor-sitzt, auf zwei Jahre als Landeschef des AK Hochschule bestätigt. Seine drei Stellvertreter sind MdL Hans Gerhard Stockinger, Nürnbergs Kulturreferentin Julia Lehner und Staatsminister Thomas Goppel. Als Schatzmeister fungiert **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller**, als Schriftführer Stefan Einsiedel. Den Landesvorstand komplettieren 17 Beisitzer.

Die Landesversammlung in Nürnberg wählte Kultusminister Siegfried Schneider zum Vorsitzenden des AK Schule, Bildung und Sport. Zu seinen Stellvertretern wurden MdL Ingrid Heckner, Staatssekretär Karl Freller und Heinz Durner bestimmt. Als Schatzmeister wird MdL Berthold Rüdth im engeren Vorstand mitarbeiten, als Schriftführer Reinhold Carli. Ferner wurden 17 Beisitzer gewählt.

Vertreter der Studenten

(25.11.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

Kurt Höller führt den RCDS in Bayern

Erlangen – Er gab den Studierenden Stimme auf dem hochschulpolitischen Forum des **CSU**-Parteitags, er ist neugewählter Landesschatzmeister des **CSU**-Arbeitskreises Hochschule und Kultur. Und **Kurt Höller** setzt sich als Landesvorsitzender des **RCDS** für 1500 Mitglieder seines Verbandes und die bayerischen Studenten insgesamt ein.

Ein Studium der Elektrotechnik hat der 26-Jährige abgeschlossen und promoviert jetzt an der Uni **Erlangen** im Fach Informatik mit dem Schwerpunkt Medizintechnik. Der in den **CSU**-Partei Vorstand kooptierte **Kurt Höller** arbeitet auch in der heimatlichen Deggendorfer **CSU** mit.

Unter seiner Führung sprach sich der Ring Christlich-Demokratischer Studenten nach schwierigen Abwägungen für die Einführung von Studienbeiträgen aus. Jetzt kämpft der **RCDS** mit seinen 18 bayerischen Hochschulgruppen darum, dass diese Gelder an den einzelnen Hochschulen wirklich auch für die Verbesserung der Studienbedingungen verwendet werden.

Überhaupt beschäftigt den **RCDS**-Chef derzeit die Finanzierung der Hochschulen. Schon jetzt sieht **Höller** „einen weiteren Finanzbedarf von 500 Millionen Euro im Jahr.“ Aber die große Herausforderung stehe bevor, wenn ab 2010 die Studentenzahl als Folge des G8 um etwa 30 Prozent steigen werde. Dann folgen fünf Jahre mit rund 100 000 Studenten mehr, die wie **Höller** sagt „überbrückt, nicht untertunnelt werden müssen.“ Daran will sich der **RCDS** mit eigenen Vorschlägen beteiligen, in **JU**, in der **CSU** und im Kontakt mit dem Landtag und Minister Thomas Goppel.

Nach Leistung bezahlen

(04.11.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

München – Der Landesausschuss des **RCDS** hat sich auf seiner Sitzung in München mit **Bayerns** Wirtschaftsminister Erwin Huber ausgetauscht.

RCDS-Vorsitzender **Kurt Höller** forderte die Abschaffung des Berufsbeamtentums für Professoren: „Eine Anstellung auf Lebenszeit ist von gestern. Wir wollen die Professoren nach Leistung bezahlen. Der überall angehakte Wettbewerbsgedanke muss auch in den Köpfen der Hochschullehrer Einzug halten.“ Im Angestelltenverhältnis könnten deutlich attraktivere Verträge abgeschlossen werden, wobei das nicht unbedingt auch billiger sein müsse. Weiter forderte der **RCDS** die Umsetzung der Münchener Transrapidstrecke. Huber erläuterte die Clusterstrategie der Staatsregierung: „Wissenschaft und Wirtschaft werden in Zukunft noch besser vernetzt sein.“

"Wir müssen alles rausholen, was nichts kostet"

(23.10.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller erklärt im PNP-Interview, wie der Studenten-Schub gemeistert werden kann

Deggendorf. Die radikale Hochschulreform hat **Kurt Höller**, **RCDS-Landesvorsitzender**, begleitet. Und nun verabschiedete der **CSU**-Parteitag ein Zukunftsversprechen für "Beste Bildung. Beste Chancen". Der Chef des **RCDS** (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) ist zufrieden: "Wir haben alles erreicht, was wir schon vor zwei Jahren gefordert haben", strahlt der "Altmettener". Freilich stehen viele Versprechen vorläufig nur auf dem Papier. Der Deggendorfer, der letztes Jahr sein Elektrotechnikstudium an der Uni **Erlangen** abschloss und nun eine Promotion zum Thema "Bildverarbeitung für endoskopische Aufnahmen der minimal-invasiven Chirurgie" begonnen hat, fordert im Interview mit der PNP für künftige Generationen von Studenten mehr Geld: einige hundert Millionen - eher eine Milliarde Euro.

Bildung, Hochschule und Forschung war eines der Hauptthemen des **CSU**-Parteitages. Sind Sie zufrieden mit dem Erreichten?

Kurt Höller: Wir haben in **Bayern** zwei Elite-Universitäten. Das ist ein klares Zeichen, das ist absoluter Wahnsinn. Aber das ändert nichts daran, dass wir für die Hochschulen in Zukunft mehr Geld brauchen, wenn wir an der Spitze bleiben wollen.

Wo ist es noch zu wenig?

Höller: Auf uns kommt ein gewaltiger Schub an Studenten zu, ein Zuwachs von 30 Prozent. Den muss man erst mal schultern. Die Studenten leisten ab Januar 2007 ihren Beitrag zur Verbesserung der Lehre durch die Studienbeiträge. Nun ist der Staat gefordert.

Die Zahlen steigen von derzeit 250 000 auf dann 350 000 Studierende. Ist das überhaupt zu schultern?

Höller: Es muss. In erster Linie brauchen wir wesentlich mehr Personal, mehr Professoren. Mit Doppelberufung kann man einiges abfangen. Frühzeitig sollen jüngere Professoren an Stellen berufen werden, an denen Ältere vor dem Ausscheiden stehen. Damit kann man mehr Kapazität schaffen. Aber das reicht nicht. Wir brauchen auch mehr Vorlesungssäle und Seminarräume. Wir müssen zunächst durch Raum- und Zeitmanagement alles rausholen, was nichts kostet. Und dann muss man sehen, was fehlt.

Es fehlen bis zu einer Milliarde Euro - Von welchen Summen sprechen wir da?

Höller: Das kann man so pauschal nicht sagen. Wenn man Personal und Raumkapazität wirklich aufstocken will, sind das viele hundert Millionen. Eher zu einer Milliarde hin, wenn wir den Standard halten wollen. Denn die anderen Hochschulen ziehen ja nach, die werden auch besser.

Das Problem ist doch, dass nur eine kurze Frist überbrückt werden muss. Schon jetzt ist absehbar, dass die Zahl der Studenten bald wieder drastisch sinkt.

Höller: Aber das ist eine Chance. Wir haben jetzt schon überfüllte Hörsäle. Wenn wir nun neue Kapazitäten schaffen für den Studentenschub, ist absehbar, dass es später, wenn weniger Studenten da sind, besser wird.

Sie klingen alles in allem zufrieden. Aber in den vergangenen Jahren gab's doch heftige Proteste der Studenten.

Höller: Eigentlich nur zwei. Gegen die Kürzungen bei den Hochschulen bin ich selber auf die Straße gegangen. Als es aber gegen die Studienbeiträge ging, bin ich natürlich nicht mitmarschiert. An deren Umsetzung war der **RCDS** beteiligt, wir haben im Hintergrund, in vielen Gesprächen, alle unsere Forderungen durchgesetzt. Vor zwei Jahren hat der **RCDS** dazu ein Eckpunktepapier erarbeitet. Alles was wir gefordert hatten, ist inzwischen erfüllt. Und die meisten Hochschulen haben das auch gut umgesetzt. Mich ärgert nur, dass es die Uni Regensburg nicht geschafft hat, die Studenten bei der Verteilung der Studienbeiträge einzubinden, obwohl das der Landtag ausdrücklich gefordert hatte. Alle anderen haben das geschafft. Da war übrigens die FH Deggendorf wegweisend, die waren die ersten und haben das hervorragend umgesetzt - gemeinsam mit den Studenten. Die waren super. Für uns war entscheidend, dass das Geld nur für die Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt werden darf.

Studierende Eltern von Beiträgen befreit - Studiengebühren von bis zu 500 Euro pro Semester. Können sich dann noch alle Begabten ein Studium leisten?

Höller: Ich glaube, den sozialen Ausgleich haben wir gut hingekriegt, wir wollen ausdrücklich Chancengerechtigkeit. Gegen die Studienbeiträge gibt es eher eine emotionale Barriere. Jeder hat die Möglichkeit, den Studienkredit zu bekommen, das ist überhaupt kein Problem. Wenn ich mich für ein Auto oder eine Stereoanlage verschulde, muss ich das Geld zurückzahlen. Da fragt keiner, ob ich mir das leisten kann. Beim Studienkredit zahlt man erst zurück, wenn ein bestimmtes Einkommen überschritten ist. Und wer nichts verdient, zahlt gar nichts. Besonders stolz bin ich drauf, dass studierende Eltern von Studienbeiträgen befreit sind, das war unsere Initiative.

Das klingt gut. Aber gibt es überhaupt genug Betreuungseinrichtungen für Kinder an den Hochschulen?

Höller: An der familienfreundlichen Universität, die wir wollen, muss noch gearbeitet werden. Das war Teil des Leittrags. Ein Kinderwunsch darf nicht in Konkurrenz zu Studium oder Beruf stehen. Wir brauchen Bedingungen, unter denen auch junge Mütter oder Väter optimal studieren können. Da gehören Kinderkrippen dazu, Kindergärten und Kinderhorte.

Was war Ihnen noch wichtig im Leittrags?

Höller: Wir wollen die Durchlässigkeit der Hochschulen: "Kein Abschluss ohne Anschluss". Die Universitäten und Fachhochschulen müssen ihre Profile stärken, das hat ja bereits begonnen. Dazu gehört auch, dass die Hochschulen ihre Studenten selbst auswählen. Wir brauchen die Besten. Diese Selbstauswahl wäre schon heute möglich, wird aber kaum genutzt, weil es den Universitäten zu aufwändig ist. Das soll künftig forciert werden. Die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft gehört dazu, oder mehr Möglichkeiten, Forschungs- und Entwicklungsaufträge zu übernehmen.

Selbst wenn zusätzliches Geld fließt, ist absehbar, dass die bayerischen Unis bald überfüllt sind. In östlichen Bundesländern gibt es freie Plätze. Gibt es bald eine große Wanderungsbewegung?

Höller: Das regelt der Markt, so funktioniert Wettbewerb. Wenn in Greifswald oder im Ausland die Studienbedingungen besser sind, werden die Studenten abwandern. Da muss sich **Bayern** noch anstrengen. Unsere Hochschulen müssen Treffpunkt von geistiger Elite und Leistungsträgern aus aller Welt sein. **Bayern** möchte den Elitenexport umdrehen. Wer das will, darf nicht an den Hochschulen sparen.

Interview: Cornelia Wohlhüter

Studiengebühren

(04.08.2006 Kurt Höller) Spiegel Online

Feilschen ums Kleingedruckte

Den Protestlern dämmert, dass sie den Kampf gegen die Campus-Maut kaum gewinnen können. Nun beginnt die Zeit zähen Schacherns mit den Hochschulen - ob Studenten für ihr Geld eine angemessene Gegenleistung erhalten oder die Extra-Euros fernab der Lehre versickern.

Dreierlei Beteuerungen gehörten zum ewigen Mantra der Gebührenfreunde: Erstens werde die Campus-Maut selbstverständlich so ausgestaltet, dass sie sozial verträglich sei und Kinder aus ärmeren Familien nicht vom Studium abhalte. Zweitens handele es sich um zusätzliche Einnahmen für die Hochschulen; Kürzungen der staatlichen Mittel an anderer Stelle kämen nicht in Betracht. Und drittens sollten die Extra-Euros ausschließlich der Lehre zugute kommen und die Studienbedingungen verbessern.

Flankiert von solchen Gelöbnissen boxten mit **Bayern**, Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland inzwischen sechs Bundesländer Gesetze zur Einführung von Studiengebühren durch. Hessen ist trotz verfassungsrechtlicher Turbulenzen und heftiger Studentenproteste fest entschlossen, es den Vorreitern nachzutun; weitere Länder werden folgen.

Dass mit dem Bezahlen auch die Aussicht auf Besserung verbunden ist, daran erinnern jetzt immer mehr Studentenvertreter - auch solche, die Studiengebühren an sich befürworten. Der Konflikt um die Campus-Maut verlagert sich zunehmend in die Hochschulgremien, denn nur dort ist für die Studenten noch etwas zu holen.

"Es sind unsere Beiträge"

"Was an manchen Hochschulen an Satzungsentwürfen für die Verwendung von Studienbeiträgen herumgeistert, ist erschreckend", kritisiert etwa der bayerische **RCDS**-Landesvorsitzende **Kurt Höller**. "Es sind unsere Beiträge. Wir als Studenten wollen auch bestimmen, für was sie verwendet werden", fordert **Höller**.

Als "riesengroßen Skandal" bezeichnete **Höller** etwa einen Entwurf der Universität Regensburg für eine Gebührensatzung. Der **RCDS**-Mann bemängelt mangelnde Transparenz und hohe Verwaltungskosten. Nach dem Re-

regensburger Entwurf sollen studentische Vertreter lediglich ihre Meinung dazu äußern können, ob sie einzelne Ausgaben für sinnvoll halten - mehr aber auch nicht, so der Regensburger **RCDS**ler Paul Linsmaier. Das Sagen haben letztlich die einzelnen Fakultäten, die die Verteilung untereinander ausschachern können. "Ich kann es als Physiker nicht verantworten, dass beispielsweise ein Geisteswissenschaftler meinen Stickstoff zahlt", monierte Linsmaier. Die Regensburger Studentenvertreter erreichten mit ihren Einwänden immerhin einen Aufschub: Die für den 19. Juli geplante Senatsentscheidung wurde auf den 13. September vertagt.

Das Feilschen kann sich vielerorts lohnen. Denn vor allem in **Bayern** und Baden-Württemberg lassen die Rahmenregelungen den Hochschulen gewisse Spielräume. Und dabei geht es, anders als bei plakativen Protesten, um das Kleingedruckte: Was genau heißt eigentlich "Verbesserung der Lehre"? Bei Tutorien ist die Sache noch klar. Aber darf eine Hochschule mit den Extra-Euros lecke Hörsaaldecken flicken, Seminarräume umbauen, auffällige Labors sanieren? Gehören zur Lehre auch nichtwissenschaftliche Stellen, die den Service für Studenten verbessern? Bleibt das Geld der Studenten an den Fakultäten, oder fließt es in einen großen Topf? Schließlich: Wer ist eigentlich der Kassenwart?

So heißt es in Artikel 71 des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes, das am 1. Juni 2006 in Kraft trat, lediglich: "Die Studierenden sind bei der Entscheidung über die Verwendung der Einnahmen in angemessener Weise zu beteiligen." Als Beispiele für sinnvolle Verwendung nennt **Bayerns** Wissenschaftsministerium intensivere Studienberatung, mehr Tutorien, längere Öffnungszeiten der Bibliotheken oder ein verbessertes EDV-Angebot. Nur: Gebunden sind die Hochschulen daran nicht. Was sie für angemessen halten, bleibt ihnen selbst überlassen.

Gebühreneinnahmen für modernere Klos?

Handfesten Streit gab es sogleich in München - einen Latrinen-Streit nämlich. Der LMU wurde vorgeworfen, das Geld für die Toilettensanierung verwenden zu wollen. "Völlig indiskutabel", zürnte **CSU**-Fraktionschef Joachim Herrmann. "Pure Polemik", konterte Uni-Rektor Bernd Huber und gelobte, die Gebühreneinnahmen sollten für die Lehre und nichts als die Lehre eingesetzt werden.

Laut Senatsbeschluss sollen künftig Studenten zur Hälfte in den Kommissionen vertreten sein, die Vorschläge zur Mittelverwendung ausarbeiten. Die Studentenvertretung der LMU klagte aber, beim Satzungsentwurf habe man "die Vorschläge der Studierenden ignoriert". Der Glaube, die Zusammenarbeit erfolge "auf gleicher Augenhöhe", sei enttäuscht worden.

Das notorisch gebührenfreundliche Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh bescheinigte in einer unlängst veröffentlichten Studie den Landesgesetzen wenig Konsistenz und schlechte Kalkulierbarkeit für Studenten. Positiver fiel die Bewertung im Punkt "Nutzen und Mitsprache für Studenten" aus, wo immerhin **Bayern**, das Saarland und der Gesetzentwurf aus Hessen "gut" abschnitten.

Als relativ studentenfreundlich preisen Studentenvertreter die Satzung der TU München. "Bei der Erarbeitung der Gebührensatzung wurden unsere Vorschläge größtenteils berücksichtigt", sagt Petra Kleiner vom Asta. An der TU sind Studenten immerhin auf Fakultätschulebene paritätisch in den Gremien vertreten. Diese geben Empfehlungen an eine zentrale Kommission weiter, in der auch Studenten sitzen, wenn auch nicht gleichberechtigt. "Unsere Studierenden haben den Reformprozess der Hochschule in allen Phasen mit uns aktiv und konstruktiv gestaltet", lobt Rektor Wolfgang A. Herrmann.

Wer hat am Ende die Hand auf der Kasse?

Die meisten Mitgestaltungsmöglichkeiten haben wohl die Studenten Nordrhein-Westfalens. Im studentenreichsten Land dürfen die Hochschulen selbstständig entscheiden, mit welchem Obolus sie ihre Studenten zur Kasse bitten wollen; sie dürfen auch bestimmen, wohin das Geld fließt. "Wir werden sehr genau darauf achten, dass die Mittel zweckgebunden verwendet werden - also ausschließlich zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehre", betont Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart - wohlwissend, dass sich der Studenten-Zorn mehr gegen Rektoren und Dekane als gegen die Landesregierung richten dürfte.

Bis Mitte Juli entschieden 27 von 33 staatlichen Universitäten, Fachhochschulen und Kunst- und Musikhochschulen in NRW, künftig Gebühren zu erheben. Die Universität Bochum etwa bemüht sich, schon bei der Ausgestaltung des Entwurfs so wenig Angriffsfläche wie möglich zu bieten.

Mit der Gebührenordnung, so der Arbeitsauftrag des Senats, solle das soziale Profil der Hochschule geschärft werden. Die Gelder sollten prinzipiell an die Fakultäten zurückfließen und diese autonom entscheiden dürfen; zugleich werde die Verwendung effektiv kontrolliert. Im übrigen, so versicherte die Uni, sei mit dem Entwurf noch "keine eindeutige Entscheidung für oder gegen Studiengebühren gefallen".

Das mag zur Stimmungsaufhellung beitragen. Aber die Entscheidung, wo die Mittel am Ende landen, werden sich Professoren nirgendwo aus der Hand nehmen lassen. Vorschläge machen dürfen die Studenten, in den Kommissionen allenthalben mitreden - aber auch mitbestimmen? Die Asten sehen die Studenten von Hochschulangehörigen zu Kunden degradiert. Und in der Servicewüste der deutschen Uni-Landschaft ist der Kunde bis dato alles andere als König. Diese Kundschaft wird permanenten Druck entfalten und vehement auf eine Aufwertung der Lehre pochen müssen, wenn ihr Geld auf Dauer nicht in Forschung und Baumaßnahmen versickern soll.

Prof. Schweitzer will eine Milliarde zusätzlich

(12.07.2006 Kurt Höller) Passauer neue Presse

Goppel fordert Kreativität im Umgang mit neuem Hochschulgesetz - Studiengebühren nur für bessere Lehrqualität

Cornelia Wohlhüter München. Eine Milliarde Euro mehr für bayerische Hochschulen hatte Prof. Walter Schweitzer gerade gefordert - und dafür Beifall bekommen. Dennoch zeigte Wissenschaftsminister Thomas Goppel Größe und versorgte den Vorsitzenden der Universität **Bayern** e.V. nach dessen Rede mit einem Glas Wasser. Schließlich war auf dem hochschulpolitischen Kongress gestern im Hörsaal der FH München das offene Wort ausdrücklich gewünscht. Da wurde es den mehr als 300 Teilnehmern nie langweilig.

Das neue Hochschulgesetz, vor wenigen Wochen beschlossen, erfüllte sich zusehends mit Leben - vor allem durch provokante Einwürfe und Thesen von Prof. Jürgen Mittelstraß, der Universitäten aufforderte, verkrustete Strukturen aus dem vorigen Jahrhundert aufzubrechen. Zum Wunsch nach mehr Autonomie sagte er: "Fragen Sie nicht, nehmen Sie die Autonomie. Wenn die Hochschulen nicht lernen umzudenken, haben sie die neue Autonomie nicht verdient." Auch Goppel sprach von neuer Selbständigkeit der Hochschulen und ermunterte sie, "Neues zu versuchen, Bewährtes nachzujustieren und Ungewohntes einzufordern". Der Minister hatte den Kongress angeregt, gemeinsam für Unis und Fachhochschulen. Von der FH Deggendorf waren interessierte Zuhörer gekommen, darunter etliche Studenten. Das verwundert kaum, lobt doch **RCDS-Landeschef Kurt Höller** die Deggendorfer Vereinbarung über die Verwendung der Studiengebühren als vorbildlich: Jeder Euro für die Verbesserung des Studienangebots, die Studenten haben Mitsprache. Nur so darf das Geld verwendet werden, bekräftigte Goppel: "Studienbeiträge sind zweckgebunden."

Der Minister sprach von großen Herausforderungen, wenn 2011 ein Doppeljahrgang Abiturienten an die Hochschulen drängt (G8 und G9). Aber der Finanzminister wisse "im Grunde seines Herzens, dass da eine gewaltige Anforderung auf die Staatskasse zurollt". Dabei sind die **Bayern** noch fein raus: Durch die schnelle Einführung des G8 sind sie die Ersten. 80 000 zusätzliche Studenten, davon 29 000 in **Bayern**, das erfordere eine nationale Anstrengung, fand Prof. Detlef Müller-Böling, Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung. Aber während in Westdeutschland die Hörsäle überfüllt sein werden, würden im Osten zunehmend Kapazitäten frei. Durch innerdeutsche Mobilität (Transferleistungen?) könnte ein Drittel aufgefangen werden. Über virtuelle Angebote (gut ausgebaut in **Bayern**) und Flexibilität sei ein weiteres Drittel zu schaffen. Und 20 000 Studenten könnten im Ausland studieren. Wie in Norwegen stellt sich Müller-Böling vor, dass der Staat für jeden Studierenden 25 000 Euro zahlt. Das sei billiger, als neue Kapazitäten aufzubauen - zumal ab 2015 die Zahlen wieder sinken.

Prof. Marion Schick, Präsidentin der FH München und Vorsitzende der Hochschule **Bayern** e.V., begrüßte das neue Gesetz, das den Hochschulen für angewandte Wissenschaften neue Möglichkeiten eröffne, sah aber angesichts immer dynamisch werdender Märkte schon die nächste Novellierung voraus. Im Vergleich zu Universitäten sind die FHs spartanisch ausgestattet mit Personal. Umso mehr werde man darauf achten, dass Studiengebühren ausschließlich zur Qualitätsverbesserung und nicht zur Kapazitätsausweitung verwendet würden, kündigte sie an. Prof. Schweitzer sah riesige Probleme: Man müsse die Studienverhältnisse deutlich verbessern, den Studentenberg bewältigen, die Hochschulen profilieren, obschon man bereits jetzt mit Überlast kämpfe und die bauliche Substanz vielfach schon bröckle, weil die

Neues Gesetz braucht "Mut zur Langsamkeit" Mittel fehlten. "Wir brauchen frisches Geld. Eine Milliarde Euro zusätzlich für die Jahre 2011 bis 2015" so der Passauer Rektor .

Bei einer Podiumsdiskussion klagte Prof. Yvonne Stry, Prorektorin der FH Nürnberg, über die Qualität vieler Studienanfänger. Prof. Ulf Zimmer (Rektor Uni Regensburg) beklagte: "Wenn die Finanzminister mehr Macht in Bildungsfragen haben als die Hochschulminister, sind wir auf dem falschen Weg." Sponsoring aber sei kein Ausweg ("vergiftetes Geld"); jeder Sponsor müsse vor dem Finanzamt den Mehrwert für sein Unternehmen nachweisen, das höhle die Autonomie der Universitäten aus. Besser sei es, Stiftungen und Erbschaften so be-

vorzugt zu behandeln wie in den USA. Nach forschen Querschüssen von Prof. Mittelstraß bat Ltd. Ministerialrat Johann Störle, "Vater" des neuen Hochschulgesetzes, um "Mut zur Langsamkeit"

Cornelia Wohlhüter

"Ich halte nichts von pauschalen 500 Euro"

(05.07.2006 Kurt Höller) NZ Nürnberger Zeitung

RCDS-Landesvorsitzender Höller zu Gebühren

Der **CSU**-nahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) hat sich als erste Studentenorganisation aktiv für Studiengebühren ausgesprochen. Zum Sommersemester 2007 müssen Studenten an Fachhochschulen zwischen 100 und 500 Euro, an Universitäten zwischen 300 und 500 Euro bezahlen. Die NZ fragte den **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller** aus **Erlangen**, wie ein gutes Gebührensystem aussehen könnte.

NZ: Herr **Höller**, **Bayerns** Hochschulen dürfen innerhalb eines bestimmten Rahmens selbst entscheiden, wie hoch ihre Studiengebühren sind. Sie dürfen auch innerhalb einzelner Fächer unterscheiden. Was halten Sie von diesen differenzierten Gebühren?

Höller: Der **RCDS** hat diese sogar gefordert. Und das sogar zu einem Zeitpunkt, in dem differenzierte Beiträge im Wissenschaftsministerium noch eher ablehnend beurteilt worden waren. Wir fordern die Universitäten auf, für einzelne Fächer unterschiedlicher Gebühren zu verlangen. Natürlich nur dann, wenn es von der Verwaltung her möglich ist. Aber das sollte in einer modernen Uni möglich sein.

NZ: Nach welchen Gesichtspunkten wollen Sie differenzieren?

Höller: Ich würde nur nach dem differenzieren, was für Studenten mehr aufgewendet wird als bisher. Wenn nichts verbessert wird, dann sollten die Studienbeiträge auch nur auf einem Minimallevel erhoben werden. In dem Maße, in dem die Studienbedingungen gegenüber dem heutigen Zustand verbessert werden, kann ich auch die Studienbeiträge verlangen. Deshalb halte ich auch nichts von pauschalen 500 Euro. Dann wäre der Anreiz bei weitem nicht so gegeben zu zeigen, wie gerechtfertigt die Beiträge sind. Ich würde die Beiträge aber nicht an andere Faktoren koppeln, wie den Berufs- oder Einkommensperspektiven oder den Kosten des Gesamtstudiums. Sonst bekomme ich auch wieder eine Subventionierung einzelner Studiengänge.

NZ: Wofür sollen Ihrer Meinung nach die Studiengebühren eingesetzt werden?

Höller: Sie sollen nur zur Verbesserung der Lehre verwendet werden, also zum Beispiel zusätzliche Tutorien, Materialien oder Bücher. Wenn es die Studenten wünschen, können auch Dinge rund um das Studium herum angeschafft werden, zum Beispiel eine Couch für eine Freizeitecke. Auf jeden Fall dürfen damit keine Vorlesungen oder andere Dinge finanziert werden, die essenziell für ein Studium sind. Die zusätzlichen Gelder sollten zum großen Teil direkt an die Fakultäten gehen und dort von einem Gremium, das zur Hälfte aus Studenten besteht, verteilt werden können.

NZ: Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass die Mittel im Haushalt nach der Einführung gekürzt werden?

Höller: Gekürzt wird sicher nicht. Dies ist im Innovationsbündnis vereinbart. Es besteht nur die Gefahr bei dem erwarteten Studentenberg, dass die Mittel nicht so zunehmen wie die Zahl der Studenten. Wichtig ist deshalb, dass die Beiträge nur für studienverbessernde Dinge ausgegeben werden und nicht für Dinge, die die Zahl Studienplätze erhöhen. Aber das ist im Gesetz geregelt.

NZ: Die Verwaltungsgebühren in Höhe von 50 Euro pro Semester verschwinden auch im Staatshaushalt.

Höller: Ich fordere auch vehement deren Abschaffung. Wenn ich mich damit nicht durchsetzen kann, sollten sie zumindest zur Verwaltung der Studienbeiträge genutzt werden.

NZ: Wird es durch Gebühren weniger Studenten geben?

Höller: Das einzige, was abnehmen wird, ist die Zahl der Langzeitstudenten. Ich glaube, es wird weniger Abbrecher geben.

Fragen: Markus Kaiser

RCDS-Landesvorsitzender Höller zu Gebühren

„Ich halte nichts von pauschalen 500 Euro“

Der CSU-nahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) hat sich als erste Studentenorganisation aktiv für Studiengebühren ausgesprochen. Zum Sommersemester 2007 müssen Studenten an Fachhochschulen zwischen 100 und 500 Euro, an Universitäten zwischen 300 und 500 Euro bezahlen. Die NZ fragte den RCDS-Landesvorsitzenden Kurt Höller aus Erlangen, wie ein gutes Gebührensystem aussehen könnte.

NZ: Herr Höller, Bayerns Hochschulen dürfen innerhalb eines bestimmten Rahmens selbst entscheiden, wie hoch ihre Studiengebühren sind. Sie dürfen auch innerhalb einzelner Fächer unterscheiden. Was halten Sie von diesen differenzierten Gebühren?

Höller: Der RCDS hat diese sogar gefordert. Und das sogar zu einem Zeitpunkt, in dem differenzierte Beiträge im Wissenschaftsministerium noch eher ablehnend beurteilt worden waren. Wir fordern die Universitäten auf, für einzelne Fächer unterschiedliche Gebühren zu verlangen. Natürlich nur dann, wenn es von der Verwaltung her möglich ist. Aber das sollte in einer modernen Uni möglich sein.

NZ: Nach welchen Gesichtspunkten wollen Sie differenzieren?

Höller: Ich würde nur nach dem differenzieren, was für die Studenten mehr aufgewendet wird als bisher. Wenn nichts verbessert wird, dann sollten die Studienbeiträge auch nur auf

einem Minimallevel erhoben werden. In dem Maße, in dem die Studienbedingungen gegenüber dem heutigen Zustand verbessert werden, kann ich auch die Studienbeiträge verlangen. Deshalb halte ich auch nichts von pauschalen 500 Euro. Dann wäre der Anreiz bei weitem nicht so gegeben zu zeigen, wie gerechtfertigt die Beiträge sind. Ich würde die Beiträge aber nicht an andere Faktoren koppeln, wie den Berufs- oder Einkommensperspektiven, oder den Kosten des Gesamtstudiums. Sonst bekomme ich auch wieder eine Subventionierung einzelner Studiengänge.

NZ: Wofür sollen Ihrer Meinung nach die Studiengebühren eingesetzt werden?

Höller: Sie sollen nur zur Verbesserung der Lehre verwendet werden, also zum Beispiel für zusätzliche Tutorien, Materialien oder Bücher. Wenn es die Studenten wünschen, können auch Dinge rund um das Studium herum angeschafft werden, zum Beispiel eine Couch für eine Freizeitecke. Auf jeden Fall dürfen damit keine Vorlesungen oder andere Dinge finanziert werden, die essenziell für ein Studium sind. Die zusätzlichen Gelder sollten zum großen Teil direkt an die Fakultäten gehen und dort von einem Gremium,

das zur Hälfte aus Studenten besteht, verteilt werden können.

NZ: Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass die Mittel im Haushalt nach der Einführung gekürzt werden?

Höller: Gekürzt wird sicher nicht. Dies ist im Innovationsbündnis vereinbart. Es besteht nur die Gefahr bei dem erwarteten Studentenberg, dass die Mittel nicht so zunehmen wie die Zahl der Studenten. Wichtig ist deshalb, dass die Beiträge nur für studienverbessernde Dinge ausgegeben werden und nicht für Dinge, die die Zahl der Studienplätze erhöhen. Aber das ist im Gesetz geregelt.



Kurt Höller

NZ: Die Verwaltungsgebühren in Höhe von 50 Euro pro Semester verschwinden auch im Staatshaushalt.

Höller: Ich fordere auch vehement deren Abschaffung. Wenn ich mich damit nicht durchsetzen kann, sollten sie zumindest zur Verwaltung der Studienbeiträge genutzt werden.

NZ: Wird es durch Gebühren weniger Studenten geben?

Höller: Das einzige, was abnehmen wird, ist die Zahl der Langzeitstudenten. Ich glaube, es wird weniger Abbrecher geben. *Fragen: Markus Kaiser*

Herrmanns Stimme für FH-Ausbau und Anna Eder

(27.06.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Deggendorf (af). Bei seinem Besuch an der Fachhochschule hat Dr. Joachim Herrmann (Mitte), **CSU**-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, gestern nicht nur eine Lanze für die Wiederwahl seiner Parteifreundin Anna Eder (2.v.l.) als Oberbürgermeisterin gebrochen ("Du bist die richtige Frau am richtigen Platz"), sondern auch für den Ausbau der FH Deggendorf.

"Das Geld für die FH war bisher gut angelegt", sagte er, "denn sie steht für Wachstum und Fortschritt. Also ist es nur angemessen, hier weiter zu investieren." Er gab u.a. Prof. Klaus Nitsche, Dekan der Fakultät Maschinenbau Recht, der auf den Mangel an Ingenieuren hingewiesen und eine Stärkung des Standorts **Bayern** gefordert hatte. Dazu Herrmann, der sich auch ein Bild von der Aufbruchstimmung in China gemacht hatte: "Wir dürfen nicht ins Hintertreffen geraten."

Gemeinsam mit FH-Präsident Prof. Reinhard Höpfl (l.), **Kurt Höller** (3.v.l.), **Landesvorsitzender** des **RCDS**, auf dessen Initiative Herrmann im Rahmen seiner Kabinettstour gekommen war, sowie Christian Moser (2.v.r.), Kreisvorsitzender der **JU** Deggendorf, besuchte der Gast ein Labor für Optical Engineering. Dort erläuterte Doktorand Markus Schirnhärl (r.) u.a. die Bearbeitung von Speziellinsen.

Bei der anschließenden Diskussion, zu der Prof. Höpfl auch Kollegen der Kent Business School of the University of Canterbury als Partner-Uni für die Bachelor- und Masterstudiengänge (BA/MA) begrüßen konnte, sprach Fraktionschef Herrmann u.a. über Politik und Europa, christliche Werte und Toleranz. "Ich erwarte von Ausländern, dass sie unsere Kultur und Grundwerte akzeptieren und sich integrieren." Nicht nur in diesem Zusammenhang sei der Rohstoff Bildung höchstes Gut. In diesem System gehöre "mehr denn je den Fachhochschulen die Zukunft". Er kritisierte die zu lange Ausbildungsdauer, lobte BM/MA und geißelte Neid als Erfolgsverhinderer. "Bereitschaft zur Leistung und Freude am Erfolg müssen wir in die Arbeitswelt hineintragen." (Ausführlicher Bericht morgen)Binder

Neu gegründet und anerkannt

(02.06.2006 Kurt Höller) Main-Post

RCDS Gruppe**Mettener bekunden in Rom Verbundenheit mit "ihrem" Kardinal****(29.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse****Romfahrt zum 95. Geburtstag von Dr. Augustinus Kardinal Mayer - Abt Wolfgang M. Hagl, Landrat und Bürgermeister unter Gratulanten**

Metten/Rom (ba). Wer hat schon einen Kardinal in Rom und durch ihn und dessen Heimatkloster enge Beziehungen zum Vatikan und zum Heiligen Stuhl? Das blieb einmal mehr den Mettenern vorbehalten, die mit einer großen Delegation in die Ewige Stadt reisten, um dem früheren Hausvater der Benediktinerabtei, Dr. Augustinus Kardinal Mayer, zum 95. Geburtstag zu gratulieren und dann auch noch bei der Generalaudienz von Papst Benedikt XVI. als eine der vielen Gruppen aus Deutschland vom Heiligen Vater genannt zu werden.

Die von der Marktgemeinde, deren Ehrenbürger der Kardinal ist, organisierte Fahrt wurde für alle Teilnehmer ein besonders Erlebnis. Abt Wolfgang M. Hagl, Cellerar Pater Markus Haering, Landrat Christian Bernreiter und Baron von Poschinger kamen per Flugzeug. In Rom gesellten sich einige Alt-Mettener dazu, u.a. **RCDS**-Chef **Kurt Höller** und Journalist Florian Eder. Im Mettener Bus fehlten auch nicht Bürgermeister Erhard Radlmaier, die Marktgemeinderäte Ludwig Fischer, Wolfgang Paukner und Oberstudiendirektor i.R. Walter Matl sowie die Leiterin der Hauptschule Irmgard Jabornitzky und der Abt-Utto-Grundschule Reinhard Hübl.

Für den betagten Jubilar hatte man Schmankerl aus **Bayern** als Geschenk dabei: Salami, Bauernbrot, Zwickl-Bier und ein paar Flascherl von den Maltersdorfer Klosterschwestern. Ein kleines Geburtstagsständchen zweier Sangesbrüder aus Metten freute den Kardinal besonders.

Erster Höhepunkt der Reise war der gemeinsame Gottesdienst im Campo Santo, dem Deutschen Friedhof neben dem Petersdom. Abt Wolfgang betonte, dass in der Liturgie der Geburtstag eigentlich nicht vorgesehen

sei, jedoch der Geburtstag des geschätzten Kardinals ein besonders Ereignis sei und man in der Eucharistiefeyer Dank sagen wolle. Der Abt gratulierte dem ältesten Mitbruder des Mettener Konvents, wünschte ihm Gottes reichsten Segen, einen Blick zurück in Dankbarkeit, Zufriedenheit, einen Blick nach vorne voller Hoffnung und Gelassenheit. Abt Wolfgang sagte: "Wir erleben in Ihnen noch heute eine kirchliche Persönlichkeit von großer Überzeugungskraft, in der sich Prinzipientreue und Stehvermögen mit Weitherzigkeit und Güte verbinden."

Der Heilige Vater hatte schon vormittags telefonisch gratuliert. Zu den Gratulanten gehörte auch der deutsche Botschafter am Heiligen Stuhl, Dr. Gerd Westdickenberg, der dem Kardinal ein persönliches Schreiben von Bundeskanzlerin Angela Merkel übergab. Gute Sitzplätze für die Mettener gab es bei der Generalaudienz einen Tag später. Der Heilige Vater fuhr von rund 70 000 Menschen umjubelt, direkt an der Pilgergruppe aus Metten vorbei. Mit Überraschung und großer Freude wurde die Nennung der Pilgergruppe aus der Abtei Metten durch Benedikt XVI. von den Reiseteilnehmern registriert und applaudiert.

Die Tage und Stunden in Rom waren mit einem großen Besuchsprogramm ausgebucht und man hatte mit Abt Wolfgang, Pater Markus und Walter Matl gute Führer durch St. Peter mit Besuch des Papstgrabs von Johannes Paul II., Lateranbasilika, Heilige Stiege, S. Maria Maggiore, S. Prassede, Kolosseum, Forum Romanum, Piazza Navona, Pantheon, Trevi-Brunnen, Spanische Treppe, Aventin, S. Sabina und S. Anselmo, Circus Maximus, Palatin, Sankt Paul vor den Mauern und Tivoli. In Subiaco, der Einsiedelei des hl. Benedikt, feierte man mit Abt Wolfgang und Pater Markus den Abschlussgottesdienst einer denkwürdigen Romreise.

Europa als Chance für Studenten

(27.05.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

Metten – Über die Chancen und Risiken der jungen Generation in Europa diskutierte der **RCDS Bayern** mit Europaministerin Emilia Müller, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Ingo Friedrich, Deggendorfs Oberbürgermeisterin Anna Eder und dem Mettener Abt Wolfgang Hagl im Kloster Metten. **RCDS**-Chef **Kurt Höller** forderte ein ausgebautes Stipendienwerk für Mittel- und Osteuropa, um den Austausch mit den neuen Mitgliedern zu stärken. Diese Vernetzungsprogramme müssten nach dem Vorbild des Regensburger EUROPAEUMS erweitert werden.

Zum Abschluss erörterten die Studenten bei einem Kamingespräch mit dem langjährigen Chefredakteur des Bayernkurier, Winfried Scharnagl, den Wandel **Bayerns** vom Agrar- zum Innovationsstandort. AvD

RCDS sieht Europa als Chance

(22.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Studenten diskutierten mit Politikern über die Zukunft der EU

Metten (pnp). "Europa bietet uns die Chance auf Frieden in den kommenden Jahr-zehnten", resümiert der Vorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern (RCDS)**, **Kurt Höller**.

Gemeinsam mit der Bayerischen Europaministerin Emilia Müller, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Dr. Ingo Friedrich, und der Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder diskutierten die Studenten aus ganz **Bayern** am Freitag im Kloster Metten (Lkr. Deggendorf) über die Zukunft des Projekts Europa. "Der **RCDS** möchte gerade die mittel- und osteuropäischen Länder für deutsche Studenten attraktiver machen", sagte **Höller**. Am Samstag fand ein Kamingespräch mit Winfried Scharnagl, dem langjährigen Chefredakteur des Bayernkuriers, statt.

Studenten fordern Vernetzungsprogramme

(22.05.2006 Kurt Höller) Straubinger Tagblatt

Metten. (ta) Die Grundstimmung zur Europäischen Union ist derzeit nicht mehr so positiv, wie sie schon einmal war, so das Resümee des Vizepräsidenten des Europaparlaments, Ingo Friedrich, am Freitagabend in Metten (Kreis Deggendorf). Neben Friedrich nahmen **Bayerns** Europaministerin Emilia Müller und Studenten aus ganz **Bayern** an einer Diskussionsrunde des Landesverbandes des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) im Mettener Kloster teil. Da der **RCDS** die mittel- und osteuropäischen Länder für deutsche Studenten attraktiver machen wolle, mache sich der der Verband für ein ausgebautes Stipendienwerk für Mittel- und Osteuropa

stark, sagte **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller**. Um dies zu gewährleisten, müssten europäische Vernetzungsprogramme ausgebaut werden.



"Europa hat Antworten auf Herausforderungen"

(20.05.2006 Kurt Höller) Passauer neue Presse

Ingo Friedrich und Emilia Müller diskutieren in Metten über Europa-Politik und verweisen auf die Erfolge der EU

Wendelin Trs Metten. Europa kann die Nationalstaaten nicht ersetzen.

Europa wird kein Paradies schaffen. Aber: "Nur Europa hat die Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts." Ingo Friedrich hat gestern Abend bei einer Podiumsdiskussion des Rings christlich-demokratischer Studenten (**RCDS**) versucht, die Europa-Skeptiker zu überzeugen. Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments will die Menschen mitnehmen, denn ihm ist wichtig, dass aus dem "Eliten-Projekt ein Volks-Projekt" wird.

Ungemein erfolgreich sei die Europäische Union bisher ohnehin, ist Friedrich überzeugt. Zusammen mit der Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller, Deggendorfs Oberbürgermeisterin Anna Eder und **RCDS-Landesvorsitzendem Kurt Höller** diskutierte er gestern im Wittelsbacher Saal des Klosters Metten unter der Moderation von PNP-Redakteur Alexander Kain das Thema "Europa - Chancen und Risiken einer jungen Generation".

Und gerade auf die Herausforderungen der Zukunft biete die EU Lösungen. "Je internationaler die Welt, desto mehr schwindet die Demokratie", so Friedrich im Hinblick etwa auf die WTO. Die EU habe einen erfolgreichen Versuch hinter sich, einen Zusammenschluss mehrerer Nationen demokratisch zu regeln. Nur eine starke, große Gemeinschaft könne Regeln eines fairen Handels durchsetzen und damit den Markt schützen. "Wir haben den Binnenmarkt bereits erfolgreich verwirklicht. Diese Frage wird global nochmal auf uns zu kommen", könne die EU bereits auf ihre Erfahrungen bauen, ebenso beim Schaffen von Frieden. Dies sei als einzelne Nation nicht mehr zu leisten, auch nicht als Frankreich oder Großbritannien. "Wenn man fragt, wer kann helfen, kommt immer Europ heraus."

Auch Emilia Müller geht davon aus, dass Europa nicht das Problem sondern die Chance sei. Die Ministerin verkannte ebenso wie Friedrich und **Höller** nicht, dass die öffentliche Wahrnehmung heutzutage in die entgegengesetzte Richtung laufe. Müller will den "Mehrwert" Europas den Menschen näher bringen. Viele Annehmlichkeiten der EU würden heute als Selbstverständlichkeit angesehen, "aber das ist es nicht". "Wir haben auch unseren Beitrag dazu zu leisten, auch wenn es manchmal Cash bedeutet", so Müller. Nur so könnten sich die Länder in der EU entwickeln, dies sei die einzige Chance in der globalen Welt.

Dass sich die Europäische Kommission zu sehr mit Kleinigkeiten beschäftige, kritisierte Anna Eder. "Größere Themen und Probleme müssen dafür noch weitaus besser auf der europäischen Ebene diskutiert werden."

Eine Europäische Verfassung sei notwendig, um die Kompetenzen untereinander abzustecken, darin solle auch die Subsidiarität festgeschrieben werden, so Friedrich. Sie sei aber dringend notwendig, dem noch größeren Europa die richtigen Instrumente zu geben, war er sich mit Emilia Müller einig.

Beide vertraten auch die Position einer zurückhaltenden Aufnahmepolitik. "Wir müssen anfangen, uns darüber konkrete Gedanken zu machen", setzt die Staatsministerin vor allem Hoffnung auf die kommende deutsche Ratspräsidentschaft. Friedrich gab zu bedenken, dass die Aufnahmefähigkeit - finanziell und mental - bisher zu wenig berücksichtigt worden sei. "Wir müssen den Türken sagen, was hättet ihr davon, wenn ihr beitretet und Europa implodiert." Schließlich sei Europa auf den "Erfolg des Projekts" angewiesen.

Den Ort für die Diskussion und seine Klausur hatte der **RCDS** gut gewählt, denn "das Thema Europa ist bei uns zu Hause", führte Abt Wolfgang M. Hagl die Teilnehmer in das Gespräch ein. Dem Abt fehlen heute vor allem die Europa-Visionäre. Deutlich stellte er aber auch in Frage, warum die christlichen Wurzeln Europas "verschämt verschwiegen" werden. Für ihn sollten als "Wegweiser im pluralistischen Wirrwarr" vor allem auch die christlichen Werte und Heiligen dienen.

RCDS Bayern fest in Altmettener

(18.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Studentenvertretung tagt ab morgen im Kloster

München/Metten (cwo). Es ist kein Zufall, dass der **RCDS Bayern** wieder hinter den Klostermauern von Metten (Lkr. Deggendorf) in Klausur geht: Nicht nur **Kurt Höller**, der gerade in Wildbad Kreuth als **Landesvorsitzender** der Christlich-Demokratischen Studenten bestätigt wurde, ist „Altmettener“. Auch die Schatzmeisterin Cordula Spitzer hat im Gymnasium Metten die Grundlagen für ihr Studium gelegt, ebenso wie der neue stellvertretende Landesvorsitzende Stephan Rabl.

Mit einer hochkarätig besetzten öffentlichen Podiumsdiskussion über Europa beginnt die Tagung morgen, Freitag. Im Festsaal des Benediktinerstifts diskutieren ab 19 Uhr Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europaparlaments und stellvertretender **CSU**-Vorsitzender, Europaministerin Emilia Müller, die Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder und **RCDS**-Chef **Kurt Höller** über Chancen und Risiken der EU für die junge Generation. PNP-Wirtschaftsredakteur Alex Kain wird den Abend moderieren.

In Kreuth zeigten sich die **CSU**-nahen Studenten durchaus kritisch gegenüber der bayerischen Hochschulpolitik. Sie forderten für das Lehrangebot der Hochschulen nicht nur eine interne Beurteilung durch Studenten, sondern auch eine Evaluation durch internationale Experten: „Wenn wir als Studenten bald Studienbeiträge zahlen, haben wir Anspruch auf exzellente Lehre“, sagte **Höller** zu Hochschulminister Goppel. Für eine schlechte Bewertung müsse es auch Konsequenzen geben.

Zudem forderte der **RCDS** die Abschaffung der Verwaltungsgebühren, wenn die Studienbeiträge erhoben werden. Minister Goppel versprach den Studierenden, für die Studienbeiträge werde ein sozial abgefedertes Kreditmodell angeboten. An den Gebühren werde in **Bayern** kein Studium scheitern. Unzufrieden äußerte sich der **RCDS** mit der Regelung, dass Studenten mit zwei Geschwistern von den Beiträgen befreit werden: „Das sei ein Systembruch“, so **Höller**. Die Studenten müssten für diese Art von Familienpolitik aufkommen.

RCDS Bayern fest in Altmettener Hand

Studentenvertretung tagt ab morgen im Kloster

München/Metten (cwo). Es ist kein Zufall, dass der RCDS Bayern wieder hinter den Klostermauern von Metten (Lkr. Deggendorf) in Klausur geht: Nicht nur Kurt Höller, der gerade in Wildbad Kreuth als Landesvorsitzender der Christlich-demokratischen Studenten bestätigt wurde, ist „Altmettener“. Auch die Schatzmeisterin Cordula Spitzer hat im Gymnasium Metten die Grundlagen für ihr Studium gelegt, ebenso wie der neue stellvertretende Landesvorsitzende Stephan Rabl.

Mit einer hochkarätig besetzten öffentlichen Podiumsdiskussion über Europa beginnt die Tagung morgen, Freitag. Im Festsaal des Benediktinerstiftes diskutieren ab 19 Uhr Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europaparlaments und stellvertretender CSU-Vorsitzender, Europaministerin Emilia Müller, die Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder und RCDS-Chef Höller über Chancen und Risiken der EU für die junge Generation. PNP-Wirtschaftsredakteur Alexander Kain wird den Abend moderieren.

In Kreuth zeigten sich die

CSU-nahen Studenten durchaus kritisch gegenüber der bayerischen Hochschulpolitik. Sie forderten für das Lehrangebot der Hochschulen nicht nur eine interne Beurteilung durch Studenten, sondern auch eine externe Evaluation durch internationale Experten: „Wenn wir als Studenten bald Studienbeiträge zahlen, haben wir Anspruch auf exzellente Lehre“, sagte Höller zu Hochschulminister Thomas Goppel. Für eine schlechte Bewertung müsse es auch Konsequenzen geben.

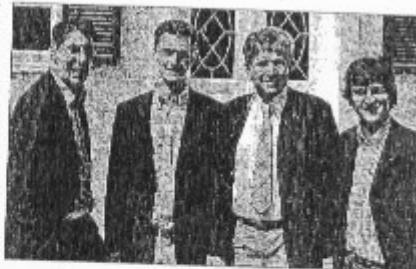
Zudem forderte der RCDS die Abschaffung der Verwaltungsgebühren, wenn die Studienbeiträge erhoben werden. Minister Goppel versprach den Studierenden, für die Studienbeiträge werde ein sozial abgefedertes Kreditmodell angeboten. An den Gebühren werde in Bayern kein Studium scheitern. Unzufrieden äußerte sich der RCDS mit der Regelung, dass Studenten mit zwei Geschwistern von den Beiträgen befreit werden: „Das sei ein Systembruch“, so Höller. Die Studenten müssten für diese Art von Familienpolitik aufkommen.

RCDS Passau trifft Minister Goppel

(17.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

RCDS Passau trifft Minister Goppel

Auf der Landesdelegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern in Wildbad Kreuth hat der RCDS Passau Einblick in das neue Bayerische Hochschulgesetz gewonnen. Am 18. Mai soll es im Parlament zum Beschluss vorgelegt werden. Der bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Thomas Goppel, stellte die geplanten Änderungen vor. Die Passauer Delegierten Benedikt Oiberding, Raphael Roggendorf, Florian Steidl und Johannes Wedekind diskutierten mit dem Minister ihre studentischen Standpunkte. Themen waren unter anderem der Umgang mit den kommenden Studienbeiträgen, die Darlehensfinanzierung sowie das Ausmaß der angestrebten Ausweitung der Selbstverwaltung der Hochschulen. In der Versammlung wurde der amtierende Landesvorsitzende Kurt Höller (26) mit großer Mehrheit in seiner dritten Amtszeit bestätigt. Im Bild (v.l.) Kurt Höller, Florian Steidl, Minister Goppel und Johannes Wedekind.



Bamberger an RCDS-Spitze

(17.05.2006 Kurt Höller) Fränkischer Tag

Bamberg. Der 23-jährige Bamberger Stephan Rabl ist von der Landesdelegierten-versammlung in Wildbad/Kreuth vor kurzem zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) **Bayern** gewählt worden. Er ist damit Stellvertreter des wiedergewählten Landesvorsitzenden, **Kurt Höller** (26).

Bildungspolitik der Zukunft

(13.05.2006 Karsten Dietel) RCDS diskutiert mit Wissenschaftsminister Goppel über das neue Hochschulgesetz

Kreuth – Hochaktueller Besuch beim bildungspolitischen Kooperationsseminar des **RCDS Bayern** und der Hans-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth: Mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und dem Ausschussvorsitzenden Ludwig Spaenle stellten die Väter des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes ihren Entwurf vor.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Diskussion mit dem Studentenverband lag beim Thema Evaluation. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten will zur internen Beurteilung durch Studenten auch eine externe Begutachtung durch internationale Experten, um eine aussagekräftige Bewertung des Lehrangebotes zu erhalten. „Wenn wir Studienbeiträge bezahlen, haben wir auch Anspruch auf eine exzellente Lehre“, so **RCDS-Vorsitzender Kurt Höller**. Evaluation müsse Konsequenzen haben. „Es kann nicht sein, dass in **Bayern** hochbezahlte Professoren die Hörsäle leer lesen. Hier brauchen wir Sanktionen.“

Diese für die 1500 **RCDS**-Mitglieder zentrale Forderung ist im neuen Gesetzesentwurf weitestgehend verwirklicht. Aber Goppel warb um das rechte Maß und um Sachbezogenheit. Evaluation dürfe nicht zur Schmähekritik führen: „Einen Professor durch Evaluation den Stempel des Buhmanns aufzudrücken, wäre für mich kein probates Mittel.“

Die Abschaffung der Verwaltungsgebühr fordert **Höller**: „Es kann ja nicht sein, dass wir bald drei Mal Geld verlangen: Erst die Studienbeiträge, dann den Studentenwerksbeitrag und zum Schluss noch die Verwaltungsgebühren.“ Nach Auffassung des **RCDS** müssen Studienbeiträge durch Kredite finanzierbar bleiben. Goppel kam hier mit einer guten Nachricht für die 20 bayerischen **RCDS**-Hochschulgruppen nach Kreuth. Sein Verhandlungsergebnis für die Studienbeiträge läge deutlich unter den Plänen anderer Länder. Der Wissenschaftsminister versprach: „Es wird dazu in nächster Zeit konkrete Zahlen geben. Die Staatsregierung steht zu ihrem Wort, die Studienbeiträge sozial abzufedern.“

Minister Goppel zeigte sich über fachlich fundierte Kritik des **RCDS** erfreut. Er und Spaenle betonten den Paradigmenwechsel der Hochschulpolitik durch das neue Gesetz: Die Bayerischen Hochschulen würden modernisiert und für das 21. Jahrhundert fit gemacht.

Professor Joachim Hornegger aus **Erlangen** bestätigte in seinem Vortrag „Wirtschaft und Wissenschaft“, dass die bayerische Wissenschaftspolitik gut aufgestellt sei. Sie dürfe sich aber nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Er forderte Leistungsorientierung auf allen Ebenen, Abschaffung der Verbeamtung von Professoren, Profilbildung der Unis sowie frühzeitige Integration der Studenten in den Forschungsbetrieb.

Zum Schluss der zweitägigen Tagung ermutigte der Leiter des Förderungswerkes der Hans-Seidel-Stiftung, Professor Hans Peter Niedermeier, die Anwesenden, sich für Stipendien zu bewerben. (Frank Gübner)

Bildungspolitik der Zukunft

RCDS diskutiert mit Wissenschaftsminister Goppel über das neue Hochschulgesetz

Kreuth - Hochaktueller Besuch beim bildungspolitischen Kooperationsseminar des RCDS Bayern und der Hans-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth. Mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und dem Ausschussvorsitzenden Lüdwig Späthle stellten die Väter des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes ihren Entwurf vor.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Diskussion mit dem Studentenverband lag beim Thema Evaluation. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten will zur internen Beurteilung durch Studenten auch eine externe Begutachtung durch internationale Experten, um eine aussagekräftige Bewertung des Lehrangebotes zu erhalten. „Wozu wir Studienbeiträge bezahlen, haben wir auch einen Anspruch auf exzellente Lehre“, so RCDS-Vorsitzender Kurt Höller. Evaluation müsse Konsequenzen haben. „Es kann nicht sein, dass in Bayern hochbezahlte Professoren die Hörsäle leer lassen. Das brauchen wir Sanktionen.“

Diese für die 1500 RCDS-Mitglieder zentrale Forderung ist im neuen Gesetzesentwurf weitestgehend um das rechte Maß und um Sachbezogenheit. Evaluations dürfte nicht zu Schönheitskritik führen: „Einem Professor durch Evaluation den Stempel des Substanziellen aufzudrücken, wäre für mich kein positives Mittel.“ Die Abschaffung der Verwaltungsgebühren fordert Höller: „Es kann ja nicht sein, dass wir bald drei Mal Geld verlangen. Erst die Studienbeiträge, dann der Studentenwerkbeitrag und zum Schluss noch die Verwaltungsgebühren.“ Nach Aufhebung des



Bildungspolitik im Blick: Thomas Goppel, Stefan Hartenberger, Cordula Spitzer, Hans-Peter Niedermeier, Kurt Höller, Michael Hornegger, Frank Gübner, Uta Meintker, Martin Degenhardt, Andreas Höpfe, Stephan Rahl (v.l.)

RCDS müssen die Studienbeiträge durch Kredite finanzierbar bleiben. Goppel kam hier mit einer guten Nachricht für die 20 bayerischen RCDS-Hochschulgruppen nach Kreuth: Sein Vorschlag, die Studienbeiträge läge deutlich unter den Plänen anderer Länder. Der Wissenschaftsminister verspricht: „Es wird dazu in nächster Zeit konkrete Zahlen geben. Die Staatsregierung steht zu ihrem Wort, die Studienbeiträge sozial abzufedern.“

Minister Goppel zeigte sich über die fachlich fundierte Kritik des RCDS erfreut. Er und Späthle betonen den Paradigmenwechsel der Hochschulpolitik durch das neue Gesetz: Die bayerischen Hochschulen wü-

den modernisiert und für das

21. Jahrhundert fit gemacht. Professor Joachim Hornegger aus Erlangen bestritt in seinem Vortrag „Wirtschaft und Wissenschaft“, dass die bayerische Wissenschaftspolitik gut aufgestellt sei. Sie dürfe sich aber nicht auf dem Lorbeer ausruhen. Er forderte Leistungsorientierung auf allen Ebenen, Abschaffung der Verbeamtung von Professoren, Profilbildung der Unis sowie frühzeitige Integration der Studenten in den Forschungsprozess.

Zum Schluss der zweitägigen Tagung ernannte der Leiter des Förderungsverbandes der Hans-Seidel-Stiftung, Professor Hans-Peter Niedermeier, die Anwesenden, sich für Stipendien zu bewerben.

Frank Gübner

Die 52 Landesdelegierten des RCDS Bayern haben in Kreuth ihren Landesvorsitzenden Kurt Höller aus Erlangen deutlich mit einer Mehrheit von 82 Prozent in seinem Amt bestätigt. Er tritt damit in sein drittes Amtsjahr. Stellvertreterin bleibt Cordula Spitzer aus Bayreuth. Neu gewählt wurden die Stellvertreter Stephan Rahl (Landsberg) und Stefan Hartenberger (Lagerberg). Der Münchner Thomas Döpfel und der Würzburger Martin Schöbber kandidierten nicht mehr. Schatzmeisterin bleibt Uta Meintker aus Erlangen.

Heftiger Schlagabtausch

(13.05.2006 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Für und Wider zur Einführung der Studiengebühren

Von Sabine Raab

Markt Schwaben - Stellt die Einführung von Studiengebühren eine zu hohe Belastung für Studenten dar, oder ist sie eine notwendige bildungspolitische Maßnahme? Um dieser Frage nachzugehen, lud die Schülermitverwaltung des Franz-Marc-Gymnasiums Markt Schwaben am Donnerstagabend Vertreter aus Politik und Hochschule zu einer Podiumsdiskussion in die Aula der Schule ein. Die Brisanz der Thematik zeigte sich im bisweilen heftigen Schlagabtausch zwischen den Rednern sowie den kritischen Fragen aus dem Publikum.

„Zu Beginn des Sommersemesters 2007 werden an den Universitäten in **Bayern** Studiengebühren zwischen 300 und 500 Euro pro Semester eingeführt“, erklärt Hans-Helmuth Günther von der Abteilung Management der TU-München zu Beginn der Diskussion. Die tatsächliche Höhe des Semesterbeitrags könnten die Unis dabei – je nach Bedarf – selbst festlegen. Seiner Meinung nach sollte der finanzielle Zugewinn auf alle Fälle der Verbesserung der universitären Verhältnisse zukommen.

Ina Faßbinder, die Vertreterin des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses (AStA) der LMU-München ist sich sehr sicher, dass in **Bayern** Studiengebühren in der Maximalhöhe von 500 Euro eingeführt werden, was sie für unzumutbar hält: „Eine Umfrage hat ergeben, dass 27 Prozent der Studierenden – vor allem Bafög-Empfänger und Frauen – ihr Studium abbrechen würden, wenn sie pro Semester 500 Euro zahlen müssten“, sagt sie. Zudem vertraue die Mehrzahl der Studenten nicht darauf, dass die Gebühren wirklich dort eingesetzt würden, wo sie am nötigsten seien.

Margarete Bause, Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, und Adelheid Rupp von der SPD halten eine Erhöhung der Studiengebühren für kontraproduktiv – schließlich sollte sich die Zahl der Studenten doch eigentlich erhöhen. „Da die Studiengebühren unabhängig davon zu zahlen sind, ob man Bafög erhält, oder nicht, müssen sich Bafög-Empfänger während des Studiums doppelt verschulden“, sagt Bause. Sie befürchtet, dass sich dadurch vor allem junge Menschen aus sozial schwächeren Verhältnissen gegen ein Studium entscheiden. Harald Renz von der Landes-Eltern-Vereinigung hebt in diesem Zusammenhang die finanzielle Mehrbelastung der Eltern durch Studiengebühren hervor.

Hier halten Hans-Helmuth Günther und der Vertreter des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, **Kurt Höller**, dagegen, indem sie auf die verschiedenen Finanzierungsmodelle verweisen. „Es gibt entweder die Möglichkeit, bei einer Bank einen Studienkredit für Lebensunterhalt und Studienbeiträge oder ein Studienbeitragsdarlehen aufzunehmen“, erklärt Günther. Die Höhe und Dauer der Rückzahlung hänge dabei von der Höhe des Einkommens nach Abschluss des Studiums ab.

Adelheid Rupp warnt dagegen davor, die Studienkredite als „sozial gerecht“ zu bewerten: „Ein Student, der von zu Hause unterstützt wird, kann sogar bei schlechten Leistungen ohne Schulden ins Berufsleben starten – einer mit besseren Leistungen, der einen Kredit aufnehmen muss, nicht.“

Ein junger Mann aus den Reihen der Zuhörer meldet sich kritisch zu Wort: „Hat denn eine Gesellschaft kein Recht auf Bildung?“, richtet er seine Frage an das Podium. Seiner Meinung nach sei die Einführung von Studiengebühren ein unzulässiger Rückzug des Staates von seiner Aufgabe, die Bildung seiner Bürger zu finanzieren. Einige Schüler aus der zwölften Jahrgangsstufe unterhalten sich nach der Podiumsdiskussion angeregt miteinander: „Bei solchen Dingen wie der Einführung von Studiengebühren geht das Vertrauen in den Staat ganz verloren“, sagt ein junger Mann. „Wenn dann nicht mal klar ist, ob die zusätzlichen Einnahmen auch wirklich den Studenten zugute kommen, macht das Ganze sowieso keinen Sinn“, bestärkt ihn eine Mitschülerin.

Dass diese Annahmen nicht ganz unbegründet sind, zeigt sich in einem Schreiben, das die bayerischen Hochschulen kürzlich erhalten haben: Darin heißt es, dass die Einzahlungen der Studenten automatisch auf dem Konto der Staatsoberkasse verbucht würden. Dabei sieht das Gesetz vor, dass die Erhebung der Studiengebühren allein Sache der Hochschulen ist.

Heftiger Schlagabtausch

Für und Wider zur Einführung der Studiengebühren

Von Sabine Raab

Markt Schwaben ■ Stellt die Einführung von Studiengebühren eine zu hohe Belastung für Studenten dar, oder ist sie eine notwendige bildungspolitische Maßnahme? Um dieser Frage nachzugehen, lud die Schölermitverwaltung des Franz-Marc-Gymnasiums Markt Schwaben am Donnerstagabend Vertreter aus Politik und Hochschule in die Aula der Schule ein. Die Brisanz der Thematik zeigte sich im zwischen heftigen Schlagabtausch zwischen den Rednern sowie den kritischen Fragen aus dem Publikum.

Zu Beginn des Sommersemesters 2007 werden an den Universitäten in Bayern Studiengebühren zwischen 300 und 500 Euro pro Semester eingeführt“, erklärt Hans-Helmuth Günther von der Abteilung Management der TU-München zu Beginn der Diskussion. Die tatsächliche Höhe der Semesterbeiträge könnten die Unis dabei – je nach Bedarf – selbst festlegen. Seine Meinung nach sollte der finanzielle Zugewinn auf alle Fälle der Verbesserung der universitären Verhältnisse zukommen.

Ina Faßbender, die Vertreterin des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses (ASTA) der LMU-München ist sich sehr sicher, dass in Bayern Studiengebühren in der Maximalthöhe von 500 Euro eingeführt werden, was sie für unannehmbar hält. „Eine Umfrage hat erge-

aus sozial schwächeren Verhältnissen gegen ein Studium entschieden. Harald Renz von der Landes-Eltern-Vereinigung hebt in diesem Zusammenhang die finanzielle Mehrbelastung der Eltern durch Studiengebühren hervor.

Hier halten Hans-Helmuth Günther und der Vertreter des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, Kurt Höller, dagegen, indem sie auf die verschiedenen Finanzierungsmodelle verweisen. „Es gibt entweder die Möglichkeit, bei einer Bank einen Studienkredit für Lebensunterhalt und Studienbeiträge oder ein Studienbeitragsdarlehen aufzunehmen“, erklärt Günther. Die Höhe und Dauer der Rückzahlung hänge dabei von der Höhe des Einkommens nach Abschluss des Studiums ab.

Adelheid Rupp warnt dagegen davor, die Studienkredite als „sozial gerecht“ zu bewerten: „Ein Student, der von zu Hause unterstützt wird, kann sogar bei schlechten Leistungen ohne Schulden ins Berufsleben starten – einer mit besseren Leistungen, der einen Kredit aufnehmen muss, nicht.“

Ein junger Mann aus den Reihen der Zuhörer meldet sich kritisch zu Wort: „Hat denn eine Gesellschaft kein Recht auf Bildung?“, richtet er seine Frage an das Podium. Seiner Meinung nach sei die Einführung von Studiengebühren ein unzulässiger Rückzug des Staates von seiner Aufgabe, die Bildung seiner Bürger zu finanzieren.



Podiumsdiskussion über Studiengebühren im Markt Schwabener Gymnasium: Kurt Höller (von links), Tanja Zieger Moderation, Elena Stingl, Ina Faßbender, Hans-Helmuth Günther, Harald Renz, Margarete Bause und Adelheid Rupp. Foto: Endt

ben, dass 27 Prozent der Studierenden – vor allem Bafög-Empfänger und Frauen – ihr Studium abbrechen würden, wenn sie pro Semester 500 Euro zahlen müssten“, sagt sie. Zudem vertraue die Mehrzahl der Studenten nicht darauf, dass die Gebühren wirklich dort eingesetzt würden, wo sie am nötigsten seien.

Margarete Bause, Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, und Adelheid Rupp von der SPD halten eine Erhöhung der Studiengebühren für kontraproduktiv – schließlich sollte sich die Zahl der Studenten doch eigentlich erhöhen. „Da die Studiengebühren unabhängig davon zu zahlen sind, ob man Bafög erhält, oder nicht, müssen sich Bafög-Empfänger während des Studiums doppelt verschulden“, sagt Bause. Sie befürchtet, dass sich dadurch vor allem junge Menschen

zielen. Einige Schüler aus der zwölften Jahrgangsstufe unterhalten sich nach der Podiumsdiskussion angeregt miteinander: „Bei solchen Dingen wie der Einführung von Studiengebühren geht das Vertrauen in den Staat ganz verloren“, sagt ein junger Mann. „Wenn dann nicht mal klar ist, ob die zusätzlichen Einnahmen auch wirklich den Studenten zugute kommen, macht das Ganze sowieso keinen Sinn“, bestärkt ihn eine Mitschülerin.

Dass diese Annahmen nicht ganz unbegründet sind, zeigt sich in einem Schreiben, das die bayerischen Hochschulen kürzlich erhalten haben: Darin heißt es, dass die Einzahlungen der Studenten automatisch auf dem Konto der Staatsoberkasse verbucht würden. Dabei sieht das Gesetz vor, dass die Erhebung der Studiengebühren allein Sache der Hochschulen ist.

Podiumsdiskussion in Marktschwaben, **Höller (RCDS BY)** links

Stephan Rabl im RCDS-Vorstand
(11.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Der Viechtacher ist stellvertretender Landesvorsitzender der Studentenvereinigung

Viechtach (vbb). Auf der diesjährigen Delegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in Wildbad Kreuth wurde der Viechtacher Stephan Rabl (23) zum stellvertretenden Vorsitzenden des **RCDS Bayerns** gewählt.

Rabl studiert seit zwei Jahren Politikwissenschaft in Bamberg und leitet dort die **RCDS**-Gruppe. "Der **RCDS** ist mit 8000 Mitgliedern in **Bayern** die größte studentische Interessenvertretung. Wir setzen uns dafür ein, dass Studenten in **Bayern** gute Bedingungen an den Hochschulen vorfinden und sehen uns als Sprachrohr in die Politik", so Rabl.

Vor seinem Engagement bei dem **CSU**-nahen **RCDS** gründete er mit einer Handvoll Schülern die Schüler-Union im Landkreis Regen, die mittlerweile knapp 70 Mitglieder zählt. Zudem hat er sich bereits in der Jungen Union Viechtach politisch betätigt. Der "Wahl-Bamberger" hat sich als Leiter der Programmkommission im Landesvorstand seine Lorbeeren verdient und wurde dafür mit seiner Wahl zum Stellvertreter belohnt. Vorsitzender des **RCDS Bayern** ist auch weiterhin der aus Deggendorf stammende **Kurt Höller** (26).

Wissenschaftsminister Thomas Goppel, einer der ersten Gratulanten für **Höller** und Rabl, zeigte sich optimistisch, dass die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen **RCDS** und Ministerium für ein weiteres Jahr gesichert sei. Gerade kurz vor der Verabschiedung des neuen Hochschulgesetzes und mitten in der Debatte um die im Sommer 2007 startenden Studienbeiträge sei eine "enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit" notwendig, so Goppel.

Des Weiteren wurden einige Anträge, darunter der Leitantrag "Evaluation der Lehre", mit einer breiten Mehrheit der Stimmen gebilligt. Sie könne jetzt an die zuständige Arbeitsgruppe übergeben und mit den Fachpolitikern beraten werden.

Podiumsdiskussion über Studiengebühren

(10.05.2006 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Markt Schwaben

Ein brandaktuelles Thema hat sich die Schülermitverwaltung des Markt Schwabener Gymnasiums für eine Podiumsdiskussion am heutigen Mittwoch, 11. Mai, vorgenommen: „Studiengebühren in **Bayern**“ wird sicherlich für einen regen Meinungsaustausch sorgen. Bekanntlich plant die Staatsregierung, von 2007 an Gebühren von 500 Euro pro Semester zu erheben. Auf dem Podium sitzen **Kurt Höller**, Ring Christlich-Demokratischer Studenten, die Abgeordneten Adelheid Rupp (SPD) und Magarete Bause (Grünen), Harald Renz von der Landes-Eltern-Vereinigung, Bezirksschülersprecherin Elena Stingl sowie Ina Faßbinder, Allgemeiner Studierenden-Ausschuss. Beginn ist um 19.30 Uhr.

Aktive Hochschulpolitik

(06.05.2006 RCDS Bayern e.V. - Karsten Dietel) Bayernkurier

RCDS berät mit Goppel neues Gesetz

Wildbad Kreuth – Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten versteht sich als die Organisation der Unionsparteien an den Hochschulen. Heute und am Sonntag diskutiert der **RCDS Bayern** bei einem Kooperationsseminar im Bildungszentrum der Hans- Seidel- Stiftung mit Staatsminister Thomas Goppel, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses im Landtag, Ludwig Spaenle, und dem Landtagsabgeordneten Georg Eisenreich die Eckpunkte des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes. Eine hochaktuelle Thematik, denn das Gesetz wird dem Landesparlament am 18. Mai zur Beschlussfassung vorgelegt.

Wesentliche Teile der bayerischen Hochschulpolitik stehen vor Veränderungen: Hin zu schlankeren Strukturen, größerer Eigenverantwortung und Modernisierung. Deshalb will sich der **RCDS** mit Studienbeiträgen, der Au-

tonomie der Hochschulen, der Selbstauswahl ihrer Studenten und dem internationalen Wettbewerb auf dem Bildungssektor auseinandersetzen.

Ferner wird in Kreuth vor den **RCDS**-Mitgliedern Professor Joachim Hornegger (Uni **Erlangen**) über die Partnerrolle von Wirtschaft und Wissenschaft in der globalisierten Welt referieren.

RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller ist stolz auf das Kreuther Programm: „Der **RCDS** ist die führende politische Kraft an den bayerischen Hochschulen. Das werden wir auch an diesem Wochenende deutlich machen.“ (Ingo Sommer)

Aktive Hochschulpolitik

RCDS berät mit Goppel neues Gesetz

Wildbad Kreuth – Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten versteht sich als die Organisation der Unionsparteien an den Hochschulen. Heute und am Sonntag diskutiert der RCDS Bayern bei einem Kooperationsseminar im Bildungszentrum der Hanns-Seidel-Stiftung mit Staatsminister Thomas Goppel, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses im Landtag, Ludwig Spaenle, und dem Landtagsabgeordneten Georg Eisenreich die Eckpunkte des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes. Eine hochaktuelle Thematik, denn das Gesetz wird dem Landesparlament am 18. Mai zur Beschlussfassung vorgelegt.

Wesentliche Teile der bayerischen Hochschulpolitik stehen vor Veränderungen: Hin zu schlankeren Strukturen,

größerer Eigenverantwortung und Modernisierung. Deshalb will sich der RCDS mit Studienbeiträgen, der Autonomie der Hochschulen, der Selbstauswahl ihrer Studenten und dem internationalen Wettbewerb auf dem Bildungssektor auseinandersetzen.

Ferner wird in Kreuth vor den RCDS-Mitgliedern Professor Joachim Hornegger (Uni Erlangen) über die Partnerrolle von Wirtschaft und Wissenschaft in der globalisierten Welt referieren.

RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller ist stolz auf das Kreuther Programm: „Der RCDS ist die führende politische Kraft an den bayerischen Hochschulen. Das werden wir auch an diesem Wochenende deutlich machen.“

Ingo Sommer
Ausführlicher Bericht folgt

Frühjahrsputz des RCDS

(04.04.2006 RCDS Bayern e.V. - Karsten Dietel) Nürnberger Nachrichten vom 04.04.2006

33 prall gefüllte Müllsäcke sind das Ergebnis einer fünfständigen Frühjahrsputz-Aktion von Studenten der Hochschulgruppe **RCDS** rund um den Wiso-Campus. Sie haben eingesammelt, was Schnee und Eis zugedeckt hatten: Flaschen, Papier, Zigarettenschachteln und sogar PC-Tastaturen.

Frühjahrsputz des RCDS

33 prall gefüllte Müllsäcke sind das Ergebnis einer fünfständigen Frühjahrsputz-Aktion von Studenten der Hochschulgruppe **RCDS** rund um den Wiso-Campus. Sie haben eingesammelt, was Schnee und Eis zugedeckt hatten: Flaschen, Papier, Zigarettenschachteln und sogar PC-Tastaturen.

(08.03.2006 Kurt Höller) Main-Post

Daniel Schubert beim RCDS im Amt bestätigt

Hochschul-Notizen

Daniel Schubert beim RCDS im Amt bestätigt

Der 20-jährige Daniel Schubert wurde in der Mitgliederversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in seinem Amt bestätigt. Der gebürtige Würzburger, der auch im Studentischen Konvent der Uni sitzt, studiert BWL im dritten Semester. „Das Wintersemester 2005/06 war ein erfolgreiches Semester für uns“, erklärte Schubert. „Durch die Gründung von Arbeitskreisen ist unsere Hochschulgruppe nun für das nächste Semester gut aufgestellt.“ Stellvertreter Schuberts ist der 21-jährige Jurastudent Martin Schröder. Das Team vervollkommen der Geschäftsführer Sebastian Kins, der Kassenwart Karl-Heinz Neder und die Beisitzer Johannes Beck, Sophie Bellefontaine, Michaela Hiebel, Philippe Gruhl, Caroline Müller, sowie Clemens Pompey. Der RCDS will laut einer Mitteilung darauf achten, „dass Studiengebühren bei den Studenten in der Lehre ankommen und nicht finanzielle Mittel zu Lasten der Lehre umverteilt werden.“ Weitere Ziele: die Verlängerung der Bibliotheks-Öffnungszeiten und der Erhalt der politischen Wissenschaft am Standort Würzburg.

Der RCDS im Internet:
www.rcds-wuerzburg.de

Neller will gegen Raumnot der Universität ankämpfen

(06.03.2006 Kurt Höller) Fränkischer Tag

Neller will gegen Raumnot der Universität ankämpfen

Bamberg - Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Jungen Union (JU) und des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) erläuterte OB-Kandidat Peter Neller seine Vorstellungen von der künftigen Entwicklung der Universität Bamberg.

Vor allem der aus einer 300%igen Überbelegung resultierenden Raumnot will Peter Neller dabei begegnen. Neben dem Erba-Gelände in Gaustadt sieht er vor allem das Areal des derzeitigen Hallenbades als möglichen Standort der Universität. Wie der FT berichtete, hat sich Neller mit diesem Anliegen auch bereits an Vize-Ministerpräsident Beckstein gewandt. „Mir wäre es lieber, das Grundstück des Hallenbades für wichtige Bildungsaufgaben zu nutzen, als dort eine wohl defizitäre

Kunsthalle zu errichten“, so Neller.

Am Rande der Veranstaltung zeigten sich die Vorsitzenden von JU und RCDS, Christian Kübrich und Stephan Rabl, erfreut darüber, dass mittlerweile auch die Liberale Hochschulgruppe das Anliegen von JU und RCDS nach einer direkten Busverbindung der beiden bestehenden Universitätsstandorte und einem erweiterten Angebot an Nachtlinien befürwortet. Bereits zur Einführung des Semestertickets hatten JU und RCDS dafür plädiert.

Gerade im Punkt der Nachtlinien will Neller nach Möglichkeiten suchen, eine Verbesserung herbeizuführen. Da die Studenten in Bamberg auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor seien, müsse die Stadt auch auf deren Bedürfnisse achten.

Haase verlangt mehr Freiheit

(21.01.2006 Kurt Höller) MAINPOST

Uni-Präsident und Studenten bereiten sich auf das neue Hochschulgesetz vor

Würzburg Mit dem Freistaat handelt er derzeit die Zielvereinbarungen für die Würzburger Universität aus, öffentlich fordert er für die Hochschulen mehr Freiheit: Präsident Professor Axel Haase wird nicht müde, die überbordende Bürokratie in den Hochschulen zu beklagen.

"Mehr Zeit zu haben für die Forschung und weniger für die Strukturplanung"- wenn es nach dem Würzburger Uni-Präsidenten geht, sollen die Wissenschaftler an den Universitäten tun, was sie am besten können: forschen und lehren. "Erst kommt die Wissenschaft, und dann ergeben sich die Strukturen oder notwendigen Veränderungen", lautet Haases Plädoyer für autonome Hochschulen. Gefahren für die Freiheit drohten dabei weniger durch inhaltliche oder fachliche Vorgaben oder gar Zensur: Zeitmangel bremst die Wissenschaftler aus. Die Professoren müssten immer mehr dokumentieren, sich immer öfter rechtfertigen, Mehrjahrespläne schreiben, Normen einhalten: "Freiheit wird heute in erster Linie eingeschränkt durch die zunehmende Reduzierung von frei verfügbarer Zeit", beklagte Haase jüngst bei einer Festveranstaltung in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München. Am Donnerstag wiederholte der Präsident seine Forderung, die Wissenschaftler von Bürokratie zu entlasten - und ihnen freie Hand zu lassen. Der Studentische Konvent hatte zu einer Podiumsdiskussion zum neuen Bayerischen Hochschulgesetz geladen, das - stimmt der Landtag zu - zum 1. Juni in Kraft tritt. Künftig soll es an den bayerischen Universitäten einen Hochschulrat geben, paritätisch besetzt mit acht Externen und acht Hochschulangehörigen. Dieses neue, mächtige Gremium wählt unter anderem den Präsidenten und den Kanzler und wird über Studiengänge entscheiden. Der Senat - bislang das zentrale Organ der Hochschulen - wird von 16 auf acht Köpfe deutlich verkleinert und verliert Befugnisse. Es sei müßig darüber zu diskutieren, wie die Gremien aussehen, sagt Haase: "Mit der neuen Grundordnung kann man Konstruktionsfehler durchaus korrigieren und bewährte Strukturen ins neue Modell retten." Christian Stock vom Sprecherrat hält es für "gewagt, den Hochschulrat mit so vielen Externen zu besetzen". Sorge bereitet ihm wie vielen Sprecherratskollegen, dass die Studenten künftig nur noch einen Vertreter in den Senat senden können. "Wir brauchen mehr studentische Mitbestimmung", findet auch Simone Tolle, Landtagsabgeordnete der Grünen. Thomas Goger, der Landesvorsitzende der Jusos, sieht die Studenten gar "entmündigt". **Kurt Höller**, der Landesvorsitzende des **RCDS**, sieht die Studenten weniger im Senat als bei Professoren-Berufungen im Abseits: Die bislang vorgeschriebene pädagogische Stellungnahme der Studierenden zu einem Bewerber sieht das neue Hochschulgesetz nämlich nicht mehr vor. Auch Karsten Klein, der stellvertretende FDP-Bezirksvorsitzende, stört sich weniger am einsamen "Super-Studenten", er kritisiert die "Fremdsteuerung, die im Hochschulrat verankert ist": "Ich finde in diesem Gesetzesentwurf keine tatsächliche Autonomie." Haase setzt auf die "Experimentierklausel", die den Hochschulen bei allen Vorgaben von außen ein wenig Gestaltungsfreiheit lässt: "Die wird sicher genutzt werden, um sinnvolle Gremien unter den neuen Bedingungen weiterzuführen."

Hochschul-Notizen

(18.01.2006 Kurt Höller) MAINPOST

Für alle Studierenden für das Lehramt an den Gymnasien findet in Hörsaal 4 des Philosophiezentrum am Hubland am Donnerstag, 19. Januar, um 17 Uhr eine Informationsveranstaltung des Bayerischen Philologenverbandes zum Referendariat statt. Es sprechen Heiner Ratsch, Bezirksvorsitzender, Walter Bertl, Hauptpersonalrat und Vorstandsmitglied des Verbandes, und Sebastian Frank, Bayerische Referendarvertretung. Ein Statement zur Gymnasialpädagogik steuert Prof. Dr. Dorit Bosse bei. Der Studentische Konvent der Uni lädt zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema "Sinnvolles Zukunftskonzept oder leere Versprechungen? - Das neue Bayerische Hochschulgesetz" ein. Über die Vor- und Nachteile des Gesetzesentwurfs diskutieren Prof. Dr. Axel Haase (Präsident der Universität Würzburg), Thomas Goger (Juso-Landesvorsitzender), Karsten Klein (stellvertretender Bezirksvorsitzender der FDP), Simone Tolle (MdL, Bündnis 90/Die Grünen), **Kurt Höller** (Landesvorsitzender **RCDS Bayern**), Christian Stock (Sprecherrat der Universität Würzburg). Die Podiumsdiskussion findet am Donnerstag, 19. Januar, im Audimax der Neuen Universität am Sanderring statt. Beginn ist um 19.30 Uhr.

AKTION DER WOCHE: Unterstützungs-Website

(10.12.2005 Kurt Höller)

Auf ungewöhnliche Art unterstützt die Jungen Union München-Solln Ministerpräsident Edmund Stoiber. Mit der Internetseite www.stoiber-tut-gut.de wollen die Nachwuchspolitiker dem **CSU**-Chef Rückenwind geben. Schon in den ersten fünf Tagen haben mehr als 1600 Interessenten die Unterstützerseite aufgerufen.

„Dieser Erfolg hat selbst unsere Erwartungen noch weit übertroffen“, meint Philipp Paulus, Vorsitzender der **JU** München-Solln. „Viele wollen Ministerpräsident Stoiber den Rücken stärken.“ Der enorme Zuspruch spreche für sich. Besonders viele junge Menschen würden an der Aktion teilnehmen, melden die Münchner. „Ob Parteigänger oder nicht – im von Stoiber durchgesetzten ausgeglichenen Haushalt erkennen sie verwirklichte Generationengerechtigkeit“, so der Sollner **JU**-Vize Tassilo Wanner. Die Zustimmung reiche vom **JU** Bezirksverband Oberfranken bis zum Kreisverband Bad Tölz - Wolfratshausen quer durch **Bayern**. Die Junge Union **Bayern** hat die Aktion auf ihrer Homepage verlinkt. Auch die Landesverbände von Schülerunion (SU) und **RCDS** haben sich der Aktion angeschlossen.

Bewertung von Professoren

(01.10.2005 Kurt Höller) Bayernkurier

München – Eine „wirksame Beurteilung der Professoren an Hochschulen“ fordert der Ring Christlich-Demokratischer Studenten. Laut **RCDS**-Chef **Kurt Höller** kommt das Evaluation der Lehre im neuen Hochschulgesetz „deutlich zu kurz“. Eine Bewertung ohne Veröffentlichung mache keinen Sinn. Vielmehr müsse Evaluation auch finanzielle Konsequenzen haben.

Im Gespräch von 50 **RCDS**-Mitgliedern mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel lobte **Höller**, die vom Freistaat eingeführte „W-Besoldung“ sei ein Schritt in die richtige Richtung.

Zu Gast bei der traditionellen Tagung, die stets zur Wiesn-Zeit stattfindet, war auch Christoph Marx, der österreichische Vorsitzende der Partner-Arbeitsgemeinschaft, sowie der Vize-Präsident der Europäischen Dachorganisation, Dieter Haas.

RCDS ist mit neuem Gesetz sehr zufrieden

(13.08.2005 Kurt Höller)

München – **Bayerns RCDS** zeigt sich mit dem neuen Hochschulgesetz „sehr zufrieden“. „Dadurch wird **Bayern** in der Lage sein, auch in Zukunft seine Spitzenposition zu verteidigen“, so **RCDS**-Landeschef **Kurt Höller**.

„Wir hätten uns zwar ein schlankeres Gesetz gewünscht, finden das Resultat aber sehr innovativ“, erklärte **Höller**. Der **RCDS** werde versuchen, die Möglichkeiten der Bewertung weiter zu stärken. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist der einzige Studentenverband, der die Einführung von fairen Studienbeiträgen unterstützt hat. Diese werden nun im neuen Hochschulgesetz ermöglicht.

„Mit Studiengebühren schaffen wir endlich das gewünschte Anbieter-Kundenverhältnis und damit auch größeren Wettbewerb zwischen den Hochschulen“, so **Höller**.

Kurt Höller bleibt RCDS-Chef

(29.07.2005 Presselounge des RCDS in Bayern e.v. - Melanie Schübel)

Metten (dz). Mit überwältigender Mehrheit wurde der Landesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten **Kurt Höller** im Amt bestätigt. Die Landesdelegiertenversammlung wählte den Altmettener mit über 93 Prozent der Stimmen für ein weiteres Jahr zum Vorsitzenden. Wissenschaftsminister Thomas Goppel (L.) sprach sich in einer Diskussionsrunde mit den Studentenvertretern dafür aus, die Autonomie der bayerischen Hochschulen weiter zu stärken sowie Überregulierung durch das neue Hochschulrahmengesetz zu vermeiden.

(Foto: **RCDS**)

Kurt Höller bleibt RCDS-Chef



Metten (dz). Mit überwältigender Mehrheit wurde der Landesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten **Kurt Höller** im Amt bestätigt. Die Landesdelegiertenversammlung wählte den Altmettener mit über 93 Prozent der Stimmen für ein weiteres Jahr zum Vorsitzenden. Wissenschaftsminister **Thomas Goppel** (l.) sprach sich in einer Diskussionsrunde mit den Studentenvertretern dafür aus, die Autonomie der bayerischen Hochschulen weiter zu stärken sowie Überregulierung durch das neue Hochschulrahmengesetz zu vermeiden. (Foto: RCDS)

Pressespiegel, PNP Regionalteil Deggendorf Mai 2005

Politik, wir kommen!

(19.06.2005 Melanie Schübel) Im September wählt Deutschland voraussichtlich eine neue Bundesregierung - und viele junge Menschen treten jetzt in Parteien ein

Von Bernhard Kellner

Nichts wie ab in die Politik - das ist die neue, überraschende Devise vieler junger Menschen! Seit klar ist, dass am 18. September ein neuer Bundestag gewählt werden soll, treten verstärkt junge Leute in die Parteien ein. Motto: Politik, wir kommen! Sogar die krisengeschüttelte SPD meldet: Von den 1325 neuen Mitgliedern sind 729 jünger als 35. Ähnlich ist es bei der **CSU**. Seit der Neuwahlankündigung des Kanzlers am 22. Mai beantragten 400 Bürger ein **CSU**-Parteibuch, 150 davon sind unter 30. Auch CDU, Grüne, FDP und PDS surfen auf der Jugendwelle. BamS befragte die neuen Parteimitglieder, warum sie sich zum Eintritt entschlossen haben.

Melanie Schübel (24)

Studentin aus **Erlangen, CSU**:

„Ich will, dass die Chancen für junge Menschen wieder besser werden. Deshalb bin ich in die **CSU** eingetreten. Die denken auch an die Zukunft der jungen Leute, etwa in der Hochschul- und Bildungspolitik.“

Frederik M. Blachetta (18) und Sören Priebe (19)

Beide Schüler in Berlin, **SPD**:

Politik bestimmt die Spielregeln unserer Gesellschaft. Wir wollen diese Regeln mitgestalten. Die SPD vertritt die wichtigsten Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Reformen Gerhard Schröders sorgen dafür, dass diese Grundwerte erhalten bleiben können.“

Gesine Liebeknecht (19)

Abiturientin aus Dresden, Grüne:

„Ich bin schon länger bei der Grünen Jugend dabei. Jetzt bin ich in die Partei eingetreten, weil ich Joschka Fischer und die anderen unterstützen will. Die Grünen sind eine Partei mit Visionen. Dort kann ich mich aktiv für Veränderungen einsetzen.“

Oliver Handschuck (35)

Unternehmensberater aus Berlin, CDU:

„Das ist jetzt wie die Wende in eine neue Zeit – bei diesem Aufbruch möchte ich mit dabei sein. Unser Land ist in einem beklagenswerten Zustand. Ich möchte mithelfen, es wirtschaftlich wieder nach vorn zu bringen. Das geht nur mit der CDU.“

Pia Patricia Weyers (25) und Mario Windisch (30)

Studentin und Medienkaufmann aus Berlin, FDP:

„Meckern hilft nicht. Wenn sich etwas ändern soll, muß man sich aktiv einsetzen. Wir haben Freunde in der FDP. Zusammen mit ihnen wollen wir unser Land wieder an die Spitze bringen.“



Pressespiegel, Bild am Sonntag 19.06.2005

Wahlkampfteam der Jungen Union

(16.06.2005 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Winzer (dz). Der Kreisverband der Jungen Union unterstützt die Wiederwahl von MdB Barthl Kalb mit Wort und Tat: Für den Wahlkampf hat die Jugendorganisation der **CSU** ein Team mit 20 Mitgliedern unter der Führung des Kreisvorsitzenden Christian Moser zusammengestellt. Damit will die Junge Union zu einem glänzenden Ergebnis beitragen. Geplant ist unter anderem eine Postkartenaktion. Thematisch will sich der **JU**-Vorstand vor allem mit Fragen der neuen Enquete im Bayerischen Landtag "Jungsein in **Bayern** - Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen" auseinandersetzen. Unter anderem wird dazu eine Klausurtagung stattfinden. Bei der Sitzung am Freitag nahm der Vorstand als Mitglieder ohne Stimmrecht Landtagsabgeordneten Bernd Sibler, **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller**, Thomas Lang, Roland Kufner, Korbinian Breit und Roland Mitterbauer auf.

Zwei weitere Altmettener in der RCDS-Vorstandschaft

(06.06.2005 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

Cordula Spitzer und Stephan Rabl neu im Gremium

Metten (lam). **Kurt Höller**, Altmettener und **Landesvorsitzender** im Ring Christlich-Demokratischer Studenten, erhält Unterstützung aus Reihen seiner alten Schule. Neu in der **RCDS**-Landesvorstandschaft sind Cordula Spitzer, Abisprecherin des letzten Jahres und nunmehr Jurastudentin in Bayreuth, sowie Stephan Rabl, früherer Kollegstufensprecher und inzwischen angehender Politologe. Beide sind in der programmatischen Arbeit in dem Studentenverband federführend. Ganz oben auf der Agenda steht natürlich die Debatte um die Studiengebühren: Sozialverträglich sollen sie sein, und vor allem den einzelnen Fakultäten zu Gute kommen. Weiterer Themenschwerpunkt ist das neue Hochschulgesetz: „Wir müssen dafür sorgen, dass nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Bildung im Bundestagswahlkampf zum Thema wird“, hat sich **Höller** vorgenommen.

Zwei weitere Altmettener in der RCDS-Vorstandschaft

Cordula Spitzer und Stephan Rabl neu im Gremium

Metten (lam). **Kurt Höller**, Altmettener und Landesvorsitzender im Ring Christlich-Demokratischer Studenten, erhält Unterstützung aus Reihen seiner alten Schule. Neu in der RCDS-Landesvorstandschaft sind Cordula Spitzer, Abisprecherin des letzten Jahres und nunmehr Jurastudentin in Bayreuth, sowie Stephan Rabl, früherer Kollegstufensprecher und inzwischen angehender Politologe. Beide sind in der programmatischen Arbeit in dem Studentenverband federführend. Ganz oben auf der Agenda steht natürlich die Debatte um die Studiengebühren: Sozial verträglich sollen sie sein, und vor allem den einzelnen Fakultäten zu Gute kommen. Weiterer Themen-



Cordula Spitzer und Kurt Höller vom RCDS. (Foto: Lampelsdorfer)

schwerpunkt ist das neue Hochschulgesetz: „Wir müssen dafür sorgen, dass nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Bildung im Bundestagswahlkampf zum Thema wird“, hat sich Höller vorgenommen.

Pressespiegel, PNP Lokalteil Deggendorf

Profil durch Autonomie

(16.04.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

RCDS Bayern will mehr Rechte für Unis

München – Auf offene Ohren stoßen die Empfehlungen der Mittelstraß-Kommission bei der Studentenvertretung des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) **Bayern**. „Mit diesem Bericht wird nicht nur ein Beweis für die Leistungsfähigkeit des bayerischen Hochschul- und Wissenschaftsraumes gegeben, sondern auch auf das gewaltige Entwicklungspotential hingewiesen, das in den Hochschulen des Freistaats steckt“, freut sich der Landesvorsitzende **Kurt Höller**.

In den Empfehlungen der Experten-Kommission würden sich „wesentliche Forderungen unseres Verbandes“ widerspiegeln, so etwa die bayerischen Universitäten stärker zu profilieren. Dazu sollte nach Meinung des **RCDS in Bayern** die Autonomie der Hochschulen gestärkt werden. Hier seien nicht nur die Politiker, sondern auch die Hochschulen selbst gefordert, entsprechende, bereits bestehende, Möglichkeiten zu nutzen, meint **Höller**. „Dies muss sich insbesondere in einer verstärkten Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen selbst zeigen – was der **RCDS** im Übrigen schon seit geraumer Zeit fordert.“

Die Hochschulen sollten auch in einem gewissen Rahmen die Studiengebühren selbst gestalten können. **Höller**: „Nur so kann ein gesunder Wettbewerb zwischen den bayerischen Hochschulen entstehen. Ähnlich wie in der Sozialen Marktwirtschaft soll der Staat freien Wettbewerb zulassen, aber dennoch eine soziale Ausgestaltung der Studienbeiträge sicherstellen.“



Pressespiegel, BK 16.04.05

Wenn Geld den Unis bleibt

(16.04.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

Podiumsdiskussion über Studiengebühren

Erlangen. Studiengebühren in **Bayern**? Wird jedem Schüler die Möglichkeit eines Studiums erhalten bleiben? Jede Menge Zündstoff gab dieses Thema einer Podiumsdiskussion mit Rektor Prof. Karl-Dieter Gröske und Landtagsabgeordnetem Joachim Herrmann. Schüler, Studenten und Dozenten tauschten ihre Meinungen mit dem Rektor der Friedrich-Alexander-Universität aus. Als Betroffene äußerten sich **Kurt Höller**, Vorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**), sowie Benedikt Forschner, Vorsitzender der Schüler-Union.

Einig war man sich, dass die Studiengebühren ein wichtiges Instrument seien, um den Wettbewerb und die Qualität der Hochschulangebote zu verbessern.

Gastgeberin Birgitt Aßmus, Vorsitzende des **CSU**-Kreisverbandes **Erlangen**-Stadt, eröffnete die Podiumsdiskussion mit der Frage nach den Risiken und Chancen der Studiengebühren. Sie forderte, dass kein leistungsfähiger Mensch durch Studiengebühren vom Studium abgehalten werden dürfe. Zu ihren Eckpunkten zählten deshalb eine moderate Höhe der Gebühren und deren Sozialverträglichkeit. Nach dem Motto „Was man nicht

bezahlt, ist nichts wert" sieht Gröske mit der Einführung eine Qualitätssteigerung des Lehrangebots der Hochschulen. Das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung werde dadurch verbessert, so der Professor. Er zog einen Vergleich zu Universitäten in den USA, die bereits über die Studenten finanziert werden. Dort hätten die Hochschulen ganz andere Möglichkeiten, die Studenten zu betreuen.

Studiengebühren über Kredite bezahlen

Der Meinung „Nur die Reichen können studieren“ begegnete er mit dem Argument, dass es keine „armen Studenten“ gebe, sondern lediglich Eltern, die weniger verdienen als andere. Er erwähnte die Möglichkeit von Krediten oder Studiendarlehen. Der Student könne diese zur Deckung der kompletten Kosten eines Studiums aufnehmen und als fertiger Akademiker problemlos zurückzahlen.

Auch der Kritik, dass der Staat die Hand aufhalte und die Gelder einziehen werde, um Haushaltslöcher zu stopfen, entzog er den Boden. Er verwies auf einen Vertrag mit der bayerischen Staatsregierung. Dieser garantiere bis 2008, dass das Geld vollständig den Unis zugute komme.

Diesem Argument schloss sich **Kurt Höller** an. Er hielt einen Betrag von 100 bis 500 Euro als Obergrenze pro Semester für annehmbar, besonders wenn dieser in Lehrmittel investiert würde und nicht nur in die Forschung.

Benedikt Forscher ist in unmittelbarer Zukunft von der Einführung der Gebühren betroffen. Zu Beginn hatte auch er Sorge, die Beiträge würden zu hoch, er könnte die Kosten später nicht aufbringen oder sich nicht genug auf das Studium konzentrieren, weil er jobben müsse.

Doch dann stellte er die Gegenfrage, ob eine Universität, die dem internationalen Wettbewerb nicht Stand halten könne, nicht ebenso vom Studium abhalten würde. Er dachte dabei an überfüllte Hörsäle und die schlechte Ausstattung der Bibliotheken. „Die Studiengebühren werden kommen, sollen jedoch durchdacht kommen“, so der angehende Student.

Zuversicht verbreitete Herrmann mit seinem Bericht über die Pläne des Landtags. So erwähnte er einen „Pakt“ mit den bayerischen Hochschulen. Dieser sieht sowohl in der jetzigen als auch der nächsten Legislaturperiode eine Erhöhung der Ausgaben für Bildung vor.

Er betonte auch, dass den Hochschulen mehr Freiheit gegeben werden müsse – im Sinne des Wettbewerbs. So bleibe es den Hochschulen selbst überlassen, die Höhe der Gebühren innerhalb des Rahmens zu bestimmen. Ebenso wird sich der Landtag nicht einmischen, ob die jeweilige Hochschule Pauschalen verlange oder je nach Studiengang unterschiedliche Beiträge erhebe.

cbg

77, 13.4.05, S. 34

Wenn Geld den Unis bleibt

Podiumsdiskussion über Studiengebühren

ERLANGEN. Studiengebühren in Bayern? Wird jedem Schüler die Möglichkeit eines Studiums erhalten bleiben? Jede Menge Zündstoff gab dieses Thema einer Podiumsdiskussion mit Rektor Prof. Karl-Dieter Gröske und Landtagsabgeordneten Joachim Herrmann.

Schüler, Studenten und Dozenten tauschten ihre Meinungen mit dem Rektor der Friedrich-Alexander-Universität aus. Als Betroffene äußerten sich Kurt Höller, Vorsitzender des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), sowie Benedikt Forscher, Vorsitzender der Schüler-Union.

Einig war man sich, dass die Studiengebühren ein wichtiges Instrument seien, um den Wettbewerb und die Qualität der Hochschulangebote zu verbessern.

Gastgeberin Birgit Altmus, Vorsitzende des CSU-Kreisverbands Erlangen-Stadt, eröffnete die Podiumsdiskussion mit der Frage nach den Risiken und Chancen der Studiengebühren. Sie forderte, dass kein leistungsfähiger Mensch durch Studiengebühren vom Studium abgehalten werden dürfe. Zu ihren Eckpunkten zählten deshalb eine moderate Höhe der Gebühren und deren Sozialverträglichkeit. Nach dem Motto „Was man nicht bezahlt, ist nichts wert“ sieht Gröske mit der Einführung eine Qualitätssteigerung des Lehrangebots der Hochschulen. Das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung werde dadurch verbessert, so der Professor. Er zog einen Vergleich zu Universitäten in den USA, die bereits über die Studenten finanziert werden. Dort hätten die Hochschulen ganz andere Möglichkeiten, die Studenten zu betreuen.

Studiengebühren über Kredit bezahlen

Der Meinung „Nur die Reichen können studieren“ begegnete er mit dem Argument, dass es keine „armen Studenten“ gebe, sondern lediglich Eltern, die weniger verdienen als andere. Er erwähnte die Möglichkeit von Krediten oder Studiendarlehen. Der Student könnte diese zur Deckung der kompletten Kosten eines Studiums aufnehmen und als fertiger Akademiker problemlos zurückzahlen.

Auch der Kritik, dass der Staat die Hand aufhalte und die Gelder einziehen werde, um Haushaltslöcher zu stopfen, entzog er den Boden. Er verwies auf einen Vertrag mit der bayerischen Staatsregierung. Dieser garantiere bis 2008, dass das Geld vollständig den Unis zugute komme.

Diesem Argument schloss sich Kurt Höller an. Er hielt einen Betrag von 100 bis 500 Euro als Obergrenze pro Semester für annehmbar, besonders wenn dieser in Lehrmittel investiert würde und nicht nur in die Forschung.

Benedikt Forscher ist in unmittelbarer Zukunft von der Erhebung der Gebühren betroffen. Zu Beginn hatte auch er Sorge, die Beiträge würden zu hoch, er könnte die Kosten später nicht aufbringen oder sich nicht genug auf das Studium konzentrieren, weil er jobben müsse.

Doch dann stellte er die Gegenfrage, ob eine Universität, die dem internationalen Wettbewerb nicht Stand halten könne, nicht ebenso vom Studium abhalten würde. Er dachte dabei an überfüllte Hörsäle und die schlechte Ausstattung der Bibliotheken. „Die Studiengebühren werden kommen, sollen jedoch durchdacht kommen“, so der angehende Student.

Zuversicht verbreitete Herrmann mit seinem Bericht über die Pläne des Landtags. So erwähnte er einen „Pakt“ mit den bayerischen Hochschulen. Dieser sieht sowohl in der jetzigen als auch der nächsten Legislaturperiode eine Erhöhung der Ausgaben für Bildung vor.

Er betonte auch, dass den Hochschulen mehr Freiheit gewährt werden müsse – im Sinne des Wettbewerbs. So bleibe es den Hochschulen selbst überlassen, die Höhe der Gebühren innerhalb des Rahmens zu bestimmen. Ebenso wird sich der Landtag nicht einmischen, ob die jeweilige Hochschule Pauschalen verlange oder je nach Studiengang unterschiedliche Beiträge erhebe.

cbg

Pressespiegel, FT 13.4.05

Keine Mitsprache für Studenten

(12.04.2005 Kurt Höller) Münchner Merkur

AStA sauer: Wir wurden gar nicht gefragt - Geteiltes Echo auf Mittelstraß-Kommission

Auf geteiltes Echo stößt der Bericht der Mittelstraß-Kommission zur Zukunft des "Wissenschaftslandes **Bayern**" bei den Münchner Studenten. Der AStA der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) kritisiert unter anderem das "undurchsichtige Zustandekommen" des Experten-Berichts. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) nimmt die Empfehlungen "erfreut" auf.

"Weder Studenten noch der wissenschaftliche Nachwuchs wurden zur Zukunft der Hochschulen befragt", sagt verärgert Daniel Fritsch, hochschulpolitischer Referent des LMU-AStA. "Dabei reden wir ja nicht über reine Forschungseinrichtungen."

Inhaltlich kann Fritsch den Mittelstraß-Vorschlägen gleichwohl Positives abgewinnen. "Es freut uns zum Beispiel, dass darin vorgeschlagen wird, kleine Fächer, die die LMU schließen wollte, zu erhalten", so Fritsch. Gerne verweist er auch auf die Aussage der Experten, Studiengebühren allein reichten zur finanziellen Besserstellung der Hochschulen nicht aus. "Das bestätigt unsere Vermutung, dass Gebühren die Studienbedingungen nicht wirklich verbessern können."

RCDS trägt Forderung nach mehr Autonomie mit

Der **RCDS** begrüßt vor allem die von der Kommission erhobenen Forderungen nach mehr Profilbildung und Hochschul-Autonomie. So fordert die **CSU**-nahe Studentengruppe zum Beispiel, dass die Hochschulen ihre Studenten verstärkt selbst auswählen und Studiengebühren nach eigenen Vorstellungen ausgestalten können.

Die von dem Konstanzer Philosophen Jürgen Mittelstraß geleitete Kommission hatte vergangene Woche Empfehlungen für eine umfassende Umgestaltung der bayerischen Hochschullandschaft vorgelegt.

Gefordert wird darin unter anderem:

Cluster-Bildung: Vor allem für München empfiehlt die Kommission eine stärkere Zusammenarbeit ortsansässiger Einrichtungen. Im Zentrum sollen exzellente Unis stehen, die mit FHs und beispielsweise Max-Planck-Instituten auf bestimmten Gebieten zusammenarbeiten.

In München soll es vier Campi geben: Lebenswissenschaften in Großhadern/Martinsried, technikorientierte Natur- und Ingenieurwissenschaften in Garching, Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in der Innenstadt und Agrar-, Umweltwissenschaften und Tiermedizin in Weihenstephan.

Medizin in München: Für die Zukunft wird die Bildung einer einzigen Medizinfakultät und eines Uni-Klinikums mit zwei Standorten (Großhadern und rechts der Isar) vorgeschlagen. Alle Grundlagenfächer der Medizin sollen in Großhadern/Martinsried zusammengeführt werden, wo auch ein biomedizinischer Campus mit eigenem Forschungsdekan empfohlen wird.

Fachhochschulen: Auch für die FHs schlägt die Kommission Konzentrationen, einschließlich der Streichung bestimmter Fächer an einzelnen Standorten vor. In Bauingenieurwesen und Architektur etwa sollte, gemäß der Arbeitsmarkt-Entwicklung, die Zahl der Studienplätze um 25 bzw. 40 Prozent reduziert werden. Studienangebote im Bereich Medien müssten ihr Profil schärfen.

NICOLAS A. ZEITLER

Frage nach Studiengebühren spaltet Studentenschaft

(16.03.2005 Melanie Schübel) Nürnberger Zeitung

Kurt Höller und Philipp Dees im NZ-Streitgespräch

Die Studenten sind gespalten, was die Einführung von Studiengebühren betrifft. Einerseits sollen sie dadurch bessere Studienbedingungen erhalten, andererseits werden die meisten mit Schulden ins Berufsleben starten. Philipp Dees (23), Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen **Bayern** und Magisterstudent an der Universität **Erlangen-Nürnberg**, diskutiert in einem Streitgespräch der NZ mit seinem Kommilitonen **Kurt Höller** (24), dem Landesvorsitzenden des **CSU**-nahen Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Bayern** und Studenten der Elektrotechnik.

NZ: Herr Dees, Studiengebühren in **Bayern** werden kaum zu verhindern sein. Warum versucht ihre Gruppe nicht, an der genauen Umsetzung mitzuwirken, sondern lehnt Gebühren nur strikt ab?

Dees: Ich glaube nicht, dass sie sich nicht mehr verhindern lassen. Das hat das Beispiel Lernmittelfreiheit deutlich gezeigt. Da hat sich die **CSU** auch noch mal bewegt. Das ist das eine. Zum anderen glaube ich schon, dass es wichtig ist, deutlich zu machen, dass wir Gebühren ablehnen: Wenn wir jetzt anfangen würden mitzuarbeiten an der Umsetzung, dann wäre ja die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, dass wir es eigentlich aufgegeben haben, Studiengebühren selber abzulehnen.

Höller: Ich glaube nicht, dass Ihr das noch verhindern könnt. Ich denke, dass sie nicht nur in **Bayern** nicht mehr zu verhindern sind. Ich denke, dass sie bundesweit nicht mehr zu verhindern sind. Die Bundesländer, die jetzt sagen, sie werden keine Studiengebühren einführen, werden in ein paar Jahren nachziehen müssen.

NZ: Seminarräume ohne Overheadprojektor, zu wenig Tutoren, schlechte Ausstattungen der Bibliotheken — viele Studenten wären bereit, Gebühren zu zahlen, um diese Zustände zu verbessern. Was spricht gegen Studiengebühren unter der Voraussetzung, dass diese in die Lehre fließen?

Dees: An diese Voraussetzung glaube ich nicht. Es geht außerdem ganz grundsätzlich um ein Gesellschaftsverständnis, dass Bildung nicht abhängen darf vom Geldbeutel der Eltern und dass es eben keine Ware ist, die man handeln kann. Es wird immer argumentiert, es wird künftig eine Ware, mit der man handeln kann. Und das ist eigentlich genau das, was wir nicht wollen, weil wir sagen, Bildung ist Menschenrecht. Und da muss auch jeder zugreifen können, unabhängig davon, was er verdient und was seine Eltern verdienen.

NZ: Ist Bildung eine Sache des Geldbeutels, Herr **Höller**?

Höller: Es ist keine Sache des Geldbeutels, und es wird auch keine Sache des Geldbeutels sein. Finanzschwächere werden über Stipendien studieren können. Davon gehe ich sehr schwer aus. Wir werden Lösungen finden, bei denen Kredite für alle da sind, egal, was die Eltern verdienen. Auch wenn die Eltern viel verdienen, werden die Kredite da sein. Aber auch wenn die Eltern wenig verdienen, werden die Kredite da sein. Von daher haben alle die gleiche Chance. Jeder kann einen Kredit aufnehmen und jeder kann ihn genau dann zurückzahlen, wenn er Geld verdient. Keiner wird ihn zurückzahlen müssen, wenn er noch nicht verdient. Und ich werde mich auch stark dafür einsetzen: Erst ab einem bestimmten Mindesteinkommen soll der Betrag zurückgezahlt werden.

Dees: Wenn man sich solche Modelle anschaut — Australien ist ja so ein Beispiel —, da ist es dann so: Da gibt's diesen Zugang zur Uni. Den kriegt man, wenn man bestimmte Leistungen bringt, unabhängig vom Einkommen. Es gibt aber auch die Möglichkeit, wenn man das nicht schafft, ihn zu kaufen. Da gibt's dann die Möglichkeit, wenn ich direkt zahle und nicht nachlaufend, dann kriege ich den Studienplatz. Oder umgekehrt, wenn ich den Kredit nach dem Studium sofort zurückzahle, kriege ich eine Ermäßigung drauf beziehungsweise ich zahle ja keine Zinsen. Dann ist es schon wieder eine Frage: Wer kein Geld hat, der muss halt Leistung bringen.

Höller: Zinsen sind ein wichtiger Punkt. Ich möchte, dass diese Kredite natürlich verzinst sind. Und zwar aus einem Grund: Wenn die Kredite nicht verzinst sind und trotzdem für jeden offen stehen, dann werden diejenigen, deren Eltern einen guten Steuerberater haben, den Kredit in Anspruch nehmen und anlegen und werden dann hinterher mehr Geld haben, als sie im Endeffekt vorher vom Staat bekommen haben. Und das ist was, was ich nicht einsehe. Ich möchte, dass es zu marktüblichen Preisen verzinst ist, damit kein Missbrauch entsteht, wenn jeder Zugriff auf den Kredit hat. Es ist aber natürlich damit auch klar: Wenn der Kredit früher zurückgezahlt wird, sind auch weniger Zinsen zu zahlen in marktüblichen Höhen.

Dees: Aber man hat den Effekt: Wer das Geld hat und den Kredit sofort zurückzahlen kann, der zahlt die Zinsen nicht.

NZ: Als Österreich Gebühren eingeführt hat, ist die Zahl der Studienanfänger zunächst rapide gesunken. Muss man nicht aufpassen, dass Gebühren nicht abschrecken?

Höller: Das ist unser Hauptproblem, dass eine Angst geschürt wird vor etwas, das überhaupt noch nicht schlimm ist. Da muss ich euch von den Jusos wirklich den Vorwurf machen, die Angst schürt ihr unberechtigtermaßen.

Dees: Österreich ist für zwei Punkte ein klassisches Beispiel. Das eine ist: In Österreich ist bis heute ganz deutlich die Zahl der Studierenden in den bildungsfernen Schichten um immer noch drei Prozentpunkte heruntergegangen. Das waren mal 13, sind jetzt zehn. Und das im übrigen, obwohl diese, die Studienbeihilfe bekommen, ausgenommen sind. Dass die Studierendenzahl wieder hochgegangen ist, liegt zum Teil daran, dass auch Österreich geburtenstarke Jahrgänge hat. Das zweite ist: Österreich zeigt auch, dass es bei Studiengebühren nicht zwangsläufig stehen bleibt. In Österreich gibt's derzeit auch eine Debatte, ob man nicht Schulgeld einführt. Also, das kann auch weitergehen.

NZ: Einige plädieren für Studiengebühren, weil man auch für einen Kindergartenplatz zahlen muss. Wäre dies dann nicht sogar ein Argument dafür, künftig für alle Bildungseinrichtungen Geld zu verlangen?

Dees: Die Argumentation lässt sich umdrehen: Man kann auch sagen, wenn die Hochschüler nichts zahlen, soll auch der Kindergartenplatz kostenfrei sein. Das ist ja auch Position der SPD, zumindest in **Bayern**. Das kostet Geld, aber das Geld kann man ja auch auftreiben.

Höller: Ihr fordert so viele Sachen und sagt immer: Das lässt sich locker finanzieren. Also, ich sehe das nicht so. Es lässt sich finanzieren, wenn man neue Schulden aufnimmt. Das mag sein. Aber da bin ich strikt dagegen. Ich finde den Sparkurs mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts erstklassig. Bei all den Modellen, die man neu entwirft, sollte man immer davon ausgehen: Wieviel Geld habe ich?

NZ: Stichwort ausgeglichener Haushalt. Muss das Geld eins zu eins an die Hochschulen gehen oder kann es wie bei den Verwaltungsgebühren auch im Staatssäckel verschwinden?

Höller: Ich bin sehr, sehr gegen die Verwaltungsgebühr. Die ist für mich ein Unding. Erstens ist es psychologisch tatsächlich ein großes Problem. Zweitens kriegt das Geld tatsächlich der Finanzminister. Ich habe auch immer wieder die Forderung aufgestellt, die Verwaltungsgebühr beim Einführen der Studiengebühr zurückzuführen. Das ist aber haushaltstechnisch sehr schwierig, weil die Verwaltungsgebühr fest eingeplant ist. Hier liege ich immer wieder mit dem Finanzminister im Streit. Was auch noch ein Problem ist: Der Innovationsfonds an sich ist eine gute Sache. Aber zehn Prozent der Studiengebühren an den Innovationsfonds abzuführen, ist nicht deckungsgleich mit dem Versprechen, dass die Studiengebühren zu 100 Prozent an den Hochschulen bleiben. Ein positiver Effekt der Studiengebühren ist der Wettbewerb, der entsteht: Die Hochschule, die bessere Bildung anbietet, kann auch mehr einnehmen.

NZ: Der **RCDS** in **Erlangen** hat sich ja in einem gemeinsamen Papier mit den Jusos gegen Studiengebühren ausgesprochen. Wie passt das Ganze zur jetzigen Position von Ihnen, Herr **Höller**?

Höller: Das muss man so sehen: Der **RCDS** in **Bayern** hat ein sehr subsidiäres Prinzip. Die Gruppen können im Endeffekt selber entscheiden, wir können ihnen nichts vorschreiben. Diese Entscheidung in **Erlangen** ist so zustande gekommen, dass die Jusos ein Papier eingebracht haben, das sehr, sehr ideologisch verfärbt war. Dann haben sich alle Gruppen zusammengesetzt und gesagt: So etwas wollen wir definitiv nicht einbringen. Wenn wir etwas einbringen wollen, dann ist es etwas, das sachliche Argumente hat. Hier hat dann der **RCDS Erlangen** gesagt: Wenn wir hier auf eine sachliche Ebene zurückkommen, können wir das Papier mittragen, obwohl es nicht unsere eigene Meinung ist. Das heißt, es ist kein originäres **RCDS**-Papier, sondern es ist ein Kompromiss-Papier.

NZ: Was plant die Juso-Hochschulgruppe, um ihr Nein zu untermauern?

Dees: Es gibt beispielsweise am Freitag in München noch eine Demonstration. Es gibt eine ganze Reihe an Planungen, auch in **Erlangen**, was man gegen Studiengebühren unternehmen kann. Die Demo in **Erlangen** ist

für den 28. April angemeldet. Neben Kundgebungen planen wir Diskussionsrunden. Aber die große Auseinandersetzung geht ja erst los, wenn die **CSU** ein Konzept vorlegt. Momentan diskutieren wir im luftleeren Raum. Da ist es auch schwer, einem Studierenden zu sagen, welche Folgen Studiengebühren für ihn haben werden.

NZ: Hochschulen sind unterfinanziert. Welche anderen Möglichkeiten als Gebühren gibt es, diesen Mischstand zu beseitigen?

Dees: Es ist zum einen natürlich eine Frage der Prioritätensetzung, wobei dies nicht nur die Hochschulen betrifft. Das betrifft das Bildungswesen insgesamt. Man muss schon schauen, wo man im Haushalt Prioritäten setzt. Wenn man sich den Transrapid anschaut, den München ja für eine Milliarde finanzieren kann. Das andere ist: Wir diskutieren gerade einmal wieder über die Senkung von Unternehmenssteuern. Dann stehen wir alle wieder in einem Jahr da und haben kein Geld mehr. Kurzum: Man braucht mehr Geld im Bildungswesen. Wir brauchen, da sind wir uns ja alle einig, in Deutschland mehr Akademiker. Und da wirken Studiengebühren einfach kontraproduktiv.

Höller: Ich möchte noch mal auf Deinen Transrapid eingehen. Ich bin selber angehender Ingenieur. Wenn man eine Technik ins Ausland verkaufen möchte, dann muss man diese Technik auch selber einsetzen. Es geht darum zu zeigen, was die deutsche Forschung kann.

NZ: Befürworter von Gebühren argumentieren oft, diese führten zu kürzeren Studienzeiten.

Dees: Das ist falsch. Schon jetzt achten Studenten oder Eltern, die nicht reich sind, darauf, dass sie zügig studieren. Bafög ist beispielsweise an die Regelstudienzeit gekoppelt. Die Leute, die es sich leisten können, rumzutödeln, können es sich aber auch mit Studiengebühren leisten. Gebühren treffen dann nur die, die sowieso schon schnell studieren müssen.

NZ: Bummeln nur Reiche?

Höller: Ich glaube, Leute aus allen Einkommenschichten trödeln.

NZ: Im Rahmen von Studiengebühren sollen Bildungskredite eingeführt werden. Damit sollen auch die Lebenshaltungskosten beglichen werden können. Ist dies nicht ein Fortschritt.

Dees: Es gibt keinen Zusammenhang zu Studiengebühren. Man kann das Ganze auch machen, ohne Studiengebühren einzuführen.

Höller: Du hast aber den Zusammenhang auf verdrehtem Weg wieder hergestellt: Wenn man Gebühren mit Kredit ermöglicht und Lebenshaltungskosten mitfinanziert, sehe ich nicht, warum jemand aus einkommensschwächeren Familien nicht mehr studieren können soll.

Moderation: Markus Kaiser



Pressepiegel, NZ 16.03.05

Kampagne
(29.01.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

JU für Gebühren

München – Mit einer bayernweiten Kampagne werben die Junge Union und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) für die Einführung von Studienbeiträgen. „Das Urteil aus Karlsruhe eröffnet unseren Hochschulen neue Perspektiven für eine bessere Lehre und Betreuung der Studierenden“, so JU-Chef Manfred Weber. Er betonte, die Einführung von „fairen Studiengebühren“ sei den Studentinnen und Studenten dann zu vermitteln, wenn grundlegende Bedingungen eingehalten würden: So müssten die Gebühren in voller Höhe an den jeweiligen Hochschulen bleiben. Außerdem dürften die Beiträge ausschließlich für die Verbesserung der Lehre und der Betreuung der Studenten eingesetzt werden und nicht in die Ausstattung der Hochschulen oder den Bau von Hochschuleinrichtungen fließen. „Dafür muss auch in Zukunft der Staat in voller Höhe aufkommen.“ Überdies fordert die Junge Union, dass über die Verwendung der Gebühren Rechenschaft abgelegt wird. Außerdem sollten die Gebühren erst mit dem Eintritt ins Berufsleben erhoben werden.

www.bessere-hochschulen.de



Pressepiegel, Bayernkurier 29.1.05

Goppel: "Es ist Mode geworden, uns krank zu reden"

(24.01.2005 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Wissenschaftsminister nimmt bei Neujahrsempfang der Deggendorfer CSU im Kolpingsaal Stellung zu Studiengebühren und PISA-Studie

Deggendorf (lam). Mit einem Plädoyer für Studiengebühren, einem Aufruf zu mehr Selbstverantwortung der Hochschulen und einem dicken Lob für die Arbeit der Deggendorfer FH ertete Wissenschaftsminister Thomas Goppel viel Applaus beim Neujahrsempfang der Deggendorfer CSU im Kolpingsaal.

Locker, pointiert, in völlig freier Rede, schreckte der Minister gestern auch vor heißen Themen wie PISA-Studie und Studiengebühren nicht zurück. Die PISA-Studie, die Deutschland enormen Nachholbedarf im Bereich Bildung bescheinigte, sei missbraucht worden, um **Bayern** "ideologisch ein paar Tritte zu verpassen". Wer den Erfolg nur an der Zahl der Abiturienten messe, verkenne beispielsweise die Vorzüge des dualen Bildungssystems und die "exzellenten Meisterbriefe", die in aller Welt einen guten Namen hätten. "Es ist Mode geworden, uns krank zu reden", so Goppel - und dann brauche man sich nicht zu wundern, wenn man sich auch krank fühlt. Natürlich müsse sich aber auch ein Gesunder anstrengen, um gesund zu bleiben.

Wie kann man die Zahl der Studenten von knapp 30 auf 40 Prozent steigern und dann auch noch dafür sorgen, dass ein großer Teil "bei Prof. Höpfl landet" - also einen FH-Abschluss anstrebt? Goppel setzt hier zum einen auf die neuen internationalen Abschlüsse Bachelor und Master - der eine knapp unter dem Dipl.Ing., der andere höherwertiger. Universitäten und Fachhochschulen bräuchten aber auch mehr Spielraum für eigenständige Entscheidungen: "Es ist wichtig, dass sich ein Wirtschaftsraum Leute vor Ort holen kann, die dann auch bleiben". Schneller als bisher müssten die Hochschulen allerdings auf Veränderungen reagieren, laufende Studiengänge müssten daher immer wieder überprüft werden.

Ein großes Thema: die Studiengebühren. Die Grundausrüstung aus dem Wissenschaftsministerium ergänzt schon jetzt eine steigende Summe an Drittmitteln von Unternehmen und Stiftungen. "Deggendorf ist da federführend", weiß Goppel. Zusätzliche Mittel für die Lehre, für optimierte Verhältnisse in kleineren Gruppen, müssten aber aus Studiengebühren finanziert werden. Goppel verspricht sich da-durch auch ein neues Verhältnis zwischen Professor und Student als Anbieter und Kunde. Seine Vorgaben: maximal 500 Euro Gebühren pro

Semester, das Geld bleibt an der Uni, wird nicht vom Finanzminister kassiert und möglichst unbürokratisch verwaltet. Die Hochschulen haben ein Mitspracherecht bei der Höhe der jeweiligen Gebühren, sozial schwache Studenten werden abgesichert. "Es gibt aber auch kei-nen, der gar keine Gebühr zahlt", so Goppel. Vor den vielen anwesenden Schullei-tern verteidigte der Minister auch das gegliederte bayerische Schulsystem: "Das ist besser für eine individuelle Entfaltung".

Gäste im Kolpingsaal waren Vertreter aller Bildungsberufe, von Schulleitern bis hin zu FH-Präsident Prof.Dr. Reinhard Höpfl, die den Imbiss nach der Ministerrede zu einem zwanglosen Austausch mit der **CSU**-Prominenz nutzten: MdB Barthl Kalb war ebenso gekommen wie die MdL Bernd Sibley und Helga Weinberger, Bezirksrätin Margret Tuchen, stv. Landrat Peter Erl, OB Anna Eder mit ihren Stellvertretern, Altlandrat Dr. Georg Karl, Alt-OB Dieter Görlitz, Fraktionschef Gerard Zacher, Stadtverbandsvorsitzender Peter Volkmer, **JU**-Kreisvorsitzender Christian Moser, Schülerunion-Bezirksvorsitzender Tobias Bauschke und **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller**. Ortsvorsitzender Rudi Hahn verwies auf die guten Ausbildungsmöglichkeiten in Deggendorf. Jedoch führe nicht immer nur ein Studium zum Ziel, auch eine qualifizierte Ausbildung im Handwerk oder eine Fachausbildung bieten Perspektiven. OB Anna Eder erinnerte daran, dass sich die Anstrengungen für die Bildung auch im städtischen Haushalt niederschlagen: 5,2 Millionen Euro seien dafür im vergangenen Jahr ausgegeben worden. In kleiner Runde bat sie zusammen mit FH-Präsident Höpfl den Minister um Unterstützung im Kampf um einen baldmöglichen Ausbau der Fachhochschule.

Studentenvertreter warten ab

(15.01.2005 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

"Wir wollen die Studenten nicht beeinflussen, sie sollen sich selber eine Meinung bilden", sagt Sebastian Frankenberger, Studentischer Senator an der Uni Passau. Die Vertretung der Studierenden will sich in dieser Debatte neutral verhalten, erst einmal ausloten, wie die Mehrheit zu dem Thema steht. Von 19. bis 25. Januar werden die Mitglieder deshalb Fragebögen in der Uni verteilen. Je nachdem, welche Meinung am Ende überwiegt, werden weitere Aktionen geplant. "Wenn die Gebühren kommen sollten, werden wir das wohl nicht verhindern können", glaubt Frankenberger. "Aber wir können in jedem Fall an dem Prozess mitwirken, wenn entschieden wird, was mit den Gebühren passiert." Ziel sei es, eine möglichst gute Verhandlungsbasis zu schaffen.

Am Dienstag, 18. Januar, um 14 Uhr veranstalten die politischen Hochschulgruppen in Hörsaal 8, Wiwi-Gebäude, eine Podiumsdiskussion mit anschließender Fragerunde zum Thema Studiengebühren. Es sitzen sich **Kurt Höller, Landesvorsitzender** des **RCDS-Bayern**, und Ernest Hammerschmidt vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) gegenüber.tk

Geld soll an Uni bleiben

(10.01.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

Der Vorsitzende des RCDS in Bayern im Gespräch

Bamberg. Seit knapp einem Jahr ist **Kurt Höller** Vorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Bayern**. Der FT befragte den 24-jährigen der in **Erlangen** EEI (Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik) studiert, zu seinem Bild von Bamberg.

Frage: Sie kennen die Situation an vielen Universitäten und Fachhochschulen. Was zeichnet die Uni Bamberg aus?

Höller: Bamberg bietet seinen Studenten nicht nur eine wunderschöne Altstadt mit einer reichhaltigen Auswahl an Brauereien, sondern insbesondere auch viele einmalige Fächerkombinationen für anspruchsvolle Studenten. Dabei hat insbesondere auch das letzte „Spiegel“-Ranking gezeigt, dass Bamberg nicht nur in Geisteswissenschaften wie etwa im Bereich Germanistik oder Soziologie bundesweit führend ist. Vielmehr ist Bamberg auch in Psychologie und BWL in der deutschen Spitzengruppe zu finden.

Frage: Seit dem letzten Semester müssen alle Studenten eine „Verwaltungsgebühr“ bezahlen. Wie stehen Sie dazu?

Höller: Ich lehne die Verwaltungsgebühr entschieden ab. Der **RCDS** in **Bayern** spricht sich zwar unter ganz bestimmten Bedingungen für Studienbeiträge aus, neben sozialer Verträglichkeit (z.B. Bezahlung erst bei Berufseintritt) muss dabei unter anderem aber auch der vollständige Verbleib des eingenommen Geldes an der Uni zur Verbesserung der Lehre garantiert werden. Keine dieser Forderungen wird jedoch von der im übrigen bayernweit eingeführten Verwaltungsgebühr erfüllt. Zwar konnten im Jahr 2004 durch die Gebühr 400 Stellen vor der Streichung bewahrt werden, in Hinblick auf die wichtige Diskussion mit der Öffentlichkeit über das sensible Thema Studienbeiträge halte ich die Einführung einer Studentengebühr, die nicht der Uni, sondern direkt dem Finanzministerium zufließt, für absolut kontraproduktiv.

Frage: Die Bamberger Uni ist wie alle bayerischen Einrichtungen dabei, ihr Profil genauer zu definieren und konkurriert mit **Erlangen-Nürnberg**, Würzburg und Bayreuth. In welche Richtung soll sich die Uni Bamberg Ihrer Meinung nach entwickeln?

Höller: Bamberg befindet sich in einer ganz besonders problematischen Situation: Durch die benachbarten drei fränkischen Universitäten wäre die regionale Versorgung in der Fläche bereits für alle Fächer gewährleistet. Um dennoch weiterhin Bestand zu haben, muss die Otto-Friedrich-Universität in ihrem Bereich besonders gut sein. Bei den Geisteswissenschaften ist der Bamberger Uni dies bereits größtenteils gelungen. Dennoch muss diese Entwicklung weiterhin vorangetrieben werden. Besonders wichtig ist aber auch der Ausbau von Alleinstellungsmerkmalen, darunter vor allem interdisziplinäre und internationale Studiengänge. Dazu bietet der aktuell angestoßene Bolognaprozess mit Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen eine besondere Chance. Im Gegensatz zu einigen andern Massenunis hat die Uni Bamberg darüber hinaus den einzigartigen Charme einer kleinen Uni. Dieser Vorteil muss sich aber auch in einem besonders guten Betreuungsverhältnis der Studenten widerspiegeln.

kg

Geld soll an Uni bleiben

Der Vorsitzende des RCDS in Bayern im Gespräch

BAMBERG. Seit knapp einem Jahr ist Kurt Höller Vorsitzender des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern. Der FT befragte den 24-Jährigen, der in Erlangen EI (Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik) studiert, zu seinem Bild von Bamberg.

Frage: Sie kennen die Situation an vielen Universitäten und Fachhochschulen. Was zeichnet die Uni Bamberg aus?

Höller: Bamberg bietet seinen Studenten nicht nur eine wunderschöne Altstadt mit einer reichhaltigen Auswahl an Brauereien, sondern insbesondere auch viele einmalige Sicherheitsmaßnahmen für anspruchsvolle Studenten. Dabei hat insbesondere auch das letzte „Spiegel“-Uni-Ranking gezeigt, dass Bamberg nicht nur in Geisteswissenschaften wie etwa im Bereich der Germanistik oder Soziologie bundesweit führend ist. Vielmehr ist Bamberg auch in Psychologie und BWL in der deutschen Spitzengruppe zu finden.

Frage: Seit dem letzten Semester müssen alle Studenten in Bamberg eine „Verwaltungsgebühr“ bezahlen. Wie stehen Sie dazu?

Höller: Ich lehne die Verwaltungsgebühr entschieden ab. Der RCDS in Bayern spricht sich zwar unter ganz bestimmten Bedingungen für Studienbeiträge aus, neben sozialer Verträglichkeit (z. B. Bezahlung erst bei Berufseintritt) muss dabei unter anderem aber auch der vollständige Verbleib des eingenommenen Geldes an der Uni zur Verbesserung der Lehre garantiert werden. Keine dieser Forderungen wird jedoch von der im übrigen bayernweit eingeführten Verwaltungsgebühr erfüllt. Zwar konnten im Jahr 2004 durch

die Gebühr 400 Stellen vor der Streichung bewahrt werden, im Hinblick auf die wichtige Diskussion mit der Öffentlichkeit über das sensible Thema Studienbeiträge habe ich die Einführung einer Studiengebühr, die nicht der Uni, sondern direkt dem Finanzministerium zufließt, für absolut kontraproduktiv.

Frage: Die Bamberger Uni ist wie alle bayerischen Einrichtungen dabei, ihr Profil genauer zu definieren und konkurriert mit Erlangen-Nürnberg, Würzburg und Bayreuth. In welche Richtung soll sich die Uni Bamberg Ihrer Meinung nach entwickeln?

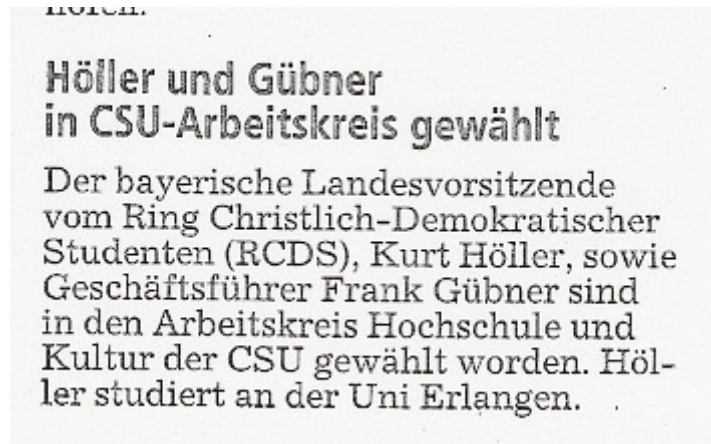
Höller: Bamberg befindet sich in einer ganz besonders problematischen Situation: Durch die benachbarten drei fränkischen Universitäten wäre die regionale Versorgung in der Fläche bereits für alle Fächer gewährleistet. Um dennoch weiterhin Bestand zu haben, muss die Otto-Friedrich-Universität in ihrem Bereich besonders gut sein. Bei den Geisteswissenschaften ist der Bamberger Uni dies bereits größtenteils gelungen. Dennoch muss diese Entwicklung weiterhin vorangetrieben werden. Besonders wichtig ist aber auch der Ausbau von Alleinstellungsmerkmalen, darunter vor allem interdisziplinäre und internationale Studiengänge. Dazu bietet der aktuell angestoßene Bolognaprozess mit Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen eine besondere Chance. Im Gegensatz zu einigen andern Massenunis hat die Uni Bamberg darüber hinaus den einzigartigen Charme einer kleinen Uni. Dieser Vorteil muss sich aber auch in einem besonders guten Betreuungsverhältnis der Studenten widerspiegeln.

Pressespiegel, FT 10.1.2005

Höller und Gübner in CSU-Arbeitskreis gewählt

(05.01.2005 Melanie Schübel) NZ, 5.1.2005

Der bayerische Landesvorsitzende von Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), **Kurt Höller**, sowie Geschäftsführer Frank Gübner sind in den Arbeitskreis Hochschule und Kultur der **CSU** gewählt worden. **Höller** studiert an der Uni **Erlangen**.



Pressespiegel, NZ 5.1.2005

Kluge Köpfe braucht das Land

(18.12.2004 Melanie Schübel) RCDS: Studiengebühren und „neues Denken“ gefordert

Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität **Erlangen-Nürnberg** gaben sich die Klinke in die Hand bei der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) **Erlangen** im Café „Schwarz und Stark“.

Staatsminister Erwin Huber, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, verteidigte die Sparmaßnahmen der Staatsregierung damit, dass man der jüngeren Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen dürfe. Trotz der Bemühungen, bis zum Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, dürften aber in keinem Fall die Hochschulen beschädigt werden.

Trotzdem plädierte Huber für Studiengebühren („Anreiz, schneller zu studieren“), versicherte aber, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. Uni-Kanzler Thomas A.H. Schöck unterstützte ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, betonte aber auch die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfindet.

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Max-Emanuel Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So prangerte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften deutschlandweit auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagabend und Sonntagfrüh.“ Den Vorhaben des Bundes, Elite-Unis einzuführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu wollen, erteilte der Jurist Geis eine klare Absage.

Mehr Produktivität gefordert

Als Mitglied der sogenannten Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete Oberbürgermeister Siegfried Balleis von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in **Erlangen** auch gut gelinge – nicht zuletzt dank der neuen Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es vor allem um die Einführung von Master- und Bachelor-Studiengänge, um Studiengebühren und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohen Qualitätsstandards.

MM

EN. 18.12.04. S.11

Kluge Köpfe braucht das Land

RCDS: Studiengebühren und „neues Denken“ gefordert

Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gaben sich die Klinke in die Hand bei der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Erlangen im Café „Schwarz und Stark“.

Staatsminister Erwin Huber, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, verteidigte die Sparmaßnahmen der Staatsregierung damit, dass man der jungen Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen dürfe. Trotz der Bemühungen, bis zum Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, dürften aber in keinem Falle die Hochschulen beschädigt werden.

Trotzdem plädierte Huber für Studiengebühren („Anreiz, schneller zu studieren“), versicherte aber, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. Uni-Kanzler Thomas A. H. Schöck unterstützte ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, betonte aber auch die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfindet.

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Max-Emanuel Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So prangerte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften deutschlandweit auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagnacht und Sonntagfrüh.“ Den Vorhaben des Bundes, Elite-Unis einführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu wollen, erteilte der Jurist Geis eine klare Absage.

Mehr Produktivität gefordert

Als Mitglied der so genannten Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete Oberbürgermeister Siegfried Balleis von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in Erlangen auch gut gelinge – nicht zuletzt dank der neuen Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es vor allem um die Einführung von Master- und Studiengängen, um Studiengebühren und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohem Qualitätsstandard. MM

Pressespiegel, EN 18.12.2004

Studiengebühren zur Qualitätssteigerung

(15.12.2004 Melanie Schübel) Expertenrunde diskutiert Konsequenzen der Verwaltungsreform für die Hochschulen

Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität **Erlangen-Nürnberg** gaben sich die Klinke in die Hand bei der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS Erlangen**) im Café „Schwarz und Stark“.

So durfte der Erlanger **RCDS**-Vorsitzende Marco Mehl zu der Veranstaltung mit dem Thema „Verwaltungsreform in **Bayern** – Konsequenzen für die Hochschulen“ neben Staatsminister Erwin Huber, Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Prof. Dr. Max-Emanuel Gei und dem Kanzler der Universität Thomas A.H. Schöck auch noch den Fraktionsvorsitzenden der **CSU** im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, begrüßen.

Der Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, sprach in seiner Rede von der Notwendigkeit, **Bayern** fit für die Zukunft zu machen. Dies gelinge eben nun mal nicht ohne Sparmaßnahmen, wenn man der jüngeren Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen möge. Er strich das ehrgeizige Ziel der bayerischen Staatsregierung heraus, im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, betonte aber gleichzeitig, in keinem Falle die Hochschulen schädigen zu wollen. Ferner sprach Huber von den Plänen, Studiengebühren einzuführen und versicherte, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. „Studienbeiträge erhöhen die Qualität des Bildungssystems und sind ein Anreiz für die Studenten, schneller zu studieren.“ So Huber.

Kanzler Schöck wollte zwar nicht zu allem, was Huber sagte, „Bravo“ rufen, unterstützte aber auch aus der Sicht der Hochschulverwaltung ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, welche zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen könnten. Zudem betonte Schöck die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfinden müsse.

Forschen Sonntag früh?

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Max-Emanuel Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So prangerte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften deutschlandweit auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagnacht und Sonntagfrüh.“ Den Vorhaben des Bundes, Elite-Unis einführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu wollen, erteilte der Jurist Geis eine klare Absage.

Als Mitglied der sogenannten Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete Oberbürgermeister Siegfried Balleis von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in **Erlangen** auch gut gelinge – nicht zuletzt dank der neuen Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es vor allem um die Einführung von Master- und Bachelor-Studiengänge, um Studiengebühren und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohen Qualitätsstandards.

FT, 15.12.04, S. A4

Studiengebühren zur Qualitätssteigerung

Expertenrunde diskutiert die Konsequenzen der Verwaltungsreform für die Hochschulen

ERLANGEN. Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gaben sich die Klinke in die Hand bei der beschlagartig besetzten Podiumsdiskussion des Ring-Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Erlangen am Montagabend im Café „Schwarz und Stark“.

So durfte der Erlanger RCDS-Vorsitzende Misco Mehl zu der Veranstaltung mit dem Thema „Verwaltungsreform in Bayern – Konsequenzen für die Hochschulen“ neben Staatsminister Erwin Huber, Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Prof. Dr. Maximilian Geis und dem Kanzler der Universität Thomas A. H. Schöck auch noch dem Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bayerischen Landtag, Joachim Reiss, begrüßen.

Der Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform und Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Er-

win Huber, sprach in seiner Rede von der Notwendigkeit, Bayern fit für die Zukunft zu machen. Dies gelinge eben einmal nicht ohne Sparmaßnahmen, wenn man der jungen Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen möge. Er strich das zehnjährige Ziel der bayerischen Staatsregierung heraus, im Jahre 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, betonte aber gleichzeitig, in keinem Falle die Hochschulen schädigen zu wollen.

Huber sprach Huber von den Plänen, Studiengebühren einzuführen und versicherte, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. „Studienbeiträge erhöhen die Qualität des Bildungssystems und sind ein Anreiz für die Studenten, schneller zu studieren“, so Huber.

Kanzler Schöck wollte zwar nicht zu allem, was Huber sagte, „Reiss“ rufen, unterstützte

aber auch aus der Sicht der Hochschulverwaltung ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, welche zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen könnten. Zudem besaß Schöck die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfinden müsse.

Forschen Sonntag früh?

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Dr. Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So plärgelte er unter anderem so, dass die Geisteswissenschaften – deutsch: „Humanwelt“ auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagmorgen und Sonntag früh.“ Dem Vorhaben des Bundes, Hilfenis einfließen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reifen zu

wollen, erteilte der Junst Geis eine klare Absage.

Als Mitglied der sog. Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete der Erlanger Oberbürgermeister im Anschluss von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in Erlangen auch gut gelinge – nicht zuletzt dank neuer Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es neben vielen weiteren Themen um die Einführung von Master- und Bachelorstudiengängen, um Studiengebühren, und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohem Qualitätsstandard.



Teilweise auch nachdenkliche Mienen gab es bei den Experten auf dem Podium.

Foto: priv

Pressespiegel, FT 15.12.2004

Für Organspende

(11.11.2004 Melanie Schübel) RCDS diskutiert heute Abend über Erlangen als Medizin(haupt)stadt

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist auf seiner Deutschlandtour heute zu zwei Informationsveranstaltungen in Erlangen.

Über Blut- und Organspende informiert der **RCDS** heute an der TechFak von 11 bis 15 Uhr, ab 20 Uhr findet im Adenauerhaus, Neue Straße 34, eine Diskussion zum Thema „Gesundheit“ statt. Dabei werden Prof. Bernhard Fleckenstein (Institut für Klinische Virologie an der FAU), Prof. Joachim Hornegger (Lehrstuhl für Med. Bildverarbeitung) sowie Joachim Reiss (Leiter Entwicklung Angiographie bei Siemens Medical Solutions) über die Zukunft **Erlangens** als Bundeshauptstadt der Medizin diskutieren.



Pressespiegel, EN 10. 11. 2004

RCDS-Klausur

(18.09.2004 Melanie Schübel) Lehrer ins Praktikum

Deutlich mehr Praxisbezug in der Lehrerausbildung fordert der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**). Darüber hinaus spricht sich der **CSU**-nahe Studentenverband für eine regelmäßige Weiterbildung der Lehrkräfte und eine generelle Aufwertung des Lehrerberufs in der Gesellschaft aus.

Als Pädagogen sollen angehende Lehrer am Ende des Hochschulstudiums eigenständig eine Unterrichtsplanung durchführen, Leistungen beurteilen, mit Disziplin Konflikten und sozialen Spannungen in der Klasse umgehen können und kompetent im Umgang mit Schülern, Eltern, Kollegen und Vorgesetzten sein. All dies sind Situationen, auf die im Hochschulstudium derzeit nur mangelhaft oder gar nicht vorbereitet wird.

„Der Lehrerberuf ist ein sehr praxisbezogener Beruf, der mehr von Erfahrungen im Klassenzimmer als von theoretischem Wissen lebt“, so **Bayerns RCDS-Chef Kurt Höller**. Nach Meinung des **RCDS** ist der Praxisbezug an den Schulen eine unabdingbare Grundlage. Darum sollten auch Lehrer selbst schon einmal Praxiserfahrung in einem Unternehmen oder einer sozialen Einrichtung gesammelt haben. „Lehramtsstudenten sollten auch Praktika im außerschulischen Bereich absolvieren“, so **Höller**.

Auf ihrer dreitägigen Klausur im Kloster Metten verabschiedete der **RCDS** eine Resolution zur Reform der Lehrerausbildung. Zu Gast waren Kultusministerin Monika Hohlmeier und Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses des Bayerischen Landtages.



Pressespiegel, Bayernkurier 18.09.2004

Bayerns Kultusministerin beim RCDS in Metten

(16.09.2004 Kurt Höller) Deggendorf aktuell

Bayerns Kultusministerin Monika Hohlmaier debattierte am Freitagnachmittag im Kloster Metten mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V. (**RCDS**). Anschließend kam es zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - bleibt **Bayern** spitze?" Daran beteiligten sich neben der Staatsministerin noch Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Professor Dr. Alf Zimmer, Rektor der Uni Regensburg, sowie **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS** in **Bayern**. Diskutiert wurde ferner mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft. Abt Wolfgang M. Hagl OSB stellte sein Schulmodell Hirn, Herz und Hand vor, welches für einen Bildungsansatz steht, der weit über den Leistungsgedanken und Wissensvermittlung hinaus geht. Mit auf dem Prüfstand befand sich die "Mettener Resolution", die anschließend verabschiedet wurde.



BAYERNS KULTUSMINISTERIN Monika Hohlmeier debattierte am Freitagnachmittag im Kloster Metten mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern e.V. (RCDS). Anschließend kam es zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze?“ Daran beteiligten sich neben der Staatsministerin noch Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Professor Dr. Alf Zimmer, Rektor der Uni Regensburg, sowie Kurt Höller, Vorsitzender des RCDS in Bayern. Diskutiert wurde ferner mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft. Abt Wolfgang M. Hagl OSB stellte sein Schulmodell „Hirn, Herz und Hand“ vor, welches für einen Bildungsansatz steht, der weit über den Leistungsgedanken und Wissensvermittlung hinaus geht. Mit auf dem Prüfstand befand sich die „Mettener Resolution“, die anschließend verabschiedet wurde. Unser Bild zeigt die Staatsministerin bei ihrer Ankunft in Metten (von links): Franz Hofmann und Kurt Höller, RCDS, Abt Wolfgang und Monika Hohlmeier. (Text/Foto: Suttner)

Hohlmeier: Wissen für das Leben vermitteln

(13.09.2004 Melanie Schübel) RCDS diskutierte mit Kultusministerin im Kloster Metten - Neue Impulse gefordert

Metten. (sut) Auch in abgeschwächter Form hat die Pisa-Studie bewusst gemacht, dass wesentliche Dinge und damit die Zukunft unseres Landes in den Schulen entschieden wird. Wie **Kurt Höller**, vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern**, bedauerte, erwiesen sich die deutschen Schulen häufig als eine Institution, von der man Reformen lange Zeit fern hielt. "Sie sind in vielen Fällen ihrer verantwortungsvollen Aufgabe in Bezug auf die Bildung junger Menschen nicht mehr so gewachsen, wie dies wünschenswert wäre." ...(nur Auszug)



Hohlmeier: Wissen für das Leben vermitteln

RCDS diskutierte mit Kultusministerin im Kloster Metten – Neue Impulse gefordert

Metten, (je) Auch in abgeschwächter Form hat die Pisa-Studie bereits gemacht, dass wesentliche Dinge um damit die Zukunft unserer Länder in den Schulen entschieden wird. Wie Kurt Höller, vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern, bedauerte, erweisen sich die deutschen Schulen häufig als eine Institution, von der man Heiliges lange Zeit fern hielt. „Sie sind in vielen Fällen ihrer verantwortungsvollen Aufgabe in Bezug auf die Bildung junger Menschen nicht mehr so gewachsen, wie dies wissenschaftlich wäre.“

Eine Diskussion, die schon länger andauert, wurde Kovors Kultusministerin Monika Hohlmeier dazu an und erörterte an den Dialog-Process. Hier saßen die Kultusminister und evangelischer Erzbischof Buntrock, welche sich in die Stuhlgänge einstecken lassen. Ferner erzielte man sich darauf, bis 2018 einen einheitlichen Bildungsrahmen mit vergleichbaren Abschlüssen zu entwickeln.

Als Hausherr übermittelte Abt Wolfgang Maria Hagl ODB das Grußwort an die hochkarätige Mannschaft als Träger der Podiumsdiskussion und Besucher. Dabei sprach er den Bogen bis ins 17. Jahrhundert, als Besuche und Notizen nicht nur die Lehrer Christi vertrieben, sondern auch das Alphabet. Insofern gingen von den Gärten seinerzeit hohe Bildungsinhalte aus.

Der RCDS in Bayern ist der Ansicht, dass man zunächst bei der Ausbildung der Lehrer als Hauptträger des Bildungssystems ansetzen muss, um Veränderungen zu bewirken. Zu lange Studiendauern, ungenügende Vorbereitung auf den künftigen Beruf, mangelnde Kommunikation mit Schülern, eine unzureichende Gestaltung des Studiums und nicht zuletzt die schlechte Image der Lehrer in der Gesellschaft, wofür sich zunehmend auf die Attraktivität des Lehrberufs aus, so die Studienvereinigung. Aus der dreitägigen Klausurtagung sind als



Podiumsdiskussion zur „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze“ (von links): Abt Wolfgang M. Hagl ODB bei seinem Grußwort an die Gäste, Professor Dr. Alf Zimmer, Uni Regensburg, Kultusministerin Monika Hohlmeier, Kurt Höller, RCDS, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag und Dr. Christof Prechtl an der Wirtschaft.

aggressive Konzepte. Dies lässt sich konsequenz zugeordnet erheben und fordert über vor der Lehrerschaft eine ganze Menge, was nicht zuletzt ein Orientierungspraktikum voraussetzt. Vernehmlich steht die Kultusministerin heute nach Bildungspakt im Kindergarten. Großen Wert will man zukünftig darauf legen, dass nicht nur auf die Prüfungen, sondern auch hinsichtlich der

ausbildung nach unten durchgezogen. Dazu sind der „G8“ mehr an Leistung heraus zu holen ist, davon ist Prechtl bei überzeugt.

Aussage aus der „Mettener Resolution“, die vom RCDS nach ausführliche Diskussion mit den Fachstellen und der Staatsministerin Monika Hohlmeier einstimmig beschlossen wurde. Grundsätzlich besteht ein zentraler Blick in Richtung Lehr-

bedürfen. An das erste Staatsexamen (Abschluss des Master Moduls) schließt sich wie bisher die zweite Phase der Lehrerbildung an. Das Besondere: Wegen des bereits abgeschlossenen Praxiserwerbs in diesem auf drei Halbjahre zu verkürzen. Abgeschlossen wird es wie bisher mit dem zweiten Staatsexamen.

Das Angebot des Lehrberufs in der Gesellschaft sinkt seit Jahren ab-

Pressespiegel, Donau-Anzeiger 13.09.2004

Studium muss auf wachsende Anforderungen reagieren

(13.09.2004 Melanie Schübel) Bildungsexperten diskutierten über die Zukunft der Schule und die Reform der Lehrerausbildung – Nur 50 Zuhörer waren dabei

Metten (je). „Die Schule führen wie ein Unternehmen, ein Team zusammenstellen – nur wenn die Verantwortung vor Ort liegt, kann sich keiner mehr aus der Verantwortung stehlen.“ So stellt sich Dr. Christof Prechtl die Schule in 20 Jahren vor. Prechtl, Studienrat a. D., der seinen Beamtenstatus zurück gegeben hat und nun als Geschäftsführer der Abteilung Bildung in der Vereinigung Bayerische Wirtschaft (vbw) fungiert, saß mit Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, und Prof. Dr. Alf Zimmer, Rektor der Uni Regensburg, auf dem Podium. Zur Diskussion „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze?“ hatte der RCDS am Freitagabend in den Festsaal des Klosters Metten eingeladen.

Mit rund 50 Zuhörern, darunter der Hausherr, Abt Wolfgang Hagl, MdL Bernd Siblinger und Bürgermeister Erhard Radlmaier, blieb man bei der über zweistündigen Veranstaltung weitgehend unter sich. Bayerns RCDS-Chef Kurt Höller nahm als Moderator ein zwölfseitiges Papier als Gesprächsgrundlage für die Mettener Resolution, die sich mit der Reform der Lehrerausbildung befasst (DZ berichtete). „Manche Fakultäten haben noch nicht bemerkt, dass es sie ohne Lehramtsstudenten nicht geben würde“. Nun setzen sich die Rektoren mit den Lehramtsstudiengängen auseinander; Hohlmeier sieht darin „einen Schub für die Lehrerausbildung“.

Das Kultusministerium baut weiter auf die vier Säulen – Orientierungspraktikum, Pädagogik, Didaktik und Fachwissenschaft: Angesichts eines fehlenden Wertefundaments im Elternhaus, so Hohlmeier, würden immer mehr Erziehungsfragen in die Schule verlagert. Die Lehrerausbildung müsse auf solche Situationen wie Erwachsenen-Gesprächsführung („die Lehrer sollen die Lösung für alle Probleme sein, die die Gesellschaft nicht lösen kann“) besser vorbereitet werden.

„Man wollte jedes Fach in gleicher Form akademisieren.“ Aus der Sicht von Prof. Zimmer die Ursache dafür, dass man mit der Lehrerausbildung an den Universitäten „immer wieder Probleme gehabt hat. Pädagogik ist in der Struktur anders als Romanistik oder Physik. Es ist eben kein Faktenfach wie Latein. Pädagogik ergibt sich aus der Praxis“, reagierte der Regensburger Uni-Rektor auf die Frage von Kurt Höller, ob man bei der Lehrerausbildung erst auf alles Fachliche abheben und dann Pädagogik draufsatteln sollte oder ob dies parallel laufen sollte?

Laut Spaenle erhalten ein Drittel all derer, die ein Hochschulstudium aufnehmen, ihre Zugangsberechtigung nicht über das Gymnasium; sie kommen zum Beispiel von FOS 13, BOS oder Fachhochschule: „Die Durchlässigkeit muss weiter erhöht werden.“ Im achtjährigen Gymnasium sieht Spaenle die Chance für eine „stärkere Verzahnung“.

Mit einem eindeutigen „Ja“ befürwortete er ferner Studienberatung am Gymnasium – „eine Kraftanstrengung für die Studentenwerke“, Orientierungspraktika, „um dem Kinderschreck entgegenzuwirken“ und die Einführung von Studiengebühren. Im „Bologna-Prozess“, zum Beispiel samt Masters-/Bachelor-Abschluss, macht der studierte Historiker zwei Vorteile aus: „Die Vergleichbarkeit von Studieninhalten und die Modularisierung“. Neben dem Stichwort „Modul“, also Lehreinheiten, die auch einen Wechsel des Studiums erleichtern, setzte die Runde auf „Evaluierung“.

Effizienz und Effektivität gaben den Ausschlag für eine weitere Forderung. „Wir brauchen Mitarbeitergespräche“, propagierte etwa Prechtl, der es gut fände, wenn Gymnasiallehrer ein halbes bis ein Jahr in die Wirtschaft gehen. „Zwei Jahre Referendariat ist eine Vergeudung von Ressourcen“, sagte er.



Pressepiegel, DZ 13.09.2004

RCDS-Klausur

(11.09.2004 Melanie Schübel) Bayerns Kultusministerin Monika Hohlmeier ...

... debattierte am Freitagnachmittag im Kloster Metten mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V. (RCDS). Anschließend kam es zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt **Bayern** Spitze?“. Daran beteiligten sich neben der Staatsministerin noch Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Professor Dr. Alf Zimmer, Rektor der Universität Regensburg, sowie **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS** in **Bayern**. Diskutiert wurde ferner mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft. Abt Wolfgang M. Halg OSB stellte sein Schulmodell „Hirn, Herz und Hand“ vor, welches für einen Bildungsansatz steht, der weit über den Leistungsgedanken und Wissensvermittlung hinaus geht. Auf dem Prüfstand befand sich die „Mettener Resolution“, die anschließende verabschiedet wurde. Ein ausführlicher Bericht folgt in unserer nächsten Ausgabe. Unser Bild zeigt die Staatsministerin bei ihrer Ankunft in Metten (von links): Franz Hofmann und **Kurt Höller**, **RCDS**, Abt Wolfgang und Monika Hohlmeier.

(Text/Foto: Suttner)



Pressespiegel, Donau-Anzeiger 11.09.2004

Hochschulpolitik aus dem Kloster Metten

(11.09.2004 Melanie Schübel) Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) debattiert über Reform der Lehrerausbildung

Metten (she). Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt **Bayern** spitze?“ ist gestern Nachmittag Kultusministerin Monika Hohlmeier ins Kloster Metten gekommen. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Bayern** hält dort seine dreitägige Klausurtagung ab.

Die Reform der Lehramtsausbildung in **Bayern** ist ein zentrales Thema der Klausurtagung. Der Hochschulverband fordert einen deutlich verstärkten Praxisbezug der angehenden Lehrer: „Wir wollen, dass ein Teil der Referendariatsausbildung in die Mitte des Studiums vorgezogen wird“, erläutert der stellvertretende Landesvorsitzende des **RCDS** Franz Hofmann die Pläne des **RCDS**.

Der Vorteil einer solchen Reform: Studenten erkennen früher, ob sie überhaupt für den Lehrerberuf geeignet sind oder nicht. Generell fordert der **RCDS**, dass das Lehramtsstudium künftig mehr Pädagogik- und Didaktik-elemente aufweisen soll und dafür Fachelemente gekürzt werden. Und: Auch während des Staatsexamens sollte ein Bachelor-Abschluss nach einigen Semestern Pflicht sein, um ein „Umschwenken“ auf ein anderes Studium zu ermöglichen.

Die „Mettener Resolution“ soll am heutigen Samstag von den etwa 25 Delegierten des **RCDS** verabschiedet werden. Gestern Abend diskutierte der Hochschulverband die darin enthaltenen Punkte mit Kultusministerin Monika Hohlmeier, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses Dr. Ludwig Spaenle und weiteren Bildungsexperten. Der **RCDS** hat seine Klausurtagung auf Initiative seines Landesvorsitzenden, **Kurt Höller**, ins Kloster Metten gelegt. Der Altmettener hält viel von seiner alten Schule: „Wenn man schon über Schulpolitik diskutiert, ist Metten ein idealer Ort.“ Gemeinsam mit Abt Wolfgang debattierten die Vertreter des Hochschulverbandes über Zukunftsprojekte wie das Mettener Schulmodell „Hirn, Herz und Verstand“, das Schule und Ausbildung kombiniert. „Wir legen schon jetzt großen Wert auf Ganzheitlichkeit“, so Abt Wolfgang.

Samstag, 11. September 2004 LOKALES

Hochschulpolitik aus dem Kloster Metten

Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) debattiert über Reform der Lehrerausbildung

Metten (shc). Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze?“ ist gestern Nachmittag die bayerische Kultusministerin Monika Hohlmeier ins Kloster Metten gekommen. Der Ring Christlich-Demokratischer Sozialer Studenten (RCDS) in Bayern hält dort seine dreitägige Klausurtagung ab.

Die Reform der Lehramtsausbildung in Bayern ist ein zentrales Thema der Klausurtagung. Der Hochschulverbund fordert einen deutlich verstärkten Praxisbezug der angehenden Lehrer. „Wir wol-



ANZEIGE

Musik-, Besang- u. Ballettanzeige

In Kalk, April bis November
Mittw. und Donnerstags ab 19 Uhr
ab 20.00 Uhr 2004/2005
84409 Deggendorf, Gärtnerei Str. 140
Tel. 09201-12602234
www.musikballett-deggendorf.de
e-mail: info@musikballett-deggendorf.de

len, dass ein Teil der Referendariatsausbildung in die Mitte des Stadtkerns verlagert wird“, erläutert der stellvertretende Landesvorsitzende Franz Hofmann die Pläne des RCDS.

Der Vorteil einer solchen Reform: Studenten erkennen früher, ob sie überhaupt für den Lehrberuf geeignet sind oder nicht. Generell fordert der RCDS, dass das Lehramtsstudium künftig mehr Pädagogik- und Didaktik-elemente aufweisen soll und dafür Fächeranteile gekürzt werden. Und: Auch während des Studiums sollte ein Bachelor-Abschluss nach einigen Semestern Pflicht sein, um ein „Überschweren“ auf ein anderes Studium zu ermöglichen.

Die „Mettener Resolution“ soll am heutigen Samstag von den etwa 25 Delegierten des RCDS ver-

abschiedet werden. Gestern Abend diskutierte der Hochschulverband die dann enthaltenen Punkte mit Kultusministerin Monika Hohlmeier, dem Vertreter des Hochschulverbands über Zukunftsvorhaben wie das Mettener Schulmodell „Hirn, Herz und Verstand“, das Schulle und Ausbildung karibianen. „Wir legen schon jetzt großen Wert auf Ganzheitlichkeit“, so Abt Wolfgang.

Für die Podiumsdiskussion führt Abt Wolfgang H. Hög (s.o.), Kultusministerin Altm. Hohlmeier, RCDS-Landesvorsitzender Franz Hofmann und seinen Stellvertreter Franz Hofmann durch die Bibliothek (F. Hofmann)

Pressespiegel, PNP 11.09.2004

RCDS: Klausurtagung im Kloster Metten (11.09.2004 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

Metten (red.).

Über die geplante Reform der Lehramtsausbildung hat Kultusministerin Monika Hohlmeier mit Vertretern vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern und weiteren Bildungsexperten im Kloster Metten debattiert. Der RCDS hält derzeit im Kloster seine dreitägige Klausurtagung ab. Am Ende soll eine „Mettener Resolution“ zur Lehramtsausbildung verabschiedet werden.

RCDS: Klausurtagung im Kloster Metten

Metten (red.). Über die geplante Reform der Lehramtsausbildung hat Kultusministerin Monika Hohlmeier mit Vertretern vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern und weiteren Bildungsexperten im Kloster Metten debattiert. Der RCDS hält derzeit im Kloster seine dreitägige Klausurtagung ab. Am Ende soll eine „Mettener Resolution“ zur Lehramtsausbildung verabschiedet werden.

Pressespiegel, Passauer Neue Presse 11.09.2004

Monika Hohlmeier im Kloster Metten (08.09.2004 Melanie Schübel) Donau-Anzeiger

Tagung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten vom 9. bis 11. September

Deggendorf/Metten. (pk/da)

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern e.V. trifft sich von Donnerstag, 9. September, bis Samstag, 11. September, zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema wird die Positionierung des RCDS zur geplanten Reform der Lehramtsausbildung in Bayern sein.

Als Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung findet am Freitagabend (10. September, 19 Uhr) eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt **Bayern** Spitze?“ statt. Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschuss im Bayerischen Landtag, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. Alf Zimmer, und **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS in Bayern** e.V., diskutieren.

Reform der Lehramtsausbildung

Bereits auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf Anfang dieses Jahres hatte der **RCDS in Bayern** e.V. einen Antrag zur Reform der Lehramtsausbildung verabschiedet. Darin fordert der Hochschulverband einen deutlich verstärkten Praxisbezug des Lehramtsstudiums. Pädagogische Fähigkeiten dürften nicht als Nebensache behandelt werden, sondern müssten gewichtiger Teil der Lehrerausbildung sein. Um Lehrkräfte auf schulinterne Führungsaufgaben besser vorzubereiten, soll ferner ein Aufbaustudiengang Schulmanagement eingerichtet werden.

„Hirn, Herz und Hand“

Während der drei Tage in Metten soll nun die Position des **RCDS in Bayern** mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft diskutiert und Details ausgearbeitet werden. Als Ergebnis dieser Überlegungen wird der Hochschulverband am Ende der Klausurtagung eine „Mettener Resolution“ zur Lehramtsausbildung verabschieden.

Einen weiteren Beitrag zur Diskussion um die Zukunft der bayerischen Schulen wird Abt Wolfgang M. Hagl OSB vorstellen. Das Mettener Schulmodell „Hirn, Herz und Hand“ steht für einen Bildungsansatz, der weit über reine Wissensvermittlung hinausgeht. Stattdessen soll es, nach Meinung von Abt Wolfgang M. Hagl, auch Aufgabe der Schule sein, den Charakter der Schüler zu bilden.

Lehre im Kloster-Betrieb?

Im Zuge dieser ganzheitlichen Erziehungsidee wird derzeit am Kloster Metten darüber nachgedacht, den Schülern neben dem G8 wahlweise die Möglichkeit zu bieten, während einer neunjährigen Gymnasialzeit zusätzlich eine Lehre in einem der klostereigenen Betriebe zu absolvieren. Wie sich diese Idee in die Praxis umsetzen lässt und ob so die Schule der Zukunft aussieht, wird Abt Wolfgang M. Hagl am Freitag, 10. September, ab 13 Uhr mit den Vertretern des **RCDS** diskutieren.



Pressespiegel, Donau-Anzeiger 08.09.2004

Monika Hohlmeier am Freitag mit Klausurtagung im Kloster Metten (07.09.2004 Melanie Schübel) Donau-Anzeiger

Deggendorf/Metten. (pk/da)

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V. trifft sich von Donnerstag, 9. September, bis Samstag, 11. September, zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema wird die Positionierung des

RCDS zur geplanten Reform der Lehramtsausbildung in **Bayern** sein. Als Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung findet am Freitagabend (10. September, 19 Uhr) eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - bleibt **Bayern** Spitze?" statt. Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. Alf Zimmer, und **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS** in **Bayern** e.V., diskutieren.

Monika Hohlmeier am Freitag bei Klausurtagung im Kloster Metten



Bildtext: Am Freitag im Kloster Metten: Monika Hohlmeier.

Deggendorf/Metten. (pk/da) Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern e.V. trifft sich von Donnerstag, 9. September, bis Samstag, 11. September, zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema wird die Positionierung des RCDS zur geplanten Reform der Lehramtsausbildung in Bayern sein. Als Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung findet am Freitagabend (10. September, 19 Uhr) eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - bleibt Bayern Spitze?" statt. Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Professor Dr. Alf Zimmer, und Kurt Höller, Vorsitzender des RCDS in Bayern e.V., diskutieren.

Donau-Anzeiger

Kultusministerin diskutiert in Metten über Schule im 21. Jahrhundert

(31.08.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Monika Hohlmeier kommt am 10. September ins Kloster - Klausurtagung vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern

Metten (dz). Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** (**RCDS**) trifft sich von 9. bis 11. September zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema ist die geplante Reform der Lehramtsausbildung in **Bayern**. Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung ist am 10. September ab 19 Uhr eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - Bleibt **Bayern** Spitze?". Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. Alf Zimmer, und **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS**, diskutieren.

Bereits auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf Anfang dieses Jahres hatte der **RCDS** einen Antrag zur Reform der Lehramtsausbildung verabschiedet. Darin fordert der Hochschulverband einen deutlich verstärkten Praxisbezug. Pädagogische Fähigkeiten dürften nicht als Nebensache behandelt werden, sondern müssten gewichtiger Teil der Lehrerausbildung sein. Um Lehrkräfte auf schulinterne Führungsaufgaben besser vorzubereiten, soll ferner ein Aufbaustudiengang Schulmanagement eingerichtet werden.

Während der drei Tage in Metten soll nun die Position des **RCDS** mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft diskutiert und Details ausgearbeitet werden. Als Ergebnis dieser Überlegungen wird der Hochschulverband am Ende der Klausurtagung eine "Mettener Resolution" zur Lehramtsausbildung verabschieden.

Einen weiteren Beitrag zur Diskussion um die Zukunft der bayerischen Schulen wird Abt Wolfgang M. Hagl vorstellen. Das Mettener Schulmodell "Hirn, Herz und Hand" steht für einen Bildungsansatz, der weit über reine Wissensvermittlung hinausgeht. Stattdessen soll es nach Meinung von Abt Wolfgang auch Aufgabe der Schule sein, den Charakter der Schüler zu bilden. Im Zuge dieser ganzheitlichen Erziehungsidee wird derzeit am Kloster Metten darüber nachgedacht, den Schülern neben dem G8 wahlweise die Möglichkeit zu bieten, während einer neunjährigen Gymnasialzeit zusätzlich eine Lehre in einem der klostereigenen Betriebe zu absolvieren.

Wie sich diese Idee in die Praxis umsetzen lässt und ob so die Schule der Zukunft aussieht, wird Abt Wolfgang M. Hagl ebenfalls am 10. September ab 13 Uhr mit den Vertretern des **RCDS** diskutieren.

Grenzenlos

(05.08.2004 Melanie Schübel) Zusammenarbeit über Grenzen hinweg: Bayerns RCDS empfangt in diesen Tagen den Bundesvorstand des österreichischen Partnerverbandes.

Im Vordergrund standen die Diskussion um die in Österreich bereits eingeführten Studiengebühren sowie deren Umsetzung. Angesichts der in **Bayern** ebenfalls angedachten Einführung von Studienbeiträgen setzt der **RCDS** darauf, dass die Einnahmen gänzlich den Universitäten zu Gute kommen. „Ein Einfließen der Mittel in den Staatshaushalt wie bisher in Österreich muss verhindert werden“, so **RCDS**-Chef **Kurt Höller**. Der österreichische Bundesobmann Christoph Marx und Fraktionssprecher Dieter Haas äußerten sich positiv über das entspannte Klima im Freistaat **Bayern**, das zwischen dem **RCDS**, der Staatsregierung und den Rektoren herrsche.



RCDS-Chef Kurt Höller und Stellvertreterin Katrin Wiesheu mit den österreichischen Freunden Christoph Marx und Dieter Haas.

Grenzenlos

Zusammenarbeit über Grenzen hinweg: Bayerns RCDS empfangt in diesen Tagen den Bundesvorstand des österreichischen Partnerverbandes. Im Vordergrund standen die Diskussion um die in Österreich bereits eingeführten Studiengebühren sowie deren Umsetzung. Angesichts der in Bayern ebenfalls angedachten Einführung von Studienbeiträgen setzt der RCDS

Bayern darauf, dass die Einnahmen gänzlich den Universitäten zu Gute kommen. „Ein Einfließen der Mittel in den Staatshaushalt wie bisher in Österreich muss verhindert werden“, so RCDS-Chef Kurt Höller. Der österreichische Bundesobmann Christoph Marx und Fraktionssprecher Dieter Haas äußerten sich positiv über das entspannte Klima im Freistaat Bayern, das zwischen dem RCDS, der Staatsregierung und den Rektoren herrsche.

Pressespiegel, der bajuware - Magazin der Jungen Union **Bayern**, 2/2004

„Jeder Student muss sich bewerben“

(10.07.2004 Melanie Schübel) RCDS-Chef Kurt Höller über Wettbewerb, Studiengebühren und Wege zur Weltspitze

Die Hochschulen sollen sich ihre Studenten ausschließlich selbst aussuchen dürfen, fordert **Kurt Höller**. Mit dem **RCDS**-Landesvorsitzenden sprach Thomas Breitenfellner.

Bayernkurier: Warum sprechen Sie sich gegen die Verwaltungsgebühr für Studenten aus?

Kurt Höller: Gebühren müssen direkt für die Studenten eingesetzt werden, das ist aber bei der Verwaltungsgebühr überhaupt nicht der Fall. Das Geld geht ans Finanzministerium. Für die Studenten ist das nicht nachvollziehbar.

Bayernkurier: Wird es auch Widerstand bei der Einführung einer Studiengebühr geben?

Höller: Unter Erfüllung unserer Forderungen werden wir Studienbeiträge mittragen. Sie sollen – sagt's auch Wissenschaftsminister Thomas Goppel – direkt an den Fakultäten eingesetzt werden. Damit würde die Lehre verbessert, zumal der Staat diese Last langfristig nicht mehr alleine tragen kann. Studienbeiträge hätten weitere positive Aspekte, weil dadurch der Wettbewerb unter den Universitäten forciert werden würde.

Bayernkurier: In welcher Höhe wären Studiengebühren für die Studenten noch tragbar?

Höller: Tragbar sind Gebühren sowieso nur dann, wenn sie erst im Nachhinein oder über Bildungskredite finanziert werden können. Wichtig ist mir dabei: Jeder soll diese Modelle nutzen können, auch ohne einen bürokratischen Nachweis der sozialen Bedürftigkeit. Unter diesen Voraussetzungen halte ich einen jährlichen Beitrag von einigen hundert Euro für angemessen und realistisch, das soll aber von den Hochschulen flexibel gehandhabt werden.

Bayernkurier: Wo gibt's Nachholbedarf?

Höller: Es gibt sehr viel Nachholbedarf bei den Bibliotheken. Die Öffnungs- und Ferienzeiten sind zum Teil nicht mehr tragbar. Aber auch bei der Betreuung der Studenten müsste noch mehr gemacht werden. Mit den zusätzlichen Geldern könnten beispielsweise Tutorenprogramme finanziert werden.

Bayernkurier: Braucht Deutschland Elite-Unis?

Höller: Elite-Universitäten kann man nicht von heute auf morgen hinstellen. Die müssen wachsen, das braucht mindestens ein halbes Jahrhundert – und es muss Kapital in Milliardenhöhe zur Verfügung stehen. Für Deutschland ist das nicht absehbar, wir haben nur die Möglichkeit, dass sich die einzelnen Hochschulen auf ihren Spezialgebieten fortentwickeln. Der bayerische Ansatz ist der richtige: Die Universitäten dort fördern, wo sie gut sind. Nur über die Profilbildung werden wir an die Weltspitze kommen.

Bayernkurier: Im internationalen Vergleich steigen die deutschen Akademiker sehr spät ins Berufsleben ein. Eine Verkürzung der Studienzeiten wie beim Gymnasium wäre doch der natürliche Schritt...

Höller: Ja, das müssen wir anstreben. Insbesondere dort, wo lange Wartezeiten die Studenten aufhalten. Man darf nicht Sprachkurse vorschreiben, die aber aufgrund einer zu geringen Kapazität de facto gar nicht zur Verfügung stehen. Dennoch muss aber genügend Zeit für ein abgerundetes Studienkonzept zur Verfügung stehen.

Bayernkurier: Aber es gibt auch viele Studenten, die ganz bewusst bummeln.

Höller: Spätestens mit der Einführung der Studiengebühr wird das Problem nicht mehr groß sein. Da überlegt man sich dann dreimal, ob und für welches Studium man sich einträgt. Wichtig ist aber vor allem, dass sich die Hochschulen ihre Studenten selber aussuchen können – und zwar zu 100 Prozent. Die Zentrale Studienplatzvergabe ist nicht zeitgemäß, sie muss ersetzt werden durch Bewerbungsgespräche und Eignungsprüfungen, in denen nicht nur Fachwissen abgefragt wird.

Bayernkurier: Wie sieht das Studium der Zukunft aus?

Höller: Wir brauchen mehr Eigenverantwortung, etwa bei der Auswahl der Hochschule oder der Qualität des Studiums. Wir brauchen mehr Auslandsaufenthalte und mehr englischsprachige und interdisziplinäre Vorlesungen.



Pressepiegel, Bayernkurier 10. 07.2004

Ziel: Sieg bei den Hochschulwahlen

(03.06.2004 Melanie Schübel) Marco Mehl ist neuer Vorsitzender der Studentengruppe RCDS

Erlangen. Kurz vor den Hochschulwahlen an der Friedrich-Alexander-Universität hat der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Erlangen** einen neuen Vorsitzenden bekommen. Die Vertreter der **CSU**-nahen Studentenorganisation wählten kürzlich den Jura-Studenten Marco Mehl.

Der gebürtige Herzogenauracher ist 22 Jahre alt und löst Josef Ernst ab, der nicht wieder kandidiert hatte.

Politisch aktiv war Mehl bisher vor allem in der Jungen Union in Herzogenaurach, dort als Stellvertreter des Ortsvorsitzenden Matthias Düthorn. In seinem neuen Betätigungsfeld, der Hochschulpolitik, kann Mehl erstmals am 22. Juni Akzente setzen. Bei den Hochschulwahlen will er mit dem **RCDS** die Mehrheit im studentischen Konvent gewinnen, kündigte er nach seiner Wahl an. Dieser ist derzeit noch in der Hand von linken, sozialistischen Kräften wie der Juso-Hochschulgruppe oder der Alternativen und Farbenfrohen Liste.

Außerdem will Mehl die Aktivitäten und Positionen des **RCDS** besser in der Öffentlichkeit darstellen, ebenso den Service für Studenten verbessern und stärker mit **JU**-Verbänden und der **CSU** zusammenarbeiten. – Ein erstes Zeichen dafür war es, dass Mehl auch vom CDS-Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann Glückwünsche zu seiner Wahl erhielt. Herrmann selbst war zu seiner Studienzeit 1977/78 einmal **RCDS**-Vorsitzender in **Erlangen**.

Ebenfalls ein Vorgänger in dieser Position war ein weiterer Gratulant nach der Wahl, **Kurt Höller**. Er ist heute **RCDS**-Vorsitzender in **Bayern**. – Bei seiner neuen Aufgabe erhält Marco Mehl Unterstützung von weiteren Aktiven der Gruppierung. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Stephan Schlüter, Student der Wirtschaftsmathematik, gewählt. Schatzmeister ist künftige der Jurastudent Thomas Winkler, Geschäftsführerin bleibt weiterhin die Medizinstudentin Lisa Meintker.

mtu

FT, 3.6.04, S. 16
Ziel: Sieg bei den Hochschulwahlen

Marco Mehl ist neuer Vorsitzender der Studentengruppe RCDS

ERLANGEN. Kurz vor den Hochschulwahlen an der Friedrich-Alexander-Universität hat der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Erlangen einen neuen Vorsitzenden bekommen. Die Vertreter der CSU-nahen Studentenorganisation wählten kürzlich den Jura-Studenten Marco Mehl.

Der gebürtige Herzogenauracher ist 22 Jahre alt und löst Josef Tenst ab, der nicht wieder kandidiert hatte.

Politisch aktiv war Mehl bisher vor allem in der Jungen Union in Herzogenaurach, dort als Stellvertreter des Ortsvorsitzenden Matthias Dellhorn. In seinem neuen Betätigungsfeld, der Hochschulpolitik, kann Mehl erstmals am 22. Juni Akzente setzen. Bei den Hochschulwahlen will er mit dem RCDS die Mehrheit im studentischen Konvent gewinnen, kündigte er nach seiner Wahl an. Diese ist derzeit noch in der Hand von linken, sozialistischen Kräften wie der Juso-Hochschulgruppe oder der Alternativen und Farbentrollen Liste.

Außerdem will Mehl die Aktivitäten und Positionen des RCDS besser in der Öffentlichkeit darstellen, ebenso den Service für Studenten verbessern und stärker mit JU-Verbänden und der CSU zusammenarbeiten.



Gratulation vom Vorgänger: Der frühere Erlanger RCDS-Vorsitzende und heutige Landesvorsitzende Kurt Höller (li.) gratuliert dem Herzogenauracher Marco Mehl zum neuen Amt. Foto: privat

ten. – Ein erstes Zeichen dafür war es, dass Mehl auch vom CSU-Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann Glückwünsche zu seiner Wahl erhielt. Herrmann selbst war zu seiner Studienzeit 1977/78 selbst einmal RCDS-Vorsitzender in Erlangen.

Ebenfalls ein Vorgänger in dieser Position war ein weiterer Gratulant nach der Wahl, Kurt Höller. Er ist heute RCDS-Vor-

sitzender in Bayern. – Bei seiner neuen Aufgabe erhält Marco Mehl Unterstützung von weiteren Aktiven der Gruppierung. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Stephan Schlüter, Student der Wirtschaftsinformatik gewählt. Schatzmeister ist künftig der Jurastudent Thomas Winkler, Geschäftsführerin bleibt weiterhin die Medizinstudentin Lisa Meintker.

mita

Pressespiegel FT, 03.06.2004

Für Begabten-Förderung

(03.06.2004 Melanie Schübel) Landestagung des RCDS begrüßt die Modernisierung

Beim Treffen der Gruppenvorsitzenden des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in **Bayern** in **Erlangen** wurden neben der Wahl der Bezirkssprecher wichtige Beschlüsse zu den Themen Begabtenförderung und Bologna-Prozess gefasst.

Der **RCDS** in **Bayern** hat seine Vertretung auf Bezirksebene überarbeitet. Statt der bisherigen Bezirksdelegierten wird nun pro Bezirksverband ein Bezirkssprecher gewählt, der entsprechend der neuen **JU**-Satzung die Interessen der Studenten im **JU**-Bezirksausschuss vertritt. Die Neuordnung des Bezirkssprecherwahlmodells wurde von den anwesenden Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen, so dass Neuwahlen durchgeführt werden konnten. (Übersicht über die neu gewählten Bezirkssprecher unter www.RCDS-bayern.de)

Die Programmkommission legte dem Landesausschuss zwei Entwürfe vor, die beide von den anwesenden Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen wurden. So wurde eine Stellungnahme des **RCDS** zur Neuordnung der Begabtenförderung in **Bayern** verabschiedet. Darin begrüßt der **RCDS** den Vorschlag zur Modernisierung der Begabtenförderung in **Bayern** nachdrücklich.

Der **RCDS** spricht sich für das Konzept der materiellen und ideellen Förderung aus. Der Zugang soll Studenten bis zum fünften Semester offen stehen.

Beim Treffen der Gruppenvorsitzenden des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern in Erlangen wurden neben der Wahl der Bezirkssprecher wichtige Beschlüsse zu den Themen Begabtenförderung und Bologna-Prozess gefasst.
 Der RCDS in Bayern hat seine Vertretung auf Bezirksebene überarbeitet. Statt der bisherigen Bezirksdelegierten wird nun pro Bezirksverband ein Bezirkssprecher gewählt, der ent-

Für Begabten-Förderung
 Landestagung des RCDS begrüßt die Modernisierung

sprechend der neuen **JU**-Satzung die Interessen der Studenten im **JU**-Bezirksausschuss vertritt. Die Neuordnung des Bezirkssprecherwahlmodells wurden von den anwesenden Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen, so dass Neuwahlen

durchgeführt werden konnten. (Übersicht über die neu gewählten Bezirkssprecher unter www.rcds-bayern.de)

Die Programmkommission legte dem Landesausschuss zwei Entwürfe vor, die beide von den anwesenden

Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen wurden. So wurde eine Stellungnahme des **RCDS** zur Neuordnung der Begabtenförderung in **Bayern** verabschiedet. Darin begrüßt der **RCDS** den Vorschlag zur Modernisierung der Begabtenförderung in **Bayern** nachdrücklich.

Der **RCDS** spricht sich für das Konzept der materiellen und ideellen Förderung aus. Der Zugang soll Studenten bis zum fünften Semester offen stehen.

Pressespiegel EN 03.06.2004

Junge Union legt erfolgreiche Bilanz vor

(29.05.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Kreisvorsitzender Stefan Ebner im Amt bestätigt - 50-Jahr-Feier am 26. Juni mit Erwin Huber

Zwiesel. Dreigeteilt war die diesjährige Kreisversammlung des **JU**-Kreisverbandes Regen: Vorsitzender Stefan Ebner legte einen umfangreichen Rechenschaftsbericht vor, die turnusgemäßen Neuwahlen standen auf dem Programm und **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller** aus Deggendorf referierte über die Bildungspolitik.

Eine ganze Reihe von Gästen konnte **JU**-Kreisvorsitzender Stefan Ebner bei der diesjährigen Kreisversammlung im Gasthof "Zwieseler Hof" begrüßen, darunter auch Bürgermeister Robert Zettner, stellvertretenden **CSU**-Kreisvorsitzenden Willi Köckeis, **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller** aus Deggendorf, **SU**-Kreisvorsitzenden Stephan Rabl, **FU**-Kreisvorsitzende Renate Fritz, **JU**-Ortsvorsitzenden Rainer Nepl.

Stefan Ebner berichtete in seinem Rechenschaftsbericht von 70 durchgeführten und besuchten Veranstaltungen des knapp 400 Mitglieder zählenden **JU**-Kreisverbandes seit der Kreisversammlung Mitte August vergangenen Jahres. Besonders erwähnte er die Klausurtagung in Kloster Banz, die Aktion "Zukunft für Ostbayern", die Diskussion mit Kreisjugendpfleger Martin Hackl zur Sozialraumanalyse, die Gründung einer Schüler-Union im Landkreis, die Erstellung eines Forderungskatalogs an die Mandatsträger, das Gespräch mit Landrat Heinz Wölfl über die Finanznot der Kommunen, die Erstellung eines Lehrstellenspiegels, den Arbergipfeltreffen und die Aktion "schönste Augen im Landkreis", deren Abschlussveranstaltung am 12. Juni in der Disco "Martini" in Regen stattfand.

Er bat die Delegierten, auch weiterhin Mitglieder zu werben, um den Verlust von jährlich ca. 40 Mitgliedern wegen der 35-Jahresgrenze wettzumachen. Der Kreis-Chef bekannte, dass Politik momentan spannender denn je sei. Die Aufgabe der **JU** sieht er derzeit darin, vieles im Sozialstaat neu zu definieren, um zu unterscheiden, was notwendig und was wünschenswert sei. Bei der derzeitigen demographischen Entwicklung könne deshalb der Rahmen nicht 35-Stunden-Woche und Rente mit 55 lauten, sondern 42- und 43-Stunden-Wochen und Rente mit 70, beendete der Jungpolitiker seinen politischen Bericht.

Die anschließenden turnusgemäßen Neuwahlen bestätigten Stefan Ebner ein-drucksvoll mit 48 von 51 Stimmen als Kreisvorsitzenden. Als stellvertretende Kreisvorsitzende stehen ihm wie bisher Ronny Raith, Yvonne Marx und Josefa Schmid zur Seite. In das Stellvertretergremium rückte auch die neu gewählte **JU**-Ortsvorsitzende Andrea Fritz aus Bodenmais auf. Der bisherige stellvertretende Kreisvorsitzende Markus Käser aus Regen stellte aus beruflichen Gründen sein Amt zur Verfügung. Als Geschäftsführer wurde Webmaster Karl-Heinz Göstl aus Zwiesel bestellt. Kreisschatzmeisterin bleibt Bianca Wildfeuer.

Begehrt waren die neun Beisitzerposten. Folgende Mitglieder gehören künftig dem Kreisausschuss an: Claudia Ruderer (Langdorf), Manfred Kölbl (Langdorf), Stefan Achatz (Arnbruck), Silke Tremel (Bodenmais), Martin und Steffi Strunz (beide Zwiesel), Markus Kraus (Gotteszell), Judith Köppe (Regen) und Karin Stadler (Kollnburg). Kassenprüfer sind Markus Dahlke und Hans Seidl.

Der neu gewählte Vorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern (RCDS) Kurt Höller** aus Deggendorf nutzte während den Wahlgängen die Zeit für sein Referat zum Thema "Leere Kassen - hohle Köpfe?". Die Bildungspolitik insgesamt werde immer wichtiger und vielschichtiger, so **Höller**. Die Hochschulfinanzierung der Zukunft bestehe für ihn nicht nur aus staatlichen Zuwendungen. Aus der Wirtschaft müssten künftig deutlich mehr Drittmittel geworben werden. Universitäten müssten noch viel effizienter wirtschaften und planen, auch die Studenten dürften bei der finanziellen Beteiligung nicht ausgeschlossen werden. Den Sparzwängen der letzten Jahre konnte **Höller** aber auch Chancen abgewinnen. Den Abbau unnötiger Bürokratie in der Hochschulverwaltung, das Schließen erfolgloser Studiengänge, größerer internationaler Wettbewerb und die stärkere Kooperation der Hochschulen seien positive Signale für die Bildungspolitik.

Zum Schluss der Kreisversammlung waren auch die Delegiertenergebnisse ausgezählt. Bezirksdelegierte der Kreis-**JU** sind künftig Bianca Wildfeuer, Ronny Raith, Yvonne Marx, Andrea Fritz, Silke Tremel, Claudia Ruderer, Karin Stadler, Johann Geiger und Rainer Nepl. Landesdelegierter des Kreises ist Ronny Raith.

Wegen der Altersgrenze wurde für 20-jährige aktive **JU**-Mitgliedschaft noch das langjährige Kreisausschussmitglied Alois Oswald aus Drachselsried mit einem Geschenkkorb verabschiedet. Ehe dann Stefan Ebner auf die große Veranstaltung am 26. Juni in der Glashütte des Baron von Poschinger in Frauenau hinweisen konnte: die 50-Feier des **JU**-Kreisverbandes Regen, bei der der niederbayerische **CSU**-Bezirksvorsitzende und Staatskanzlei-Chef Erwin Huber die Festrede halten wird.

JU- Kreisverband niederbayernweit auf Platz 3

(11.05.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Mitgliederversammlung mit Bezirksvorsitzendem Andreas Scheuer

Deggendorf (js). Die Junge Union ist im Kreis Deggendorf gut aufgestellt: Mit 514 Mitgliedern steht der Verband in Niederbayern auf Platz drei und bayernweit auf dem 15. Rang bei 108 Verbänden. Diese Bilanz präsentierte **JU**-Vorsitzender Christian Moser bei einer Mitgliederversammlung am Sonntag.

[...] Die Delegierten entlasteten die Vorstandschaft und sprachen sich einstimmig dafür aus, **Kurt Höller**, den Landesvorsitzenden des **RCDS**, in die Kreisvorstandschaft aufzunehmen.

Kurt Höller im CSU-Vorstand

(27.04.2004 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

RCDS-Landesvorsitzender will sich für Unis einsetzen

Deggendorf (lm). Nach der Übernahme des Landesvorsitzes im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) im Februar ist der Altmettener **Kurt Höller** nun auch Mitglied im **CSU**-Partei Vorstand. Auf Vorschlag Edmund Stoibers wurde er auf einer Vorstandssitzung einstimmig in den Parteivorstand aufgenommen. Er ist erst der dritte **RCDS**-Vorsitzende, der beide Ämter gleichzeitig ausübt.

Die **CSU** habe damit zeigen wollen, wie wichtig ihr Universitäten und Studenten seien, erklärte **Höller**. Seine Aufnahme in den Parteivorstand habe den bayerischen **RCDS** aufgewertet. Mit seinem neuen Amt könne er nun noch wirkungsvoller für die Anliegen von Studenten und Unis eintreten, erklärte **Höller**, der in **Erlangen** Elektrotechnik studiert. Im Parteivorstand betrachte er sich als Sprecher des **RCDS**. Über die regelmäßigen Sitzungen und Treffen stehe er nun in nahem Kontakt zu den Entscheidungsträgern und habe mehr Einflussmöglichkeiten.

Kurt Höller im CSU-Vorstand
 RCDS-Landesvorsitzender will sich für Unis einsetzen

Deggendorf (lm). Nach der Übernahme des Landesvorsitzes im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) im Februar ist der Altmettener Kurt Höller nun auch Mitglied im CSU-Partei Vorstand. Auf Vorschlag Edmund Stoibers wurde er auf einer Vorstandssitzung einstimmig in den Parteivorstand aufgenommen. Er ist erst der dritte RCDS-Vorsitzende, der beide Ämter gleichzeitig ausübt.

Die CSU habe damit zeigen wollen, wie wichtig ihr Universitäten und Studenten seien, erklärte Höller. Seine Aufnahme in den Parteivorstand habe den bayerischen RCDS aufgewertet. Mit seinem neuen Amt könne er nun noch wirkungsvoller für die Anliegen von Studenten und Unis eintreten, erklärte Höller, der in Erlangen Elektrotechnik studiert. Im Parteivorstand betrachte er sich als Sprecher des RCDS. Über die regelmäßigen Sitzungen und Treffen stehe er nun in nahem Kontakt zu den Entscheidungsträgern und habe mehr Einflussmöglichkeiten.



Kurt Höller sieht den RCDS durch seine Berufung gestärkt.
 (F.: Binder)

Altmettener Höller neuer RCDS-Chef

(27.02.2004 Melanie Schübel) Plattlinger Anzeiger

Deggendorf.

Zum neuen Landesvorsitzenden des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in **Bayern** e.V. wurde auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** (siehe Bild) von den Vertretern der 16 anwesenden bayerischen Hochschulgruppen gewählt.

In einer Kampfkandidatur setzte sich der 23-jährige **Höller**, ein "Altmettener" gegen die 25-jährige Katrin Wiesheu, Studentin der Politikwissenschaften an der Hochschule für Politik in München, durch.

Im ersten Wahlgang errang er mit 28 von 53 Stimmen knapp die absolute Mehrheit und löst damit Ralf Müller als bisherigen Landeschef ab.

Höller hat sich zum Hauptziel seiner einjährigen Amtszeit gesetzt, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des **RCDS** in **Bayern** stärker zu fokussieren. „Wir müssen die gute inhaltliche Arbeit, die der **RCDS** in der Hochschulpolitik leistet stärker nach außen tragen“, so **Höller**. Gegenkandidatin Kathrin Wiesheu wurde von den Delegierten zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Der neue Vorsitzende, der in der Lallinger Gegend aufgewachsene **Kurt Höller**, besuchte in seiner Schulzeit das Sankt-Michaels-Gymnasium. Darauf ist er noch heute in gewisser Weise stolz, wie er gestern im Gespräch mit unserer Zeitung unterstrich. Die Klosterschule habe ihm neben vielem anderen den Ehrgeiz mitgegeben, sich auch ausserhalb seines Studiums zu engagieren.



Pressespiegel PA 27.02.04

Kurt Höller will bei Hochschulpolitik mitreden

(26.02.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Altmettener übernimmt Landesvorsitz im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

Deggendorf (she). Der 23-jährige **Kurt Höller** ist zum Landesvorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) gewählt worden. Der Altmettener studiert in **Erlangen** Elektrotechnik und will sich für eine vernünftige Hochschulpolitik einsetzen.

Aufgewachsen ist der gebürtige Münchner im Lallinger Winkel; seine Schulzeit verbrachte **Kurt Höller** als Internatsschüler im Mettener St.-Michaels-Gymnasium. Und wie vielen Absolventen hat die Klosterschule auch ihm den Ehrgeiz mitgegeben, sich neben Studium oder Beruf zu engagieren.

Dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist **Kurt Höller** schon in seinem ersten Semester als Student der Elektrotechnik in **Erlangen** beigetreten. Dort brachte er es schnell zum Gruppenvorsitzenden, dann wurde er in den politischen Beirat des Bundesvorstands berufen. Im vergangenen Jahr wurde er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Vor knapp drei Wochen setzte er sich bei der Wahl zum Landesvorsitzenden im Deggendorfer NH-Hotel knapp gegen seine Gegenkandidatin durch.

Seither ist er noch mehr unterwegs als vorher: Am Donnerstag trifft er Kultusminister Dr. Thomas Goppel, mit dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses und Landtagsabgeordneten Dr. Ludwig Spaenle kommt er regelmäßig zusammen und auch mit FH-Präsident Prof. Dr. Reinhard Höpfl hat er sich bereits kurzgeschlossen. **Höller** lobt den "extremen Praxisbezug" der FH, die Verbindung zum ITC und die Auftragsforschung, die sich an der FH entwickelt habe. "Das ist ein großer Vorteil, dass sich Deggendorf hier seine Nische gesucht hat", so **Höller**.

Service und Information von der Zimmer- zur Bücherbörse und Bafög-Beratung für Studenten, Kandidaturen bei den Hochschulwahlen und Lobbyarbeit bei der Regierung in München - diese drei Bereiche umfassen die Aufgaben des **RCDS Bayern**. Seine eigenen Schwerpunkte als neuer **Landesvorsitzender** will **Höller** bei der verstärkten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und dem Thema Hochschulfinanzierung setzen. Außerdem hat der Student den Landesvorstand vergrößert und mit zusätzlichen Aufgaben betraut und ein Büro in **Erlangen** eröffnet, das neben der Münchner Geschäftsstelle als Anlaufstelle für die nordbayerischen Studenten dienen soll.

"Wir wollen eigene Konzepte in die Diskussion einbringen. Ich bin für den Wettbewerbsgedanken, aber die Hochschulen sollen auch die Möglichkeit haben, die Gelder flexibel und nach ihren Bedürfnissen einzusetzen", umreißt er seine Vorstellungen. Die Einführung von Studiengebühren hält **Höller** für sicher. In welcher Höhe und ob sie an jeder Hochschule gleich viel betragen werden, darüber will der **RCDS** noch mit Entscheidungsträgern debattieren. Kritik übt **Höller** am Elitemodell der Bundesregierung: "Es bringt nichts, wenn man nur ein paar Hochschulen herauspicks und zu ihnen sagt: Ihr seid die Elite."

Umso mehr setzt der Student auf Gespräche und Lobbyarbeit mit den Landespolitikern: "Wir unterstützen die Spar-Bemühungen der Regierung, aber man muss hier schon sehr vorsichtig sein, dass man im Hochschulbereich nicht durch vorübergehende Maßnahmen kontinuierlich gewachsene Strukturen zerstört."

Sein eigenes Studium will **Höller** trotz der zusätzlichen Aufgaben zügig durchziehen. "Ich brauche höchstens ein Semester länger als geplant." In Deggendorf betreibt **Höllers** Vater ein kleines mittelständisches Produktionsunternehmen für elektromechanische Verbindungstechnik. Das einmal zu übernehmen, kann sich der Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung genauso vorstellen wie eine spätere politische Karriere: "Ausschließen will ich gar nichts."

Den Antrieb für sein Engagement hat **Höller** die Schulzeit in Metten vermittelt. Dort erlebte er als Schüler, welche kreativen Potenziale frei werden, wenn die Schüler entsprechend gefördert werden. Ein solches Aufspüren von Begabungen und Fähigkeiten wünscht er sich auch an den Hochschulen. Den Kontakt zu Metten lässt er nicht abreißen: "Jedes Jahr verbringe ich an Ostern ein paar Tage im Kloster. Dort kann ich in Ruhe nachdenken."

Kurt Höller will bei Hochschulpolitik mitreden

Altmettner übernimmt Landesvorsitz im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

Deggendorf (sh). Der 23-jährige Kurt Höller ist zum Landesvorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) gewählt worden. Der Altmettner studiert in Erlangen Elektrotechnik und will sich für eine vernünftige Hochschulpolitik einsetzen.

Aufgewachsen ist der gebürtige Münchner im Lällinger Winkel, seine Schulzeit verbrachte Kurt Höller als Internatschüler im Mettner St. Michaels-Gymnasium. Und wie vielen Absolventen hat die Klosterschule auch ihm den Ehrgeiz mitgegeben, sich neben Studium oder Beruf zu engagieren.

Dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist Kurt Höller schon in seinem ersten Semester als Student der Elektrotechnik in Erlangen beigetreten. Dort brachte er es schnell zum Gruppenvorsitzenden, dann wurde er in den politischen Beirat des Bundesvorstands berufen. Im vergangenen Jahr wurde er zum stell-

vertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Vor knapp drei Wochen setzte er sich bei der Wahl zum Landesvorsitzenden im Deggendorfer NH-Hotel knapp gegen seine Gegenkandidatin durch.

Seither ist er noch mehr unterwegs als vorher: Am Donnerstag trifft er Kultusminister Dr. Thomas Goppel, mit dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses und Landtagsabgeordneten Dr. Ludwig Spaenle kommt er regelmäßig zusammen und auch mit FH-Präsident Prof. Dr. Reinhard Hopf hat er sich bereits kurzgeschlossen. Höller lobt den „extremen Praxisbezug“ der FH, die Verbindung zum ITC und die Auftragsforschung, die sich an der FH entwickelt habe. „Das ist ein großer Vorteil, dass sich Deggendorf hier seine Nische gesucht hat“, so Höller.

Service und Information von der Zimmer- zur Bücherbene und BafoG-Beratung für Studenten, Kandidatinnen bei den Hochschulwahlen und Lobbyarbeit bei der Regierung in München – diese drei Bereiche umfassen die Aufgaben des

RCDS Bayern. Seine eigenen Schwerpunkte als neuer Landesvorsitzender will Höller bei der verstärkten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und dem Thema Hochschulförderung setzen. Außerdem hat der Student den Landesvorstand vergrößert und mit zusätzlichen Aufgaben betraut und ein Büro



Kurt Höller führt den Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern. (Foto: Eisdler)

in Erlangen eröffnet, das neben der Münchner Geschäftsstelle als Anlaufstelle für die nordbayerischen Studenten dienen soll.

„Wir wollen eigene Konzepte in die Diskussion einbringen. Ich bin für den Wettbewerb dankbar, aber die Hochschulen sollen auch die Möglichkeit haben, die Gelder flexibel und nach ihren Bedürfnissen einzusetzen“, unternimmt er seine Vorstellungen. Die Einführung von Studiengebühren hält Höller für sicher. In welcher Höhe und ob sie an jeder Hochschule gleich viel betragen werden, darüber will der RCDS noch mit Entscheidungsträgern diskutieren. Kritik übt Höller am Elternmodell der Bundesregierung. „Es bringt nichts, wenn man nur ein paar Hochschulen herauspickt und zu ihnen sagt: Ihr seid die Elite.“

Umso mehr setzt der Student auf Gespräche und Lobbyarbeit mit den Landespolitikern: „Wir unterstützen die Sparbemühungen der Regierung, aber man muss hier schon sehr vorsichtig sein, dass man im Hochschulbereich nicht durch vor-

übergehende Maßnahmen kontinuierlich gewachsene Strukturen zerstört.“

Sein eigenes Studium will Höller trotz der zusätzlichen Aufgaben zügig durchziehen. „Ich brauche höchstens ein Semester länger als geplant.“ In Deggendorf betreibt Höllers Vater ein kleines mittelständisches Produktionsunternehmen für elektrotechnische Verbindungstechnik. Das einmal zu übernehmen, kann sich der Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung genauso vorstellen wie eine spätere politische Karriere. „Anschließend will ich gar nichts.“

Den Antrieb für sein Engagement hat Höller die Schulzeit in Metten vermittelt. Dort erlebte er als Schüler, welche kreativen Potenziale frei werden, wenn die Schüler entsprechend gefördert werden. Ein solches Aufspüren von Begabungen und Fähigkeiten wünscht er sich auch an den Hochschulen. Den Kontakt zu Metten lässt er nicht abreißen. Jedes Jahr verbringt er an Ostern ein paar Tage im Kloster. Dort kann sich in Ruhe nachdenken.

Kurt Höller im Interview bei der PNP

Aufbaustudiengang "Schulmanagement" gefordert

(17.02.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

RCDS-Landesdelegierte wählen neuen Vorsitzenden

Deggendorf (dz). Zum neuen Landesvorsitzenden des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in **Bayern** e.V. wurde auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** gewählt.

Deggendorf (dz). Zum neuen Landesvorsitzenden des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in **Bayern** e.V. wurde auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** gewählt.

Die Vertreter der 16 anwesenden bayerischen Hochschulgruppen verabschiedeten außerdem einen Antrag zur Reform des Lehramtstudiums. Der RCDS fordert einen stärkeren Praxisbezug des Lehramt-Studiums. Pädagogische Fähigkeiten dürften nicht als Nebensache behandelt werden, sondern müssten gewichtiger Teil der Lehrerbildung sein. Um Lehrkräfte auf schulinterne Führungsaufgaben vorzubereiten, solle ferner ein Aufbaustudiengang Schulmanagement eingerichtet werden.

Zuvor hatte sich in einer Kampfkandidatur der 23-jährige **Höller** gegen die 25-jährige Katrin Wiesheu, Politikwissenschaftsstudentin an der Hochschule für Politik in München, durchgesetzt. Kathrin Wiesheu wurde zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Als Stellvertreter stehen ihr der Bayreuther Franz Hofmann und Patrick Feidt aus Ingolstadt zur Seite. Die Bamberger Studentin Isabelle Butz wurde zur Schatzmeisterin gewählt.

Mit seinem Modell zur Einführung von Studiengebühren stellt sich der **RCDS** in **Bayern** hinter den Sparkurs der bayerischen Staatsregierung, den Gast MdL Dr. Ludwig Spaenle in seinem Vortrag eindringlich verteidigt hatte. Nachlaufende Studiengebühren befürwortet der konservative Studentenverband allerdings nur, wenn diese finanziellen Mittel vollständig für die Universitäten eingesetzt werden.

RCDS Bayern: Neuer Vorsitz

(17.02.2004 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

Deggendorf.

Der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** ist zum neuen Landesvorsitzenden des "Rings Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V." (**RCDS**) gewählt worden. Der 23-jährige setzte sich auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf gegen seine Konkurrentin Katrin Wiesheu (25) aus München durch. Sie

wurde von den Delegierten der 16 Hochschulgruppen zu seiner Stellvertreterin gewählt. **Höller** will in seiner einjährigen Amtszeit vor allem die Öffentlichkeitsarbeit des **RCDS** in **Bayern** stärken.



Pressespiegel PNP 17.02.2004

Unfeine Methoden - Schiedsgericht erklärt RCDS-Wahlen für ungültig

(07.02.2004 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Der rosafarbene Universitätsbau nennt sich "Schweinchenbau", und was dort Ende November passierte, hält Frank Gübner immer noch für eine "eine ziemliche Schweinerei". Dass es tatsächlich nicht allzu fein zugeht beim Wahlabend des Münchner Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**), hat jetzt auch das Landesschiedsgericht der **CSU**-nahen Hochschulgruppe festgestellt. Es erklärte die Wahlen schlicht für ungültig und den gewählten Neuvorsitzenden Dominic Falter für abgesetzt.

Denn merkwürdig erschien allemal, was da passierte. "Plötzlich", so erinnert sich der bisherige **RCDS**-Schatzmeister Gübner, "kamen mindestens 25 Leute in den Raum, die wir nie vorher gesehen haben". Und alle, so entschied der als Wahlleiter eingesetzte Alexander Dietrich, derzeit immerhin Chef der ebenfalls von Wahlmanipulationsvorwürfen geplagten Münchner Jungen Union, durften mitwählen. Ergebnis: Neuer **RCDS**-Chef wurde der Volkswirtschaftsstudent Falter; Gübner und seine Mitstreiter aus dem alten Vorstand wurden abgewählt. "Das war eine feindliche Übernahme", staunte die stellvertretende **RCDS**-Landeschefin Kathrin Wiesheu - und zwar ganz nach einem Modell, das die Münchner **JU** in innerparteilichen Kämpfen so auf die Spitze trieb, dass die Staatsanwaltschaft gegen den bei der **RCDS**-Wahl ebenfalls präsenten **JU**-Chef Rasso Graber ermittelt.

So hatte die bisherige **RCDS**-Chefin Antonie Schmidt-Ramsin die Neuen ohne Wissen ihres Vorstandes einfach aufgenommen, satzungswidrig, befand das Schiedsgericht. Jetzt muss der alte Vorstand über alle Neuaufnahmen seit Februar letzten Jahres entscheiden und dann erst eine neue Vorstandswahl ansetzen. Der abgesetzte Dominic Falter, nach Ansicht des Gerichts nicht einmal rechtmäßig aufgenommenes **RCDS**-Mitglied, hält diese Entscheidung für "völlig willkürlich" und vermutet seinerseits dunkle Umtriebe seiner Gegner.

Auf einer **RCDS**-Landesversammlung in Deggendorf will Wiesheu nämlich heute Landeschefin werden und Gübner Landesschatzmeister. Die sechs von der Falter-Mehrheit bestimmten Delegierten der Münchner Uni dürfen nun nicht mitstimmen - Vorteil Wiesheu, raunt Falter. Doch an unlautere Absichten Wiesheus mag nicht einmal ihr Gegenkandidat **Kurt Höller** glauben: "Auch ich war immer dafür, dass ein Schiedsgericht klärt, was in München los war."

Jan Bielicki

Gummibärchen versus Weltrevolution

(04.07.2001 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung - Bayernteil Seite 1

Mit Thesen und Tequila kämpfen RCDS und Jusos gegen Wahlmüdigkeit an - Studenten haben andere Probleme

Erlangen - Kurt Höller verbiegt sich dieser Tage und das gibt er jedem gerne schriftlich. Der Student im zweiten Semester hat eine Kiste Lineale neben sich stehen und wer an ihm vorbei will, dem drückt er eines in die Hand. "Wir verbiegen uns für Euch", steht auf dem Lineal. Das meint nicht nur, dass das Lineal elastisch ist, um in dicken Bücher besser unterstreichen zu können. Es soll auch heißen, dass der "Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (**RCDS**) viel für die Kommilitonen tut. **Höller** ist im Wahlkampf, er will in den Senat der Uni und die Lineale sollen ihn und den **RCDS** sympathisch machen. In diesen Wochen wählen die bayerischen Studenten ihre Vertreter, doch die meisten wissen gar nichts davon. In **Erlangen** haben im letzten Jahr 18000 Studenten von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht - von insgesamt 20000. Richard Malter leitet das Wahlamt der Erlanger Universität seit 1989 und die Wahlbeteiligung ist seitdem von 31 Prozent auf zwölf Prozent im letzten Jahr gesunken. "Dieses Jahr ist das Wetter nicht zu schlecht und nicht zu gut", sagt Malter und überlegt, wie sich das wohl auf die Wahlbeteiligung auswirken wird.

Auf dem Roten Platz vor der Südmensa liegen die Studenten und verdauen ihr Mittagessen. Es gab Putenbrustgeschnetzeltes mit Chinagemüse. **Höller** unterbricht die Ruhe mit Wahlkampf. Das klingt so: "Heute Cocktail-Party. Es gibt auch billigen Tequila. Und nicht vergessen: Wählen gehen! Ist auch egal wen." Aus der allgemeinen Entpolitisierung hat der **RCDS** Konsequenzen gezogen. Gut 50 Leute werden nachher zu der Party der **CSU**-nahen Hochschulgruppe kommen und ein paar Flaschen von dem billigen Tequila trinken. "Ein Erfolg", findet **Höller**. Für den Wahltag hat der **RCDS** Freibier ran geschafft. "Wir geben uns keinen Utopien hin, wir bleiben bei der Realität", sagt **Höller**. Dass die Studenten sich nicht mehr für Politik interessieren, müsse man berücksichtigen. Service statt Parolen. Das Wahlprogramm hat der **RCDS** auf den Infotisch geklebt: "ZVS abschaffen, keine Studiengebühren" steht da. Mehr nicht. Ist auch nicht so wichtig. Es gibt Feuerzeuge, Gummibärchen und Traubenzucker. Auch Rasierer und Damenbinden waren im Angebot. "Ich sehe keinen sehr großen Sinn in der Politik, sondern im gemeinsamen Engagement", sagt **Höller**, der immerhin Vorsitzender des Erlanger **RCDS** ist. Nicht alle Gruppierungen an der Uni **Erlangen** sehen das so. Während die **RCDS**-Plakate so knapp wie inhaltsleer sind ("Für mehr Pudding in der Mensa"), hat die Juso-Hochschulgruppe ihr ganzes Wahlprogramm abgedruckt. Es fängt an mit: "Ziel des Sozialismus ist es,..." Selbst der Sozialistische Hochschulbund (SHB) hat in **Erlangen** überlebt und kämpft "während des Semesters regelmäßig am Dienstag um 20.30 Uhr" für die Weltrevolution.

Linke wie Rechte bekriegen sich gleichermaßen verbittert und unter Ausschluss der Öffentlichkeit. "Ich weiß gar nicht, was eigentlich gewählt wird", sagt Informatikstudent Sebastian Seifert. "Aber so habe ich mir die sterbenden Studentenverbände der achtziger Jahre vorgestellt", sagt er dann noch. "Ich weiß nicht, worum es geht und es interessiert mich auch nicht", meint eine junge Elektrotechnikerin im vierten Semester. **Höller** lässt nicht locker: "Was kann man dagegen tun?" - Die Studentin: "Nichts." "Ein landesweiter Trend", sagt eine Sprecherin des Wissenschaftsministeriums. Seit diesem Jahr kann man die Wahlunterlagen auch aus dem Internet runter laden. Die Wählerzahlen werden sich dadurch auch nicht wesentlich verbessern. Nur ein Student machte von dem Angebot Gebrauch. "Die Studenten wissen einfach nicht, welche Möglichkeiten sie haben", sagt Johannes Schadock von der Juso-Hochschulgruppe. Außerdem hätten die Wahllokale doch nur bis 17 Uhr auf. Als ob das der Grund wäre.

BAYERN

Hochschulwahlen in Bayern: Beispiel Erlangen

Gummibärchen versus Weltrevolution

Mit Thesen und Tequila kämpfen RCDS und Jusos gegen Wahlmüdigkeit an – Studenten haben andere Probleme

UN Süddeutsche

Wahlmüdigkeit

RCDS

Jusos

Tequila

Thesen

Weltrevolution

Wahlmüdigkeit

RCDS

Jusos

Tequila

Thesen

Weltrevolution

Wahlmüdigkeit

RCDS

Jusos

Tequila

Thesen

Weltrevolution

Wahlmüdigkeit

RCDS

Jusos

Tequila

Thesen

Weltrevolution

Einem stieren die engagierten Vertreter des „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“ (RCDS) an der Erlanger Uni. Doch Arbeit unabhugere Ideen fahren nicht automatisch zu einer hohen Wahlbeteiligung.

so wichtig. Es gibt Feuerzeuge, Gummibugchen und Trichter. Auch Kassen und Taschenrechner. Auch Kassen. In der Politik, sondern im gemeinsamen Engagement“, sagt Höller, der derzeitige Vorsitzende der Erlanger RCDS ist. In Erlangen haben im letzten Jahr 18 000 Studenten von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht – von insgesamt 20 000. Bisher hat Malter bei den Wahlmunden der Erlanger Universität seit dem von 21 Prozent auf 20 Prozent im letzten Jahr gewonnen. „Dieses Jahr ist das Wetter nicht so schlecht und nicht so kalt“, sagt Malter und übert, wie sich das wohl auf die Wahlbeteiligung auswirkt.

Auf dem roten Platz vor der Südwest-Métropole Erlangen sind vor allem die Studenten mit ihren Wahlunterlagen besetzt. Die Bude mit Wahlkampfmaterialien ist voll. Die Erlanger Uni ist ein Ort, an dem die Studenten sich nicht nur für die allgemeinen Hochschulwahlen engagieren, sondern auch für die Wahl der Tequila- und Jusos-Präsidenten. Die Erlanger Uni ist ein Ort, an dem die Studenten sich nicht nur für die allgemeinen Hochschulwahlen engagieren, sondern auch für die Wahl der Tequila- und Jusos-Präsidenten.

(RCDS) hat in Erlangen überlebt und kämpft, während die Semesterregeln, die die Erlanger Uni regeln. Die Erlanger Uni ist ein Ort, an dem die Studenten sich nicht nur für die allgemeinen Hochschulwahlen engagieren, sondern auch für die Wahl der Tequila- und Jusos-Präsidenten.

Foto: Frank Becker

Kurt Höller, Dorothee Mantel und Joachim Grütter, Erlangen



Pressespiegel 2004 – 2007

Kurt Höller

**Landesvorsitzender des
RCDS in Bayern e.V.**

Übersicht:

- 26.05.2007: „**Höller** war der 43. und längste“ (BK)
- 26.05.2007: „Direkt und effektiv“ (BK)
- 26.05.2007: „Stabwechsel bei Unions-Studenten“ (BK)
- 11.05.2007: Landtag Intern (MM)
- 20.04.2007: Uni-Gebühr bringt 74 Millionen Euro (SZ)
- 31.03.2007: „Nicht für die Heizung“ (BK)
- 27.03.2007: Studiengebühren: Uni will Millionen horten (MM)
- 15.03.2007: Der **RCDS** erwacht zu neuem Leben (PNP)
- 20.01.2007: **CSU**-Spitze rechnet mit Kampfkandidatur (Welt)
- 20.01.2007: Mehrheit des **CSU**-Präsidiums für Erwin Huber (MM)
- 23.12.2006: Aktive Studenten (BK)
- 06.12.2006: "Union muss das Profil schärfen" (PNP)
- 02.12.2006: Schule und Hochschule (BK)
- 25.11.2006: Vertreter der Studenten (BK)
- 04.11.2006: Nach Leistung bezahlen (BK)
- 23.10.2006: "Wir müssen alles rausholen, was nichts kostet" (PNP)
- 04.08.2006: Studiengebühren (Spiegel online)
- 12.07.2006: Prof. Schweitzer will eine Milliarde zusätzlich (PNP)
- 05.07.2006: "Ich halte nichts von pauschalen 500 Euro" (NZ)
- 27.06.2006: Herrmanns Stimme für FH-Ausbau und Anna Eder (PNP)
- 02.06.2006: Neu gegründet und anerkannt (MP)
- 29.05.2006: Mettener bekunden in Rom Verbundenheit mit "ihrem" Kardinal (PNP)
- 27.05.2006: Europa als Chance für Studenten (BK)
- 22.05.2006: **RCDS** sieht Europa als Chance (PNP)
- 22.05.2006: Studenten fordern Vernetzungsprogramme (ST)
- 20.05.2006: "Europa hat Antworten auf Herausforderungen" (PNP)
- 18.05.2006: **RCDS Bayern** fest in Altmettener (PNP)
- 17.05.2006: **RCDS** Passau trifft Minister Goppel (PNP)
- 17.05.2006: Bamberger an **RCDS**-Spitze (FT)
- 13.05.2006: Bildungspolitik der Zukunft (BK)
- 13.05.2006: Heftiger Schlagabtausch (SZ)
- 11.05.2006: Stephan Rabl im **RCDS**-Vorstand (PNP)
- 10.05.2006: Podiumsdiskussion über Studiengebühren (SZ)
- 06.05.2006: Aktive Hochschulpolitik (BK)
- 04.04.2006: Frühjahrsputz des **RCDS** (NN)
- 08.03.2006: Hochschul-Notizen (MP)
- 06.03.2006: Neller will gegen Raumnot der Universität ankämpfen (FT)
- 21.01.2006: Haase verlangt mehr Freiheit (MP)
- 18.01.2006: Hochschul-Notizen (MP)
- 10.12.2005: AKTION DER WOCHE: Unterstützungs-Website (BK)
- 01.10.2005: Bewertung von Professoren (BK)
- 13.08.2005: **RCDS** ist mit neuem Gesetz sehr zufrieden (BK)
- 29.07.2005: **Kurt Höller** bleibt **RCDS**-Chef (DZ)
- 19.06.2005: Politik, wir kommen! (BamS)
- 16.06.2005: Wahlkampfteam der Jungen Union (PNP)
- 06.06.2005: Zwei weitere Altmettener in der **RCDS**-Vorstandschaft (PNP)
- 16.04.2005: Profil durch Autonomie (BK)

- 16.04.2005: Wenn Geld den Unis bleibt (BK)
- 12.04.2005: Keine Mitsprache für Studenten (MM)
- 16.03.2005: Frage nach Studiengebühren spaltet Studentenschaft (NZ)
- 29.01.2005: Kampagne (BK)
- 24.01.2005: Goppel: "Es ist Mode geworden, uns krank zu reden" (PNP)
- 15.01.2005: Studentenvertreter warten ab (PNP)
- 10.01.2005: Geld soll an Uni bleiben (BK)
- 05.01.2005: **Höller** und Gübner in **CSU**-Arbeitskreis gewählt (NZ)
- 18.12.2004: Kluge Köpfe braucht das Land (EN)
- 15.12.2004: Studiengebühren zur Qualitätssteigerung (FT)
- 11.11.2004: Für Organspende (EN)
- 18.09.2004: **RCDS**-Klausur (BK)
- 16.09.2004: **Bayerns** Kultusministerin beim **RCDS** in Metten (Da)
- 13.09.2004: Hohlmeier: Wissen für das Leben vermitteln (DA)
- 13.09.2004: Studium muss auf wachsende Anforderungen reagieren (DZ)
- 11.09.2004: **RCDS**-Klausur (DA)
- 11.09.2004: Hochschulpolitik aus dem Kloster Metten (PNP)
- 11.09.2004: **RCDS**: Klausurtagung im Kloster Metten (PNP)
- 08.09.2004: Monika Hohlmeier im Kloster Metten (DA)
- 07.09.2004: Monika Hohlmeier am Freitag bei Klausurtagung im Kloster Metten (DA)
- 31.08.2004: Kultusministerin diskutiert in Metten über Schule im 21. Jahrhundert (DZ)
- 05.08.2004: Grenzenlos (baj)
- 10.07.2004: „Jeder Student muss sich bewerben“ (BK)
- 03.06.2004: Ziel: Sieg bei den Hochschulwahlen (FT)
- 03.06.2004: Für Begabten-Förderung (EN)
- 29.05.2004: Junge Union legt erfolgreiche Bilanz vor (PNP)
- 11.05.2004: **JU**- Kreisverband niederbayernweit auf Platz 3 (PNP)
- 27.04.2004: **Kurt Höller** im **CSU**-Vorstand (PNP)
- 27.02.2004: Altmettener **Höller** neuer **RCDS**-Chef (PA)
- 26.02.2004: **Kurt Höller** will bei Hochschulpolitik mitreden (PNP)
- 17.02.2004: Aufbaustudiengang "Schulmanagement" gefordert (PNP)
- 17.02.2004: **RCDS** Bayern: Neuer Vorsitz (PNP)
- 07.02.2004: Unfeine Methoden - Schiedsgericht erklärt **RCDS**-Wahlen für ungültig (SZ)
- 04.07.2001: Gummibärchen versus Weltrevolution (SZ)

„Höller war der 43. und längste“

(26.05.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

Viele bekannte Persönlichkeiten begannen beim RCDS – Ein Auszug aus 56 Jahren

München – Seit der **RCDS**-Landesverband 1951 gegründet wurde, führten ihn nacheinander 43 Vorsitzende. Grund dieser höheren Fluktuation im Vorstand als bei anderen politischen Organisationen ist die weit kürzere Mitgliedschaft. Selbst das **RCDS**-Mitglied, das zu Studienbeginn beitrifft, verlässt den Verband mit Examen und Berufsstart nach vier bis fünf Jahren wieder. Kein **Landesvorsitzender** seit Anton Jaumann und Albert Englberger (1951 bis 1953) erreichte die Amtsdauer von **Kurt Höller**, dessen dreieinhalb Jahre wohl noch lange ungeschlagen bleiben werden.



* Die Nummer für ein sorgenfreies Studium.

An den Unis sind Ideen gefragt: **RCDS**-Motiv mit gallischen Anklängen.

Viele Vorsitzende des **RCDS Bayern** spielten auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Verband eine wichtige Rolle in der **CSU**. Anton Jaumann war Bezirksvorsitzender in Schwaben und Wirtschaftsminister, Fritz Wittmann Bundestagsabgeordneter und Präsident des Bundes der Vertriebenen, Ursula Männle wurde Staatsministerin, Joachim Herrmann ist heute Vorsitzender der Landtagsfraktion und Dorothee Bär Mitglied des Bundestags. Während ihres Studiums unterstützten aber ungezählte weitere **CSU**-Politiker hochschulpolitisch den **RCDS**. So auch der **CSU**-Vorsitzende Edmund Stoiber an der Münchner Universität.

1961 kam Bundeskanzler Konrad Adenauer zu einer **RCDS**-Kundgebung mit 3000 Teilnehmern nach Würzburg. Damaliger Vorsitzender des Würzburger **RCDS** war der spätere Landesgruppenchef und Bundesminister Wolfgang Bötsch. Ursula Männle berichtet aus ihrer Amtszeit über die Anfänge der Unruhen an den Hochschulen 1967 und dass ihr **RCDS** damals dem Schüler Peter Gauweiler bei seiner politischen Arbeit an der Schule zur Seite stand. Gauweiler vertrat später den **RCDS** an der Uni München.

Zu Beginn der 70er Jahre skandierten die Linken gegen den bayerischen Kultusminister und seine Hochschulreform „Haut den Huber in den Zuber.“ Franz Josef Strauß und sein Generalsekretär Max Streibl versuchten, dem **RCDS** in den harten Auseinandersetzungen mit Spartakus und Roten Zellen den Rücken zu stärken, mit Erfolg: Der **RCDS** gab auch damals nicht auf und zeigte konservativ-liberale Flagge. Vor allem auch immer wieder mit Witz und originellen Ideen. In den 80er Jahren begann der **RCDS** unter Andreas Feser und Wolfgang Wiehle intensive Programmarbeit.

Ingo Sommer

„Direkt und effektiv“

(26.05.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

RCDS-Chef Höller zieht Bilanz

Erlangen – An diesem Wochenende wählt der **RCDS** einen neuen Landesvorstand. Ingo Sommer sprach mit dem scheidenden Landesvorsitzenden **Kurt Höller**, der den politischen Studentenverband seit Februar 2004 führte.

Bayernkurier: Herr **Höller**, wie lautet Ihre Bilanz nach 40 Monaten im **RCDS**-Landesvorsitz?

Kurt Höller: Ich bin froh, dass ich genau in dieser Zeit den **RCDS** führen durfte. In meinem ersten Jahr konnte ich entscheidende Aspekte in der Ausgestaltung der Studienbeiträge wie Kreditmöglichkeiten, variable Höhe für jeden Studiengang, 100-prozentigen Verbleib an der Uni oder die Beteiligung von Studentenvertretern bei der Verteilung mit einbringen. Im zweiten Jahr lag mein Schwerpunkt darin, am neuen Bayerischen Hochschulgesetz mitzuwirken. Autonomie, Eigenverantwortung und Profilbildung waren dabei ebenso Kernziele wie eine Entschlackung der Gesetze, verstärkte Möglichkeiten zur Evaluation und effizientere Neustrukturierung der Leitungsgremien. Das dritte Jahr war auf die Verankerung hochschulpolitischer Schwerpunkte innerhalb der **CSU** konzentriert. Gute Gelegenheiten dazu hatte ich im Rahmen des Leitantes zum **CSU**-Parteitag 2006, der einen Schwerpunkt auf Hochschule, Wissenschaft und Forschung gelegt hat, sowie beim hochschulpolitischen Teil des neuen **CSU**-Grundsatzprogramms, den ich mitschreiben konnte. Direkter und effektiver hätten die

bayerischen Studenten in diesen Jahren mit ihren Veränderungen und Umbrüchen nicht vertreten werden können.

Bayernkurier: Wo sehen Sie aus Sicht der Studenten an den bayerischen Hochschulen Handlungsbedarf?

Höller: Für die nächsten Jahre sehe ich zwei vordringliche Herausforderungen: Zum einen müssen die Hochschulen lernen, die Möglichkeiten des neuen Hochschulgesetzes bestmöglich auszuschöpfen. Das gilt aus studentischer Sicht in erster Linie für den effektiven Einsatz der neu eingeführten Studienbeiträge. Die Studenten erwarten von ihrer Hochschule, dass Verbesserungen durch die Beiträge deutlich spürbar sind, ihre Vertreter an der Verteilung auch tatsächlich beteiligt sind und im Kontext eines neuen Kundenverhältnisses die Möglichkeiten zur Evaluation voll ausgeschöpft werden. Zum zweiten werden sich zu Beginn des nächsten Jahrzehnts aufgrund der demographisch bedingten letzten großen Studentenkohorten und des doppelten Abiturjahrgangs auf einen Schlag etwa ein Drittel mehr Studenten an den Hochschulen einschreiben als bislang. Bis dahin müssen Professoren, Wissenschaftler, Übungsleiter, aber auch Vorlesungssäle und Tutoriumsräume in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Wenn man berücksichtigt, dass die Kapazitäten an den Universitäten bereits jetzt völlig ausgereizt sind, wird der Handlungsbedarf klar.

Bayernkurier: Sie haben sich persönlich intensiv mit dem neuen Grundsatzprogramm auseinandergesetzt.

Höller: Natürlich lag mein persönlicher Schwerpunkt auf dem hochschulpolitischen Teil. Dort konnte ich als Mitglied der Grundsatzkommission in Abstimmung mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und dem Hochschulausschussvorsitzenden Ludwig Spaenle, der auch in vielen anderen hochschulpolitischen Vorhaben engster Mitstreiter war, meine Handschrift hinterlassen. Besonders wichtig war mir dabei, die Grundbedingungen, die ich seinerzeit schon zur Voraussetzung gemacht habe, dass wir die Einführung von Studienbeiträgen unterstützen. Das gewandelte Familienbild der **CSU** spiegelt sich auch im Postulat einer familienfreundlichen Hochschule wieder. Der Kinderwunsch darf einfach nicht in Konkurrenz zu Studium oder Beruf stehen. Bislang ungenügend ausformuliert ist meines Erachtens im Kapitel II die Herausforderung an Bildung und Forschung in einer dem ständigen Wandel unterliegenden globalisierten Welt.

Bayernkurier: Wer waren für Sie die wichtigsten Ansprechpartner aus der Politik?

Höller: Jeglicher Einfluss, den ich und damit der **RCDS** auf die Entscheidungen im Wissenschaftsministerium ausüben konnte, war nur aufgrund des hervorragenden Verhältnisses zu Minister Thomas Goppel möglich. Auch kurzfristigste Termine und Treffen waren kein Problem, wenn es notwendig war: Ein absoluter Glücksfall für den **RCDS** und auch mich in dieser Position. Für die Umsetzungen und neuen Initiativen in den Gesetzgebungsverfahren war auch der direkte Draht zur Landtagsfraktion, insbesondere ihrem Vorsitzenden und auch ehemaligen **RCDS**-Landesvorsitzenden Joachim Herrmann entscheidend.

„Stabwechsel bei Unions-Studenten“

(26.05.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

Vorsitzender Kurt Höller tritt ab – Zukunftsthemen und Grundsätze

Kloster Banz – Innovationen, die Zukunftsaussichten der jungen Generation, Zwischenbilanz nach einem Jahr Bayerisches Hochschulgesetz, die Hochschulen im neuen **CSU**-Grundsatzprogramm und die Neuwahl des Landesvorstands: Ein breites Themenspektrum arbeitet die Jahrestagung des **RCDS** ab, die gestern in Kloster Banz begann.

„Wir wollen das CSU-Programm aus studentischer Sicht beleuchten“, sagt Landesvorsitzender Kurt Höller aus Erlangen. Der 27-jährige Niederbayer wurde als Student gewählt, ist inzwischen fertiger Diplomingenieur und arbeitet an der Universität Erlangen an einer medizintechnischen Dissertation. Seit er im Februar 2004 den **RCDS**-Vorsitz übernahm, hat sein Studentenverband einiges erreicht und noch mehr in Bewegung gesetzt.



Der bisherige **RCDS**-Vorstand mit **Bayerns** Wissenschaftsminister Thomas Goppel (links)

Nicht selbstverständlich war, dass sich die unionsnahe Organisation für die Einführung von Studienbeiträgen ausgesprochen hat. Aber man sah die Vorteile für bessere Studienbedingungen und Mitsprache bei deren Verwendung. Denn dem **RCDS** unter **Höllers** Führung geht es vor allem um die Hochschulpraxis. Dies zeigte der Verband auch in der Konzeptionsphase für das neue Bayerische Hochschulgesetz. Im Verein mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und den **CSU**-Hochschulpolitikern im Landtag setzte der **RCDS** Verschlinkungen, die Evaluierung und Entbürokratisierungsschritte durch. Und **Hölller** fordert selbstbewusst: „Wenn wir als Studenten Studiengebühren bezahlen, haben wir auch einen Anspruch auf exzellente Lehre.“ Ein Anspruch, der von Goppel bestätigt wird. Der **RCDS** bekam auch dann ministerielle Unterstützung, wenn er gegen falsche Mittelverwendung intervenierte. Der Vorsitzende resümiert zum Abschied: „Wir haben in **Bayern** tatsächlich bundesweit mit das beste Modell für Studienbeiträge.“

Überhaupt gibt es für die 1500 bayerischen Mitglieder Anlass, mit der Entwicklung ihres Verbands zufrieden zu sein. Hatte der **RCDS** an den Hochschulen bis in die 90er Jahre mit schier übermächtigen Linken zu kämpfen, erreichen seine 18 aktiven Gruppen heute beachtliche Ergebnisse bei den Hochschulwahlen. Wie der ebenfalls scheidende Landesgeschäftsführer Frank Gübner mitteilt, schaffte die Regensburger **RCDS**-Gruppe mit 46 Prozent das Spitzenresultat. Und in Würzburg stellt der **RCDS** einen Sprecherrat. Drei Senatoren vertreten ihre Kommilitonen an den Unis Eichstätt und Regensburg sowie an der Münchner Hochschule für Politik. Auch die Zahl der **RCDS**-Mitglieder in den Versammlungen und Konventen der Hochschulen wächst.

Mit den Studenten diskutieren in Banz Umweltminister Werner Schnappauf, **CSU**-Generalsekretär Markus Söder, Landtagsabgeordneter Ludwig Spaenle und Hans-Peter Niedermeier, Leiter des Förderungswerks der Hanns-SeidelStiftung. Sorge bereitet den **CSU**-nahen Studenten vor allem der absehbare enorme Anstieg der Studentenzahlen in vier Jahren. Dann nämlich trifft zu den tendenziell ohnehin wachsenden Studentenzahlen auch noch der doppelte Abiturienten-Jahrgang aus G 8 und G 9. Vom Freistaat fordert der **RCDS** deshalb, bereits jetzt ausreichende Gelder bereitzustellen, um die Hochschulen zu erweitern und das Personal zu verstärken.

Ingo Sommer

Landtag Intern

(11.05.2007 Kurt Höller) Münchner Merkur

Endlich mal unverfängliche Nachrichten aus Regensburg.

Ein angehender Physiker übernimmt den **RCDS**. Paul Linsmaier (23), Student in Regensburg und Deggendorfs **JU**chef, soll in zwei Wochen in Banz zum Landesvorsitzenden gewählt werden.

Die der **CSU** nahestehenden Studenten wurden drei Jahre von **Kurt Höller** (27) unter anderem durch die Studiengebühren-Debatte geführt – in **RCDS**-Dimensionen eine halbe Ewigkeit.

Christian Deutschländer

Endlich mal unverfängliche Nachrichten aus Regensburg. Ein angehender Physiker übernimmt den RCDS. **Paul Linsmaier** (23), Student in Regensburg und Deggendorfs JU-Chef, soll in zwei Wochen in Banz zum Landesvorsitzenden gewählt werden. Die der CSU nahestehenden Studenten wurden drei Jahre von **Kurt Höller** (27) unter anderem durch die Studiengebühren-Debatte geführt – in RCDS-Dimensionen eine halbe Ewigkeit. Christian Deutschländer

Münchner Merkur, Seite 4

Uni-Gebühr bringt 74 Millionen Euro (20.04.2007 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Bayerns Studenten müssen zahlen - Staatsminister Goppel zieht erste Semesterbilanz

Von Birgit Taffertshofer

Die Studiengebühren haben allein im Sommersemester 74 Millionen Euro in die Kassen der bayerischen Hochschulen gespült. Damit seien die Prognosen sogar „leicht übertroffen“ worden, sagte Wissenschaftsminister Thomas Goppel, als er am Donnerstag mit Vertretern der Hochschulrektoren eine Bilanz der ersten Erhebung zog. Allerdings ließen sich auch viele Studenten von den Gebühren befreien. Das staatliche Darlehen stieß bisher auf wenig Nachfrage.

Die Studiengebühren von bis zu 500 Euro sind laut dem Wissenschaftsminister trotz Zähneknirschens „hingegenommen“ worden. Klagen und Widersprüche habe es nur in geringem Umfang gegeben. Nach einer Umfrage des Ministeriums haben sich die Studierenden „engagiert und konstruktiv“ in die Diskussionen eingebracht, was mit ihrem Geld geschehen soll.

„Die Behauptung, Studienbeiträge würden potentielle Studierende abschrecken, findet in den aktuellen Zahlen keinerlei Beleg“, betonte Goppel. Die Studentenzahl in **Bayern** sei im Sommersemester zwar um 2,3 Prozent gesunken. Im Wintersemester war die Zahl der Studienanfänger aber um 3,5 Prozent gestiegen. Goppel machte erneut deutlich, dass die Studienbeiträge ausschließlich zur Verbesserung der Studienbedingungen und nicht zum Ausbau der Hochschulen verwendet würden. „Dieser ist und bleibt staatliche Aufgabe.“ Angesichts der steigenden Studentenzahlen sollen bis 2012 38 000 neue Studienplätze entstehen und Gebäude renoviert werden. Dafür sind laut Goppel Investitionen von einer Milliarde Euro notwendig. Am 30. April werde er sein Konzept dem Kabinett vorlegen.

Die Studiengebühren investierten die Hochschulen bisher vor allem in zusätzliches Lehrpersonal, um ein Lernen in kleineren Gruppen zu ermöglichen. Sie erweiterten ihr Bibliotheksangebot sowie die Studienberatung. Außerdem wurden laut Umfrage die IT-Infrastruktur, Hörsaalausstattung und Fachsprachkurse ausgebaut. Für die Verwaltung seien zwischen drei und sechs Prozent der Gesamteinnahmen verwendet worden.

Die Möglichkeit, sich von den Studiengebühren befreien zu lassen, haben viele Studenten in **Bayern** genutzt. Mit elf Prozent machten den größten Anteil Studierende aus Familien mit drei oder mehr Kindern aus, sagte Goppel. Weitere zwei Prozent seien von der Zahlung befreit, weil sie selbst Kinder erziehen. Ein Prozent der Studierenden sei als Härtefall anerkannt worden, insbesondere Studierende mit Behinderung. Weitere neun Prozent der Gebührenzahler seien entfallen, weil sie derzeit beurlaubt sind.

Kaum Interesse zeigten die Studenten bisher an den staatlichen Studienkrediten. Nur 3000 Studierende, also zwei Prozent, haben das Darlehen in Anspruch genommen, deutlich weniger als erwartet. Hochschulrektoren befürchten, dass auf die Staatsregierung rechtliche Probleme zukommen. Denn sie müssen laut Gesetz trotzdem zehn Prozent ihrer Gebühreneinnahmen in einen Sicherheitsfonds stecken. Also fünf Mal so viel als tatsächlich notwendig. Mit diesem Betrag sichert sich der Freistaat dagegen ab, dass Rückzahlungen ausfallen. „Wir werden den Satz an die Entwicklung anpassen, wenn sich dauerhaft abzeichnen sollte, dass die Abführung zu hoch ist“, sagte Goppel. Eine Prüfung sei für 2012 geplant, doch es sei vorstellbar, dass der Termin vorgezogen werde. **Kurt Höller, Hochschulexperte der Jungen Union**, forderte schnellstmöglich Nachbesserungen.

Am Donnerstag protestierten einzelne Studenten vor dem Ministerium in München. „Die Studiengebühren werden dazu missbraucht, finanzielle Löcher zu stopfen“, kritisierte Jonas Bokelmann, Mitglied der Studentengruppe „Der Boykott“. Die Gebührengegner wollen bis zum Wintersemester 10 000 Studenten zum Boykott aktivieren. Argumentative Unterstützung erhalten sie von der Landtagsopposition: „Die Studierenden müssen für das Versagen der Staatsregierung der letzten Jahrzehnte büßen“, betonte die Grünen-Hochschulpolitikerin Ulrike Gote. Die Zahlen belegten sehr wohl die abschreckende Wirkung der Gebühren. „Goppel macht den Studierenden etwas vor“, sagte die SPD-Hochschulexpertin Adelheid Rupp. Die aktuellen Haushaltszahlen sprächen eine andere Sprache.

„Nicht für die Heizung“

(31.03.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

RCDS: Studiengebühren richtig einsetzen

München – Weil der **RCDS Bayern** sich für die Einführung von Studiengebühren stark gemacht hatte, mahnt er jetzt, diese Studentenbeiträge sinnvoll für die Verbesserung der Studienbedingungen zu verwenden. Der Landesvorsitzende der unionsnahen Studentenorganisation, **Kurt Höller**, warnt davor, die Akzeptanz der Eigenbeiträge bei den Studenten zu schwächen.

In Freiburg beispielsweise wollte man mit den Beiträgen Heizkosten bezahlen und die Uni Regensburg plante, aus den Studiengebühren drei Millionen Euro für etwaige Prozesskosten zurückzulegen. **Höller** sagt dazu: „So wird das Geld der Studenten völlig zweckentfremdet.“ Der **RCDS** schlägt deshalb vor, die Studentenvertreter an den Hochschulen nach dem Vorbild der TU München in die Verwaltung und Verwendung der Studiengebühren einzubinden. **Höller**: „Studienbeiträge sind ausschließlich für die Verbesserung der Lehre gedacht.“ Diesen Grundsatz für die Verwendung der Beiträge unterstützt auch Wissenschaftsminister Thomas Goppel.

Studiengebühren: Uni will Millionen horten

(27.03.2007 Martin Degenhardt) Münchner Merkur

Regensburg rüstet sich gegen Prozesse München/Regensburg - An der Universität Regensburg kündigt sich heftiger Krach um die Studiengebühren an. Die Hochschulleitung will über drei Millionen Euro aus den erwarteten Einnahmen horten und vorerst nicht in die Verbesserung der Lehre stecken. Das geht aus internen Unterlagen hervor, die unserer Zeitung vorliegen.

Ab Sommer müssen die Studenten 500 Euro pro Semester überweisen, eine in **Bayern** übliche Höhe. Bis zu zwölf Millionen Euro erwartet die Uni. Ein Viertel soll laut Haushaltsplan zurückgelegt werden, um unter anderem Prozessrisiken abzudecken, wenn sich Studenten gegen die Beiträge wehren.

„Die Rücklagen können aufgelöst werden, wenn die Studierenden ihre Vorbehalte aufheben“ und alle Prozesse „letztinstanzlich“ gewonnen wurden, vermerkt Kanzler Christian Blomeyer intern. Das heißt: So lange die Studenten murren, enthält ihnen die Uni diese Einnahmen vor.

Bei den Betroffenen stößt das auf Unverständnis. Sogar der konservative **RCDS**, der die Studiengebühren im Grundsatz gut heißt, spricht von „Missbrauch“. „Das ist keine Lehrverbesserung“ sagt **RCDS**-Sprecher Martin Degenhardt. Für mögliche Risiken müsse der Gesetzgeber haften. Auch falls sich die Uni gegen mangelhafte

Beitragsatzung absichern wolle, dürfe das nicht auf dem Rücken der Studenten geschehen. Blomeyer widerspricht. Für die Verwendung der Studienbeiträge hafte die Uni mit ihrem eigenen Vermögen, sagte er unserer Zeitung. Ohne Risikoversorge, geplant ab Jahresende, bestehe die Gefahr, „dass sie ihr ganzes Vermögen im Haftungsfall verliert“.

Andere Uni reagieren erstaunt. Die Münchner LMU bildet keine Prozess-Rücklagen. Das Wissenschaftsministerium, das durch unsere Zeitung von den Plänen erfuhr, will nun einschreiten. Die Einnahmen müssten „zeitnah den Studierenden als Mehrwert zugute kommen“, sagte ein Sprecher. Rückstellungen seien „weder vom Wortlaut noch vom Zweck des Gesetzes gedeckt“ und auch nicht erforderlich. Man bemühe sich, dieses „Missverständnis“ auszuräumen.



Der RCDS erwacht zu neuem Leben

(15.03.2007 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Andreas Sigl zum Vorstand gewählt und neue Aufgaben und Ziele definiert

Deggendorf (dz). Die Wahl der Vorstandschaft, hochschulpolitische Themenbereiche sowie eine Zieldefinition prägten die Gründungskonferenz des Rings Christlich Demokratischer Studenten Deggendorf (**RCDS**). Geleitet wurde die Veranstaltung vom **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller**, der vor den Wahlen auf die Aufgaben und Ziele des **RCDS** einging.

"**RCDS** heißt, die Interessen der Studierenden auf höhere Ebene weiterzutragen. Wir können mit unseren guten Kontakten zur Politik und zur Wirtschaft unsere Interessen auch tatsächlich durchsetzen", so **Höller**. Als Beispiel nannte er die Verwaltung der Uni Regensburg, die drei Millionen Euro Studienbeiträge einbehalten, Rücklagen gebildet und nicht wie zugesagt in die Hochschuleinrichtung investiert habe. Der **RCDS** habe beim Ministerium sofort einen Einspruch erwirkt.

Andreas Sigl wurde zum 1. Vorsitzenden des **RCDS** Deggendorf gewählt. Ihm zur Seite stehen Christian Czysch sowie Albulena Thaci als stellvertretende Vorstände. Weiter fungieren Christian Liebhart, Andreas Röck und Franz Feilmeier als Vorstandsmitglieder. "Ein Engagement im Verband lohnt sich. Nicht nur um Kontakte zu

erhalten, sondern auch um aktiv an Entscheidungsprozessen mitwirken zu können. Auch wenn es manchmal einen zeitlichen Aufwand bedeutet", so der neu gewählte Vorsitzende Andreas Sigl. Ein Mitgliedsbeitrag wird im **RCDS** nicht erhoben.

CSU-Spitze rechnet mit Kampfkandidatur

(20.01.2007 Kurt Höller) Die Welt

Nach der Schlacht ist vor der Schlacht. Der Kampf um die Stoiber-Nachfolge hat begonnen

Furcht vor Seehofers Offensive

Im Machtkampf um den CSU-Vorsitz bereiten die Kandidaten ihre Kampagnen vor

Von Hans-Jürgen Leersch

München - Nach der Schlacht ist vor der Schlacht. Edmund Stoiber ist gestürzt, aber jetzt geht der Kampf um den Parteitag seines Erbes erst richtig los. Beide Aspiranten auf den Posten des **CSU**-Chefs, Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer und Wirtschaftsminister Erwin Huber, wollen kämpfen und notfalls auf dem Parteitag im Herbst gegeneinander antreten.

Genau das will Stoiber noch verhindern. "Ich will eine einvernehmliche Lösung", wird der scheidende Ministerpräsident zitiert. In Berlin werden bereits die ersten Scharmützel ausgetragen. Die **CSU**-Landesgruppe tritt am Donnerstagabend zu einer Sondersitzung zusammen. Die Stimmung ist gedrückt, der Kreuther Putsch gegen Stoiber muss erst noch verdaut werden. In der Debatte wird eine klare Positionierung für Huber und gegen Seehofer deutlich. Nur zwei Abgeordnete lassen Sympathien für eine Kandidatur Seehofers durchblicken. Hans Michelbach und Josef Göppel weisen auf den bundespolitischen Anspruch der **CSU** hin, der nach Stoibers Rückzug nur von Berlin aus hochgehalten werden könne. Außerdem kritisieren sie die Verfahrensweise von Huber und Innenminister Günther Beckstein, die das Stoiber-Erbe kurzerhand untereinander aufgeteilt hatten.

Eine klare Mehrheit der sich zu Wort meldenden Abgeordneten spricht sich für die Tandemlösung Huber/Beckstein aus. Es werde Ruhe gebraucht, Kampfkandidaturen seien das Letzte, das man nun brauche. Ein halbjähriger Wahlkampf lähme die Partei, bedrohe den Kommunalwahlkampf und könne Auswirkungen bis hin zur Aufstellung der Landtagskandidaten haben. Entsprechend äußern sich Gerda Hasselfeldt, Max Straubinger, Eduard Oswald und Eduard Lintner. Selbst Bundeswirtschaftsminister Michael Glos bezieht diese Position. Glos wurde zeitweilig ebenso als möglicher Parteichef gehandelt. Aber seitdem ziemlich feststeht, dass Beckstein Ministerpräsident wird, kommt Glos, Franke wie Beckstein, für das Parteiamt nicht mehr in Betracht. Zwei Franken an der Spitze - das machen Altbayern, Niederbayern und Schwaben nicht mit.

Landesgruppenchef Peter Ramsauer war zwar früh aus der Deckung gekommen und hatte Ansprüche der Landesgruppe auf den Parteivorsitz angemeldet. Aber das war wenige Stunden vor Stoibers Rückzug. "Ramsauer will selbst die Nummer eins in Berlin bleiben und nicht den Seehofer vor der Nase haben", sagt ein Abgeordneter. Und keinesfalls habe Ramsauer Glos nach München als Ministerpräsidenten entsorgen wollen, wird versichert. Die Landesgruppe hat mit Seehofer ein Problem. Er gilt als sprunghaft und unzuverlässig. Viele Abgeordnete tragen ihm seinen Rücktritt als Fraktionsvize im **CDU/CSU**-internen Streit um die Gesundheitsreform nach. Und keiner verstand, dass Stoiber Seehofer nach der Bundestagswahl 2005 wieder aus der Versenkung holte und ins Bundeskabinett schickte. Viele fleißige **CSU**-Volksvertreter hatten sich Hoffnung auf einen Kabinettsposten gemacht und mussten dann zusehen, wie Seehofer an ihnen vorbeizog. "Der arbeitet nur auf eigene Rechnung", schimpft ein Abgeordneter.

Jetzt wird befürchtet, dass Seehofer, der auch in der Landtagsfraktion der **CSU** kaum Unterstützer hat, seine Kandidatur über die Medien und an der Parteibasis inszeniert. Das könne er wie kein Zweiter, heißt es. Seehofers Chancen werden unterschiedlich eingeschätzt. In den Gremien wie Vorstand, Fraktion und Landesgruppe habe er keine Chance. "Aber auf dem Parteitag holt er locker 80 Prozent", sagt ein Abgeordneter über den Basishelden Seehofer. Und im Hintergrund leuchtet der von der Fürther Landrätin Gabriele Pauli aus der Flasche geholte Geist der Mitgliederbefragung. Der Sieger einer solchen Befragung, käme es dazu, steht für die meisten fest: Seehofer. "Selten klafften die Vorstellungen der Führung und der Basis so auseinander wie jetzt", wundert sich ein Berliner **CSU**-Mann. Das Huber-Lager verlangt "Ruhe, Ruhe, Ruhe. Das ist jetzt **CSU**-Pflicht", sagt der Bundestagsabgeordnete Andreas Scheuer, der für Beckstein und Huber wirbt. Der Parteienachwuchs sendet ebenso klare Signale: "Ich stehe auf Hubers Seite. Er steht für Innovation und Reformen", sagt **Kurt Höller**, Chef der **CSU**-Studentenvereinigung **RCDS**.

Stoiber führt in der von Journalisten belagerten Staatskanzlei pausenlos Einzelgespräche. Als Erster kommt Ramsauer aus Berlin angeeist, weitere Termine gibt es mit Beckstein, Huber, Fraktionschef Joachim Herrmann und Landtagspräsident Alois Glück. Seehofer kommt nicht, er muss als Landwirtschaftsminister auf der Grünen Woche in Berlin präsent sein und kann nur mit Stoiber telefonieren. Stoiber wisse, dass die **CSU** vor einem Umbruch stehe. "Aber er will den Umbruch ohne Brüche hinkriegen", heißt es in seiner Umgebung.

Mehrheit des CSU-Präsidiums für Erwin Huber

(20.01.2007 Kurt Höller) Münchner Merkur

Stoiber, Glos, Ramsauer, Ferber und Herrmann stützen Kandidatur für Parteivorsitz

München - Im **CSU**-Präsidium, dem höchsten Führungsgremium der Partei, zeichnet sich nach Informationen unserer Zeitung eine klare Mehrheit für Erwin Huber als neuen Parteivorsitzenden ab. Mehrere Präsidiumsmitglieder haben sich bereits auf Huber festgelegt. Horst Seehofer würdigen „nur noch Außenseiterchancen“ eingeräumt, sagte ein Mitglied der Parteispitze.

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos sagte unserer Zeitung zu Überlegungen über eine Doppelspitze aus Günther Beckstein als Ministerpräsident und Erwin Huber als Parteichef: „Das ist etwas, was ich mir durchaus vorstellen kann.“ In der Berliner **CSU**-Landesgruppe soll auch deren Vorsitzender Peter Ramsauer seine Unterstützung für Huber signalisiert haben. Ramsauer betonte am Freitag: „In der Landesgruppe ist keinerlei Vorfestlegung getroffen worden. Wir befinden uns in Gesprächen.“ Der amtierende **CSU**-Chef Edmund Stoiber hat sich intern bereits mehrfach für Huber ausgesprochen. Der künftige Ministerpräsident Günther Beckstein räumte zwar frühere „Rivalitäten“ ein, betonte aber, „dass ich mir eine Zusammenarbeit mit Erwin Huber gut vorstellen kann“.

Auch Präsidiumsmitglied Markus Ferber warb offen für Huber: „Man darf die Einigung zwischen Huber und Beckstein nicht unterschätzen“, sagte der schwäbische Bezirksvorsitzende und Chef der **CSU**-Europagruppe. Ähnlich äußerte sich intern **CSU**-Fraktionschef Joachim Herrmann.

Dass die Ex-Rivalen Huber und Beckstein sich einvernehmlich die Aufgaben teilen wollen, könnte den Graben in der **CSU** zuschütten, den die Stoiber-Nachfolge-Debatte im Jahr 2005 gerissen habe, hieß es in der Münchner Fraktionsspitze. Ähnlich äußerte sich gegenüber unserer Zeitung das Präsidiumsmitglied Ursula Männle.

Münchens **CSU**-Bezirksvorsitzender, Staatssekretär Otmar Bernhard, sprach sich ebenfalls für Huber aus: „Der Favorit der Landtagsfraktion ist klar Erwin Huber.“ Bernhard forderte in der Frage des **CSU**-Vorsitzes eine „schnelle Lösung: Dann ist die Luft raus und es gibt keinen weiteren Streit.“

Klar positionierte sich auch die Studenten-Organisation **RCDS**. Er spreche sich „eindeutig für Huber aus“ und werde in den Gremien auf diese Lösung drängen, sagte der Landesvorsitzende **Kurt Höller**: „Er ist in Berlin bestens vernetzt.“

cd/hle

Aktive Studenten

(23.12.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

RCDS arbeitet an den Hochschule

Augsburg - Die freundlich lächelnde junge Dame auf unserem Photo hat eine besondere Aufgabe: Seit Sommer amtiert Katrin Poleschner als Vorsitzende des **RCDS** an der Universität Augsburg. Die 23-Jährige aus Elchingen im Landkreis Neu-Ulm studiert Politikwissenschaften und setzt sich neben dem Studium hochschulpolitisch für ihre Kommilitonen ein.

Damit ist sie einzigartig, weil es derzeit nur eine weibliche Gruppenvorsitzende an einer bayerischen Hochschule gibt. An ihrer Seite stehen als Stellvertreterinnen gleichfalls Frauen: Christine Kreutmaier und Agatha Szyszko. Dass dieses Trio einigen Erfolg hat, zeigt die Mitgliederentwicklung. Der Augsburger **RCDS** gewann in den vergangenen Monaten 29 Mitglieder hinzu und verzeichnet jetzt insgesamt 118. Das bedeutete bei der Mitgliederwerbaktion der unionsnahen Studentenorganisation in **Bayern** den ersten Platz.

Der Landesverband und die 18 **RCDS**-Gruppen an bayerischen Hochschulen bieten breite Möglichkeiten für das Engagement junger Studierender. Erst kürzlich traf der Landesvorstand unter Leitung von **Kurt Höller** mit TU-Präsident Wolfgang Herrmann zum Meinungsaustausch über die Exzellenzinitiative und den kommenden Studentenschub zusammen.

Sechs Gruppen be-teiligten sich am **RCDS**-Winterball auf einem Donauschiff in Passau. Der Würzburger **RCDS** erzielte mit der Wahl seines Mitglieds Daniel Schubert zum Sprecherrat der Universität einen großen Erfolg. Justizministerin Beate Merk war zu Gast beim **RCDS** an der Münchner Universität, die Passauer Gruppe sorgte für die Öffnung des Uni-Sportzentrums auch an Samstagen und veranstaltete eine Bildungsfahrt nach Erfurt und Weimar. Auch die Zusammenarbeit mit der **JU** klappt gut. Deren Chef Manfred Weber lobt: „Die **RCDS**-Mannschaft um **Kurt Höller** macht durch überlegte Initiativen und ein klares Profil für die Interessen der Studenten auf sich aufmerksam.“

"Union muss das Profil schärfen"

(06.12.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Junge Union diskutierte mit CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann

Viechtach/**Erlangen** (vbb). Der Fraktionschef der **CSU** im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, lud zum Gedankenaustausch einige Funktionsträger aus den Reihen der Jungen Union **Bayern** ein.

Das Gespräch wurde vom Vorsitzenden des **JU**-Kreisverbandes Regensburg, Stefan Ebner, gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden des Ring Christlich Demokratischer Studenten (**RCDS**), **Kurt Höller** aus Metten in die Wege geleitet. Ziel des Gesprächs war es, Themen, die für die **JU** wichtig sind, an Herrmann heranzutragen. Der Diskussionskreis setzte sich aus zehn engagierten **JU**lern aus ganz **Bayern** - überwiegend Kreisvorsitzende - zusammen.

In dem rund zweistündigen Gespräch wurde vor allem über Bildungspolitik diskutiert - dabei wurde die Situation der Hauptschulen im ländlichen Raum sowie die Hochschulpolitik angesprochen - und die Situation von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt thematisiert. Herrmann schilderte den Jungpolitikern zudem wie er den Weg in die Berufspolitik fand und ermunterte sie, sich bei den anstehenden Kommunalwahlen 2008 zu engagieren, um dann im Gemeinderat, Stadtrat oder Kreistag Verantwortung für die Interessen und Sorgen der Menschen zu übernehmen.

JU-Chef Ebner stellte in dem Gespräch fest, dass die Union in der Großen Koalition zu wenig erkennbar sei. "Die Grenzen zwischen Union und SPD müssen vom Bürger wieder stärker wahrgenommen werden", sagte der Viechtacher und appellierte im Hinblick auf die Landtagswahlen 2008 für eine Profilschärfung der **CSU**. Als Beispiel nannte er das Thema EU-Beitritt der Türkei: "Unabhängig davon, wie viele Gruppierungen und Grüppchen in Deutschland lautstark den Türkeiibetritt fordern, so lehnt ihn die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ab. Die **CSU** muss im Wahlkampf deutlich herausstellen, dass sie als einzige Partei diese EU-Erweiterung ohne Einschränkung ablehnt - aus kulturellen und ökonomischen Gründen."

Schule und Hochschule

(02.12.2006 Kurt Höller) Bayernkurier:

Arbeitskreise wählten Führung

Ingolstadt/Nürnberg - Die Mitglieder des Arbeitskreises Hochschule und Kultur sowie des AK Schule, Bildung und Sport der **CSU** haben auf ihren Landesversammlungen neue Vorstände gewählt.

In Ingolstadt wurde Ludwig Spaenle, der dem entsprechenden Landtagsausschuss vor-sitzt, auf zwei Jahre als Landeschef des AK Hochschule bestätigt. Seine drei Stellvertreter sind MdL Hans Gerhard Stockinger, Nürnbergs Kulturreferentin Julia Lehner und Staatsminister Thomas Goppel. Als Schatzmeister fungiert **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller**, als Schriftführer Stefan Einsiedel. Den Landesvorstand komplettieren 17 Beisitzer.

Die Landesversammlung in Nürnberg wählte Kultusminister Siegfried Schneider zum Vorsitzenden des AK Schule, Bildung und Sport. Zu seinen Stellvertretern wurden MdL Ingrid Heckner, Staatssekretär Karl Freller und Heinz Durner bestimmt. Als Schatzmeister wird MdL Berthold Rüdth im engeren Vorstand mitarbeiten, als Schriftführer Reinhold Carli. Ferner wurden 17 Beisitzer gewählt.

Vertreter der Studenten

(25.11.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

Kurt Höller führt den RCDS in Bayern

Erlangen – Er gab den Studierenden Stimme auf dem hochschulpolitischen Forum des **CSU**-Parteitags, er ist neugewählter Landesschatzmeister des **CSU**-Arbeitskreises Hochschule und Kultur. Und **Kurt Höller** setzt sich als Landesvorsitzender des **RCDS** für 1500 Mitglieder seines Verbandes und die bayerischen Studenten insgesamt ein.

Ein Studium der Elektrotechnik hat der 26-Jährige abgeschlossen und promoviert jetzt an der Uni **Erlangen** im Fach Informatik mit dem Schwerpunkt Medizintechnik. Der in den **CSU**-Partei Vorstand kooptierte **Kurt Höller** arbeitet auch in der heimatischen Deggendorfer **CSU** mit.

Unter seiner Führung sprach sich der Ring Christlich-Demokratischer Studenten nach schwierigen Abwägungen für die Einführung von Studienbeiträgen aus. Jetzt kämpft der **RCDS** mit seinen 18 bayerischen Hochschulgruppen darum, dass diese Gelder an den einzelnen Hochschulen wirklich auch für die Verbesserung der Studienbedingungen verwendet werden.

Überhaupt beschäftigt den **RCDS**-Chef derzeit die Finanzierung der Hochschulen. Schon jetzt sieht **Höller** „einen weiteren Finanzbedarf von 500 Millionen Euro im Jahr.“ Aber die große Herausforderung stehe bevor, wenn ab 2010 die Studentenzahl als Folge des G8 um etwa 30 Prozent steigen werde. Dann folgen fünf Jahre mit rund 100 000 Studenten mehr, die wie **Höller** sagt „überbrückt, nicht untertunnelt werden müssen.“ Daran will sich der **RCDS** mit eigenen Vorschlägen beteiligen, in **JU**, in der **CSU** und im Kontakt mit dem Landtag und Minister Thomas Goppel.

Nach Leistung bezahlen

(04.11.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

München – Der Landesausschuss des **RCDS** hat sich auf seiner Sitzung in München mit **Bayerns** Wirtschaftsminister Erwin Huber ausgetauscht.

RCDS-Vorsitzender **Kurt Höller** forderte die Abschaffung des Berufsbeamtentums für Professoren: „Eine Anstellung auf Lebenszeit ist von gestern. Wir wollen die Professoren nach Leistung bezahlen. Der überall angekehrte Wettbewerbsgedanke muss auch in den Köpfen der Hochschullehrer Einzug halten.“ Im Angestelltenverhältnis könnten deutlich attraktivere Verträge abgeschlossen werden, wobei das nicht unbedingt auch billiger sein müsse. Weiter forderte der **RCDS** die Umsetzung der Münchener Transrapidstrecke. Huber erläuterte die Clusterstrategie der Staatsregierung: „Wissenschaft und Wirtschaft werden in Zukunft noch besser vernetzt sein.“

"Wir müssen alles rausholen, was nichts kostet"

(23.10.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller erklärt im PNP-Interview, wie der Studenten-Schub gemeistert werden kann

Deggendorf. Die radikale Hochschulreform hat **Kurt Höller**, **RCDS-Landesvorsitzender**, begleitet. Und nun verabschiedete der **CSU**-Parteitag ein Zukunftsversprechen für "Beste Bildung. Beste Chancen". Der Chef des **RCDS** (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) ist zufrieden: "Wir haben alles erreicht, was wir schon vor zwei Jahren gefordert haben", strahlt der "Altmettener". Freilich stehen viele Versprechen vorläufig nur auf dem Papier. Der Deggendorfer, der letztes Jahr sein Elektrotechnikstudium an der Uni **Erlangen** abschloss und nun eine Promotion zum Thema "Bildverarbeitung für endoskopische Aufnahmen der minimal-invasiven Chirurgie" begonnen hat, fordert im Interview mit der PNP für künftige Generationen von Studenten mehr Geld: einige hundert Millionen - eher eine Milliarde Euro.

Bildung, Hochschule und Forschung war eines der Hauptthemen des **CSU**-Parteitages. Sind Sie zufrieden mit dem Erreichten?

Kurt Höller: Wir haben in **Bayern** zwei Elite-Universitäten. Das ist ein klares Zeichen, das ist absoluter Wahnsinn. Aber das ändert nichts daran, dass wir für die Hochschulen in Zukunft mehr Geld brauchen, wenn wir an der Spitze bleiben wollen.

Wo ist es noch zu wenig?

Höller: Auf uns kommt ein gewaltiger Schub an Studenten zu, ein Zuwachs von 30 Prozent. Den muss man erst mal schultern. Die Studenten leisten ab Januar 2007 ihren Beitrag zur Verbesserung der Lehre durch die Studienbeiträge. Nun ist der Staat gefordert.

Die Zahlen steigen von derzeit 250 000 auf dann 350 000 Studierende. Ist das überhaupt zu schultern?

Höller: Es muss. In erster Linie brauchen wir wesentlich mehr Personal, mehr Professoren. Mit Doppelberufung kann man einiges abfangen. Frühzeitig sollen jüngere Professoren an Stellen berufen werden, an denen Ältere vor dem Ausscheiden stehen. Damit kann man mehr Kapazität schaffen. Aber das reicht nicht. Wir brauchen auch mehr Vorlesungssäle und Seminarräume. Wir müssen zunächst durch Raum- und Zeitmanagement alles rausholen, was nichts kostet. Und dann muss man sehen, was fehlt.

Es fehlen bis zu einer Milliarde Euro - Von welchen Summen sprechen wir da?

Höller: Das kann man so pauschal nicht sagen. Wenn man Personal und Raumkapazität wirklich aufstocken will, sind das viele hundert Millionen. Eher zu einer Milliarde hin, wenn wir den Standard halten wollen. Denn die anderen Hochschulen ziehen ja nach, die werden auch besser.

Das Problem ist doch, dass nur eine kurze Frist überbrückt werden muss. Schon jetzt ist absehbar, dass die Zahl der Studenten bald wieder drastisch sinkt.

Höller: Aber das ist eine Chance. Wir haben jetzt schon überfüllte Hörsäle. Wenn wir nun neue Kapazitäten schaffen für den Studentenschub, ist absehbar, dass es später, wenn weniger Studenten da sind, besser wird.

Sie klingen alles in allem zufrieden. Aber in den vergangenen Jahren gab's doch heftige Proteste der Studenten.

Höller: Eigentlich nur zwei. Gegen die Kürzungen bei den Hochschulen bin ich selber auf die Straße gegangen. Als es aber gegen die Studienbeiträge ging, bin ich natürlich nicht mitmarschiert. An deren Umsetzung war der **RCDS** beteiligt, wir haben im Hintergrund, in vielen Gesprächen, alle unsere Forderungen durchgesetzt. Vor zwei Jahren hat der **RCDS** dazu ein Eckpunktepapier erarbeitet. Alles was wir gefordert hatten, ist inzwischen erfüllt. Und die meisten Hochschulen haben das auch gut umgesetzt. Mich ärgert nur, dass es die Uni Regensburg nicht geschafft hat, die Studenten bei der Verteilung der Studienbeiträge einzubinden, obwohl das der Landtag ausdrücklich gefordert hatte. Alle anderen haben das geschafft. Da war übrigens die FH Deggendorf wegweisend, die waren die ersten und haben das hervorragend umgesetzt - gemeinsam mit den Studenten. Die waren super. Für uns war entscheidend, dass das Geld nur für die Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt werden darf.

Studierende Eltern von Beiträgen befreit - Studiengebühren von bis zu 500 Euro pro Semester. Können sich dann noch alle Begabten ein Studium leisten?

Höller: Ich glaube, den sozialen Ausgleich haben wir gut hingekriegt, wir wollen ausdrücklich Chancengerechtigkeit. Gegen die Studienbeiträge gibt es eher eine emotionale Barriere. Jeder hat die Möglichkeit, den Studienkredit zu bekommen, das ist überhaupt kein Problem. Wenn ich mich für ein Auto oder eine Stereoanlage verschulde, muss ich das Geld zurückzahlen. Da fragt keiner, ob ich mir das leisten kann. Beim Studienkredit zahlt man erst zurück, wenn ein bestimmtes Einkommen überschritten ist. Und wer nichts verdient, zahlt gar nichts. Besonders stolz bin ich drauf, dass studierende Eltern von Studienbeiträgen befreit sind, das war unsere Initiative.

Das klingt gut. Aber gibt es überhaupt genug Betreuungseinrichtungen für Kinder an den Hochschulen?

Höller: An der familienfreundlichen Universität, die wir wollen, muss noch gearbeitet werden. Das war Teil des Leittrags. Ein Kinderwunsch darf nicht in Konkurrenz zu Studium oder Beruf stehen. Wir brauchen Bedingungen, unter denen auch junge Mütter oder Väter optimal studieren können. Da gehören Kinderkrippen dazu, Kindergärten und Kinderhorte.

Was war Ihnen noch wichtig im Leittrags?

Höller: Wir wollen die Durchlässigkeit der Hochschulen: "Kein Abschluss ohne Anschluss". Die Universitäten und Fachhochschulen müssen ihre Profile stärken, das hat ja bereits begonnen. Dazu gehört auch, dass die Hochschulen ihre Studenten selbst auswählen. Wir brauchen die Besten. Diese Selbstauswahl wäre schon heute möglich, wird aber kaum genutzt, weil es den Universitäten zu aufwändig ist. Das soll künftig forciert werden. Die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft gehört dazu, oder mehr Möglichkeiten, Forschungs- und Entwicklungsaufträge zu übernehmen.

Selbst wenn zusätzliches Geld fließt, ist absehbar, dass die bayerischen Unis bald überfüllt sind. In östlichen Bundesländern gibt es freie Plätze. Gibt es bald eine große Wanderungsbewegung?

Höller: Das regelt der Markt, so funktioniert Wettbewerb. Wenn in Greifswald oder im Ausland die Studienbedingungen besser sind, werden die Studenten abwandern. Da muss sich **Bayern** noch anstrengen. Unsere Hochschulen müssen Treffpunkt von geistiger Elite und Leistungsträgern aus aller Welt sein. **Bayern** möchte den Elitenexport umdrehen. Wer das will, darf nicht an den Hochschulen sparen.

Interview: Cornelia Wohlhüter

Studiengebühren

(04.08.2006 Kurt Höller) Spiegel Online

Feilschen ums Kleingedruckte

Den Protestlern dämmert, dass sie den Kampf gegen die Campus-Maut kaum gewinnen können. Nun beginnt die Zeit zähen Schacherns mit den Hochschulen - ob Studenten für ihr Geld eine angemessene Gegenleistung erhalten oder die Extra-Euros fernab der Lehre versickern.

Dreierlei Beteuerungen gehörten zum ewigen Mantra der Gebührenfreunde: Erstens werde die Campus-Maut selbstverständlich so ausgestaltet, dass sie sozial verträglich sei und Kinder aus ärmeren Familien nicht vom Studium abhalte. Zweitens handele es sich um zusätzliche Einnahmen für die Hochschulen; Kürzungen der staatlichen Mittel an anderer Stelle kämen nicht in Betracht. Und drittens sollten die Extra-Euros ausschließlich der Lehre zugute kommen und die Studienbedingungen verbessern.

Flankiert von solchen Gelöbnissen boxten mit **Bayern**, Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland inzwischen sechs Bundesländer Gesetze zur Einführung von Studiengebühren durch. Hessen ist trotz verfassungsrechtlicher Turbulenzen und heftiger Studentenproteste fest entschlossen, es den Vorreitern nachzutun; weitere Länder werden folgen.

Dass mit dem Bezahlen auch die Aussicht auf Besserung verbunden ist, daran erinnern jetzt immer mehr Studentenvertreter - auch solche, die Studiengebühren an sich befürworten. Der Konflikt um die Campus-Maut verlagert sich zunehmend in die Hochschulgremien, denn nur dort ist für die Studenten noch etwas zu holen.

"Es sind unsere Beiträge"

"Was an manchen Hochschulen an Satzungsentwürfen für die Verwendung von Studienbeiträgen herumgeistert, ist erschreckend", kritisiert etwa der bayerische **RCDS**-Landesvorsitzende **Kurt Höller**. "Es sind unsere Beiträge. Wir als Studenten wollen auch bestimmen, für was sie verwendet werden", fordert **Höller**.

Als "riesengroßen Skandal" bezeichnete **Höller** etwa einen Entwurf der Universität Regensburg für eine Gebührensatzung. Der **RCDS**-Mann bemängelt mangelnde Transparenz und hohe Verwaltungskosten. Nach dem Re-

regensburger Entwurf sollen studentische Vertreter lediglich ihre Meinung dazu äußern können, ob sie einzelne Ausgaben für sinnvoll halten - mehr aber auch nicht, so der Regensburger **RCDS**ler Paul Linsmaier. Das Sagen haben letztlich die einzelnen Fakultäten, die die Verteilung untereinander ausschachern können. "Ich kann es als Physiker nicht verantworten, dass beispielsweise ein Geisteswissenschaftler meinen Stickstoff zahlt", monierte Linsmaier. Die Regensburger Studentenvertreter erreichten mit ihren Einwänden immerhin einen Aufschub: Die für den 19. Juli geplante Senatsentscheidung wurde auf den 13. September vertagt.

Das Feilschen kann sich vielerorts lohnen. Denn vor allem in **Bayern** und Baden-Württemberg lassen die Rahmenregelungen den Hochschulen gewisse Spielräume. Und dabei geht es, anders als bei plakativen Protesten, um das Kleingedruckte: Was genau heißt eigentlich "Verbesserung der Lehre"? Bei Tutorien ist die Sache noch klar. Aber darf eine Hochschule mit den Extra-Euros lecke Hörsaaldecken flicken, Seminarräume umbauen, auffällige Labors sanieren? Gehören zur Lehre auch nichtwissenschaftliche Stellen, die den Service für Studenten verbessern? Bleibt das Geld der Studenten an den Fakultäten, oder fließt es in einen großen Topf? Schließlich: Wer ist eigentlich der Kassenwart?

So heißt es in Artikel 71 des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes, das am 1. Juni 2006 in Kraft trat, lediglich: "Die Studierenden sind bei der Entscheidung über die Verwendung der Einnahmen in angemessener Weise zu beteiligen." Als Beispiele für sinnvolle Verwendung nennt **Bayerns** Wissenschaftsministerium intensivere Studienberatung, mehr Tutorien, längere Öffnungszeiten der Bibliotheken oder ein verbessertes EDV-Angebot. Nur: Gebunden sind die Hochschulen daran nicht. Was sie für angemessen halten, bleibt ihnen selbst überlassen.

Gebühreneinnahmen für modernere Klos?

Handfesten Streit gab es sogleich in München - einen Latrinen-Streit nämlich. Der LMU wurde vorgeworfen, das Geld für die Toilettensanierung verwenden zu wollen. "Völlig indiskutabel", zürnte **CSU**-Fraktionschef Joachim Herrmann. "Pure Polemik", konterte Uni-Rektor Bernd Huber und gelobte, die Gebühreneinnahmen sollten für die Lehre und nichts als die Lehre eingesetzt werden.

Laut Senatsbeschluss sollen künftig Studenten zur Hälfte in den Kommissionen vertreten sein, die Vorschläge zur Mittelverwendung ausarbeiten. Die Studentenvertretung der LMU klagte aber, beim Satzungsentwurf habe man "die Vorschläge der Studierenden ignoriert". Der Glaube, die Zusammenarbeit erfolge "auf gleicher Augenhöhe", sei enttäuscht worden.

Das notorisch gebührenfreundliche Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh bescheinigte in einer unlängst veröffentlichten Studie den Landesgesetzen wenig Konsistenz und schlechte Kalkulierbarkeit für Studenten. Positiver fiel die Bewertung im Punkt "Nutzen und Mitsprache für Studenten" aus, wo immerhin **Bayern**, das Saarland und der Gesetzentwurf aus Hessen "gut" abschnitten.

Als relativ studentenfreundlich preisen Studentenvertreter die Satzung der TU München. "Bei der Erarbeitung der Gebührensatzung wurden unsere Vorschläge größtenteils berücksichtigt", sagt Petra Kleiner vom Asta. An der TU sind Studenten immerhin auf Fakultätsstufe paritätisch in den Gremien vertreten. Diese geben Empfehlungen an eine zentrale Kommission weiter, in der auch Studenten sitzen, wenn auch nicht gleichberechtigt. "Unsere Studierenden haben den Reformprozess der Hochschule in allen Phasen mit uns aktiv und konstruktiv gestaltet", lobt Rektor Wolfgang A. Herrmann.

Wer hat am Ende die Hand auf der Kasse?

Die meisten Mitgestaltungsmöglichkeiten haben wohl die Studenten Nordrhein-Westfalens. Im studentenreichsten Land dürfen die Hochschulen selbstständig entscheiden, mit welchem Obolus sie ihre Studenten zur Kasse bitten wollen; sie dürfen auch bestimmen, wohin das Geld fließt. "Wir werden sehr genau darauf achten, dass die Mittel zweckgebunden verwendet werden - also ausschließlich zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehre", betont Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart - wohlwissend, dass sich der Studenten-Zorn mehr gegen Rektoren und Dekane als gegen die Landesregierung richten dürfte.

Bis Mitte Juli entschieden 27 von 33 staatlichen Universitäten, Fachhochschulen und Kunst- und Musikhochschulen in NRW, künftig Gebühren zu erheben. Die Universität Bochum etwa bemüht sich, schon bei der Ausgestaltung des Entwurfs so wenig Angriffsfläche wie möglich zu bieten.

Mit der Gebührenordnung, so der Arbeitsauftrag des Senats, solle das soziale Profil der Hochschule geschärft werden. Die Gelder sollten prinzipiell an die Fakultäten zurückfließen und diese autonom entscheiden dürfen; zugleich werde die Verwendung effektiv kontrolliert. Im übrigen, so versicherte die Uni, sei mit dem Entwurf noch "keine eindeutige Entscheidung für oder gegen Studiengebühren gefallen".

Das mag zur Stimmungsaufhellung beitragen. Aber die Entscheidung, wo die Mittel am Ende landen, werden sich Professoren nirgendwo aus der Hand nehmen lassen. Vorschläge machen dürfen die Studenten, in den Kommissionen allenthalben mitreden - aber auch mitbestimmen? Die Asten sehen die Studenten von Hochschulangehörigen zu Kunden degradiert. Und in der Servicewüste der deutschen Uni-Landschaft ist der Kunde bis dato alles andere als König. Diese Kundschaft wird permanenten Druck entfalten und vehement auf eine Aufwertung der Lehre pochen müssen, wenn ihr Geld auf Dauer nicht in Forschung und Baumaßnahmen versickern soll.

Prof. Schweitzer will eine Milliarde zusätzlich

(12.07.2006 Kurt Höller) Passauer neue Presse

Goppel fordert Kreativität im Umgang mit neuem Hochschulgesetz - Studiengebühren nur für bessere Lehrqualität

Cornelia Wohlhüter München. Eine Milliarde Euro mehr für bayerische Hochschulen hatte Prof. Walter Schweitzer gerade gefordert - und dafür Beifall bekommen. Dennoch zeigte Wissenschaftsminister Thomas Goppel Größe und versorgte den Vorsitzenden der Universität **Bayern** e.V. nach dessen Rede mit einem Glas Wasser. Schließlich war auf dem hochschulpolitischen Kongress gestern im Hörsaal der FH München das offene Wort ausdrücklich gewünscht. Da wurde es den mehr als 300 Teilnehmern nie langweilig.

Das neue Hochschulgesetz, vor wenigen Wochen beschlossen, erfüllte sich zusehends mit Leben - vor allem durch provokante Einwürfe und Thesen von Prof. Jürgen Mittelstraß, der Universitäten aufforderte, verkrustete Strukturen aus dem vorigen Jahrhundert aufzubrechen. Zum Wunsch nach mehr Autonomie sagte er: "Fragen Sie nicht, nehmen Sie die Autonomie. Wenn die Hochschulen nicht lernen umzudenken, haben sie die neue Autonomie nicht verdient." Auch Goppel sprach von neuer Selbständigkeit der Hochschulen und ermunterte sie, "Neues zu versuchen, Bewährtes nachzujustieren und Ungewohntes einzufordern". Der Minister hatte den Kongress angeregt, gemeinsam für Unis und Fachhochschulen. Von der FH Deggendorf waren interessierte Zuhörer gekommen, darunter etliche Studenten. Das verwundert kaum, lobt doch **RCDS-Landeschef Kurt Höller** die Deggendorfer Vereinbarung über die Verwendung der Studiengebühren als vorbildlich: Jeder Euro für die Verbesserung des Studienangebots, die Studenten haben Mitsprache. Nur so darf das Geld verwendet werden, bekräftigte Goppel: "Studienbeiträge sind zweckgebunden."

Der Minister sprach von großen Herausforderungen, wenn 2011 ein Doppeljahrgang Abiturienten an die Hochschulen drängt (G8 und G9). Aber der Finanzminister wisse "im Grunde seines Herzens, dass da eine gewaltige Anforderung auf die Staatskasse zurollt". Dabei sind die **Bayern** noch fein raus: Durch die schnelle Einführung des G8 sind sie die Ersten. 80 000 zusätzliche Studenten, davon 29 000 in **Bayern**, das erfordere eine nationale Anstrengung, fand Prof. Detlef Müller-Böling, Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung. Aber während in Westdeutschland die Hörsäle überfüllt sein werden, würden im Osten zunehmend Kapazitäten frei. Durch innerdeutsche Mobilität (Transferleistungen?) könnte ein Drittel aufgefangen werden. Über virtuelle Angebote (gut ausgebaut in **Bayern**) und Flexibilität sei ein weiteres Drittel zu schaffen. Und 20 000 Studenten könnten im Ausland studieren. Wie in Norwegen stellt sich Müller-Böling vor, dass der Staat für jeden Studierenden 25 000 Euro zahlt. Das sei billiger, als neue Kapazitäten aufzubauen - zumal ab 2015 die Zahlen wieder sinken.

Prof. Marion Schick, Präsidentin der FH München und Vorsitzende der Hochschule **Bayern** e.V., begrüßte das neue Gesetz, das den Hochschulen für angewandte Wissenschaften neue Möglichkeiten eröffne, sah aber angesichts immer dynamisch werdender Märkte schon die nächste Novellierung voraus. Im Vergleich zu Universitäten sind die FHs spartanisch ausgestattet mit Personal. Umso mehr werde man darauf achten, dass Studiengebühren ausschließlich zur Qualitätsverbesserung und nicht zur Kapazitätsausweitung verwendet würden, kündigte sie an. Prof. Schweitzer sah riesige Probleme: Man müsse die Studienverhältnisse deutlich verbessern, den Studentenberg bewältigen, die Hochschulen profilieren, obschon man bereits jetzt mit Überlast kämpfe und die bauliche Substanz vielfach schon bröckle, weil die

Neues Gesetz braucht "Mut zur Langsamkeit" Mittel fehlten. "Wir brauchen frisches Geld. Eine Milliarde Euro zusätzlich für die Jahre 2011 bis 2015" so der Passauer Rektor .

Bei einer Podiumsdiskussion klagte Prof. Yvonne Stry, Prorektorin der FH Nürnberg, über die Qualität vieler Studienanfänger. Prof. Ulf Zimmer (Rektor Uni Regensburg) beklagte: "Wenn die Finanzminister mehr Macht in Bildungsfragen haben als die Hochschulminister, sind wir auf dem falschen Weg." Sponsoring aber sei kein Ausweg ("vergiftetes Geld"); jeder Sponsor müsse vor dem Finanzamt den Mehrwert für sein Unternehmen nachweisen, das höhle die Autonomie der Universitäten aus. Besser sei es, Stiftungen und Erbschaften so be-

vorzugt zu behandeln wie in den USA. Nach forschen Querschüssen von Prof. Mittelstraß bat Ltd. Ministerialrat Johann Störle, "Vater" des neuen Hochschulgesetzes, um "Mut zur Langsamkeit"

Cornelia Wohlhüter

"Ich halte nichts von pauschalen 500 Euro"

(05.07.2006 Kurt Höller) NZ Nürnberger Zeitung

RCDS-Landesvorsitzender Höller zu Gebühren

Der **CSU**-nahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) hat sich als erste Studentenorganisation aktiv für Studiengebühren ausgesprochen. Zum Sommersemester 2007 müssen Studenten an Fachhochschulen zwischen 100 und 500 Euro, an Universitäten zwischen 300 und 500 Euro bezahlen. Die NZ fragte den **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller** aus **Erlangen**, wie ein gutes Gebührensystem aussehen könnte.

NZ: Herr **Höller**, **Bayerns** Hochschulen dürfen innerhalb eines bestimmten Rahmens selbst entscheiden, wie hoch ihre Studiengebühren sind. Sie dürfen auch innerhalb einzelner Fächer unterscheiden. Was halten Sie von diesen differenzierten Gebühren?

Höller: Der **RCDS** hat diese sogar gefordert. Und das sogar zu einem Zeitpunkt, in dem differenzierte Beiträge im Wissenschaftsministerium noch eher ablehnend beurteilt worden waren. Wir fordern die Universitäten auf, für einzelne Fächer unterschiedlicher Gebühren zu verlangen. Natürlich nur dann, wenn es von der Verwaltung her möglich ist. Aber das sollte in einer modernen Uni möglich sein.

NZ: Nach welchen Gesichtspunkten wollen Sie differenzieren?

Höller: Ich würde nur nach dem differenzieren, was für Studenten mehr aufgewendet wird als bisher. Wenn nichts verbessert wird, dann sollten die Studienbeiträge auch nur auf einem Minimallevel erhoben werden. In dem Maße, in dem die Studienbedingungen gegenüber dem heutigen Zustand verbessert werden, kann ich auch die Studienbeiträge verlangen. Deshalb halte ich auch nichts von pauschalen 500 Euro. Dann wäre der Anreiz bei weitem nicht so gegeben zu zeigen, wie gerechtfertigt die Beiträge sind. Ich würde die Beiträge aber nicht an andere Faktoren koppeln, wie den Berufs- oder Einkommensperspektiven oder den Kosten des Gesamtstudiums. Sonst bekomme ich auch wieder eine Subventionierung einzelner Studiengänge.

NZ: Wofür sollen Ihrer Meinung nach die Studiengebühren eingesetzt werden?

Höller: Sie sollen nur zur Verbesserung der Lehre verwendet werden, also zum Beispiel zusätzliche Tutorien, Materialien oder Bücher. Wenn es die Studenten wünschen, können auch Dinge rund um das Studium herum angeschafft werden, zum Beispiel eine Couch für eine Freizeitecke. Auf jeden Fall dürfen damit keine Vorlesungen oder andere Dinge finanziert werden, die essenziell für ein Studium sind. Die zusätzlichen Gelder sollten zum großen Teil direkt an die Fakultäten gehen und dort von einem Gremium, das zur Hälfte aus Studenten besteht, verteilt werden können.

NZ: Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass die Mittel im Haushalt nach der Einführung gekürzt werden?

Höller: Gekürzt wird sicher nicht. Dies ist im Innovationsbündnis vereinbart. Es besteht nur die Gefahr bei dem erwarteten Studentenberg, dass die Mittel nicht so zunehmen wie die Zahl der Studenten. Wichtig ist deshalb, dass die Beiträge nur für studienverbessernde Dinge ausgegeben werden und nicht für Dinge, die die Zahl Studienplätze erhöhen. Aber das ist im Gesetz geregelt.

NZ: Die Verwaltungsgebühren in Höhe von 50 Euro pro Semester verschwinden auch im Staatshaushalt.

Höller: Ich fordere auch vehement deren Abschaffung. Wenn ich mich damit nicht durchsetzen kann, sollten sie zumindest zur Verwaltung der Studienbeiträge genutzt werden.

NZ: Wird es durch Gebühren weniger Studenten geben?

Höller: Das einzige, was abnehmen wird, ist die Zahl der Langzeitstudenten. Ich glaube, es wird weniger Abbrecher geben.

Fragen: Markus Kaiser

RCDS-Landesvorsitzender Höller zu Gebühren

„Ich halte nichts von pauschalen 500 Euro“

Der CSU-nahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) hat sich als erste Studentenorganisation aktiv für Studiengebühren ausgesprochen. Zum Sommersemester 2007 müssen Studenten an Fachhochschulen zwischen 100 und 500 Euro, an Universitäten zwischen 300 und 500 Euro bezahlen. Die NZ fragte den RCDS-Landesvorsitzenden Kurt Höller aus Erlangen, wie ein gutes Gebührensystem aussehen könnte.

NZ: Herr Höller, Bayerns Hochschulen dürfen innerhalb eines bestimmten Rahmens selbst entscheiden, wie hoch ihre Studiengebühren sind. Sie dürfen auch innerhalb einzelner Fächer unterscheiden. Was halten Sie von diesen differenzierten Gebühren?

Höller: Der RCDS hat diese sogar gefordert. Und das sogar zu einem Zeitpunkt, in dem differenzierte Beiträge im Wissenschaftsministerium noch eher ablehnend beurteilt worden waren. Wir fordern die Universitäten auf, für einzelne Fächer unterschiedliche Gebühren zu verlangen. Natürlich nur dann, wenn es von der Verwaltung her möglich ist. Aber das sollte in einer modernen Uni möglich sein.

NZ: Nach welchen Gesichtspunkten wollen Sie differenzieren?

Höller: Ich würde nur nach dem Differenzieren, was für die Studenten mehr aufgewendet wird als bisher. Wenn nichts verbessert wird, dann sollten die Studienbeiträge auch nur auf

einem Minimallevel erhoben werden. In dem Maße, in dem die Studienbedingungen gegenüber dem heutigen Zustand verbessert werden, kann ich auch die Studienbeiträge verlangen. Deshalb halte ich auch nichts von pauschalen 500 Euro. Dann wäre der Anreiz bei weitem nicht so gegeben zu zeigen, wie gerechtfertigt die Beiträge sind. Ich würde die Beiträge aber nicht an andere Faktoren koppeln, wie den Berufs- oder Einkommensperspektiven, oder den Kosten des Gesamtstudiums. Sonst bekomme ich auch wieder eine Subventionierung einzelner Studiengänge.

NZ: Wofür sollen Ihrer Meinung nach die Studiengebühren eingesetzt werden?

Höller: Sie sollen nur zur Verbesserung der Lehre verwendet werden, also zum Beispiel für zusätzliche Tutorien, Materialien oder Bücher. Wenn es die Studenten wünschen, können auch Dinge rund um das Studium herum angeschafft werden, zum Beispiel eine Couch für eine Freizeitecke. Auf jeden Fall dürfen damit keine Vorlesungen oder andere Dinge finanziert werden, die essenziell für ein Studium sind. Die zusätzlichen Gelder sollten zum großen Teil direkt an die Fakultäten gehen und dort von einem Gremium,

das zur Hälfte aus Studenten besteht, verteilt werden können.

NZ: Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass die Mittel im Haushalt nach der Einführung gekürzt werden?

Höller: Gekürzt wird sicher nicht. Dies ist im Innovationsbündnis vereinbart. Es besteht nur die Gefahr bei dem erwarteten Studentenberg, dass die Mittel nicht so zunehmen wie die Zahl der Studenten. Wichtig ist deshalb, dass die Beiträge nur für studienverbessernde Dinge ausgegeben werden und nicht für Dinge, die die Zahl der Studienplätze erhöhen. Aber das ist im Gesetz geregelt.



Kurt Höller

NZ: Die Verwaltungsgebühren in Höhe von 50 Euro pro Semester verschwinden auch im Staatshaushalt.

Höller: Ich fordere auch vehement deren Abschaffung. Wenn ich mich damit nicht durchsetzen kann, sollten sie zumindest zur Verwaltung der Studienbeiträge genutzt werden.

NZ: Wird es durch Gebühren weniger Studenten geben?

Höller: Das einzige, was abnehmen wird, ist die Zahl der Langzeitstudenten. Ich glaube, es wird weniger Abbrecher geben. Fragen: Markus Kaiser

Herrmanns Stimme für FH-Ausbau und Anna Eder

(27.06.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Deggendorf (af). Bei seinem Besuch an der Fachhochschule hat Dr. Joachim Herrmann (Mitte), CSU-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, gestern nicht nur eine Lanze für die Wiederwahl seiner Parteifreundin Anna Eder (2.v.l.) als Oberbürgermeisterin gebrochen ("Du bist die richtige Frau am richtigen Platz"), sondern auch für den Ausbau der FH Deggendorf.

"Das Geld für die FH war bisher gut angelegt", sagte er, "denn sie steht für Wachstum und Fortschritt. Also ist es nur angemessen, hier weiter zu investieren." Er gab u.a. Prof. Klaus Nitsche, Dekan der Fakultät Maschinenbau Recht, der auf den Mangel an Ingenieuren hingewiesen und eine Stärkung des Standorts **Bayern** gefordert hatte. Dazu Herrmann, der sich auch ein Bild von der Aufbruchstimmung in China gemacht hatte: "Wir dürfen nicht ins Hintertreffen geraten."

Gemeinsam mit FH-Präsident Prof. Reinhard Höpfl (l.), **Kurt Höller** (3.v.l.), **Landesvorsitzender** des **RCDS**, auf dessen Initiative Herrmann im Rahmen seiner Kabinettstour gekommen war, sowie Christian Moser (2.v.r.), Kreisvorsitzender der **JU** Deggendorf, besuchte der Gast ein Labor für Optical Engineering. Dort erläuterte Doktorand Markus Schirnhärl (r.) u.a. die Bearbeitung von Speziallinsen.

Bei der anschließenden Diskussion, zu der Prof. Höpfl auch Kollegen der Kent Business School of the University of Canterbury als Partner-Uni für die Bachelor- und Masterstudiengänge (BA/MA) begrüßen konnte, sprach Fraktionschef Herrmann u.a. über Politik und Europa, christliche Werte und Toleranz. "Ich erwarte von Ausländern, dass sie unsere Kultur und Grundwerte akzeptieren und sich integrieren." Nicht nur in diesem Zusammenhang sei der Rohstoff Bildung höchstes Gut. In diesem System gehöre "mehr denn je den Fachhochschulen die Zukunft". Er kritisierte die zu lange Ausbildungsdauer, lobte BM/MA und geißelte Neid als Erfolgsverhinderer. "Bereitschaft zur Leistung und Freude am Erfolg müssen wir in die Arbeitswelt hineintragen." (Ausführlicher Bericht morgen)Binder

Neu gegründet und anerkannt

(02.06.2006 Kurt Höller) Main-Post

RCDS Gruppe**Neu gegründete
und anerkannt***RCDS Gruppe*

WÜRZBURG (SV) Die im Januar dieses Jahres neu gegründete RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) Fachhochschul-Gruppe Würzburg-Schweinfurt ist im Landesverband „RCDS in Bayern“ als vollwertiges Mitglied aufgenommen worden.

In der Vergangenheit existierte bereits eine RCDS Gruppe an der Fachhochschule in Würzburg, die jedoch seit mehreren Jahren ruhte. Gruppenvorsitzender ist Stephan Rau (23), der im achten Semester Medienmanagement mit der Studienrichtung Kommunikationsmanagement studiert. Weitere Gründungsmitglieder sind Johannes Liebmann (Stellvertreter/Schatzmeister), Aron Schuster (Stellvertreter), die Beisitzer Veronika Dickert, Barbara Brehm und Florian Biechele und Kassenprüfer Michael Schauer.

„Erste Aufgaben der Gruppe sind das Werben neuer Mitglieder, die Erstellung einer Erstsemester-Info-Broschüre und die Organisation für eine Veranstaltung zur Verwendung der Studienbeiträge an der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt“, sagt Stephan Rau. „Die RCDS-Gruppe ist eine Bereicherung für unsere Fachhochschule, da wir Mitstudenten Transparenz, Informationen und Aufklärung bezüglich der Hochschulpolitik an der FH geben wollen.“

Die RCDS-Gruppe wird regelmäßig öffentliche Stammtische veranstalten. Zudem wird derzeit in Kooperation mit der RCDS-Una-Gruppe für den Landesverband an einer neuen Flyer-Werbelinie gearbeitet.

Mettener bekunden in Rom Verbundenheit mit "ihrem" Kardinal**(29.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse****Romfahrt zum 95. Geburtstag von Dr. Augustinus Kardinal Mayer - Abt Wolfgang M. Hagl, Landrat und Bürgermeister unter Gratulanten**

Metten/Rom (ba). Wer hat schon einen Kardinal in Rom und durch ihn und dessen Heimatkloster enge Beziehungen zum Vatikan und zum Heiligen Stuhl? Das blieb einmal mehr den Mettenern vorbehalten, die mit einer großen Delegation in die Ewige Stadt reisten, um dem früheren Hausvater der Benediktinerabtei, Dr. Augustinus Kardinal Mayer, zum 95. Geburtstag zu gratulieren und dann auch noch bei der Generalaudienz von Papst Benedikt XVI. als eine der vielen Gruppen aus Deutschland vom Heiligen Vater genannt zu werden.

Die von der Marktgemeinde, deren Ehrenbürger der Kardinal ist, organisierte Fahrt wurde für alle Teilnehmer ein besonders Erlebnis. Abt Wolfgang M. Hagl, Cellerar Pater Markus Haering, Landrat Christian Bernreiter und Baron von Poschinger kamen per Flugzeug. In Rom gesellten sich einige Alt-Mettener dazu, u.a. **RCDS**-Chef **Kurt Höller** und Journalist Florian Eder. Im Mettener Bus fehlten auch nicht Bürgermeister Erhard Radlmaier, die Marktgemeinderäte Ludwig Fischer, Wolfgang Paukner und Oberstudiendirektor i.R. Walter Matl sowie die Leiterin der Hauptschule Irmgard Jabornitzky und der Abt-Utto-Grundschule Reinhard Hübl.

Für den betagten Jubilar hatte man Schmankerl aus **Bayern** als Geschenk dabei: Salami, Bauernbrot, Zwickl-Bier und ein paar Flascherl von den Maltersdorfer Klosterschwestern. Ein kleines Geburtstagsständchen zweier Sangesbrüder aus Metten freute den Kardinal besonders.

Erster Höhepunkt der Reise war der gemeinsame Gottesdienst im Campo Santo, dem Deutschen Friedhof neben dem Petersdom. Abt Wolfgang betonte, dass in der Liturgie der Geburtstag eigentlich nicht vorgesehen

sei, jedoch der Geburtstag des geschätzten Kardinals ein besonders Ereignis sei und man in der Eucharistiefeyer Dank sagen wolle. Der Abt gratulierte dem ältesten Mitbruder des Mettener Konvents, wünschte ihm Gottes reichsten Segen, einen Blick zurück in Dankbarkeit, Zufriedenheit, einen Blick nach vorne voller Hoffnung und Gelassenheit. Abt Wolfgang sagte: "Wir erleben in Ihnen noch heute eine kirchliche Persönlichkeit von großer Überzeugungskraft, in der sich Prinzipientreue und Stehvermögen mit Weitherzigkeit und Güte verbinden."

Der Heilige Vater hatte schon vormittags telefonisch gratuliert. Zu den Gratulanten gehörte auch der deutsche Botschafter am Heiligen Stuhl, Dr. Gerd Westdickenberg, der dem Kardinal ein persönliches Schreiben von Bundeskanzlerin Angela Merkel übergab. Gute Sitzplätze für die Mettener gab es bei der Generalaudienz einen Tag später. Der Heilige Vater fuhr von rund 70 000 Menschen umjubelt, direkt an der Pilgergruppe aus Metten vorbei. Mit Überraschung und großer Freude wurde die Nennung der Pilgergruppe aus der Abtei Metten durch Benedikt XVI. von den Reiseteilnehmern registriert und applaudiert.

Die Tage und Stunden in Rom waren mit einem großen Besuchsprogramm ausgebucht und man hatte mit Abt Wolfgang, Pater Markus und Walter Matl gute Führer durch St. Peter mit Besuch des Papstgrabs von Johannes Paul II., Lateranbasilika, Heilige Stiege, S. Maria Maggiore, S. Prassede, Kolosseum, Forum Romanum, Piazza Navona, Pantheon, Trevi-Brunnen, Spanische Treppe, Aventin, S. Sabina und S. Anselmo, Circus Maximus, Palatin, Sankt Paul vor den Mauern und Tivoli. In Subiaco, der Einsiedelei des hl. Benedikt, feierte man mit Abt Wolfgang und Pater Markus den Abschlussgottesdienst einer denkwürdigen Romreise.

Europa als Chance für Studenten

(27.05.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

Metten – Über die Chancen und Risiken der jungen Generation in Europa diskutierte der **RCDS Bayern** mit Europaministerin Emilia Müller, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Ingo Friedrich, Deggendorfs Oberbürgermeisterin Anna Eder und dem Mettener Abt Wolfgang Hagl im Kloster Metten. **RCDS**-Chef **Kurt Höller** forderte ein ausgebautes Stipendienwerk für Mittel- und Osteuropa, um den Austausch mit den neuen Mitgliedern zu stärken. Diese Vernetzungsprogramme müssten nach dem Vorbild des Regensburger EUROPAEUMS erweitert werden.

Zum Abschluss erörterten die Studenten bei einem Kamingespräch mit dem langjährigen Chefredakteur des Bayernkurier, Winfried Scharnagl, den Wandel **Bayerns** vom Agrar- zum Innovationsstandort. AvD

RCDS sieht Europa als Chance

(22.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Studenten diskutierten mit Politikern über die Zukunft der EU

Metten (pnp). "Europa bietet uns die Chance auf Frieden in den kommenden Jahr-zehnten", resümiert der Vorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern (RCDS)**, **Kurt Höller**.

Gemeinsam mit der Bayerischen Europaministerin Emilia Müller, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Dr. Ingo Friedrich, und der Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder diskutierten die Studenten aus ganz **Bayern** am Freitag im Kloster Metten (Lkr. Deggendorf) über die Zukunft des Projekts Europa. "Der **RCDS** möchte gerade die mittel- und osteuropäischen Länder für deutsche Studenten attraktiver machen", sagte **Höller**. Am Samstag fand ein Kamingespräch mit Winfried Scharnagl, dem langjährigen Chefredakteur des Bayernkuriers, statt.

Studenten fordern Vernetzungsprogramme

(22.05.2006 Kurt Höller) Straubinger Tagblatt

Metten. (ta) Die Grundstimmung zur Europäischen Union ist derzeit nicht mehr so positiv, wie sie schon einmal war, so das Resümee des Vizepräsidenten des Europaparlaments, Ingo Friedrich, am Freitagabend in Metten (Kreis Deggendorf). Neben Friedrich nahmen **Bayerns** Europaministerin Emilia Müller und Studenten aus ganz **Bayern** an einer Diskussionsrunde des Landesverbandes des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) im Mettener Kloster teil. Da der **RCDS** die mittel- und osteuropäischen Länder für deutsche Studenten attraktiver machen wolle, mache sich der der Verband für ein ausgebautes Stipendienwerk für Mittel- und Osteuropa

stark, sagte **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller**. Um dies zu gewährleisten, müssten europäische Vernetzungsprogramme ausgebaut werden.



"Europa hat Antworten auf Herausforderungen"

(20.05.2006 Kurt Höller) Passauer neue Presse

Ingo Friedrich und Emilia Müller diskutieren in Metten über Europa-Politik und verweisen auf die Erfolge der EU

Wendelin Trs Metten. Europa kann die Nationalstaaten nicht ersetzen.

Europa wird kein Paradies schaffen. Aber: "Nur Europa hat die Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts." Ingo Friedrich hat gestern Abend bei einer Podiumsdiskussion des Rings christlich-demokratischer Studenten (**RCDS**) versucht, die Europa-Skeptiker zu überzeugen. Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments will die Menschen mitnehmen, denn ihm ist wichtig, dass aus dem "Eliten-Projekt ein Volks-Projekt" wird.

Ungemein erfolgreich sei die Europäische Union bisher ohnehin, ist Friedrich überzeugt. Zusammen mit der Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller, Deggendorfs Oberbürgermeisterin Anna Eder und **RCDS-Landesvorsitzendem Kurt Höller** diskutierte er gestern im Wittelsbacher Saal des Klosters Metten unter der Moderation von PNP-Redakteur Alexander Kain das Thema "Europa - Chancen und Risiken einer jungen Generation".

Und gerade auf die Herausforderungen der Zukunft biete die EU Lösungen. "Je internationaler die Welt, desto mehr schwindet die Demokratie", so Friedrich im Hinblick etwa auf die WTO. Die EU habe einen erfolgreichen Versuch hinter sich, einen Zusammenschluss mehrerer Nationen demokratisch zu regeln. Nur eine starke, große Gemeinschaft könne Regeln eines fairen Handels durchsetzen und damit den Markt schützen. "Wir haben den Binnenmarkt bereits erfolgreich verwirklicht. Diese Frage wird global nochmal auf uns zu kommen", könne die EU bereits auf ihre Erfahrungen bauen, ebenso beim Schaffen von Frieden. Dies sei als einzelne Nation nicht mehr zu leisten, auch nicht als Frankreich oder Großbritannien. "Wenn man fragt, wer kann helfen, kommt immer Europ heraus."

Auch Emilia Müller geht davon aus, dass Europa nicht das Problem sondern die Chance sei. Die Ministerin verkannte ebenso wie Friedrich und **Höller** nicht, dass die öffentliche Wahrnehmung heutzutage in die entgegengesetzte Richtung laufe. Müller will den "Mehrwert" Europas den Menschen näher bringen. Viele Annehmlichkeiten der EU würden heute als Selbstverständlichkeit angesehen, "aber das ist es nicht". "Wir haben auch unseren Beitrag dazu zu leisten, auch wenn es manchmal Cash bedeutet", so Müller. Nur so könnten sich die Länder in der EU entwickeln, dies sei die einzige Chance in der globalen Welt.

Dass sich die Europäische Kommission zu sehr mit Kleinigkeiten beschäftige, kritisierte Anna Eder. "Größere Themen und Probleme müssen dafür noch weitaus besser auf der europäischen Ebene diskutiert werden."

Eine Europäische Verfassung sei notwendig, um die Kompetenzen untereinander abzustecken, darin solle auch die Subsidiarität festgeschrieben werden, so Friedrich. Sie sei aber dringend notwendig, dem noch größeren Europa die richtigen Instrumente zu geben, war er sich mit Emilia Müller einig.

Beide vertraten auch die Position einer zurückhaltenden Aufnahmepolitik. "Wir müssen anfangen, uns darüber konkrete Gedanken zu machen", setzt die Staatsministerin vor allem Hoffnung auf die kommende deutsche Ratspräsidentschaft. Friedrich gab zu bedenken, dass die Aufnahmefähigkeit - finanziell und mental - bisher zu wenig berücksichtigt worden sei. "Wir müssen den Türken sagen, was hättet ihr davon, wenn ihr beitretet und Europa implodiert." Schließlich sei Europa auf den "Erfolg des Projekts" angewiesen.

Den Ort für die Diskussion und seine Klausur hatte der **RCDS** gut gewählt, denn "das Thema Europa ist bei uns zu Hause", führte Abt Wolfgang M. Hagl die Teilnehmer in das Gespräch ein. Dem Abt fehlen heute vor allem die Europa-Visionäre. Deutlich stellte er aber auch in Frage, warum die christlichen Wurzeln Europas "verschämt verschwiegen" werden. Für ihn sollten als "Wegweiser im pluralistischen Wirrwarr" vor allem auch die christlichen Werte und Heiligen dienen.

RCDS Bayern fest in Altmettener

(18.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Studentenvertretung tagt ab morgen im Kloster

München/Metten (cwo). Es ist kein Zufall, dass der **RCDS Bayern** wieder hinter den Klostermauern von Metten (Lkr. Deggendorf) in Klausur geht: Nicht nur **Kurt Höller**, der gerade in Wildbad Kreuth als **Landesvorsitzender** der Christlich-Demokratischen Studenten bestätigt wurde, ist „Altmettener“. Auch die Schatzmeisterin Cordula Spitzer hat im Gymnasium Metten die Grundlagen für ihr Studium gelegt, ebenso wie der neue stellvertretende Landesvorsitzende Stephan Rabl.

Mit einer hochkarätig besetzten öffentlichen Podiumsdiskussion über Europa beginnt die Tagung morgen, Freitag. Im Festsaal des Benediktinerstifts diskutieren ab 19 Uhr Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europaparlaments und stellvertretender **CSU**-Vorsitzender, Europaministerin Emilia Müller, die Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder und **RCDS**-Chef **Kurt Höller** über Chancen und Risiken der EU für die junge Generation. PNP-Wirtschaftsredakteur Alex Kain wird den Abend moderieren.

In Kreuth zeigten sich die **CSU**-nahen Studenten durchaus kritisch gegenüber der bayerischen Hochschulpolitik. Sie forderten für das Lehrangebot der Hochschulen nicht nur eine interne Beurteilung durch Studenten, sondern auch eine Evaluation durch internationale Experten: „Wenn wir als Studenten bald Studienbeiträge zahlen, haben wir Anspruch auf exzellente Lehre“, sagte **Höller** zu Hochschulminister Goppel. Für eine schlechte Bewertung müsse es auch Konsequenzen geben.

Zudem forderte der **RCDS** die Abschaffung der Verwaltungsgebühren, wenn die Studienbeiträge erhoben werden. Minister Goppel versprach den Studierenden, für die Studienbeiträge werde ein sozial abgefedertes Kreditmodell angeboten. An den Gebühren werde in **Bayern** kein Studium scheitern. Unzufrieden äußerte sich der **RCDS** mit der Regelung, dass Studenten mit zwei Geschwistern von den Beiträgen befreit werden: „Das sei ein Systembruch“, so **Höller**. Die Studenten müssten für diese Art von Familienpolitik aufkommen.

RCDS Bayern fest in Altmettener Hand

Studentenvertretung tagt ab morgen im Kloster

München/Metten (cwo). Es ist kein Zufall, dass der RCDS Bayern wieder hinter den Klostermauern von Metten (Lkr. Deggendorf) in Klausur geht: Nicht nur Kurt Höller, der gerade in Wildbad Kreuth als Landesvorsitzender der Christlich-demokratischen Studenten bestätigt wurde, ist „Altmettener“. Auch die Schatzmeisterin Cordula Spitzer hat im Gymnasium Metten die Grundlagen für ihr Studium gelegt, ebenso wie der neue stellvertretende Landesvorsitzende Stephan Rabl.

Mit einer hochkarätig besetzten öffentlichen Podiumsdiskussion über Europa beginnt die Tagung morgen, Freitag. Im Festsaal des Benediktinerstiftes diskutieren ab 19 Uhr Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europaparlaments und stellvertretender CSU-Vorsitzender, Europaministerin Emilia Müller, die Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder und RCDS-Chef Höller über Chancen und Risiken der EU für die junge Generation. PNP-Wirtschaftsredakteur Alexander Kain wird den Abend moderieren.

In Kreuth zeigten sich die

CSU-nahen Studenten durchaus kritisch gegenüber der bayerischen Hochschulpolitik. Sie forderten für das Lehrangebot der Hochschulen nicht nur eine interne Beurteilung durch Studenten, sondern auch eine externe Evaluation durch internationale Experten: „Wenn wir als Studenten bald Studienbeiträge zahlen, haben wir Anspruch auf exzellente Lehre“, sagte Höller zu Hochschulminister Thomas Goppel. Für eine schlechte Bewertung müsse es auch Konsequenzen geben.

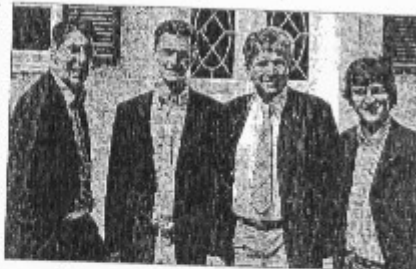
Zudem forderte der RCDS die Abschaffung der Verwaltungsgebühren, wenn die Studienbeiträge erhoben werden. Minister Goppel versprach den Studierenden, für die Studienbeiträge werde ein sozial abgefedertes Kreditmodell angeboten. An den Gebühren werde in Bayern kein Studium scheitern. Unzufrieden äußerte sich der RCDS mit der Regelung, dass Studenten mit zwei Geschwistern von den Beiträgen befreit werden: „Das sei ein Systembruch“, so Höller. Die Studenten müssten für diese Art von Familienpolitik aufkommen.

RCDS Passau trifft Minister Goppel

(17.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

RCDS Passau trifft Minister Goppel

Auf der Landesdelegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern in Wildbad Kreuth hat der RCDS Passau Einblick in das neue Bayerische Hochschulgesetz gewonnen. Am 18. Mai soll es im Parlament zum Beschluss vorgelegt werden. Der bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Thomas Goppel, stellte die geplanten Änderungen vor. Die Passauer Delegierten Benedikt Oiberding, Raphael Roggendorf, Florian Steidl und Johannes Wedekind diskutierten mit dem Minister ihre studentischen Standpunkte. Themen waren unter anderem der Umgang mit den kommenden Studienbeiträgen, die Darlehensfinanzierung sowie das Ausmaß der angestrebten Ausweitung der Selbstverwaltung der Hochschulen. In der Versammlung wurde der amtierende Landesvorsitzende Kurt Höller (26) mit großer Mehrheit in seiner dritten Amtszeit bestätigt. Im Bild (v.l.) Kurt Höller, Florian Steidl, Minister Goppel und Johannes Wedekind.



Bamberger an RCDS-Spitze

(17.05.2006 Kurt Höller) Fränkischer Tag

Bamberg. Der 23-jährige Bamberger Stephan Rabl ist von der Landesdelegierten-versammlung in Wildbad/Kreuth vor kurzem zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) **Bayern** gewählt worden. Er ist damit Stellvertreter des wiedergewählten Landesvorsitzenden, **Kurt Höller** (26).

Bildungspolitik der Zukunft

(13.05.2006 Karsten Dietel) RCDS diskutiert mit Wissenschaftsminister Goppel über das neue Hochschulgesetz

Kreuth – Hochaktueller Besuch beim bildungspolitischen Kooperationsseminar des **RCDS Bayern** und der Hans-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth: Mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und dem Ausschussvorsitzenden Ludwig Spaenle stellten die Väter des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes ihren Entwurf vor.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Diskussion mit dem Studentenverband lag beim Thema Evaluation. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten will zur internen Beurteilung durch Studenten auch eine externe Begutachtung durch internationale Experten, um eine aussagekräftige Bewertung des Lehrangebotes zu erhalten. „Wenn wir Studienbeiträge bezahlen, haben wir auch Anspruch auf eine exzellente Lehre“, so **RCDS-Vorsitzender Kurt Höller**. Evaluation müsse Konsequenzen haben. „Es kann nicht sein, dass in **Bayern** hochbezahlte Professoren die Hörsäle leer lesen. Hier brauchen wir Sanktionen.“

Diese für die 1500 **RCDS**-Mitglieder zentrale Forderung ist im neuen Gesetzesentwurf weitestgehend verwirklicht. Aber Goppel warb um das rechte Maß und um Sachbezogenheit. Evaluation dürfe nicht zur Schmähekritik führen: „Einen Professor durch Evaluation den Stempel des Buhmanns aufzudrücken, wäre für mich kein probates Mittel.“

Die Abschaffung der Verwaltungsgebühr fordert **Höller**: „Es kann ja nicht sein, dass wir bald drei Mal Geld verlangen: Erst die Studienbeiträge, dann den Studentenwerksbeitrag und zum Schluss noch die Verwaltungsgebühren.“ Nach Auffassung des **RCDS** müssen Studienbeiträge durch Kredite finanzierbar bleiben. Goppel kam hier mit einer guten Nachricht für die 20 bayerischen **RCDS**-Hochschulgruppen nach Kreuth. Sein Verhandlungsergebnis für die Studienbeiträge läge deutlich unter den Plänen anderer Länder. Der Wissenschaftsminister versprach: „Es wird dazu in nächster Zeit konkrete Zahlen geben. Die Staatsregierung steht zu ihrem Wort, die Studienbeiträge sozial abzufedern.“

Minister Goppel zeigte sich über fachlich fundierte Kritik des **RCDS** erfreut. Er und Spaenle betonten den Paradigmenwechsel der Hochschulpolitik durch das neue Gesetz: Die Bayerischen Hochschulen würden modernisiert und für das 21. Jahrhundert fit gemacht.

Professor Joachim Hornegger aus **Erlangen** bestätigte in seinem Vortrag „Wirtschaft und Wissenschaft“, dass die bayerische Wissenschaftspolitik gut aufgestellt sei. Sie dürfe sich aber nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Er forderte Leistungsorientierung auf allen Ebenen, Abschaffung der Verbeamtung von Professoren, Profilbildung der Unis sowie frühzeitige Integration der Studenten in den Forschungsbetrieb.

Zum Schluss der zweitägigen Tagung ermutigte der Leiter des Förderungswerkes der Hans-Seidel-Stiftung, Professor Hans Peter Niedermeier, die Anwesenden, sich für Stipendien zu bewerben. (Frank Gübner)

Bildungspolitik der Zukunft

RCDS diskutiert mit Wissenschaftsminister Goppel über das neue Hochschulgesetz

Kreuth - Hochaktueller Besuch beim bildungspolitischen Kooperationsseminar des RCDS Bayern und der Hans-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth. Mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und dem Ausschussvorsitzenden Lüdwig Späthle stellten die Väter des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes ihren Entwurf vor.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Diskussion mit dem Studentenverband lag beim Thema Evaluation. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten will zur internen Beurteilung durch Studenten auch eine externe Begutachtung durch internationale Experten, um eine aussagekräftige Bewertung des Lehrangebotes zu erhalten. „Wozu wir Studienbeiträge bezahlen, haben wir auch einen Anspruch auf exzellente Lehre“, so RCDS-Vorsitzender Kurt Höller. Evaluation müsse Konsequenzen haben. „Es kann nicht sein, dass in Bayern hochbezahlte Professoren die Hörsäle leer lassen. Das brauchen wir Sanktionen.“

Diese für die 1500 RCDS-Mitglieder zentrale Forderung ist im neuen Gesetzesentwurf weitestgehend um das rechte Maß und um Sachbezogenheit. Evaluations dürfte nicht zu Schönheitskritik führen: „Einem Professor durch Evaluation den Stempel des Substanziellen aufzudrücken, wäre für mich kein positives Mittel.“ Die Abschaffung der Verwaltungsgebühren fordert Höller: „Es kann ja nicht sein, dass wir bald drei Mal Geld verlangen. Erst die Studienbeiträge, dann der Studentenwerkbeitrag und zum Schluss noch die Verwaltungsgebühren.“ Nach Aufhebung des



Bildungspolitik im Blick: Thomas Goppel, Stefan Hartenberger, Cordula Spitzer, Hans-Peter Niedermeier, Kurt Höller, Michael Hornegger, Frank Gübner, Uta Meintker, Martin Degenhardt, Andreas Höpfe, Stephan Rahl (v.l.)

RCDS müssen die Studienbeiträge durch Kredite finanzierbar bleiben. Goppel kam hier mit einer guten Nachricht für die 20 bayerischen RCDS-Hochschulgruppen nach Kreuth: Sein Vorschlag, die Studienbeiträge läge deutlich unter den Plänen anderer Länder. Der Wissenschaftsminister verspricht: „Es wird dazu in nächster Zeit konkrete Zahlen geben. Die Staatsregierung steht zu ihren Wörtern, die Studienbeiträge sozial abzufedern.“

Minister Goppel zeigte sich über die fachlich fundierte Kritik des RCDS erfreut. Er und Späthle betonen den Paradigmenwechsel der Hochschulpolitik durch das neue Gesetz: Die bayerischen Hochschulen wü-

den modernisiert und für das

21. Jahrhundert fit gemacht. Professor Joachim Hornegger aus Erlangen bestritt in seinem Vortrag „Wirtschaft und Wissenschaft“, dass die bayerische Wissenschaftspolitik gut aufgestellt sei. Sie dürfe sich aber nicht auf dem Lorbeer ausruhen. Er forderte Leistungsorientierung auf allen Ebenen, Abschaffung der Verbeamtung von Professoren, Profilbildung der Unis sowie frühzeitige Integration der Studenten in den Forschungsprozess.

Zum Schluss der zweitägigen Tagung ernannte der Leiter des Förderungsverbandes der Hans-Seidel-Stiftung, Professor Hans-Peter Niedermeier, die Anwesenden, sich für Stipendien zu bewerben. Frank Gübner

Die 52 Landesdelegierten des RCDS Bayern haben in Kreuth ihren Landesvorsitzenden Kurt Höller aus Erlangen deutlich mit einer Mehrheit von 82 Prozent in seinem Amt bestätigt. Er tritt damit in sein drittes Amtsjahr. Stellvertreterin bleibt Cordula Spitzer aus Bayreuth. Neu gewählt wurden die Stellvertreter Stephan Rahl (Landsberg) und Stefan Hartenberger (Regensburg). Der Münchner Thomas Döpfel und der Würzburger Martin Schöbber kandidierten nicht mehr. Schatzmeisterin bleibt Uta Meintker aus Erlangen.

Heftiger Schlagabtausch

(13.05.2006 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Für und Wider zur Einführung der Studiengebühren

Von Sabine Raab

Markt Schwaben - Stellt die Einführung von Studiengebühren eine zu hohe Belastung für Studenten dar, oder ist sie eine notwendige bildungspolitische Maßnahme? Um dieser Frage nachzugehen, lud die Schülermitverwaltung des Franz-Marc-Gymnasiums Markt Schwaben am Donnerstagabend Vertreter aus Politik und Hochschule zu einer Podiumsdiskussion in die Aula der Schule ein. Die Brisanz der Thematik zeigte sich im bisweilen heftigen Schlagabtausch zwischen den Rednern sowie den kritischen Fragen aus dem Publikum.

„Zu Beginn des Sommersemesters 2007 werden an den Universitäten in **Bayern** Studiengebühren zwischen 300 und 500 Euro pro Semester eingeführt“, erklärt Hans-Helmuth Günther von der Abteilung Management der TU-München zu Beginn der Diskussion. Die tatsächliche Höhe des Semesterbeitrags könnten die Unis dabei – je nach Bedarf – selbst festlegen. Seiner Meinung nach sollte der finanzielle Zugewinn auf alle Fälle der Verbesserung der universitären Verhältnisse zukommen.

Ina Faßbinder, die Vertreterin des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses (AStA) der LMU-München ist sich sehr sicher, dass in **Bayern** Studiengebühren in der Maximalhöhe von 500 Euro eingeführt werden, was sie für unzumutbar hält: „Eine Umfrage hat ergeben, dass 27 Prozent der Studierenden – vor allem Bafög-Empfänger und Frauen – ihr Studium abbrechen würden, wenn sie pro Semester 500 Euro zahlen müssten“, sagt sie. Zudem vertraue die Mehrzahl der Studenten nicht darauf, dass die Gebühren wirklich dort eingesetzt würden, wo sie am nötigsten seien.

Margarete Bause, Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, und Adelheid Rupp von der SPD halten eine Erhöhung der Studiengebühren für kontraproduktiv – schließlich sollte sich die Zahl der Studenten doch eigentlich erhöhen. „Da die Studiengebühren unabhängig davon zu zahlen sind, ob man Bafög erhält, oder nicht, müssen sich Bafög-Empfänger während des Studiums doppelt verschulden“, sagt Bause. Sie befürchtet, dass sich dadurch vor allem junge Menschen aus sozial schwächeren Verhältnissen gegen ein Studium entscheiden. Harald Renz von der Landes-Eltern-Vereinigung hebt in diesem Zusammenhang die finanzielle Mehrbelastung der Eltern durch Studiengebühren hervor.

Hier halten Hans-Helmuth Günther und der Vertreter des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, **Kurt Höller**, dagegen, indem sie auf die verschiedenen Finanzierungsmodelle verweisen. „Es gibt entweder die Möglichkeit, bei einer Bank einen Studienkredit für Lebensunterhalt und Studienbeiträge oder ein Studienbeitragsdarlehen aufzunehmen“, erklärt Günther. Die Höhe und Dauer der Rückzahlung hänge dabei von der Höhe des Einkommens nach Abschluss des Studiums ab.

Adelheid Rupp warnt dagegen davor, die Studienkredite als „sozial gerecht“ zu bewerten: „Ein Student, der von zu Hause unterstützt wird, kann sogar bei schlechten Leistungen ohne Schulden ins Berufsleben starten – einer mit besseren Leistungen, der einen Kredit aufnehmen muss, nicht.“

Ein junger Mann aus den Reihen der Zuhörer meldet sich kritisch zu Wort: „Hat denn eine Gesellschaft kein Recht auf Bildung?“, richtet er seine Frage an das Podium. Seiner Meinung nach sei die Einführung von Studiengebühren ein unzulässiger Rückzug des Staates von seiner Aufgabe, die Bildung seiner Bürger zu finanzieren. Einige Schüler aus der zwölften Jahrgangsstufe unterhalten sich nach der Podiumsdiskussion angeregt miteinander: „Bei solchen Dingen wie der Einführung von Studiengebühren geht das Vertrauen in den Staat ganz verloren“, sagt ein junger Mann. „Wenn dann nicht mal klar ist, ob die zusätzlichen Einnahmen auch wirklich den Studenten zugute kommen, macht das Ganze sowieso keinen Sinn“, bestärkt ihn eine Mitschülerin.

Dass diese Annahmen nicht ganz unbegründet sind, zeigt sich in einem Schreiben, das die bayerischen Hochschulen kürzlich erhalten haben: Darin heißt es, dass die Einzahlungen der Studenten automatisch auf dem Konto der Staatsoberkasse verbucht würden. Dabei sieht das Gesetz vor, dass die Erhebung der Studiengebühren allein Sache der Hochschulen ist.

Heftiger Schlagabtausch

Für und Wider zur Einführung der Studiengebühren

Von Sabine Raab

Markt Schwaben ■ Stellt die Einführung von Studiengebühren eine zu hohe Belastung für Studenten dar, oder ist sie eine notwendige bildungspolitische Maßnahme? Um dieser Frage nachzugehen, lud die Schölermitverwaltung des Franz-Mare-Gymnasiums Markt Schwaben am Donnerstagabend Vertreter aus Politik und Hochschule in die Aula der Schule ein. Die Brisanz der Thematik zeigte sich im zwischen heftigen Schlagabtausch zwischen den Rednern sowie den kritischen Fragen aus dem Publikum.

Zu Beginn des Sommersemesters 2007 werden an den Universitäten in Bayern Studiengebühren zwischen 300 und 500 Euro pro Semester eingeführt“, erklärt Hans-Helmuth Günther von der Abteilung Management der TU-München zu Beginn der Diskussion. Die tatsächliche Höhe der Semesterbeiträge könnten die Unis dabei – je nach Bedarf – selbst festlegen. Seiner Meinung nach sollte der finanzielle Zugewinn auf alle Fälle der Verbesserung der universitären Verhältnisse zukommen.

Ina Faßbender, die Vertreterin des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses (ASTA) der LMU-München ist sich sehr sicher, dass in Bayern Studiengebühren in der Maximalthöhe von 500 Euro eingeführt werden, was sie für unannehmbar hält. „Eine Umfrage hat erge-

aus sozial schwächeren Verhältnissen gegen ein Studium entschieden. Harald Renz von der Landes-Eltern-Vereinigung hebt in diesem Zusammenhang die finanzielle Mehrbelastung der Eltern durch Studiengebühren hervor.

Hier halten Hans-Helmuth Günther und der Vertreter des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, Kurt Höller, dagegen, indem sie auf die verschiedenen Finanzierungsmodelle verweisen. „Es gibt entweder die Möglichkeit, bei einer Bank einen Studienkredit für Lebensunterhalt und Studienbeiträge oder ein Studienbeitragsdarlehen aufzunehmen“, erklärt Günther. Die Höhe und Dauer der Rückzahlung hänge dabei von der Höhe des Einkommens nach Abschluss des Studiums ab.

Adelheid Rupp warnt dagegen davor, die Studienkredite als „sozial gerecht“ zu bewerten: „Ein Student, der von zu Hause unterstützt wird, kann sogar bei schlechten Leistungen ohne Schulden ins Berufsleben starten – einer mit besseren Leistungen, der einen Kredit aufnehmen muss, nicht.“

Ein junger Mann aus den Reihen der Zuhörer meldet sich kritisch zu Wort: „Hat denn eine Gesellschaft kein Recht auf Bildung?“, richtet er seine Frage an das Podium. Seiner Meinung nach sei die Einführung von Studiengebühren ein unzulässiger Rückzug des Staates von seiner Aufgabe, die Bildung seiner Bürger zu finanzieren.



Podiumsdiskussion über Studiengebühren im Markt Schwabener Gymnasium: Kurt Höller (von links), Tanja Zieger Moderation, Elena Stingl, Ina Faßbender, Hans-Helmuth Günther, Harald Renz, Margarete Bause und Adelheid Rupp. Foto: Endt

ben, dass 27 Prozent der Studierenden – vor allem Bafög-Empfänger und Frauen – ihr Studium abbrechen würden, wenn sie pro Semester 500 Euro zahlen müssten“, sagt sie. Zudem vertraue die Mehrzahl der Studenten nicht darauf, dass die Gebühren wirklich dort eingesetzt würden, wo sie am nötigsten seien.

Margarete Bause, Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, und Adelheid Rupp von der SPD halten eine Erhöhung der Studiengebühren für kontraproduktiv – schließlich sollte sich die Zahl der Studenten doch eigentlich erhöhen. „Da die Studiengebühren unabhängig davon zu zahlen sind, ob man Bafög erhält, oder nicht, müssen sich Bafög-Empfänger während des Studiums doppelt verschulden“, sagt Bause. Sie befürchtet, dass sich dadurch vor allem junge Menschen

zielen. Einige Schüler aus der zwölften Jahrgangsstufe unterhalten sich nach der Podiumsdiskussion angeregt miteinander: „Bei solchen Dingen wie der Einführung von Studiengebühren geht das Vertrauen in den Staat ganz verloren“, sagt ein junger Mann. „Wenn dann nicht mal klar ist, ob die zusätzlichen Einnahmen auch wirklich den Studenten zugute kommen, macht das Ganze sowieso keinen Sinn“, bestärkt ihn eine Mitschülerin.

Dass diese Annahmen nicht ganz unbegründet sind, zeigt sich in einem Schreiben, das die bayerischen Hochschulen kürzlich erhalten haben: Darin heißt es, dass die Einzahlungen der Studenten automatisch auf dem Konto der Staatsoberkasse verbucht würden. Dabei sieht das Gesetz vor, dass die Erhebung der Studiengebühren allein Sache der Hochschulen ist.

Podiumsdiskussion in Marktschwaben, **Höller (RCDS BY)** links

Stephan Rabl im RCDS-Vorstand
(11.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Der Viechtacher ist stellvertretender Landesvorsitzender der Studentenvereinigung

Viechtach (vbb). Auf der diesjährigen Delegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in Wildbad Kreuth wurde der Viechtacher Stephan Rabl (23) zum stellvertretenden Vorsitzenden des **RCDS Bayerns** gewählt.

Rabl studiert seit zwei Jahren Politikwissenschaft in Bamberg und leitet dort die **RCDS**-Gruppe. "Der **RCDS** ist mit 8000 Mitgliedern in **Bayern** die größte studentische Interessenvertretung. Wir setzen uns dafür ein, dass Studenten in **Bayern** gute Bedingungen an den Hochschulen vorfinden und sehen uns als Sprachrohr in die Politik", so Rabl.

Vor seinem Engagement bei dem **CSU**-nahen **RCDS** gründete er mit einer Handvoll Schülern die Schüler-Union im Landkreis Regen, die mittlerweile knapp 70 Mitglieder zählt. Zudem hat er sich bereits in der Jungen Union Viechtach politisch betätigt. Der "Wahl-Bamberger" hat sich als Leiter der Programmkommission im Landesvorstand seine Lorbeeren verdient und wurde dafür mit seiner Wahl zum Stellvertreter belohnt. Vorsitzender des **RCDS Bayern** ist auch weiterhin der aus Deggendorf stammende **Kurt Höller** (26).

Wissenschaftsminister Thomas Goppel, einer der ersten Gratulanten für **Höller** und Rabl, zeigte sich optimistisch, dass die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen **RCDS** und Ministerium für ein weiteres Jahr gesichert sei. Gerade kurz vor der Verabschiedung des neuen Hochschulgesetzes und mitten in der Debatte um die im Sommer 2007 startenden Studienbeiträge sei eine "enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit" notwendig, so Goppel.

Des Weiteren wurden einige Anträge, darunter der Leitantrag "Evaluation der Lehre", mit einer breiten Mehrheit der Stimmen gebilligt. Sie könne jetzt an die zuständige Arbeitsgruppe übergeben und mit den Fachpolitikern beraten werden.

Podiumsdiskussion über Studiengebühren

(10.05.2006 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Markt Schwaben

Ein brandaktuelles Thema hat sich die Schülermitverwaltung des Markt Schwabener Gymnasiums für eine Podiumsdiskussion am heutigen Mittwoch, 11. Mai, vorgenommen: „Studiengebühren in **Bayern**“ wird sicherlich für einen regen Meinungsaustausch sorgen. Bekanntlich plant die Staatsregierung, von 2007 an Gebühren von 500 Euro pro Semester zu erheben. Auf dem Podium sitzen **Kurt Höller**, Ring Christlich-Demokratischer Studenten, die Abgeordneten Adelheid Rupp (SPD) und Magarete Bause (Grünen), Harald Renz von der Landes-Eltern-Vereinigung, Bezirksschülersprecherin Elena Stingl sowie Ina Faßbinder, Allgemeiner Studierenden-Ausschuss. Beginn ist um 19.30 Uhr.

Aktive Hochschulpolitik

(06.05.2006 RCDS Bayern e.V. - Karsten Dietel) Bayernkurier

RCDS berät mit Goppel neues Gesetz

Wildbad Kreuth – Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten versteht sich als die Organisation der Unionsparteien an den Hochschulen. Heute und am Sonntag diskutiert der **RCDS Bayern** bei einem Kooperationsseminar im Bildungszentrum der Hans- Seidel- Stiftung mit Staatsminister Thomas Goppel, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses im Landtag, Ludwig Spaenle, und dem Landtagsabgeordneten Georg Eisenreich die Eckpunkte des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes. Eine hochaktuelle Thematik, denn das Gesetz wird dem Landesparlament am 18. Mai zur Beschlussfassung vorgelegt.

Wesentliche Teile der bayerischen Hochschulpolitik stehen vor Veränderungen: Hin zu schlankeren Strukturen, größerer Eigenverantwortung und Modernisierung. Deshalb will sich der **RCDS** mit Studienbeiträgen, der Au-

onomie der Hochschulen, der Selbstauswahl ihrer Studenten und dem internationalen Wettbewerb auf dem Bildungssektor auseinandersetzen.

Ferner wird in Kreuth vor den **RCDS**-Mitgliedern Professor Joachim Hornegger (Uni **Erlangen**) über die Partnerrolle von Wirtschaft und Wissenschaft in der globalisierten Welt referieren.

RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller ist stolz auf das Kreuther Programm: „Der **RCDS** ist die führende politische Kraft an den bayerischen Hochschulen. Das werden wir auch an diesem Wochenende deutlich machen.“ (Ingo Sommer)

Aktive Hochschulpolitik

RCDS berät mit Goppel neues Gesetz

Wildbad Kreuth – Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten versteht sich als die Organisation der Unionsparteien an den Hochschulen. Heute und am Sonntag diskutiert der RCDS Bayern bei einem Kooperationsseminar im Bildungszentrum der Hanns-Seidel-Stiftung mit Staatsminister Thomas Goppel, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses im Landtag, Ludwig Spaenle, und dem Landtagsabgeordneten Georg Eisenreich die Eckpunkte des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes. Eine hochaktuelle Thematik, denn das Gesetz wird dem Landesparlament am 18. Mai zur Beschlussfassung vorgelegt.

Wesentliche Teile der bayerischen Hochschulpolitik stehen vor Veränderungen: Hin zu schlankeren Strukturen,

größerer Eigenverantwortung und Modernisierung. Deshalb will sich der RCDS mit Studienbeiträgen, der Autonomie der Hochschulen, der Selbstauswahl ihrer Studenten und dem internationalen Wettbewerb auf dem Bildungssektor auseinandersetzen.

Ferner wird in Kreuth vor den RCDS-Mitgliedern Professor Joachim Hornegger (Uni Erlangen) über die Partnerrolle von Wirtschaft und Wissenschaft in der globalisierten Welt referieren.

RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller ist stolz auf das Kreuther Programm: „Der RCDS ist die führende politische Kraft an den bayerischen Hochschulen. Das werden wir auch an diesem Wochenende deutlich machen.“

Ingo Sommer
Ausführlicher Bericht folgt

Frühjahrsputz des RCDS

(04.04.2006 RCDS Bayern e.V. - Karsten Dietel) Nürnberger Nachrichten vom 04.04.2006

33 prall gefüllte Müllsäcke sind das Ergebnis einer fünfstündigen Frühjahrsputz-Aktion von Studenten der Hochschulgruppe **RCDS** rund um den Wiso-Campus. Sie haben eingesammelt, was Schnee und Eis zugedeckt hatten: Flaschen, Papier, Zigarettenschachteln und sogar PC-Tastaturen.

Frühjahrsputz des RCDS

33 prall gefüllte Müllsäcke sind das Ergebnis einer fünfstündigen Frühjahrsputz-Aktion von Studenten der Hochschulgruppe **RCDS** rund um den Wiso-Campus. Sie haben eingesammelt, was Schnee und Eis zugedeckt hatten: Flaschen, Papier, Zigarettenschachteln und sogar PC-Tastaturen.

(08.03.2006 Kurt Höller) Main-Post

Daniel Schubert beim RCDS im Amt bestätigt

Hochschul-Notizen

Daniel Schubert beim RCDS im Amt bestätigt

Der 20-jährige Daniel Schubert wurde in der Mitgliederversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in seinem Amt bestätigt. Der gebürtige Würzburger, der auch im Studentischen Konvent der Uni sitzt, studiert BWL im dritten Semester. „Das Wintersemester 2005/06 war ein erfolgreiches Semester für uns“, erklärte Schubert. „Durch die Gründung von Arbeitskreisen ist unsere Hochschulgruppe nun für das nächste Semester gut aufgestellt.“ Stellvertreter Schuberts ist der 21-jährige Jurastudent Martin Schröder. Das Team vervollkommen der Geschäftsführer Sebastian Kins, der Kassenwart Karl-Heinz Neder und die Beisitzer Johannes Beck, Sophie Bellefontaine, Michaela Hiebel, Philippe Gruhl, Caroline Müller, sowie Clemens Pompey. Der RCDS will laut einer Mitteilung darauf achten, „dass Studiengebühren bei den Studenten in der Lehre ankommen und nicht finanzielle Mittel zu Lasten der Lehre umverteilt werden.“ Weitere Ziele: die Verlängerung der Bibliotheks-Öffnungszeiten und der Erhalt der politischen Wissenschaft am Standort Würzburg.

Der RCDS im Internet:
www.rcds-wuerzburg.de

Neller will gegen Raumnot der Universität ankämpfen

(06.03.2006 Kurt Höller) Fränkischer Tag

Neller will gegen Raumnot der Universität ankämpfen

Bamberg - Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Jungen Union (JU) und des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) erläuterte OB-Kandidat Peter Neller seine Vorstellungen von der künftigen Entwicklung der Universität Bamberg.

Vor allem der aus einer 300%igen Überbelegung resultierenden Raumnot will Peter Neller dabei begegnen. Neben dem Erba-Gelände in Gaustadt sieht er vor allem das Areal des derzeitigen Hallenbades als möglichen Standort der Universität. Wie der FT berichtete, hat sich Neller mit diesem Anliegen auch bereits an Vize-Ministerpräsident Beckstein gewandt. „Mir wäre es lieber, das Grundstück des Hallenbades für wichtige Bildungsaufgaben zu nutzen, als dort eine wohl defizitäre

Kunsthalle zu errichten“, so Neller.

Am Rande der Veranstaltung zeigten sich die Vorsitzenden von JU und RCDS, Christian Kübrich und Stephan Rabl, erfreut darüber, dass mittlerweile auch die Liberale Hochschulgruppe das Anliegen von JU und RCDS nach einer direkten Busverbindung der beiden bestehenden Universitätsstandorte und einem erweiterten Angebot an Nachtlinien befürwortet. Bereits zur Einführung des Semesterickets hatten JU und RCDS dafür plädiert.

Gerade im Punkt der Nachtlinien will Neller nach Möglichkeiten suchen, eine Verbesserung herbeizuführen. Da die Studenten in Bamberg auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor seien, müsse die Stadt auch auf deren Bedürfnisse achten.

Haase verlangt mehr Freiheit

(21.01.2006 Kurt Höller) MAINPOST

Uni-Präsident und Studenten bereiten sich auf das neue Hochschulgesetz vor

Würzburg Mit dem Freistaat handelt er derzeit die Zielvereinbarungen für die Würzburger Universität aus, öffentlich fordert er für die Hochschulen mehr Freiheit: Präsident Professor Axel Haase wird nicht müde, die überbordende Bürokratie in den Hochschulen zu beklagen.

"Mehr Zeit zu haben für die Forschung und weniger für die Strukturplanung"- wenn es nach dem Würzburger Uni-Präsidenten geht, sollen die Wissenschaftler an den Universitäten tun, was sie am besten können: forschen und lehren. "Erst kommt die Wissenschaft, und dann ergeben sich die Strukturen oder notwendigen Veränderungen", lautet Haases Plädoyer für autonome Hochschulen. Gefahren für die Freiheit drohten dabei weniger durch inhaltliche oder fachliche Vorgaben oder gar Zensur: Zeitmangel bremst die Wissenschaftler aus. Die Professoren müssten immer mehr dokumentieren, sich immer öfter rechtfertigen, Mehrjahrespläne schreiben, Normen einhalten: "Freiheit wird heute in erster Linie eingeschränkt durch die zunehmende Reduzierung von frei verfügbarer Zeit", beklagte Haase jüngst bei einer Festveranstaltung in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München. Am Donnerstag wiederholte der Präsident seine Forderung, die Wissenschaftler von Bürokratie zu entlasten - und ihnen freie Hand zu lassen. Der Studentische Konvent hatte zu einer Podiumsdiskussion zum neuen Bayerischen Hochschulgesetz geladen, das - stimmt der Landtag zu - zum 1. Juni in Kraft tritt. Künftig soll es an den bayerischen Universitäten einen Hochschulrat geben, paritätisch besetzt mit acht Externen und acht Hochschulangehörigen. Dieses neue, mächtige Gremium wählt unter anderem den Präsidenten und den Kanzler und wird über Studiengänge entscheiden. Der Senat - bislang das zentrale Organ der Hochschulen - wird von 16 auf acht Köpfe deutlich verkleinert und verliert Befugnisse. Es sei müßig darüber zu diskutieren, wie die Gremien aussehen, sagt Haase: "Mit der neuen Grundordnung kann man Konstruktionsfehler durchaus korrigieren und bewährte Strukturen ins neue Modell retten." Christian Stock vom Sprecherrat hält es für "gewagt, den Hochschulrat mit so vielen Externen zu besetzen". Sorge bereitet ihm wie vielen Sprecherratskollegen, dass die Studenten künftig nur noch einen Vertreter in den Senat senden können. "Wir brauchen mehr studentische Mitbestimmung", findet auch Simone Tolle, Landtagsabgeordnete der Grünen. Thomas Goger, der Landesvorsitzende der Jusos, sieht die Studenten gar "entmündigt". **Kurt Höller**, der Landesvorsitzende des **RCDS**, sieht die Studenten weniger im Senat als bei Professoren-Berufungen im Abseits: Die bislang vorgeschriebene pädagogische Stellungnahme der Studierenden zu einem Bewerber sieht das neue Hochschulgesetz nämlich nicht mehr vor. Auch Karsten Klein, der stellvertretende FDP-Bezirksvorsitzende, stört sich weniger am einsamen "Super-Studenten", er kritisiert die "Fremdsteuerung, die im Hochschulrat verankert ist": "Ich finde in diesem Gesetzesentwurf keine tatsächliche Autonomie." Haase setzt auf die "Experimentierklausel", die den Hochschulen bei allen Vorgaben von außen ein wenig Gestaltungsfreiheit lässt: "Die wird sicher genutzt werden, um sinnvolle Gremien unter den neuen Bedingungen weiterzuführen."

Hochschul-Notizen

(18.01.2006 Kurt Höller) MAINPOST

Für alle Studierenden für das Lehramt an den Gymnasien findet in Hörsaal 4 des Philosophiezentrum am Hubland am Donnerstag, 19. Januar, um 17 Uhr eine Informationsveranstaltung des Bayerischen Philologenverbandes zum Referendariat statt. Es sprechen Heiner Ratsch, Bezirksvorsitzender, Walter Bertl, Hauptpersonalrat und Vorstandsmitglied des Verbandes, und Sebastian Frank, Bayerische Referendarvertretung. Ein Statement zur Gymnasialpädagogik steuert Prof. Dr. Dorit Bosse bei. Der Studentische Konvent der Uni lädt zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema "Sinnvolles Zukunftskonzept oder leere Versprechungen? - Das neue Bayerische Hochschulgesetz" ein. Über die Vor- und Nachteile des Gesetzesentwurfs diskutieren Prof. Dr. Axel Haase (Präsident der Universität Würzburg), Thomas Goger (Juso-Landesvorsitzender), Karsten Klein (stellvertretender Bezirksvorsitzender der FDP), Simone Tolle (MdL, Bündnis 90/Die Grünen), **Kurt Höller** (Landesvorsitzender **RCDS Bayern**), Christian Stock (Sprecherrat der Universität Würzburg). Die Podiumsdiskussion findet am Donnerstag, 19. Januar, im Audimax der Neuen Universität am Sanderring statt. Beginn ist um 19.30 Uhr.

AKTION DER WOCHE: Unterstützungs-Website

(10.12.2005 Kurt Höller)

Auf ungewöhnliche Art unterstützt die Jungen Union München-Solln Ministerpräsident Edmund Stoiber. Mit der Internetseite www.stoiber-tut-gut.de wollen die Nachwuchspolitiker dem **CSU**-Chef Rückenwind geben. Schon in den ersten fünf Tagen haben mehr als 1600 Interessenten die Unterstützenseite aufgerufen.

„Dieser Erfolg hat selbst unsere Erwartungen noch weit übertroffen“, meint Philipp Paulus, Vorsitzender der **JU** München-Solln. „Viele wollen Ministerpräsident Stoiber den Rücken stärken.“ Der enorme Zuspruch spreche für sich. Besonders viele junge Menschen würden an der Aktion teilnehmen, melden die Münchner. „Ob Parteigänger oder nicht – im von Stoiber durchgesetzten ausgeglichenen Haushalt erkennen sie verwirklichte Generationengerechtigkeit“, so der Sollner **JU**-Vize Tassilo Wanner. Die Zustimmung reiche vom **JU** Bezirksverband Oberfranken bis zum Kreisverband Bad Tölz - Wolfratshausen quer durch **Bayern**. Die Junge Union **Bayern** hat die Aktion auf ihrer Homepage verlinkt. Auch die Landesverbände von Schülerunion (SU) und **RCDS** haben sich der Aktion angeschlossen.

Bewertung von Professoren

(01.10.2005 Kurt Höller) Bayernkurier

München – Eine „wirksame Beurteilung der Professoren an Hochschulen“ fordert der Ring Christlich-Demokratischer Studenten. Laut **RCDS**-Chef **Kurt Höller** kommt das Evaluation der Lehre im neuen Hochschulgesetz „deutlich zu kurz“. Eine Bewertung ohne Veröffentlichung mache keinen Sinn. Vielmehr müsse Evaluation auch finanzielle Konsequenzen haben.

Im Gespräch von 50 **RCDS**-Mitgliedern mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel lobte **Höller**, die vom Freistaat eingeführte „W-Besoldung“ sei ein Schritt in die richtige Richtung.

Zu Gast bei der traditionellen Tagung, die stets zur Wiesn-Zeit stattfindet, war auch Christoph Marx, der österreichische Vorsitzende der Partner-Arbeitsgemeinschaft, sowie der Vize-Präsident der Europäischen Dachorganisation, Dieter Haas.

RCDS ist mit neuem Gesetz sehr zufrieden

(13.08.2005 Kurt Höller)

München – **Bayerns RCDS** zeigt sich mit dem neuen Hochschulgesetz „sehr zufrieden“. „Dadurch wird **Bayern** in der Lage sein, auch in Zukunft seine Spitzenposition zu verteidigen“, so **RCDS**-Landeschef **Kurt Höller**.

„Wir hätten uns zwar ein schlankeres Gesetz gewünscht, finden das Resultat aber sehr innovativ“, erklärte **Höller**. Der **RCDS** werde versuchen, die Möglichkeiten der Bewertung weiter zu stärken. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist der einzige Studentenverband, der die Einführung von fairen Studienbeiträgen unterstützt hat. Diese werden nun im neuen Hochschulgesetz ermöglicht.

„Mit Studiengebühren schaffen wir endlich das gewünschte Anbieter-Kundenverhältnis und damit auch größeren Wettbewerb zwischen den Hochschulen“, so **Höller**.

Kurt Höller bleibt RCDS-Chef

(29.07.2005 Presselounge des RCDS in Bayern e.v. - Melanie Schübel)

Metten (dz). Mit überwältigender Mehrheit wurde der Landesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten **Kurt Höller** im Amt bestätigt. Die Landesdelegiertenversammlung wählte den Altmettener mit über 93 Prozent der Stimmen für ein weiteres Jahr zum Vorsitzenden. Wissenschaftsminister Thomas Goppel (L.) sprach sich in einer Diskussionsrunde mit den Studentenvertretern dafür aus, die Autonomie der bayerischen Hochschulen weiter zu stärken sowie Überregulierung durch das neue Hochschulrahmengesetz zu vermeiden.

(Foto: **RCDS**)

Kurt Höller bleibt RCDS-Chef



Metten (dz). Mit überwältigender Mehrheit wurde der Landesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten **Kurt Höller** im Amt bestätigt. Die Landesdelegiertenversammlung wählte den Altmettener mit über 93 Prozent der Stimmen für ein weiteres Jahr zum Vorsitzenden. Wissenschaftsminister **Thomas Goppel** (l.) sprach sich in einer Diskussionsrunde mit den Studentenvertretern dafür aus, die Autonomie der bayerischen Hochschulen weiter zu stärken sowie Überregulierung durch das neue Hochschulrahmengesetz zu vermeiden. (Foto: RCDS)

Pressespiegel, PNP Regionalteil Deggendorf Mai 2005

Politik, wir kommen!

(19.06.2005 Melanie Schübel) Im September wählt Deutschland voraussichtlich eine neue Bundesregierung - und viele junge Menschen treten jetzt in Parteien ein

Von Bernhard Kellner

Nichts wie ab in die Politik - das ist die neue, überraschende Devise vieler junger Menschen! Seit klar ist, dass am 18. September ein neuer Bundestag gewählt werden soll, treten verstärkt junge Leute in die Parteien ein. Motto: Politik, wir kommen! Sogar die krisengeschüttelte SPD meldet: Von den 1325 neuen Mitgliedern sind 729 jünger als 35. Ähnlich ist es bei der **CSU**. Seit der Neuwahlankündigung des Kanzlers am 22. Mai beantragten 400 Bürger ein **CSU**-Parteibuch, 150 davon sind unter 30. Auch CDU, Grüne, FDP und PDS surfen auf der Jugendwelle. BamS befragte die neuen Parteimitglieder, warum sie sich zum Eintritt entschlossen haben.

Melanie Schübel (24)

Studentin aus **Erlangen, CSU**:

„Ich will, dass die Chancen für junge Menschen wieder besser werden. Deshalb bin ich in die **CSU** eingetreten. Die denken auch an die Zukunft der jungen Leute, etwa in der Hochschul- und Bildungspolitik.“

Frederik M. Blachetta (18) und Sören Priebe (19)

Beide Schüler in Berlin, **SPD**:

Politik bestimmt die Spielregeln unserer Gesellschaft. Wir wollen diese Regeln mitgestalten. Die **SPD** vertritt die wichtigsten Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Reformen Gerhard Schröders sorgen dafür, dass diese Grundwerte erhalten bleiben können.“

Gesine Liebeknecht (19)

Abiturientin aus Dresden, Grüne:

„Ich bin schon länger bei der Grünen Jugend dabei. Jetzt bin ich in die Partei eingetreten, weil ich Joschka Fischer und die anderen unterstützen will. Die Grünen sind eine Partei mit Visionen. Dort kann ich mich aktiv für Veränderungen einsetzen.“

Oliver Handschuck (35)

Unternehmensberater aus Berlin, CDU:

„Das ist jetzt wie die Wende in eine neue Zeit – bei diesem Aufbruch möchte ich mit dabei sein. Unser Land ist in einem beklagenswerten Zustand. Ich möchte mithelfen, es wirtschaftlich wieder nach vorn zu bringen. Das geht nur mit der CDU.“

Pia Patricia Weyers (25) und Mario Windisch (30)

Studentin und Medienkaufmann aus Berlin, FDP:

„Meckern hilft nicht. Wenn sich etwas ändern soll, muß man sich aktiv einsetzen. Wir haben Freunde in der FDP. Zusammen mit ihnen wollen wir unser Land wieder an die Spitze bringen.“



Pressespiegel, Bild am Sonntag 19.06.2005

Wahlkampfteam der Jungen Union

(16.06.2005 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Winzer (dz). Der Kreisverband der Jungen Union unterstützt die Wiederwahl von MdB Barthl Kalb mit Wort und Tat: Für den Wahlkampf hat die Jugendorganisation der **CSU** ein Team mit 20 Mitgliedern unter der Führung des Kreisvorsitzenden Christian Moser zusammengestellt. Damit will die Junge Union zu einem glänzenden Ergebnis beitragen. Geplant ist unter anderem eine Postkartenaktion. Thematisch will sich der **JU**-Vorstand vor allem mit Fragen der neuen Enquete im Bayerischen Landtag "Jungsein in **Bayern** - Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen" auseinandersetzen. Unter anderem wird dazu eine Klausurtagung stattfinden. Bei der Sitzung am Freitag nahm der Vorstand als Mitglieder ohne Stimmrecht Landtagsabgeordneten Bernd Sibler, **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller**, Thomas Lang, Roland Kufner, Korbinian Breit und Roland Mitterbauer auf.

Zwei weitere Altmettener in der RCDS-Vorstandschaft

(06.06.2005 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

Cordula Spitzer und Stephan Rabl neu im Gremium

Metten (lam). **Kurt Höller**, Altmettener und **Landesvorsitzender** im Ring Christlich-Demokratischer Studenten, erhält Unterstützung aus Reihen seiner alten Schule. Neu in der **RCDS**-Landesvorstandschaft sind Cordula Spitzer, Abisprecherin des letzten Jahres und nunmehr Jurastudentin in Bayreuth, sowie Stephan Rabl, früherer Kollegstufensprecher und inzwischen angehender Politologe. Beide sind in der programmatischen Arbeit in dem Studentenverband federführend. Ganz oben auf der Agenda steht natürlich die Debatte um die Studiengebühren: Sozialverträglich sollen sie sein, und vor allem den einzelnen Fakultäten zu Gute kommen. Weiterer Themenschwerpunkt ist das neue Hochschulgesetz: „Wir müssen dafür sorgen, dass nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Bildung im Bundestagswahlkampf zum Thema wird“, hat sich **Höller** vorgenommen.

Zwei weitere Altmettener in der RCDS-Vorstandschaft

Cordula Spitzer und Stephan Rabl neu im Gremium

Metten (lam). **Kurt Höller**, Altmettener und Landesvorsitzender im Ring Christlich-Demokratischer Studenten, erhält Unterstützung aus Reihen seiner alten Schule. Neu in der RCDS-Landesvorstandschaft sind Cordula Spitzer, Abisprecherin des letzten Jahres und nunmehr Jurastudentin in Bayreuth, sowie Stephan Rabl, früherer Kollegstufensprecher und inzwischen angehender Politologe. Beide sind in der programmatischen Arbeit in dem Studentenverband federführend. Ganz oben auf der Agenda steht natürlich die Debatte um die Studiengebühren: Sozial verträglich sollen sie sein, und vor allem den einzelnen Fakultäten zu Gute kommen. Weiterer Themen-



Cordula Spitzer und Kurt Höller vom RCDS. (Foto: Lampelsdorfer)

schwerpunkt ist das neue Hochschulgesetz: „Wir müssen dafür sorgen, dass nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Bildung im Bundestagswahlkampf zum Thema wird“, hat sich Höller vorgenommen.

Pressespiegel, PNP Lokalteil Deggendorf

Profil durch Autonomie

(16.04.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

RCDS Bayern will mehr Rechte für Unis

München – Auf offene Ohren stoßen die Empfehlungen der Mittelstraß-Kommission bei der Studentenvertretung des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) **Bayern**. „Mit diesem Bericht wird nicht nur ein Beweis für die Leistungsfähigkeit des bayerischen Hochschul- und Wissenschaftsraumes gegeben, sondern auch auf das gewaltige Entwicklungspotential hingewiesen, das in den Hochschulen des Freistaats steckt“, freut sich der Landesvorsitzende **Kurt Höller**.

In den Empfehlungen der Experten-Kommission würden sich „wesentliche Forderungen unseres Verbandes“ widerspiegeln, so etwa die bayerischen Universitäten stärker zu profilieren. Dazu sollte nach Meinung des **RCDS in Bayern** die Autonomie der Hochschulen gestärkt werden. Hier seien nicht nur die Politiker, sondern auch die Hochschulen selbst gefordert, entsprechende, bereits bestehende, Möglichkeiten zu nutzen, meint **Höller**. „Dies muss sich insbesondere in einer verstärkten Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen selbst zeigen – was der **RCDS** im Übrigen schon seit geraumer Zeit fordert.“

Die Hochschulen sollten auch in einem gewissen Rahmen die Studiengebühren selbst gestalten können. **Höller**: „Nur so kann ein gesunder Wettbewerb zwischen den bayerischen Hochschulen entstehen. Ähnlich wie in der Sozialen Marktwirtschaft soll der Staat freien Wettbewerb zulassen, aber dennoch eine soziale Ausgestaltung der Studienbeiträge sicherstellen.“

Profil durch Autonomie
RCDS Bayern will mehr Rechte für Unis

München – Auf offene Ohren stoßen die Empfehlungen der Mittelstraß-Kommission bei der Studentenvertretung des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Bayern. „Mit diesem Bericht wird nicht nur ein Beweis für die Leistungsfähigkeit des bayerischen Hochschul- und Wissenschaftsraumes gegeben, sondern auch auf das gewaltige Entwicklungspotential hingewiesen, das in den Hochschulen des Freistaats steckt“, freut sich der RCDS-Landesvorsitzende Kurt Höller.



Kurt Höller

Autonomie der Hochschulen gestärkt werden. Hier seien nicht nur die Politiker, sondern auch die Hochschulen selbst gefordert, entsprechende, bereits bestehende, Möglichkeiten zu nutzen, meint Höller. „Dies muss sich insbesondere in einer verstärkten Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen selbst zeigen – was der RCDS im Übrigen schon seit geraumer Zeit fordert.“

Die Hochschulen sollten auch in einem gewissen Rahmen die Studiengebühren selbst ausgestalten können. Höller: „Nur so kann ein gesunder Wettbewerb zwischen den bayerischen Hochschulen entstehen. Ähnlich wie in der Sozialen Marktwirtschaft soll der Staat freien Wettbewerb zulassen, aber dennoch eine soziale Ausgestaltung der Studienbeiträge sicherstellen.“

Bayernkurier, Nr. 15 16.04.05, S. 21

Pressespiegel, BK 16.04.05

Wenn Geld den Unis bleibt

(16.04.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

Podiumsdiskussion über Studiengebühren

Erlangen. Studiengebühren in **Bayern**? Wird jedem Schüler die Möglichkeit eines Studiums erhalten bleiben? Jede Menge Zündstoff gab dieses Thema einer Podiumsdiskussion mit Rektor Prof. Karl-Dieter Gröske und Landtagsabgeordnetem Joachim Herrmann. Schüler, Studenten und Dozenten tauschten ihre Meinungen mit dem Rektor der Friedrich-Alexander-Universität aus. Als Betroffene äußerten sich **Kurt Höller**, Vorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**), sowie Benedikt Forschner, Vorsitzender der Schüler-Union.

Einig war man sich, dass die Studiengebühren ein wichtiges Instrument seien, um den Wettbewerb und die Qualität der Hochschulangebote zu verbessern.

Gastgeberin Birgitt Aßmus, Vorsitzende des **CSU**-Kreisverbandes **Erlangen**-Stadt, eröffnete die Podiumsdiskussion mit der Frage nach den Risiken und Chancen der Studiengebühren. Sie forderte, dass kein leistungsfähiger Mensch durch Studiengebühren vom Studium abgehalten werden dürfe. Zu ihren Eckpunkten zählten deshalb eine moderate Höhe der Gebühren und deren Sozialverträglichkeit. Nach dem Motto „Was man nicht

bezahlt, ist nichts wert" sieht Gröske mit der Einführung eine Qualitätssteigerung des Lehrangebots der Hochschulen. Das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung werde dadurch verbessert, so der Professor. Er zog einen Vergleich zu Universitäten in den USA, die bereits über die Studenten finanziert werden. Dort hätten die Hochschulen ganz andere Möglichkeiten, die Studenten zu betreuen.

Studiengebühren über Kredite bezahlen

Der Meinung „Nur die Reichen können studieren“ begegnete er mit dem Argument, dass es keine „armen Studenten“ gebe, sondern lediglich Eltern, die weniger verdienen als andere. Er erwähnte die Möglichkeit von Krediten oder Studiendarlehen. Der Student könne diese zur Deckung der kompletten Kosten eines Studiums aufnehmen und als fertiger Akademiker problemlos zurückzahlen.

Auch der Kritik, dass der Staat die Hand aufhalte und die Gelder einziehen werde, um Haushaltslöcher zu stopfen, entzog er den Boden. Er verwies auf einen Vertrag mit der bayerischen Staatsregierung. Dieser garantiere bis 2008, dass das Geld vollständig den Unis zugute komme.

Diesem Argument schloss sich **Kurt Höller** an. Er hielt einen Betrag von 100 bis 500 Euro als Obergrenze pro Semester für annehmbar, besonders wenn dieser in Lehrmittel investiert würde und nicht nur in die Forschung.

Benedikt Forscher ist in unmittelbarer Zukunft von der Einführung der Gebühren betroffen. Zu Beginn hatte auch er Sorge, die Beiträge würden zu hoch, er könnte die Kosten später nicht aufbringen oder sich nicht genug auf das Studium konzentrieren, weil er jobben müsse.

Doch dann stellte er die Gegenfrage, ob eine Universität, die dem internationalen Wettbewerb nicht Stand halten könne, nicht ebenso vom Studium abhalten würde. Er dachte dabei an überfüllte Hörsäle und die schlechte Ausstattung der Bibliotheken. „Die Studiengebühren werden kommen, sollen jedoch durchdacht kommen“, so der angehende Student.

Zuversicht verbreitete Herrmann mit seinem Bericht über die Pläne des Landtags. So erwähnte er einen „Pakt“ mit den bayerischen Hochschulen. Dieser sieht sowohl in der jetzigen als auch der nächsten Legislaturperiode eine Erhöhung der Ausgaben für Bildung vor.

Er betonte auch, dass den Hochschulen mehr Freiheit gegeben werden müsse – im Sinne des Wettbewerbs. So bleibe es den Hochschulen selbst überlassen, die Höhe der Gebühren innerhalb des Rahmens zu bestimmen. Ebenso wird sich der Landtag nicht einmischen, ob die jeweilige Hochschule Pauschalen verlange oder je nach Studiengang unterschiedliche Beiträge erhebe.

cbg

77, 13.4.05, S. 34

Wenn Geld den Unis bleibt

Podiumsdiskussion über Studiengebühren

ERLANGEN. Studiengebühren in Bayern? Wird jedem Schüler die Möglichkeit eines Studiums erhalten bleiben? Jede Menge Zündstoff gab dieses Thema einer Podiumsdiskussion mit Rektor Prof. Karl-Dieter Gröske und Landtagsabgeordneten Joachim Herrmann.

Schüler, Studenten und Dozenten tauschten ihre Meinungen mit dem Rektor der Friedrich-Alexander-Universität aus. Als Betroffene äußerten sich Kurt Höller, Vorsitzender des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), sowie Benedikt Forscher, Vorsitzender der Schüler-Union.

Einig war man sich, dass die Studiengebühren ein wichtiges Instrument seien, um den Wettbewerb und die Qualität der Hochschulangebote zu verbessern.

Gastgeberin Birgit Altmus, Vorsitzende des CSU-Kreisverbands Erlangen-Stadt, eröffnete die Podiumsdiskussion mit der Frage nach den Risiken und Chancen der Studiengebühren. Sie forderte, dass kein leistungsfähiger Mensch durch Studiengebühren vom Studium abgehalten werden dürfe. Zu ihren Eckpunkten zählten deshalb eine moderate Höhe der Gebühren und deren Sozialverträglichkeit. Nach dem Motto „Was man nicht bezahlt, ist nichts wert“ sieht Gröske mit der Einführung eine Qualitätssteigerung des Lehrangebots der Hochschulen. Das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung werde dadurch verbessert, so der Professor. Er zog einen Vergleich zu Universitäten in den USA, die bereits über die Studenten finanziert werden. Dort hätten die Hochschulen ganz andere Möglichkeiten, die Studenten zu betreuen.

Studiengebühren über Kredit bezahlen

Der Meinung „Nur die Reichen können studieren“ begegnete er mit dem Argument, dass es keine „armen Studenten“ gebe, sondern lediglich Eltern, die weniger verdienen als andere. Er erwähnte die Möglichkeit von Krediten oder Studiendarlehen. Der Student könnte diese zur Deckung der kompletten Kosten eines Studiums aufnehmen und als fertiger Akademiker problemlos zurückzahlen.

Auch der Kritik, dass der Staat die Hand aufhalten und die Gelder einziehen werde, um Haushaltslöcher zu stopfen, entzog er den Boden. Er verwies auf einen Vertrag mit der bayerischen Staatsregierung. Dieser garantiere bis 2008, dass das Geld vollständig den Unis zugute komme.

Diesem Argument schloss sich Kurt Höller an. Er hielt einen Betrag von 100 bis 500 Euro als Obergrenze pro Semester für annehmbar, besonders wenn dieser in Lehrmittel investiert würde und nicht nur in die Forschung.

Benedikt Forscher ist in unmittelbarer Zukunft von der Erhebung der Gebühren betroffen. Zu Beginn hatte auch er Sorge, die Beiträge würden zu hoch, er könnte die Kosten später nicht aufbringen oder sich nicht genug auf das Studium konzentrieren, weil er jobben müsse.

Doch dann stellte er die Gegenfrage, ob eine Universität, die dem internationalen Wettbewerb nicht Stand halten könne, nicht ebenso vom Studium abhalten würde. Er dachte dabei an überfüllte Hörsäle und die schlechte Ausstattung der Bibliotheken. „Die Studiengebühren werden kommen, sollen jedoch durchdacht kommen“, so der angehende Student.

Zuversicht verbreitete Herrmann mit seinem Bericht über die Pläne des Landtags. So erwähnte er einen „Pakt“ mit den bayerischen Hochschulen. Dieser sieht sowohl in der jetzigen als auch der nächsten Legislaturperiode eine Erhöhung der Ausgaben für Bildung vor.

Er betonte auch, dass den Hochschulen mehr Freiheit gewährt werden müsse – im Sinne des Wettbewerbs. So bleibe es den Hochschulen selbst überlassen, die Höhe der Gebühren innerhalb des Rahmens zu bestimmen. Ebenso wird sich der Landtag nicht einmischen, ob die jeweilige Hochschule Pauschalen verlange oder je nach Studiengang unterschiedliche Beiträge erhebe.

cbg

Pressespiegel, FT 13.4.05

Keine Mitsprache für Studenten

(12.04.2005 Kurt Höller) Münchner Merkur

AStA sauer: Wir wurden gar nicht gefragt - Geteiltes Echo auf Mittelstraß-Kommission

Auf geteiltes Echo stößt der Bericht der Mittelstraß-Kommission zur Zukunft des "Wissenschaftslandes **Bayern**" bei den Münchner Studenten. Der AStA der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) kritisiert unter anderem das "undurchsichtige Zustandekommen" des Experten-Berichts. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) nimmt die Empfehlungen "erfreut" auf.

"Weder Studenten noch der wissenschaftliche Nachwuchs wurden zur Zukunft der Hochschulen befragt", sagt verärgert Daniel Fritsch, hochschulpolitischer Referent des LMU-AStA. "Dabei reden wir ja nicht über reine Forschungseinrichtungen."

Inhaltlich kann Fritsch den Mittelstraß-Vorschlägen gleichwohl Positives abgewinnen. "Es freut uns zum Beispiel, dass darin vorgeschlagen wird, kleine Fächer, die die LMU schließen wollte, zu erhalten", so Fritsch. Gerne verweist er auch auf die Aussage der Experten, Studiengebühren allein reichten zur finanziellen Besserstellung der Hochschulen nicht aus. "Das bestätigt unsere Vermutung, dass Gebühren die Studienbedingungen nicht wirklich verbessern können."

RCDS trägt Forderung nach mehr Autonomie mit

Der **RCDS** begrüßt vor allem die von der Kommission erhobenen Forderungen nach mehr Profilbildung und Hochschul-Autonomie. So fordert die **CSU**-nahe Studentengruppe zum Beispiel, dass die Hochschulen ihre Studenten verstärkt selbst auswählen und Studiengebühren nach eigenen Vorstellungen ausgestalten können.

Die von dem Konstanzer Philosophen Jürgen Mittelstraß geleitete Kommission hatte vergangene Woche Empfehlungen für eine umfassende Umgestaltung der bayerischen Hochschullandschaft vorgelegt.

Gefordert wird darin unter anderem:

Cluster-Bildung: Vor allem für München empfiehlt die Kommission eine stärkere Zusammenarbeit ortsansässiger Einrichtungen. Im Zentrum sollen exzellente Unis stehen, die mit FHs und beispielsweise Max-Planck-Instituten auf bestimmten Gebieten zusammenarbeiten.

In München soll es vier Campi geben: Lebenswissenschaften in Großhadern/Martinsried, technikorientierte Natur- und Ingenieurwissenschaften in Garching, Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in der Innenstadt und Agrar-, Umweltwissenschaften und Tiermedizin in Weihenstephan.

Medizin in München: Für die Zukunft wird die Bildung einer einzigen Medizinfakultät und eines Uni-Klinikums mit zwei Standorten (Großhadern und rechts der Isar) vorgeschlagen. Alle Grundlagenfächer der Medizin sollen in Großhadern/Martinsried zusammengeführt werden, wo auch ein biomedizinischer Campus mit eigenem Forschungsdekan empfohlen wird.

Fachhochschulen: Auch für die FHs schlägt die Kommission Konzentrationen, einschließlich der Streichung bestimmter Fächer an einzelnen Standorten vor. In Bauingenieurwesen und Architektur etwa sollte, gemäß der Arbeitsmarkt-Entwicklung, die Zahl der Studienplätze um 25 bzw. 40 Prozent reduziert werden. Studienangebote im Bereich Medien müssten ihr Profil schärfen.

NICOLAS A. ZEITLER

Frage nach Studiengebühren spaltet Studentenschaft

(16.03.2005 Melanie Schübel) Nürnberger Zeitung

Kurt Höller und Philipp Dees im NZ-Streitgespräch

Die Studenten sind gespalten, was die Einführung von Studiengebühren betrifft. Einerseits sollen sie dadurch bessere Studienbedingungen erhalten, andererseits werden die meisten mit Schulden ins Berufsleben starten. Philipp Dees (23), Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen **Bayern** und Magisterstudent an der Universität **Erlangen-Nürnberg**, diskutiert in einem Streitgespräch der NZ mit seinem Kommilitonen **Kurt Höller** (24), dem Landesvorsitzenden des **CSU**-nahen Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Bayern** und Studenten der Elektrotechnik.

NZ: Herr Dees, Studiengebühren in **Bayern** werden kaum zu verhindern sein. Warum versucht ihre Gruppe nicht, an der genauen Umsetzung mitzuwirken, sondern lehnt Gebühren nur strikt ab?

Dees: Ich glaube nicht, dass sie sich nicht mehr verhindern lassen. Das hat das Beispiel Lernmittelfreiheit deutlich gezeigt. Da hat sich die **CSU** auch noch mal bewegt. Das ist das eine. Zum anderen glaube ich schon, dass es wichtig ist, deutlich zu machen, dass wir Gebühren ablehnen: Wenn wir jetzt anfangen würden mitzuarbeiten an der Umsetzung, dann wäre ja die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, dass wir es eigentlich aufgegeben haben, Studiengebühren selber abzulehnen.

Höller: Ich glaube nicht, dass Ihr das noch verhindern könnt. Ich denke, dass sie nicht nur in **Bayern** nicht mehr zu verhindern sind. Ich denke, dass sie bundesweit nicht mehr zu verhindern sind. Die Bundesländer, die jetzt sagen, sie werden keine Studiengebühren einführen, werden in ein paar Jahren nachziehen müssen.

NZ: Seminarräume ohne Overheadprojektor, zu wenig Tutoren, schlechte Ausstattungen der Bibliotheken — viele Studenten wären bereit, Gebühren zu zahlen, um diese Zustände zu verbessern. Was spricht gegen Studiengebühren unter der Voraussetzung, dass diese in die Lehre fließen?

Dees: An diese Voraussetzung glaube ich nicht. Es geht außerdem ganz grundsätzlich um ein Gesellschaftsverständnis, dass Bildung nicht abhängen darf vom Geldbeutel der Eltern und dass es eben keine Ware ist, die man handeln kann. Es wird immer argumentiert, es wird künftig eine Ware, mit der man handeln kann. Und das ist eigentlich genau das, was wir nicht wollen, weil wir sagen, Bildung ist Menschenrecht. Und da muss auch jeder zugreifen können, unabhängig davon, was er verdient und was seine Eltern verdienen.

NZ: Ist Bildung eine Sache des Geldbeutels, Herr **Höller**?

Höller: Es ist keine Sache des Geldbeutels, und es wird auch keine Sache des Geldbeutels sein. Finanzschwächere werden über Stipendien studieren können. Davon gehe ich sehr schwer aus. Wir werden Lösungen finden, bei denen Kredite für alle da sind, egal, was die Eltern verdienen. Auch wenn die Eltern viel verdienen, werden die Kredite da sein. Aber auch wenn die Eltern wenig verdienen, werden die Kredite da sein. Von daher haben alle die gleiche Chance. Jeder kann einen Kredit aufnehmen und jeder kann ihn genau dann zurückzahlen, wenn er Geld verdient. Keiner wird ihn zurückzahlen müssen, wenn er noch nicht verdient. Und ich werde mich auch stark dafür einsetzen: Erst ab einem bestimmten Mindesteinkommen soll der Betrag zurückgezahlt werden.

Dees: Wenn man sich solche Modelle anschaut — Australien ist ja so ein Beispiel —, da ist es dann so: Da gibt's diesen Zugang zur Uni. Den kriegt man, wenn man bestimmte Leistungen bringt, unabhängig vom Einkommen. Es gibt aber auch die Möglichkeit, wenn man das nicht schafft, ihn zu kaufen. Da gibt's dann die Möglichkeit, wenn ich direkt zahle und nicht nachlaufend, dann kriege ich den Studienplatz. Oder umgekehrt, wenn ich den Kredit nach dem Studium sofort zurückzahle, kriege ich eine Ermäßigung drauf beziehungsweise ich zahle ja keine Zinsen. Dann ist es schon wieder eine Frage: Wer kein Geld hat, der muss halt Leistung bringen.

Höller: Zinsen sind ein wichtiger Punkt. Ich möchte, dass diese Kredite natürlich verzinst sind. Und zwar aus einem Grund: Wenn die Kredite nicht verzinst sind und trotzdem für jeden offen stehen, dann werden diejenigen, deren Eltern einen guten Steuerberater haben, den Kredit in Anspruch nehmen und anlegen und werden dann hinterher mehr Geld haben, als sie im Endeffekt vorher vom Staat bekommen haben. Und das ist was, was ich nicht einsehe. Ich möchte, dass es zu marktüblichen Preisen verzinst ist, damit kein Missbrauch entsteht, wenn jeder Zugriff auf den Kredit hat. Es ist aber natürlich damit auch klar: Wenn der Kredit früher zurückgezahlt wird, sind auch weniger Zinsen zu zahlen in marktüblichen Höhen.

Dees: Aber man hat den Effekt: Wer das Geld hat und den Kredit sofort zurückzahlen kann, der zahlt die Zinsen nicht.

NZ: Als Österreich Gebühren eingeführt hat, ist die Zahl der Studienanfänger zunächst rapide gesunken. Muss man nicht aufpassen, dass Gebühren nicht abschrecken?

Höller: Das ist unser Hauptproblem, dass eine Angst geschürt wird vor etwas, das überhaupt noch nicht schlimm ist. Da muss ich euch von den Jusos wirklich den Vorwurf machen, die Angst schürt ihr unberechtigtermaßen.

Dees: Österreich ist für zwei Punkte ein klassisches Beispiel. Das eine ist: In Österreich ist bis heute ganz deutlich die Zahl der Studierenden in den bildungsfernen Schichten um immer noch drei Prozentpunkte heruntergegangen. Das waren mal 13, sind jetzt zehn. Und das im übrigen, obwohl diese, die Studienbeihilfe bekommen, ausgenommen sind. Dass die Studierendenzahl wieder hochgegangen ist, liegt zum Teil daran, dass auch Österreich geburtenstarke Jahrgänge hat. Das zweite ist: Österreich zeigt auch, dass es bei Studiengebühren nicht zwangsläufig stehen bleibt. In Österreich gibt's derzeit auch eine Debatte, ob man nicht Schulgeld einführt. Also, das kann auch weitergehen.

NZ: Einige plädieren für Studiengebühren, weil man auch für einen Kindergartenplatz zahlen muss. Wäre dies dann nicht sogar ein Argument dafür, künftig für alle Bildungseinrichtungen Geld zu verlangen?

Dees: Die Argumentation lässt sich umdrehen: Man kann auch sagen, wenn die Hochschüler nichts zahlen, soll auch der Kindergartenplatz kostenfrei sein. Das ist ja auch Position der SPD, zumindest in **Bayern**. Das kostet Geld, aber das Geld kann man ja auch auftreiben.

Höller: Ihr fordert so viele Sachen und sagt immer: Das lässt sich locker finanzieren. Also, ich sehe das nicht so. Es lässt sich finanzieren, wenn man neue Schulden aufnimmt. Das mag sein. Aber da bin ich strikt dagegen. Ich finde den Sparkurs mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts erstklassig. Bei all den Modellen, die man neu entwirft, sollte man immer davon ausgehen: Wieviel Geld habe ich?

NZ: Stichwort ausgeglichener Haushalt. Muss das Geld eins zu eins an die Hochschulen gehen oder kann es wie bei den Verwaltungsgebühren auch im Staatssäckel verschwinden?

Höller: Ich bin sehr, sehr gegen die Verwaltungsgebühr. Die ist für mich ein Unding. Erstens ist es psychologisch tatsächlich ein großes Problem. Zweitens kriegt das Geld tatsächlich der Finanzminister. Ich habe auch immer wieder die Forderung aufgestellt, die Verwaltungsgebühr beim Einführen der Studiengebühr zurückzuführen. Das ist aber haushaltstechnisch sehr schwierig, weil die Verwaltungsgebühr fest eingeplant ist. Hier liege ich immer wieder mit dem Finanzminister im Streit. Was auch noch ein Problem ist: Der Innovationsfonds an sich ist eine gute Sache. Aber zehn Prozent der Studiengebühren an den Innovationsfonds abzuführen, ist nicht deckungsgleich mit dem Versprechen, dass die Studiengebühren zu 100 Prozent an den Hochschulen bleiben. Ein positiver Effekt der Studiengebühren ist der Wettbewerb, der entsteht: Die Hochschule, die bessere Bildung anbietet, kann auch mehr einnehmen.

NZ: Der **RCDS** in **Erlangen** hat sich ja in einem gemeinsamen Papier mit den Jusos gegen Studiengebühren ausgesprochen. Wie passt das Ganze zur jetzigen Position von Ihnen, Herr **Höller**?

Höller: Das muss man so sehen: Der **RCDS** in **Bayern** hat ein sehr subsidiäres Prinzip. Die Gruppen können im Endeffekt selber entscheiden, wir können ihnen nichts vorschreiben. Diese Entscheidung in **Erlangen** ist so zustande gekommen, dass die Jusos ein Papier eingebracht haben, das sehr, sehr ideologisch verfärbt war. Dann haben sich alle Gruppen zusammengesetzt und gesagt: So etwas wollen wir definitiv nicht einbringen. Wenn wir etwas einbringen wollen, dann ist es etwas, das sachliche Argumente hat. Hier hat dann der **RCDS Erlangen** gesagt: Wenn wir hier auf eine sachliche Ebene zurückkommen, können wir das Papier mittragen, obwohl es nicht unsere eigene Meinung ist. Das heißt, es ist kein originäres **RCDS**-Papier, sondern es ist ein Kompromiss-Papier.

NZ: Was plant die Juso-Hochschulgruppe, um ihr Nein zu untermauern?

Dees: Es gibt beispielsweise am Freitag in München noch eine Demonstration. Es gibt eine ganze Reihe an Planungen, auch in **Erlangen**, was man gegen Studiengebühren unternehmen kann. Die Demo in **Erlangen** ist

für den 28. April angemeldet. Neben Kundgebungen planen wir Diskussionsrunden. Aber die große Auseinandersetzung geht ja erst los, wenn die **CSU** ein Konzept vorlegt. Momentan diskutieren wir im luftleeren Raum. Da ist es auch schwer, einem Studierenden zu sagen, welche Folgen Studiengebühren für ihn haben werden.

NZ: Hochschulen sind unterfinanziert. Welche anderen Möglichkeiten als Gebühren gibt es, diesen MIsstand zu beseitigen?

Dees: Es ist zum einen natürlich eine Frage der Prioritätensetzung, wobei dies nicht nur die Hochschulen betrifft. Das betrifft das Bildungswesen insgesamt. Man muss schon schauen, wo man im Haushalt Prioritäten setzt. Wenn man sich den Transrapid anschaut, den München ja für eine Milliarde finanzieren kann. Das andere ist: Wir diskutieren gerade einmal wieder über die Senkung von Unternehmenssteuern. Dann stehen wir alle wieder in einem Jahr da und haben kein Geld mehr. Kurzum: Man braucht mehr Geld im Bildungswesen. Wir brauchen, da sind wir uns ja alle einig, in Deutschland mehr Akademiker. Und da wirken Studiengebühren einfach kontraproduktiv.

Höller: Ich möchte noch mal auf Deinen Transrapid eingehen. Ich bin selber angehender Ingenieur. Wenn man eine Technik ins Ausland verkaufen möchte, dann muss man diese Technik auch selber einsetzen. Es geht darum zu zeigen, was die deutsche Forschung kann.

NZ: Befürworter von Gebühren argumentieren oft, diese führten zu kürzeren Studienzeiten.

Dees: Das ist falsch. Schon jetzt achten Studenten oder Eltern, die nicht reich sind, darauf, dass sie zügig studieren. Bafög ist beispielsweise an die Regelstudienzeit gekoppelt. Die Leute, die es sich leisten können, rumzutödeln, können es sich aber auch mit Studiengebühren leisten. Gebühren treffen dann nur die, die sowieso schon schnell studieren müssen.

NZ: Bummeln nur Reiche?

Höller: Ich glaube, Leute aus allen Einkommenschichten trödeln.

NZ: Im Rahmen von Studiengebühren sollen Bildungskredite eingeführt werden. Damit sollen auch die Lebenshaltungskosten beglichen werden können. Ist dies nicht ein Fortschritt.

Dees: Es gibt keinen Zusammenhang zu Studiengebühren. Man kann das Ganze auch machen, ohne Studiengebühren einzuführen.

Höller: Du hast aber den Zusammenhang auf verdrehtem Weg wieder hergestellt: Wenn man Gebühren mit Kredit ermöglicht und Lebenshaltungskosten mitfinanziert, sehe ich nicht, warum jemand aus einkommenschwächeren Familien nicht mehr studieren können soll.

Moderation: Markus Kaiser



Pressepiegel, NZ 16.03.05

Kampagne
(29.01.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

JU für Gebühren

München – Mit einer bayernweiten Kampagne werben die Junge Union und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) für die Einführung von Studienbeiträgen. „Das Urteil aus Karlsruhe eröffnet unseren Hochschulen neue Perspektiven für eine bessere Lehre und Betreuung der Studierenden“, so JU-Chef Manfred Weber. Er betonte, die Einführung von „fairen Studiengebühren“ sei den Studentinnen und Studenten dann zu vermitteln, wenn grundlegende Bedingungen eingehalten würden: So müssten die Gebühren in voller Höhe an den jeweiligen Hochschulen bleiben. Außerdem dürften die Beiträge ausschließlich für die Verbesserung der Lehre und der Betreuung der Studenten eingesetzt werden und nicht in die Ausstattung der Hochschulen oder den Bau von Hochschuleinrichtungen fließen. „Dafür muss auch in Zukunft der Staat in voller Höhe aufkommen.“ Überdies fordert die Junge Union, dass über die Verwendung der Gebühren Rechenschaft abgelegt wird. Außerdem sollten die Gebühren erst mit dem Eintritt ins Berufsleben erhoben werden.

www.bessere-hochschulen.de



Pressepiegel, Bayernkurier 29.1.05

Goppel: "Es ist Mode geworden, uns krank zu reden"

(24.01.2005 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Wissenschaftsminister nimmt bei Neujahrsempfang der Deggendorfer CSU im Kolpingsaal Stellung zu Studiengebühren und PISA-Studie

Deggendorf (lam). Mit einem Plädoyer für Studiengebühren, einem Aufruf zu mehr Selbstverantwortung der Hochschulen und einem dicken Lob für die Arbeit der Deggendorfer FH ertete Wissenschaftsminister Thomas Goppel viel Applaus beim Neujahrsempfang der Deggendorfer CSU im Kolpingsaal.

Locker, pointiert, in völlig freier Rede, schreckte der Minister gestern auch vor heißen Themen wie PISA-Studie und Studiengebühren nicht zurück. Die PISA-Studie, die Deutschland enormen Nachholbedarf im Bereich Bildung bescheinigte, sei missbraucht worden, um **Bayern** "ideologisch ein paar Tritte zu verpassen". Wer den Erfolg nur an der Zahl der Abiturienten messe, verkenne beispielsweise die Vorzüge des dualen Bildungssystems und die "exzellenten Meisterbriefe", die in aller Welt einen guten Namen hätten. "Es ist Mode geworden, uns krank zu reden", so Goppel - und dann brauche man sich nicht zu wundern, wenn man sich auch krank fühlt. Natürlich müsse sich aber auch ein Gesunder anstrengen, um gesund zu bleiben.

Wie kann man die Zahl der Studenten von knapp 30 auf 40 Prozent steigern und dann auch noch dafür sorgen, dass ein großer Teil "bei Prof. Höpfl landet" - also einen FH-Abschluss anstrebt? Goppel setzt hier zum einen auf die neuen internationalen Abschlüsse Bachelor und Master - der eine knapp unter dem Dipl.Ing., der andere höherwertiger. Universitäten und Fachhochschulen bräuchten aber auch mehr Spielraum für eigenständige Entscheidungen: "Es ist wichtig, dass sich ein Wirtschaftsraum Leute vor Ort holen kann, die dann auch bleiben". Schneller als bisher müssten die Hochschulen allerdings auf Veränderungen reagieren, laufende Studiengänge müssten daher immer wieder überprüft werden.

Ein großes Thema: die Studiengebühren. Die Grundausrüstung aus dem Wissenschaftsministerium ergänzt schon jetzt eine steigende Summe an Drittmitteln von Unternehmen und Stiftungen. "Deggendorf ist da federführend", weiß Goppel. Zusätzliche Mittel für die Lehre, für optimierte Verhältnisse in kleineren Gruppen, müssten aber aus Studiengebühren finanziert werden. Goppel verspricht sich da-durch auch ein neues Verhältnis zwischen Professor und Student als Anbieter und Kunde. Seine Vorgaben: maximal 500 Euro Gebühren pro

Semester, das Geld bleibt an der Uni, wird nicht vom Finanzminister kassiert und möglichst unbürokratisch verwaltet. Die Hochschulen haben ein Mitspracherecht bei der Höhe der jeweiligen Gebühren, sozial schwache Studenten werden abgesichert. "Es gibt aber auch kei-nen, der gar keine Gebühr zahlt", so Goppel. Vor den vielen anwesenden Schullei-tern verteidigte der Minister auch das gegliederte bayerische Schulsystem: "Das ist besser für eine individuelle Entfaltung".

Gäste im Kolpingsaal waren Vertreter aller Bildungsberufe, von Schulleitern bis hin zu FH-Präsident Prof.Dr. Reinhard Höpfl, die den Imbiss nach der Ministerrede zu einem zwanglosen Austausch mit der **CSU**-Prominenz nutzten: MdB Barthl Kalb war ebenso gekommen wie die MdL Bernd Sibley und Helga Weinberger, Bezirksrätin Margret Tuchen, stv. Landrat Peter Erl, OB Anna Eder mit ihren Stellvertretern, Altlandrat Dr. Georg Karl, Alt-OB Dieter Görlitz, Fraktionschef Gerard Zacher, Stadtverbandsvorsitzender Peter Volkmer, **JU**-Kreisvorsitzender Christian Moser, Schülerunion-Bezirksvorsitzender Tobias Bauschke und **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller**. Ortsvorsitzender Rudi Hahn verwies auf die guten Ausbildungsmöglichkeiten in Deggendorf. Jedoch führe nicht immer nur ein Studium zum Ziel, auch eine qualifizierte Ausbildung im Handwerk oder eine Fachausbildung bieten Perspektiven. OB Anna Eder erinnerte daran, dass sich die Anstrengungen für die Bildung auch im städtischen Haushalt niederschlagen: 5,2 Millionen Euro seien dafür im vergangenen Jahr ausgegeben worden. In kleiner Runde bat sie zusammen mit FH-Präsident Höpfl den Minister um Unterstützung im Kampf um einen baldmöglichen Ausbau der Fachhochschule.

Studentenvertreter warten ab

(15.01.2005 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

"Wir wollen die Studenten nicht beeinflussen, sie sollen sich selber eine Meinung bilden", sagt Sebastian Frankenberger, Studentischer Senator an der Uni Passau. Die Vertretung der Studierenden will sich in dieser Debatte neutral verhalten, erst einmal ausloten, wie die Mehrheit zu dem Thema steht. Von 19. bis 25. Januar werden die Mitglieder deshalb Fragebögen in der Uni verteilen. Je nachdem, welche Meinung am Ende überwiegt, werden weitere Aktionen geplant. "Wenn die Gebühren kommen sollten, werden wir das wohl nicht verhindern können", glaubt Frankenberger. "Aber wir können in jedem Fall an dem Prozess mitwirken, wenn entschieden wird, was mit den Gebühren passiert." Ziel sei es, eine möglichst gute Verhandlungsbasis zu schaffen.

Am Dienstag, 18. Januar, um 14 Uhr veranstalten die politischen Hochschulgruppen in Hörsaal 8, Wiwi-Gebäude, eine Podiumsdiskussion mit anschließender Fragerunde zum Thema Studiengebühren. Es sitzen sich **Kurt Höller, Landesvorsitzender des RCDS-Bayern**, und Ernest Hammerschmidt vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) gegenüber.tk

Geld soll an Uni bleiben

(10.01.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

Der Vorsitzende des RCDS in Bayern im Gespräch

Bamberg. Seit knapp einem Jahr ist **Kurt Höller** Vorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Bayern**. Der FT befragte den 24-jährigen der in **Erlangen** EEI (Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik) studiert, zu seinem Bild von Bamberg.

Frage: Sie kennen die Situation an vielen Universitäten und Fachhochschulen. Was zeichnet die Uni Bamberg aus?

Höller: Bamberg bietet seinen Studenten nicht nur eine wunderschöne Altstadt mit einer reichhaltigen Auswahl an Brauereien, sondern insbesondere auch viele einmalige Fächerkombinationen für anspruchsvolle Studenten. Dabei hat insbesondere auch das letzte „Spiegel“-Ranking gezeigt, dass Bamberg nicht nur in Geisteswissenschaften wie etwa im Bereich Germanistik oder Soziologie bundesweit führend ist. Vielmehr ist Bamberg auch in Psychologie und BWL in der deutschen Spitzengruppe zu finden.

Frage: Seit dem letzten Semester müssen alle Studenten eine „Verwaltungsgebühr“ bezahlen. Wie stehen Sie dazu?

Höller: Ich lehne die Verwaltungsgebühr entschieden ab. Der **RCDS in Bayern** spricht sich zwar unter ganz bestimmten Bedingungen für Studienbeiträge aus, neben sozialer Verträglichkeit (z.B. Bezahlung erst bei Berufseintritt) muss dabei unter anderem aber auch der vollständige Verbleib des eingenommen Geldes an der Uni zur Verbesserung der Lehre garantiert werden. Keine dieser Forderungen wird jedoch von der im übrigen bayernweit eingeführten Verwaltungsgebühr erfüllt. Zwar konnten im Jahr 2004 durch die Gebühr 400 Stellen vor der Streichung bewahrt werden, in Hinblick auf die wichtige Diskussion mit der Öffentlichkeit über das sensible Thema Studienbeiträge halte ich die Einführung einer Studentengebühr, die nicht der Uni, sondern direkt dem Finanzministerium zufließt, für absolut kontraproduktiv.

Frage: Die Bamberger Uni ist wie alle bayerischen Einrichtungen dabei, ihr Profil genauer zu definieren und konkurriert mit **Erlangen-Nürnberg**, Würzburg und Bayreuth. In welche Richtung soll sich die Uni Bamberg Ihrer Meinung nach entwickeln?

Höller: Bamberg befindet sich in einer ganz besonders problematischen Situation: Durch die benachbarten drei fränkischen Universitäten wäre die regionale Versorgung in der Fläche bereits für alle Fächer gewährleistet. Um dennoch weiterhin Bestand zu haben, muss die Otto-Friedrich-Universität in ihrem Bereich besonders gut sein. Bei den Geisteswissenschaften ist der Bamberger Uni dies bereits größtenteils gelungen. Dennoch muss diese Entwicklung weiterhin vorangetrieben werden. Besonders wichtig ist aber auch der Ausbau von Alleinstellungsmerkmalen, darunter vor allem interdisziplinäre und internationale Studiengänge. Dazu bietet der aktuell angestoßene Bolognaprozess mit Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen eine besondere Chance. Im Gegensatz zu einigen andern Massenunis hat die Uni Bamberg darüber hinaus den einzigartigen Charme einer kleinen Uni. Dieser Vorteil muss sich aber auch in einem besonders guten Betreuungsverhältnis der Studenten widerspiegeln.

kg

Geld soll an Uni bleiben

Der Vorsitzende des RCDS in Bayern im Gespräch

BAMBERG. Seit knapp einem Jahr ist Kurt Höller Vorsitzender des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern. Der FT befragte den 24-Jährigen, der in Erlangen EI (Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik) studiert, zu seinem Bild von Bamberg.

Frage: Sie kennen die Situation an vielen Universitäten und Fachhochschulen. Was zeichnet die Uni Bamberg aus?

Höller: Bamberg bietet seinen Studenten nicht nur eine wunderschöne Altstadt mit einer reichhaltigen Auswahl an Brauereien, sondern insbesondere auch viele einmalige Sicherheitsmaßnahmen für anspruchsvolle Studenten. Dabei hat insbesondere auch das letzte „Spiegel“-Uni-Ranking gezeigt, dass Bamberg nicht nur in Geisteswissenschaften wie etwa im Bereich der Germanistik oder Soziologie bundesweit führend ist. Vielmehr ist Bamberg auch in Psychologie und BWL in der deutschen Spitzengruppe zu finden.

Frage: Seit dem letzten Semester müssen alle Studenten in Bamberg eine „Verwaltungsgebühr“ bezahlen. Wie stehen Sie dazu?

Höller: Ich lehne die Verwaltungsgebühr entschieden ab. Der RCDS in Bayern spricht sich zwar unter ganz bestimmten Bedingungen für Studienbeiträge aus, neben sozialer Verträglichkeit (z. B. Bezahlung erst bei Berufseintritt) muss dabei unter anderem aber auch der vollständige Verbleib des eingenommenen Geldes an der Uni zur Verbesserung der Lehre garantiert werden. Keine dieser Forderungen wird jedoch von der im übrigen bayernweit eingeführten Verwaltungsgebühr erfüllt. Zwar konnten im Jahr 2004 durch

die Gebühr 400 Stellen vor der Streichung bewahrt werden, im Hinblick auf die wichtige Diskussion mit der Öffentlichkeit über das sensible Thema Studienbeiträge habe ich die Einführung einer Studiengebühr, die nicht der Uni, sondern direkt dem Finanzministerium zufließt, für absolut kontraproduktiv.

Frage: Die Bamberger Uni ist wie alle bayerischen Einrichtungen dabei, ihr Profil genauer zu definieren und konkurriert mit Erlangen-Nürnberg, Würzburg und Bayreuth. In welche Richtung soll sich die Uni Bamberg Ihrer Meinung nach entwickeln?

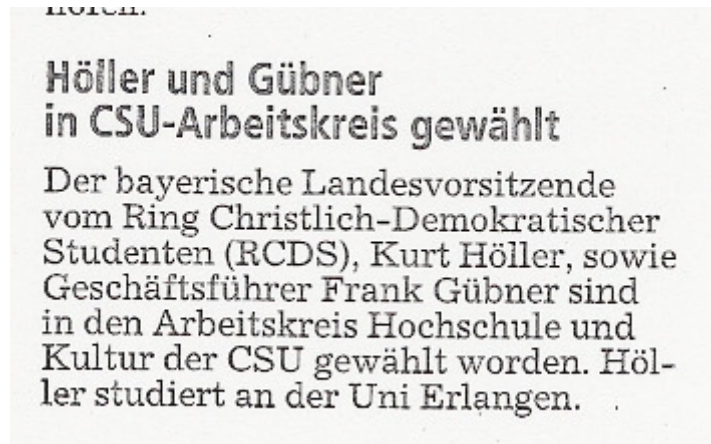
Höller: Bamberg befindet sich in einer ganz besonders problematischen Situation: Durch die benachbarten drei fränkischen Universitäten wäre die regionale Versorgung in der Fläche bereits für alle Fächer gewährleistet. Um dennoch weiterhin Bestand zu haben, muss die Otto-Friedrich-Universität in ihrem Bereich besonders gut sein. Bei den Geisteswissenschaften ist der Bamberger Uni dies bereits größtenteils gelungen. Dennoch muss diese Entwicklung weiterhin vorangetrieben werden. Besonders wichtig ist aber auch der Ausbau von Alleinstellungsmerkmalen, darunter vor allem interdisziplinäre und internationale Studiengänge. Dazu bietet der aktuell angestoßene Bolognaprozess mit Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen eine besondere Chance. Im Gegensatz zu einigen andern Massenunis hat die Uni Bamberg darüber hinaus den einzigartigen Charme einer kleinen Uni. Dieser Vorteil muss sich aber auch in einem besonders guten Betreuungsverhältnis der Studenten widerspiegeln.

Pressespiegel, FT 10.1.2005

Höller und Gübner in CSU-Arbeitskreis gewählt

(05.01.2005 Melanie Schübel) NZ, 5.1.2005

Der bayerische Landesvorsitzende von Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), **Kurt Höller**, sowie Geschäftsführer Frank Gübner sind in den Arbeitskreis Hochschule und Kultur der **CSU** gewählt worden. **Höller** studiert an der Uni **Erlangen**.



Pressespiegel, NZ 5.1.2005

Kluge Köpfe braucht das Land

(18.12.2004 Melanie Schübel) RCDS: Studiengebühren und „neues Denken“ gefordert

Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität **Erlangen-Nürnberg** gaben sich die Klinke in die Hand bei der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) **Erlangen** im Café „Schwarz und Stark“.

Staatsminister Erwin Huber, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, verteidigte die Sparmaßnahmen der Staatsregierung damit, dass man der jüngeren Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen dürfe. Trotz der Bemühungen, bis zum Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, dürften aber in keinem Fall die Hochschulen beschädigt werden.

Trotzdem plädierte Huber für Studiengebühren („Anreiz, schneller zu studieren“), versicherte aber, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. Uni-Kanzler Thomas A.H. Schöck unterstützte ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, betonte aber auch die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfindet.

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Max-Emanuel Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So prangerte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften deutschlandweit auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagabend und Sonntagfrüh.“ Den Vorhaben des Bundes, Elite-Unis einzuführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu wollen, erteilte der Jurist Geis eine klare Absage.

Mehr Produktivität gefordert

Als Mitglied der sogenannten Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete Oberbürgermeister Siegfried Balleis von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in **Erlangen** auch gut gelinge – nicht zuletzt dank der neuen Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es vor allem um die Einführung von Master- und Bachelor-Studiengänge, um Studiengebühren und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohen Qualitätsstandards.

MM

EN. 18.12.04. S.11

Kluge Köpfe braucht das Land

RCDS: Studiengebühren und „neues Denken“ gefordert

Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gaben sich die Klinke in die Hand bei der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Erlangen im Café „Schwarz und Stark“.

Staatsminister Erwin Huber, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, verteidigte die Sparmaßnahmen der Staatsregierung damit, dass man der jungen Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen dürfe. Trotz der Bemühungen, bis zum Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, dürften aber in keinem Falle die Hochschulen beschädigt werden.

Trotzdem plädierte Huber für Studiengebühren („Anreiz, schneller zu studieren“), versicherte aber, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. Uni-Kanzler Thomas A. H. Schöck unterstützte ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, betonte aber auch die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfindet.

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Max-Emanuel Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So prangerte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften deutschlandweit auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagnacht und Sonntagfrüh.“ Den Vorhaben des Bundes, Elite-Unis einführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu wollen, erteilte der Jurist Geis eine klare Absage.

Mehr Produktivität gefordert

Als Mitglied der so genannten Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete Oberbürgermeister Siegfried Balleis von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in Erlangen auch gut gelinge – nicht zuletzt dank der neuen Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es vor allem um die Einführung von Master- und Studiengängen, um Studiengebühren und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohem Qualitätsstandard. MM

Pressespiegel, EN 18.12.2004

Studiengebühren zur Qualitätssteigerung

(15.12.2004 Melanie Schübel) Expertenrunde diskutiert Konsequenzen der Verwaltungsreform für die Hochschulen

Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität **Erlangen-Nürnberg** gaben sich die Klinke in die Hand bei der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS Erlangen**) im Café „Schwarz und Stark“.

So durfte der Erlanger **RCDS**-Vorsitzende Marco Mehl zu der Veranstaltung mit dem Thema „Verwaltungsreform in **Bayern** – Konsequenzen für die Hochschulen“ neben Staatsminister Erwin Huber, Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Prof. Dr. Max-Emanuel Gei und dem Kanzler der Universität Thomas A.H. Schöck auch noch den Fraktionsvorsitzenden der **CSU** im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, begrüßen.

Der Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, sprach in seiner Rede von der Notwendigkeit, **Bayern** fit für die Zukunft zu machen. Dies gelinge eben nun mal nicht ohne Sparmaßnahmen, wenn man der jüngeren Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen möge. Er strich das ehrgeizige Ziel der bayerischen Staatsregierung heraus, im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, betonte aber gleichzeitig, in keinem Falle die Hochschulen schädigen zu wollen. Ferner sprach Huber von den Plänen, Studiengebühren einzuführen und versicherte, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. „Studienbeiträge erhöhen die Qualität des Bildungssystems und sind ein Anreiz für die Studenten, schneller zu studieren.“ So Huber.

Kanzler Schöck wollte zwar nicht zu allem, was Huber sagte, „Bravo“ rufen, unterstützte aber auch aus der Sicht der Hochschulverwaltung ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, welche zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen könnten. Zudem betonte Schöck die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfinden müsse.

Forschen Sonntag früh?

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Max-Emanuel Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So prangerte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften deutschlandweit auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagnacht und Sonntagfrüh.“ Den Vorhaben des Bundes, Elite-Unis einführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu wollen, erteilte der Jurist Geis eine klare Absage.

Als Mitglied der sogenannten Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete Oberbürgermeister Siegfried Balleis von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in **Erlangen** auch gut gelinge – nicht zuletzt dank der neuen Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es vor allem um die Einführung von Master- und Bachelor-Studiengänge, um Studiengebühren und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohen Qualitätsstandards.

FT, 15.12.04, S. A4

Studiengebühren zur Qualitätssteigerung

Expertenrunde diskutiert die Konsequenzen der Verwaltungsreform für die Hochschulen

ERLANGEN. Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gaben sich die Klinke in die Hand bei der beschlagartig besetzten Podiumsdiskussion des Ring-Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Erlangen am Montagabend im Café „Schwarz und Stark“.

So durfte der Erlanger RCDS-Vorsitzende Misco Mehl zu der Veranstaltung mit dem Thema „Verwaltungsreform in Bayern – Konsequenzen für die Hochschulen“ neben Staatsminister Erwin Huber, Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Prof. Dr. Maximilian Geis und dem Kanzler der Universität Thomas A. H. Schöck auch noch dem Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bayerischen Landtag, Joachim Reiss, begrüßen.

Der Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform und Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, sprach in seiner Rede von der Notwendigkeit, Bayern fit für die Zukunft zu machen. Dies gelinge eben einmal nicht ohne Sparmaßnahmen, wenn man der jungen Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen möge. Er strich das zehnjährige Ziel der bayerischen Staatsregierung heraus, im Jahre 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, betonte aber gleichzeitig, in keinem Falle die Hochschulen schädigen zu wollen.

Huber sprach Huber von den Plänen, Studiengebühren einzuführen und versicherte, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. „Studienbeiträge erhöhen die Qualität des Bildungssystems und sind ein Anreiz für die Studenten, schneller zu studieren“, so Huber.

Kanzler Schöck wollte zwar nicht zu allem, was Huber sagte, „Reiss“ rufen, unterstützte aber auch aus der Sicht der Hochschulverwaltung ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, welche zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen könnten. Zudem besaß Schöck die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfinden müsse.

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Dr. Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So plärgelte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften – deutsch: „Forschen Sonntag früh?“ – in Deutschland auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagmorgen und Sonntag früh.“ Dem Vorhaben des Bundes, Hilfenis einfließen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reifen zu wollen, erteilte der Junst Geis eine klare Absage.

Als Mitglied der sog. Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete der Erlanger Oberbürgermeister im Anschluss von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in Erlangen auch gut gelinge – nicht zuletzt dank neuer Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es neben vielen weiteren Themen um die Einführung von Master- und Bachelorstudiengängen, um Studiengebühren, und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohem Qualitätsstandard.



Teilweise auch nachdenkliche Mienen gab es bei den Experten auf dem Podium. Foto: priv.

Pressespiegel, FT 15.12.2004

Für Organspende

(11.11.2004 Melanie Schübel) RCDS diskutiert heute Abend über Erlangen als Medizin(haupt)stadt

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist auf seiner Deutschlandtour heute zu zwei Informationsveranstaltungen in Erlangen.

Über Blut- und Organspende informiert der **RCDS** heute an der TechFak von 11 bis 15 Uhr, ab 20 Uhr findet im Adenauerhaus, Neue Straße 34, eine Diskussion zum Thema „Gesundheit“ statt. Dabei werden Prof. Bernhard Fleckenstein (Institut für Klinische Virologie an der FAU), Prof. Joachim Hornegger (Lehrstuhl für Med. Bildverarbeitung) sowie Joachim Reiss (Leiter Entwicklung Angiographie bei Siemens Medical Solutions) über die Zukunft **Erlangens** als Bundeshauptstadt der Medizin diskutieren.



Pressespiegel, EN 10. 11. 2004

RCDS-Klausur

(18.09.2004 Melanie Schübel) Lehrer ins Praktikum

Deutlich mehr Praxisbezug in der Lehrerausbildung fordert der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**). Darüber hinaus spricht sich der **CSU**-nahe Studentenverband für eine regelmäßige Weiterbildung der Lehrkräfte und eine generelle Aufwertung des Lehrerberufs in der Gesellschaft aus.

Als Pädagogen sollen angehende Lehrer am Ende des Hochschulstudiums eigenständig eine Unterrichtsplanung durchführen, Leistungen beurteilen, mit Disziplin Konflikten und sozialen Spannungen in der Klasse umgehen können und kompetent im Umgang mit Schülern, Eltern, Kollegen und Vorgesetzten sein. All dies sind Situationen, auf die im Hochschulstudium derzeit nur mangelhaft oder gar nicht vorbereitet wird.

„Der Lehrerberuf ist ein sehr praxisbezogener Beruf, der mehr von Erfahrungen im Klassenzimmer als von theoretischem Wissen lebt“, so **Bayerns RCDS-Chef Kurt Höller**. Nach Meinung des **RCDS** ist der Praxisbezug an den Schulen eine unabdingbare Grundlage. Darum sollten auch Lehrer selbst schon einmal Praxiserfahrung in einem Unternehmen oder einer sozialen Einrichtung gesammelt haben. „Lehramtsstudenten sollten auch Praktika im außerschulischen Bereich absolvieren“, so **Höller**.

Auf ihrer dreitägigen Klausur im Kloster Metten verabschiedete der **RCDS** eine Resolution zur Reform der Lehrerausbildung. Zu Gast waren Kultusministerin Monika Hohlmeier und Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses des Bayerischen Landtages.



Pressespiegel, Bayernkurier 18.09.2004

Bayerns Kultusministerin beim RCDS in Metten

(16.09.2004 Kurt Höller) Deggendorf aktuell

Bayerns Kultusministerin Monika Hohlmaier debattierte am Freitagnachmittag im Kloster Metten mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern e.V. (RCDS)**. Anschließend kam es zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - bleibt **Bayern** spitze?" Daran beteiligten sich neben der Staatsministerin noch Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Professor Dr. Alf Zimmer, Rektor der Uni Regensburg, sowie **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS in Bayern**. Diskutiert wurde ferner mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft. Abt Wolfgang M. Hagl OSB stellte sein Schulmodell Hirn, Herz und Hand vor, welches für einen Bildungsansatz steht, der weit über den Leistungsgedanken und Wissensvermittlung hinaus geht. Mit auf dem Prüfstand befand sich die "Mettener Resolution", die anschließend verabschiedet wurde.



BAYERNS KULTUSMINISTERIN Monika Hohlmeier debattierte am Freitagnachmittag im Kloster Metten mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern e.V. (RCDS). Anschließend kam es zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze?“ Daran beteiligten sich neben der Staatsministerin noch Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Professor Dr. Alf Zimmer, Rektor der Uni Regensburg, sowie Kurt Höller, Vorsitzender des RCDS in Bayern. Diskutiert wurde ferner mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft. Abt Wolfgang M. Hagl OSB stellte sein Schulmodell „Hirn, Herz und Hand“ vor, welches für einen Bildungsansatz steht, der weit über den Leistungsgedanken und Wissensvermittlung hinaus geht. Mit auf dem Prüfstand befand sich die „Mettener Resolution“, die anschließend verabschiedet wurde. Unser Bild zeigt die Staatsministerin bei ihrer Ankunft in Metten (von links): Franz Hofmann und Kurt Höller, RCDS, Abt Wolfgang und Monika Hohlmeier. (Text/Foto: Suttner)

Hohlmeier: Wissen für das Leben vermitteln

(13.09.2004 Melanie Schübel) RCDS diskutierte mit Kultusministerin im Kloster Metten - Neue Impulse gefordert

Metten. (sut) Auch in abgeschwächter Form hat die Pisa-Studie bewusst gemacht, dass wesentliche Dinge und damit die Zukunft unseres Landes in den Schulen entschieden wird. Wie **Kurt Höller**, vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern**, bedauerte, erwiesen sich die deutschen Schulen häufig als eine Institution, von der man Reformen lange Zeit fern hielt. "Sie sind in vielen Fällen ihrer verantwortungsvollen Aufgabe in Bezug auf die Bildung junger Menschen nicht mehr so gewachsen, wie dies wünschenswert wäre." ...(nur Auszug)



Hohlmeier: Wissen für das Leben vermitteln

RCDS diskutierte mit Kultusministerin im Kloster Metten – Neue Impulse gefordert

Metten, (je) Auch in abgeschwächter Form hat die Pisa-Studie bereits gemacht, dass wesentliche Dinge um damit die Zukunft unserer Länder in den Schulen entschieden wird. Wie Kurt Höller, vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern, bedauerte, erweisen sich die deutschen Schulen häufig als eine Institution, von der man Heiliges lange Zeit fern hielt. „Sie sind in vielen Fällen ihrer verantwortungsvollen Aufgabe in Bezug auf die Bildung junger Menschen nicht mehr so gewachsen, wie dies wissenschaftlich wäre.“

Eine Diskussion, die schon länger andauert, warnte Bayerns Kultusministerin Monika Hohlmeier dazu an und referierte an den Dialog-Process. Hier saßen die Kultusminister und evangelischer Erzbischof Buntrock, welche sich in die Stuhlgänge einschoben lassen. Ferner erzielte man sich darauf, bis 2018 einen einheitlichen Bildungsrahmen mit vergleichbaren Abschlüssen zu entwickeln.

Als Hausherr übermittelte Abt Wolfgang Hagl ODB das Grußwort an die hochkarätige Mannschaft als Träger der Podiumsdiskussion und Besucher. Dabei spannte er den Bogen bis ins 17. Jahrhundert, als Benedikt und Norbert nicht nur die Lehrer Christi vertrieben, sondern auch das Alphabet. Insofern gingen von den Orden seinerzeit hohe Bildungstraditionen aus.

Der RCDS in Bayern ist der Ansicht, dass man zunächst bei der Ausbildung der Lehrer als Hauptträger des Bildungssystems ansetzen muss, um Veränderungen zu bewirken. Zu lange Studiendauern, ungenügende Vertiefung auf den künftigen Berufsbereich im Umgang mit Schülern, eine unzureichende Gestaltung des Studiums und nicht zuletzt die schlechte Image der Lehrer in der Gesellschaft werten sich ergänzend auf die Attraktivität des Lehrberufs aus, so die Studienvereinigung. Aus der dreitägigen Klausurtagung sind als



Podiumsdiskussion zur „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze“ (von links): Abt Wolfgang M. Hagl ODB bei seinem Grußwort an die Gäste, Professor Dr. Alf Zimmer, Uni Regensburg, Kultusministerin Monika Hohlmeier, Kurt Höller, RCDS, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag und Dr. Christof Prechtl an der Wirtschaft.

aggressive Konzepte. Dies lässt sich konsequenzgeladeter erreichen und fordert über vor der Lehrerschaft eine ganze Menge, was nicht zuletzt ein Orientierungspraktikum voraussetzt. Vernehmlich steht die Kultusministerin heute nach Bildungspakt im Kindergarten. Großen Wert will man zukünftig darauf legen, dass nicht nur auf die Prüfungen sondern auch hinsichtlich der Leh-

rausbildung nach unten durchgezogen. Dazu sind der „G8“ mehr an Leistung heraus zu holen ist, davon ist Prechtl bei überzeugt.

Aussage aus der „Mettener Resolution“, die vom RCDS nach ausführlicher Diskussion mit den Fachstellen und der Staatsministerin Monika Hohlmeier einstimmig beschlossen wurde: Grundsätzlich besteht ein zentraler Blick in Richtung Leh-

rer. Anders erste Stationen (Abschluss des Master Moduls) schließt sich wie bisher die zweite Phase der Lehrerbildung an. Das Besondere: Wegen der bereits abgeschlossenen Praxissemester in diesem auf drei Halbjahre zu verteilen. Abgeschlossen wird es wie bisher mit dem zweiten Staatsexamen.

Das Angebot des Lehrberufs in der Gesellschaft sinkt seit Jahren ste-

Pressespiegel, Donau-Anzeiger 13.09.2004

Studium muss auf wachsende Anforderungen reagieren

(13.09.2004 Melanie Schübel) Bildungsexperten diskutierten über die Zukunft der Schule und die Reform der Lehrerausbildung – Nur 50 Zuhörer waren dabei

Metten (je). „Die Schule führen wie ein Unternehmen, ein Team zusammenstellen – nur wenn die Verantwortung vor Ort liegt, kann sich keiner mehr aus der Verantwortung stehlen.“ So stellt sich Dr. Christof Prechtl die Schule in 20 Jahren vor. Prechtl, Studienrat a. D., der seinen Beamtenstatus zurück gegeben hat und nun als Geschäftsführer der Abteilung Bildung in der Vereinigung Bayerische Wirtschaft (vbw) fungiert, saß mit Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, und Prof. Dr. Alf Zimmer, Rektor der Uni Regensburg, auf dem Podium. Zur Diskussion „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze?“ hatte der RCDS am Freitagabend in den Festsaal des Klosters Metten eingeladen.

Mit rund 50 Zuhörern, darunter der Hausherr, Abt Wolfgang Hagl, MdL Bernd Siblinger und Bürgermeister Erhard Radlmaier, blieb man bei der über zweistündigen Veranstaltung weitgehend unter sich. Bayerns RCDS-Chef Kurt Höller nahm als Moderator ein zwölfseitiges Papier als Gesprächsgrundlage für die Mettener Resolution, die sich mit der Reform der Lehrerausbildung befasst (DZ berichtete). „Manche Fakultäten haben noch nicht bemerkt, dass es sie ohne Lehramtsstudenten nicht geben würde“. Nun setzen sich die Rektoren mit den Lehramtsstudiengängen auseinander; Hohlmeier sieht darin „einen Schub für die Lehrerausbildung“.

Das Kultusministerium baut weiter auf die vier Säulen – Orientierungspraktikum, Pädagogik, Didaktik und Fachwissenschaft: Angesichts eines fehlenden Wertefundaments im Elternhaus, so Hohlmeier, würden immer mehr Erziehungsfragen in die Schule verlagert. Die Lehrerausbildung müsse auf solche Situationen wie Erwachsenen-Gesprächsführung („die Lehrer sollen die Lösung für alle Probleme sein, die die Gesellschaft nicht lösen kann“) besser vorbereitet werden.

„Man wollte jedes Fach in gleicher Form akademisieren.“ Aus der Sicht von Prof. Zimmer die Ursache dafür, dass man mit der Lehrerausbildung an den Universitäten „immer wieder Probleme gehabt hat. Pädagogik ist in der Struktur anders als Romanistik oder Physik. Es ist eben kein Faktenfach wie Latein. Pädagogik ergibt sich aus der Praxis“, reagierte der Regensburger Uni-Rektor auf die Frage von Kurt Höller, ob man bei der Lehrerausbildung erst auf alles Fachliche abheben und dann Pädagogik draufsatteln sollte oder ob dies parallel laufen sollte?

Laut Spaenle erhalten ein Drittel all derer, die ein Hochschulstudium aufnehmen, ihre Zugangsberechtigung nicht über das Gymnasium; sie kommen zum Beispiel von FOS 13, BOS oder Fachhochschule: „Die Durchlässigkeit muss weiter erhöht werden.“ Im achtjährigen Gymnasium sieht Spaenle die Chance für eine „stärkere Verzahnung“.

Mit einem eindeutigen „Ja“ befürwortete er ferner Studienberatung am Gymnasium – „eine Kraftanstrengung für die Studentenwerke“, Orientierungspraktika, „um dem Kinderschreck entgegenzuwirken“ und die Einführung von Studiengebühren. Im „Bologna-Prozess“, zum Beispiel samt Masters-/Bachelor-Abschluss, macht der studierte Historiker zwei Vorteile aus: „Die Vergleichbarkeit von Studieninhalten und die Modularisierung“. Neben dem Stichwort „Modul“, also Lehreinheiten, die auch einen Wechsel des Studiums erleichtern, setzte die Runde auf „Evaluierung“.

Effizienz und Effektivität gaben den Ausschlag für eine weitere Forderung: „Wir brauchen Mitarbeitergespräche“, propagierte etwa Prechtl, der es gut fände, wenn Gymnasiallehrer ein halbes bis ein Jahr in die Wirtschaft gehen. „Zwei Jahre Referendariat ist eine Vergeudung von Ressourcen“, sagte er.



Pressepiegel, DZ 13.09.2004

RCDS-Klausur

(11.09.2004 Melanie Schübel) Bayerns Kultusministerin Monika Hohlmeier ...

... debattierte am Freitagnachmittag im Kloster Metten mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V. (RCDS). Anschließend kam es zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze?“. Daran beteiligten sich neben der Staatsministerin noch Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Professor Dr. Alf Zimmer, Rektor der Universität Regensburg, sowie **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS** in **Bayern**. Diskutiert wurde ferner mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft. Abt Wolfgang M. Halg OSB stellte sein Schulmodell „Hirn, Herz und Hand“ vor, welches für einen Bildungsansatz steht, der weit über den Leistungsgedanken und Wissensvermittlung hinaus geht. Auf dem Prüfstand befand sich die „Mettener Resolution“, die anschließende verabschiedet wurde. Ein ausführlicher Bericht folgt in unserer nächsten Ausgabe. Unser Bild zeigt die Staatsministerin bei ihrer Ankunft in Metten (von links): Franz Hofmann und **Kurt Höller**, **RCDS**, Abt Wolfgang und Monika Hohlmeier.

(Text/Foto: Suttner)



Pressespiegel, Donau-Anzeiger 11.09.2004

Hochschulpolitik aus dem Kloster Metten

(11.09.2004 Melanie Schübel) Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) debattiert über Reform der Lehrerausbildung

Metten (she). Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt **Bayern** spitze?“ ist gestern Nachmittag Kultusministerin Monika Hohlmeier ins Kloster Metten gekommen. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Bayern** hält dort seine dreitägige Klausurtagung ab.

Die Reform der Lehramtsausbildung in **Bayern** ist ein zentrales Thema der Klausurtagung. Der Hochschulverband fordert einen deutlich verstärkten Praxisbezug der angehenden Lehrer: „Wir wollen, dass ein Teil der Referendariatsausbildung in die Mitte des Studiums vorgezogen wird“, erläutert der stellvertretende Landesvorsitzende des **RCDS** Franz Hofmann die Pläne des **RCDS**.

Der Vorteil einer solchen Reform: Studenten erkennen früher, ob sie überhaupt für den Lehrerberuf geeignet sind oder nicht. Generell fordert der **RCDS**, dass das Lehramtsstudium künftig mehr Pädagogik- und Didaktik-elemente aufweisen soll und dafür Fachelemente gekürzt werden. Und: Auch während des Staatsexamens sollte ein Bachelor-Abschluss nach einigen Semestern Pflicht sein, um ein „Umschwenken“ auf ein anderes Studium zu ermöglichen.

Die „Mettener Resolution“ soll am heutigen Samstag von den etwa 25 Delegierten des **RCDS** verabschiedet werden. Gestern Abend diskutierte der Hochschulverband die darin enthaltenen Punkte mit Kultusministerin Monika Hohlmeier, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses Dr. Ludwig Spaenle und weiteren Bildungsexperten. Der **RCDS** hat seine Klausurtagung auf Initiative seines Landesvorsitzenden, **Kurt Höller**, ins Kloster Metten gelegt. Der Altmettener hält viel von seiner alten Schule: „Wenn man schon über Schulpolitik diskutiert, ist Metten ein idealer Ort.“ Gemeinsam mit Abt Wolfgang debattierten die Vertreter des Hochschulverbandes über Zukunftsprojekte wie das Mettener Schulmodell „Hirn, Herz und Verstand“, das Schule und Ausbildung kombiniert. „Wir legen schon jetzt großen Wert auf Ganzheitlichkeit“, so Abt Wolfgang.

Samstag, 11. September 2004 LOKALES

Hochschulpolitik aus dem Kloster Metten

Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) debattiert über Reform der Lehrerausbildung

Metten (shc). Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Schule im 21. Jahrhundert – löst Bayern Spitze?“ ist gestern Nachmittag die bayerische Kultusministerin Monika Hohlmeier ins Kloster Metten gekommen. Der Ring Christlich-Demokratischer Sozialer Studenten (RCDS) in Bayern hält dort seine dreitägige Klausurtagung ab.

Die Reform der Lehrerausbildung in Bayern ist ein zentrales Thema der Klausurtagung. Der Hochschulverband fordert einen deutlich verstärkten Praxisbezug der angehenden Lehrer. „Wir wol-



ANZEIGE

Musik-, Gesangs- u. Ballettanzeige

In Kalk, April bis November
 Musik- und Gesangsunterricht durch RZ
 ab 8 Schuljahr 2004/2005
 84409 Deggendorf, Gärtnerei Str. 140
 Tel. 09201-12602234
 www.rz-deggendorf-bayern.de
 e-mail: info@musikundballett.rz-deggendorf.de

len, dass ein Teil der Referendariatsausbildung in die Miete des Stadtkinos umgezogen wird“, erläutert der stellvertretende Landesvorsitzende Franz Hofmann die Pläne des RCDS.

Der Vorteil einer solchen Reform: Studenten erkennen früher, ob sie überhaupt für den Lehrberuf geeignet sind oder nicht. Generell fordert der RCDS, dass das Lehramtsstudium künftig mehr Pädagogik- und Didaktik-elemente aufweisen soll und dafür Fächeranteile gekürzt werden. Und: Auch während des Studiums müsste ein Bachelor-Abschluss nach einigen Semestern Pflicht sein, um ein „Umschwenken“ auf ein anderes Studium zu ermöglichen.

Die „Mettener Resolution“ soll am heutigen Samstag von den etwa 25 Delegierten des RCDS ver-

abschiedet werden. Gestern Abend diskutierte der Hochschulverband die dann enthaltenen Punkte mit Kultusministerin Monika Hohlmeier, dem Vertreter des Hochschulverbands über Zukunftsvorhaben wie das Mettener Schulmodell „Hirn, Herz und Verstand“, das Schulle und Ausbildung karibikern. „Wir legen schon jetzt großen Wert auf Ganzheitlichkeit“, so Abt Wolfgang.

Für die Podiumsdiskussion führt Abt Wolfgang H. Hög (s. l.), Kultusministerin Altm. Hohlmeier, RCDS-Landesvorsitzenden Franz Hofmann und seinen Stellvertreter Franz Hofmann durch die Bibliothek (F. Högmann)

Pressespiegel, PNP 11.09.2004

RCDS: Klausurtagung im Kloster Metten (11.09.2004 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

Metten (red.).

Über die geplante Reform der Lehramtsausbildung hat Kultusministerin Monika Hohlmeier mit Vertretern vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern und weiteren Bildungsexperten im Kloster Metten debattiert. Der RCDS hält derzeit im Kloster seine dreitägige Klausurtagung ab. Am Ende soll eine „Mettener Resolution“ zur Lehramtsausbildung verabschiedet werden.

RCDS: Klausurtagung im Kloster Metten

Metten (red.). Über die geplante Reform der Lehramtsausbildung hat Kultusministerin Monika Hohlmeier mit Vertretern vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern und weiteren Bildungsexperten im Kloster Metten debattiert. Der RCDS hält derzeit im Kloster seine dreitägige Klausurtagung ab. Am Ende soll eine „Mettener Resolution“ zur Lehramtsausbildung verabschiedet werden.

Pressespiegel, Passauer Neue Presse 11.09.2004

Monika Hohlmeier im Kloster Metten (08.09.2004 Melanie Schübel) Donau-Anzeiger

Tagung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten vom 9. bis 11. September

Deggendorf/Metten. (pk/da)

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern e.V. trifft sich von Donnerstag, 9. September, bis Samstag, 11. September, zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema wird die Positionierung des RCDS zur geplanten Reform der Lehramtsausbildung in Bayern sein.

Als Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung findet am Freitagabend (10. September, 19 Uhr) eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt **Bayern** Spitze?“ statt. Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschuss im Bayerischen Landtag, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. Alf Zimmer, und **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS in Bayern** e.V., diskutieren.

Reform der Lehramtsausbildung

Bereits auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf Anfang dieses Jahres hatte der **RCDS in Bayern** e.V. einen Antrag zur Reform der Lehramtsausbildung verabschiedet. Darin fordert der Hochschulverband einen deutlich verstärkten Praxisbezug des Lehramtsstudiums. Pädagogische Fähigkeiten dürften nicht als Nebensache behandelt werden, sondern müssten gewichtiger Teil der Lehrerausbildung sein. Um Lehrkräfte auf schulinterne Führungsaufgaben besser vorzubereiten, soll ferner ein Aufbaustudiengang Schulmanagement eingerichtet werden.

„Hirn, Herz und Hand“

Während der drei Tage in Metten soll nun die Position des **RCDS in Bayern** mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft diskutiert und Details ausgearbeitet werden. Als Ergebnis dieser Überlegungen wird der Hochschulverband am Ende der Klausurtagung eine „Mettener Resolution“ zur Lehramtsausbildung verabschieden.

Einen weiteren Beitrag zur Diskussion um die Zukunft der bayerischen Schulen wird Abt Wolfgang M. Hagl OSB vorstellen. Das Mettener Schulmodell „Hirn, Herz und Hand“ steht für einen Bildungsansatz, der weit über reine Wissensvermittlung hinausgeht. Stattdessen soll es, nach Meinung von Abt Wolfgang M. Hagl, auch Aufgabe der Schule sein, den Charakter der Schüler zu bilden.

Lehre im Kloster-Betrieb?

Im Zuge dieser ganzheitlichen Erziehungsidee wird derzeit am Kloster Metten darüber nachgedacht, den Schülern neben dem G8 wahlweise die Möglichkeit zu bieten, während einer neunjährigen Gymnasialzeit zusätzlich eine Lehre in einem der klostereigenen Betriebe zu absolvieren. Wie sich diese Idee in die Praxis umsetzen lässt und ob so die Schule der Zukunft aussieht, wird Abt Wolfgang M. Hagl am Freitag, 10. September, ab 13 Uhr mit den Vertretern des **RCDS** diskutieren.



Pressespiegel, Donau-Anzeiger 08.09.2004

Monika Hohlmeier am Freitag mit Klausurtagung im Kloster Metten (07.09.2004 Melanie Schübel) Donau-Anzeiger

Deggendorf/Metten. (pk/da)

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V. trifft sich von Donnerstag, 9. September, bis Samstag, 11. September, zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema wird die Positionierung des

RCDS zur geplanten Reform der Lehramtsausbildung in **Bayern** sein. Als Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung findet am Freitagabend (10. September, 19 Uhr) eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - bleibt **Bayern** Spitze?" statt. Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. Alf Zimmer, und **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS** in **Bayern** e.V., diskutieren.

Monika Hohlmeier am Freitag bei Klausurtagung im Kloster Metten



Bildtext: Am Freitag im Kloster Metten: Monika Hohlmeier.

Deggendorf/Metten. (pk/da) Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern e.V. trifft sich von Donnerstag, 9. September, bis Samstag, 11. September, zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema wird die Positionierung des RCDS zur geplanten Reform der Lehramtsausbildung in Bayern sein. Als Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung findet am Freitagabend (10. September, 19 Uhr) eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - bleibt Bayern Spitze?" statt. Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Professor Dr. Alf Zimmer, und Kurt Höller, Vorsitzender des RCDS in Bayern e.V., diskutieren.

Donau-Anzeiger

Kultusministerin diskutiert in Metten über Schule im 21. Jahrhundert

(31.08.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Monika Hohlmeier kommt am 10. September ins Kloster - Klausurtagung vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern

Metten (dz). Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** (**RCDS**) trifft sich von 9. bis 11. September zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema ist die geplante Reform der Lehramtsausbildung in **Bayern**. Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung ist am 10. September ab 19 Uhr eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - Bleibt **Bayern** Spitze?". Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. Alf Zimmer, und **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS**, diskutieren.

Bereits auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf Anfang dieses Jahres hatte der **RCDS** einen Antrag zur Reform der Lehramtsausbildung verabschiedet. Darin fordert der Hochschulverband einen deutlich verstärkten Praxisbezug. Pädagogische Fähigkeiten dürften nicht als Nebensache behandelt werden, sondern müssten gewichtiger Teil der Lehrerausbildung sein. Um Lehrkräfte auf schulinterne Führungsaufgaben besser vorzubereiten, soll ferner ein Aufbaustudiengang Schulmanagement eingerichtet werden.

Während der drei Tage in Metten soll nun die Position des **RCDS** mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft diskutiert und Details ausgearbeitet werden. Als Ergebnis dieser Überlegungen wird der Hochschulverband am Ende der Klausurtagung eine "Mettener Resolution" zur Lehramtsausbildung verabschieden.

Einen weiteren Beitrag zur Diskussion um die Zukunft der bayerischen Schulen wird Abt Wolfgang M. Hagl vorstellen. Das Mettener Schulmodell "Hirn, Herz und Hand" steht für einen Bildungsansatz, der weit über reine Wissensvermittlung hinausgeht. Stattdessen soll es nach Meinung von Abt Wolfgang auch Aufgabe der Schule sein, den Charakter der Schüler zu bilden. Im Zuge dieser ganzheitlichen Erziehungsidee wird derzeit am Kloster Metten darüber nachgedacht, den Schülern neben dem G8 wahlweise die Möglichkeit zu bieten, während einer neunjährigen Gymnasialzeit zusätzlich eine Lehre in einem der klostereigenen Betriebe zu absolvieren.

Wie sich diese Idee in die Praxis umsetzen lässt und ob so die Schule der Zukunft aussieht, wird Abt Wolfgang M. Hagl ebenfalls am 10. September ab 13 Uhr mit den Vertretern des **RCDS** diskutieren.

Grenzenlos

(05.08.2004 Melanie Schübel) Zusammenarbeit über Grenzen hinweg: Bayerns RCDS empfangt in diesen Tagen den Bundesvorstand des österreichischen Partnerverbandes.

Im Vordergrund standen die Diskussion um die in Österreich bereits eingeführten Studiengebühren sowie deren Umsetzung. Angesichts der in **Bayern** ebenfalls angedachten Einführung von Studienbeiträgen setzt der **RCDS** darauf, dass die Einnahmen gänzlich den Universitäten zu Gute kommen. „Ein Einfließen der Mittel in den Staatshaushalt wie bisher in Österreich muss verhindert werden“, so **RCDS**-Chef **Kurt Höller**. Der österreichische Bundesobmann Christoph Marx und Fraktionssprecher Dieter Haas äußerten sich positiv über das entspannte Klima im Freistaat **Bayern**, das zwischen dem **RCDS**, der Staatsregierung und den Rektoren herrsche.



RCDS-Chef Kurt Höller und Stellvertreterin Katrin Wiesheu mit den österreichischen Freunden Christoph Marx und Dieter Haas.

Grenzenlos

Zusammenarbeit über Grenzen hinweg: Bayerns RCDS empfangt in diesen Tagen den Bundesvorstand des österreichischen Partnerverbandes. Im Vordergrund standen die Diskussion um die in Österreich bereits eingeführten Studiengebühren sowie deren Umsetzung. Angesichts der in Bayern ebenfalls angedachten Einführung von Studienbeiträgen setzt der RCDS

Bayern darauf, dass die Einnahmen gänzlich den Universitäten zu Gute kommen. „Ein Einfließen der Mittel in den Staatshaushalt wie bisher in Österreich muss verhindert werden“, so RCDS-Chef Kurt Höller. Der österreichische Bundesobmann Christoph Marx und Fraktionssprecher Dieter Haas äußerten sich positiv über das entspannte Klima im Freistaat Bayern, das zwischen dem RCDS, der Staatsregierung und den Rektoren herrsche.

Pressespiegel, der bajuware - Magazin der Jungen Union **Bayern**, 2/2004

„Jeder Student muss sich bewerben“

(10.07.2004 Melanie Schübel) RCDS-Chef Kurt Höller über Wettbewerb, Studiengebühren und Wege zur Weltspitze

Die Hochschulen sollen sich ihre Studenten ausschließlich selbst aussuchen dürfen, fordert **Kurt Höller**. Mit dem **RCDS**-Landesvorsitzenden sprach Thomas Breitenfellner.

Bayernkurier: Warum sprechen Sie sich gegen die Verwaltungsgebühr für Studenten aus?

Kurt Höller: Gebühren müssen direkt für die Studenten eingesetzt werden, das ist aber bei der Verwaltungsgebühr überhaupt nicht der Fall. Das Geld geht ans Finanzministerium. Für die Studenten ist das nicht nachvollziehbar.

Bayernkurier: Wird es auch Widerstand bei der Einführung einer Studiengebühr geben?

Höller: Unter Erfüllung unserer Forderungen werden wir Studienbeiträge mittragen. Sie sollen – sagt's auch Wissenschaftsminister Thomas Goppel – direkt an den Fakultäten eingesetzt werden. Damit würde die Lehre verbessert, zumal der Staat diese Last langfristig nicht mehr alleine tragen kann. Studienbeiträge hätten weitere positive Aspekte, weil dadurch der Wettbewerb unter den Universitäten forciert werden würde.

Bayernkurier: In welcher Höhe wären Studiengebühren für die Studenten noch tragbar?

Höller: Tragbar sind Gebühren sowieso nur dann, wenn sie erst im Nachhinein oder über Bildungskredite finanziert werden können. Wichtig ist mir dabei: Jeder soll diese Modelle nutzen können, auch ohne einen bürokratischen Nachweis der sozialen Bedürftigkeit. Unter diesen Voraussetzungen halte ich einen jährlichen Beitrag von einigen hundert Euro für angemessen und realistisch, das soll aber von den Hochschulen flexibel gehandhabt werden.

Bayernkurier: Wo gibt's Nachholbedarf?

Höller: Es gibt sehr viel Nachholbedarf bei den Bibliotheken. Die Öffnungs- und Ferienzeiten sind zum Teil nicht mehr tragbar. Aber auch bei der Betreuung der Studenten müsste noch mehr gemacht werden. Mit den zusätzlichen Geldern könnten beispielsweise Tutorenprogramme finanziert werden.

Bayernkurier: Braucht Deutschland Elite-Unis?

Höller: Elite-Universitäten kann man nicht von heute auf morgen hinstellen. Die müssen wachsen, das braucht mindestens ein halbes Jahrhundert – und es muss Kapital in Milliardenhöhe zur Verfügung stehen. Für Deutschland ist das nicht absehbar, wir haben nur die Möglichkeit, dass sich die einzelnen Hochschulen auf ihren Spezialgebieten fortentwickeln. Der bayerische Ansatz ist der richtige: Die Universitäten dort fördern, wo sie gut sind. Nur über die Profilbildung werden wir an die Weltspitze kommen.

Bayernkurier: Im internationalen Vergleich steigen die deutschen Akademiker sehr spät ins Berufsleben ein. Eine Verkürzung der Studienzeiten wie beim Gymnasium wäre doch der natürliche Schritt...

Höller: Ja, das müssen wir anstreben. Insbesondere dort, wo lange Wartezeiten die Studenten aufhalten. Man darf nicht Sprachkurse vorschreiben, die aber aufgrund einer zu geringen Kapazität de facto gar nicht zur Verfügung stehen. Dennoch muss aber genügend Zeit für ein abgerundetes Studienkonzept zur Verfügung stehen.

Bayernkurier: Aber es gibt auch viele Studenten, die ganz bewusst bummeln.

Höller: Spätestens mit der Einführung der Studiengebühr wird das Problem nicht mehr groß sein. Da überlegt man sich dann dreimal, ob und für welches Studium man sich einträgt. Wichtig ist aber vor allem, dass sich die Hochschulen ihre Studenten selber aussuchen können – und zwar zu 100 Prozent. Die Zentrale Studienplatzvergabe ist nicht zeitgemäß, sie muss ersetzt werden durch Bewerbungsgespräche und Eignungsprüfungen, in denen nicht nur Fachwissen abgefragt wird.

Bayernkurier: Wie sieht das Studium der Zukunft aus?

Höller: Wir brauchen mehr Eigenverantwortung, etwa bei der Auswahl der Hochschule oder der Qualität des Studiums. Wir brauchen mehr Auslandsaufenthalte und mehr englischsprachige und interdisziplinäre Vorlesungen.



Pressepiegel, Bayernkurier 10. 07.2004

Ziel: Sieg bei den Hochschulwahlen

(03.06.2004 Melanie Schübel) Marco Mehl ist neuer Vorsitzender der Studentengruppe RCDS

Erlangen. Kurz vor den Hochschulwahlen an der Friedrich-Alexander-Universität hat der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Erlangen** einen neuen Vorsitzenden bekommen. Die Vertreter der **CSU**-nahen Studentenorganisation wählten kürzlich den Jura-Studenten Marco Mehl.

Der gebürtige Herzogenauracher ist 22 Jahre alt und löst Josef Ernst ab, der nicht wieder kandidiert hatte.

Politisch aktiv war Mehl bisher vor allem in der Jungen Union in Herzogenaurach, dort als Stellvertreter des Ortsvorsitzenden Matthias Düthorn. In seinem neuen Betätigungsfeld, der Hochschulpolitik, kann Mehl erstmals am 22. Juni Akzente setzen. Bei den Hochschulwahlen will er mit dem **RCDS** die Mehrheit im studentischen Konvent gewinnen, kündigte er nach seiner Wahl an. Dieser ist derzeit noch in der Hand von linken, sozialistischen Kräften wie der Juso-Hochschulgruppe oder der Alternativen und Farbenfrohen Liste.

Außerdem will Mehl die Aktivitäten und Positionen des **RCDS** besser in der Öffentlichkeit darstellen, ebenso den Service für Studenten verbessern und stärker mit **JU**-Verbänden und der **CSU** zusammenarbeiten. – Ein erstes Zeichen dafür war es, dass Mehl auch vom CDS-Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann Glückwünsche zu seiner Wahl erhielt. Herrmann selbst war zu seiner Studienzeit 1977/78 einmal **RCDS**-Vorsitzender in **Erlangen**.

Ebenfalls ein Vorgänger in dieser Position war ein weiterer Gratulant nach der Wahl, **Kurt Höller**. Er ist heute **RCDS**-Vorsitzender in **Bayern**. – Bei seiner neuen Aufgabe erhält Marco Mehl Unterstützung von weiteren Aktiven der Gruppierung. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Stephan Schlüter, Student der Wirtschaftsmathematik, gewählt. Schatzmeister ist künftige der Jurastudent Thomas Winkler, Geschäftsführerin bleibt weiterhin die Medizinstudentin Lisa Meintker.

mtu

Fr. 3.6.04, 5.16
Ziel: Sieg bei den Hochschulwahlen

Marco Mehl ist neuer Vorsitzender der Studentengruppe RCDS

ERLANGEN. Kurz vor den Hochschulwahlen an der Friedrich-Alexander-Universität hat der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Erlangen einen neuen Vorsitzenden bekommen. Die Vertreter der CSU-nahen Studentenorganisation wählten kürzlich den Jura-Studenten Marco Mehl.

Der gebürtige Herzogenauracher ist 22 Jahre alt und löst Josef Tenst ab, der nicht wieder kandidiert hatte.

Politisch aktiv war Mehl bisher vor allem in der Jungen Union in Herzogenaurach, dort als Stellvertreter des Ortsvorsitzenden Matthias Dellhorn. In seinem neuen Betätigungsfeld, der Hochschulpolitik, kann Mehl erstmals am 22. Juni Akzente setzen. Bei den Hochschulwahlen will er mit dem RCDS die Mehrheit im studentischen Konvent gewinnen, kündigte er nach seiner Wahl an. Diese ist derzeit noch in der Hand von linken, sozialistischen Kräften wie der Juso-Hochschulgruppe oder der Alternativen und Farbentrollen Liste.

Außerdem will Mehl die Aktivitäten und Positionen des RCDS besser in der Öffentlichkeit darstellen, ebenso den Service für Studenten verbessern und stärker mit JU-Verbänden und der CSU zusammenarbeiten.



Gratulation vom Vorgänger: Der frühere Erlanger RCDS-Vorsitzende und heutige Landesvorsitzende Kurt Höller (li.) gratuliert dem Herzogenauracher Marco Mehl zum neuen Amt. Foto: privat

ten. – Ein erstes Zeichen dafür war es, dass Mehl auch vom CSU-Fraktionsvorsitzendem Joachim Herrmann Glückwünsche zu seiner Wahl erhielt. Herrmann selbst war zu seiner Studienzeit 1977/78 selbst einmal RCDS-Vorsitzender in Erlangen.

Ebenfalls ein Vorgänger in dieser Position war ein weiterer Gratulant nach der Wahl, Kurt Höller. Er ist heute RCDS-Vor-

sitzender in Bayern. – Bei seiner neuen Aufgabe erhält Marco Mehl Unterstützung von weiteren Aktiven der Gruppe. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Stephan Schlüter, Student der Wirtschaftsinformatik gewählt. Schatzmeister ist künftig der Jurastudent Thomas Winkler, Geschäftsführerin bleibt weiterhin die Medizinstudentin Lisa Meintker.

mita

Pressespiegel FT, 03.06.2004

Für Begabten-Förderung

(03.06.2004 Melanie Schübel) Landestagung des RCDS begrüßt die Modernisierung

Beim Treffen der Gruppenvorsitzenden des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in **Bayern** in **Erlangen** wurden neben der Wahl der Bezirkssprecher wichtige Beschlüsse zu den Themen Begabtenförderung und Bologna-Prozess gefasst.

Der **RCDS** in **Bayern** hat seine Vertretung auf Bezirksebene überarbeitet. Statt der bisherigen Bezirksdelegierten wird nun pro Bezirksverband ein Bezirkssprecher gewählt, der entsprechend der neuen **JU**-Satzung die Interessen der Studenten im **JU**-Bezirksausschuss vertritt. Die Neuordnung des Bezirkssprecherwahlmodells wurde von den anwesenden Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen, so dass Neuwahlen durchgeführt werden konnten. (Übersicht über die neu gewählten Bezirkssprecher unter www.RCDS-bayern.de)

Die Programmkommission legte dem Landesausschuss zwei Entwürfe vor, die beide von den anwesenden Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen wurden. So wurde eine Stellungnahme des **RCDS** zur Neuordnung der Begabtenförderung in **Bayern** verabschiedet. Darin begrüßt der **RCDS** den Vorschlag zur Modernisierung der Begabtenförderung in **Bayern** nachdrücklich.

Der **RCDS** spricht sich für das Konzept der materiellen und ideellen Förderung aus. Der Zugang soll Studenten bis zum fünften Semester offen stehen.

Beim Treffen der Gruppenvorsitzenden des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern in Erlangen wurden neben der Wahl der Bezirkssprecher wichtige Beschlüsse zu den Themen Begabtenförderung und Bologna-Prozess gefasst.
 Der RCDS in Bayern hat seine Vertretung auf Bezirksebene überarbeitet. Statt der bisherigen Bezirksdelegierten wird nun pro Bezirksverband ein Bezirkssprecher gewählt, der ent-

Für Begabten-Förderung
 Landestagung des RCDS begrüßt die Modernisierung

sprechend der neuen **JU**-Satzung die Interessen der Studenten im **JU**-Bezirksausschuss vertritt. Die Neuordnung des Bezirkssprecherwahlmodells wurden von den anwesenden Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen, so dass Neuwahlen

durchgeführt werden konnten. (Übersicht über die neu gewählten Bezirkssprecher unter www.rcds-bayern.de)

Die Programmkommission legte dem Landesausschuss zwei Entwürfe vor, die beide von den anwesenden

Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen wurden. So wurde eine Stellungnahme des **RCDS** zur Neuordnung der Begabtenförderung in **Bayern** verabschiedet. Darin begrüßt der **RCDS** den Vorschlag zur Modernisierung der Begabtenförderung in **Bayern** nachdrücklich.

Der **RCDS** spricht sich für das Konzept der materiellen und ideellen Förderung aus. Der Zugang soll Studenten bis zum fünften Semester offen stehen.

Pressespiegel EN 03.06.2004

Junge Union legt erfolgreiche Bilanz vor

(29.05.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Kreisvorsitzender Stefan Ebner im Amt bestätigt - 50-Jahr-Feier am 26. Juni mit Erwin Huber

Zwiesel. Dreigeteilt war die diesjährige Kreisversammlung des **JU**-Kreisverbandes Regen: Vorsitzender Stefan Ebner legte einen umfangreichen Rechenschaftsbericht vor, die turnusgemäßen Neuwahlen standen auf dem Programm und **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller** aus Deggendorf referierte über die Bildungspolitik.

Eine ganze Reihe von Gästen konnte **JU**-Kreisvorsitzender Stefan Ebner bei der diesjährigen Kreisversammlung im Gasthof "Zwieseler Hof" begrüßen, darunter auch Bürgermeister Robert Zettner, stellvertretenden **CSU**-Kreisvorsitzenden Willi Köckeis, **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller** aus Deggendorf, **SU**-Kreisvorsitzenden Stephan Rabl, **FU**-Kreisvorsitzende Renate Fritz, **JU**-Ortsvorsitzenden Rainer Nepl.

Stefan Ebner berichtete in seinem Rechenschaftsbericht von 70 durchgeführten und besuchten Veranstaltungen des knapp 400 Mitglieder zählenden **JU**-Kreisverbandes seit der Kreisversammlung Mitte August vergangenen Jahres. Besonders erwähnte er die Klausurtagung in Kloster Banz, die Aktion "Zukunft für Ostbayern", die Diskussion mit Kreisjugendpfleger Martin Hackl zur Sozialraumanalyse, die Gründung einer Schüler-Union im Landkreis, die Erstellung eines Forderungskatalogs an die Mandatsträger, das Gespräch mit Landrat Heinz Wölfl über die Finanznot der Kommunen, die Erstellung eines Lehrstellenspiegels, den Arbergipfeltreffen und die Aktion "schönste Augen im Landkreis", deren Abschlussveranstaltung am 12. Juni in der Disco "Martinique" in Regen stattfand.

Er bat die Delegierten, auch weiterhin Mitglieder zu werben, um den Verlust von jährlich ca. 40 Mitgliedern wegen der 35-Jahresgrenze wettzumachen. Der Kreis-Chef bekannte, dass Politik momentan spannender denn je sei. Die Aufgabe der **JU** sieht er derzeit darin, vieles im Sozialstaat neu zu definieren, um zu unterscheiden, was notwendig und was wünschenswert sei. Bei der derzeitigen demographischen Entwicklung könne deshalb der Rahmen nicht 35-Stunden-Woche und Rente mit 55 lauten, sondern 42- und 43-Stunden-Wochen und Rente mit 70, beendete der Jungpolitiker seinen politischen Bericht.

Die anschließenden turnusgemäßen Neuwahlen bestätigten Stefan Ebner ein-drucksvoll mit 48 von 51 Stimmen als Kreisvorsitzenden. Als stellvertretende Kreisvorsitzende stehen ihm wie bisher Ronny Raith, Yvonne Marx und Josefa Schmid zur Seite. In das Stellvertretergremium rückte auch die neu gewählte **JU**-Ortsvorsitzende Andrea Fritz aus Bodenmais auf. Der bisherige stellvertretende Kreisvorsitzende Markus Käser aus Regen stellte aus beruflichen Gründen sein Amt zur Verfügung. Als Geschäftsführer wurde Webmaster Karl-Heinz Göstl aus Zwiesel bestellt. Kreisschatzmeisterin bleibt Bianca Wildfeuer.

Begehrt waren die neun Beisitzerposten. Folgende Mitglieder gehören künftig dem Kreisausschuss an: Claudia Ruderer (Langdorf), Manfred Kölbl (Langdorf), Stefan Achatz (Arnbruck), Silke Tremel (Bodenmais), Martin und Steffi Strunz (beide Zwiesel), Markus Kraus (Gotteszell), Judith Köppe (Regen) und Karin Stadler (Kollnburg). Kassenprüfer sind Markus Dahlke und Hans Seidl.

Der neu gewählte Vorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern (RCDS) Kurt Höller** aus Deggendorf nutzte während den Wahlgängen die Zeit für sein Referat zum Thema "Leere Kassen - hohle Köpfe?". Die Bildungspolitik insgesamt werde immer wichtiger und vielschichtiger, so **Höller**. Die Hochschulfinanzierung der Zukunft bestehe für ihn nicht nur aus staatlichen Zuwendungen. Aus der Wirtschaft müssten künftig deutlich mehr Drittmittel geworben werden. Universitäten müssten noch viel effizienter wirtschaften und planen, auch die Studenten dürften bei der finanziellen Beteiligung nicht ausgeschlossen werden. Den Sparzwängen der letzten Jahre konnte **Höller** aber auch Chancen abgewinnen. Den Abbau unnötiger Bürokratie in der Hochschulverwaltung, das Schließen erfolgloser Studiengänge, größerer internationaler Wettbewerb und die stärkere Kooperation der Hochschulen seien positive Signale für die Bildungspolitik.

Zum Schluss der Kreisversammlung waren auch die Delegiertenergebnisse ausgezählt. Bezirksdelegierte der Kreis-**JU** sind künftig Bianca Wildfeuer, Ronny Raith, Yvonne Marx, Andrea Fritz, Silke Tremel, Claudia Ruderer, Karin Stadler, Johann Geiger und Rainer Nepl. Landesdelegierter des Kreises ist Ronny Raith.

Wegen der Altersgrenze wurde für 20-jährige aktive **JU**-Mitgliedschaft noch das langjährige Kreisausschussmitglied Alois Oswald aus Drachselsried mit einem Geschenkkorb verabschiedet. Ehe dann Stefan Ebner auf die große Veranstaltung am 26. Juni in der Glashütte des Baron von Poschinger in Frauenau hinweisen konnte: die 50-Feier des **JU**-Kreisverbandes Regen, bei der der niederbayerische **CSU**-Bezirksvorsitzende und Staatskanzlei-Chef Erwin Huber die Festrede halten wird.

JU- Kreisverband niederbayernweit auf Platz 3

(11.05.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Mitgliederversammlung mit Bezirksvorsitzendem Andreas Scheuer

Deggendorf (js). Die Junge Union ist im Kreis Deggendorf gut aufgestellt: Mit 514 Mitgliedern steht der Verband in Niederbayern auf Platz drei und bayernweit auf dem 15. Rang bei 108 Verbänden. Diese Bilanz präsentierte **JU**-Vorsitzender Christian Moser bei einer Mitgliederversammlung am Sonntag.

[...] Die Delegierten entlasteten die Vorstandschaft und sprachen sich einstimmig dafür aus, **Kurt Höller**, den Landesvorsitzenden des **RCDS**, in die Kreisvorstandschaft aufzunehmen.

Kurt Höller im CSU-Vorstand

(27.04.2004 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

RCDS-Landesvorsitzender will sich für Unis einsetzen

Deggendorf (lm). Nach der Übernahme des Landesvorsitzes im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) im Februar ist der Altmettener **Kurt Höller** nun auch Mitglied im **CSU**-Partei Vorstand. Auf Vorschlag Edmund Stoibers wurde er auf einer Vorstandssitzung einstimmig in den Parteivorstand aufgenommen. Er ist erst der dritte **RCDS**-Vorsitzende, der beide Ämter gleichzeitig ausübt.

Die **CSU** habe damit zeigen wollen, wie wichtig ihr Universitäten und Studenten seien, erklärte **Höller**. Seine Aufnahme in den Parteivorstand habe den bayerischen **RCDS** aufgewertet. Mit seinem neuen Amt könne er nun noch wirkungsvoller für die Anliegen von Studenten und Unis eintreten, erklärte **Höller**, der in **Erlangen** Elektrotechnik studiert. Im Parteivorstand betrachte er sich als Sprecher des **RCDS**. Über die regelmäßigen Sitzungen und Treffen stehe er nun in nahem Kontakt zu den Entscheidungsträgern und habe mehr Einflussmöglichkeiten.

Kurt Höller im CSU-Vorstand
 RCDS-Landesvorsitzender will sich für Unis einsetzen

Deggendorf (lm). Nach der Übernahme des Landesvorsitzes im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) im Februar ist der Altmettener Kurt Höller nun auch Mitglied im CSU-Partei Vorstand. Auf Vorschlag Edmund Stoibers wurde er auf einer Vorstandssitzung einstimmig in den Parteivorstand aufgenommen. Er ist erst der dritte RCDS-Vorsitzende, der beide Ämter gleichzeitig ausübt.

Die CSU habe damit zeigen wollen, wie wichtig ihr Universitäten und Studenten seien, erklärte Höller. Seine Aufnahme in den Parteivorstand habe den bayerischen RCDS aufgewertet. Mit seinem neuen Amt könne er nun noch wirkungsvoller für die Anliegen von Studenten und Unis eintreten, erklärte Höller, der in Erlangen Elektrotechnik studiert. Im Parteivorstand betrachte er sich als Sprecher des RCDS. Über die regelmäßigen Sitzungen und Treffen stehe er nun in nahem Kontakt zu den Entscheidungsträgern und habe mehr Einflussmöglichkeiten.



Kurt Höller sieht den RCDS durch seine Berufung gestärkt.
 (F.: Binder)

Altmettener Höller neuer RCDS-Chef

(27.02.2004 Melanie Schübel) Plattlinger Anzeiger

Deggendorf.

Zum neuen Landesvorsitzenden des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in **Bayern** e.V. wurde auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** (siehe Bild) von den Vertretern der 16 anwesenden bayerischen Hochschulgruppen gewählt.

In einer Kampfkandidatur setzte sich der 23-jährige **Höller**, ein "Altmettener" gegen die 25-jährige Katrin Wiesheu, Studentin der Politikwissenschaften an der Hochschule für Politik in München, durch.

Im ersten Wahlgang errang er mit 28 von 53 Stimmen knapp die absolute Mehrheit und löst damit Ralf Müller als bisherigen Landeschef ab.

Höller hat sich zum Hauptziel seiner einjährigen Amtszeit gesetzt, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des **RCDS** in **Bayern** stärker zu fokussieren. „Wir müssen die gute inhaltliche Arbeit, die der **RCDS** in der Hochschulpolitik leistet stärker nach außen tragen“, so **Höller**. Gegenkandidatin Kathrin Wiesheu wurde von den Delegierten zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Der neue Vorsitzende, der in der Lallinger Gegend aufgewachsene **Kurt Höller**, besuchte in seiner Schulzeit das Sankt-Michaels-Gymnasium. Darauf ist er noch heute in gewisser Weise stolz, wie er gestern im Gespräch mit unserer Zeitung unterstrich. Die Klosterschule habe ihm neben vielem anderen den Ehrgeiz mitgegeben, sich auch ausserhalb seines Studiums zu engagieren.



Pressespiegel PA 27.02.04

Kurt Höller will bei Hochschulpolitik mitreden

(26.02.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Altmettener übernimmt Landesvorsitz im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

Deggendorf (she). Der 23-jährige **Kurt Höller** ist zum Landesvorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) gewählt worden. Der Altmettener studiert in **Erlangen** Elektrotechnik und will sich für eine vernünftige Hochschulpolitik einsetzen.

Aufgewachsen ist der gebürtige Münchner im Lallinger Winkel; seine Schulzeit verbrachte **Kurt Höller** als Internatsschüler im Mettener St.-Michaels-Gymnasium. Und wie vielen Absolventen hat die Klosterschule auch ihm den Ehrgeiz mitgegeben, sich neben Studium oder Beruf zu engagieren.

Dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist **Kurt Höller** schon in seinem ersten Semester als Student der Elektrotechnik in **Erlangen** beigetreten. Dort brachte er es schnell zum Gruppenvorsitzenden, dann wurde er in den politischen Beirat des Bundesvorstands berufen. Im vergangenen Jahr wurde er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Vor knapp drei Wochen setzte er sich bei der Wahl zum Landesvorsitzenden im Deggendorfer NH-Hotel knapp gegen seine Gegenkandidatin durch.

Seither ist er noch mehr unterwegs als vorher: Am Donnerstag trifft er Kultusminister Dr. Thomas Goppel, mit dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses und Landtagsabgeordneten Dr. Ludwig Spaenle kommt er regelmäßig zusammen und auch mit FH-Präsident Prof. Dr. Reinhard Höpfl hat er sich bereits kurzgeschlossen. **Höller** lobt den "extremen Praxisbezug" der FH, die Verbindung zum ITC und die Auftragsforschung, die sich an der FH entwickelt habe. "Das ist ein großer Vorteil, dass sich Deggendorf hier seine Nische gesucht hat", so **Höller**.

Service und Information von der Zimmer- zur Bücherbörse und Bafög-Beratung für Studenten, Kandidaturen bei den Hochschulwahlen und Lobbyarbeit bei der Regierung in München - diese drei Bereiche umfassen die Aufgaben des **RCDS Bayern**. Seine eigenen Schwerpunkte als neuer **Landesvorsitzender** will **Höller** bei der verstärkten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und dem Thema Hochschulfinanzierung setzen. Außerdem hat der Student den Landesvorstand vergrößert und mit zusätzlichen Aufgaben betraut und ein Büro in **Erlangen** eröffnet, das neben der Münchner Geschäftsstelle als Anlaufstelle für die nordbayerischen Studenten dienen soll.

"Wir wollen eigene Konzepte in die Diskussion einbringen. Ich bin für den Wettbewerbsgedanken, aber die Hochschulen sollen auch die Möglichkeit haben, die Gelder flexibel und nach ihren Bedürfnissen einzusetzen", umreißt er seine Vorstellungen. Die Einführung von Studiengebühren hält **Höller** für sicher. In welcher Höhe und ob sie an jeder Hochschule gleich viel betragen werden, darüber will der **RCDS** noch mit Entscheidungsträgern debattieren. Kritik übt **Höller** am Elitemodell der Bundesregierung: "Es bringt nichts, wenn man nur ein paar Hochschulen herauspickt und zu ihnen sagt: Ihr seid die Elite."

Umso mehr setzt der Student auf Gespräche und Lobbyarbeit mit den Landespolitikern: "Wir unterstützen die Spar-Bemühungen der Regierung, aber man muss hier schon sehr vorsichtig sein, dass man im Hochschulbereich nicht durch vorübergehende Maßnahmen kontinuierlich gewachsene Strukturen zerstört."

Sein eigenes Studium will **Höller** trotz der zusätzlichen Aufgaben zügig durchziehen. "Ich brauche höchstens ein Semester länger als geplant." In Deggendorf betreibt **Höllers** Vater ein kleines mittelständisches Produktionsunternehmen für elektromechanische Verbindungstechnik. Das einmal zu übernehmen, kann sich der Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung genauso vorstellen wie eine spätere politische Karriere: "Ausschließen will ich gar nichts."

Den Antrieb für sein Engagement hat **Höller** die Schulzeit in Metten vermittelt. Dort erlebte er als Schüler, welche kreativen Potenziale frei werden, wenn die Schüler entsprechend gefördert werden. Ein solches Aufspüren von Begabungen und Fähigkeiten wünscht er sich auch an den Hochschulen. Den Kontakt zu Metten lässt er nicht abreißen: "Jedes Jahr verbringe ich an Ostern ein paar Tage im Kloster. Dort kann ich in Ruhe nachdenken."

Kurt Höller will bei Hochschulpolitik mitreden

Altmettner übernimmt Landesvorsitz im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

Deggendorf (sh). Der 23-jährige Kurt Höller ist zum Landesvorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) gewählt worden. Der Altmettner studiert in Erlangen Elektrotechnik und will sich für eine vernünftige Hochschulpolitik einsetzen.

Aufgewachsen ist der gebürtige Münchner im Lällinger Winkel, seine Schulzeit verbrachte Kurt Höller als Internatschüler im Mettner St. Michaels-Gymnasium. Und wie vielen Absolventen hat die Klosterschule auch ihm den Ehrgeiz mitgegeben, sich neben Studium oder Beruf zu engagieren.

Dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist Kurt Höller schon in seinem ersten Semester als Student der Elektrotechnik in Erlangen beigetreten. Dort brachte er es schnell zum Gruppenvorsitzenden, dann wurde er in den politischen Beirat des Bundesvorstands berufen. Im vergangenen Jahr wurde er zum stell-

vertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Vor knapp drei Wochen setzte er sich bei der Wahl zum Landesvorsitzenden im Deggendorfer NH-Hotel knapp gegen seine Gegenkandidatin durch.

Seither ist er noch mehr unterwegs als vorher: Am Donnerstag trifft er Kultusminister Dr. Thomas Goppel, mit dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses und Landtagsabgeordneten Dr. Ludwig Spaenle kommt er regelmäßig zusammen und auch mit FH-Präsident Prof. Dr. Reinhard Hopf hat er sich bereits kurzgeschlossen. Höller lobt den „extremen Praxisbezug“ der FH, die Verbindung zum ITC und die Auftragsforschung, die sich an der FH entwickelt habe. „Das ist ein großer Vorteil, dass sich Deggendorf hier seine Nische gesucht hat“, so Höller.

Service und Information von der Zimmer- zur Bücherbene und BafoG-Beratung für Studenten, Kandidatinnen bei den Hochschulwahlen und Lobbyarbeit bei der Regierung in München – diese drei Bereiche umfassen die Aufgaben des

RCDS Bayern. Seine eigenen Schwerpunkte als neuer Landesvorsitzender will Höller bei der verstärkten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und dem Thema Hochschulförderung setzen. Außerdem hat der Student den Landesvorstand vergrößert und mit zusätzlichen Aufgaben betraut und ein Büro



Kurt Höller führt den Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern. (Foto: Eisdler)

in Erlangen eröffnet, das neben der Münchner Geschäftsstelle als Anlaufstelle für die nordbayerischen Studenten dienen soll.

„Wir wollen eigene Konzepte in die Diskussion einbringen. Ich bin für den Wettbewerb dankbar, aber die Hochschulen sollen auch die Möglichkeit haben, die Gelder flexibel und nach ihren Bedürfnissen einzusetzen“, unternimmt er seine Vorstellungen. Die Einführung von Studiengebühren hält Höller für sicher. In welcher Höhe und ob sie an jeder Hochschule gleich viel betragen werden, darüber will der RCDS noch mit Entscheidungsträgern diskutieren. Kritik übt Höller am Elternmodell der Bundesregierung. „Es bringt nichts, wenn man nur ein paar Hochschulen herauspickt und zu ihnen sagt: Ihr seid die Elite.“

Umso mehr setzt der Student auf Gespräche und Lobbyarbeit mit den Landespolitikern: „Wir unterstützen die Sparbemühungen der Regierung, aber man muss hier schon sehr vorsichtig sein, dass man im Hochschulbereich nicht durch vor-

übergehende Maßnahmen kontinuierlich gewachsene Strukturen zerstört.“

Sein eigenes Studium will Höller trotz der zusätzlichen Aufgaben zügig durchziehen. „Ich brauche höchstens ein Semester länger als geplant.“ In Deggendorf betreibt Höllers Vater ein kleines mittelständisches Produktionsunternehmen für elektrotechnische Verbindungstechnik. Das einmal zu übernehmen, kann sich der Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung genauso vorstellen wie eine spätere politische Karriere. „Anschließend will ich gar nichts.“

Den Antrieb für sein Engagement hat Höller die Schulzeit in Metten vermittelt. Dort erlebte er als Schüler, welche kreativen Potenziale frei werden, wenn die Schüler entsprechend gefördert werden. Ein solches Aufspüren von Begabungen und Fähigkeiten wünscht er sich auch an den Hochschulen. Den Kontakt zu Metten lässt er nicht abreißen. Jedes Jahr verbringt er an Ostern ein paar Tage im Kloster. Dort kann sich in Ruhe nachdenken.

Kurt Höller im Interview bei der PNP

Aufbaustudiengang "Schulmanagement" gefordert

(17.02.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

RCDS-Landesdelegierte wählen neuen Vorsitzenden

Deggendorf (dz). Zum neuen Landesvorsitzenden des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in **Bayern** e.V. wurde auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** gewählt.

Deggendorf (dz). Zum neuen Landesvorsitzenden des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in **Bayern** e.V. wurde auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** gewählt.

Die Vertreter der 16 anwesenden bayerischen Hochschulgruppen verabschiedeten außerdem einen Antrag zur Reform des Lehramtstudiums. Der RCDS fordert einen stärkeren Praxisbezug des Lehramt-Studiums. Pädagogische Fähigkeiten dürften nicht als Nebensache behandelt werden, sondern müssten gewichtiger Teil der Lehrerbildung sein. Um Lehrkräfte auf schulinterne Führungsaufgaben vorzubereiten, solle ferner ein Aufbaustudiengang Schulmanagement eingerichtet werden.

Zuvor hatte sich in einer Kampfkandidatur der 23-jährige **Höller** gegen die 25-jährige Katrin Wiesheu, Politikwissenschaftsstudentin an der Hochschule für Politik in München, durchgesetzt. Kathrin Wiesheu wurde zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Als Stellvertreter stehen ihr der Bayreuther Franz Hofmann und Patrick Feidt aus Ingolstadt zur Seite. Die Bamberger Studentin Isabelle Butz wurde zur Schatzmeisterin gewählt.

Mit seinem Modell zur Einführung von Studiengebühren stellt sich der **RCDS** in **Bayern** hinter den Sparkurs der bayerischen Staatsregierung, den Gast MdL Dr. Ludwig Spaenle in seinem Vortrag eindringlich verteidigt hatte. Nachlaufende Studiengebühren befürwortet der konservative Studentenverband allerdings nur, wenn diese finanziellen Mittel vollständig für die Universitäten eingesetzt werden.

RCDS Bayern: Neuer Vorsitz

(17.02.2004 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

Deggendorf.

Der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** ist zum neuen Landesvorsitzenden des "Rings Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V." (**RCDS**) gewählt worden. Der 23-jährige setzte sich auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf gegen seine Konkurrentin Katrin Wiesheu (25) aus München durch. Sie

wurde von den Delegierten der 16 Hochschulgruppen zu seiner Stellvertreterin gewählt. **Höller** will in seiner einjährigen Amtszeit vor allem die Öffentlichkeitsarbeit des **RCDS** in **Bayern** stärken.



Pressespiegel PNP 17.02.2004

Unfeine Methoden - Schiedsgericht erklärt RCDS-Wahlen für ungültig

(07.02.2004 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Der rosafarbene Universitätsbau nennt sich "Schweinchenbau", und was dort Ende November passierte, hält Frank Gübner immer noch für eine "eine ziemliche Schweinerei". Dass es tatsächlich nicht allzu fein zugeht beim Wahlabend des Münchner Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**), hat jetzt auch das Landesschiedsgericht der **CSU**-nahen Hochschulgruppe festgestellt. Es erklärte die Wahlen schlicht für ungültig und den gewählten Neuvorsitzenden Dominic Falter für abgesetzt.

Denn merkwürdig erschien allemal, was da passierte. "Plötzlich", so erinnert sich der bisherige **RCDS**-Schatzmeister Gübner, "kamen mindestens 25 Leute in den Raum, die wir nie vorher gesehen haben". Und alle, so entschied der als Wahlleiter eingesetzte Alexander Dietrich, derzeit immerhin Chef der ebenfalls von Wahlmanipulationsvorwürfen geplagten Münchner Jungen Union, durften mitwählen. Ergebnis: Neuer **RCDS**-Chef wurde der Volkswirtschaftsstudent Falter; Gübner und seine Mitstreiter aus dem alten Vorstand wurden abgewählt. "Das war eine feindliche Übernahme", staunte die stellvertretende **RCDS**-Landeschefin Kathrin Wiesheu - und zwar ganz nach einem Modell, das die Münchner **JU** in innerparteilichen Kämpfen so auf die Spitze trieb, dass die Staatsanwaltschaft gegen den bei der **RCDS**-Wahl ebenfalls präsenten **JU**-Chef Rasso Graber ermittelt.

So hatte die bisherige **RCDS**-Chefin Antonie Schmidt-Ramsin die Neuen ohne Wissen ihres Vorstandes einfach aufgenommen, satzungswidrig, befand das Schiedsgericht. Jetzt muss der alte Vorstand über alle Neuaufnahmen seit Februar letzten Jahres entscheiden und dann erst eine neue Vorstandswahl ansetzen. Der abgesetzte Dominic Falter, nach Ansicht des Gerichts nicht einmal rechtmäßig aufgenommenes **RCDS**-Mitglied, hält diese Entscheidung für "völlig willkürlich" und vermutet seinerseits dunkle Umtriebe seiner Gegner.

Auf einer **RCDS**-Landesversammlung in Deggendorf will Wiesheu nämlich heute Landeschefin werden und Gübner Landesschatzmeister. Die sechs von der Falter-Mehrheit bestimmten Delegierten der Münchner Uni dürfen nun nicht mitstimmen - Vorteil Wiesheu, raunt Falter. Doch an unlautere Absichten Wiesheus mag nicht einmal ihr Gegenkandidat **Kurt Höller** glauben: "Auch ich war immer dafür, dass ein Schiedsgericht klärt, was in München los war."

Jan Bielicki

Gummibärchen versus Weltrevolution

(04.07.2001 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung - Bayernteil Seite 1

Mit Thesen und Tequila kämpfen RCDS und Jusos gegen Wahlmüdigkeit an - Studenten haben andere Probleme

Erlangen - Kurt Höller verbiegt sich dieser Tage und das gibt er jedem gerne schriftlich. Der Student im zweiten Semester hat eine Kiste Lineale neben sich stehen und wer an ihm vorbei will, dem drückt er eines in die Hand. "Wir verbiegen uns für Euch", steht auf dem Lineal. Das meint nicht nur, dass das Lineal elastisch ist, um in dicken Bücher besser unterstreichen zu können. Es soll auch heißen, dass der "Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (**RCDS**) viel für die Kommilitonen tut. **Höller** ist im Wahlkampf, er will in den Senat der Uni und die Lineale sollen ihn und den **RCDS** sympathisch machen. In diesen Wochen wählen die bayerischen Studenten ihre Vertreter, doch die meisten wissen gar nichts davon. In **Erlangen** haben im letzten Jahr 18000 Studenten von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht - von insgesamt 20000. Richard Malter leitet das Wahlamt der Erlanger Universität seit 1989 und die Wahlbeteiligung ist seitdem von 31 Prozent auf zwölf Prozent im letzten Jahr gesunken. "Dieses Jahr ist das Wetter nicht zu schlecht und nicht zu gut", sagt Malter und überlegt, wie sich das wohl auf die Wahlbeteiligung auswirken wird.

Auf dem Roten Platz vor der Südmensa liegen die Studenten und verdauen ihr Mittagessen. Es gab Putenbrustgeschnetzeltes mit Chinagemüse. **Höller** unterbricht die Ruhe mit Wahlkampf. Das klingt so: "Heute Cocktail-Party. Es gibt auch billigen Tequila. Und nicht vergessen: Wählen gehen! Ist auch egal wen." Aus der allgemeinen Entpolitisierung hat der **RCDS** Konsequenzen gezogen. Gut 50 Leute werden nachher zu der Party der **CSU**-nahen Hochschulgruppe kommen und ein paar Flaschen von dem billigen Tequila trinken. "Ein Erfolg", findet **Höller**. Für den Wahltag hat der **RCDS** Freibier ran geschafft. "Wir geben uns keinen Utopien hin, wir bleiben bei der Realität", sagt **Höller**. Dass die Studenten sich nicht mehr für Politik interessieren, müsse man berücksichtigen. Service statt Parolen. Das Wahlprogramm hat der **RCDS** auf den Infotisch geklebt: "ZVS abschaffen, keine Studiengebühren" steht da. Mehr nicht. Ist auch nicht so wichtig. Es gibt Feuerzeuge, Gummibärchen und Traubenzucker. Auch Rasierer und Damenbinden waren im Angebot. "Ich sehe keinen sehr großen Sinn in der Politik, sondern im gemeinsamen Engagement", sagt **Höller**, der immerhin Vorsitzender des Erlanger **RCDS** ist. Nicht alle Gruppierungen an der Uni **Erlangen** sehen das so. Während die **RCDS**-Plakate so knapp wie inhaltsleer sind ("Für mehr Pudding in der Mensa"), hat die Juso-Hochschulgruppe ihr ganzes Wahlprogramm abgedruckt. Es fängt an mit: "Ziel des Sozialismus ist es,..." Selbst der Sozialistische Hochschulbund (SHB) hat in **Erlangen** überlebt und kämpft "während des Semesters regelmäßig am Dienstag um 20.30 Uhr" für die Weltrevolution.

Linke wie Rechte bekriegen sich gleichermaßen verbittert und unter Ausschluss der Öffentlichkeit. "Ich weiß gar nicht, was eigentlich gewählt wird", sagt Informatikstudent Sebastian Seifert. "Aber so habe ich mir die sterbenden Studentenverbände der achtziger Jahre vorgestellt", sagt er dann noch. "Ich weiß nicht, worum es geht und es interessiert mich auch nicht", meint eine junge Elektrotechnikerin im vierten Semester. **Höller** lässt nicht locker: "Was kann man dagegen tun?" - Die Studentin: "Nichts." "Ein landesweiter Trend", sagt eine Sprecherin des Wissenschaftsministeriums. Seit diesem Jahr kann man die Wahlunterlagen auch aus dem Internet runter laden. Die Wählerzahlen werden sich dadurch auch nicht wesentlich verbessern. Nur ein Student machte von dem Angebot Gebrauch. "Die Studenten wissen einfach nicht, welche Möglichkeiten sie haben", sagt Johannes Schadock von der Juso-Hochschulgruppe. Außerdem hätten die Wahllokale doch nur bis 17 Uhr auf. Als ob das der Grund wäre.



Pressespiegel 2004 – 2007

Kurt Höller

**Landesvorsitzender des
RCDS in Bayern e.V.**

Übersicht:

- 26.05.2007: „**Höller** war der 43. und längste“ (BK)
- 26.05.2007: „Direkt und effektiv“ (BK)
- 26.05.2007: „Stabwechsel bei Unions-Studenten“ (BK)
- 11.05.2007: Landtag Intern (MM)
- 20.04.2007: Uni-Gebühr bringt 74 Millionen Euro (SZ)
- 31.03.2007: „Nicht für die Heizung“ (BK)
- 27.03.2007: Studiengebühren: Uni will Millionen horten (MM)
- 15.03.2007: Der **RCDS** erwacht zu neuem Leben (PNP)
- 20.01.2007: **CSU**-Spitze rechnet mit Kampfkandidatur (Welt)
- 20.01.2007: Mehrheit des **CSU**-Präsidiums für Erwin Huber (MM)
- 23.12.2006: Aktive Studenten (BK)
- 06.12.2006: "Union muss das Profil schärfen" (PNP)
- 02.12.2006: Schule und Hochschule (BK)
- 25.11.2006: Vertreter der Studenten (BK)
- 04.11.2006: Nach Leistung bezahlen (BK)
- 23.10.2006: "Wir müssen alles rausholen, was nichts kostet" (PNP)
- 04.08.2006: Studiengebühren (Spiegel online)
- 12.07.2006: Prof. Schweitzer will eine Milliarde zusätzlich (PNP)
- 05.07.2006: "Ich halte nichts von pauschalen 500 Euro" (NZ)
- 27.06.2006: Herrmanns Stimme für FH-Ausbau und Anna Eder (PNP)
- 02.06.2006: Neu gegründet und anerkannt (MP)
- 29.05.2006: Mettener bekunden in Rom Verbundenheit mit "ihrem" Kardinal (PNP)
- 27.05.2006: Europa als Chance für Studenten (BK)
- 22.05.2006: **RCDS** sieht Europa als Chance (PNP)
- 22.05.2006: Studenten fordern Vernetzungsprogramme (ST)
- 20.05.2006: "Europa hat Antworten auf Herausforderungen" (PNP)
- 18.05.2006: **RCDS Bayern** fest in Altmettener (PNP)
- 17.05.2006: **RCDS** Passau trifft Minister Goppel (PNP)
- 17.05.2006: Bamberger an **RCDS**-Spitze (FT)
- 13.05.2006: Bildungspolitik der Zukunft (BK)
- 13.05.2006: Heftiger Schlagabtausch (SZ)
- 11.05.2006: Stephan Rabl im **RCDS**-Vorstand (PNP)
- 10.05.2006: Podiumsdiskussion über Studiengebühren (SZ)
- 06.05.2006: Aktive Hochschulpolitik (BK)
- 04.04.2006: Frühjahrsputz des **RCDS** (NN)
- 08.03.2006: Hochschul-Notizen (MP)
- 06.03.2006: Neller will gegen Raumnot der Universität ankämpfen (FT)
- 21.01.2006: Haase verlangt mehr Freiheit (MP)
- 18.01.2006: Hochschul-Notizen (MP)
- 10.12.2005: AKTION DER WOCHE: Unterstützungs-Website (BK)
- 01.10.2005: Bewertung von Professoren (BK)
- 13.08.2005: **RCDS** ist mit neuem Gesetz sehr zufrieden (BK)
- 29.07.2005: **Kurt Höller** bleibt **RCDS**-Chef (DZ)
- 19.06.2005: Politik, wir kommen! (BamS)
- 16.06.2005: Wahlkampfteam der Jungen Union (PNP)
- 06.06.2005: Zwei weitere Altmettener in der **RCDS**-Vorstandschafft (PNP)
- 16.04.2005: Profil durch Autonomie (BK)

- 16.04.2005: Wenn Geld den Unis bleibt (BK)
- 12.04.2005: Keine Mitsprache für Studenten (MM)
- 16.03.2005: Frage nach Studiengebühren spaltet Studentenschaft (NZ)
- 29.01.2005: Kampagne (BK)
- 24.01.2005: Goppel: "Es ist Mode geworden, uns krank zu reden" (PNP)
- 15.01.2005: Studentenvertreter warten ab (PNP)
- 10.01.2005: Geld soll an Uni bleiben (BK)
- 05.01.2005: **Höller** und Gübner in **CSU**-Arbeitskreis gewählt (NZ)
- 18.12.2004: Kluge Köpfe braucht das Land (EN)
- 15.12.2004: Studiengebühren zur Qualitätssteigerung (FT)
- 11.11.2004: Für Organspende (EN)
- 18.09.2004: **RCDS**-Klausur (BK)
- 16.09.2004: **Bayerns** Kultusministerin beim **RCDS** in Metten (Da)
- 13.09.2004: Hohlmeier: Wissen für das Leben vermitteln (DA)
- 13.09.2004: Studium muss auf wachsende Anforderungen reagieren (DZ)
- 11.09.2004: **RCDS**-Klausur (DA)
- 11.09.2004: Hochschulpolitik aus dem Kloster Metten (PNP)
- 11.09.2004: **RCDS**: Klausurtagung im Kloster Metten (PNP)
- 08.09.2004: Monika Hohlmeier im Kloster Metten (DA)
- 07.09.2004: Monika Hohlmeier am Freitag bei Klausurtagung im Kloster Metten (DA)
- 31.08.2004: Kultusministerin diskutiert in Metten über Schule im 21. Jahrhundert (DZ)
- 05.08.2004: Grenzenlos (baj)
- 10.07.2004: „Jeder Student muss sich bewerben“ (BK)
- 03.06.2004: Ziel: Sieg bei den Hochschulwahlen (FT)
- 03.06.2004: Für Begabten-Förderung (EN)
- 29.05.2004: Junge Union legt erfolgreiche Bilanz vor (PNP)
- 11.05.2004: **JU**- Kreisverband niederbayernweit auf Platz 3 (PNP)
- 27.04.2004: **Kurt Höller** im **CSU**-Vorstand (PNP)
- 27.02.2004: Altmettener **Höller** neuer **RCDS**-Chef (PA)
- 26.02.2004: **Kurt Höller** will bei Hochschulpolitik mitreden (PNP)
- 17.02.2004: Aufbaustudiengang "Schulmanagement" gefordert (PNP)
- 17.02.2004: **RCDS** Bayern: Neuer Vorsitz (PNP)
- 07.02.2004: Unfeine Methoden - Schiedsgericht erklärt **RCDS**-Wahlen für ungültig (SZ)
- 04.07.2001: Gummibärchen versus Weltrevolution (SZ)

„Höller war der 43. und längste“

(26.05.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

Viele bekannte Persönlichkeiten begannen beim RCDS – Ein Auszug aus 56 Jahren

München – Seit der **RCDS**-Landesverband 1951 gegründet wurde, führten ihn nacheinander 43 Vorsitzende. Grund dieser höheren Fluktuation im Vorstand als bei anderen politischen Organisationen ist die weit kürzere Mitgliedschaft. Selbst das **RCDS**-Mitglied, das zu Studienbeginn beitrifft, verlässt den Verband mit Examen und Berufsstart nach vier bis fünf Jahren wieder. Kein **Landesvorsitzender** seit Anton Jaumann und Albert Englberger (1951 bis 1953) erreichte die Amtsdauer von **Kurt Höller**, dessen dreieinhalb Jahre wohl noch lange ungeschlagen bleiben werden.



* Die Nummer für ein sorgenfreies Studium.

An den Unis sind Ideen gefragt: **RCDS**-Motiv mit gallischen Anklängen.

Viele Vorsitzende des **RCDS Bayern** spielten auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Verband eine wichtige Rolle in der **CSU**. Anton Jaumann war Bezirksvorsitzender in Schwaben und Wirtschaftsminister, Fritz Wittmann Bundestagsabgeordneter und Präsident des Bundes der Vertriebenen, Ursula Männle wurde Staatsministerin, Joachim Herrmann ist heute Vorsitzender der Landtagsfraktion und Dorothee Bär Mitglied des Bundestags. Während ihres Studiums unterstützten aber ungezählte weitere **CSU**-Politiker hochschulpolitisch den **RCDS**. So auch der **CSU**-Vorsitzende Edmund Stoiber an der Münchner Universität.

1961 kam Bundeskanzler Konrad Adenauer zu einer **RCDS**-Kundgebung mit 3000 Teilnehmern nach Würzburg. Damaliger Vorsitzender des Würzburger **RCDS** war der spätere Landesgruppenchef und Bundesminister Wolfgang Bötsch. Ursula Männle berichtet aus ihrer Amtszeit über die Anfänge der Unruhen an den Hochschulen 1967 und dass ihr **RCDS** damals dem Schüler Peter Gauweiler bei seiner politischen Arbeit an der Schule zur Seite stand. Gauweiler vertrat später den **RCDS** an der Uni München.

Zu Beginn der 70er Jahre skandierten die Linken gegen den bayerischen Kultusminister und seine Hochschulreform „Haut den Huber in den Zuber.“ Franz Josef Strauß und sein Generalsekretär Max Streibl versuchten, dem **RCDS** in den harten Auseinandersetzungen mit Spartakus und Roten Zellen den Rücken zu stärken, mit Erfolg: Der **RCDS** gab auch damals nicht auf und zeigte konservativ-liberale Flagge. Vor allem auch immer wieder mit Witz und originellen Ideen. In den 80er Jahren begann der **RCDS** unter Andreas Feser und Wolfgang Wiehle intensive Programmarbeit.

Ingo Sommer

„Direkt und effektiv“

(26.05.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

RCDS-Chef Höller zieht Bilanz

Erlangen – An diesem Wochenende wählt der **RCDS** einen neuen Landesvorstand. Ingo Sommer sprach mit dem scheidenden Landesvorsitzenden **Kurt Höller**, der den politischen Studentenverband seit Februar 2004 führte.

Bayernkurier: Herr **Höller**, wie lautet Ihre Bilanz nach 40 Monaten im **RCDS**-Landesvorsitz?

Kurt Höller: Ich bin froh, dass ich genau in dieser Zeit den **RCDS** führen durfte. In meinem ersten Jahr konnte ich entscheidende Aspekte in der Ausgestaltung der Studienbeiträge wie Kreditmöglichkeiten, variable Höhe für jeden Studiengang, 100-prozentigen Verbleib an der Uni oder die Beteiligung von Studentenvertretern bei der Verteilung mit einbringen. Im zweiten Jahr lag mein Schwerpunkt darin, am neuen Bayerischen Hochschulgesetz mitzuwirken. Autonomie, Eigenverantwortung und Profilbildung waren dabei ebenso Kernziele wie eine Entschlackung der Gesetze, verstärkte Möglichkeiten zur Evaluation und effizientere Neustrukturierung der Leitungsgremien. Das dritte Jahr war auf die Verankerung hochschulpolitischer Schwerpunkte innerhalb der **CSU** konzentriert. Gute Gelegenheiten dazu hatte ich im Rahmen des Leitantes zum **CSU**-Parteitag 2006, der einen Schwerpunkt auf Hochschule, Wissenschaft und Forschung gelegt hat, sowie beim hochschulpolitischen Teil des neuen **CSU**-Grundsatzprogramms, den ich mitschreiben konnte. Direkter und effektiver hätten die

bayerischen Studenten in diesen Jahren mit ihren Veränderungen und Umbrüchen nicht vertreten werden können.

Bayernkurier: Wo sehen Sie aus Sicht der Studenten an den bayerischen Hochschulen Handlungsbedarf?

Höller: Für die nächsten Jahre sehe ich zwei vordringliche Herausforderungen: Zum einen müssen die Hochschulen lernen, die Möglichkeiten des neuen Hochschulgesetzes bestmöglich auszuschöpfen. Das gilt aus studentischer Sicht in erster Linie für den effektiven Einsatz der neu eingeführten Studienbeiträge. Die Studenten erwarten von ihrer Hochschule, dass Verbesserungen durch die Beiträge deutlich spürbar sind, ihre Vertreter an der Verteilung auch tatsächlich beteiligt sind und im Kontext eines neuen Kundenverhältnisses die Möglichkeiten zur Evaluation voll ausgeschöpft werden. Zum zweiten werden sich zu Beginn des nächsten Jahrzehnts aufgrund der demographisch bedingten letzten großen Studentenkohorten und des doppelten Abiturjahrgangs auf einen Schlag etwa ein Drittel mehr Studenten an den Hochschulen einschreiben als bislang. Bis dahin müssen Professoren, Wissenschaftler, Übungsleiter, aber auch Vorlesungssäle und Tutoriumsräume in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Wenn man berücksichtigt, dass die Kapazitäten an den Universitäten bereits jetzt völlig ausgereizt sind, wird der Handlungsbedarf klar.

Bayernkurier: Sie haben sich persönlich intensiv mit dem neuen Grundsatzprogramm auseinandergesetzt.

Höller: Natürlich lag mein persönlicher Schwerpunkt auf dem hochschulpolitischen Teil. Dort konnte ich als Mitglied der Grundsatzkommission in Abstimmung mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und dem Hochschulausschussvorsitzenden Ludwig Spaenle, der auch in vielen anderen hochschulpolitischen Vorhaben engster Mitstreiter war, meine Handschrift hinterlassen. Besonders wichtig war mir dabei, die Grundbedingungen, die ich seinerzeit schon zur Voraussetzung gemacht habe, dass wir die Einführung von Studienbeiträgen unterstützen. Das gewandelte Familienbild der **CSU** spiegelt sich auch im Postulat einer familienfreundlichen Hochschule wieder. Der Kinderwunsch darf einfach nicht in Konkurrenz zu Studium oder Beruf stehen. Bislang ungenügend ausformuliert ist meines Erachtens im Kapitel II die Herausforderung an Bildung und Forschung in einer dem ständigen Wandel unterliegenden globalisierten Welt.

Bayernkurier: Wer waren für Sie die wichtigsten Ansprechpartner aus der Politik?

Höller: Jeglicher Einfluss, den ich und damit der **RCDS** auf die Entscheidungen im Wissenschaftsministerium ausüben konnte, war nur aufgrund des hervorragenden Verhältnisses zu Minister Thomas Goppel möglich. Auch kurzfristigste Termine und Treffen waren kein Problem, wenn es notwendig war: Ein absoluter Glücksfall für den **RCDS** und auch mich in dieser Position. Für die Umsetzungen und neuen Initiativen in den Gesetzgebungsverfahren war auch der direkte Draht zur Landtagsfraktion, insbesondere ihrem Vorsitzenden und auch ehemaligen **RCDS**-Landesvorsitzenden Joachim Herrmann entscheidend.

„Stabwechsel bei Unions-Studenten“

(26.05.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

Vorsitzender Kurt Höller tritt ab – Zukunftsthemen und Grundsätze

Kloster Banz – Innovationen, die Zukunftsaussichten der jungen Generation, Zwischenbilanz nach einem Jahr Bayerisches Hochschulgesetz, die Hochschulen im neuen **CSU**-Grundsatzprogramm und die Neuwahl des Landesvorstands: Ein breites Themenspektrum arbeitet die Jahrestagung des **RCDS** ab, die gestern in Kloster Banz begann.

„Wir wollen das CSU-Programm aus studentischer Sicht beleuchten“, sagt Landesvorsitzender Kurt Höller aus Erlangen. Der 27-jährige Niederbayer wurde als Student gewählt, ist inzwischen fertiger Diplomingenieur und arbeitet an der Universität Erlangen an einer medizintechnischen Dissertation. Seit er im Februar 2004 den **RCDS**-Vorsitz übernahm, hat sein Studentenverband einiges erreicht und noch mehr in Bewegung gesetzt.



Der bisherige **RCDS**-Vorstand mit **Bayerns** Wissenschaftsminister Thomas Goppel (links)

Nicht selbstverständlich war, dass sich die unionsnahe Organisation für die Einführung von Studienbeiträgen ausgesprochen hat. Aber man sah die Vorteile für bessere Studienbedingungen und Mitsprache bei deren Verwendung. Denn dem **RCDS** unter **Höllers** Führung geht es vor allem um die Hochschulpraxis. Dies zeigte der Verband auch in der Konzeptionsphase für das neue Bayerische Hochschulgesetz. Im Verein mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und den **CSU**-Hochschulpolitikern im Landtag setzte der **RCDS** Verschlinkungen, die Evaluierung und Entbürokratisierungsschritte durch. Und **Hölller** fordert selbstbewusst: „Wenn wir als Studenten Studiengebühren bezahlen, haben wir auch einen Anspruch auf exzellente Lehre.“ Ein Anspruch, der von Goppel bestätigt wird. Der **RCDS** bekam auch dann ministerielle Unterstützung, wenn er gegen falsche Mittelverwendung intervenierte. Der Vorsitzende resümiert zum Abschied: „Wir haben in **Bayern** tatsächlich bundesweit mit das beste Modell für Studienbeiträge.“

Überhaupt gibt es für die 1500 bayerischen Mitglieder Anlass, mit der Entwicklung ihres Verbands zufrieden zu sein. Hatte der **RCDS** an den Hochschulen bis in die 90er Jahre mit schier übermächtigen Linken zu kämpfen, erreichen seine 18 aktiven Gruppen heute beachtliche Ergebnisse bei den Hochschulwahlen. Wie der ebenfalls scheidende Landesgeschäftsführer Frank Gübner mitteilt, schaffte die Regensburger **RCDS**-Gruppe mit 46 Prozent das Spitzenresultat. Und in Würzburg stellt der **RCDS** einen Sprecherrat. Drei Senatoren vertreten ihre Kommilitonen an den Unis Eichstätt und Regensburg sowie an der Münchner Hochschule für Politik. Auch die Zahl der **RCDS**-Mitglieder in den Versammlungen und Konventen der Hochschulen wächst.

Mit den Studenten diskutieren in Banz Umweltminister Werner Schnappauf, **CSU**-Generalsekretär Markus Söder, Landtagsabgeordneter Ludwig Spaenle und Hans-Peter Niedermeier, Leiter des Förderungswerks der Hanns-SeidelStiftung. Sorge bereitet den **CSU**-nahen Studenten vor allem der absehbare enorme Anstieg der Studentenzahlen in vier Jahren. Dann nämlich trifft zu den tendenziell ohnehin wachsenden Studentenzahlen auch noch der doppelte Abiturienten-Jahrgang aus G 8 und G 9. Vom Freistaat fordert der **RCDS** deshalb, bereits jetzt ausreichende Gelder bereitzustellen, um die Hochschulen zu erweitern und das Personal zu verstärken.

Ingo Sommer

Landtag Intern

(11.05.2007 Kurt Höller) Münchner Merkur

Endlich mal unverfängliche Nachrichten aus Regensburg.

Ein angehender Physiker übernimmt den **RCDS**. Paul Linsmaier (23), Student in Regensburg und Deggendorfs **JU**Chef, soll in zwei Wochen in Banz zum Landesvorsitzenden gewählt werden.

Die der **CSU** nahestehenden Studenten wurden drei Jahre von **Kurt Höller** (27) unter anderem durch die Studiengebühren-Debatte geführt – in **RCDS**-Dimensionen eine halbe Ewigkeit.

Christian Deutschländer

Endlich mal unverfängliche Nachrichten aus Regensburg. Ein angehender Physiker übernimmt den RCDS. **Paul Linsmaier** (23), Student in Regensburg und Deggendorfs JU-Chef, soll in zwei Wochen in Banz zum Landesvorsitzenden gewählt werden. Die der CSU nahestehenden Studenten wurden drei Jahre von **Kurt Höller** (27) unter anderem durch die Studiengebühren-Debatte geführt – in RCDS-Dimensionen eine halbe Ewigkeit. Christian Deutschländer

Münchner Merkur, Seite 4

Uni-Gebühr bringt 74 Millionen Euro

(20.04.2007 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Bayerns Studenten müssen zahlen - Staatsminister Goppel zieht erste Semesterbilanz

Von Birgit Taffertshofer

Die Studiengebühren haben allein im Sommersemester 74 Millionen Euro in die Kassen der bayerischen Hochschulen gespült. Damit seien die Prognosen sogar „leicht übertroffen“ worden, sagte Wissenschaftsminister Thomas Goppel, als er am Donnerstag mit Vertretern der Hochschulrektoren eine Bilanz der ersten Erhebung zog. Allerdings ließen sich auch viele Studenten von den Gebühren befreien. Das staatliche Darlehen stieß bisher auf wenig Nachfrage.

Die Studiengebühren von bis zu 500 Euro sind laut dem Wissenschaftsminister trotz Zähneknirschens „hingegenommen“ worden. Klagen und Widersprüche habe es nur in geringem Umfang gegeben. Nach einer Umfrage des Ministeriums haben sich die Studierenden „engagiert und konstruktiv“ in die Diskussionen eingebracht, was mit ihrem Geld geschehen soll.

„Die Behauptung, Studienbeiträge würden potentielle Studierende abschrecken, findet in den aktuellen Zahlen keinerlei Beleg“, betonte Goppel. Die Studentenzahl in **Bayern** sei im Sommersemester zwar um 2,3 Prozent gesunken. Im Wintersemester war die Zahl der Studienanfänger aber um 3,5 Prozent gestiegen. Goppel machte erneut deutlich, dass die Studienbeiträge ausschließlich zur Verbesserung der Studienbedingungen und nicht zum Ausbau der Hochschulen verwendet würden. „Dieser ist und bleibt staatliche Aufgabe.“ Angesichts der steigenden Studentenzahlen sollen bis 2012 38 000 neue Studienplätze entstehen und Gebäude renoviert werden. Dafür sind laut Goppel Investitionen von einer Milliarde Euro notwendig. Am 30. April werde er sein Konzept dem Kabinett vorlegen.

Die Studiengebühren investierten die Hochschulen bisher vor allem in zusätzliches Lehrpersonal, um ein Lernen in kleineren Gruppen zu ermöglichen. Sie erweiterten ihr Bibliotheksangebot sowie die Studienberatung. Außerdem wurden laut Umfrage die IT-Infrastruktur, Hörsaalausstattung und Fachsprachkurse ausgebaut. Für die Verwaltung seien zwischen drei und sechs Prozent der Gesamteinnahmen verwendet worden.

Die Möglichkeit, sich von den Studiengebühren befreien zu lassen, haben viele Studenten in **Bayern** genutzt. Mit elf Prozent machten den größten Anteil Studierende aus Familien mit drei oder mehr Kindern aus, sagte Goppel. Weitere zwei Prozent seien von der Zahlung befreit, weil sie selbst Kinder erziehen. Ein Prozent der Studierenden sei als Härtefall anerkannt worden, insbesondere Studierende mit Behinderung. Weitere neun Prozent der Gebührenzahler seien entfallen, weil sie derzeit beurlaubt sind.

Kaum Interesse zeigten die Studenten bisher an den staatlichen Studienkrediten. Nur 3000 Studierende, also zwei Prozent, haben das Darlehen in Anspruch genommen, deutlich weniger als erwartet. Hochschulrektoren befürchten, dass auf die Staatsregierung rechtliche Probleme zukommen. Denn sie müssen laut Gesetz trotzdem zehn Prozent ihrer Gebühreneinnahmen in einen Sicherheitsfonds stecken. Also fünf Mal so viel als tatsächlich notwendig. Mit diesem Betrag sichert sich der Freistaat dagegen ab, dass Rückzahlungen ausfallen. „Wir werden den Satz an die Entwicklung anpassen, wenn sich dauerhaft abzeichnen sollte, dass die Abführung zu hoch ist“, sagte Goppel. Eine Prüfung sei für 2012 geplant, doch es sei vorstellbar, dass der Termin vorgezogen werde. **Kurt Höller, Hochschulexperte der Jungen Union**, forderte schnellstmöglich Nachbesserungen.

Am Donnerstag protestierten einzelne Studenten vor dem Ministerium in München. „Die Studiengebühren werden dazu missbraucht, finanzielle Löcher zu stopfen“, kritisierte Jonas Bokelmann, Mitglied der Studentengruppe „Der Boykott“. Die Gebührengegner wollen bis zum Wintersemester 10 000 Studenten zum Boykott aktivieren. Argumentative Unterstützung erhalten sie von der Landtagsopposition: „Die Studierenden müssen für das Versagen der Staatsregierung der letzten Jahrzehnte büßen“, betonte die Grünen-Hochschulpolitikerin Ulrike Gote. Die Zahlen belegten sehr wohl die abschreckende Wirkung der Gebühren. „Goppel macht den Studierenden etwas vor“, sagte die SPD-Hochschulexpertin Adelheid Rupp. Die aktuellen Haushaltszahlen sprächen eine andere Sprache.

„Nicht für die Heizung“

(31.03.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

RCDS: Studiengebühren richtig einsetzen

München – Weil der **RCDS Bayern** sich für die Einführung von Studiengebühren stark gemacht hatte, mahnt er jetzt, diese Studentenbeiträge sinnvoll für die Verbesserung der Studienbedingungen zu verwenden. Der Landesvorsitzende der unionsnahen Studentenorganisation, **Kurt Höller**, warnt davor, die Akzeptanz der Eigenbeiträge bei den Studenten zu schwächen.

In Freiburg beispielsweise wollte man mit den Beiträgen Heizkosten bezahlen und die Uni Regensburg plante, aus den Studiengebühren drei Millionen Euro für etwaige Prozesskosten zurückzulegen. **Höller** sagt dazu: „So wird das Geld der Studenten völlig zweckentfremdet.“ Der **RCDS** schlägt deshalb vor, die Studentenvertreter an den Hochschulen nach dem Vorbild der TU München in die Verwaltung und Verwendung der Studiengebühren einzubinden. **Höller**: „Studienbeiträge sind ausschließlich für die Verbesserung der Lehre gedacht.“ Diesen Grundsatz für die Verwendung der Beiträge unterstützt auch Wissenschaftsminister Thomas Goppel.

Studiengebühren: Uni will Millionen horten

(27.03.2007 Martin Degenhardt) Münchner Merkur

Regensburg rüstet sich gegen Prozesse München/Regensburg - An der Universität Regensburg kündigt sich heftiger Krach um die Studiengebühren an. Die Hochschulleitung will über drei Millionen Euro aus den erwarteten Einnahmen horten und vorerst nicht in die Verbesserung der Lehre stecken. Das geht aus internen Unterlagen hervor, die unserer Zeitung vorliegen.

Ab Sommer müssen die Studenten 500 Euro pro Semester überweisen, eine in **Bayern** übliche Höhe. Bis zu zwölf Millionen Euro erwartet die Uni. Ein Viertel soll laut Haushaltsplan zurückgelegt werden, um unter anderem Prozessrisiken abzudecken, wenn sich Studenten gegen die Beiträge wehren.

„Die Rücklagen können aufgelöst werden, wenn die Studierenden ihre Vorbehalte aufheben“ und alle Prozesse „letztinstanzlich“ gewonnen wurden, vermerkt Kanzler Christian Blomeyer intern. Das heißt: So lange die Studenten murren, enthält ihnen die Uni diese Einnahmen vor.

Bei den Betroffenen stößt das auf Unverständnis. Sogar der konservative **RCDS**, der die Studiengebühren im Grundsatz gut heißt, spricht von „Missbrauch“. „Das ist keine Lehrverbesserung“ sagt **RCDS**-Sprecher Martin Degenhardt. Für mögliche Risiken müsse der Gesetzgeber haften. Auch falls sich die Uni gegen mangelhafte

Beitragsatzung absichern wolle, dürfe das nicht auf dem Rücken der Studenten geschehen. Blomeyer widerspricht. Für die Verwendung der Studienbeiträge hafte die Uni mit ihrem eigenen Vermögen, sagte er unserer Zeitung. Ohne Risikoversorge, geplant ab Jahresende, bestehe die Gefahr, „dass sie ihr ganzes Vermögen im Haftungsfall verliert“.

Andere Uni reagieren erstaunt. Die Münchner LMU bildet keine Prozess-Rücklagen. Das Wissenschaftsministerium, das durch unsere Zeitung von den Plänen erfuhr, will nun einschreiten. Die Einnahmen müssten „zeitnah den Studierenden als Mehrwert zugute kommen“, sagte ein Sprecher. Rückstellungen seien „weder vom Wortlaut noch vom Zweck des Gesetzes gedeckt“ und auch nicht erforderlich. Man bemühe sich, dieses „Missverständnis“ auszuräumen.



Der RCDS erwacht zu neuem Leben

(15.03.2007 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Andreas Sigl zum Vorstand gewählt und neue Aufgaben und Ziele definiert

Deggendorf (dz). Die Wahl der Vorstandschaft, hochschulpolitische Themenbereiche sowie eine Zieldefinition prägten die Gründungskonferenz des Rings Christlich Demokratischer Studenten Deggendorf (**RCDS**). Geleitet wurde die Veranstaltung vom **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller**, der vor den Wahlen auf die Aufgaben und Ziele des **RCDS** einging.

"**RCDS** heißt, die Interessen der Studierenden auf höhere Ebene weiterzutragen. Wir können mit unseren guten Kontakten zur Politik und zur Wirtschaft unsere Interessen auch tatsächlich durchsetzen", so **Höller**. Als Beispiel nannte er die Verwaltung der Uni Regensburg, die drei Millionen Euro Studienbeiträge einbehalten, Rücklagen gebildet und nicht wie zugesagt in die Hochschuleinrichtung investiert habe. Der **RCDS** habe beim Ministerium sofort einen Einspruch erwirkt.

Andreas Sigl wurde zum 1. Vorsitzenden des **RCDS** Deggendorf gewählt. Ihm zur Seite stehen Christian Czysch sowie Albulena Thaci als stellvertretende Vorstände. Weiter fungieren Christian Liebhart, Andreas Röck und Franz Feilmeier als Vorstandsmitglieder. "Ein Engagement im Verband lohnt sich. Nicht nur um Kontakte zu

erhalten, sondern auch um aktiv an Entscheidungsprozessen mitwirken zu können. Auch wenn es manchmal einen zeitlichen Aufwand bedeutet", so der neu gewählte Vorsitzende Andreas Sigl. Ein Mitgliedsbeitrag wird im **RCDS** nicht erhoben.

CSU-Spitze rechnet mit Kampfkandidatur

(20.01.2007 Kurt Höller) Die Welt

Nach der Schlacht ist vor der Schlacht. Der Kampf um die Stoiber-Nachfolge hat begonnen

Furcht vor Seehofers Offensive

Im Machtkampf um den CSU-Vorsitz bereiten die Kandidaten ihre Kampagnen vor

Von Hans-Jürgen Leersch

München - Nach der Schlacht ist vor der Schlacht. Edmund Stoiber ist gestürzt, aber jetzt geht der Kampf um den Parteitag seines Erbes erst richtig los. Beide Aspiranten auf den Posten des **CSU**-Chefs, Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer und Wirtschaftsminister Erwin Huber, wollen kämpfen und notfalls auf dem Parteitag im Herbst gegeneinander antreten.

Genau das will Stoiber noch verhindern. "Ich will eine einvernehmliche Lösung", wird der scheidende Ministerpräsident zitiert. In Berlin werden bereits die ersten Scharmützel ausgetragen. Die **CSU**-Landesgruppe tritt am Donnerstagabend zu einer Sondersitzung zusammen. Die Stimmung ist gedrückt, der Kreuther Putsch gegen Stoiber muss erst noch verdaut werden. In der Debatte wird eine klare Positionierung für Huber und gegen Seehofer deutlich. Nur zwei Abgeordnete lassen Sympathien für eine Kandidatur Seehofers durchblicken. Hans Michelbach und Josef Göppel weisen auf den bundespolitischen Anspruch der **CSU** hin, der nach Stoibers Rückzug nur von Berlin aus hochgehalten werden könne. Außerdem kritisieren sie die Verfahrensweise von Huber und Innenminister Günther Beckstein, die das Stoiber-Erbe kurzerhand untereinander aufgeteilt hatten.

Eine klare Mehrheit der sich zu Wort meldenden Abgeordneten spricht sich für die Tandemlösung Huber/Beckstein aus. Es werde Ruhe gebraucht, Kampfkandidaturen seien das Letzte, das man nun brauche. Ein halbjähriger Wahlkampf lähme die Partei, bedrohe den Kommunalwahlkampf und könne Auswirkungen bis hin zur Aufstellung der Landtagskandidaten haben. Entsprechend äußern sich Gerda Hasselfeldt, Max Straubinger, Eduard Oswald und Eduard Lintner. Selbst Bundeswirtschaftsminister Michael Glos bezieht diese Position. Glos wurde zeitweilig ebenso als möglicher Parteichef gehandelt. Aber seitdem ziemlich feststeht, dass Beckstein Ministerpräsident wird, kommt Glos, Franke wie Beckstein, für das Parteiamt nicht mehr in Betracht. Zwei Franken an der Spitze - das machen Altbayern, Niederbayern und Schwaben nicht mit.

Landesgruppenchef Peter Ramsauer war zwar früh aus der Deckung gekommen und hatte Ansprüche der Landesgruppe auf den Parteivorsitz angemeldet. Aber das war wenige Stunden vor Stoibers Rückzug. "Ramsauer will selbst die Nummer eins in Berlin bleiben und nicht den Seehofer vor der Nase haben", sagt ein Abgeordneter. Und keinesfalls habe Ramsauer Glos nach München als Ministerpräsidenten entsorgen wollen, wird versichert. Die Landesgruppe hat mit Seehofer ein Problem. Er gilt als sprunghaft und unzuverlässig. Viele Abgeordnete tragen ihm seinen Rücktritt als Fraktionsvize im **CDU/CSU**-internen Streit um die Gesundheitsreform nach. Und keiner verstand, dass Stoiber Seehofer nach der Bundestagswahl 2005 wieder aus der Versenkung holte und ins Bundeskabinett schickte. Viele fleißige **CSU**-Volksvertreter hatten sich Hoffnung auf einen Kabinettsposten gemacht und mussten dann zusehen, wie Seehofer an ihnen vorbeizog. "Der arbeitet nur auf eigene Rechnung", schimpft ein Abgeordneter.

Jetzt wird befürchtet, dass Seehofer, der auch in der Landtagsfraktion der **CSU** kaum Unterstützer hat, seine Kandidatur über die Medien und an der Parteibasis inszeniert. Das könne er wie kein Zweiter, heißt es. Seehofers Chancen werden unterschiedlich eingeschätzt. In den Gremien wie Vorstand, Fraktion und Landesgruppe habe er keine Chance. "Aber auf dem Parteitag holt er locker 80 Prozent", sagt ein Abgeordneter über den Basishelden Seehofer. Und im Hintergrund leuchtet der von der Fürther Landrätin Gabriele Pauli aus der Flasche geholte Geist der Mitgliederbefragung. Der Sieger einer solchen Befragung, käme es dazu, steht für die meisten fest: Seehofer. "Selten klafften die Vorstellungen der Führung und der Basis so auseinander wie jetzt", wundert sich ein Berliner **CSU**-Mann. Das Huber-Lager verlangt "Ruhe, Ruhe, Ruhe. Das ist jetzt **CSU**-Pflicht", sagt der Bundestagsabgeordnete Andreas Scheuer, der für Beckstein und Huber wirbt. Der Parteienachwuchs sendet ebenso klare Signale: "Ich stehe auf Hubers Seite. Er steht für Innovation und Reformen", sagt **Kurt Höller**, Chef der **CSU**-Studentenvereinigung **RCDS**.

Stoiber führt in der von Journalisten belagerten Staatskanzlei pausenlos Einzelgespräche. Als Erster kommt Ramsauer aus Berlin angeeist, weitere Termine gibt es mit Beckstein, Huber, Fraktionschef Joachim Herrmann und Landtagspräsident Alois Glück. Seehofer kommt nicht, er muss als Landwirtschaftsminister auf der Grünen Woche in Berlin präsent sein und kann nur mit Stoiber telefonieren. Stoiber wisse, dass die **CSU** vor einem Umbruch stehe. "Aber er will den Umbruch ohne Brüche hinkriegen", heißt es in seiner Umgebung.

Mehrheit des CSU-Präsidiums für Erwin Huber

(20.01.2007 Kurt Höller) Münchner Merkur

Stoiber, Glos, Ramsauer, Ferber und Herrmann stützen Kandidatur für Parteivorsitz

München - Im **CSU**-Präsidium, dem höchsten Führungsgremium der Partei, zeichnet sich nach Informationen unserer Zeitung eine klare Mehrheit für Erwin Huber als neuen Parteivorsitzenden ab. Mehrere Präsidiumsmitglieder haben sich bereits auf Huber festgelegt. Horst Seehofer würdigen „nur noch Außenseiterchancen“ eingeräumt, sagte ein Mitglied der Parteispitze.

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos sagte unserer Zeitung zu Überlegungen über eine Doppelspitze aus Günther Beckstein als Ministerpräsident und Erwin Huber als Parteichef: „Das ist etwas, was ich mir durchaus vorstellen kann.“ In der Berliner **CSU**-Landesgruppe soll auch deren Vorsitzender Peter Ramsauer seine Unterstützung für Huber signalisiert haben. Ramsauer betonte am Freitag: „In der Landesgruppe ist keinerlei Vorfestlegung getroffen worden. Wir befinden uns in Gesprächen.“ Der amtierende **CSU**-Chef Edmund Stoiber hat sich intern bereits mehrfach für Huber ausgesprochen. Der künftige Ministerpräsident Günther Beckstein räumte zwar frühere „Rivalitäten“ ein, betonte aber, „dass ich mir eine Zusammenarbeit mit Erwin Huber gut vorstellen kann“.

Auch Präsidiumsmitglied Markus Ferber warb offen für Huber: „Man darf die Einigung zwischen Huber und Beckstein nicht unterschätzen“, sagte der schwäbische Bezirksvorsitzende und Chef der **CSU**-Europagruppe. Ähnlich äußerte sich intern **CSU**-Fraktionschef Joachim Herrmann.

Dass die Ex-Rivalen Huber und Beckstein sich einvernehmlich die Aufgaben teilen wollen, könnte den Graben in der **CSU** zuschütten, den die Stoiber-Nachfolge-Debatte im Jahr 2005 gerissen habe, hieß es in der Münchner Fraktionsspitze. Ähnlich äußerte sich gegenüber unserer Zeitung das Präsidiumsmitglied Ursula Männle.

Münchens **CSU**-Bezirksvorsitzender, Staatssekretär Otmar Bernhard, sprach sich ebenfalls für Huber aus: „Der Favorit der Landtagsfraktion ist klar Erwin Huber.“ Bernhard forderte in der Frage des **CSU**-Vorsitzes eine „schnelle Lösung: Dann ist die Luft raus und es gibt keinen weiteren Streit.“

Klar positionierte sich auch die Studenten-Organisation **RCDS**. Er spreche sich „eindeutig für Huber aus“ und werde in den Gremien auf diese Lösung drängen, sagte der Landesvorsitzende **Kurt Höller**: „Er ist in Berlin bestens vernetzt.“

cd/hle

Aktive Studenten

(23.12.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

RCDS arbeitet an den Hochschule

Augsburg - Die freundlich lächelnde junge Dame auf unserem Photo hat eine besondere Aufgabe: Seit Sommer amtiert Katrin Poleschner als Vorsitzende des **RCDS** an der Universität Augsburg. Die 23-Jährige aus Elchingen im Landkreis Neu-Ulm studiert Politikwissenschaften und setzt sich neben dem Studium hochschulpolitisch für ihre Kommilitonen ein.

Damit ist sie einzigartig, weil es derzeit nur eine weibliche Gruppenvorsitzende an einer bayerischen Hochschule gibt. An ihrer Seite stehen als Stellvertreterinnen gleichfalls Frauen: Christine Kreutmaier und Agatha Szyszko. Dass dieses Trio einigen Erfolg hat, zeigt die Mitgliederentwicklung. Der Augsburger **RCDS** gewann in den vergangenen Monaten 29 Mitglieder hinzu und verzeichnet jetzt insgesamt 118. Das bedeutete bei der Mitgliederwerbaktion der unionsnahen Studentenorganisation in **Bayern** den ersten Platz.

Der Landesverband und die 18 **RCDS**-Gruppen an bayerischen Hochschulen bieten breite Möglichkeiten für das Engagement junger Studierender. Erst kürzlich traf der Landesvorstand unter Leitung von **Kurt Höller** mit TU-Präsident Wolfgang Herrmann zum Meinungsaustausch über die Exzellenzinitiative und den kommenden Studentenschub zusammen.

Sechs Gruppen be-teiligten sich am **RCDS**-Winterball auf einem Donauschiff in Passau. Der Würzburger **RCDS** erzielte mit der Wahl seines Mitglieds Daniel Schubert zum Sprecherrat der Universität einen großen Erfolg. Justizministerin Beate Merk war zu Gast beim **RCDS** an der Münchner Universität, die Passauer Gruppe sorgte für die Öffnung des Uni-Sportzentrums auch an Samstagen und veranstaltete eine Bildungsfahrt nach Erfurt und Weimar. Auch die Zusammenarbeit mit der **JU** klappt gut. Deren Chef Manfred Weber lobt: „Die **RCDS**-Mannschaft um **Kurt Höller** macht durch überlegte Initiativen und ein klares Profil für die Interessen der Studenten auf sich aufmerksam.“

"Union muss das Profil schärfen"

(06.12.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Junge Union diskutierte mit CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann

Viechtach/**Erlangen** (vbb). Der Fraktionschef der **CSU** im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, lud zum Gedankenaustausch einige Funktionsträger aus den Reihen der Jungen Union **Bayern** ein.

Das Gespräch wurde vom Vorsitzenden des **JU**-Kreisverbandes Regensburg, Stefan Ebner, gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden des Ring Christlich Demokratischer Studenten (**RCDS**), **Kurt Höller** aus Metten in die Wege geleitet. Ziel des Gesprächs war es, Themen, die für die **JU** wichtig sind, an Herrmann heranzutragen. Der Diskussionskreis setzte sich aus zehn engagierten **JU**lern aus ganz **Bayern** - überwiegend Kreisvorsitzende - zusammen.

In dem rund zweistündigen Gespräch wurde vor allem über Bildungspolitik diskutiert - dabei wurde die Situation der Hauptschulen im ländlichen Raum sowie die Hochschulpolitik angesprochen - und die Situation von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt thematisiert. Herrmann schilderte den Jungpolitikern zudem wie er den Weg in die Berufspolitik fand und ermunterte sie, sich bei den anstehenden Kommunalwahlen 2008 zu engagieren, um dann im Gemeinderat, Stadtrat oder Kreistag Verantwortung für die Interessen und Sorgen der Menschen zu übernehmen.

JU-Chef Ebner stellte in dem Gespräch fest, dass die Union in der Großen Koalition zu wenig erkennbar sei. "Die Grenzen zwischen Union und SPD müssen vom Bürger wieder stärker wahrgenommen werden", sagte der Viechtacher und appellierte im Hinblick auf die Landtagswahlen 2008 für eine Profilschärfung der **CSU**. Als Beispiel nannte er das Thema EU-Beitritt der Türkei: "Unabhängig davon, wie viele Gruppierungen und Grüppchen in Deutschland lautstark den Türkeiibetritt fordern, so lehnt ihn die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ab. Die **CSU** muss im Wahlkampf deutlich herausstellen, dass sie als einzige Partei diese EU-Erweiterung ohne Einschränkung ablehnt - aus kulturellen und ökonomischen Gründen."

Schule und Hochschule

(02.12.2006 Kurt Höller) Bayernkurier:

Arbeitskreise wählten Führung

Ingolstadt/Nürnberg - Die Mitglieder des Arbeitskreises Hochschule und Kultur sowie des AK Schule, Bildung und Sport der **CSU** haben auf ihren Landesversammlungen neue Vorstände gewählt.

In Ingolstadt wurde Ludwig Spaenle, der dem entsprechenden Landtagsausschuss vor-sitzt, auf zwei Jahre als Landeschef des AK Hochschule bestätigt. Seine drei Stellvertreter sind MdL Hans Gerhard Stockinger, Nürnbergs Kulturreferentin Julia Lehner und Staatsminister Thomas Goppel. Als Schatzmeister fungiert **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller**, als Schriftführer Stefan Einsiedel. Den Landesvorstand komplettieren 17 Beisitzer.

Die Landesversammlung in Nürnberg wählte Kultusminister Siegfried Schneider zum Vorsitzenden des AK Schule, Bildung und Sport. Zu seinen Stellvertretern wurden MdL Ingrid Heckner, Staatssekretär Karl Freller und Heinz Durner bestimmt. Als Schatzmeister wird MdL Berthold Rüdth im engeren Vorstand mitarbeiten, als Schriftführer Reinhold Carli. Ferner wurden 17 Beisitzer gewählt.

Vertreter der Studenten

(25.11.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

Kurt Höller führt den RCDS in Bayern

Erlangen – Er gab den Studierenden Stimme auf dem hochschulpolitischen Forum des **CSU**-Parteitags, er ist neugewählter Landesschatzmeister des **CSU**-Arbeitskreises Hochschule und Kultur. Und **Kurt Höller** setzt sich als Landesvorsitzender des **RCDS** für 1500 Mitglieder seines Verbandes und die bayerischen Studenten insgesamt ein.

Ein Studium der Elektrotechnik hat der 26-Jährige abgeschlossen und promoviert jetzt an der Uni **Erlangen** im Fach Informatik mit dem Schwerpunkt Medizintechnik. Der in den **CSU**-Partei Vorstand kooptierte **Kurt Höller** arbeitet auch in der heimatischen Deggendorfer **CSU** mit.

Unter seiner Führung sprach sich der Ring Christlich-Demokratischer Studenten nach schwierigen Abwägungen für die Einführung von Studienbeiträgen aus. Jetzt kämpft der **RCDS** mit seinen 18 bayerischen Hochschulgruppen darum, dass diese Gelder an den einzelnen Hochschulen wirklich auch für die Verbesserung der Studienbedingungen verwendet werden.

Überhaupt beschäftigt den **RCDS**-Chef derzeit die Finanzierung der Hochschulen. Schon jetzt sieht **Höller** „einen weiteren Finanzbedarf von 500 Millionen Euro im Jahr.“ Aber die große Herausforderung stehe bevor, wenn ab 2010 die Studentenzahl als Folge des G8 um etwa 30 Prozent steigen werde. Dann folgen fünf Jahre mit rund 100 000 Studenten mehr, die wie **Höller** sagt „überbrückt, nicht untertunnelt werden müssen.“ Daran will sich der **RCDS** mit eigenen Vorschlägen beteiligen, in **JU**, in der **CSU** und im Kontakt mit dem Landtag und Minister Thomas Goppel.

Nach Leistung bezahlen

(04.11.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

München – Der Landesausschuss des **RCDS** hat sich auf seiner Sitzung in München mit **Bayerns** Wirtschaftsminister Erwin Huber ausgetauscht.

RCDS-Vorsitzender **Kurt Höller** forderte die Abschaffung des Berufsbeamtentums für Professoren: „Eine Anstellung auf Lebenszeit ist von gestern. Wir wollen die Professoren nach Leistung bezahlen. Der überall angelehnte Wettbewerbsgedanke muss auch in den Köpfen der Hochschullehrer Einzug halten.“ Im Angestelltenverhältnis könnten deutlich attraktivere Verträge abgeschlossen werden, wobei das nicht unbedingt auch billiger sein müsse. Weiter forderte der **RCDS** die Umsetzung der Münchener Transrapidstrecke. Huber erläuterte die Clusterstrategie der Staatsregierung: „Wissenschaft und Wirtschaft werden in Zukunft noch besser vernetzt sein.“

"Wir müssen alles rausholen, was nichts kostet"

(23.10.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller erklärt im PNP-Interview, wie der Studenten-Schub gemeistert werden kann

Deggendorf. Die radikale Hochschulreform hat **Kurt Höller, RCDS-Landesvorsitzender**, begleitet. Und nun verabschiedete der **CSU**-Parteitag ein Zukunftsversprechen für "Beste Bildung. Beste Chancen". Der Chef des **RCDS** (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) ist zufrieden: "Wir haben alles erreicht, was wir schon vor zwei Jahren gefordert haben", strahlt der "Altmettener". Freilich stehen viele Versprechen vorläufig nur auf dem Papier. Der Deggendorfer, der letztes Jahr sein Elektrotechnikstudium an der Uni **Erlangen** abschloss und nun eine Promotion zum Thema "Bildverarbeitung für endoskopische Aufnahmen der minimal-invasiven Chirurgie" begonnen hat, fordert im Interview mit der PNP für künftige Generationen von Studenten mehr Geld: einige hundert Millionen - eher eine Milliarde Euro.

Bildung, Hochschule und Forschung war eines der Hauptthemen des **CSU**-Parteitages. Sind Sie zufrieden mit dem Erreichten?

Kurt Höller: Wir haben in **Bayern** zwei Elite-Universitäten. Das ist ein klares Zeichen, das ist absoluter Wahnsinn. Aber das ändert nichts daran, dass wir für die Hochschulen in Zukunft mehr Geld brauchen, wenn wir an der Spitze bleiben wollen.

Wo ist es noch zu wenig?

Höller: Auf uns kommt ein gewaltiger Schub an Studenten zu, ein Zuwachs von 30 Prozent. Den muss man erst mal schultern. Die Studenten leisten ab Januar 2007 ihren Beitrag zur Verbesserung der Lehre durch die Studienbeiträge. Nun ist der Staat gefordert.

Die Zahlen steigen von derzeit 250 000 auf dann 350 000 Studierende. Ist das überhaupt zu schultern?

Höller: Es muss. In erster Linie brauchen wir wesentlich mehr Personal, mehr Professoren. Mit Doppelberufung kann man einiges abfangen. Frühzeitig sollen jüngere Professoren an Stellen berufen werden, an denen Ältere vor dem Ausscheiden stehen. Damit kann man mehr Kapazität schaffen. Aber das reicht nicht. Wir brauchen auch mehr Vorlesungssäle und Seminarräume. Wir müssen zunächst durch Raum- und Zeitmanagement alles rausholen, was nichts kostet. Und dann muss man sehen, was fehlt.

Es fehlen bis zu einer Milliarde Euro - Von welchen Summen sprechen wir da?

Höller: Das kann man so pauschal nicht sagen. Wenn man Personal und Raumkapazität wirklich aufstocken will, sind das viele hundert Millionen. Eher zu einer Milliarde hin, wenn wir den Standard halten wollen. Denn die anderen Hochschulen ziehen ja nach, die werden auch besser.

Das Problem ist doch, dass nur eine kurze Frist überbrückt werden muss. Schon jetzt ist absehbar, dass die Zahl der Studenten bald wieder drastisch sinkt.

Höller: Aber das ist eine Chance. Wir haben jetzt schon überfüllte Hörsäle. Wenn wir nun neue Kapazitäten schaffen für den Studentenschub, ist absehbar, dass es später, wenn weniger Studenten da sind, besser wird.

Sie klingen alles in allem zufrieden. Aber in den vergangenen Jahren gab's doch heftige Proteste der Studenten.

Höller: Eigentlich nur zwei. Gegen die Kürzungen bei den Hochschulen bin ich selber auf die Straße gegangen. Als es aber gegen die Studienbeiträge ging, bin ich natürlich nicht mitmarschiert. An deren Umsetzung war der **RCDS** beteiligt, wir haben im Hintergrund, in vielen Gesprächen, alle unsere Forderungen durchgesetzt. Vor zwei Jahren hat der **RCDS** dazu ein Eckpunktepapier erarbeitet. Alles was wir gefordert hatten, ist inzwischen erfüllt. Und die meisten Hochschulen haben das auch gut umgesetzt. Mich ärgert nur, dass es die Uni Regensburg nicht geschafft hat, die Studenten bei der Verteilung der Studienbeiträge einzubinden, obwohl das der Landtag ausdrücklich gefordert hatte. Alle anderen haben das geschafft. Da war übrigens die FH Deggendorf wegweisend, die waren die ersten und haben das hervorragend umgesetzt - gemeinsam mit den Studenten. Die waren super. Für uns war entscheidend, dass das Geld nur für die Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt werden darf.

Studierende Eltern von Beiträgen befreit - Studiengebühren von bis zu 500 Euro pro Semester. Können sich dann noch alle Begabten ein Studium leisten?

Höller: Ich glaube, den sozialen Ausgleich haben wir gut hingekriegt, wir wollen ausdrücklich Chancengerechtigkeit. Gegen die Studienbeiträge gibt es eher eine emotionale Barriere. Jeder hat die Möglichkeit, den Studienkredit zu bekommen, das ist überhaupt kein Problem. Wenn ich mich für ein Auto oder eine Stereoanlage verschulde, muss ich das Geld zurückzahlen. Da fragt keiner, ob ich mir das leisten kann. Beim Studienkredit zahlt man erst zurück, wenn ein bestimmtes Einkommen überschritten ist. Und wer nichts verdient, zahlt gar nichts. Besonders stolz bin ich drauf, dass studierende Eltern von Studienbeiträgen befreit sind, das war unsere Initiative.

Das klingt gut. Aber gibt es überhaupt genug Betreuungseinrichtungen für Kinder an den Hochschulen?

Höller: An der familienfreundlichen Universität, die wir wollen, muss noch gearbeitet werden. Das war Teil des Leittrags. Ein Kinderwunsch darf nicht in Konkurrenz zu Studium oder Beruf stehen. Wir brauchen Bedingungen, unter denen auch junge Mütter oder Väter optimal studieren können. Da gehören Kinderkrippen dazu, Kindergärten und Kinderhorte.

Was war Ihnen noch wichtig im Leittrags?

Höller: Wir wollen die Durchlässigkeit der Hochschulen: "Kein Abschluss ohne Anschluss". Die Universitäten und Fachhochschulen müssen ihre Profile stärken, das hat ja bereits begonnen. Dazu gehört auch, dass die Hochschulen ihre Studenten selbst auswählen. Wir brauchen die Besten. Diese Selbstauswahl wäre schon heute möglich, wird aber kaum genutzt, weil es den Universitäten zu aufwändig ist. Das soll künftig forciert werden. Die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft gehört dazu, oder mehr Möglichkeiten, Forschungs- und Entwicklungsaufträge zu übernehmen.

Selbst wenn zusätzliches Geld fließt, ist absehbar, dass die bayerischen Unis bald überfüllt sind. In östlichen Bundesländern gibt es freie Plätze. Gibt es bald eine große Wanderungsbewegung?

Höller: Das regelt der Markt, so funktioniert Wettbewerb. Wenn in Greifswald oder im Ausland die Studienbedingungen besser sind, werden die Studenten abwandern. Da muss sich **Bayern** noch anstrengen. Unsere Hochschulen müssen Treffpunkt von geistiger Elite und Leistungsträgern aus aller Welt sein. **Bayern** möchte den Elitenexport umdrehen. Wer das will, darf nicht an den Hochschulen sparen.

Interview: Cornelia Wohlhüter

Studiengebühren

(04.08.2006 Kurt Höller) Spiegel Online

Feilschen ums Kleingedruckte

Den Protestlern dämmert, dass sie den Kampf gegen die Campus-Maut kaum gewinnen können. Nun beginnt die Zeit zähen Schacherns mit den Hochschulen - ob Studenten für ihr Geld eine angemessene Gegenleistung erhalten oder die Extra-Euros fernab der Lehre versickern.

Dreierlei Beteuerungen gehörten zum ewigen Mantra der Gebührenfreunde: Erstens werde die Campus-Maut selbstverständlich so ausgestaltet, dass sie sozial verträglich sei und Kinder aus ärmeren Familien nicht vom Studium abhalte. Zweitens handele es sich um zusätzliche Einnahmen für die Hochschulen; Kürzungen der staatlichen Mittel an anderer Stelle kämen nicht in Betracht. Und drittens sollten die Extra-Euros ausschließlich der Lehre zugute kommen und die Studienbedingungen verbessern.

Flankiert von solchen Gelöbnissen boxten mit **Bayern**, Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland inzwischen sechs Bundesländer Gesetze zur Einführung von Studiengebühren durch. Hessen ist trotz verfassungsrechtlicher Turbulenzen und heftiger Studentenproteste fest entschlossen, es den Vorreitern nachzutun; weitere Länder werden folgen.

Dass mit dem Bezahlen auch die Aussicht auf Besserung verbunden ist, daran erinnern jetzt immer mehr Studentenvertreter - auch solche, die Studiengebühren an sich befürworten. Der Konflikt um die Campus-Maut verlagert sich zunehmend in die Hochschulgremien, denn nur dort ist für die Studenten noch etwas zu holen.

"Es sind unsere Beiträge"

"Was an manchen Hochschulen an Satzungsentwürfen für die Verwendung von Studienbeiträgen herumgeistert, ist erschreckend", kritisiert etwa der bayerische **RCDS**-Landesvorsitzende **Kurt Höller**. "Es sind unsere Beiträge. Wir als Studenten wollen auch bestimmen, für was sie verwendet werden", fordert **Höller**.

Als "riesengroßen Skandal" bezeichnete **Höller** etwa einen Entwurf der Universität Regensburg für eine Gebührensatzung. Der **RCDS**-Mann bemängelt mangelnde Transparenz und hohe Verwaltungskosten. Nach dem Re-

regensburger Entwurf sollen studentische Vertreter lediglich ihre Meinung dazu äußern können, ob sie einzelne Ausgaben für sinnvoll halten - mehr aber auch nicht, so der Regensburger **RCDS**ler Paul Linsmaier. Das Sagen haben letztlich die einzelnen Fakultäten, die die Verteilung untereinander ausschachern können. "Ich kann es als Physiker nicht verantworten, dass beispielsweise ein Geisteswissenschaftler meinen Stickstoff zahlt", monierte Linsmaier. Die Regensburger Studentenvertreter erreichten mit ihren Einwänden immerhin einen Aufschub: Die für den 19. Juli geplante Senatsentscheidung wurde auf den 13. September vertagt.

Das Feilschen kann sich vielerorts lohnen. Denn vor allem in **Bayern** und Baden-Württemberg lassen die Rahmenregelungen den Hochschulen gewisse Spielräume. Und dabei geht es, anders als bei plakativen Protesten, um das Kleingedruckte: Was genau heißt eigentlich "Verbesserung der Lehre"? Bei Tutorien ist die Sache noch klar. Aber darf eine Hochschule mit den Extra-Euros lecke Hörsaaldecken flicken, Seminarräume umbauen, auffällige Labors sanieren? Gehören zur Lehre auch nichtwissenschaftliche Stellen, die den Service für Studenten verbessern? Bleibt das Geld der Studenten an den Fakultäten, oder fließt es in einen großen Topf? Schließlich: Wer ist eigentlich der Kassenwart?

So heißt es in Artikel 71 des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes, das am 1. Juni 2006 in Kraft trat, lediglich: "Die Studierenden sind bei der Entscheidung über die Verwendung der Einnahmen in angemessener Weise zu beteiligen." Als Beispiele für sinnvolle Verwendung nennt **Bayerns** Wissenschaftsministerium intensivere Studienberatung, mehr Tutorien, längere Öffnungszeiten der Bibliotheken oder ein verbessertes EDV-Angebot. Nur: Gebunden sind die Hochschulen daran nicht. Was sie für angemessen halten, bleibt ihnen selbst überlassen.

Gebühreneinnahmen für modernere Klos?

Handfesten Streit gab es sogleich in München - einen Latrinen-Streit nämlich. Der LMU wurde vorgeworfen, das Geld für die Toilettensanierung verwenden zu wollen. "Völlig indiskutabel", zürnte **CSU**-Fraktionschef Joachim Herrmann. "Pure Polemik", konterte Uni-Rektor Bernd Huber und gelobte, die Gebühreneinnahmen sollten für die Lehre und nichts als die Lehre eingesetzt werden.

Laut Senatsbeschluss sollen künftig Studenten zur Hälfte in den Kommissionen vertreten sein, die Vorschläge zur Mittelverwendung ausarbeiten. Die Studentenvertretung der LMU klagte aber, beim Satzungsentwurf habe man "die Vorschläge der Studierenden ignoriert". Der Glaube, die Zusammenarbeit erfolge "auf gleicher Augenhöhe", sei enttäuscht worden.

Das notorisch gebührenfreundliche Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh bescheinigte in einer unlängst veröffentlichten Studie den Landesgesetzen wenig Konsistenz und schlechte Kalkulierbarkeit für Studenten. Positiver fiel die Bewertung im Punkt "Nutzen und Mitsprache für Studenten" aus, wo immerhin **Bayern**, das Saarland und der Gesetzentwurf aus Hessen "gut" abschnitten.

Als relativ studentenfreundlich preisen Studentenvertreter die Satzung der TU München. "Bei der Erarbeitung der Gebührensatzung wurden unsere Vorschläge größtenteils berücksichtigt", sagt Petra Kleiner vom Asta. An der TU sind Studenten immerhin auf Fakultätschulebene paritätisch in den Gremien vertreten. Diese geben Empfehlungen an eine zentrale Kommission weiter, in der auch Studenten sitzen, wenn auch nicht gleichberechtigt. "Unsere Studierenden haben den Reformprozess der Hochschule in allen Phasen mit uns aktiv und konstruktiv gestaltet", lobt Rektor Wolfgang A. Herrmann.

Wer hat am Ende die Hand auf der Kasse?

Die meisten Mitgestaltungsmöglichkeiten haben wohl die Studenten Nordrhein-Westfalens. Im studentenreichsten Land dürfen die Hochschulen selbstständig entscheiden, mit welchem Obolus sie ihre Studenten zur Kasse bitten wollen; sie dürfen auch bestimmen, wohin das Geld fließt. "Wir werden sehr genau darauf achten, dass die Mittel zweckgebunden verwendet werden - also ausschließlich zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehre", betont Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart - wohlwissend, dass sich der Studenten-Zorn mehr gegen Rektoren und Dekane als gegen die Landesregierung richten dürfte.

Bis Mitte Juli entschieden 27 von 33 staatlichen Universitäten, Fachhochschulen und Kunst- und Musikhochschulen in NRW, künftig Gebühren zu erheben. Die Universität Bochum etwa bemüht sich, schon bei der Ausgestaltung des Entwurfs so wenig Angriffsfläche wie möglich zu bieten.

Mit der Gebührenordnung, so der Arbeitsauftrag des Senats, solle das soziale Profil der Hochschule geschärft werden. Die Gelder sollten prinzipiell an die Fakultäten zurückfließen und diese autonom entscheiden dürfen; zugleich werde die Verwendung effektiv kontrolliert. Im übrigen, so versicherte die Uni, sei mit dem Entwurf noch "keine eindeutige Entscheidung für oder gegen Studiengebühren gefallen".

Das mag zur Stimmungsaufhellung beitragen. Aber die Entscheidung, wo die Mittel am Ende landen, werden sich Professoren nirgendwo aus der Hand nehmen lassen. Vorschläge machen dürfen die Studenten, in den Kommissionen allenthalben mitreden - aber auch mitbestimmen? Die Asten sehen die Studenten von Hochschulangehörigen zu Kunden degradiert. Und in der Servicewüste der deutschen Uni-Landschaft ist der Kunde bis dato alles andere als König. Diese Kundschaft wird permanenten Druck entfalten und vehement auf eine Aufwertung der Lehre pochen müssen, wenn ihr Geld auf Dauer nicht in Forschung und Baumaßnahmen versickern soll.

Prof. Schweitzer will eine Milliarde zusätzlich

(12.07.2006 Kurt Höller) Passauer neue Presse

Goppel fordert Kreativität im Umgang mit neuem Hochschulgesetz - Studiengebühren nur für bessere Lehrqualität

Cornelia Wohlhüter München. Eine Milliarde Euro mehr für bayerische Hochschulen hatte Prof. Walter Schweitzer gerade gefordert - und dafür Beifall bekommen. Dennoch zeigte Wissenschaftsminister Thomas Goppel Größe und versorgte den Vorsitzenden der Universität **Bayern** e.V. nach dessen Rede mit einem Glas Wasser. Schließlich war auf dem hochschulpolitischen Kongress gestern im Hörsaal der FH München das offene Wort ausdrücklich gewünscht. Da wurde es den mehr als 300 Teilnehmern nie langweilig.

Das neue Hochschulgesetz, vor wenigen Wochen beschlossen, erfüllte sich zusehends mit Leben - vor allem durch provokante Einwürfe und Thesen von Prof. Jürgen Mittelstraß, der Universitäten aufforderte, verkrustete Strukturen aus dem vorigen Jahrhundert aufzubrechen. Zum Wunsch nach mehr Autonomie sagte er: "Fragen Sie nicht, nehmen Sie die Autonomie. Wenn die Hochschulen nicht lernen umzudenken, haben sie die neue Autonomie nicht verdient." Auch Goppel sprach von neuer Selbständigkeit der Hochschulen und ermunterte sie, "Neues zu versuchen, Bewährtes nachzujustieren und Ungewohntes einzufordern". Der Minister hatte den Kongress angeregt, gemeinsam für Unis und Fachhochschulen. Von der FH Deggendorf waren interessierte Zuhörer gekommen, darunter etliche Studenten. Das verwundert kaum, lobt doch **RCDS-Landeschef Kurt Höller** die Deggendorfer Vereinbarung über die Verwendung der Studiengebühren als vorbildlich: Jeder Euro für die Verbesserung des Studienangebots, die Studenten haben Mitsprache. Nur so darf das Geld verwendet werden, bekräftigte Goppel: "Studienbeiträge sind zweckgebunden."

Der Minister sprach von großen Herausforderungen, wenn 2011 ein Doppeljahrgang Abiturienten an die Hochschulen drängt (G8 und G9). Aber der Finanzminister wisse "im Grunde seines Herzens, dass da eine gewaltige Anforderung auf die Staatskasse zurollt". Dabei sind die **Bayern** noch fein raus: Durch die schnelle Einführung des G8 sind sie die Ersten. 80 000 zusätzliche Studenten, davon 29 000 in **Bayern**, das erfordere eine nationale Anstrengung, fand Prof. Detlef Müller-Böling, Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung. Aber während in Westdeutschland die Hörsäle überfüllt sein werden, würden im Osten zunehmend Kapazitäten frei. Durch innerdeutsche Mobilität (Transferleistungen?) könnte ein Drittel aufgefangen werden. Über virtuelle Angebote (gut ausgebaut in **Bayern**) und Flexibilität sei ein weiteres Drittel zu schaffen. Und 20 000 Studenten könnten im Ausland studieren. Wie in Norwegen stellt sich Müller-Böling vor, dass der Staat für jeden Studierenden 25 000 Euro zahlt. Das sei billiger, als neue Kapazitäten aufzubauen - zumal ab 2015 die Zahlen wieder sinken.

Prof. Marion Schick, Präsidentin der FH München und Vorsitzende der Hochschule **Bayern** e.V., begrüßte das neue Gesetz, das den Hochschulen für angewandte Wissenschaften neue Möglichkeiten eröffne, sah aber angesichts immer dynamisch werdender Märkte schon die nächste Novellierung voraus. Im Vergleich zu Universitäten sind die FHs spartanisch ausgestattet mit Personal. Umso mehr werde man darauf achten, dass Studiengebühren ausschließlich zur Qualitätsverbesserung und nicht zur Kapazitätsausweitung verwendet würden, kündigte sie an. Prof. Schweitzer sah riesige Probleme: Man müsse die Studienverhältnisse deutlich verbessern, den Studentenberg bewältigen, die Hochschulen profilieren, obschon man bereits jetzt mit Überlast kämpfe und die bauliche Substanz vielfach schon bröckle, weil die

Neues Gesetz braucht "Mut zur Langsamkeit" Mittel fehlten. "Wir brauchen frisches Geld. Eine Milliarde Euro zusätzlich für die Jahre 2011 bis 2015" so der Passauer Rektor .

Bei einer Podiumsdiskussion klagte Prof. Yvonne Stry, Prorektorin der FH Nürnberg, über die Qualität vieler Studienanfänger. Prof. Ulf Zimmer (Rektor Uni Regensburg) beklagte: "Wenn die Finanzminister mehr Macht in Bildungsfragen haben als die Hochschulminister, sind wir auf dem falschen Weg." Sponsoring aber sei kein Ausweg ("vergiftetes Geld"); jeder Sponsor müsse vor dem Finanzamt den Mehrwert für sein Unternehmen nachweisen, das höhle die Autonomie der Universitäten aus. Besser sei es, Stiftungen und Erbschaften so be-

vorzugt zu behandeln wie in den USA. Nach forschen Querschüssen von Prof. Mittelstraß bat Ltd. Ministerialrat Johann Störle, "Vater" des neuen Hochschulgesetzes, um "Mut zur Langsamkeit"

Cornelia Wohlhüter

"Ich halte nichts von pauschalen 500 Euro"

(05.07.2006 Kurt Höller) NZ Nürnberger Zeitung

RCDS-Landesvorsitzender Höller zu Gebühren

Der **CSU**-nahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) hat sich als erste Studentenorganisation aktiv für Studiengebühren ausgesprochen. Zum Sommersemester 2007 müssen Studenten an Fachhochschulen zwischen 100 und 500 Euro, an Universitäten zwischen 300 und 500 Euro bezahlen. Die NZ fragte den **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller** aus **Erlangen**, wie ein gutes Gebührensystem aussehen könnte.

NZ: Herr **Höller**, **Bayerns** Hochschulen dürfen innerhalb eines bestimmten Rahmens selbst entscheiden, wie hoch ihre Studiengebühren sind. Sie dürfen auch innerhalb einzelner Fächer unterscheiden. Was halten Sie von diesen differenzierten Gebühren?

Höller: Der **RCDS** hat diese sogar gefordert. Und das sogar zu einem Zeitpunkt, in dem differenzierte Beiträge im Wissenschaftsministerium noch eher ablehnend beurteilt worden waren. Wir fordern die Universitäten auf, für einzelne Fächer unterschiedlicher Gebühren zu verlangen. Natürlich nur dann, wenn es von der Verwaltung her möglich ist. Aber das sollte in einer modernen Uni möglich sein.

NZ: Nach welchen Gesichtspunkten wollen Sie differenzieren?

Höller: Ich würde nur nach dem differenzieren, was für Studenten mehr aufgewendet wird als bisher. Wenn nichts verbessert wird, dann sollten die Studienbeiträge auch nur auf einem Minimallevel erhoben werden. In dem Maße, in dem die Studienbedingungen gegenüber dem heutigen Zustand verbessert werden, kann ich auch die Studienbeiträge verlangen. Deshalb halte ich auch nichts von pauschalen 500 Euro. Dann wäre der Anreiz bei weitem nicht so gegeben zu zeigen, wie gerechtfertigt die Beiträge sind. Ich würde die Beiträge aber nicht an andere Faktoren koppeln, wie den Berufs- oder Einkommensperspektiven oder den Kosten des Gesamtstudiums. Sonst bekomme ich auch wieder eine Subventionierung einzelner Studiengänge.

NZ: Wofür sollen Ihrer Meinung nach die Studiengebühren eingesetzt werden?

Höller: Sie sollen nur zur Verbesserung der Lehre verwendet werden, also zum Beispiel zusätzliche Tutorien, Materialien oder Bücher. Wenn es die Studenten wünschen, können auch Dinge rund um das Studium herum angeschafft werden, zum Beispiel eine Couch für eine Freizeitecke. Auf jeden Fall dürfen damit keine Vorlesungen oder andere Dinge finanziert werden, die essenziell für ein Studium sind. Die zusätzlichen Gelder sollten zum großen Teil direkt an die Fakultäten gehen und dort von einem Gremium, das zur Hälfte aus Studenten besteht, verteilt werden können.

NZ: Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass die Mittel im Haushalt nach der Einführung gekürzt werden?

Höller: Gekürzt wird sicher nicht. Dies ist im Innovationsbündnis vereinbart. Es besteht nur die Gefahr bei dem erwarteten Studentenberg, dass die Mittel nicht so zunehmen wie die Zahl der Studenten. Wichtig ist deshalb, dass die Beiträge nur für studienverbessernde Dinge ausgegeben werden und nicht für Dinge, die die Zahl Studienplätze erhöhen. Aber das ist im Gesetz geregelt.

NZ: Die Verwaltungsgebühren in Höhe von 50 Euro pro Semester verschwinden auch im Staatshaushalt.

Höller: Ich fordere auch vehement deren Abschaffung. Wenn ich mich damit nicht durchsetzen kann, sollten sie zumindest zur Verwaltung der Studienbeiträge genutzt werden.

NZ: Wird es durch Gebühren weniger Studenten geben?

Höller: Das einzige, was abnehmen wird, ist die Zahl der Langzeitstudenten. Ich glaube, es wird weniger Abbrecher geben.

Fragen: Markus Kaiser

RCDS-Landesvorsitzender Höller zu Gebühren

„Ich halte nichts von pauschalen 500 Euro“

Der CSU-nahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) hat sich als erste Studentenorganisation aktiv für Studiengebühren ausgesprochen. Zum Sommersemester 2007 müssen Studenten an Fachhochschulen zwischen 100 und 500 Euro, an Universitäten zwischen 300 und 500 Euro bezahlen. Die NZ fragte den RCDS-Landesvorsitzenden Kurt Höller aus Erlangen, wie ein gutes Gebührensystem aussehen könnte.

NZ: Herr Höller, Bayerns Hochschulen dürfen innerhalb eines bestimmten Rahmens selbst entscheiden, wie hoch ihre Studiengebühren sind. Sie dürfen auch innerhalb einzelner Fächer unterscheiden. Was halten Sie von diesen differenzierten Gebühren?

Höller: Der RCDS hat diese sogar gefordert. Und das sogar zu einem Zeitpunkt, in dem differenzierte Beiträge im Wissenschaftsministerium noch eher ablehnend beurteilt worden waren. Wir fordern die Universitäten auf, für einzelne Fächer unterschiedliche Gebühren zu verlangen. Natürlich nur dann, wenn es von der Verwaltung her möglich ist. Aber das sollte in einer modernen Uni möglich sein.

NZ: Nach welchen Gesichtspunkten wollen Sie differenzieren?

Höller: Ich würde nur nach dem differenzieren, was für die Studenten mehr aufgewendet wird als bisher. Wenn nichts verbessert wird, dann sollten die Studienbeiträge auch nur auf

einem Minimallevel erhoben werden. In dem Maße, in dem die Studienbedingungen gegenüber dem heutigen Zustand verbessert werden, kann ich auch die Studienbeiträge verlangen. Deshalb halte ich auch nichts von pauschalen 500 Euro. Dann wäre der Anreiz bei weitem nicht so gegeben zu zeigen, wie gerechtfertigt die Beiträge sind. Ich würde die Beiträge aber nicht an andere Faktoren koppeln, wie den Berufs- oder Einkommensperspektiven, oder den Kosten des Gesamtstudiums. Sonst bekomme ich auch wieder eine Subventionierung einzelner Studiengänge.

NZ: Wofür sollen Ihrer Meinung nach die Studiengebühren eingesetzt werden?

Höller: Sie sollen nur zur Verbesserung der Lehre verwendet werden, also zum Beispiel für zusätzliche Tutorien, Materialien oder Bücher. Wenn es die Studenten wünschen, können auch Dinge rund um das Studium herum angeschafft werden, zum Beispiel eine Couch für eine Freizeitecke. Auf jeden Fall dürfen damit keine Vorlesungen oder andere Dinge finanziert werden, die essenziell für ein Studium sind. Die zusätzlichen Gelder sollten zum großen Teil direkt an die Fakultäten gehen und dort von einem Gremium,

das zur Hälfte aus Studenten besteht, verteilt werden können.

NZ: Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass die Mittel im Haushalt nach der Einführung gekürzt werden?

Höller: Gekürzt wird sicher nicht. Dies ist im Innovationsbündnis vereinbart. Es besteht nur die Gefahr bei dem erwarteten Studentenberg, dass die Mittel nicht so zunehmen wie die Zahl der Studenten. Wichtig ist deshalb, dass die Beiträge nur für studienverbessernde Dinge ausgegeben werden und nicht für Dinge, die die Zahl der Studienplätze erhöhen. Aber das ist im Gesetz geregelt.



Kurt Höller

NZ: Die Verwaltungsgebühren in Höhe von 50 Euro pro Semester verschwinden auch im Staatshaushalt.

Höller: Ich fordere auch vehement deren Abschaffung. Wenn ich mich damit nicht durchsetzen kann, sollten sie zumindest zur Verwaltung der Studienbeiträge genutzt werden.

NZ: Wird es durch Gebühren weniger Studenten geben?

Höller: Das einzige, was abnehmen wird, ist die Zahl der Langzeitstudenten. Ich glaube, es wird weniger Abbrecher geben. Fragen: Markus Kaiser

Herrmanns Stimme für FH-Ausbau und Anna Eder

(27.06.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Deggendorf (af). Bei seinem Besuch an der Fachhochschule hat Dr. Joachim Herrmann (Mitte), **CSU**-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, gestern nicht nur eine Lanze für die Wiederwahl seiner Parteifreundin Anna Eder (2.v.l.) als Oberbürgermeisterin gebrochen ("Du bist die richtige Frau am richtigen Platz"), sondern auch für den Ausbau der FH Deggendorf.

"Das Geld für die FH war bisher gut angelegt", sagte er, "denn sie steht für Wachstum und Fortschritt. Also ist es nur angemessen, hier weiter zu investieren." Er gab u.a. Prof. Klaus Nitsche, Dekan der Fakultät Maschinenbau Recht, der auf den Mangel an Ingenieuren hingewiesen und eine Stärkung des Standorts **Bayern** gefordert hatte. Dazu Herrmann, der sich auch ein Bild von der Aufbruchstimmung in China gemacht hatte: "Wir dürfen nicht ins Hintertreffen geraten."

Gemeinsam mit FH-Präsident Prof. Reinhard Höpfl (l.), **Kurt Höller** (3.v.l.), **Landesvorsitzender** des **RCDS**, auf dessen Initiative Herrmann im Rahmen seiner Kabinettstour gekommen war, sowie Christian Moser (2.v.r.), Kreisvorsitzender der **JU** Deggendorf, besuchte der Gast ein Labor für Optical Engineering. Dort erläuterte Doktorand Markus Schirnhärl (r.) u.a. die Bearbeitung von Speziallinsen.

Bei der anschließenden Diskussion, zu der Prof. Höpfl auch Kollegen der Kent Business School of the University of Canterbury als Partner-Uni für die Bachelor- und Masterstudiengänge (BA/MA) begrüßen konnte, sprach Fraktionschef Herrmann u.a. über Politik und Europa, christliche Werte und Toleranz. "Ich erwarte von Ausländern, dass sie unsere Kultur und Grundwerte akzeptieren und sich integrieren." Nicht nur in diesem Zusammenhang sei der Rohstoff Bildung höchstes Gut. In diesem System gehöre "mehr denn je den Fachhochschulen die Zukunft". Er kritisierte die zu lange Ausbildungsdauer, lobte BM/MA und geißelte Neid als Erfolgsverhinderer. "Bereitschaft zur Leistung und Freude am Erfolg müssen wir in die Arbeitswelt hineintragen." (Ausführlicher Bericht morgen)Binder

Neu gegründet und anerkannt

(02.06.2006 Kurt Höller) Main-Post

RCDS Gruppe**Neu gegründete
und anerkannt***RCDS Gruppe*

WÜRZBURG (SV) Die im Januar dieses Jahres neu gegründete RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) Fachhochschul-Gruppe Würzburg-Schweinfurt ist im Landesverband „RCDS in Bayern“ als vollwertiges Mitglied aufgenommen worden.

In der Vergangenheit existierte bereits eine RCDS Gruppe an der Fachhochschule in Würzburg, die jedoch seit mehreren Jahren ruhte. Gruppenvorsitzender ist Stephan Rau (23), der im achten Semester Medienmanagement mit der Studienrichtung Kommunikationsmanagement studiert. Weitere Gründungsmitglieder sind Johannes Liebmann (Stellvertreter/Schatzmeister), Aron Schuster (Stellvertreter), die Beisitzer Veronika Dickert, Barbara Brehm und Florian Biechele und Kassenprüfer Michael Schauer.

„Erste Aufgaben der Gruppe sind das Werben neuer Mitglieder, die Erstellung einer Erstsemester-Info-Broschüre und die Organisation für eine Veranstaltung zur Verwendung der Studienbeiträge an der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt“, sagt Stephan Rau. „Die RCDS-Gruppe ist eine Bereicherung für unsere Fachhochschule, da wir Mitstudenten Transparenz, Informationen und Aufklärung bezüglich der Hochschulpolitik an der FH geben wollen.“

Die RCDS-Gruppe wird regelmäßig öffentliche Stammtische veranstalten. Zudem wird derzeit in Kooperation mit der RCDS-Una-Gruppe für den Landesverband an einer neuen Flyer-Werbelinie gearbeitet.

Mettener bekunden in Rom Verbundenheit mit "ihrem" Kardinal**(29.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse****Romfahrt zum 95. Geburtstag von Dr. Augustinus Kardinal Mayer - Abt Wolfgang M. Hagl, Landrat und Bürgermeister unter Gratulanten**

Metten/Rom (ba). Wer hat schon einen Kardinal in Rom und durch ihn und dessen Heimatkloster enge Beziehungen zum Vatikan und zum Heiligen Stuhl? Das blieb einmal mehr den Mettenern vorbehalten, die mit einer großen Delegation in die Ewige Stadt reisten, um dem früheren Hausvater der Benediktinerabtei, Dr. Augustinus Kardinal Mayer, zum 95. Geburtstag zu gratulieren und dann auch noch bei der Generalaudienz von Papst Benedikt XVI. als eine der vielen Gruppen aus Deutschland vom Heiligen Vater genannt zu werden.

Die von der Marktgemeinde, deren Ehrenbürger der Kardinal ist, organisierte Fahrt wurde für alle Teilnehmer ein besonders Erlebnis. Abt Wolfgang M. Hagl, Cellerar Pater Markus Haering, Landrat Christian Bernreiter und Baron von Poschinger kamen per Flugzeug. In Rom gesellten sich einige Alt-Mettener dazu, u.a. **RCDS**-Chef **Kurt Höller** und Journalist Florian Eder. Im Mettener Bus fehlten auch nicht Bürgermeister Erhard Radlmaier, die Marktgemeinderäte Ludwig Fischer, Wolfgang Paukner und Oberstudiendirektor i.R. Walter Matl sowie die Leiterin der Hauptschule Irmgard Jabornitzky und der Abt-Utto-Grundschule Reinhard Hübl.

Für den betagten Jubilar hatte man Schmankerl aus **Bayern** als Geschenk dabei: Salami, Bauernbrot, Zwickl-Bier und ein paar Flascherl von den Maltersdorfer Klosterschwestern. Ein kleines Geburtstagsständchen zweier Sangesbrüder aus Metten freute den Kardinal besonders.

Erster Höhepunkt der Reise war der gemeinsame Gottesdienst im Campo Santo, dem Deutschen Friedhof neben dem Petersdom. Abt Wolfgang betonte, dass in der Liturgie der Geburtstag eigentlich nicht vorgesehen

sei, jedoch der Geburtstag des geschätzten Kardinals ein besonders Ereignis sei und man in der Eucharistiefeyer Dank sagen wolle. Der Abt gratulierte dem ältesten Mitbruder des Mettener Konvents, wünschte ihm Gottes reichsten Segen, einen Blick zurück in Dankbarkeit, Zufriedenheit, einen Blick nach vorne voller Hoffnung und Gelassenheit. Abt Wolfgang sagte: "Wir erleben in Ihnen noch heute eine kirchliche Persönlichkeit von großer Überzeugungskraft, in der sich Prinzipientreue und Stehvermögen mit Weitherzigkeit und Güte verbinden."

Der Heilige Vater hatte schon vormittags telefonisch gratuliert. Zu den Gratulanten gehörte auch der deutsche Botschafter am Heiligen Stuhl, Dr. Gerd Westdickenberg, der dem Kardinal ein persönliches Schreiben von Bundeskanzlerin Angela Merkel übergab. Gute Sitzplätze für die Mettener gab es bei der Generalaudienz einen Tag später. Der Heilige Vater fuhr von rund 70 000 Menschen umjubelt, direkt an der Pilgergruppe aus Metten vorbei. Mit Überraschung und großer Freude wurde die Nennung der Pilgergruppe aus der Abtei Metten durch Benedikt XVI. von den Reiseteilnehmern registriert und applaudiert.

Die Tage und Stunden in Rom waren mit einem großen Besuchsprogramm ausgebucht und man hatte mit Abt Wolfgang, Pater Markus und Walter Matl gute Führer durch St. Peter mit Besuch des Papstgrabs von Johannes Paul II., Lateranbasilika, Heilige Stiege, S. Maria Maggiore, S. Prassede, Kolosseum, Forum Romanum, Piazza Navona, Pantheon, Trevi-Brunnen, Spanische Treppe, Aventin, S. Sabina und S. Anselmo, Circus Maximus, Palatin, Sankt Paul vor den Mauern und Tivoli. In Subiaco, der Einsiedelei des hl. Benedikt, feierte man mit Abt Wolfgang und Pater Markus den Abschlussgottesdienst einer denkwürdigen Romreise.

Europa als Chance für Studenten

(27.05.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

Metten – Über die Chancen und Risiken der jungen Generation in Europa diskutierte der **RCDS Bayern** mit Europaministerin Emilia Müller, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Ingo Friedrich, Deggendorfs Oberbürgermeisterin Anna Eder und dem Mettener Abt Wolfgang Hagl im Kloster Metten. **RCDS**-Chef **Kurt Höller** forderte ein ausgebautes Stipendienwerk für Mittel- und Osteuropa, um den Austausch mit den neuen Mitgliedern zu stärken. Diese Vernetzungsprogramme müssten nach dem Vorbild des Regensburger EUROPAEUMS erweitert werden.

Zum Abschluss erörterten die Studenten bei einem Kamingespräch mit dem langjährigen Chefredakteur des Bayernkurier, Winfried Scharnagl, den Wandel **Bayerns** vom Agrar- zum Innovationsstandort. AvD

RCDS sieht Europa als Chance

(22.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Studenten diskutierten mit Politikern über die Zukunft der EU

Metten (pnp). "Europa bietet uns die Chance auf Frieden in den kommenden Jahr-zehnten", resümiert der Vorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern (RCDS)**, **Kurt Höller**.

Gemeinsam mit der Bayerischen Europaministerin Emilia Müller, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Dr. Ingo Friedrich, und der Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder diskutierten die Studenten aus ganz **Bayern** am Freitag im Kloster Metten (Lkr. Deggendorf) über die Zukunft des Projekts Europa. "Der **RCDS** möchte gerade die mittel- und osteuropäischen Länder für deutsche Studenten attraktiver machen", sagte **Höller**. Am Samstag fand ein Kamingespräch mit Winfried Scharnagl, dem langjährigen Chefredakteur des Bayernkuriers, statt.

Studenten fordern Vernetzungsprogramme

(22.05.2006 Kurt Höller) Straubinger Tagblatt

Metten. (ta) Die Grundstimmung zur Europäischen Union ist derzeit nicht mehr so positiv, wie sie schon einmal war, so das Resümee des Vizepräsidenten des Europaparlaments, Ingo Friedrich, am Freitagabend in Metten (Kreis Deggendorf). Neben Friedrich nahmen **Bayerns** Europaministerin Emilia Müller und Studenten aus ganz **Bayern** an einer Diskussionsrunde des Landesverbandes des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) im Mettener Kloster teil. Da der **RCDS** die mittel- und osteuropäischen Länder für deutsche Studenten attraktiver machen wolle, mache sich der der Verband für ein ausgebautes Stipendienwerk für Mittel- und Osteuropa

stark, sagte **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller**. Um dies zu gewährleisten, müssten europäische Vernetzungsprogramme ausgebaut werden.



"Europa hat Antworten auf Herausforderungen"

(20.05.2006 Kurt Höller) Passauer neue Presse

Ingo Friedrich und Emilia Müller diskutieren in Metten über Europa-Politik und verweisen auf die Erfolge der EU

Wendelin Trs Metten. Europa kann die Nationalstaaten nicht ersetzen.

Europa wird kein Paradies schaffen. Aber: "Nur Europa hat die Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts." Ingo Friedrich hat gestern Abend bei einer Podiumsdiskussion des Rings christlich-demokratischer Studenten (**RCDS**) versucht, die Europa-Skeptiker zu überzeugen. Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments will die Menschen mitnehmen, denn ihm ist wichtig, dass aus dem "Eliten-Projekt ein Volks-Projekt" wird.

Ungemein erfolgreich sei die Europäische Union bisher ohnehin, ist Friedrich überzeugt. Zusammen mit der Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller, Deggendorfs Oberbürgermeisterin Anna Eder und **RCDS-Landesvorsitzendem Kurt Höller** diskutierte er gestern im Wittelsbacher Saal des Klosters Metten unter der Moderation von PNP-Redakteur Alexander Kain das Thema "Europa - Chancen und Risiken einer jungen Generation".

Und gerade auf die Herausforderungen der Zukunft biete die EU Lösungen. "Je internationaler die Welt, desto mehr schwindet die Demokratie", so Friedrich im Hinblick etwa auf die WTO. Die EU habe einen erfolgreichen Versuch hinter sich, einen Zusammenschluss mehrerer Nationen demokratisch zu regeln. Nur eine starke, große Gemeinschaft könne Regeln eines fairen Handels durchsetzen und damit den Markt schützen. "Wir haben den Binnenmarkt bereits erfolgreich verwirklicht. Diese Frage wird global nochmal auf uns zu kommen", könne die EU bereits auf ihre Erfahrungen bauen, ebenso beim Schaffen von Frieden. Dies sei als einzelne Nation nicht mehr zu leisten, auch nicht als Frankreich oder Großbritannien. "Wenn man fragt, wer kann helfen, kommt immer Europ heraus."

Auch Emilia Müller geht davon aus, dass Europa nicht das Problem sondern die Chance sei. Die Ministerin verkannte ebenso wie Friedrich und **Höller** nicht, dass die öffentliche Wahrnehmung heutzutage in die entgegengesetzte Richtung laufe. Müller will den "Mehrwert" Europas den Menschen näher bringen. Viele Annehmlichkeiten der EU würden heute als Selbstverständlichkeit angesehen, "aber das ist es nicht". "Wir haben auch unseren Beitrag dazu zu leisten, auch wenn es manchmal Cash bedeutet", so Müller. Nur so könnten sich die Länder in der EU entwickeln, dies sei die einzige Chance in der globalen Welt.

Dass sich die Europäische Kommission zu sehr mit Kleinigkeiten beschäftige, kritisierte Anna Eder. "Größere Themen und Probleme müssen dafür noch weitaus besser auf der europäischen Ebene diskutiert werden."

Eine Europäische Verfassung sei notwendig, um die Kompetenzen untereinander abzustecken, darin solle auch die Subsidiarität festgeschrieben werden, so Friedrich. Sie sei aber dringend notwendig, dem noch größeren Europa die richtigen Instrumente zu geben, war er sich mit Emilia Müller einig.

Beide vertraten auch die Position einer zurückhaltenden Aufnahmepolitik. "Wir müssen anfangen, uns darüber konkrete Gedanken zu machen", setzt die Staatsministerin vor allem Hoffnung auf die kommende deutsche Ratspräsidentschaft. Friedrich gab zu bedenken, dass die Aufnahmefähigkeit - finanziell und mental - bisher zu wenig berücksichtigt worden sei. "Wir müssen den Türken sagen, was hättet ihr davon, wenn ihr beitretet und Europa implodiert." Schließlich sei Europa auf den "Erfolg des Projekts" angewiesen.

Den Ort für die Diskussion und seine Klausur hatte der **RCDS** gut gewählt, denn "das Thema Europa ist bei uns zu Hause", führte Abt Wolfgang M. Hagl die Teilnehmer in das Gespräch ein. Dem Abt fehlen heute vor allem die Europa-Visionäre. Deutlich stellte er aber auch in Frage, warum die christlichen Wurzeln Europas "verschämt verschwiegen" werden. Für ihn sollten als "Wegweiser im pluralistischen Wirrwarr" vor allem auch die christlichen Werte und Heiligen dienen.

RCDS Bayern fest in Altmettener

(18.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Studentenvertretung tagt ab morgen im Kloster

München/Metten (cwo). Es ist kein Zufall, dass der **RCDS Bayern** wieder hinter den Klostermauern von Metten (Lkr. Deggendorf) in Klausur geht: Nicht nur **Kurt Höller**, der gerade in Wildbad Kreuth als **Landesvorsitzender** der Christlich-Demokratischen Studenten bestätigt wurde, ist „Altmettener“. Auch die Schatzmeisterin Cordula Spitzer hat im Gymnasium Metten die Grundlagen für ihr Studium gelegt, ebenso wie der neue stellvertretende Landesvorsitzende Stephan Rabl.

Mit einer hochkarätig besetzten öffentlichen Podiumsdiskussion über Europa beginnt die Tagung morgen, Freitag. Im Festsaal des Benediktinerstifts diskutieren ab 19 Uhr Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europaparlaments und stellvertretender **CSU**-Vorsitzender, Europaministerin Emilia Müller, die Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder und **RCDS**-Chef **Kurt Höller** über Chancen und Risiken der EU für die junge Generation. PNP-Wirtschaftsredakteur Alex Kain wird den Abend moderieren.

In Kreuth zeigten sich die **CSU**-nahen Studenten durchaus kritisch gegenüber der bayerischen Hochschulpolitik. Sie forderten für das Lehrangebot der Hochschulen nicht nur eine interne Beurteilung durch Studenten, sondern auch eine Evaluation durch internationale Experten: „Wenn wir als Studenten bald Studienbeiträge zahlen, haben wir Anspruch auf exzellente Lehre“, sagte **Höller** zu Hochschulminister Goppel. Für eine schlechte Bewertung müsse es auch Konsequenzen geben.

Zudem forderte der **RCDS** die Abschaffung der Verwaltungsgebühren, wenn die Studienbeiträge erhoben werden. Minister Goppel versprach den Studierenden, für die Studienbeiträge werde ein sozial abgefedertes Kreditmodell angeboten. An den Gebühren werde in **Bayern** kein Studium scheitern. Unzufrieden äußerte sich der **RCDS** mit der Regelung, dass Studenten mit zwei Geschwistern von den Beiträgen befreit werden: „Das sei ein Systembruch“, so **Höller**. Die Studenten müssten für diese Art von Familienpolitik aufkommen.

RCDS Bayern fest in Altmettener Hand

Studentenvertretung tagt ab morgen im Kloster

München/Metten (cwo). Es ist kein Zufall, dass der RCDS Bayern wieder hinter den Klostermauern von Metten (Lkr. Deggendorf) in Klausur geht: Nicht nur Kurt Höller, der gerade in Wildbad Kreuth als Landesvorsitzender der Christlich-demokratischen Studenten bestätigt wurde, ist „Altmettener“. Auch die Schatzmeisterin Cordula Spitzer hat im Gymnasium Metten die Grundlagen für ihr Studium gelegt, ebenso wie der neue stellvertretende Landesvorsitzende Stephan Rabl.

Mit einer hochkarätig besetzten öffentlichen Podiumsdiskussion über Europa beginnt die Tagung morgen, Freitag. Im Festsaal des Benediktinerstiftes diskutieren ab 19 Uhr Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europaparlaments und stellvertretender CSU-Vorsitzender, Europaministerin Emilia Müller, die Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder und RCDS-Chef Höller über Chancen und Risiken der EU für die junge Generation. PNP-Wirtschaftsredakteur Alexander Kain wird den Abend moderieren.

In Kreuth zeigten sich die

CSU-nahen Studenten durchaus kritisch gegenüber der bayerischen Hochschulpolitik. Sie forderten für das Lehrangebot der Hochschulen nicht nur eine interne Beurteilung durch Studenten, sondern auch eine externe Evaluation durch internationale Experten: „Wenn wir als Studenten bald Studienbeiträge zahlen, haben wir Anspruch auf exzellente Lehre“, sagte Höller zu Hochschulminister Thomas Goppel. Für eine schlechte Bewertung müsse es auch Konsequenzen geben.

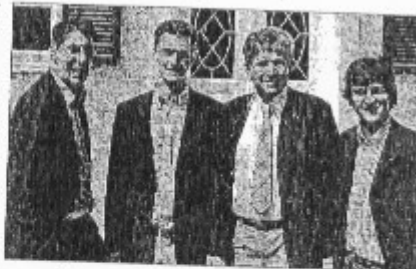
Zudem forderte der RCDS die Abschaffung der Verwaltungsgebühren, wenn die Studienbeiträge erhoben werden. Minister Goppel versprach den Studierenden, für die Studienbeiträge werde ein sozial abgefedertes Kreditmodell angeboten. An den Gebühren werde in Bayern kein Studium scheitern. Unzufrieden äußerte sich der RCDS mit der Regelung, dass Studenten mit zwei Geschwistern von den Beiträgen befreit werden: „Das sei ein Systembruch“, so Höller. Die Studenten müssten für diese Art von Familienpolitik aufkommen.

RCDS Passau trifft Minister Goppel

(17.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

RCDS Passau trifft Minister Goppel

Auf der Landesdelegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern in Wildbad Kreuth hat der RCDS Passau Einblick in das neue Bayerische Hochschulgesetz gewonnen. Am 18. Mai soll es im Parlament zum Beschluss vorgelegt werden. Der bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Thomas Goppel, stellte die geplanten Änderungen vor. Die Passauer Delegierten Benedikt Oiberding, Raphael Roggendorf, Florian Steidl und Johannes Wedekind diskutierten mit dem Minister ihre studentischen Standpunkte. Themen waren unter anderem der Umgang mit den kommenden Studienbeiträgen, die Darlehensfinanzierung sowie das Ausmaß der angestrebten Ausweitung der Selbstverwaltung der Hochschulen. In der Versammlung wurde der amtierende Landesvorsitzende Kurt Höller (26) mit großer Mehrheit in seiner dritten Amtszeit bestätigt. Im Bild (v.l.) Kurt Höller, Florian Steidl, Minister Goppel und Johannes Wedekind.



Bamberger an RCDS-Spitze

(17.05.2006 Kurt Höller) Fränkischer Tag

Bamberg. Der 23-jährige Bamberger Stephan Rabl ist von der Landesdelegierten-versammlung in Wildbad/Kreuth vor kurzem zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) **Bayern** gewählt worden. Er ist damit Stellvertreter des wiedergewählten Landesvorsitzenden, **Kurt Höller** (26).

Bildungspolitik der Zukunft

(13.05.2006 Karsten Dietel) RCDS diskutiert mit Wissenschaftsminister Goppel über das neue Hochschulgesetz

Kreuth – Hochaktueller Besuch beim bildungspolitischen Kooperationsseminar des **RCDS Bayern** und der Hans-Seidel- Stiftung in Wildbad Kreuth: Mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und dem Ausschussvorsitzenden Ludwig Spaenle stellten die Väter des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes ihren Entwurf vor.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Diskussion mit dem Studentenverband lag beim Thema Evaluation. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten will zur internen Beurteilung durch Studenten auch eine externe Begutachtung durch internationale Experten, um eine aussagekräftige Bewertung des Lehrangebotes zu erhalten. „Wenn wir Studienbeiträge bezahlen, haben wir auch Anspruch auf eine exzellente Lehre“, so **RCDS-Vorsitzender Kurt Höller**. Evaluation müsse Konsequenzen haben. „Es kann nicht sein, dass in **Bayern** hochbezahlte Professoren die Hörsäle leer lesen. Hier brauchen wir Sanktionen.“

Diese für die 1500 **RCDS**-Mitglieder zentrale Forderung ist im neuen Gesetzesentwurf weitestgehend verwirklicht. Aber Goppel warb um das rechte Maß und um Sachbezogenheit. Evaluation dürfe nicht zur Schmähekritik führen: „Einen Professor durch Evaluation den Stempel des Buhmanns aufzudrücken, wäre für mich kein probates Mittel.“

Die Abschaffung der Verwaltungsgebühr fordert **Höller**: „Es kann ja nicht sein, dass wir bald drei Mal Geld verlangen: Erst die Studienbeiträge, dann den Studentenwerksbeitrag und zum Schluss noch die Verwaltungsgebühren.“ Nach Auffassung des **RCDS** müssen Studienbeiträge durch Kredite finanzierbar bleiben. Goppel kam hier mit einer guten Nachricht für die 20 bayerischen **RCDS**-Hochschulgruppen nach Kreuth. Sein Verhandlungsergebnis für die Studienbeiträge läge deutlich unter den Plänen anderer Länder. Der Wissenschaftsminister versprach: „Es wird dazu in nächster Zeit konkrete Zahlen geben. Die Staatsregierung steht zu ihrem Wort, die Studienbeiträge sozial abzufedern.“

Minister Goppel zeigte sich über fachlich fundierte Kritik des **RCDS** erfreut. Er und Spaenle betonten den Paradigmenwechsel der Hochschulpolitik durch das neue Gesetz: Die Bayerischen Hochschulen würden modernisiert und für das 21. Jahrhundert fit gemacht.

Professor Joachim Hornegger aus **Erlangen** bestätigte in seinem Vortrag „Wirtschaft und Wissenschaft“, dass die bayerische Wissenschaftspolitik gut aufgestellt sei. Sie dürfe sich aber nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Er forderte Leistungsorientierung auf allen Ebenen, Abschaffung der Verbeamtung von Professoren, Profilbildung der Unis sowie frühzeitige Integration der Studenten in den Forschungsbetrieb.

Zum Schluss der zweitägigen Tagung ermutigte der Leiter des Förderungswerkes der Hans-Seidel-Stiftung, Professor Hans Peter Niedermeier, die Anwesenden, sich für Stipendien zu bewerben. (Frank Gübner)

Bildungspolitik der Zukunft

RCDS diskutiert mit Wissenschaftsminister Goppel über das neue Hochschulgesetz

Kreuth - Hochaktueller Besuch beim bildungspolitischen Kooperationsseminar des RCDS Bayern und der Hans-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth. Mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und dem Ausschussvorsitzenden Lüdwig Späthle stellten die Väter des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes ihren Entwurf vor.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Diskussion mit dem Studentenverband lag beim Thema Evaluation. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten will zur internen Beurteilung durch Studenten auch eine externe Begutachtung durch internationale Experten, um eine aussagekräftige Bewertung des Lehrangebotes zu erhalten. „Wozu wir Studienbeiträge bezahlen, haben wir auch einen Anspruch auf exzellente Lehre“, so RCDS-Vorsitzender Kurt Höller. Evaluation müsse Konsequenzen haben. „Es kann nicht sein, dass in Bayern hochbezahlte Professoren die Hörsäle leer lassen. Das brauchen wir Sanktionen.“

Diese für die 1500 RCDS-Mitglieder zentrale Forderung ist im neuen Gesetzesentwurf weitestgehend um das rechte Maß und um Sachbezogenheit. Evaluations dürfte nicht zu Schönheitskritik führen: „Einem Professor durch Evaluation den Stempel des Substanziellen aufzudrücken, wäre für mich kein positives Mittel.“ Die Abschaffung der Verwaltungsgebühren fordert Höller: „Es kann ja nicht sein, dass wir bald drei Mal Geld verlangen. Erst die Studienbeiträge, dann der Studentenwerkbeitrag und zum Schluss noch die Verwaltungsgebühren.“ Nach Aufhebung des



Bildungspolitik im Blick: Thomas Goppel, Stefan Hartenberger, Cordula Spitzer, Hans-Peter Niedermeier, Kurt Höller, Michael Hornegger, Frank Gübner, Uta Meitner, Martin Degenhardt, Andreas Höpfe, Stephan Raab (v.l.)

RCDS müssen die Studienbeiträge durch Kredite finanzierbar bleiben. Goppel kam hier mit einer guten Nachricht für die 20 bayerischen RCDS-Hochschulgruppen nach Kreuth: Sein Vorschlag, die Studienbeiträge läge deutlich unter den Plänen anderer Länder. Der Wissenschaftsminister verspricht: „Es wird dazu in nächster Zeit konkrete Zahlen geben. Die Staatsregierung steht zu ihren Wörtern, die Studienbeiträge sozial abzufedern.“

Minister Goppel zeigte sich über die fachlich fundierte Kritik des RCDS erfreut. Er und Späthle betonen den Paradigmenwechsel der Hochschulpolitik durch das neue Gesetz: Die bayerischen Hochschulen wü-

den modernisiert und für das

21. Jahrhundert fit gemacht. Professor Joachim Hornegger aus Erlangen bestritt in seinem Vortrag „Wirtschaft und Wissenschaft“, dass die bayerische Wissenschaftspolitik gut aufgestellt sei. Sie dürfe sich aber nicht auf dem Lorbeer ausruhen. Er forderte Leistungsorientierung auf allen Ebenen, Abschaffung der Verbeamtung von Professoren, Profilbildung der Unis sowie frühzeitige Integration der Studenten in den Forschungsprozess.

Zum Schluss der zweitägigen Tagung ernannte der Leiter des Förderungsverbandes der Hans-Seidel-Stiftung, Professor Hans-Peter Niedermeier, die Anwesenden, sich für Stipendien zu bewerben.

Frank Gübner

Die 52 Landesdelegierten des RCDS Bayern haben in Kreuth ihren Landesvorsitzenden Kurt Höller aus Erlangen deutlich mit einer Mehrheit von 82 Prozent in seinem Amt bestätigt. Er tritt damit in sein drittes Amtsjahr. Stellvertreterin bleibt Cordula Spitzer aus Bayreuth. Neu gewählt wurden die Stellvertreter Stephan Raab (Landsberg) und Stefan Hartenberger (Regensburg). Der Münchner Thomas Döpfel und der Würzburger Martin Schöbber kandidierten nicht mehr. Schatzmeisterin bleibt Uta Meitner aus Erlangen.

Heftiger Schlagabtausch

(13.05.2006 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Für und Wider zur Einführung der Studiengebühren

Von Sabine Raab

Markt Schwaben - Stellt die Einführung von Studiengebühren eine zu hohe Belastung für Studenten dar, oder ist sie eine notwendige bildungspolitische Maßnahme? Um dieser Frage nachzugehen, lud die Schülermitverwaltung des Franz-Marc-Gymnasiums Markt Schwaben am Donnerstagabend Vertreter aus Politik und Hochschule zu einer Podiumsdiskussion in die Aula der Schule ein. Die Brisanz der Thematik zeigte sich im bisweilen heftigen Schlagabtausch zwischen den Rednern sowie den kritischen Fragen aus dem Publikum.

„Zu Beginn des Sommersemesters 2007 werden an den Universitäten in **Bayern** Studiengebühren zwischen 300 und 500 Euro pro Semester eingeführt“, erklärt Hans-Helmuth Günther von der Abteilung Management der TU-München zu Beginn der Diskussion. Die tatsächliche Höhe des Semesterbeitrags könnten die Unis dabei – je nach Bedarf – selbst festlegen. Seiner Meinung nach sollte der finanzielle Zugewinn auf alle Fälle der Verbesserung der universitären Verhältnisse zukommen.

Ina Faßbinder, die Vertreterin des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses (AStA) der LMU-München ist sich sehr sicher, dass in **Bayern** Studiengebühren in der Maximalhöhe von 500 Euro eingeführt werden, was sie für unzumutbar hält: „Eine Umfrage hat ergeben, dass 27 Prozent der Studierenden – vor allem Bafög-Empfänger und Frauen – ihr Studium abbrechen würden, wenn sie pro Semester 500 Euro zahlen müssten“, sagt sie. Zudem vertraue die Mehrzahl der Studenten nicht darauf, dass die Gebühren wirklich dort eingesetzt würden, wo sie am nötigsten seien.

Margarete Bause, Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, und Adelheid Rupp von der SPD halten eine Erhöhung der Studiengebühren für kontraproduktiv – schließlich sollte sich die Zahl der Studenten doch eigentlich erhöhen. „Da die Studiengebühren unabhängig davon zu zahlen sind, ob man Bafög erhält, oder nicht, müssen sich Bafög-Empfänger während des Studiums doppelt verschulden“, sagt Bause. Sie befürchtet, dass sich dadurch vor allem junge Menschen aus sozial schwächeren Verhältnissen gegen ein Studium entscheiden. Harald Renz von der Landes-Eltern-Vereinigung hebt in diesem Zusammenhang die finanzielle Mehrbelastung der Eltern durch Studiengebühren hervor.

Hier halten Hans-Helmuth Günther und der Vertreter des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, **Kurt Höller**, dagegen, indem sie auf die verschiedenen Finanzierungsmodelle verweisen. „Es gibt entweder die Möglichkeit, bei einer Bank einen Studienkredit für Lebensunterhalt und Studienbeiträge oder ein Studienbeitragsdarlehen aufzunehmen“, erklärt Günther. Die Höhe und Dauer der Rückzahlung hänge dabei von der Höhe des Einkommens nach Abschluss des Studiums ab.

Adelheid Rupp warnt dagegen davor, die Studienkredite als „sozial gerecht“ zu bewerten: „Ein Student, der von zu Hause unterstützt wird, kann sogar bei schlechten Leistungen ohne Schulden ins Berufsleben starten – einer mit besseren Leistungen, der einen Kredit aufnehmen muss, nicht.“

Ein junger Mann aus den Reihen der Zuhörer meldet sich kritisch zu Wort: „Hat denn eine Gesellschaft kein Recht auf Bildung?“, richtet er seine Frage an das Podium. Seiner Meinung nach sei die Einführung von Studiengebühren ein unzulässiger Rückzug des Staates von seiner Aufgabe, die Bildung seiner Bürger zu finanzieren. Einige Schüler aus der zwölften Jahrgangsstufe unterhalten sich nach der Podiumsdiskussion angeregt miteinander: „Bei solchen Dingen wie der Einführung von Studiengebühren geht das Vertrauen in den Staat ganz verloren“, sagt ein junger Mann. „Wenn dann nicht mal klar ist, ob die zusätzlichen Einnahmen auch wirklich den Studenten zugute kommen, macht das Ganze sowieso keinen Sinn“, bestärkt ihn eine Mitschülerin.

Dass diese Annahmen nicht ganz unbegründet sind, zeigt sich in einem Schreiben, das die bayerischen Hochschulen kürzlich erhalten haben: Darin heißt es, dass die Einzahlungen der Studenten automatisch auf dem Konto der Staatsoberkasse verbucht würden. Dabei sieht das Gesetz vor, dass die Erhebung der Studiengebühren allein Sache der Hochschulen ist.

Heftiger Schlagabtausch

Für und Wider zur Einführung der Studiengebühren

Von Sabine Raab

Markt Schwaben ■ Stellt die Einführung von Studiengebühren eine zu hohe Belastung für Studenten dar, oder ist sie eine notwendige bildungspolitische Maßnahme? Um dieser Frage nachzugehen, lud die Schölermitverwaltung des Franz-Mare-Gymnasiums Markt Schwaben am Donnerstagabend Vertreter aus Politik und Hochschule in die Aula der Schule ein. Die Brisanz der Thematik zeigte sich im zwischen heftigen Schlagabtausch zwischen den Rednern sowie den kritischen Fragen aus dem Publikum.

Zu Beginn des Sommersemesters 2007 werden an den Universitäten in Bayern Studiengebühren zwischen 300 und 500 Euro pro Semester eingeführt“, erklärt Hans-Helmuth Günther von der Abteilung Management der TU-München zu Beginn der Diskussion. Die tatsächliche Höhe der Semesterbeiträge könnten die Unis dabei – je nach Bedarf – selbst festlegen. Seine Meinung nach sollte der finanzielle Zugewinn auf alle Fälle der Verbesserung der universitären Verhältnisse zukommen.

Ina Faßbender, die Vertreterin des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses (ASTA) der LMU-München ist sich sehr sicher, dass in Bayern Studiengebühren in der Maximalthöhe von 500 Euro eingeführt werden, was sie für unannehmbar hält. „Eine Umfrage hat erge-

aus sozial schwächeren Verhältnissen gegen ein Studium entschieden. Harald Renz von der Landes-Eltern-Vereinigung hebt in diesem Zusammenhang die finanzielle Mehrbelastung der Eltern durch Studiengebühren hervor.

Hier halten Hans-Helmuth Günther und der Vertreter des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, Kurt Höller, dagegen, indem sie auf die verschiedenen Finanzierungsmodelle verweisen. „Es gibt entweder die Möglichkeit, bei einer Bank einen Studienkredit für Lebensunterhalt und Studienbeiträge oder ein Studienbeitragsdarlehen aufzunehmen“, erklärt Günther. Die Höhe und Dauer der Rückzahlung hänge dabei von der Höhe des Einkommens nach Abschluss des Studiums ab.

Adelheid Rupp warnt dagegen davor, die Studienkredite als „sozial gerecht“ zu bewerten: „Ein Student, der von zu Hause unterstützt wird, kann sogar bei schlechten Leistungen ohne Schulden ins Berufsleben starten – einer mit besseren Leistungen, der einen Kredit aufnehmen muss, nicht.“

Ein junger Mann aus den Reihen der Zuhörer meldet sich kritisch zu Wort: „Hat denn eine Gesellschaft kein Recht auf Bildung?“, richtet er seine Frage an das Podium. Seiner Meinung nach sei die Einführung von Studiengebühren ein unzulässiger Rückzug des Staates von seiner Aufgabe, die Bildung seiner Bürger zu finanzieren.



Podiumsdiskussion über Studiengebühren im Markt Schwabener Gymnasium: Kurt Höller (von links), Tanja Zieger Moderation, Elena Stingl, Ina Faßbender, Hans-Helmuth Günther, Harald Renz, Margarete Bause und Adelheid Rupp. Foto: Endt

ben, dass 27 Prozent der Studierenden – vor allem Bafög-Empfänger und Frauen – ihr Studium abbrechen würden, wenn sie pro Semester 500 Euro zahlen müssten“, sagt sie. Zudem vertraue die Mehrzahl der Studenten nicht darauf, dass die Gebühren wirklich dort eingesetzt würden, wo sie am nötigsten seien.

Margarete Bause, Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, und Adelheid Rupp von der SPD halten eine Erhöhung der Studiengebühren für kontraproduktiv – schließlich sollte sich die Zahl der Studenten doch eigentlich erhöhen. „Da die Studiengebühren unabhängig davon zu zahlen sind, ob man Bafög erhält, oder nicht, müssen sich Bafög-Empfänger während des Studiums doppelt verschulden“, sagt Bause. Sie befürchtet, dass sich dadurch vor allem junge Menschen

zielen. Einige Schüler aus der zwölften Jahrgangsstufe unterhalten sich nach der Podiumsdiskussion angeregt miteinander: „Bei solchen Dingen wie der Einführung von Studiengebühren geht das Vertrauen in den Staat ganz verloren“, sagt ein junger Mann. „Wenn dann nicht mal klar ist, ob die zusätzlichen Einnahmen auch wirklich den Studenten zugute kommen, macht das Ganze sowieso keinen Sinn“, bestärkt ihn eine Mitschülerin.

Dass diese Annahmen nicht ganz unbegründet sind, zeigt sich in einem Schreiben, das die bayerischen Hochschulen kürzlich erhalten haben: Darin heißt es, dass die Einzahlungen der Studenten automatisch auf dem Konto der Staatsoberkasse verbucht würden. Dabei sieht das Gesetz vor, dass die Erhebung der Studiengebühren allein Sache der Hochschulen ist.

Podiumsdiskussion in Marktschwaben, **Höller (RCDS BY)** links

Stephan Rabl im RCDS-Vorstand
(11.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Der Viechtacher ist stellvertretender Landesvorsitzender der Studentenvereinigung

Viechtach (vbb). Auf der diesjährigen Delegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in Wildbad Kreuth wurde der Viechtacher Stephan Rabl (23) zum stellvertretenden Vorsitzenden des **RCDS Bayerns** gewählt.

Rabl studiert seit zwei Jahren Politikwissenschaft in Bamberg und leitet dort die **RCDS**-Gruppe. "Der **RCDS** ist mit 8000 Mitgliedern in **Bayern** die größte studentische Interessenvertretung. Wir setzen uns dafür ein, dass Studenten in **Bayern** gute Bedingungen an den Hochschulen vorfinden und sehen uns als Sprachrohr in die Politik", so Rabl.

Vor seinem Engagement bei dem **CSU**-nahen **RCDS** gründete er mit einer Handvoll Schülern die Schüler-Union im Landkreis Regen, die mittlerweile knapp 70 Mitglieder zählt. Zudem hat er sich bereits in der Jungen Union Viechtach politisch betätigt. Der "Wahl-Bamberger" hat sich als Leiter der Programmkommission im Landesvorstand seine Lorbeeren verdient und wurde dafür mit seiner Wahl zum Stellvertreter belohnt. Vorsitzender des **RCDS Bayern** ist auch weiterhin der aus Deggendorf stammende **Kurt Höller** (26).

Wissenschaftsminister Thomas Goppel, einer der ersten Gratulanten für **Höller** und Rabl, zeigte sich optimistisch, dass die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen **RCDS** und Ministerium für ein weiteres Jahr gesichert sei. Gerade kurz vor der Verabschiedung des neuen Hochschulgesetzes und mitten in der Debatte um die im Sommer 2007 startenden Studienbeiträge sei eine "enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit" notwendig, so Goppel.

Des Weiteren wurden einige Anträge, darunter der Leitantrag "Evaluation der Lehre", mit einer breiten Mehrheit der Stimmen gebilligt. Sie könne jetzt an die zuständige Arbeitsgruppe übergeben und mit den Fachpolitikern beraten werden.

Podiumsdiskussion über Studiengebühren

(10.05.2006 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Markt Schwaben

Ein brandaktuelles Thema hat sich die Schülermitverwaltung des Markt Schwabener Gymnasiums für eine Podiumsdiskussion am heutigen Mittwoch, 11. Mai, vorgenommen: „Studiengebühren in **Bayern**“ wird sicherlich für einen regen Meinungsaustausch sorgen. Bekanntlich plant die Staatsregierung, von 2007 an Gebühren von 500 Euro pro Semester zu erheben. Auf dem Podium sitzen **Kurt Höller**, Ring Christlich-Demokratischer Studenten, die Abgeordneten Adelheid Rupp (SPD) und Magarete Bause (Grünen), Harald Renz von der Landes-Eltern-Vereinigung, Bezirksschülersprecherin Elena Stingl sowie Ina Faßbinder, Allgemeiner Studierenden-Ausschuss. Beginn ist um 19.30 Uhr.

Aktive Hochschulpolitik

(06.05.2006 RCDS Bayern e.V. - Karsten Dietel) Bayernkurier

RCDS berät mit Goppel neues Gesetz

Wildbad Kreuth – Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten versteht sich als die Organisation der Unionsparteien an den Hochschulen. Heute und am Sonntag diskutiert der **RCDS Bayern** bei einem Kooperationsseminar im Bildungszentrum der Hans-Seidel-Stiftung mit Staatsminister Thomas Goppel, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses im Landtag, Ludwig Spaenle, und dem Landtagsabgeordneten Georg Eisenreich die Eckpunkte des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes. Eine hochaktuelle Thematik, denn das Gesetz wird dem Landesparlament am 18. Mai zur Beschlussfassung vorgelegt.

Wesentliche Teile der bayerischen Hochschulpolitik stehen vor Veränderungen: Hin zu schlankeren Strukturen, größerer Eigenverantwortung und Modernisierung. Deshalb will sich der **RCDS** mit Studienbeiträgen, der Au-

tonomie der Hochschulen, der Selbstauswahl ihrer Studenten und dem internationalen Wettbewerb auf dem Bildungssektor auseinandersetzen.

Ferner wird in Kreuth vor den **RCDS**-Mitgliedern Professor Joachim Hornegger (Uni **Erlangen**) über die Partnerrolle von Wirtschaft und Wissenschaft in der globalisierten Welt referieren.

RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller ist stolz auf das Kreuther Programm: „Der **RCDS** ist die führende politische Kraft an den bayerischen Hochschulen. Das werden wir auch an diesem Wochenende deutlich machen.“ (Ingo Sommer)

Aktive Hochschulpolitik

RCDS berät mit Goppel neues Gesetz

Wildbad Kreuth – Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten versteht sich als die Organisation der Unionsparteien an den Hochschulen. Heute und am Sonntag diskutiert der RCDS Bayern bei einem Kooperationsseminar im Bildungszentrum der Hanns-Seidel-Stiftung mit Staatsminister Thomas Goppel, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses im Landtag, Ludwig Spaenle, und dem Landtagsabgeordneten Georg Eisenreich die Eckpunkte des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes. Eine hochaktuelle Thematik, denn das Gesetz wird dem Landesparlament am 18. Mai zur Beschlussfassung vorgelegt.

Wesentliche Teile der bayerischen Hochschulpolitik stehen vor Veränderungen: Hin zu schlankeren Strukturen,

größerer Eigenverantwortung und Modernisierung. Deshalb will sich der RCDS mit Studienbeiträgen, der Autonomie der Hochschulen, der Selbstauswahl ihrer Studenten und dem internationalen Wettbewerb auf dem Bildungssektor auseinandersetzen.

Ferner wird in Kreuth vor den RCDS-Mitgliedern Professor Joachim Hornegger (Uni Erlangen) über die Partnerrolle von Wirtschaft und Wissenschaft in der globalisierten Welt referieren.

RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller ist stolz auf das Kreuther Programm: „Der RCDS ist die führende politische Kraft an den bayerischen Hochschulen. Das werden wir auch an diesem Wochenende deutlich machen.“

Ingo Sommer
Ausführlicher Bericht folgt

Frühjahrsputz des RCDS

(04.04.2006 RCDS Bayern e.V. - Karsten Dietel) Nürnberger Nachrichten vom 04.04.2006

33 prall gefüllte Müllsäcke sind das Ergebnis einer fünfständigen Frühjahrsputz-Aktion von Studenten der Hochschulgruppe **RCDS** rund um den Wiso-Campus. Sie haben eingesammelt, was Schnee und Eis zugedeckt hatten: Flaschen, Papier, Zigarettenschachteln und sogar PC-Tastaturen.

Frühjahrsputz des RCDS

33 prall gefüllte Müllsäcke sind das Ergebnis einer fünfständigen Frühjahrsputz-Aktion von Studenten der Hochschulgruppe **RCDS** rund um den Wiso-Campus. Sie haben eingesammelt, was Schnee und Eis zugedeckt hatten: Flaschen, Papier, Zigarettenschachteln und sogar PC-Tastaturen.

(08.03.2006 Kurt Höller) Main-Post

Daniel Schubert beim RCDS im Amt bestätigt

Hochschul-Notizen

Daniel Schubert beim RCDS im Amt bestätigt

Der 20-jährige Daniel Schubert wurde in der Mitgliederversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in seinem Amt bestätigt. Der gebürtige Würzburger, der auch im Studentischen Konvent der Uni sitzt, studiert BWL im dritten Semester. „Das Wintersemester 2005/06 war ein erfolgreiches Semester für uns“, erklärte Schubert. „Durch die Gründung von Arbeitskreisen ist unsere Hochschulgruppe nun für das nächste Semester gut aufgestellt.“ Stellvertreter Schuberts ist der 21-jährige Jurastudent Martin Schröder. Das Team vervollkommen der Geschäftsführer Sebastian Kins, der Kassenwart Karl-Heinz Neder und die Beisitzer Johannes Beck, Sophie Bellefontaine, Michaela Hiebel, Philippe Gruhl, Caroline Müller, sowie Clemens Pompey. Der RCDS will laut einer Mitteilung darauf achten, „dass Studiengebühren bei den Studenten in der Lehre ankommen und nicht finanzielle Mittel zu Lasten der Lehre umverteilt werden.“ Weitere Ziele: die Verlängerung der Bibliotheks-Öffnungszeiten und der Erhalt der politischen Wissenschaft am Standort Würzburg.

Der RCDS im Internet:
www.rcds-wuerzburg.de

Neller will gegen Raumnot der Universität ankämpfen

(06.03.2006 Kurt Höller) Fränkischer Tag

Neller will gegen Raumnot der Universität ankämpfen

Bamberg - Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Jungen Union (JU) und des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) erläuterte OB-Kandidat Peter Neller seine Vorstellungen von der künftigen Entwicklung der Universität Bamberg.

Vor allem der aus einer 300%igen Überbelegung resultierenden Raumnot will Peter Neller dabei begegnen. Neben dem Erba-Gelände in Gaustadt sieht er vor allem das Areal des derzeitigen Hallenbades als möglichen Standort der Universität. Wie der FT berichtete, hat sich Neller mit diesem Anliegen auch bereits an Vize-Ministerpräsident Beckstein gewandt. „Mir wäre es lieber, das Grundstück des Hallenbades für wichtige Bildungsaufgaben zu nutzen, als dort eine wohl defizitäre

Kunsthalle zu errichten“, so Neller.

Am Rande der Veranstaltung zeigten sich die Vorsitzenden von JU und RCDS, Christian Kübrich und Stephan Rabl, erfreut darüber, dass mittlerweile auch die Liberale Hochschulgruppe das Anliegen von JU und RCDS nach einer direkten Busverbindung der beiden bestehenden Universitätsstandorte und einem erweiterten Angebot an Nachtlinien befürwortet. Bereits zur Einführung des Semestertickets hatten JU und RCDS dafür plädiert.

Gerade im Punkt der Nachtlinien will Neller nach Möglichkeiten suchen, eine Verbesserung herbeizuführen. Da die Studenten in Bamberg auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor seien, müsse die Stadt auch auf deren Bedürfnisse achten.

Haase verlangt mehr Freiheit

(21.01.2006 Kurt Höller) MAINPOST

Uni-Präsident und Studenten bereiten sich auf das neue Hochschulgesetz vor

Würzburg Mit dem Freistaat handelt er derzeit die Zielvereinbarungen für die Würz-burger Universität aus, öffentlich fordert er für die Hochschulen mehr Freiheit: Präsident Professor Axel Haase wird nicht müde, die überbordende Bürokratie in den Hochschulen zu beklagen.

"Mehr Zeit zu haben für die Forschung und weniger für die Strukturplanung"- wenn es nach dem Würzburger Uni-Präsidenten geht, sollen die Wissenschaftler an den Universitäten tun, was sie am besten können: forschen und lehren. "Erst kommt die Wissenschaft, und dann ergeben sich die Strukturen oder notwendigen Veränderungen", lautet Haases Plädoyer für autonome Hochschulen. Gefahren für die Freiheit drohten dabei weniger durch inhaltliche oder fachliche Vorgaben oder gar Zensur: Zeitmangel bremst die Wissenschaftler aus. Die Professoren müssten immer mehr dokumentieren, sich immer öfter rechtfertigen, Mehrjahrespläne schreiben, Normen einhalten: "Freiheit wird heute in erster Linie eingeschränkt durch die zunehmende Reduzierung von frei verfügbarer Zeit", beklagte Haase jüngst bei einer Festveranstaltung in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München. Am Donnerstag wiederholte der Präsident seine Forderung, die Wissenschaftler von Bürokratie zu entlasten - und ihnen freie Hand zu lassen. Der Studentische Konvent hatte zu einer Podiumsdiskussion zum neuen Bayerischen Hochschulgesetz geladen, das - stimmt der Landtag zu - zum 1. Juni in Kraft tritt. Künftig soll es an den bayerischen Universitäten einen Hochschulrat geben, paritätisch besetzt mit acht Externen und acht Hochschulangehörigen. Dieses neue, mächtige Gremium wählt unter anderem den Präsidenten und den Kanzler und wird über Studiengänge entscheiden. Der Senat - bislang das zentrale Organ der Hochschulen - wird von 16 auf acht Köpfe deutlich verkleinert und verliert Befugnisse. Es sei müßig darüber zu diskutieren, wie die Gremien aussehen, sagt Haase: "Mit der neuen Grundordnung kann man Konstruktionsfehler durchaus korrigieren und bewährte Strukturen ins neue Modell retten." Christian Stock vom Sprecherrat hält es für "gewagt, den Hochschulrat mit so vielen Externen zu besetzen". Sorge bereitet ihm wie vielen Sprecherratskollegen, dass die Studenten künftig nur noch einen Vertreter in den Senat senden können. "Wir brauchen mehr studentische Mitbestimmung", findet auch Simone Tolle, Landtagsabgeordnete der Grünen. Thomas Goger, der Landesvorsitzende der Jusos, sieht die Studenten gar "entmündigt". **Kurt Höller**, der Landesvorsitzende des **RCDS**, sieht die Studenten weniger im Senat als bei Professoren-Berufungen im Abseits: Die bislang vorgeschriebene pädagogische Stellungnahme der Studierenden zu einem Bewerber sieht das neue Hochschulgesetz nämlich nicht mehr vor. Auch Karsten Klein, der stellvertretende FDP-Bezirksvorsitzende, stört sich weniger am einsamen "Super-Studenten", er kritisiert die "Fremdsteuerung, die im Hochschulrat verankert ist": "Ich finde in diesem Gesetzesentwurf keine tatsächliche Autonomie." Haase setzt auf die "Experimentierklausel", die den Hochschulen bei allen Vorgaben von außen ein wenig Gestaltungsfreiheit lässt: "Die wird sicher genutzt werden, um sinnvolle Gremien unter den neuen Bedingungen weiterzuführen."

Hochschul-Notizen

(18.01.2006 Kurt Höller) MAINPOST

Für alle Studierenden für das Lehramt an den Gymnasien findet in Hörsaal 4 des Philosophiezentrum am Hubland am Donnerstag, 19. Januar, um 17 Uhr eine Informationsveranstaltung des Bayerischen Philologenverbandes zum Referendariat statt. Es sprechen Heiner Ratsch, Bezirksvorsitzender, Walter Bertl, Hauptpersonalrat und Vorstandsmitglied des Verbandes, und Sebastian Frank, Bayerische Referendarvertretung. Ein Statement zur Gymnasialpädagogik steuert Prof. Dr. Dorit Bosse bei. Der Studentische Konvent der Uni lädt zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema "Sinnvolles Zukunftskonzept oder leere Versprechungen? - Das neue Bayerische Hochschulgesetz" ein. Über die Vor- und Nachteile des Gesetzesentwurfs diskutieren Prof. Dr. Axel Haase (Präsident der Universität Würzburg), Thomas Goger (Juso-Landesvorsitzender), Karsten Klein (stellvertretender Bezirksvorsitzender der FDP), Simone Tolle (MdL, Bündnis 90/Die Grünen), **Kurt Höller** (Landesvorsitzender **RCDS Bayern**), Christian Stock (Sprecherrat der Universität Würzburg). Die Podiumsdiskussion findet am Donnerstag, 19. Januar, im Audimax der Neuen Universität am Sanderring statt. Beginn ist um 19.30 Uhr.

AKTION DER WOCHE: Unterstützungs-Website

(10.12.2005 Kurt Höller)

Auf ungewöhnliche Art unterstützt die Jungen Union München-Solln Ministerpräsident Edmund Stoiber. Mit der Internetseite www.stoiber-tut-gut.de wollen die Nachwuchspolitiker dem **CSU**-Chef Rückenwind geben. Schon in den ersten fünf Tagen haben mehr als 1600 Interessenten die Unterstützerseite aufgerufen.

„Dieser Erfolg hat selbst unsere Erwartungen noch weit übertroffen“, meint Philipp Paulus, Vorsitzender der **JU** München-Solln. „Viele wollen Ministerpräsident Stoiber den Rücken stärken.“ Der enorme Zuspruch spreche für sich. Besonders viele junge Menschen würden an der Aktion teilnehmen, melden die Münchner. „Ob Parteigänger oder nicht – im von Stoiber durchgesetzten ausgeglichenen Haushalt erkennen sie verwirklichte Generationengerechtigkeit“, so der Sollner **JU**-Vize Tassilo Wanner. Die Zustimmung reiche vom **JU** Bezirksverband Oberfranken bis zum Kreisverband Bad Tölz - Wolfratshausen quer durch **Bayern**. Die Junge Union **Bayern** hat die Aktion auf ihrer Homepage verlinkt. Auch die Landesverbände von Schülerunion (SU) und **RCDS** haben sich der Aktion angeschlossen.

Bewertung von Professoren

(01.10.2005 Kurt Höller) Bayernkurier

München – Eine „wirksame Beurteilung der Professoren an Hochschulen“ fordert der Ring Christlich-Demokratischer Studenten. Laut **RCDS**-Chef **Kurt Höller** kommt das Evaluation der Lehre im neuen Hochschulgesetz „deutlich zu kurz“. Eine Bewertung ohne Veröffentlichung mache keinen Sinn. Vielmehr müsse Evaluation auch finanzielle Konsequenzen haben.

Im Gespräch von 50 **RCDS**-Mitgliedern mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel lobte **Höller**, die vom Freistaat eingeführte „W-Besoldung“ sei ein Schritt in die richtige Richtung.

Zu Gast bei der traditionellen Tagung, die stets zur Wiesn-Zeit stattfindet, war auch Christoph Marx, der österreichische Vorsitzende der Partner-Arbeitsgemeinschaft, sowie der Vize-Präsident der Europäischen Dachorganisation, Dieter Haas.

RCDS ist mit neuem Gesetz sehr zufrieden

(13.08.2005 Kurt Höller)

München – **Bayerns RCDS** zeigt sich mit dem neuen Hochschulgesetz „sehr zufrieden“. „Dadurch wird **Bayern** in der Lage sein, auch in Zukunft seine Spitzenposition zu verteidigen“, so **RCDS**-Landeschef **Kurt Höller**.

„Wir hätten uns zwar ein schlankeres Gesetz gewünscht, finden das Resultat aber sehr innovativ“, erklärte **Höller**. Der **RCDS** werde versuchen, die Möglichkeiten der Bewertung weiter zu stärken. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist der einzige Studentenverband, der die Einführung von fairen Studienbeiträgen unterstützt hat. Diese werden nun im neuen Hochschulgesetz ermöglicht.

„Mit Studiengebühren schaffen wir endlich das gewünschte Anbieter-Kundenverhältnis und damit auch größeren Wettbewerb zwischen den Hochschulen“, so **Höller**.

Kurt Höller bleibt RCDS-Chef

(29.07.2005 Presselounge des RCDS in Bayern e.v. - Melanie Schübel)

Metten (dz). Mit überwältigender Mehrheit wurde der Landesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten **Kurt Höller** im Amt bestätigt. Die Landesdelegiertenversammlung wählte den Altmettener mit über 93 Prozent der Stimmen für ein weiteres Jahr zum Vorsitzenden. Wissenschaftsminister Thomas Goppel (L.) sprach sich in einer Diskussionsrunde mit den Studentenvertretern dafür aus, die Autonomie der bayerischen Hochschulen weiter zu stärken sowie Überregulierung durch das neue Hochschulrahmengesetz zu vermeiden.

(Foto: **RCDS**)

Kurt Höller bleibt RCDS-Chef



Metten (dz). Mit überwältigender Mehrheit wurde der Landesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten **Kurt Höller** im Amt bestätigt. Die Landesdelegiertenversammlung wählte den Altmettener mit über 93 Prozent der Stimmen für ein weiteres Jahr zum Vorsitzenden. Wissenschaftsminister **Thomas Goppel** (l.) sprach sich in einer Diskussionsrunde mit den Studentenvertretern dafür aus, die Autonomie der bayerischen Hochschulen weiter zu stärken sowie Überregulierung durch das neue Hochschulrahmengesetz zu vermeiden. (Foto: RCDS)

Pressespiegel, PNP Regionalteil Deggendorf Mai 2005

Politik, wir kommen!

(19.06.2005 Melanie Schübel) Im September wählt Deutschland voraussichtlich eine neue Bundesregierung - und viele junge Menschen treten jetzt in Parteien ein

Von Bernhard Kellner

Nichts wie ab in die Politik - das ist die neue, überraschende Devise vieler junger Menschen! Seit klar ist, dass am 18. September ein neuer Bundestag gewählt werden soll, treten verstärkt junge Leute in die Parteien ein. Motto: Politik, wir kommen! Sogar die krisengeschüttelte SPD meldet: Von den 1325 neuen Mitgliedern sind 729 jünger als 35. Ähnlich ist es bei der **CSU**. Seit der Neuwahlankündigung des Kanzlers am 22. Mai beantragten 400 Bürger ein **CSU**-Parteibuch, 150 davon sind unter 30. Auch CDU, Grüne, FDP und PDS surfen auf der Jugendwelle. BamS befragte die neuen Parteimitglieder, warum sie sich zum Eintritt entschlossen haben.

Melanie Schübel (24)

Studentin aus **Erlangen, CSU**:

„Ich will, dass die Chancen für junge Menschen wieder besser werden. Deshalb bin ich in die **CSU** eingetreten. Die denken auch an die Zukunft der jungen Leute, etwa in der Hochschul- und Bildungspolitik.“

Frederik M. Blachetta (18) und Sören Priebe (19)

Beide Schüler in Berlin, **SPD**:

Politik bestimmt die Spielregeln unserer Gesellschaft. Wir wollen diese Regeln mitgestalten. Die **SPD** vertritt die wichtigsten Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Reformen Gerhard Schröders sorgen dafür, dass diese Grundwerte erhalten bleiben können.“

Gesine Liebeknecht (19)

Abiturientin aus Dresden, Grüne:

„Ich bin schon länger bei der Grünen Jugend dabei. Jetzt bin ich in die Partei eingetreten, weil ich Joschka Fischer und die anderen unterstützen will. Die Grünen sind eine Partei mit Visionen. Dort kann ich mich aktiv für Veränderungen einsetzen.“

Oliver Handschuck (35)

Unternehmensberater aus Berlin, CDU:

„Das ist jetzt wie die Wende in eine neue Zeit – bei diesem Aufbruch möchte ich mit dabei sein. Unser Land ist in einem beklagenswerten Zustand. Ich möchte mithelfen, es wirtschaftlich wieder nach vorn zu bringen. Das geht nur mit der CDU.“

Pia Patricia Weyers (25) und Mario Windisch (30)

Studentin und Medienkaufmann aus Berlin, FDP:

„Meckern hilft nicht. Wenn sich etwas ändern soll, muß man sich aktiv einsetzen. Wir haben Freunde in der FDP. Zusammen mit ihnen wollen wir unser Land wieder an die Spitze bringen.“



Pressespiegel, Bild am Sonntag 19.06.2005

Wahlkampfteam der Jungen Union

(16.06.2005 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Winzer (dz). Der Kreisverband der Jungen Union unterstützt die Wiederwahl von MdB Barthl Kalb mit Wort und Tat: Für den Wahlkampf hat die Jugendorganisation der **CSU** ein Team mit 20 Mitgliedern unter der Führung des Kreisvorsitzenden Christian Moser zusammengestellt. Damit will die Junge Union zu einem glänzenden Ergebnis beitragen. Geplant ist unter anderem eine Postkartenaktion. Thematisch will sich der **JU**-Vorstand vor allem mit Fragen der neuen Enquete im Bayerischen Landtag "Jungsein in **Bayern** - Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen" auseinandersetzen. Unter anderem wird dazu eine Klausurtagung stattfinden. Bei der Sitzung am Freitag nahm der Vorstand als Mitglieder ohne Stimmrecht Landtagsabgeordneten Bernd Sibler, **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller**, Thomas Lang, Roland Kufner, Korbinian Breit und Roland Mitterbauer auf.

Zwei weitere Altmettener in der RCDS-Vorstandschaft

(06.06.2005 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

Cordula Spitzer und Stephan Rabl neu im Gremium

Metten (lam). **Kurt Höller**, Altmettener und **Landesvorsitzender** im Ring Christlich-Demokratischer Studenten, erhält Unterstützung aus Reihen seiner alten Schule. Neu in der **RCDS**-Landesvorstandschaft sind Cordula Spitzer, Abisprecherin des letzten Jahres und nunmehr Jurastudentin in Bayreuth, sowie Stephan Rabl, früherer Kollegstufensprecher und inzwischen angehender Politologe. Beide sind in der programmatischen Arbeit in dem Studentenverband federführend. Ganz oben auf der Agenda steht natürlich die Debatte um die Studiengebühren: Sozialverträglich sollen sie sein, und vor allem den einzelnen Fakultäten zu Gute kommen. Weiterer Themenschwerpunkt ist das neue Hochschulgesetz: „Wir müssen dafür sorgen, dass nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Bildung im Bundestagswahlkampf zum Thema wird“, hat sich **Höller** vorgenommen.

Zwei weitere Altmettener in der RCDS-Vorstandschaft

Cordula Spitzer und Stephan Rabl neu im Gremium

Metten (lam). **Kurt Höller**, Altmettener und Landesvorsitzender im Ring Christlich-Demokratischer Studenten, erhält Unterstützung aus Reihen seiner alten Schule. Neu in der RCDS-Landesvorstandschaft sind Cordula Spitzer, Abisprecherin des letzten Jahres und nunmehr Jurastudentin in Bayreuth, sowie Stephan Rabl, früherer Kollegstufensprecher und inzwischen angehender Politologe. Beide sind in der programmatischen Arbeit in dem Studentenverband federführend. Ganz oben auf der Agenda steht natürlich die Debatte um die Studiengebühren: Sozial verträglich sollen sie sein, und vor allem den einzelnen Fakultäten zu Gute kommen. Weiterer Themen-



Cordula Spitzer und Kurt Höller vom RCDS. (Foto: Lampelsdorfer)

schwerpunkt ist das neue Hochschulgesetz: „Wir müssen dafür sorgen, dass nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Bildung im Bundestagswahlkampf zum Thema wird“, hat sich Höller vorgenommen.

Pressespiegel, PNP Lokalteil Deggendorf

Profil durch Autonomie

(16.04.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

RCDS Bayern will mehr Rechte für Unis

München – Auf offene Ohren stoßen die Empfehlungen der Mittelstraß-Kommission bei der Studentenvertretung des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) **Bayern**. „Mit diesem Bericht wird nicht nur ein Beweis für die Leistungsfähigkeit des bayerischen Hochschul- und Wissenschaftsraumes gegeben, sondern auch auf das gewaltige Entwicklungspotential hingewiesen, das in den Hochschulen des Freistaats steckt“, freut sich der Landesvorsitzende **Kurt Höller**.

In den Empfehlungen der Experten-Kommission würden sich „wesentliche Forderungen unseres Verbandes“ widerspiegeln, so etwa die bayerischen Universitäten stärker zu profilieren. Dazu sollte nach Meinung des **RCDS in Bayern** die Autonomie der Hochschulen gestärkt werden. Hier seien nicht nur die Politiker, sondern auch die Hochschulen selbst gefordert, entsprechende, bereits bestehende, Möglichkeiten zu nutzen, meint **Höller**. „Dies muss sich insbesondere in einer verstärkten Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen selbst zeigen – was der **RCDS** im Übrigen schon seit geraumer Zeit fordert.“

Die Hochschulen sollten auch in einem gewissen Rahmen die Studiengebühren selbst gestalten können. **Höller**: „Nur so kann ein gesunder Wettbewerb zwischen den bayerischen Hochschulen entstehen. Ähnlich wie in der Sozialen Marktwirtschaft soll der Staat freien Wettbewerb zulassen, aber dennoch eine soziale Ausgestaltung der Studienbeiträge sicherstellen.“



Pressespiegel, BK 16.04.05

Wenn Geld den Unis bleibt

(16.04.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

Podiumsdiskussion über Studiengebühren

Erlangen. Studiengebühren in **Bayern**? Wird jedem Schüler die Möglichkeit eines Studiums erhalten bleiben? Jede Menge Zündstoff gab dieses Thema einer Podiumsdiskussion mit Rektor Prof. Karl-Dieter Gröske und Landtagsabgeordnetem Joachim Herrmann. Schüler, Studenten und Dozenten tauschten ihre Meinungen mit dem Rektor der Friedrich-Alexander-Universität aus. Als Betroffene äußerten sich **Kurt Höller**, Vorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**), sowie Benedikt Forschner, Vorsitzender der Schüler-Union.

Einig war man sich, dass die Studiengebühren ein wichtiges Instrument seien, um den Wettbewerb und die Qualität der Hochschulangebote zu verbessern.

Gastgeberin Birgitt Aßmus, Vorsitzende des **CSU**-Kreisverbandes **Erlangen**-Stadt, eröffnete die Podiumsdiskussion mit der Frage nach den Risiken und Chancen der Studiengebühren. Sie forderte, dass kein leistungsfähiger Mensch durch Studiengebühren vom Studium abgehalten werden dürfe. Zu ihren Eckpunkten zählten deshalb eine moderate Höhe der Gebühren und deren Sozialverträglichkeit. Nach dem Motto „Was man nicht

bezahlt, ist nichts wert" sieht Gröske mit der Einführung eine Qualitätssteigerung des Lehrangebots der Hochschulen. Das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung werde dadurch verbessert, so der Professor. Er zog einen Vergleich zu Universitäten in den USA, die bereits über die Studenten finanziert werden. Dort hätten die Hochschulen ganz andere Möglichkeiten, die Studenten zu betreuen.

Studiengebühren über Kredite bezahlen

Der Meinung „Nur die Reichen können studieren“ begegnete er mit dem Argument, dass es keine „armen Studenten“ gebe, sondern lediglich Eltern, die weniger verdienen als andere. Er erwähnte die Möglichkeit von Krediten oder Studiendarlehen. Der Student könne diese zur Deckung der kompletten Kosten eines Studiums aufnehmen und als fertiger Akademiker problemlos zurückzahlen.

Auch der Kritik, dass der Staat die Hand aufhalte und die Gelder einziehen werde, um Haushaltslöcher zu stopfen, entzog er den Boden. Er verwies auf einen Vertrag mit der bayerischen Staatsregierung. Dieser garantiere bis 2008, dass das Geld vollständig den Unis zugute komme.

Diesem Argument schloss sich **Kurt Höller** an. Er hielt einen Betrag von 100 bis 500 Euro als Obergrenze pro Semester für annehmbar, besonders wenn dieser in Lehrmittel investiert würde und nicht nur in die Forschung.

Benedikt Forscher ist in unmittelbarer Zukunft von der Einführung der Gebühren betroffen. Zu Beginn hatte auch er Sorge, die Beiträge würden zu hoch, er könnte die Kosten später nicht aufbringen oder sich nicht genug auf das Studium konzentrieren, weil er jobben müsse.

Doch dann stellte er die Gegenfrage, ob eine Universität, die dem internationalen Wettbewerb nicht Stand halten kalten könne, nicht ebenso vom Studium abhalten würde. Er dachte dabei an überfüllte Hörsäle und die schlechte Ausstattung der Bibliotheken. „Die Studiengebühren werden kommen, sollen jedoch durchdacht kommen“, so der angehende Student.

Zuversicht verbreitete Herrmann mit seinem Bericht über die Pläne des Landtags. So erwähnte er einen „Pakt“ mit den bayerischen Hochschulen. Dieser sieht sowohl in der jetzigen als auch der nächsten Legislaturperiode eine Erhöhung der Ausgaben für Bildung vor.

Er betonte auch, dass den Hochschulen mehr Freiheit gegeben werden müsse – im Sinne des Wettbewerbs. So bleibe es den Hochschulen selbst überlassen, die Höhe der Gebühren innerhalb des Rahmens zu bestimmen. Ebenso wird sich der Landtag nicht einmischen, ob die jeweilige Hochschule Pauschalen verlange oder je nach Studiengang unterschiedliche Beiträge erhebe.

cbg

77, 13.4.05, S. 34

Wenn Geld den Unis bleibt

Podiumsdiskussion über Studiengebühren

ERLANGEN. Studiengebühren in Bayern? Wird jedem Schüler die Möglichkeit eines Studiums erhalten bleiben? Jede Menge Zündstoff gab dieses Thema einer Podiumsdiskussion mit Rektor Prof. Karl-Dieter Gröske und Landtagsabgeordneten Joachim Herrmann.

Schüler, Studenten und Dozenten tauschten ihre Meinungen mit dem Rektor der Friedrich-Alexander-Universität aus. Als Betroffene äußerten sich Kurt Höller, Vorsitzender des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), sowie Benedikt Forscher, Vorsitzender der Schüler-Union.

Einig war man sich, dass die Studiengebühren ein wichtiges Instrument seien, um den Wettbewerb und die Qualität der Hochschulangebote zu verbessern.

Gastgeberin Birgit Altmus, Vorsitzende des CSU-Kreisverbands Erlangen-Stadt, eröffnete die Podiumsdiskussion mit der Frage nach den Risiken und Chancen der Studiengebühren. Sie forderte, dass kein leistungsfähiger Mensch durch Studiengebühren vom Studium abgehalten werden dürfe. Zu ihren Eckpunkten zählten deshalb eine moderate Höhe der Gebühren und deren Sozialverträglichkeit. Nach dem Motto „Was man nicht bezahlt, ist nichts wert“ sieht Gröske mit der Einführung eine Qualitätssteigerung des Lehrangebots der Hochschulen. Das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung werde dadurch verbessert, so der Professor. Er zog einen Vergleich zu Universitäten in den USA, die bereits über die Studenten finanziert werden. Dort hätten die Hochschulen ganz andere Möglichkeiten, die Studenten zu betreuen.

Studiengebühren über Kredit bezahlen

Der Meinung „Nur die Reichen können studieren“ begegnete er mit dem Argument, dass es keine „armen Studenten“ gebe, sondern lediglich Eltern, die weniger verdienen als andere. Er erwähnte die Möglichkeit von Krediten oder Studiendarlehen. Der Student könnte diese zur Deckung der kompletten Kosten eines Studiums aufnehmen und als fertiger Akademiker problemlos zurückzahlen.

Auch der Kritik, dass der Staat die Hand aufhalten und die Gelder einziehen werde, um Haushaltslöcher zu stopfen, entzog er den Boden. Er verwies auf einen Vertrag mit der bayerischen Staatsregierung. Dieser garantiere bis 2008, dass das Geld vollständig den Unis zugute komme.

Diesem Argument schloss sich Kurt Höller an. Er hielt einen Betrag von 100 bis 500 Euro als Obergrenze pro Semester für annehmbar, besonders wenn dieser in Lehrmittel investiert würde und nicht nur in die Forschung.

Benedikt Forscher ist in unmittelbarer Zukunft von der Erhebung der Gebühren betroffen. Zu Beginn hatte auch er Sorge, die Beiträge würden zu hoch, er könnte die Kosten später nicht aufbringen oder sich nicht genug auf das Studium konzentrieren, weil er jobben müsse.

Doch dann stellte er die Gegenfrage, ob eine Universität, die dem internationalen Wettbewerb nicht Stand halten könne, nicht ebenso vom Studium abhalten würde. Er dachte dabei an überfüllte Hörsäle und die schlechte Ausstattung der Bibliotheken. „Die Studiengebühren werden kommen, sollen jedoch durchdacht kommen“, so der angehende Student.

Zuversicht verbreitete Herrmann mit seinem Bericht über die Pläne des Landtags. So erwähnte er einen „Pakt“ mit den bayerischen Hochschulen. Dieser sieht sowohl in der jetzigen als auch der nächsten Legislaturperiode eine Erhöhung der Ausgaben für Bildung vor.

Er betonte auch, dass den Hochschulen mehr Freiheit gewährt werden müsse – im Sinne des Wettbewerbs. So bleibe es den Hochschulen selbst überlassen, die Höhe der Gebühren innerhalb des Rahmens zu bestimmen. Ebenso wird sich der Landtag nicht einmischen, ob die jeweilige Hochschule Pauschalen verlange oder je nach Studiengang unterschiedliche Beiträge erhebe.

cbg

Pressespiegel, FT 13.4.05

Keine Mitsprache für Studenten

(12.04.2005 Kurt Höller) Münchner Merkur

AStA sauer: Wir wurden gar nicht gefragt - Geteiltes Echo auf Mittelstraß-Kommission

Auf geteiltes Echo stößt der Bericht der Mittelstraß-Kommission zur Zukunft des "Wissenschaftslandes **Bayern**" bei den Münchner Studenten. Der AStA der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) kritisiert unter anderem das "undurchsichtige Zustandekommen" des Experten-Berichts. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) nimmt die Empfehlungen "erfreut" auf.

"Weder Studenten noch der wissenschaftliche Nachwuchs wurden zur Zukunft der Hochschulen befragt", sagt verärgert Daniel Fritsch, hochschulpolitischer Referent des LMU-AStA. "Dabei reden wir ja nicht über reine Forschungseinrichtungen."

Inhaltlich kann Fritsch den Mittelstraß-Vorschlägen gleichwohl Positives abgewinnen. "Es freut uns zum Beispiel, dass darin vorgeschlagen wird, kleine Fächer, die die LMU schließen wollte, zu erhalten", so Fritsch. Gerne verweist er auch auf die Aussage der Experten, Studiengebühren allein reichten zur finanziellen Besserstellung der Hochschulen nicht aus. "Das bestätigt unsere Vermutung, dass Gebühren die Studienbedingungen nicht wirklich verbessern können."

RCDS trägt Forderung nach mehr Autonomie mit

Der **RCDS** begrüßt vor allem die von der Kommission erhobenen Forderungen nach mehr Profilbildung und Hochschul-Autonomie. So fordert die **CSU**-nahe Studentengruppe zum Beispiel, dass die Hochschulen ihre Studenten verstärkt selbst auswählen und Studiengebühren nach eigenen Vorstellungen ausgestalten können.

Die von dem Konstanzer Philosophen Jürgen Mittelstraß geleitete Kommission hatte vergangene Woche Empfehlungen für eine umfassende Umgestaltung der bayerischen Hochschullandschaft vorgelegt.

Gefordert wird darin unter anderem:

Cluster-Bildung: Vor allem für München empfiehlt die Kommission eine stärkere Zusammenarbeit ortsansässiger Einrichtungen. Im Zentrum sollen exzellente Unis stehen, die mit FHs und beispielsweise Max-Planck-Instituten auf bestimmten Gebieten zusammenarbeiten.

In München soll es vier Campi geben: Lebenswissenschaften in Großhadern/Martinsried, technikorientierte Natur- und Ingenieurwissenschaften in Garching, Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in der Innenstadt und Agrar-, Umweltwissenschaften und Tiermedizin in Weihenstephan.

Medizin in München: Für die Zukunft wird die Bildung einer einzigen Medizinfakultät und eines Uni-Klinikums mit zwei Standorten (Großhadern und rechts der Isar) vorgeschlagen. Alle Grundlagenfächer der Medizin sollen in Großhadern/Martinsried zusammengeführt werden, wo auch ein biomedizinischer Campus mit eigenem Forschungsdekan empfohlen wird.

Fachhochschulen: Auch für die FHs schlägt die Kommission Konzentrationen, einschließlich der Streichung bestimmter Fächer an einzelnen Standorten vor. In Bauingenieurwesen und Architektur etwa sollte, gemäß der Arbeitsmarkt-Entwicklung, die Zahl der Studienplätze um 25 bzw. 40 Prozent reduziert werden. Studienangebote im Bereich Medien müssten ihr Profil schärfen.

NICOLAS A. ZEITLER

Frage nach Studiengebühren spaltet Studentenschaft

(16.03.2005 Melanie Schübel) Nürnberger Zeitung

Kurt Höller und Philipp Dees im NZ-Streitgespräch

Die Studenten sind gespalten, was die Einführung von Studiengebühren betrifft. Einerseits sollen sie dadurch bessere Studienbedingungen erhalten, andererseits werden die meisten mit Schulden ins Berufsleben starten. Philipp Dees (23), Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen **Bayern** und Magisterstudent an der Universität **Erlangen-Nürnberg**, diskutiert in einem Streitgespräch der NZ mit seinem Kommilitonen **Kurt Höller** (24), dem Landesvorsitzenden des **CSU**-nahen Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Bayern** und Studenten der Elektrotechnik.

NZ: Herr Dees, Studiengebühren in **Bayern** werden kaum zu verhindern sein. Warum versucht ihre Gruppe nicht, an der genauen Umsetzung mitzuwirken, sondern lehnt Gebühren nur strikt ab?

Dees: Ich glaube nicht, dass sie sich nicht mehr verhindern lassen. Das hat das Beispiel Lernmittelfreiheit deutlich gezeigt. Da hat sich die **CSU** auch noch mal bewegt. Das ist das eine. Zum anderen glaube ich schon, dass es wichtig ist, deutlich zu machen, dass wir Gebühren ablehnen: Wenn wir jetzt anfangen würden mitzuarbeiten an der Umsetzung, dann wäre ja die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, dass wir es eigentlich aufgegeben haben, Studiengebühren selber abzulehnen.

Höller: Ich glaube nicht, dass Ihr das noch verhindern könnt. Ich denke, dass sie nicht nur in **Bayern** nicht mehr zu verhindern sind. Ich denke, dass sie bundesweit nicht mehr zu verhindern sind. Die Bundesländer, die jetzt sagen, sie werden keine Studiengebühren einführen, werden in ein paar Jahren nachziehen müssen.

NZ: Seminarräume ohne Overheadprojektor, zu wenig Tutoren, schlechte Ausstattungen der Bibliotheken — viele Studenten wären bereit, Gebühren zu zahlen, um diese Zustände zu verbessern. Was spricht gegen Studiengebühren unter der Voraussetzung, dass diese in die Lehre fließen?

Dees: An diese Voraussetzung glaube ich nicht. Es geht außerdem ganz grundsätzlich um ein Gesellschaftsverständnis, dass Bildung nicht abhängen darf vom Geldbeutel der Eltern und dass es eben keine Ware ist, die man handeln kann. Es wird immer argumentiert, es wird künftig eine Ware, mit der man handeln kann. Und das ist eigentlich genau das, was wir nicht wollen, weil wir sagen, Bildung ist Menschenrecht. Und da muss auch jeder zugreifen können, unabhängig davon, was er verdient und was seine Eltern verdienen.

NZ: Ist Bildung eine Sache des Geldbeutels, Herr **Höller**?

Höller: Es ist keine Sache des Geldbeutels, und es wird auch keine Sache des Geldbeutels sein. Finanzschwächere werden über Stipendien studieren können. Davon gehe ich sehr schwer aus. Wir werden Lösungen finden, bei denen Kredite für alle da sind, egal, was die Eltern verdienen. Auch wenn die Eltern viel verdienen, werden die Kredite da sein. Aber auch wenn die Eltern wenig verdienen, werden die Kredite da sein. Von daher haben alle die gleiche Chance. Jeder kann einen Kredit aufnehmen und jeder kann ihn genau dann zurückzahlen, wenn er Geld verdient. Keiner wird ihn zurückzahlen müssen, wenn er noch nicht verdient. Und ich werde mich auch stark dafür einsetzen: Erst ab einem bestimmten Mindesteinkommen soll der Betrag zurückgezahlt werden.

Dees: Wenn man sich solche Modelle anschaut — Australien ist ja so ein Beispiel —, da ist es dann so: Da gibt's diesen Zugang zur Uni. Den kriegt man, wenn man bestimmte Leistungen bringt, unabhängig vom Einkommen. Es gibt aber auch die Möglichkeit, wenn man das nicht schafft, ihn zu kaufen. Da gibt's dann die Möglichkeit, wenn ich direkt zahle und nicht nachlaufend, dann kriege ich den Studienplatz. Oder umgekehrt, wenn ich den Kredit nach dem Studium sofort zurückzahle, kriege ich eine Ermäßigung drauf beziehungsweise ich zahle ja keine Zinsen. Dann ist es schon wieder eine Frage: Wer kein Geld hat, der muss halt Leistung bringen.

Höller: Zinsen sind ein wichtiger Punkt. Ich möchte, dass diese Kredite natürlich verzinst sind. Und zwar aus einem Grund: Wenn die Kredite nicht verzinst sind und trotzdem für jeden offen stehen, dann werden diejenigen, deren Eltern einen guten Steuerberater haben, den Kredit in Anspruch nehmen und anlegen und werden dann hinterher mehr Geld haben, als sie im Endeffekt vorher vom Staat bekommen haben. Und das ist was, was ich nicht einsehe. Ich möchte, dass es zu marktüblichen Preisen verzinst ist, damit kein Missbrauch entsteht, wenn jeder Zugriff auf den Kredit hat. Es ist aber natürlich damit auch klar: Wenn der Kredit früher zurückgezahlt wird, sind auch weniger Zinsen zu zahlen in marktüblichen Höhen.

Dees: Aber man hat den Effekt: Wer das Geld hat und den Kredit sofort zurückzahlen kann, der zahlt die Zinsen nicht.

NZ: Als Österreich Gebühren eingeführt hat, ist die Zahl der Studienanfänger zunächst rapide gesunken. Muss man nicht aufpassen, dass Gebühren nicht abschrecken?

Höller: Das ist unser Hauptproblem, dass eine Angst geschürt wird vor etwas, das überhaupt noch nicht schlimm ist. Da muss ich euch von den Jusos wirklich den Vorwurf machen, die Angst schürt ihr unberechtigtermaßen.

Dees: Österreich ist für zwei Punkte ein klassisches Beispiel. Das eine ist: In Österreich ist bis heute ganz deutlich die Zahl der Studierenden in den bildungsfernen Schichten um immer noch drei Prozentpunkte heruntergegangen. Das waren mal 13, sind jetzt zehn. Und das im übrigen, obwohl diese, die Studienbeihilfe bekommen, ausgenommen sind. Dass die Studierendenzahl wieder hochgegangen ist, liegt zum Teil daran, dass auch Österreich geburtenstarke Jahrgänge hat. Das zweite ist: Österreich zeigt auch, dass es bei Studiengebühren nicht zwangsläufig stehen bleibt. In Österreich gibt's derzeit auch eine Debatte, ob man nicht Schulgeld einführt. Also, das kann auch weitergehen.

NZ: Einige plädieren für Studiengebühren, weil man auch für einen Kindergartenplatz zahlen muss. Wäre dies dann nicht sogar ein Argument dafür, künftig für alle Bildungseinrichtungen Geld zu verlangen?

Dees: Die Argumentation lässt sich umdrehen: Man kann auch sagen, wenn die Hochschüler nichts zahlen, soll auch der Kindergartenplatz kostenfrei sein. Das ist ja auch Position der SPD, zumindest in **Bayern**. Das kostet Geld, aber das Geld kann man ja auch auftreiben.

Höller: Ihr fordert so viele Sachen und sagt immer: Das lässt sich locker finanzieren. Also, ich sehe das nicht so. Es lässt sich finanzieren, wenn man neue Schulden aufnimmt. Das mag sein. Aber da bin ich strikt dagegen. Ich finde den Sparkurs mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts erstklassig. Bei all den Modellen, die man neu entwirft, sollte man immer davon ausgehen: Wieviel Geld habe ich?

NZ: Stichwort ausgeglichener Haushalt. Muss das Geld eins zu eins an die Hochschulen gehen oder kann es wie bei den Verwaltungsgebühren auch im Staatssäckel verschwinden?

Höller: Ich bin sehr, sehr gegen die Verwaltungsgebühr. Die ist für mich ein Unding. Erstens ist es psychologisch tatsächlich ein großes Problem. Zweitens kriegt das Geld tatsächlich der Finanzminister. Ich habe auch immer wieder die Forderung aufgestellt, die Verwaltungsgebühr beim Einführen der Studiengebühr zurückzuführen. Das ist aber haushaltstechnisch sehr schwierig, weil die Verwaltungsgebühr fest eingeplant ist. Hier liege ich immer wieder mit dem Finanzminister im Streit. Was auch noch ein Problem ist: Der Innovationsfonds an sich ist eine gute Sache. Aber zehn Prozent der Studiengebühren an den Innovationsfonds abzuführen, ist nicht deckungsgleich mit dem Versprechen, dass die Studiengebühren zu 100 Prozent an den Hochschulen bleiben. Ein positiver Effekt der Studiengebühren ist der Wettbewerb, der entsteht: Die Hochschule, die bessere Bildung anbietet, kann auch mehr einnehmen.

NZ: Der **RCDS** in **Erlangen** hat sich ja in einem gemeinsamen Papier mit den Jusos gegen Studiengebühren ausgesprochen. Wie passt das Ganze zur jetzigen Position von Ihnen, Herr **Höller**?

Höller: Das muss man so sehen: Der **RCDS** in **Bayern** hat ein sehr subsidiäres Prinzip. Die Gruppen können im Endeffekt selber entscheiden, wir können ihnen nichts vorschreiben. Diese Entscheidung in **Erlangen** ist so zustande gekommen, dass die Jusos ein Papier eingebracht haben, das sehr, sehr ideologisch verfärbt war. Dann haben sich alle Gruppen zusammengesetzt und gesagt: So etwas wollen wir definitiv nicht einbringen. Wenn wir etwas einbringen wollen, dann ist es etwas, das sachliche Argumente hat. Hier hat dann der **RCDS Erlangen** gesagt: Wenn wir hier auf eine sachliche Ebene zurückkommen, können wir das Papier mittragen, obwohl es nicht unsere eigene Meinung ist. Das heißt, es ist kein originäres **RCDS**-Papier, sondern es ist ein Kompromiss-Papier.

NZ: Was plant die Juso-Hochschulgruppe, um ihr Nein zu untermauern?

Dees: Es gibt beispielsweise am Freitag in München noch eine Demonstration. Es gibt eine ganze Reihe an Planungen, auch in **Erlangen**, was man gegen Studiengebühren unternehmen kann. Die Demo in **Erlangen** ist

für den 28. April angemeldet. Neben Kundgebungen planen wir Diskussionsrunden. Aber die große Auseinandersetzung geht ja erst los, wenn die **CSU** ein Konzept vorlegt. Momentan diskutieren wir im luftleeren Raum. Da ist es auch schwer, einem Studierenden zu sagen, welche Folgen Studiengebühren für ihn haben werden.

NZ: Hochschulen sind unterfinanziert. Welche anderen Möglichkeiten als Gebühren gibt es, diesen Mischstand zu beseitigen?

Dees: Es ist zum einen natürlich eine Frage der Prioritätensetzung, wobei dies nicht nur die Hochschulen betrifft. Das betrifft das Bildungswesen insgesamt. Man muss schon schauen, wo man im Haushalt Prioritäten setzt. Wenn man sich den Transrapid anschaut, den München ja für eine Milliarde finanzieren kann. Das andere ist: Wir diskutieren gerade einmal wieder über die Senkung von Unternehmenssteuern. Dann stehen wir alle wieder in einem Jahr da und haben kein Geld mehr. Kurzum: Man braucht mehr Geld im Bildungswesen. Wir brauchen, da sind wir uns ja alle einig, in Deutschland mehr Akademiker. Und da wirken Studiengebühren einfach kontraproduktiv.

Höller: Ich möchte noch mal auf Deinen Transrapid eingehen. Ich bin selber angehender Ingenieur. Wenn man eine Technik ins Ausland verkaufen möchte, dann muss man diese Technik auch selber einsetzen. Es geht darum zu zeigen, was die deutsche Forschung kann.

NZ: Befürworter von Gebühren argumentieren oft, diese führten zu kürzeren Studienzeiten.

Dees: Das ist falsch. Schon jetzt achten Studenten oder Eltern, die nicht reich sind, darauf, dass sie zügig studieren. Bafög ist beispielsweise an die Regelstudienzeit gekoppelt. Die Leute, die es sich leisten können, rumzutödeln, können es sich aber auch mit Studiengebühren leisten. Gebühren treffen dann nur die, die sowieso schon schnell studieren müssen.

NZ: Bummeln nur Reiche?

Höller: Ich glaube, Leute aus allen Einkommensschichten trödeln.

NZ: Im Rahmen von Studiengebühren sollen Bildungskredite eingeführt werden. Damit sollen auch die Lebenshaltungskosten beglichen werden können. Ist dies nicht ein Fortschritt.

Dees: Es gibt keinen Zusammenhang zu Studiengebühren. Man kann das Ganze auch machen, ohne Studiengebühren einzuführen.

Höller: Du hast aber den Zusammenhang auf verdrehtem Weg wieder hergestellt: Wenn man Gebühren mit Kredit ermöglicht und Lebenshaltungskosten mitfinanziert, sehe ich nicht, warum jemand aus einkommensschwächeren Familien nicht mehr studieren können soll.

Moderation: Markus Kaiser



Pressepiegel, NZ 16.03.05

Kampagne
(29.01.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

JU für Gebühren

München – Mit einer bayernweiten Kampagne werben die Junge Union und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) für die Einführung von Studienbeiträgen. „Das Urteil aus Karlsruhe eröffnet unseren Hochschulen neue Perspektiven für eine bessere Lehre und Betreuung der Studierenden“, so JU-Chef Manfred Weber. Er betonte, die Einführung von „fairen Studiengebühren“ sei den Studentinnen und Studenten dann zu vermitteln, wenn grundlegende Bedingungen eingehalten würden: So müssten die Gebühren in voller Höhe an den jeweiligen Hochschulen bleiben. Außerdem dürften die Beiträge ausschließlich für die Verbesserung der Lehre und der Betreuung der Studenten eingesetzt werden und nicht in die Ausstattung der Hochschulen oder den Bau von Hochschuleinrichtungen fließen. „Dafür muss auch in Zukunft der Staat in voller Höhe aufkommen.“ Überdies fordert die Junge Union, dass über die Verwendung der Gebühren Rechenschaft abgelegt wird. Außerdem sollten die Gebühren erst mit dem Eintritt ins Berufsleben erhoben werden.

www.bessere-hochschulen.de



Pressepiegel, Bayernkurier 29.1.05

Goppel: "Es ist Mode geworden, uns krank zu reden"

(24.01.2005 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Wissenschaftsminister nimmt bei Neujahrsempfang der Deggendorfer CSU im Kolpingsaal Stellung zu Studiengebühren und PISA-Studie

Deggendorf (lam). Mit einem Plädoyer für Studiengebühren, einem Aufruf zu mehr Selbstverantwortung der Hochschulen und einem dicken Lob für die Arbeit der Deggendorfer FH erntete Wissenschaftsminister Thomas Goppel viel Applaus beim Neujahrsempfang der Deggendorfer CSU im Kolpingsaal.

Locker, pointiert, in völlig freier Rede, schreckte der Minister gestern auch vor heißen Themen wie PISA-Studie und Studiengebühren nicht zurück. Die PISA-Studie, die Deutschland enormen Nachholbedarf im Bereich Bildung bescheinigte, sei missbraucht worden, um **Bayern** "ideologisch ein paar Tritte zu verpassen". Wer den Erfolg nur an der Zahl der Abiturienten messe, verkenne beispielsweise die Vorzüge des dualen Bildungssystems und die "exzellenten Meisterbriefe", die in aller Welt einen guten Namen hätten. "Es ist Mode geworden, uns krank zu reden", so Goppel - und dann brauche man sich nicht zu wundern, wenn man sich auch krank fühlt. Natürlich müsse sich aber auch ein Gesunder anstrengen, um gesund zu bleiben.

Wie kann man die Zahl der Studenten von knapp 30 auf 40 Prozent steigern und dann auch noch dafür sorgen, dass ein großer Teil "bei Prof. Höpfl landet" - also einen FH-Abschluss anstrebt? Goppel setzt hier zum einen auf die neuen internationalen Abschlüsse Bachelor und Master - der eine knapp unter dem Dipl.Ing., der andere höherwertiger. Universitäten und Fachhochschulen bräuchten aber auch mehr Spielraum für eigenständige Entscheidungen: "Es ist wichtig, dass sich ein Wirtschaftsraum Leute vor Ort holen kann, die dann auch bleiben". Schneller als bisher müssten die Hochschulen allerdings auf Veränderungen reagieren, laufende Studiengänge müssten daher immer wieder überprüft werden.

Ein großes Thema: die Studiengebühren. Die Grundausrüstung aus dem Wissenschaftsministerium ergänzt schon jetzt eine steigende Summe an Drittmitteln von Unternehmen und Stiftungen. "Deggendorf ist da federführend", weiß Goppel. Zusätzliche Mittel für die Lehre, für optimierte Verhältnisse in kleineren Gruppen, müssten aber aus Studiengebühren finanziert werden. Goppel verspricht sich da-durch auch ein neues Verhältnis zwischen Professor und Student als Anbieter und Kunde. Seine Vorgaben: maximal 500 Euro Gebühren pro

Semester, das Geld bleibt an der Uni, wird nicht vom Finanzminister kassiert und möglichst unbürokratisch verwaltet. Die Hochschulen haben ein Mitspracherecht bei der Höhe der jeweiligen Gebühren, sozial schwache Studenten werden abgesichert. "Es gibt aber auch kei-nen, der gar keine Gebühr zahlt", so Goppel. Vor den vielen anwesenden Schullei-tern verteidigte der Minister auch das gegliederte bayerische Schulsystem: "Das ist besser für eine individuelle Entfaltung".

Gäste im Kolpingsaal waren Vertreter aller Bildungsberufe, von Schulleitern bis hin zu FH-Präsident Prof.Dr. Reinhard Höpfl, die den Imbiss nach der Ministerrede zu einem zwanglosen Austausch mit der **CSU**-Prominenz nutzten: MdB Barthl Kalb war ebenso gekommen wie die MdL Bernd Sibler und Helga Weinberger, Bezirksrätin Margret Tuchen, stv. Landrat Peter Erl, OB Anna Eder mit ihren Stellvertretern, Altlandrat Dr. Georg Karl, Alt-OB Dieter Görlitz, Fraktionschef Gerard Zacher, Stadtverbandsvorsitzender Peter Volkmer, **JU**-Kreisvorsitzender Christian Moser, Schülerunion-Bezirksvorsitzender Tobias Bauschke und **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller**. Ortsvorsitzender Rudi Hahn verwies auf die guten Ausbildungsmöglichkeiten in Deggendorf. Jedoch führe nicht immer nur ein Studium zum Ziel, auch eine qualifizierte Ausbildung im Handwerk oder eine Fachausbildung bieten Perspektiven. OB Anna Eder erinnerte daran, dass sich die Anstrengungen für die Bildung auch im städtischen Haushalt niederschlagen: 5,2 Millionen Euro seien dafür im vergangenen Jahr ausgegeben worden. In kleiner Runde bat sie zusammen mit FH-Präsident Höpfl den Minister um Unterstützung im Kampf um einen baldmöglichen Ausbau der Fachhochschule.

Studentenvertreter warten ab

(15.01.2005 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

"Wir wollen die Studenten nicht beeinflussen, sie sollen sich selber eine Meinung bilden", sagt Sebastian Frankenberger, Studentischer Senator an der Uni Passau. Die Vertretung der Studierenden will sich in dieser Debatte neutral verhalten, erst einmal ausloten, wie die Mehrheit zu dem Thema steht. Von 19. bis 25. Januar werden die Mitglieder deshalb Fragebögen in der Uni verteilen. Je nachdem, welche Meinung am Ende überwiegt, werden weitere Aktionen geplant. "Wenn die Gebühren kommen sollten, werden wir das wohl nicht verhindern können", glaubt Frankenberger. "Aber wir können in jedem Fall an dem Prozess mitwirken, wenn entschieden wird, was mit den Gebühren passiert." Ziel sei es, eine möglichst gute Verhandlungsbasis zu schaffen.

Am Dienstag, 18. Januar, um 14 Uhr veranstalten die politischen Hochschulgruppen in Hörsaal 8, Wiwi-Gebäude, eine Podiumsdiskussion mit anschließender Fragerunde zum Thema Studiengebühren. Es sitzen sich **Kurt Höller, Landesvorsitzender** des **RCDS-Bayern**, und Ernest Hammerschmidt vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) gegenüber.tk

Geld soll an Uni bleiben

(10.01.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

Der Vorsitzende des RCDS in Bayern im Gespräch

Bamberg. Seit knapp einem Jahr ist **Kurt Höller** Vorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Bayern**. Der FT befragte den 24-jährigen der in **Erlangen** EEI (Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik) studiert, zu seinem Bild von Bamberg.

Frage: Sie kennen die Situation an vielen Universitäten und Fachhochschulen. Was zeichnet die Uni Bamberg aus?

Höller: Bamberg bietet seinen Studenten nicht nur eine wunderschöne Altstadt mit einer reichhaltigen Auswahl an Brauereien, sondern insbesondere auch viele einmalige Fächerkombinationen für anspruchsvolle Studenten. Dabei hat insbesondere auch das letzte „Spiegel“-Ranking gezeigt, dass Bamberg nicht nur in Geisteswissenschaften wie etwa im Bereich Germanistik oder Soziologie bundesweit führend ist. Vielmehr ist Bamberg auch in Psychologie und BWL in der deutschen Spitzengruppe zu finden.

Frage: Seit dem letzten Semester müssen alle Studenten eine „Verwaltungsgebühr“ bezahlen. Wie stehen Sie dazu?

Höller: Ich lehne die Verwaltungsgebühr entschieden ab. Der **RCDS** in **Bayern** spricht sich zwar unter ganz bestimmten Bedingungen für Studienbeiträge aus, neben sozialer Verträglichkeit (z.B. Bezahlung erst bei Berufseintritt) muss dabei unter anderem aber auch der vollständige Verbleib des eingenommen Geldes an der Uni zur Verbesserung der Lehre garantiert werden. Keine dieser Forderungen wird jedoch von der im übrigen bayernweit eingeführten Verwaltungsgebühr erfüllt. Zwar konnten im Jahr 2004 durch die Gebühr 400 Stellen vor der Streichung bewahrt werden, in Hinblick auf die wichtige Diskussion mit der Öffentlichkeit über das sensible Thema Studienbeiträge halte ich die Einführung einer Studentengebühr, die nicht der Uni, sondern direkt dem Finanzministerium zufließt, für absolut kontraproduktiv.

Frage: Die Bamberger Uni ist wie alle bayerischen Einrichtungen dabei, ihr Profil genauer zu definieren und konkurriert mit **Erlangen-Nürnberg**, Würzburg und Bayreuth. In welche Richtung soll sich die Uni Bamberg Ihrer Meinung nach entwickeln?

Höller: Bamberg befindet sich in einer ganz besonders problematischen Situation: Durch die benachbarten drei fränkischen Universitäten wäre die regionale Versorgung in der Fläche bereits für alle Fächer gewährleistet. Um dennoch weiterhin Bestand zu haben, muss die Otto-Friedrich-Universität in ihrem Bereich besonders gut sein. Bei den Geisteswissenschaften ist der Bamberger Uni dies bereits größtenteils gelungen. Dennoch muss diese Entwicklung weiterhin vorangetrieben werden. Besonders wichtig ist aber auch der Ausbau von Alleinstellungsmerkmalen, darunter vor allem interdisziplinäre und internationale Studiengänge. Dazu bietet der aktuell angestoßene Bologna-Prozess mit Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen eine besondere Chance. Im Gegensatz zu einigen andern Massenunis hat die Uni Bamberg darüber hinaus den einzigartigen Charme einer kleinen Uni. Dieser Vorteil muss sich aber auch in einem besonders guten Betreuungsverhältnis der Studenten widerspiegeln.

kg

Geld soll an Uni bleiben

Der Vorsitzende des RCDS in Bayern im Gespräch

BAMBERG. Seit knapp einem Jahr ist Kurt Höller Vorsitzender des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern. Der FT befragte den 24-Jährigen, der in Erlangen EI (Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik) studiert, zu seinem Bild von Bamberg.

Frage: Sie kennen die Situation an vielen Universitäten und Fachhochschulen. Was zeichnet die Uni Bamberg aus?

Höller: Bamberg bietet seinen Studenten nicht nur eine wunderschöne Altstadt mit einer reichhaltigen Auswahl an Brauereien, sondern insbesondere auch viele einmalige Sicherheitsmaßnahmen für anspruchsvolle Studenten. Dabei hat insbesondere auch das letzte „Spiegel“-Uni-Ranking gezeigt, dass Bamberg nicht nur in Geisteswissenschaften wie etwa im Bereich der Germanistik oder Soziologie bundesweit führend ist. Vielmehr ist Bamberg auch in Psychologie und BWL in der deutschen Spitzengruppe zu finden.

Frage: Seit dem letzten Semester müssen alle Studenten in Bamberg eine „Verwaltungsgebühr“ bezahlen. Wie stehen Sie dazu?

Höller: Ich lehne die Verwaltungsgebühr entschieden ab. Der RCDS in Bayern spricht sich zwar unter ganz bestimmten Bedingungen für Studienbeiträge aus, neben sozialer Verträglichkeit (z. B. Bezahlung erst bei Berufseintritt) muss dabei unter anderem aber auch der vollständige Verbleib des eingenommenen Geldes an der Uni zur Verbesserung der Lehre garantiert werden. Keine dieser Forderungen wird jedoch von der im übrigen bayernweit eingeführten Verwaltungsgebühr erfüllt. Zwar konnten im Jahr 2004 durch

die Gebühr 400 Stellen vor der Streichung bewahrt werden, im Hinblick auf die wichtige Diskussion mit der Öffentlichkeit über das sensible Thema Studienbeiträge habe ich die Einführung einer Studiengebühr, die nicht der Uni, sondern direkt dem Finanzministerium zufließt, für absolut kontraproduktiv.

Frage: Die Bamberger Uni ist wie alle bayerischen Einrichtungen dabei, ihr Profil genauer zu definieren und konkurriert mit Erlangen-Nürnberg, Würzburg und Bayreuth. In welche Richtung soll sich die Uni Bamberg Ihrer Meinung nach entwickeln?

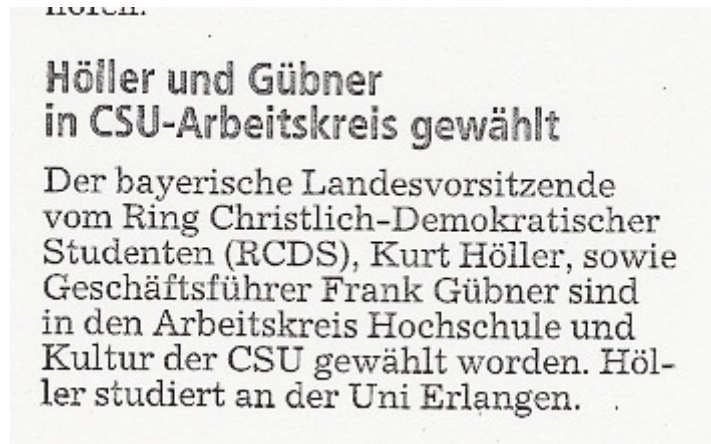
Höller: Bamberg befindet sich in einer ganz besonders problematischen Situation: Durch die benachbarten drei fränkischen Universitäten wäre die regionale Versorgung in der Fläche bereits für alle Fächer gewährleistet. Um dennoch weiterhin Bestand zu haben, muss die Otto-Friedrich-Universität in ihrem Bereich besonders gut sein. Bei den Geisteswissenschaften ist der Bamberger Uni dies bereits größtenteils gelungen. Dennoch muss diese Entwicklung weiterhin vorangetrieben werden. Besonders wichtig ist aber auch der Ausbau von Alleinstellungsmerkmalen, darunter vor allem interdisziplinäre und internationale Studiengänge. Dazu bietet der aktuell angestoßene Bologna-Prozess mit Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen eine besondere Chance. Im Gegensatz zu einigen andern Massenunis hat die Uni Bamberg darüber hinaus den einzigartigen Charme einer kleinen Uni. Dieser Vorteil muss sich aber auch in einem besonders guten Betreuungsverhältnis der Studenten widerspiegeln.

Pressespiegel, FT 10.1.2005

Höller und Gübner in CSU-Arbeitskreis gewählt

(05.01.2005 Melanie Schübel) NZ, 5.1.2005

Der bayerische Landesvorsitzende von Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), **Kurt Höller**, sowie Geschäftsführer Frank Gübner sind in den Arbeitskreis Hochschule und Kultur der **CSU** gewählt worden. **Höller** studiert an der Uni **Erlangen**.



Pressespiegel, NZ 5.1.2005

Kluge Köpfe braucht das Land

(18.12.2004 Melanie Schübel) RCDS: Studiengebühren und „neues Denken“ gefordert

Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität **Erlangen-Nürnberg** gaben sich die Klinke in die Hand bei der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) **Erlangen** im Café „Schwarz und Stark“.

Staatsminister Erwin Huber, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, verteidigte die Sparmaßnahmen der Staatsregierung damit, dass man der jüngeren Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen dürfe. Trotz der Bemühungen, bis zum Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, dürften aber in keinem Fall die Hochschulen beschädigt werden.

Trotzdem plädierte Huber für Studiengebühren („Anreiz, schneller zu studieren“), versicherte aber, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. Uni-Kanzler Thomas A.H. Schöck unterstützte ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, betonte aber auch die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfindet.

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Max-Emanuel Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So prangerte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften deutschlandweit auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagabend und Sonntagfrüh.“ Den Vorhaben des Bundes, Elite-Unis einzuführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu wollen, erteilte der Jurist Geis eine klare Absage.

Mehr Produktivität gefordert

Als Mitglied der sogenannten Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete Oberbürgermeister Siegfried Balleis von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in **Erlangen** auch gut gelinge – nicht zuletzt dank der neuen Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es vor allem um die Einführung von Master- und Bachelor-Studiengänge, um Studiengebühren und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohen Qualitätsstandards.

MM

EN. 18.12.04. S.11

Kluge Köpfe braucht das Land

RCDS: Studiengebühren und „neues Denken“ gefordert

Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gaben sich die Klinke in die Hand bei der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Erlangen im Café „Schwarz und Stark“.

Staatsminister Erwin Huber, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, verteidigte die Sparmaßnahmen der Staatsregierung damit, dass man der jungen Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen dürfe. Trotz der Bemühungen, bis zum Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, dürften aber in keinem Falle die Hochschulen beschädigt werden.

Trotzdem plädierte Huber für Studiengebühren („Anreiz, schneller zu studieren“), versicherte aber, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. Uni-Kanzler Thomas A. H. Schöck unterstützte ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, betonte aber auch die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfindet.

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Max-Emanuel Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So prangerte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften deutschlandweit auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagnacht und Sonntagfrüh.“ Den Vorhaben des Bundes, Elite-Unis einführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu wollen, erteilte der Jurist Geis eine klare Absage.

Mehr Produktivität gefordert

Als Mitglied der so genannten Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete Oberbürgermeister Siegfried Balleis von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in Erlangen auch gut gelinge – nicht zuletzt dank der neuen Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es vor allem um die Einführung von Master- und Studiengängen, um Studiengebühren und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohem Qualitätsstandard. MM

Pressespiegel, EN 18.12.2004

Studiengebühren zur Qualitätssteigerung

(15.12.2004 Melanie Schübel) Expertenrunde diskutiert Konsequenzen der Verwaltungsreform für die Hochschulen

Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität **Erlangen-Nürnberg** gaben sich die Klinke in die Hand bei der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS Erlangen**) im Café „Schwarz und Stark“.

So durfte der Erlanger **RCDS**-Vorsitzende Marco Mehl zu der Veranstaltung mit dem Thema „Verwaltungsreform in **Bayern** – Konsequenzen für die Hochschulen“ neben Staatsminister Erwin Huber, Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Prof. Dr. Max-Emanuel Gei und dem Kanzler der Universität Thomas A.H. Schöck auch noch den Fraktionsvorsitzenden der **CSU** im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, begrüßen.

Der Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, sprach in seiner Rede von der Notwendigkeit, **Bayern** fit für die Zukunft zu machen. Dies gelinge eben nun mal nicht ohne Sparmaßnahmen, wenn man der jüngeren Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen möge. Er strich das ehrgeizige Ziel der bayerischen Staatsregierung heraus, im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, betonte aber gleichzeitig, in keinem Falle die Hochschulen schädigen zu wollen. Ferner sprach Huber von den Plänen, Studiengebühren einzuführen und versicherte, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. „Studienbeiträge erhöhen die Qualität des Bildungssystems und sind ein Anreiz für die Studenten, schneller zu studieren.“ So Huber.

Kanzler Schöck wollte zwar nicht zu allem, was Huber sagte, „Bravo“ rufen, unterstützte aber auch aus der Sicht der Hochschulverwaltung ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, welche zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen könnten. Zudem betonte Schöck die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfinden müsse.

Forschen Sonntag früh?

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Max-Emanuel Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So prangerte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften deutschlandweit auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagnacht und Sonntagfrüh.“ Den Vorhaben des Bundes, Elite-Unis einführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu wollen, erteilte der Jurist Geis eine klare Absage.

Als Mitglied der sogenannten Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete Oberbürgermeister Siegfried Balleis von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in **Erlangen** auch gut gelinge – nicht zuletzt dank der neuen Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es vor allem um die Einführung von Master- und Bachelor-Studiengänge, um Studiengebühren und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohen Qualitätsstandards.

FT, 15.12.04, S. A4

Studiengebühren zur Qualitätssteigerung

Expertenrunde diskutiert die Konsequenzen der Verwaltungsreform für die Hochschulen

ERLANGEN. Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gaben sich die Klinke in die Hand bei der beschlagartig besetzten Podiumsdiskussion des Ring-Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Erlangen am Montagabend im Café „Schwarz und Stark“.

So durfte der Erlanger RCDS-Vorsitzende Misco Mehl zu der Veranstaltung mit dem Thema „Verwaltungsreform in Bayern – Konsequenzen für die Hochschulen“ neben Staatsminister Erwin Huber, Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Prof. Dr. Maximilian Geis und dem Kanzler der Universität Thomas A. H. Schöck auch noch dem Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bayerischen Landtag, Joachim Reiss, begrüßen.

Der Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform und Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Er-

win Huber, sprach in seiner Rede von der Notwendigkeit, Bayern fit für die Zukunft zu machen. Dies gelinge eben einmal nicht ohne Sparmaßnahmen, wenn man der jungen Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen möge. Er strich das zehnjährige Ziel der bayerischen Staatsregierung heraus, im Jahre 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, betonte aber gleichzeitig, in keinem Falle die Hochschulen schädigen zu wollen.

Huber sprach Huber von den Plänen, Studiengebühren einzuführen und versicherte, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. „Studienbeiträge erhöhen die Qualität des Bildungssystems und sind ein Anreiz für die Studenten, schneller zu studieren“, so Huber.

Kanzler Schöck wollte zwar nicht zu allem, was Huber sagte, „Reiss“ rufen, unterstützte

aber auch aus der Sicht der Hochschulverwaltung ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, welche zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen könnten. Zudem besaß Schöck die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfinden müsse.

Forschen Sonntag früh?

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Dr. Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So plärgelte er unter anderem so, dass die Geisteswissenschaften – deutsch: „Humanwelt“ auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagmorgen und Sonntag früh.“ Dem Vorhaben des Bundes, Hilfenis einfließen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reifen zu

wollen, erteilte der Junst Geis eine klare Absage.

Als Mitglied der sog. Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete der Erlanger Oberbürgermeister im Anschluss von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in Erlangen auch gut gelinge – nicht zuletzt dank neuer Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es neben vielen weiteren Themen um die Einführung von Master- und Bachelorstudiengängen, um Studiengebühren, und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohem Qualitätsstandard.



Teilweise auch nachdenkliche Mienen gab es bei den Experten auf dem Podium.

Foto: priv

Pressespiegel, FT 15.12.2004

Für Organspende

(11.11.2004 Melanie Schübel) RCDS diskutiert heute Abend über Erlangen als Medizin(haupt)stadt

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist auf seiner Deutschlandtour heute zu zwei Informationsveranstaltungen in Erlangen.

Über Blut- und Organspende informiert der **RCDS** heute an der TechFak von 11 bis 15 Uhr, ab 20 Uhr findet im Adenauerhaus, Neue Straße 34, eine Diskussion zum Thema „Gesundheit“ statt. Dabei werden Prof. Bernhard Fleckenstein (Institut für Klinische Virologie an der FAU), Prof. Joachim Hornegger (Lehrstuhl für Med. Bildverarbeitung) sowie Joachim Reiss (Leiter Entwicklung Angiographie bei Siemens Medical Solutions) über die Zukunft **Erlangens** als Bundeshauptstadt der Medizin diskutieren.



Pressespiegel, EN 10. 11. 2004

RCDS-Klausur

(18.09.2004 Melanie Schübel) Lehrer ins Praktikum

Deutlich mehr Praxisbezug in der Lehrerausbildung fordert der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**). Darüber hinaus spricht sich der **CSU**-nahe Studentenverband für eine regelmäßige Weiterbildung der Lehrkräfte und eine generelle Aufwertung des Lehrerberufs in der Gesellschaft aus.

Als Pädagogen sollen angehende Lehrer am Ende des Hochschulstudiums eigenständig eine Unterrichtsplanung durchführen, Leistungen beurteilen, mit Disziplin Konflikten und sozialen Spannungen in der Klasse umgehen können und kompetent im Umgang mit Schülern, Eltern, Kollegen und Vorgesetzten sein. All dies sind Situationen, auf die im Hochschulstudium derzeit nur mangelhaft oder gar nicht vorbereitet wird.

„Der Lehrerberuf ist ein sehr praxisbezogener Beruf, der mehr von Erfahrungen im Klassenzimmer als von theoretischem Wissen lebt“, so **Bayerns RCDS-Chef Kurt Höller**. Nach Meinung des **RCDS** ist der Praxisbezug an den Schulen eine unabdingbare Grundlage. Darum sollten auch Lehrer selbst schon einmal Praxiserfahrung in einem Unternehmen oder einer sozialen Einrichtung gesammelt haben. „Lehramtsstudenten sollten auch Praktika im außerschulischen Bereich absolvieren“, so **Höller**.

Auf ihrer dreitägigen Klausur im Kloster Metten verabschiedete der **RCDS** eine Resolution zur Reform der Lehrerausbildung. Zu Gast waren Kultusministerin Monika Hohlmeier und Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses des Bayerischen Landtages.



Pressespiegel, Bayernkurier 18.09.2004

Bayerns Kultusministerin beim RCDS in Metten

(16.09.2004 Kurt Höller) Deggendorf aktuell

Bayerns Kultusministerin Monika Hohlmaier debattierte am Freitagnachmittag im Kloster Metten mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V. (**RCDS**). Anschließend kam es zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - bleibt **Bayern** spitze?" Daran beteiligten sich neben der Staatsministerin noch Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Professor Dr. Alf Zimmer, Rektor der Uni Regensburg, sowie **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS** in **Bayern**. Diskutiert wurde ferner mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft. Abt Wolfgang M. Hagl OSB stellte sein Schulmodell Hirn, Herz und Hand vor, welches für einen Bildungsansatz steht, der weit über den Leistungsgedanken und Wissensvermittlung hinaus geht. Mit auf dem Prüfstand befand sich die "Mettener Resolution", die anschließend verabschiedet wurde.



BAYERNS KULTUSMINISTERIN Monika Hohlmeier debattierte am Freitagnachmittag im Kloster Metten mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern e.V. (RCDS). Anschließend kam es zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze?“ Daran beteiligten sich neben der Staatsministerin noch Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Professor Dr. Alf Zimmer, Rektor der Uni Regensburg, sowie Kurt Höller, Vorsitzender des RCDS in Bayern. Diskutiert wurde ferner mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft. Abt Wolfgang M. Hagl OSB stellte sein Schulmodell „Hirn, Herz und Hand“ vor, welches für einen Bildungsansatz steht, der weit über den Leistungsgedanken und Wissensvermittlung hinaus geht. Mit auf dem Prüfstand befand sich die „Mettener Resolution“, die anschließend verabschiedet wurde. Unser Bild zeigt die Staatsministerin bei ihrer Ankunft in Metten (von links): Franz Hofmann und Kurt Höller, RCDS, Abt Wolfgang und Monika Hohlmeier. (Text/Foto: Suttner)

Hohlmeier: Wissen für das Leben vermitteln

(13.09.2004 Melanie Schübel) RCDS diskutierte mit Kultusministerin im Kloster Metten - Neue Impulse gefordert

Metten. (sut) Auch in abgeschwächter Form hat die Pisa-Studie bewusst gemacht, dass wesentliche Dinge und damit die Zukunft unseres Landes in den Schulen entschieden wird. Wie **Kurt Höller**, vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern**, bedauerte, erwiesen sich die deutschen Schulen häufig als eine Institution, von der man Reformen lange Zeit fern hielt. "Sie sind in vielen Fällen ihrer verantwortungsvollen Aufgabe in Bezug auf die Bildung junger Menschen nicht mehr so gewachsen, wie dies wünschenswert wäre." ...(nur Auszug)

Hohlmeier: Wissen für das Leben vermitteln

RCDS diskutierte mit Kultusministerin im Kloster Metten – Neue Impulse gefordert



Metten, (je) Auch in abgeschwächter Form hat die Pisa-Studie bereits gemacht, dass wesentliche Dinge um damit die Zukunft unserer Länder in den Schulen entschieden wird. Wie Kurt Höller, vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern, bedauerte, erweisen sich die deutschen Schulen häufig als eine Institution, von der man Heilung eine lange Zeit fern hält. „Sie sind in vielen Fällen ihrer verantwortungsvollen Aufgabe in Bezug auf die Bildung junger Menschen nicht mehr so gewachsen, wie dies wissenschaftlich wäre.“

Eine Diskussion, die schon länger andauert, wurde Koveter Kultusministerin Monika Hohlmeier dazu an und erörterte an den Dialog-Process. Hier saßen die Kultusminister und evangelischer Kirche Bauntes, welche sich in die Studiengänge einschreiben lassen. Ferner erzielte man sich darauf, bis 2018 einen einheitlichen Bildungsrahmen mit vergleichbaren Abschlüssen zu entwickeln.

Als Hausherr übermittelte Abt Wolfgang Hagl (CDU) das Grußwort an die hochkarätige Mannschaft als Träger der Politikdiskussion und Besucher. Dabei sprach er den Bogen bis ins 17. Jahrhundert, als Besuche und Notizen nicht nur die Lehrer Christi vertrieben, sondern auch das Alphabet. Insofern gingen von den Orten seinerzeit hohe Bildungsinhalte aus.

Der RCDS in Bayern ist der Ansicht, dass man zunächst bei der Ausbildung der Lehrer als Hauptträger des Bildungssystems ansetzen muss, um Veränderungen zu bewirken. Zu lange Studiendauern, tatsächliche Verkettung auf den künftigen Berufszugang im Umgang mit Schülern, eine unzureichende Gestaltung des Studiums und nicht zuletzt die schlechte Image der Lehrer in der Gesellschaft werten sich ergänzend auf die Attraktivität des Lehrberufs aus, so die Studienvereinigung. Aus der dreitägigen Klausurtagung sind als

Problemdiskussion zur „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze“ (von links): Abt Wolfgang M. Hagl (CDU) bei seinem Grußwort an die Gäste, Professor Dr. Alf Zimmer, Uni Regensburg, Kultusministerin Monika Hohlmeier, Kurt Höller, RCDS, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag und Dr. Christof Prechtl an der Wirtschaft.

agierende konzentriert. Dies lässt sich kennzeichnend zugeordnet erheben und fordert über vor der Lehrerschaft eine ganze Menge, was nicht zuletzt ein Orientierungspraktikum voraussetzt. Vernehmlich steht die Kultusministerin heute nach Bildungspakt im Kindergarten. Großen Wert will man zukünftig darauf legen, dass nicht nur auf die Prüfungen sondern hinsichtlich der Leh-

erbildung nach unten durchgezogen. Dazu an der „G8“ mehr an Leistung heraus zu holen ist, davon ist Prechtl fest überzeugt.

Aussage aus der „Mettener Resolution“, die vom RCDS nach ausführlicher Diskussion mit den Fachleuten und der Staatsministerin Monika Hohlmeier einstimmig beschlossen wurde: Grundsätzlich besteht ein wesentlicher Blick in Richtung Lehr-

bedürfen. An das erste Staatsexamen (Abschluss des Master Moduls) schließt sich wie bisher die zweite Phase der Lehrerbildung an. Das Besondere: Wegen des bereits abgeschlossenen Praxiserwerbs in diesem auf drei Halbjahre zu verteilen. Abgeschlossen wird es wie bisher mit dem zweiten Staatsexamen.

Das Angebot des Lehrberufs in der Gesellschaft sinkt seit Jahren ste-

Pressepiegel, Donau-Anzeiger 13.09.2004

Studium muss auf wachsende Anforderungen reagieren (13.09.2004 Melanie Schübel) Bildungsexperten diskutierten über die Zukunft der Schule und die Reform der Lehrerausbildung – Nur 50 Zuhörer waren dabei

Metten (je). „Die Schule führen wie ein Unternehmen, ein Team zusammenstellen – nur wenn die Verantwortung vor Ort liegt, kann sich keiner mehr aus der Verantwortung stehlen.“ So stellt sich Dr. Christof Prechtl die Schule in 20 Jahren vor. Prechtl, Studienrat a. D., der seinen Beamtenstatus zurück gegeben hat und nun als Geschäftsführer der Abteilung Bildung in der Vereinigung Bayerische Wirtschaft (vbw) fungiert, saß mit Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, und Prof. Dr. Alf Zimmer, Rektor der Uni Regensburg, auf dem Posium. Zur Diskussion „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern spitze?“ hatte der RCDS am Freitagabend in den Festsaal des Klosters Metten eingeladen.

Mit rund 50 Zuhörern, darunter der Hausherr, Abt Wolfgang Hagl, MdL Bernd Siblinger und Bürgermeister Erhard Radlmaier, blieb man bei der über zweistündigen Veranstaltung weitgehend unter sich. Bayerns RCDS-Chef Kurt Höller nahm als Moderator ein zwölfseitiges Papier als Gesprächsgrundlage für die Mettener Resolution, die sich mit der Reform der Lehrerausbildung befasst (DZ berichtete). „Manche Fakultäten haben noch nicht bemerkt, dass es sie ohne Lehramtsstudenten nicht geben würde“. Nun setzen sich die Rektoren mit den Lehramtsstudiengängen auseinander; Hohlmeier sieht darin „einen Schub für die Lehrerausbildung“.

Das Kultusministerium baut weiter auf die vier Säulen – Orientierungspraktikum, Pädagogik, Didaktik und Fachwissenschaft: Angesichts eines fehlenden Wertefundaments im Elternhaus, so Hohlmeier, würden immer mehr Erziehungsfragen in die Schule verlagert. Die Lehrerausbildung müsse auf solche Situationen wie Erwachsenen-Gesprächsführung („die Lehrer sollen die Lösung für alle Probleme sein, die die Gesellschaft nicht lösen kann“) besser vorbereitet werden.

„Man wollte jedes Fach in gleicher Form akademisieren.“ Aus der Sicht von Prof. Zimmer die Ursache dafür, dass man mit der Lehrerausbildung an den Universitäten „immer wieder Probleme gehabt hat. Pädagogik ist in der Struktur anders als Romanistik oder Physik. Es ist eben kein Faktenfach wie Latein. Pädagogik ergibt sich aus der Praxis“, reagierte der Regensburger Uni-Rektor auf die Frage von Kurt Höller, ob man bei der Lehrerausbildung erst auf alles Fachliche abheben und dann Pädagogik draufsatteln sollte oder ob dies parallel laufen sollte?

Laut Spaenle erhalten ein Drittel aller derer, die ein Hochschulstudium aufnehmen, ihre Zugangsberechtigung nicht über das Gymnasium; sie kommen zum Beispiel von FOS 13, BOS oder Fachhochschule: „Die Durchlässigkeit muss weiter erhöht werden.“ Im achtjährigen Gymnasium sieht Spaenle die Chance für eine „stärkere Verzahnung“.

Mit einem eindeutigen „Ja“ befürwortete er ferner Studienberatung am Gymnasium – „eine Kraftanstrengung für die Studentenwerke“, Orientierungspraktika, „um dem Kinderschreck entgegenzuwirken“ und die Einführung von Studiengebühren. Im „Bologna-Prozess“, zum Beispiel samt Masters-/Bachelor-Abschluss, macht der studierte Historiker zwei Vorteile aus: „Die Vergleichbarkeit von Studieninhalten und die Modularisierung“. Neben dem Stichwort „Modul“, also Lehreinheiten, die auch einen Wechsel des Studiums erleichtern, setzte die Runde auf „Evaluierung“.

Effizienz und Effektivität gaben den Ausschlag für eine weitere Forderung: „Wir brauchen Mitarbeitergespräche“, propagierte etwa Pecht, der es gut fände, wenn Gymnasiallehrer ein halbes bis ein Jahr in die Wirtschaft gehen. „Zwei Jahre Referendariat ist eine Vergeudung von Ressourcen“, sagte er.



Pressespiegel, DZ 13.09.2004

RCDS-Klausur

(11.09.2004 Melanie Schübel) Bayerns Kultusministerin Monika Hohlmeier ...

... debattierte am Freitagnachmittag im Kloster Metten mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V. (RCDS). Anschließend kam es zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze?“. Daran beteiligten sich neben der Staatsministerin noch Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Professor Dr. Alf Zimmer, Rektor der Universität Regensburg, sowie **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS** in **Bayern**. Diskutiert wurde ferner mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft. Abt Wolfgang M. Halg OSB stellte sein Schulmodell „Hirn, Herz und Hand“ vor, welches für einen Bildungsansatz steht, der weit über den Leistungsgedanken und Wissensvermittlung hinaus geht. Auf dem Prüfstand befand sich die „Mettener Resolution“, die anschließende verabschiedet wurde. Ein ausführlicher Bericht folgt in unserer nächsten Ausgabe. Unser Bild zeigt die Staatsministerin bei ihrer Ankunft in Metten (von links): Franz Hofmann und **Kurt Höller**, **RCDS**, Abt Wolfgang und Monika Hohlmeier.

(Text/Foto: Suttner)



Pressespiegel, Donau-Anzeiger 11.09.2004

Hochschulpolitik aus dem Kloster Metten

(11.09.2004 Melanie Schübel) Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) debattiert über Reform der Lehrerausbildung

Metten (she). Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt **Bayern** spitze?“ ist gestern Nachmittag Kultusministerin Monika Hohlmeier ins Kloster Metten gekommen. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Bayern** hält dort seine dreitägige Klausurtagung ab.

Die Reform der Lehramtsausbildung in **Bayern** ist ein zentrales Thema der Klausurtagung. Der Hochschulverband fordert einen deutlich verstärkten Praxisbezug der angehenden Lehrer: „Wir wollen, dass ein Teil der Referendariatsausbildung in die Mitte des Studiums vorgezogen wird“, erläutert der stellvertretende Landesvorsitzende des **RCDS** Franz Hofmann die Pläne des **RCDS**.

Der Vorteil einer solchen Reform: Studenten erkennen früher, ob sie überhaupt für den Lehrerberuf geeignet sind oder nicht. Generell fordert der **RCDS**, dass das Lehramtsstudium künftig mehr Pädagogik- und Didaktik-elemente aufweisen soll und dafür Fachelemente gekürzt werden. Und: Auch während des Staatsexamens sollte ein Bachelor-Abschluss nach einigen Semestern Pflicht sein, um ein „Umschwenken“ auf ein anderes Studium zu ermöglichen.

Die „Mettener Resolution“ soll am heutigen Samstag von den etwa 25 Delegierten des **RCDS** verabschiedet werden. Gestern Abend diskutierte der Hochschulverband die darin enthaltenen Punkte mit Kultusministerin Monika Hohlmeier, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses Dr. Ludwig Spaenle und weiteren Bildungsexperten. Der **RCDS** hat seine Klausurtagung auf Initiative seines Landesvorsitzenden, **Kurt Höller**, ins Kloster Metten gelegt. Der Altmettener hält viel von seiner alten Schule: „Wenn man schon über Schulpolitik diskutiert, ist Metten ein idealer Ort.“ Gemeinsam mit Abt Wolfgang debattierten die Vertreter des Hochschulverbandes über Zukunftsprojekte wie das Mettener Schulmodell „Hirn, Herz und Verstand“, das Schule und Ausbildung kombiniert. „Wir legen schon jetzt großen Wert auf Ganzheitlichkeit“, so Abt Wolfgang.

Samstag, 11. September 2004 LOKALES

Hochschulpolitik aus dem Kloster Metten

Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) debattiert über Reform der Lehrerausbildung

Metten (shc). Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze?“ ist gestern Nachmittag die bayerische Kultusministerin Monika Hohlmeier ins Kloster Metten gekommen. Der Ring Christlich-Demokratischer Sozialer Studenten (RCDS) in Bayern hält dort seine dreitägige Klausurtagung ab.

Die Reform der Lehramtsausbildung in Bayern ist ein zentrales Thema der Klausurtagung. Der Hochschulverband fordert einen deutlich verstärkten Praxisbezug der angehenden Lehrer. „Wir wol-



ANZEIGE

Musik-, Besang- u. Ballettanzeige

In Kalk, April bis November
Mittwoch und Donnerstagabend 8 Uhr
14400 Deggendorf, Grottinger Str. 140
Tel. 09201-0202234
www.musikverein-kalk.de
E-Mail: info@musikverein-kalk.de

len, dass ein Teil der Referendariatsausbildung in die Mitte des Stadtkerns verlegt wird“, erläutert der stellvertretende Landesvorsitzende Franz Hofmann die Pläne des RCDS.

Der Vorteil einer solchen Reform: Studenten erkennen früher, ob sie überhaupt für den Lehrberuf geeignet sind oder nicht. Generell fordert der RCDS, dass das Lehramtsstudium künftig mehr Pädagogik- und Didaktik-elemente aufweisen soll und dafür Fachlehrer gekürzt werden. Und: Auch während des Studiums sollte ein Bachelor-Abschluss nach einigen Semestern Pflicht sein, um ein „Überschweren“ auf ein anderes Studium zu ermöglichen.

Die „Mettener Resolution“ soll am heutigen Samstag von den etwa 25 Delegierten des RCDS ver-

abschiedet werden. Gestern Abend diskutierten der Hochschulverband die dann einhaltenden Punkte mit Kultusministerin Monika Hohlmeier, dem Vertreter des Hochschulverbands über Zukunftsvorhaben wie das Mettener Schulmodell „Hirn, Herz und Verstand“, das Schulleitung und Ausbildung karibikern. „Wir legen schon jetzt großen Wert auf Ganzheitlichkeit“, so Abt Wolfgang.

Für die Podiumsdiskussion führt Abt Wolfgang H. Hög (s. l.), Kultusministerin Altm. Hohlmeier, RCDS-Landesvorsitzende Franz Hofmann und seinen Stellvertreter Franz Hofmann durch die Bibliothek (F. Högmann)

Pressespiegel, PNP 11.09.2004

RCDS: Klausurtagung im Kloster Metten (11.09.2004 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

Metten (red.).

Über die geplante Reform der Lehramtsausbildung hat Kultusministerin Monika Hohlmeier mit Vertretern vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern und weiteren Bildungsexperten im Kloster Metten debattiert. Der RCDS hält derzeit im Kloster seine dreitägige Klausurtagung ab. Am Ende soll eine „Mettener Resolution“ zur Lehramtsausbildung verabschiedet werden.

RCDS: Klausurtagung im Kloster Metten

Metten (red.). Über die geplante Reform der Lehramtsausbildung hat Kultusministerin Monika Hohlmeier mit Vertretern vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern und weiteren Bildungsexperten im Kloster Metten debattiert. Der RCDS hält derzeit im Kloster seine dreitägige Klausurtagung ab. Am Ende soll eine „Mettener Resolution“ zur Lehramtsausbildung verabschiedet werden.

Pressespiegel, Passauer Neue Presse 11.09.2004

Monika Hohlmeier im Kloster Metten (08.09.2004 Melanie Schübel) Donau-Anzeiger

Tagung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten vom 9. bis 11. September

Deggendorf/Metten. (pk/da)

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern e.V. trifft sich von Donnerstag, 9. September, bis Samstag, 11. September, zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema wird die Positionierung des RCDS zur geplanten Reform der Lehramtsausbildung in Bayern sein.

Als Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung findet am Freitagabend (10. September, 19 Uhr) eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt **Bayern** Spitze?“ statt. Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschuss im Bayerischen Landtag, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. Alf Zimmer, und **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS in Bayern** e.V., diskutieren.

Reform der Lehramtsausbildung

Bereits auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf Anfang dieses Jahres hatte der **RCDS in Bayern** e.V. einen Antrag zur Reform der Lehramtsausbildung verabschiedet. Darin fordert der Hochschulverband einen deutlich verstärkten Praxisbezug des Lehramtsstudiums. Pädagogische Fähigkeiten dürften nicht als Nebensache behandelt werden, sondern müssten gewichtiger Teil der Lehrerausbildung sein. Um Lehrkräfte auf schulinterne Führungsaufgaben besser vorzubereiten, soll ferner ein Aufbaustudiengang Schulmanagement eingerichtet werden.

„Hirn, Herz und Hand“

Während der drei Tage in Metten soll nun die Position des **RCDS in Bayern** mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft diskutiert und Details ausgearbeitet werden. Als Ergebnis dieser Überlegungen wird der Hochschulverband am Ende der Klausurtagung eine „Mettener Resolution“ zur Lehramtsausbildung verabschieden.

Einen weiteren Beitrag zur Diskussion um die Zukunft der bayerischen Schulen wird Abt Wolfgang M. Hagl OSB vorstellen. Das Mettener Schulmodell „Hirn, Herz und Hand“ steht für einen Bildungsansatz, der weit über reine Wissensvermittlung hinausgeht. Stattdessen soll es, nach Meinung von Abt Wolfgang M. Hagl, auch Aufgabe der Schule sein, den Charakter der Schüler zu bilden.

Lehre im Kloster-Betrieb?

Im Zuge dieser ganzheitlichen Erziehungsidee wird derzeit am Kloster Metten darüber nachgedacht, den Schülern neben dem G8 wahlweise die Möglichkeit zu bieten, während einer neunjährigen Gymnasialzeit zusätzlich eine Lehre in einem der klostereigenen Betriebe zu absolvieren. Wie sich diese Idee in die Praxis umsetzen lässt und ob so die Schule der Zukunft aussieht, wird Abt Wolfgang M. Hagl am Freitag, 10. September, ab 13 Uhr mit den Vertretern des **RCDS** diskutieren.



Pressespiegel, Donau-Anzeiger 08.09.2004

Monika Hohlmeier am Freitag mit Klausurtagung im Kloster Metten (07.09.2004 Melanie Schübel) Donau-Anzeiger

Deggendorf/Metten. (pk/da)

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V. trifft sich von Donnerstag, 9. September, bis Samstag, 11. September, zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema wird die Positionierung des

RCDS zur geplanten Reform der Lehramtsausbildung in **Bayern** sein. Als Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung findet am Freitagabend (10. September, 19 Uhr) eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - bleibt **Bayern** Spitze?" statt. Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. Alf Zimmer, und **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS** in **Bayern** e.V., diskutieren.

Monika Hohlmeier am Freitag bei Klausurtagung im Kloster Metten



Bildtext: Am Freitag im Kloster Metten: Monika Hohlmeier.

Deggendorf/Metten. (pk/da) Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern e.V. trifft sich von Donnerstag, 9. September, bis Samstag, 11. September, zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema wird die Positionierung des RCDS zur geplanten Reform der Lehramtsausbildung in Bayern sein. Als Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung findet am Freitagabend (10. September, 19 Uhr) eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - bleibt Bayern Spitze?" statt. Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Professor Dr. Alf Zimmer, und Kurt Höller, Vorsitzender des RCDS in Bayern e.V., diskutieren.

Donau-Anzeiger

Kultusministerin diskutiert in Metten über Schule im 21. Jahrhundert

(31.08.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Monika Hohlmeier kommt am 10. September ins Kloster - Klausurtagung vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern

Metten (dz). Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern (RCDS)** trifft sich von 9. bis 11. September zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema ist die geplante Reform der Lehramtsausbildung in **Bayern**. Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung ist am 10. September ab 19 Uhr eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - Bleibt **Bayern** Spitze?". Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. Alf Zimmer, und **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS**, diskutieren.

Bereits auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf Anfang dieses Jahres hatte der **RCDS** einen Antrag zur Reform der Lehramtsausbildung verabschiedet. Darin fordert der Hochschulverband einen deutlich verstärkten Praxisbezug. Pädagogische Fähigkeiten dürften nicht als Nebensache behandelt werden, sondern müssten gewichtiger Teil der Lehrerausbildung sein. Um Lehrkräfte auf schulinterne Führungsaufgaben besser vorzubereiten, soll ferner ein Aufbaustudiengang Schulmanagement eingerichtet werden.

Während der drei Tage in Metten soll nun die Position des **RCDS** mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft diskutiert und Details ausgearbeitet werden. Als Ergebnis dieser Überlegungen wird der Hochschulverband am Ende der Klausurtagung eine "Mettener Resolution" zur Lehramtsausbildung verabschieden.

Einen weiteren Beitrag zur Diskussion um die Zukunft der bayerischen Schulen wird Abt Wolfgang M. Hagl vorstellen. Das Mettener Schulmodell "Hirn, Herz und Hand" steht für einen Bildungsansatz, der weit über reine Wissensvermittlung hinausgeht. Stattdessen soll es nach Meinung von Abt Wolfgang auch Aufgabe der Schule sein, den Charakter der Schüler zu bilden. Im Zuge dieser ganzheitlichen Erziehungsidee wird derzeit am Kloster Metten darüber nachgedacht, den Schülern neben dem G8 wahlweise die Möglichkeit zu bieten, während einer neunjährigen Gymnasialzeit zusätzlich eine Lehre in einem der klostereigenen Betriebe zu absolvieren.

Wie sich diese Idee in die Praxis umsetzen lässt und ob so die Schule der Zukunft aussieht, wird Abt Wolfgang M. Hagl ebenfalls am 10. September ab 13 Uhr mit den Vertretern des **RCDS** diskutieren.

Grenzenlos

(05.08.2004 Melanie Schübel) Zusammenarbeit über Grenzen hinweg: Bayerns RCDS empfing in diesen Tagen den Bundesvorstand des österreichischen Partnerverbandes.

Im Vordergrund standen die Diskussion um die in Österreich bereits eingeführten Studiengebühren sowie deren Umsetzung. Angesichts der in **Bayern** ebenfalls angedachten Einführung von Studienbeiträgen setzt der **RCDS** darauf, dass die Einnahmen gänzlich den Universitäten zu Gute kommen. „Ein Einfließen der Mittel in den Staatshaushalt wie bisher in Österreich muss verhindert werden“, so **RCDS**-Chef **Kurt Höller**. Der österreichische Bundesobmann Christoph Marx und Fraktionssprecher Dieter Haas äußerten sich positiv über das entspannte Klima im Freistaat **Bayern**, das zwischen dem **RCDS**, der Staatsregierung und den Rektoren herrsche.



RCDS-Chef Kurt Höller und Stellvertreterin Katrin Wiesheu mit den österreichischen Freunden Christoph Marx und Dieter Haas.

Grenzenlos

Zusammenarbeit über Grenzen hinweg: Bayerns RCDS empfing in diesen Tagen den Bundesvorstand des österreichischen Partnerverbandes. Im Vordergrund standen die Diskussion um die in Österreich bereits eingeführten Studiengebühren sowie deren Umsetzung. Angesichts der in Bayern ebenfalls angedachten Einführung von Studienbeiträgen setzt der RCDS

Bayern darauf, dass die Einnahmen gänzlich den Universitäten zu Gute kommen. „Ein Einfließen der Mittel in den Staatshaushalt wie bisher in Österreich muss verhindert werden“, so RCDS-Chef Kurt Höller. Der österreichische Bundesobmann Christoph Marx und Fraktionssprecher Dieter Haas äußerten sich positiv über das entspannte Klima im Freistaat Bayern, das zwischen dem RCDS, der Staatsregierung und den Rektoren herrsche.

Pressespiegel, der bajuware - Magazin der Jungen Union **Bayern**, 2/2004

„Jeder Student muss sich bewerben“

(10.07.2004 Melanie Schübel) RCDS-Chef Kurt Höller über Wettbewerb, Studiengebühren und Wege zur Weltspitze

Die Hochschulen sollen sich ihre Studenten ausschließlich selbst aussuchen dürfen, fordert **Kurt Höller**. Mit dem **RCDS**-Landesvorsitzenden sprach Thomas Breitenfellner.

Bayernkurier: Warum sprechen Sie sich gegen die Verwaltungsgebühr für Studenten aus?

Kurt Höller: Gebühren müssen direkt für die Studenten eingesetzt werden, das ist aber bei der Verwaltungsgebühr überhaupt nicht der Fall. Das Geld geht ans Finanzministerium. Für die Studenten ist das nicht nachvollziehbar.

Bayernkurier: Wird es auch Widerstand bei der Einführung einer Studiengebühr geben?

Höller: Unter Erfüllung unserer Forderungen werden wir Studienbeiträge mittragen. Sie sollen – sagt's auch Wissenschaftsminister Thomas Goppel – direkt an den Fakultäten eingesetzt werden. Damit würde die Lehre verbessert, zumal der Staat diese Last langfristig nicht mehr alleine tragen kann. Studienbeiträge hätten weitere positive Aspekte, weil dadurch der Wettbewerb unter den Universitäten forciert werden würde.

Bayernkurier: In welcher Höhe wären Studiengebühren für die Studenten noch tragbar?

Höller: Tragbar sind Gebühren sowieso nur dann, wenn sie erst im Nachhinein oder über Bildungskredite finanziert werden können. Wichtig ist mir dabei: Jeder soll diese Modelle nutzen können, auch ohne einen bürokratischen Nachweis der sozialen Bedürftigkeit. Unter diesen Voraussetzungen halte ich einen jährlichen Beitrag von einigen hundert Euro für angemessen und realistisch, das soll aber von den Hochschulen flexibel gehandhabt werden.

Bayernkurier: Wo gibt's Nachholbedarf?

Höller: Es gibt sehr viel Nachholbedarf bei den Bibliotheken. Die Öffnungs- und Ferienzeiten sind zum Teil nicht mehr tragbar. Aber auch bei der Betreuung der Studenten müsste noch mehr gemacht werden. Mit den zusätzlichen Geldern könnten beispielweise Tutorenprogramme finanziert werden.

Bayernkurier: Braucht Deutschland Elite-Unis?

Höller: Elite-Universitäten kann man nicht von heute auf morgen hinstellen. Die müssen wachsen, das braucht mindestens ein halbes Jahrhundert – und es muss Kapital in Milliardenhöhe zur Verfügung stehen. Für Deutschland ist das nicht absehbar, wir haben nur die Möglichkeit, dass sich die einzelnen Hochschulen auf ihren Spezialgebieten fortentwickeln. Der bayerische Ansatz ist der richtige: Die Universitäten dort fördern, wo sie gut sind. Nur über die Profilbildung werden wir an die Weltspitze kommen.

Bayernkurier: Im internationalen Vergleich steigen die deutschen Akademiker sehr spät ins Berufsleben ein. Eine Verkürzung der Studienzeiten wie beim Gymnasium wäre doch der natürliche Schritt...

Höller: Ja, das müssen wir anstreben. Insbesondere dort, wo lange Wartezeiten die Studenten aufhalten. Man darf nicht Sprachkurse vorschreiben, die aber aufgrund einer zu geringen Kapazität de facto gar nicht zur Verfügung stehen. Dennoch muss aber genügend Zeit für ein abgerundetes Studienkonzept zur Verfügung stehen.

Bayernkurier: Aber es gibt auch viele Studenten, die ganz bewusst bummeln.

Höller: Spätestens mit der Einführung der Studiengebühr wird das Problem nicht mehr groß sein. Da überlegt man sich dann dreimal, ob und für welches Studium man sich einträgt. Wichtig ist aber vor allem, dass sich die Hochschulen ihre Studenten selber aussuchen können – und zwar zu 100 Prozent. Die Zentrale Studienplatzvergabe ist nicht zeitgemäß, sie muss ersetzt werden durch Bewerbungsgespräche und Eignungsprüfungen, in denen nicht nur Fachwissen abgefragt wird.

Bayernkurier: Wie sieht das Studium der Zukunft aus?

Höller: Wir brauchen mehr Eigenverantwortung, etwa bei der Auswahl der Hochschule oder der Qualität des Studiums. Wir brauchen mehr Auslandsaufenthalte und mehr englischsprachige und interdisziplinäre Vorlesungen.



Pressepiegel, Bayernkurier 10. 07.2004

Ziel: Sieg bei den Hochschulwahlen

(03.06.2004 Melanie Schübel) Marco Mehl ist neuer Vorsitzender der Studentengruppe RCDS

Erlangen. Kurz vor den Hochschulwahlen an der Friedrich-Alexander-Universität hat der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Erlangen** einen neuen Vorsitzenden bekommen. Die Vertreter der **CSU**-nahen Studentenorganisation wählten kürzlich den Jura-Studenten Marco Mehl.

Der gebürtige Herzogenauracher ist 22 Jahre alt und löst Josef Ernst ab, der nicht wieder kandidiert hatte.

Politisch aktiv war Mehl bisher vor allem in der Jungen Union in Herzogenaurach, dort als Stellvertreter des Ortsvorsitzenden Matthias Düthorn. In seinem neuen Betätigungsfeld, der Hochschulpolitik, kann Mehl erstmals am 22. Juni Akzente setzen. Bei den Hochschulwahlen will er mit dem **RCDS** die Mehrheit im studentischen Konvent gewinnen, kündigte er nach seiner Wahl an. Dieser ist derzeit noch in der Hand von linken, sozialistischen Kräften wie der Juso-Hochschulgruppe oder der Alternativen und Farbenfrohen Liste.

Außerdem will Mehl die Aktivitäten und Positionen des **RCDS** besser in der Öffentlichkeit darstellen, ebenso den Service für Studenten verbessern und stärker mit **JU**-Verbänden und der **CSU** zusammenarbeiten. – Ein erstes Zeichen dafür war es, dass Mehl auch vom CDS-Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann Glückwünsche zu seiner Wahl erhielt. Herrmann selbst war zu seiner Studienzeit 1977/78 einmal **RCDS**-Vorsitzender in **Erlangen**.

Ebenfalls ein Vorgänger in dieser Position war ein weiterer Gratulant nach der Wahl, **Kurt Höller**. Er ist heute **RCDS**-Vorsitzender in **Bayern**. – Bei seiner neuen Aufgabe erhält Marco Mehl Unterstützung von weiteren Aktiven der Gruppierung. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Stephan Schlüter, Student der Wirtschaftsmathematik, gewählt. Schatzmeister ist künftige der Jurastudent Thomas Winkler, Geschäftsführerin bleibt weiterhin die Medizinstudentin Lisa Meintker.

mtu

Fr. 3.6.04, 5.16
Ziel: Sieg bei den Hochschulwahlen

Marco Mehl ist neuer Vorsitzender der Studentengruppe RCDS

ERLANGEN. Kurz vor den Hochschulwahlen an der Friedrich-Alexander-Universität hat der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Erlangen einen neuen Vorsitzenden bekommen. Die Vertreter der CSU-nahen Studentenorganisation wählten kürzlich den Jura-Studenten Marco Mehl.

Der gebürtige Herzogenauracher ist 22 Jahre alt und löst Josef Tenst ab, der nicht wieder kandidiert hatte.

Politisch aktiv war Mehl bisher vor allem in der Jungen Union in Herzogenaurach, dort als Stellvertreter des Ortsvorsitzenden Matthias Dellhorn. In seinem neuen Betätigungsfeld, der Hochschulpolitik, kann Mehl erstmals am 22. Juni Akzente setzen. Bei den Hochschulwahlen will er mit dem RCDS die Mehrheit im studentischen Konvent gewinnen, kündigte er nach seiner Wahl an. Diese ist derzeit noch in der Hand von linken, sozialistischen Kräften wie der Juso-Hochschulgruppe oder der Alternativen und Farbentrollen Liste.

Außerdem will Mehl die Aktivitäten und Positionen des RCDS besser in der Öffentlichkeit darstellen, ebenso den Service für Studenten verbessern und stärker mit JU-Verbänden und der CSU zusammenarbeiten.



Gratulation vom Vorgänger: Der frühere Erlanger RCDS-Vorsitzende und heutige Landesvorsitzende Kurt Höller (li.) gratuliert dem Herzogenauracher Marco Mehl zum neuen Amt. Foto: privat

ten. – Ein erstes Zeichen dafür war es, dass Mehl auch vom CSU-Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann Glückwünsche zu seiner Wahl erhielt. Herrmann selbst war zu seiner Studienzeit 1977/78 selbst einmal RCDS-Vorsitzender in Erlangen.

Ebenfalls ein Vorgänger in dieser Position war ein weiterer Gratulant nach der Wahl, Kurt Höller. Er ist heute RCDS-Vor-

sitzender in Bayern. – Bei seiner neuen Aufgabe erhält Marco Mehl Unterstützung von weiteren Aktiven der Gruppierung. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Stephan Schlüter, Student der Wirtschaftsinformatik gewählt. Schatzmeister ist künftig der Jurastudent Thomas Winkler, Geschäftsführerin bleibt weiterhin die Medizinstudentin Lisa Meintker.

mita

Pressespiegel FT, 03.06.2004

Für Begabten-Förderung

(03.06.2004 Melanie Schübel) Landestagung des RCDS begrüßt die Modernisierung

Beim Treffen der Gruppenvorsitzenden des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in **Bayern** in **Erlangen** wurden neben der Wahl der Bezirkssprecher wichtige Beschlüsse zu den Themen Begabtenförderung und Bologna-Prozess gefasst.

Der **RCDS** in **Bayern** hat seine Vertretung auf Bezirksebene überarbeitet. Statt der bisherigen Bezirksdelegierten wird nun pro Bezirksverband ein Bezirkssprecher gewählt, der entsprechend der neuen **JU**-Satzung die Interessen der Studenten im **JU**-Bezirksausschuss vertritt. Die Neuordnung des Bezirkssprecherwahlmodells wurde von den anwesenden Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen, so dass Neuwahlen durchgeführt werden konnten. (Übersicht über die neu gewählten Bezirkssprecher unter www.RCDS-bayern.de)

Die Programmkommission legte dem Landesausschuss zwei Entwürfe vor, die beide von den anwesenden Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen wurden. So wurde eine Stellungnahme des **RCDS** zur Neuordnung der Begabtenförderung in **Bayern** verabschiedet. Darin begrüßt der **RCDS** den Vorschlag zur Modernisierung der Begabtenförderung in **Bayern** nachdrücklich.

Der **RCDS** spricht sich für das Konzept der materiellen und ideellen Förderung aus. Der Zugang soll Studenten bis zum fünften Semester offen stehen.

<p>Beim Treffen der Gruppenvorsitzenden des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern in Erlangen wurden neben der Wahl der Bezirkssprecher wichtige Beschlüsse zu den Themen Begabtenförderung und Bologna-Prozess gefasst.</p> <p>Der RCDS in Bayern hat seine Vertretung auf Bezirksebene überarbeitet. Statt der bisherigen Bezirksdelegierten wird nun pro Bezirksverband ein Bezirkssprecher gewählt, der ent-</p>	<p>Für Begabten-Förderung Landestagung des RCDS begrüßt die Modernisierung</p>	<p>Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen wurden. So wurde eine Stellungnahme des RCDS zur Neuordnung der Begabtenförderung in Bayern verabschiedet. Darin begrüßt der RCDS den Vorschlag zur Modernisierung der Begabtenförderung in Bayern nachdrücklich.</p> <p>Der RCDS spricht sich für das Konzept der materiellen und ideellen Förderung aus. Der Zugang soll Studenten bis zum fünften Semester offen stehen.</p>
--	--	---

Pressespiegel EN 03.06.2004

Junge Union legt erfolgreiche Bilanz vor

(29.05.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Kreisvorsitzender Stefan Ebner im Amt bestätigt - 50-Jahr-Feier am 26. Juni mit Erwin Huber

Zwiesel. Dreigeteilt war die diesjährige Kreisversammlung des **JU**-Kreisverbandes Regen: Vorsitzender Stefan Ebner legte einen umfangreichen Rechenschaftsbericht vor, die turnusgemäßen Neuwahlen standen auf dem Programm und **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller** aus Deggendorf referierte über die Bildungspolitik.

Eine ganze Reihe von Gästen konnte **JU**-Kreisvorsitzender Stefan Ebner bei der diesjährigen Kreisversammlung im Gasthof "Zwieseler Hof" begrüßen, darunter auch Bürgermeister Robert Zettner, stellvertretenden **CSU**-Kreisvorsitzenden Willi Köckeis, **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller** aus Deggendorf, **SU**-Kreisvorsitzenden Stephan Rabl, **FU**-Kreisvorsitzende Renate Fritz, **JU**-Ortsvorsitzenden Rainer Nepl.

Stefan Ebner berichtete in seinem Rechenschaftsbericht von 70 durchgeführten und besuchten Veranstaltungen des knapp 400 Mitglieder zählenden **JU**-Kreisverbandes seit der Kreisversammlung Mitte August vergangenen Jahres. Besonders erwähnte er die Klausurtagung in Kloster Banz, die Aktion "Zukunft für Ostbayern", die Diskussion mit Kreisjugendpfleger Martin Hackl zur Sozialraumanalyse, die Gründung einer Schüler-Union im Landkreis, die Erstellung eines Forderungskatalogs an die Mandatsträger, das Gespräch mit Landrat Heinz Wölfl über die Finanznot der Kommunen, die Erstellung eines Lehrstellenspiegels, den Arbergipfeltreffen und die Aktion "schönste Augen im Landkreis", deren Abschlussveranstaltung am 12. Juni in der Disco "Martini" in Regen stattfand.

Er bat die Delegierten, auch weiterhin Mitglieder zu werben, um den Verlust von jährlich ca. 40 Mitgliedern wegen der 35-Jahresgrenze wettzumachen. Der Kreis-Chef bekannte, dass Politik momentan spannender denn je sei. Die Aufgabe der **JU** sieht er derzeit darin, vieles im Sozialstaat neu zu definieren, um zu unterscheiden, was notwendig und was wünschenswert sei. Bei der derzeitigen demographischen Entwicklung könne deshalb der Rahmen nicht 35-Stunden-Woche und Rente mit 55 lauten, sondern 42- und 43-Stunden-Wochen und Rente mit 70, beendete der Jungpolitiker seinen politischen Bericht.

Die anschließenden turnusgemäßen Neuwahlen bestätigten Stefan Ebner ein-drucksvoll mit 48 von 51 Stimmen als Kreisvorsitzenden. Als stellvertretende Kreisvorsitzende stehen ihm wie bisher Ronny Raith, Yvonne Marx und Josefa Schmid zur Seite. In das Stellvertretergremium rückte auch die neu gewählte **JU**-Ortsvorsitzende Andrea Fritz aus Bodenmais auf. Der bisherige stellvertretende Kreisvorsitzende Markus Käser aus Regen stellte aus beruflichen Gründen sein Amt zur Verfügung. Als Geschäftsführer wurde Webmaster Karl-Heinz Göstl aus Zwiesel bestellt. Kreisschatzmeisterin bleibt Bianca Wildfeuer.

Begehrt waren die neun Beisitzerposten. Folgende Mitglieder gehören künftig dem Kreisausschuss an: Claudia Ruderer (Langdorf), Manfred Kölbl (Langdorf), Stefan Achatz (Arnbruck), Silke Tremel (Bodenmais), Martin und Steffi Strunz (beide Zwiesel), Markus Kraus (Gotteszell), Judith Köppe (Regen) und Karin Stadler (Kollnburg). Kassenprüfer sind Markus Dahlke und Hans Seidl.

Der neu gewählte Vorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern (RCDS) Kurt Höller** aus Deggendorf nutzte während den Wahlgängen die Zeit für sein Referat zum Thema "Leere Kassen - hohle Köpfe?". Die Bildungspolitik insgesamt werde immer wichtiger und vielschichtiger, so **Höller**. Die Hochschulfinanzierung der Zukunft bestehe für ihn nicht nur aus staatlichen Zuwendungen. Aus der Wirtschaft müssten künftig deutlich mehr Drittmittel geworben werden. Universitäten müssten noch viel effizienter wirtschaften und planen, auch die Studenten dürften bei der finanziellen Beteiligung nicht ausgeschlossen werden. Den Sparzwängen der letzten Jahre konnte **Höller** aber auch Chancen abgewinnen. Den Abbau unnötiger Bürokratie in der Hochschulverwaltung, das Schließen erfolgloser Studiengänge, größerer internationaler Wettbewerb und die stärkere Kooperation der Hochschulen seien positive Signale für die Bildungspolitik.

Zum Schluss der Kreisversammlung waren auch die Delegiertenergebnisse ausgezählt. Bezirksdelegierte der Kreis-**JU** sind künftig Bianca Wildfeuer, Ronny Raith, Yvonne Marx, Andrea Fritz, Silke Tremel, Claudia Ruderer, Karin Stadler, Johann Geiger und Rainer Nepl. Landesdelegierter des Kreises ist Ronny Raith.

Wegen der Altersgrenze wurde für 20-jährige aktive **JU**-Mitgliedschaft noch das langjährige Kreisausschussmitglied Alois Oswald aus Drachselsried mit einem Geschenkkorb verabschiedet. Ehe dann Stefan Ebner auf die große Veranstaltung am 26. Juni in der Glashütte des Baron von Poschinger in Frauenau hinweisen konnte: die 50-Feier des **JU**-Kreisverbandes Regen, bei der der niederbayerische **CSU**-Bezirksvorsitzende und Staatskanzlei-Chef Erwin Huber die Festrede halten wird.

JU- Kreisverband niederbayernweit auf Platz 3

(11.05.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Mitgliederversammlung mit Bezirksvorsitzendem Andreas Scheuer

Deggendorf (js). Die Junge Union ist im Kreis Deggendorf gut aufgestellt: Mit 514 Mitgliedern steht der Verband in Niederbayern auf Platz drei und bayernweit auf dem 15. Rang bei 108 Verbänden. Diese Bilanz präsentierte **JU**-Vorsitzender Christian Moser bei einer Mitgliederversammlung am Sonntag.

[...] Die Delegierten entlasteten die Vorstandschaft und sprachen sich einstimmig dafür aus, **Kurt Höller**, den Landesvorsitzenden des **RCDS**, in die Kreisvorstandschaft aufzunehmen.

Kurt Höller im CSU-Vorstand

(27.04.2004 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

RCDS-Landesvorsitzender will sich für Unis einsetzen

Deggendorf (Im). Nach der Übernahme des Landesvorsitzes im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) im Februar ist der Altmettener **Kurt Höller** nun auch Mitglied im **CSU**-Partei Vorstand. Auf Vorschlag Edmund Stoibers wurde er auf einer Vorstandssitzung einstimmig in den Parteivorstand aufgenommen. Er ist erst der dritte **RCDS**-Vorsitzende, der beide Ämter gleichzeitig ausübt.

Die **CSU** habe damit zeigen wollen, wie wichtig ihr Universitäten und Studenten seien, erklärte **Höller**. Seine Aufnahme in den Parteivorstand habe den bayerischen **RCDS** aufgewertet. Mit seinem neuen Amt könne er nun noch wirkungsvoller für die Anliegen von Studenten und Unis eintreten, erklärte **Höller**, der in **Erlangen** Elektrotechnik studiert. Im Parteivorstand betrachte er sich als Sprecher des **RCDS**. Über die regelmäßigen Sitzungen und Treffen stehe er nun in nahem Kontakt zu den Entscheidungsträgern und habe mehr Einflussmöglichkeiten.

Kurt Höller im CSU-Vorstand
 RCDS-Landesvorsitzender will sich für Unis einsetzen

Deggendorf (Im). Nach der Übernahme des Landesvorsitzes im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) im Februar ist der Altmettener Kurt Höller nun auch Mitglied im CSU-Partei Vorstand. Auf Vorschlag Edmund Stoibers wurde er auf einer Vorstandssitzung einstimmig in den Parteivorstand aufgenommen. Er ist erst der dritte RCDS-Vorsitzende, der beide Ämter gleichzeitig ausübt.

Die CSU habe damit zeigen wollen, wie wichtig ihr Universitäten und Studenten seien, erklärte Höller. Seine Aufnahme in den Parteivorstand habe den bayerischen RCDS aufgewertet. Mit seinem neuen Amt könne er nun noch wirkungsvoller für die Anliegen von Studenten und Unis eintreten, erklärte Höller, der in Erlangen Elektrotechnik studiert. Im Parteivorstand betrachte er sich als Sprecher des RCDS. Über die regelmäßigen Sitzungen und Treffen stehe er nun in nahem Kontakt zu den Entscheidungsträgern und habe mehr Einflussmöglichkeiten.



Kurt Höller sieht den RCDS durch seine Berufung gestärkt.
 (F.: Binder)

Altmettener Höller neuer RCDS-Chef

(27.02.2004 Melanie Schübel) Plattlinger Anzeiger

Deggendorf.

Zum neuen Landesvorsitzenden des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in **Bayern** e.V. wurde auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** (siehe Bild) von den Vertretern der 16 anwesenden bayerischen Hochschulgruppen gewählt.

In einer Kampfkandidatur setzte sich der 23-jährige **Höller**, ein "Altmettener" gegen die 25-jährige Katrin Wiesheu, Studentin der Politikwissenschaften an der Hochschule für Politik in München, durch.

Im ersten Wahlgang errang er mit 28 von 53 Stimmen knapp die absolute Mehrheit und löst damit Ralf Müller als bisherigen Landeschef ab.

Höller hat sich zum Hauptziel seiner einjährigen Amtszeit gesetzt, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des **RCDS** in **Bayern** stärker zu fokussieren. „Wir müssen die gute inhaltliche Arbeit, die der **RCDS** in der Hochschulpolitik leistet stärker nach außen tragen“, so **Höller**. Gegenkandidatin Kathrin Wiesheu wurde von den Delegierten zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Der neue Vorsitzende, der in der Lallinger Gegend aufgewachsene **Kurt Höller**, besuchte in seiner Schulzeit das Sankt-Michaels-Gymnasium. Darauf ist er noch heute in gewisser Weise stolz, wie er gestern im Gespräch mit unserer Zeitung unterstrich. Die Klosterschule habe ihm neben vielem anderen den Ehrgeiz mitgegeben, sich auch ausserhalb seines Studiums zu engagieren.



Pressespiegel PA 27.02.04

Kurt Höller will bei Hochschulpolitik mitreden

(26.02.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Altmettener übernimmt Landesvorsitz im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

Deggendorf (she). Der 23-jährige **Kurt Höller** ist zum Landesvorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) gewählt worden. Der Altmettener studiert in **Erlangen** Elektrotechnik und will sich für eine vernünftige Hochschulpolitik einsetzen.

Aufgewachsen ist der gebürtige Münchner im Lallinger Winkel; seine Schulzeit verbrachte **Kurt Höller** als Internatsschüler im Mettener St.-Michaels-Gymnasium. Und wie vielen Absolventen hat die Klosterschule auch ihm den Ehrgeiz mitgegeben, sich neben Studium oder Beruf zu engagieren.

Dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist **Kurt Höller** schon in seinem ersten Semester als Student der Elektrotechnik in **Erlangen** beigetreten. Dort brachte er es schnell zum Gruppenvorsitzenden, dann wurde er in den politischen Beirat des Bundesvorstands berufen. Im vergangenen Jahr wurde er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Vor knapp drei Wochen setzte er sich bei der Wahl zum Landesvorsitzenden im Deggendorfer NH-Hotel knapp gegen seine Gegenkandidatin durch.

Seither ist er noch mehr unterwegs als vorher: Am Donnerstag trifft er Kultusminister Dr. Thomas Goppel, mit dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses und Landtagsabgeordneten Dr. Ludwig Spaenle kommt er regelmäßig zusammen und auch mit FH-Präsident Prof. Dr. Reinhard Höpfl hat er sich bereits kurzgeschlossen. **Höller** lobt den "extremen Praxisbezug" der FH, die Verbindung zum ITC und die Auftragsforschung, die sich an der FH entwickelt habe. "Das ist ein großer Vorteil, dass sich Deggendorf hier seine Nische gesucht hat", so **Höller**.

Service und Information von der Zimmer- zur Bücherbörse und Bafög-Beratung für Studenten, Kandidaturen bei den Hochschulwahlen und Lobbyarbeit bei der Regierung in München - diese drei Bereiche umfassen die Aufgaben des **RCDS Bayern**. Seine eigenen Schwerpunkte als neuer **Landesvorsitzender** will **Höller** bei der verstärkten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und dem Thema Hochschulfinanzierung setzen. Außerdem hat der Student den Landesvorstand vergrößert und mit zusätzlichen Aufgaben betraut und ein Büro in **Erlangen** eröffnet, das neben der Münchner Geschäftsstelle als Anlaufstelle für die nordbayerischen Studenten dienen soll.

"Wir wollen eigene Konzepte in die Diskussion einbringen. Ich bin für den Wettbewerbsgedanken, aber die Hochschulen sollen auch die Möglichkeit haben, die Gelder flexibel und nach ihren Bedürfnissen einzusetzen", umreißt er seine Vorstellungen. Die Einführung von Studiengebühren hält **Höller** für sicher. In welcher Höhe und ob sie an jeder Hochschule gleich viel betragen werden, darüber will der **RCDS** noch mit Entscheidungsträgern debattieren. Kritik übt **Höller** am Elitemodell der Bundesregierung: "Es bringt nichts, wenn man nur ein paar Hochschulen herauspickt und zu ihnen sagt: Ihr seid die Elite."

Umso mehr setzt der Student auf Gespräche und Lobbyarbeit mit den Landespolitikern: "Wir unterstützen die Spar-Bemühungen der Regierung, aber man muss hier schon sehr vorsichtig sein, dass man im Hochschulbereich nicht durch vorübergehende Maßnahmen kontinuierlich gewachsene Strukturen zerstört."

Sein eigenes Studium will **Höller** trotz der zusätzlichen Aufgaben zügig durchziehen. "Ich brauche höchstens ein Semester länger als geplant." In Deggendorf betreibt **Höllers** Vater ein kleines mittelständisches Produktionsunternehmen für elektromechanische Verbindungstechnik. Das einmal zu übernehmen, kann sich der Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung genauso vorstellen wie eine spätere politische Karriere: "Ausschließen will ich gar nichts."

Den Antrieb für sein Engagement hat **Höller** die Schulzeit in Metten vermittelt. Dort erlebte er als Schüler, welche kreativen Potenziale frei werden, wenn die Schüler entsprechend gefördert werden. Ein solches Aufspüren von Begabungen und Fähigkeiten wünscht er sich auch an den Hochschulen. Den Kontakt zu Metten lässt er nicht abreißen: "Jedes Jahr verbringe ich an Ostern ein paar Tage im Kloster. Dort kann ich in Ruhe nachdenken."

Kurt Höller will bei Hochschulpolitik mitreden

Altmettner übernimmt Landesvorsitz im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

Deggendorf (sh). Der 23-jährige Kurt Höller ist zum Landesvorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) gewählt worden. Der Altmettner studiert in Erlangen Elektrotechnik und will sich für eine vernünftige Hochschulpolitik einsetzen.

Aufgewachsen ist der gebürtige Münchner im Lällinger Winkel, seine Schulzeit verbrachte Kurt Höller als Internatschüler im Mettner St. Michaels-Gymnasium. Und wie vielen Absolventen hat die Klosterschule auch ihm den Ehrgeiz mitgegeben, sich neben Studium oder Beruf zu engagieren.

Dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist Kurt Höller schon in seinem ersten Semester als Student der Elektrotechnik in Erlangen beigetreten. Dort brachte er es schnell zum Gruppenvorsitzenden, dann wurde er in den politischen Beirat des Bundesvorstands berufen. Im vergangenen Jahr wurde er zum stell-

vertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Vor knapp drei Wochen setzte er sich bei der Wahl zum Landesvorsitzenden im Deggendorfer NH-Hotel knapp gegen seine Gegenkandidatin durch.

Seither ist er noch mehr unterwegs als vorher: Am Donnerstag trifft er Kultusminister Dr. Thomas Goppel, mit dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses und Landtagsabgeordneten Dr. Ludwig Spaenle kommt er regelmäßig zusammen und auch mit FH-Präsident Prof. Dr. Reinhard Hopf hat er sich bereits kurzgeschlossen. Höller lobt den „extremen Praxisbezug“ der FH, die Verbindung zum ITC und die Auftragsforschung, die sich an der FH entwickelt habe. „Das ist ein großer Vorteil, dass sich Deggendorf hier seine Nische gesucht hat“, so Höller.

Service und Information von der Zimmer- zur Bücherbene und BafoG-Beratung für Studenten, Kandidatinnen bei den Hochschulwahlen und Lobbyarbeit bei der Regierung in München – diese drei Bereiche umfassen die Aufgaben des

RCDS Bayern. Seine eigenen Schwerpunkte als neuer Landesvorsitzender will Höller bei der verstärkten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und dem Thema Hochschulförderung setzen. Außerdem hat der Student den Landesvorstand vergrößert und mit zusätzlichen Aufgaben betraut und ein Büro



Kurt Höller führt den Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern. (Foto: Eisdler)

in Erlangen eröffnet, das neben der Münchner Geschäftsstelle als Anlaufstelle für die nordbayerischen Studenten dienen soll.

„Wir wollen eigene Konzepte in die Diskussion einbringen. Ich bin für den Wettbewerb dankbar, aber die Hochschulen sollen auch die Möglichkeit haben, die Gelder flexibel und nach ihren Bedürfnissen einzusetzen“, unternimmt er seine Vorstellungen. Die Einführung von Studiengebühren hält Höller für sicher. In welcher Höhe und ob sie an jeder Hochschule gleich viel betragen werden, darüber will der RCDS noch mit Entscheidungsträgern diskutieren. Kritik übt Höller am Elternmodell der Bundesregierung. „Es bringt nichts, wenn man nur ein paar Hochschulen herauspickt und zu ihnen sagt: Ihr seid die Elite.“

Umso mehr setzt der Student auf Gespräche und Lobbyarbeit mit den Landespolitikern: „Wir unterstützen die Sparbemühungen der Regierung, aber man muss hier schon sehr vorsichtig sein, dass man im Hochschulbereich nicht durch vor-

übergehende Maßnahmen kontinuierlich gewachsene Strukturen zerstört.“

Sein eigenes Studium will Höller trotz der zusätzlichen Aufgaben zügig durchziehen. „Ich brauche höchstens ein Semester länger als geplant.“ In Deggendorf betreibt Höllers Vater ein kleines mittelständisches Produktionsunternehmen für elektrotechnische Verbindungstechnik. Das einmal zu übernehmen, kann sich der Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung genauso vorstellen wie eine spätere politische Karriere. „Anschließend will ich gar nichts.“

Den Antrieb für sein Engagement hat Höller die Schulzeit in Metten vermittelt. Dort erlebte er als Schüler, welche kreativen Potenziale frei werden, wenn die Schüler entsprechend gefördert werden. Ein solches Aufspüren von Begabungen und Fähigkeiten wünscht er sich auch an den Hochschulen. Den Kontakt zu Metten lässt er nicht abreißen. Jedes Jahr verbringt er an Ostern ein paar Tage im Kloster. Dort kann sich in Ruhe nachdenken.

Kurt Höller im Interview bei der PNP

Aufbaustudiengang "Schulmanagement" gefordert

(17.02.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

RCDS-Landesdelegierte wählen neuen Vorsitzenden

Deggendorf (dz). Zum neuen Landesvorsitzenden des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in **Bayern** e.V. wurde auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** gewählt.

Deggendorf (dz). Zum neuen Landesvorsitzenden des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in **Bayern** e.V. wurde auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** gewählt.

Die Vertreter der 16 anwesenden bayerischen Hochschulgruppen verabschiedeten außerdem einen Antrag zur Reform des Lehramtstudiums. Der RCDS fordert einen stärkeren Praxisbezug des Lehramt-Studiums. Pädagogische Fähigkeiten dürften nicht als Nebensache behandelt werden, sondern müssten gewichtiger Teil der Lehrerbildung sein. Um Lehrkräfte auf schulinterne Führungsaufgaben vorzubereiten, solle ferner ein Aufbaustudiengang Schulmanagement eingerichtet werden.

Zuvor hatte sich in einer Kampfkandidatur der 23-jährige **Höller** gegen die 25-jährige Katrin Wiesheu, Politikwissenschaftsstudentin an der Hochschule für Politik in München, durchgesetzt. Kathrin Wiesheu wurde zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Als Stellvertreter stehen ihr der Bayreuther Franz Hofmann und Patrick Feidt aus Ingolstadt zur Seite. Die Bamberger Studentin Isabelle Butz wurde zur Schatzmeisterin gewählt.

Mit seinem Modell zur Einführung von Studiengebühren stellt sich der **RCDS** in **Bayern** hinter den Sparkurs der bayerischen Staatsregierung, den Gast MdL Dr. Ludwig Spaenle in seinem Vortrag eindringlich verteidigt hatte. Nachlaufende Studiengebühren befürwortet der konservative Studentenverband allerdings nur, wenn diese finanziellen Mittel vollständig für die Universitäten eingesetzt werden.

RCDS Bayern: Neuer Vorsitz

(17.02.2004 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

Deggendorf.

Der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** ist zum neuen Landesvorsitzenden des "Rings Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V." (**RCDS**) gewählt worden. Der 23-jährige setzte sich auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf gegen seine Konkurrentin Katrin Wiesheu (25) aus München durch. Sie

wurde von den Delegierten der 16 Hochschulgruppen zu seiner Stellvertreterin gewählt. **Höller** will in seiner einjährigen Amtszeit vor allem die Öffentlichkeitsarbeit des **RCDS** in **Bayern** stärken.



Pressespiegel PNP 17.02.2004

Unfeine Methoden - Schiedsgericht erklärt RCDS-Wahlen für ungültig

(07.02.2004 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Der rosafarbene Universitätsbau nennt sich "Schweinchenbau", und was dort Ende November passierte, hält Frank Gübner immer noch für eine "eine ziemliche Schweinerei". Dass es tatsächlich nicht allzu fein zugeht beim Wahlabend des Münchner Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**), hat jetzt auch das Landesschiedsgericht der **CSU**-nahen Hochschulgruppe festgestellt. Es erklärte die Wahlen schlicht für ungültig und den gewählten Neuvorsitzenden Dominic Falter für abgesetzt.

Denn merkwürdig erschien allemal, was da passierte. "Plötzlich", so erinnert sich der bisherige **RCDS**-Schatzmeister Gübner, "kamen mindestens 25 Leute in den Raum, die wir nie vorher gesehen haben". Und alle, so entschied der als Wahlleiter eingesetzte Alexander Dietrich, derzeit immerhin Chef der ebenfalls von Wahlmanipulationsvorwürfen geplagten Münchner Jungen Union, durften mitwählen. Ergebnis: Neuer **RCDS**-Chef wurde der Volkswirtschaftsstudent Falter; Gübner und seine Mitstreiter aus dem alten Vorstand wurden abgewählt. "Das war eine feindliche Übernahme", staunte die stellvertretende **RCDS**-Landeschefin Kathrin Wiesheu - und zwar ganz nach einem Modell, das die Münchner **JU** in innerparteilichen Kämpfen so auf die Spitze trieb, dass die Staatsanwaltschaft gegen den bei der **RCDS**-Wahl ebenfalls präsenten **JU**-Chef Rasso Graber ermittelt.

So hatte die bisherige **RCDS**-Chefin Antonie Schmidt-Ramsin die Neuen ohne Wissen ihres Vorstandes einfach aufgenommen, satzungswidrig, befand das Schiedsgericht. Jetzt muss der alte Vorstand über alle Neuaufnahmen seit Februar letzten Jahres entscheiden und dann erst eine neue Vorstandswahl ansetzen. Der abgesetzte Dominic Falter, nach Ansicht des Gerichts nicht einmal rechtmäßig aufgenommenes **RCDS**-Mitglied, hält diese Entscheidung für "völlig willkürlich" und vermutet seinerseits dunkle Umtriebe seiner Gegner.

Auf einer **RCDS**-Landesversammlung in Deggendorf will Wiesheu nämlich heute Landeschefin werden und Gübner Landesschatzmeister. Die sechs von der Falter-Mehrheit bestimmten Delegierten der Münchner Uni dürfen nun nicht mitstimmen - Vorteil Wiesheu, raunt Falter. Doch an unlautere Absichten Wiesheus mag nicht einmal ihr Gegenkandidat **Kurt Höller** glauben: "Auch ich war immer dafür, dass ein Schiedsgericht klärt, was in München los war."

Jan Bielicki

Gummibärchen versus Weltrevolution

(04.07.2001 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung - Bayernteil Seite 1

Mit Thesen und Tequila kämpfen RCDS und Jusos gegen Wahlmüdigkeit an - Studenten haben andere Probleme

Erlangen - Kurt Höller verbiegt sich dieser Tage und das gibt er jedem gerne schriftlich. Der Student im zweiten Semester hat eine Kiste Lineale neben sich stehen und wer an ihm vorbei will, dem drückt er eines in die Hand. "Wir verbiegen uns für Euch", steht auf dem Lineal. Das meint nicht nur, dass das Lineal elastisch ist, um in dicken Bücher besser unterstreichen zu können. Es soll auch heißen, dass der "Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (**RCDS**) viel für die Kommilitonen tut. **Höller** ist im Wahlkampf, er will in den Senat der Uni und die Lineale sollen ihn und den **RCDS** sympathisch machen. In diesen Wochen wählen die bayerischen Studenten ihre Vertreter, doch die meisten wissen gar nichts davon. In **Erlangen** haben im letzten Jahr 18000 Studenten von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht - von insgesamt 20000. Richard Malter leitet das Wahlamt der Erlanger Universität seit 1989 und die Wahlbeteiligung ist seitdem von 31 Prozent auf zwölf Prozent im letzten Jahr gesunken. "Dieses Jahr ist das Wetter nicht zu schlecht und nicht zu gut", sagt Malter und überlegt, wie sich das wohl auf die Wahlbeteiligung auswirken wird.

Auf dem Roten Platz vor der Südmensa liegen die Studenten und verdauen ihr Mittagessen. Es gab Putenbrustgeschnetzeltes mit Chinagemüse. **Höller** unterbricht die Ruhe mit Wahlkampf. Das klingt so: "Heute Cocktail-Party. Es gibt auch billigen Tequila. Und nicht vergessen: Wählen gehen! Ist auch egal wen." Aus der allgemeinen Entpolitisierung hat der **RCDS** Konsequenzen gezogen. Gut 50 Leute werden nachher zu der Party der **CSU**-nahen Hochschulgruppe kommen und ein paar Flaschen von dem billigen Tequila trinken. "Ein Erfolg", findet **Höller**. Für den Wahltag hat der **RCDS** Freibier ran geschafft. "Wir geben uns keinen Utopien hin, wir bleiben bei der Realität", sagt **Höller**. Dass die Studenten sich nicht mehr für Politik interessieren, müsse man berücksichtigen. Service statt Parolen. Das Wahlprogramm hat der **RCDS** auf den Infotisch geklebt: "ZVS abschaffen, keine Studiengebühren" steht da. Mehr nicht. Ist auch nicht so wichtig. Es gibt Feuerzeuge, Gummibärchen und Traubenzucker. Auch Rasierer und Damenbinden waren im Angebot. "Ich sehe keinen sehr großen Sinn in der Politik, sondern im gemeinsamen Engagement", sagt **Höller**, der immerhin Vorsitzender des Erlanger **RCDS** ist. Nicht alle Gruppierungen an der Uni **Erlangen** sehen das so. Während die **RCDS**-Plakate so knapp wie inhaltsleer sind ("Für mehr Pudding in der Mensa"), hat die Juso-Hochschulgruppe ihr ganzes Wahlprogramm abgedruckt. Es fängt an mit: "Ziel des Sozialismus ist es,..." Selbst der Sozialistische Hochschulbund (SHB) hat in **Erlangen** überlebt und kämpft "während des Semesters regelmäßig am Dienstag um 20.30 Uhr" für die Weltrevolution.

Linke wie Rechte bekriegen sich gleichermaßen verbittert und unter Ausschluss der Öffentlichkeit. "Ich weiß gar nicht, was eigentlich gewählt wird", sagt Informatikstudent Sebastian Seifert. "Aber so habe ich mir die sterbenden Studentenverbände der achtziger Jahre vorgestellt", sagt er dann noch. "Ich weiß nicht, worum es geht und es interessiert mich auch nicht", meint eine junge Elektrotechnikerin im vierten Semester. **Höller** lässt nicht locker: "Was kann man dagegen tun?" - Die Studentin: "Nichts." "Ein landesweiter Trend", sagt eine Sprecherin des Wissenschaftsministeriums. Seit diesem Jahr kann man die Wahlunterlagen auch aus dem Internet runter laden. Die Wählerzahlen werden sich dadurch auch nicht wesentlich verbessern. Nur ein Student machte von dem Angebot Gebrauch. "Die Studenten wissen einfach nicht, welche Möglichkeiten sie haben", sagt Johannes Schadock von der Juso-Hochschulgruppe. Außerdem hätten die Wahllokale doch nur bis 17 Uhr auf. Als ob das der Grund wäre.

BAYERN

Hochschulwahlen in Bayern: Beispiel Erlangen

Gummibärchen versus Weltrevolution

Mit Thesen und Tequila kämpfen RCDS und Jusos gegen Wahlmüdigkeit an – Studenten haben andere Probleme

Von Janis Vogtke

Wahlmüdigkeit

„Erlangen – Kurt Höller verbingt sich die schriftliche und das gibt er jedem gerne mit. Der Student im ersten Stock und wer es ihm vorher weiß, dem drückt er einen in die Hand. Wir verbieten uns für diese“, steht auf dem Wahlzettel. „Ich meinet nicht nur, dass die Wahlzettel streichen zu können. Es soll auch bei den Studenten“, sagt Höller. „RCDS ist im Wahlkampf, er will in den Senat der Uni und durch machen. In diesen Wochen wählen die bayerischen Studenten ihre Vertreter, doch die meisten wissen gar nicht, dass in Erlangen haben im letzten Jahr 18 000 Studenten von ihrem Stimmrecht noch 20 000, Richard Malter brölet das Wahlamt der Erlanger Universität seit 1989 und die Wahlberechtigung ist seit dem von 21 Prozent auf zwei Prozent seit letzten Jahr gesunken. „Dieses Jahr ist das Wetter nicht so schlecht und nicht so gut“, sagt Malter und überlegt, wie sich das wohl auf die Wahlberechtigung auswirken wird.“

Auf dem roten Platz vor der Südwest-Mitte von Erlangen und vorwärts über den mit Choagewinn. Hier unterliegt so „Mute Credit-Party. Es gibt ein Wahlrecht. End nicht wegen der allgemeinen Entpolitisierung der RCDS Konsequenzen gezogen, die CDU werden schneller zu die Parteien und ein paar Flaschen von dem Tequila trinken. „Ein Erfolg“, 4 Millionen. Für die Wahl hat der neuen Utopien hin, wir können bei nicht nicht mehr für Politik in den Parteien.“

Quatzen

„Wir brauchen in und nicht Spezialisten“, sagt DDK-Charakter. „Mittel für moderne Menschheit, die Politik der in den Zusammenleben.“ Die politische Bewegung ist universell. Es ist aber orientiert sich stark an dem schon „erweiterte MIA“, den „auch spirituelle und geistige“ und „geistige“ Mann. Die DDK wähle die Richtert, weil sie „kann und ist an die bayerische Wirtschaft.“ Hipp. Die Betriebsrat...“

Erlangen stehen die engagierten Vertreter des „Ring Christlich-DEMOKRATISCHER STUDENTENVERBAND“ (RCDS) an der Erlanger Uni. Doch Arbeit unabhängig ihre Fahrt nicht automatisch zu einer hohen Wahlberechtigung.

so wichtig. Es gibt Feuerzeuge, Gummibärchen und Truchensucher. Auch Kämpfer und Damenhandwerk. Auch Kämpfer, während des Semesters regelmäßig am Dienstag um 20.30 Uhr. Die Links wie Rechte bekämpfen...“

...er lässt nicht locker. „Was kann man...“

Foto: Frank Becker

Kurt Höller, Dorothee Mantel und Joachim Grütter, Erlangen



Pressespiegel 2004 – 2007

Kurt Höller

**Landesvorsitzender des
RCDS in Bayern e.V.**

Übersicht:

- 26.05.2007: „Höller war der 43. und längste“ (BK)
- 26.05.2007: „Direkt und effektiv“ (BK)
- 26.05.2007: „Stabwechsel bei Unions-Studenten“ (BK)
- 11.05.2007: Landtag Intern (MM)
- 20.04.2007: Uni-Gebühr bringt 74 Millionen Euro (SZ)
- 31.03.2007: „Nicht für die Heizung“ (BK)
- 27.03.2007: Studiengebühren: Uni will Millionen horten (MM)
- 15.03.2007: Der **RCDS** erwacht zu neuem Leben (PNP)
- 20.01.2007: **CSU**-Spitze rechnet mit Kampfkandidatur (Welt)
- 20.01.2007: Mehrheit des **CSU**-Präsidiums für Erwin Huber (MM)
- 23.12.2006: Aktive Studenten (BK)
- 06.12.2006: "Union muss das Profil schärfen" (PNP)
- 02.12.2006: Schule und Hochschule (BK)
- 25.11.2006: Vertreter der Studenten (BK)
- 04.11.2006: Nach Leistung bezahlen (BK)
- 23.10.2006: "Wir müssen alles rausholen, was nichts kostet" (PNP)
- 04.08.2006: Studiengebühren (Spiegel online)
- 12.07.2006: Prof. Schweitzer will eine Milliarde zusätzlich (PNP)
- 05.07.2006: "Ich halte nichts von pauschalen 500 Euro" (NZ)
- 27.06.2006: Herrmanns Stimme für FH-Ausbau und Anna Eder (PNP)
- 02.06.2006: Neu gegründet und anerkannt (MP)
- 29.05.2006: Mettener bekunden in Rom Verbundenheit mit "ihrem" Kardinal (PNP)
- 27.05.2006: Europa als Chance für Studenten (BK)
- 22.05.2006: **RCDS** sieht Europa als Chance (PNP)
- 22.05.2006: Studenten fordern Vernetzungsprogramme (ST)
- 20.05.2006: "Europa hat Antworten auf Herausforderungen" (PNP)
- 18.05.2006: **RCDS Bayern** fest in Altmettener (PNP)
- 17.05.2006: **RCDS** Passau trifft Minister Goppel (PNP)
- 17.05.2006: Bamberger an **RCDS**-Spitze (FT)
- 13.05.2006: Bildungspolitik der Zukunft (BK)
- 13.05.2006: Heftiger Schlagabtausch (SZ)
- 11.05.2006: Stephan Rabl im **RCDS**-Vorstand (PNP)
- 10.05.2006: Podiumsdiskussion über Studiengebühren (SZ)
- 06.05.2006: Aktive Hochschulpolitik (BK)
- 04.04.2006: Frühjahrsputz des **RCDS** (NN)
- 08.03.2006: Hochschul-Notizen (MP)
- 06.03.2006: Neller will gegen Raumnot der Universität ankämpfen (FT)
- 21.01.2006: Haase verlangt mehr Freiheit (MP)
- 18.01.2006: Hochschul-Notizen (MP)
- 10.12.2005: AKTION DER WOCHE: Unterstützungs-Website (BK)
- 01.10.2005: Bewertung von Professoren (BK)
- 13.08.2005: **RCDS** ist mit neuem Gesetz sehr zufrieden (BK)
- 29.07.2005: **Kurt Höller** bleibt **RCDS**-Chef (DZ)
- 19.06.2005: Politik, wir kommen! (BamS)
- 16.06.2005: Wahlkampfteam der Jungen Union (PNP)
- 06.06.2005: Zwei weitere Altmettener in der **RCDS**-Vorstandschafft (PNP)
- 16.04.2005: Profil durch Autonomie (BK)

- 16.04.2005: Wenn Geld den Unis bleibt (BK)
- 12.04.2005: Keine Mitsprache für Studenten (MM)
- 16.03.2005: Frage nach Studiengebühren spaltet Studentenschaft (NZ)
- 29.01.2005: Kampagne (BK)
- 24.01.2005: Goppel: "Es ist Mode geworden, uns krank zu reden" (PNP)
- 15.01.2005: Studentenvertreter warten ab (PNP)
- 10.01.2005: Geld soll an Uni bleiben (BK)
- 05.01.2005: **Höller** und Gübner in **CSU**-Arbeitskreis gewählt (NZ)
- 18.12.2004: Kluge Köpfe braucht das Land (EN)
- 15.12.2004: Studiengebühren zur Qualitätssteigerung (FT)
- 11.11.2004: Für Organspende (EN)
- 18.09.2004: **RCDS**-Klausur (BK)
- 16.09.2004: **Bayerns** Kultusministerin beim **RCDS** in Metten (Da)
- 13.09.2004: Hohlmeier: Wissen für das Leben vermitteln (DA)
- 13.09.2004: Studium muss auf wachsende Anforderungen reagieren (DZ)
- 11.09.2004: **RCDS**-Klausur (DA)
- 11.09.2004: Hochschulpolitik aus dem Kloster Metten (PNP)
- 11.09.2004: **RCDS**: Klausurtagung im Kloster Metten (PNP)
- 08.09.2004: Monika Hohlmeier im Kloster Metten (DA)
- 07.09.2004: Monika Hohlmeier am Freitag bei Klausurtagung im Kloster Metten (DA)
- 31.08.2004: Kultusministerin diskutiert in Metten über Schule im 21. Jahrhundert (DZ)
- 05.08.2004: Grenzenlos (baj)
- 10.07.2004: „Jeder Student muss sich bewerben“ (BK)
- 03.06.2004: Ziel: Sieg bei den Hochschulwahlen (FT)
- 03.06.2004: Für Begabten-Förderung (EN)
- 29.05.2004: Junge Union legt erfolgreiche Bilanz vor (PNP)
- 11.05.2004: **JU**- Kreisverband niederbayernweit auf Platz 3 (PNP)
- 27.04.2004: **Kurt Höller** im **CSU**-Vorstand (PNP)
- 27.02.2004: Altmettener **Höller** neuer **RCDS**-Chef (PA)
- 26.02.2004: **Kurt Höller** will bei Hochschulpolitik mitreden (PNP)
- 17.02.2004: Aufbaustudiengang "Schulmanagement" gefordert (PNP)
- 17.02.2004: **RCDS** Bayern: Neuer Vorsitz (PNP)
- 07.02.2004: Unfeine Methoden - Schiedsgericht erklärt **RCDS**-Wahlen für ungültig (SZ)
- 04.07.2001: Gummibärchen versus Weltrevolution (SZ)

„Höller war der 43. und längste“

(26.05.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

Viele bekannte Persönlichkeiten begannen beim RCDS – Ein Auszug aus 56 Jahren

München – Seit der **RCDS**-Landesverband 1951 gegründet wurde, führten ihn nacheinander 43 Vorsitzende. Grund dieser höheren Fluktuation im Vorstand als bei anderen politischen Organisationen ist die weit kürzere Mitgliedschaft. Selbst das **RCDS**-Mitglied, das zu Studienbeginn beitrifft, verlässt den Verband mit Examen und Berufsstart nach vier bis fünf Jahren wieder. Kein **Landesvorsitzender** seit Anton Jaumann und Albert Englberger (1951 bis 1953) erreichte die Amtsdauer von **Kurt Höller**, dessen dreieinhalb Jahre wohl noch lange ungeschlagen bleiben werden.



An den Unis sind Ideen gefragt: **RCDS**-Motiv mit gallischen Anklängen.

Viele Vorsitzende des **RCDS Bayern** spielten auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Verband eine wichtige Rolle in der **CSU**. Anton Jaumann war Bezirksvorsitzender in Schwaben und Wirtschaftsminister, Fritz Wittmann Bundestagsabgeordneter und Präsident des Bundes der Vertriebenen, Ursula Männle wurde Staatsministerin, Joachim Herrmann ist heute Vorsitzender der Landtagsfraktion und Dorothee Bär Mitglied des Bundestags. Während ihres Studiums unterstützten aber ungezählte weitere **CSU**-Politiker hochschulpolitisch den **RCDS**. So auch der **CSU**-Vorsitzende Edmund Stoiber an der Münchner Universität.

1961 kam Bundeskanzler Konrad Adenauer zu einer **RCDS**-Kundgebung mit 3000 Teilnehmern nach Würzburg. Damaliger Vorsitzender des Würzburger **RCDS** war der spätere Landesgruppenchef und Bundesminister Wolfgang Bötsch. Ursula Männle berichtet aus ihrer Amtszeit über die Anfänge der Unruhen an den Hochschulen 1967 und dass ihr **RCDS** damals dem Schüler Peter Gauweiler bei seiner politischen Arbeit an der Schule zur Seite stand. Gauweiler vertrat später den **RCDS** an der Uni München.

Zu Beginn der 70er Jahre skandierten die Linken gegen den bayerischen Kultusminister und seine Hochschulreform „Haut den Huber in den Zuber.“ Franz Josef Strauß und sein Generalsekretär Max Streibl versuchten, dem **RCDS** in den harten Auseinandersetzungen mit Spartakus und Roten Zellen den Rücken zu stärken, mit Erfolg: Der **RCDS** gab auch damals nicht auf und zeigte konservativ-liberale Flagge. Vor allem auch immer wieder mit Witz und originellen Ideen. In den 80er Jahren begann der **RCDS** unter Andreas Feser und Wolfgang Wiehle intensive Programmarbeit.

Ingo Sommer

„Direkt und effektiv“

(26.05.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

RCDS-Chef Höller zieht Bilanz

Erlangen – An diesem Wochenende wählt der **RCDS** einen neuen Landesvorstand. Ingo Sommer sprach mit dem scheidenden Landesvorsitzenden **Kurt Höller**, der den politischen Studentenverband seit Februar 2004 führte.

Bayernkurier: Herr **Höller**, wie lautet Ihre Bilanz nach 40 Monaten im **RCDS**-Landesvorsitz?

Kurt Höller: Ich bin froh, dass ich genau in dieser Zeit den **RCDS** führen durfte. In meinem ersten Jahr konnte ich entscheidende Aspekte in der Ausgestaltung der Studienbeiträge wie Kreditmöglichkeiten, variable Höhe für jeden Studiengang, 100-prozentigen Verbleib an der Uni oder die Beteiligung von Studentenvertretern bei der Verteilung mit einbringen. Im zweiten Jahr lag mein Schwerpunkt darin, am neuen Bayerischen Hochschulgesetz mitzuwirken. Autonomie, Eigenverantwortung und Profilbildung waren dabei ebenso Kernziele wie eine Entschlackung der Gesetze, verstärkte Möglichkeiten zur Evaluation und effizientere Neustrukturierung der Leitungsgremien. Das dritte Jahr war auf die Verankerung hochschulpolitischer Schwerpunkte innerhalb der **CSU** konzentriert. Gute Gelegenheiten dazu hatte ich im Rahmen des Leitantes zum **CSU**-Parteitag 2006, der einen Schwerpunkt auf Hochschule, Wissenschaft und Forschung gelegt hat, sowie beim hochschulpolitischen Teil des neuen **CSU**-Grundsatzprogramms, den ich mitschreiben konnte. Direkter und effektiver hätten die

bayerischen Studenten in diesen Jahren mit ihren Veränderungen und Umbrüchen nicht vertreten werden können.

Bayernkurier: Wo sehen Sie aus Sicht der Studenten an den bayerischen Hochschulen Handlungsbedarf?

Höller: Für die nächsten Jahre sehe ich zwei vordringliche Herausforderungen: Zum einen müssen die Hochschulen lernen, die Möglichkeiten des neuen Hochschulgesetzes bestmöglich auszuschöpfen. Das gilt aus studentischer Sicht in erster Linie für den effektiven Einsatz der neu eingeführten Studienbeiträge. Die Studenten erwarten von ihrer Hochschule, dass Verbesserungen durch die Beiträge deutlich spürbar sind, ihre Vertreter an der Verteilung auch tatsächlich beteiligt sind und im Kontext eines neuen Kundenverhältnisses die Möglichkeiten zur Evaluation voll ausgeschöpft werden. Zum zweiten werden sich zu Beginn des nächsten Jahrzehnts aufgrund der demographisch bedingten letzten großen Studentenkohorten und des doppelten Abiturjahrgangs auf einen Schlag etwa ein Drittel mehr Studenten an den Hochschulen einschreiben als bislang. Bis dahin müssen Professoren, Wissenschaftler, Übungsleiter, aber auch Vorlesungssäle und Tutoriumsräume in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Wenn man berücksichtigt, dass die Kapazitäten an den Universitäten bereits jetzt völlig ausgereizt sind, wird der Handlungsbedarf klar.

Bayernkurier: Sie haben sich persönlich intensiv mit dem neuen Grundsatzprogramm auseinandergesetzt.

Höller: Natürlich lag mein persönlicher Schwerpunkt auf dem hochschulpolitischen Teil. Dort konnte ich als Mitglied der Grundsatzkommission in Abstimmung mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und dem Hochschulausschussvorsitzenden Ludwig Spaenle, der auch in vielen anderen hochschulpolitischen Vorhaben engster Mitstreiter war, meine Handschrift hinterlassen. Besonders wichtig war mir dabei, die Grundbedingungen, die ich seinerzeit schon zur Voraussetzung gemacht habe, dass wir die Einführung von Studienbeiträgen unterstützen. Das gewandelte Familienbild der **CSU** spiegelt sich auch im Postulat einer familienfreundlichen Hochschule wieder. Der Kinderwunsch darf einfach nicht in Konkurrenz zu Studium oder Beruf stehen. Bislang ungenügend ausformuliert ist meines Erachtens im Kapitel II die Herausforderung an Bildung und Forschung in einer dem ständigen Wandel unterliegenden globalisierten Welt.

Bayernkurier: Wer waren für Sie die wichtigsten Ansprechpartner aus der Politik?

Höller: Jeglicher Einfluss, den ich und damit der **RCDS** auf die Entscheidungen im Wissenschaftsministerium ausüben konnte, war nur aufgrund des hervorragenden Verhältnisses zu Minister Thomas Goppel möglich. Auch kurzfristigste Termine und Treffen waren kein Problem, wenn es notwendig war: Ein absoluter Glücksfall für den **RCDS** und auch mich in dieser Position. Für die Umsetzungen und neuen Initiativen in den Gesetzgebungsverfahren war auch der direkte Draht zur Landtagsfraktion, insbesondere ihrem Vorsitzenden und auch ehemaligen **RCDS**-Landesvorsitzenden Joachim Herrmann entscheidend.

„Stabwechsel bei Unions-Studenten“

(26.05.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

Vorsitzender Kurt Höller tritt ab – Zukunftsthemen und Grundsätze

Kloster Banz – Innovationen, die Zukunftsaussichten der jungen Generation, Zwischenbilanz nach einem Jahr Bayerisches Hochschulgesetz, die Hochschulen im neuen **CSU**-Grundsatzprogramm und die Neuwahl des Landesvorstands: Ein breites Themenspektrum arbeitet die Jahrestagung des **RCDS** ab, die gestern in Kloster Banz begann.

„Wir wollen das CSU-Programm aus studentischer Sicht beleuchten“, sagt Landesvorsitzender Kurt Höller aus Erlangen. Der 27-jährige Niederbayer wurde als Student gewählt, ist inzwischen fertiger Diplomingenieur und arbeitet an der Universität Erlangen an einer medizintechnischen Dissertation. Seit er im Februar 2004 den **RCDS**-Vorsitz übernahm, hat sein Studentenverband einiges erreicht und noch mehr in Bewegung gesetzt.



Der bisherige **RCDS**-Vorstand mit **Bayerns** Wissenschaftsminister Thomas Goppel (links)

Nicht selbstverständlich war, dass sich die unionsnahe Organisation für die Einführung von Studienbeiträgen ausgesprochen hat. Aber man sah die Vorteile für bessere Studienbedingungen und Mitsprache bei deren Verwendung. Denn dem **RCDS** unter **Höllers** Führung geht es vor allem um die Hochschulpraxis. Dies zeigte der Verband auch in der Konzeptionsphase für das neue Bayerische Hochschulgesetz. Im Verein mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und den **CSU**-Hochschulpolitikern im Landtag setzte der **RCDS** Verschlinkungen, die Evaluierung und Entbürokratisierungsschritte durch. Und **Höller** fordert selbstbewusst: „Wenn wir als Studenten Studiengebühren bezahlen, haben wir auch einen Anspruch auf exzellente Lehre.“ Ein Anspruch, der von Goppel bestätigt wird. Der **RCDS** bekam auch dann ministerielle Unterstützung, wenn er gegen falsche Mittelverwendung intervenierte. Der Vorsitzende resümiert zum Abschied: „Wir haben in **Bayern** tatsächlich bundesweit mit das beste Modell für Studienbeiträge.“

Überhaupt gibt es für die 1500 bayerischen Mitglieder Anlass, mit der Entwicklung ihres Verbands zufrieden zu sein. Hatte der **RCDS** an den Hochschulen bis in die 90er Jahre mit schier übermächtigen Linken zu kämpfen, erreichen seine 18 aktiven Gruppen heute beachtliche Ergebnisse bei den Hochschulwahlen. Wie der ebenfalls scheidende Landesgeschäftsführer Frank Gübner mitteilt, schaffte die Regensburger **RCDS**-Gruppe mit 46 Prozent das Spitzenresultat. Und in Würzburg stellt der **RCDS** einen Sprecherrat. Drei Senatoren vertreten ihre Kommilitonen an den Unis Eichstätt und Regensburg sowie an der Münchner Hochschule für Politik. Auch die Zahl der **RCDS**-Mitglieder in den Versammlungen und Konventen der Hochschulen wächst.

Mit den Studenten diskutieren in Banz Umweltminister Werner Schnappauf, **CSU**-Generalsekretär Markus Söder, Landtagsabgeordneter Ludwig Spaenle und Hans-Peter Niedermeier, Leiter des Förderungswerks der Hanns-SeidelStiftung. Sorge bereitet den **CSU**-nahen Studenten vor allem der absehbare enorme Anstieg der Studentenzahlen in vier Jahren. Dann nämlich trifft zu den tendenziell ohnehin wachsenden Studentenzahlen auch noch der doppelte Abiturienten-Jahrgang aus G 8 und G 9. Vom Freistaat fordert der **RCDS** deshalb, bereits jetzt ausreichende Gelder bereitzustellen, um die Hochschulen zu erweitern und das Personal zu verstärken.

Ingo Sommer

Landtag Intern

(11.05.2007 Kurt Höller) Münchner Merkur

Endlich mal unverfängliche Nachrichten aus Regensburg.

Ein angehender Physiker übernimmt den **RCDS**. Paul Linsmaier (23), Student in Regensburg und Deggendorfs **JU**chef, soll in zwei Wochen in Banz zum Landesvorsitzenden gewählt werden.

Die der **CSU** nahestehenden Studenten wurden drei Jahre von **Kurt Höller** (27) unter anderem durch die Studiengebühren-Debatte geführt – in **RCDS**-Dimensionen eine halbe Ewigkeit.

Christian Deutschländer

Endlich mal unverfängliche Nachrichten aus Regensburg. Ein angehender Physiker übernimmt den RCDS. **Paul Linsmaier** (23), Student in Regensburg und Deggendorfs JU-Chef, soll in zwei Wochen in Banz zum Landesvorsitzenden gewählt werden. Die der CSU nahestehenden Studenten wurden drei Jahre von **Kurt Höller** (27) unter anderem durch die Studiengebühren-Debatte geführt – in RCDS-Dimensionen eine halbe Ewigkeit. Christian Deutschländer

Münchner Merkur, Seite 4

Uni-Gebühr bringt 74 Millionen Euro

(20.04.2007 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Bayerns Studenten müssen zahlen - Staatsminister Goppel zieht erste Semesterbilanz

Von Birgit Taffertshofer

Die Studiengebühren haben allein im Sommersemester 74 Millionen Euro in die Kassen der bayerischen Hochschulen gespült. Damit seien die Prognosen sogar „leicht übertroffen“ worden, sagte Wissenschaftsminister Thomas Goppel, als er am Donnerstag mit Vertretern der Hochschulrektoren eine Bilanz der ersten Erhebung zog. Allerdings ließen sich auch viele Studenten von den Gebühren befreien. Das staatliche Darlehen stieß bisher auf wenig Nachfrage.

Die Studiengebühren von bis zu 500 Euro sind laut dem Wissenschaftsminister trotz Zähneknirschens „hingegenommen“ worden. Klagen und Widersprüche habe es nur in geringem Umfang gegeben. Nach einer Umfrage des Ministeriums haben sich die Studierenden „engagiert und konstruktiv“ in die Diskussionen eingebracht, was mit ihrem Geld geschehen soll.

„Die Behauptung, Studienbeiträge würden potentielle Studierende abschrecken, findet in den aktuellen Zahlen keinerlei Beleg“, betonte Goppel. Die Studentenzahl in **Bayern** sei im Sommersemester zwar um 2,3 Prozent gesunken. Im Wintersemester war die Zahl der Studienanfänger aber um 3,5 Prozent gestiegen. Goppel machte erneut deutlich, dass die Studienbeiträge ausschließlich zur Verbesserung der Studienbedingungen und nicht zum Ausbau der Hochschulen verwendet würden. „Dieser ist und bleibt staatliche Aufgabe.“ Angesichts der steigenden Studentenzahlen sollen bis 2012 38 000 neue Studienplätze entstehen und Gebäude renoviert werden. Dafür sind laut Goppel Investitionen von einer Milliarde Euro notwendig. Am 30. April werde er sein Konzept dem Kabinett vorlegen.

Die Studiengebühren investierten die Hochschulen bisher vor allem in zusätzliches Lehrpersonal, um ein Lernen in kleineren Gruppen zu ermöglichen. Sie erweiterten ihr Bibliotheksangebot sowie die Studienberatung. Außerdem wurden laut Umfrage die IT-Infrastruktur, Hörsaalausstattung und Fachsprachkurse ausgebaut. Für die Verwaltung seien zwischen drei und sechs Prozent der Gesamteinnahmen verwendet worden.

Die Möglichkeit, sich von den Studiengebühren befreien zu lassen, haben viele Studenten in **Bayern** genutzt. Mit elf Prozent machten den größten Anteil Studierende aus Familien mit drei oder mehr Kindern aus, sagte Goppel. Weitere zwei Prozent seien von der Zahlung befreit, weil sie selbst Kinder erziehen. Ein Prozent der Studierenden sei als Härtefall anerkannt worden, insbesondere Studierende mit Behinderung. Weitere neun Prozent der Gebührenzahler seien entfallen, weil sie derzeit beurlaubt sind.

Kaum Interesse zeigten die Studenten bisher an den staatlichen Studienkrediten. Nur 3000 Studierende, also zwei Prozent, haben das Darlehen in Anspruch genommen, deutlich weniger als erwartet. Hochschulrektoren befürchten, dass auf die Staatsregierung rechtliche Probleme zukommen. Denn sie müssen laut Gesetz trotzdem zehn Prozent ihrer Gebühreneinnahmen in einen Sicherheitsfonds stecken. Also fünf Mal so viel als tatsächlich notwendig. Mit diesem Betrag sichert sich der Freistaat dagegen ab, dass Rückzahlungen ausfallen. „Wir werden den Satz an die Entwicklung anpassen, wenn sich dauerhaft abzeichnen sollte, dass die Abführung zu hoch ist“, sagte Goppel. Eine Prüfung sei für 2012 geplant, doch es sei vorstellbar, dass der Termin vorgezogen werde. **Kurt Höller, Hochschulexperte der Jungen Union**, forderte schnellstmöglich Nachbesserungen.

Am Donnerstag protestierten einzelne Studenten vor dem Ministerium in München. „Die Studiengebühren werden dazu missbraucht, finanzielle Löcher zu stopfen“, kritisierte Jonas Bokelmann, Mitglied der Studentengruppe „Der Boykott“. Die Gebührengegner wollen bis zum Wintersemester 10 000 Studenten zum Boykott aktivieren. Argumentative Unterstützung erhalten sie von der Landtagsopposition: „Die Studierenden müssen für das Versagen der Staatsregierung der letzten Jahrzehnte büßen“, betonte die Grünen-Hochschulpolitikerin Ulrike Gote. Die Zahlen belegten sehr wohl die abschreckende Wirkung der Gebühren. „Goppel macht den Studierenden etwas vor“, sagte die SPD-Hochschulexpertin Adelheid Rupp. Die aktuellen Haushaltszahlen sprächen eine andere Sprache.

„Nicht für die Heizung“

(31.03.2007 Kurt Höller) Bayernkurier

RCDS: Studiengebühren richtig einsetzen

München – Weil der **RCDS Bayern** sich für die Einführung von Studiengebühren stark gemacht hatte, mahnt er jetzt, diese Studentenbeiträge sinnvoll für die Verbesserung der Studienbedingungen zu verwenden. Der Landesvorsitzende der unionsnahen Studentenorganisation, **Kurt Höller**, warnt davor, die Akzeptanz der Eigenbeiträge bei den Studenten zu schwächen.

In Freiburg beispielsweise wollte man mit den Beiträgen Heizkosten bezahlen und die Uni Regensburg plante, aus den Studiengebühren drei Millionen Euro für etwaige Prozesskosten zurückzulegen. **Höller** sagt dazu: „So wird das Geld der Studenten völlig zweckentfremdet.“ Der **RCDS** schlägt deshalb vor, die Studentenvertreter an den Hochschulen nach dem Vorbild der TU München in die Verwaltung und Verwendung der Studiengebühren einzubinden. **Höller**: „Studienbeiträge sind ausschließlich für die Verbesserung der Lehre gedacht.“ Diesen Grundsatz für die Verwendung der Beiträge unterstützt auch Wissenschaftsminister Thomas Goppel.

Studiengebühren: Uni will Millionen horten

(27.03.2007 Martin Degenhardt) Münchner Merkur

Regensburg rüstet sich gegen Prozesse München/Regensburg - An der Universität Regensburg kündigt sich heftiger Krach um die Studiengebühren an. Die Hochschulleitung will über drei Millionen Euro aus den erwarteten Einnahmen horten und vorerst nicht in die Verbesserung der Lehre stecken. Das geht aus internen Unterlagen hervor, die unserer Zeitung vorliegen.

Ab Sommer müssen die Studenten 500 Euro pro Semester überweisen, eine in **Bayern** übliche Höhe. Bis zu zwölf Millionen Euro erwartet die Uni. Ein Viertel soll laut Haushaltsplan zurückgelegt werden, um unter anderem Prozessrisiken abzudecken, wenn sich Studenten gegen die Beiträge wehren.

„Die Rücklagen können aufgelöst werden, wenn die Studierenden ihre Vorbehalte aufheben“ und alle Prozesse „letztinstanzlich“ gewonnen wurden, vermerkt Kanzler Christian Blomeyer intern. Das heißt: So lange die Studenten murren, enthält ihnen die Uni diese Einnahmen vor.

Bei den Betroffenen stößt das auf Unverständnis. Sogar der konservative **RCDS**, der die Studiengebühren im Grundsatz gut heißt, spricht von „Missbrauch“. „Das ist keine Lehrverbesserung“ sagt **RCDS**-Sprecher Martin Degenhardt. Für mögliche Risiken müsse der Gesetzgeber haften. Auch falls sich die Uni gegen mangelhafte

Beitragsatzung absichern wolle, dürfe das nicht auf dem Rücken der Studenten geschehen. Blomeyer widerspricht. Für die Verwendung der Studienbeiträge hafte die Uni mit ihrem eigenen Vermögen, sagte er unserer Zeitung. Ohne Risikoversorge, geplant ab Jahresende, bestehe die Gefahr, „dass sie ihr ganzes Vermögen im Haftungsfall verliert“.

Andere Uni reagieren erstaunt. Die Münchner LMU bildet keine Prozess-Rücklagen. Das Wissenschaftsministerium, das durch unsere Zeitung von den Plänen erfuhr, will nun einschreiten. Die Einnahmen müssten „zeitnah den Studierenden als Mehrwert zugute kommen“, sagte ein Sprecher. Rückstellungen seien „weder vom Wortlaut noch vom Zweck des Gesetzes gedeckt“ und auch nicht erforderlich. Man bemühe sich, dieses „Missverständnis“ auszuräumen.



Der RCDS erwacht zu neuem Leben

(15.03.2007 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Andreas Sigl zum Vorstand gewählt und neue Aufgaben und Ziele definiert

Deggendorf (dz). Die Wahl der Vorstandschaft, hochschulpolitische Themenbereiche sowie eine Zieldefinition prägten die Gründungskonferenz des Rings Christlich Demokratischer Studenten Deggendorf (**RCDS**). Geleitet wurde die Veranstaltung vom **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller**, der vor den Wahlen auf die Aufgaben und Ziele des **RCDS** einging.

"**RCDS** heißt, die Interessen der Studierenden auf höhere Ebene weiterzutragen. Wir können mit unseren guten Kontakten zur Politik und zur Wirtschaft unsere Interessen auch tatsächlich durchsetzen", so **Höller**. Als Beispiel nannte er die Verwaltung der Uni Regensburg, die drei Millionen Euro Studienbeiträge einbehalten, Rücklagen gebildet und nicht wie zugesagt in die Hochschuleinrichtung investiert habe. Der **RCDS** habe beim Ministerium sofort einen Einspruch erwirkt.

Andreas Sigl wurde zum 1. Vorsitzenden des **RCDS** Deggendorf gewählt. Ihm zur Seite stehen Christian Czysch sowie Albulena Thaci als stellvertretende Vorstände. Weiter fungieren Christian Liebhart, Andreas Röck und Franz Feilmeier als Vorstandsmitglieder. "Ein Engagement im Verband lohnt sich. Nicht nur um Kontakte zu

erhalten, sondern auch um aktiv an Entscheidungsprozessen mitwirken zu können. Auch wenn es manchmal einen zeitlichen Aufwand bedeutet", so der neu gewählte Vorsitzende Andreas Sigl. Ein Mitgliedsbeitrag wird im **RCDS** nicht erhoben.

CSU-Spitze rechnet mit Kampfkandidatur

(20.01.2007 Kurt Höller) Die Welt

Nach der Schlacht ist vor der Schlacht. Der Kampf um die Stoiber-Nachfolge hat begonnen

Furcht vor Seehofers Offensive

Im Machtkampf um den CSU-Vorsitz bereiten die Kandidaten ihre Kampagnen vor

Von Hans-Jürgen Leersch

München - Nach der Schlacht ist vor der Schlacht. Edmund Stoiber ist gestürzt, aber jetzt geht der Kampf um den Parteitag seines Erbes erst richtig los. Beide Aspiranten auf den Posten des **CSU**-Chefs, Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer und Wirtschaftsminister Erwin Huber, wollen kämpfen und notfalls auf dem Parteitag im Herbst gegeneinander antreten.

Genau das will Stoiber noch verhindern. "Ich will eine einvernehmliche Lösung", wird der scheidende Ministerpräsident zitiert. In Berlin werden bereits die ersten Scharmützel ausgetragen. Die **CSU**-Landesgruppe tritt am Donnerstagabend zu einer Sondersitzung zusammen. Die Stimmung ist gedrückt, der Kreuther Putsch gegen Stoiber muss erst noch verdaut werden. In der Debatte wird eine klare Positionierung für Huber und gegen Seehofer deutlich. Nur zwei Abgeordnete lassen Sympathien für eine Kandidatur Seehofers durchblicken. Hans Michelbach und Josef Göppel weisen auf den bundespolitischen Anspruch der **CSU** hin, der nach Stoibers Rückzug nur von Berlin aus hochgehalten werden könne. Außerdem kritisieren sie die Verfahrensweise von Huber und Innenminister Günther Beckstein, die das Stoiber-Erbe kurzerhand untereinander aufgeteilt hatten.

Eine klare Mehrheit der sich zu Wort meldenden Abgeordneten spricht sich für die Tandemlösung Huber/Beckstein aus. Es werde Ruhe gebraucht, Kampfkandidaturen seien das Letzte, das man nun brauche. Ein halbjähriger Wahlkampf lähme die Partei, bedrohe den Kommunalwahlkampf und könne Auswirkungen bis hin zur Aufstellung der Landtagskandidaten haben. Entsprechend äußern sich Gerda Hasselfeldt, Max Straubinger, Eduard Oswald und Eduard Lintner. Selbst Bundeswirtschaftsminister Michael Glos bezieht diese Position. Glos wurde zeitweilig ebenso als möglicher Parteichef gehandelt. Aber seitdem ziemlich feststeht, dass Beckstein Ministerpräsident wird, kommt Glos, Franke wie Beckstein, für das Parteiamt nicht mehr in Betracht. Zwei Franken an der Spitze - das machen Altbayern, Niederbayern und Schwaben nicht mit.

Landesgruppenchef Peter Ramsauer war zwar früh aus der Deckung gekommen und hatte Ansprüche der Landesgruppe auf den Parteivorsitz angemeldet. Aber das war wenige Stunden vor Stoibers Rückzug. "Ramsauer will selbst die Nummer eins in Berlin bleiben und nicht den Seehofer vor der Nase haben", sagt ein Abgeordneter. Und keinesfalls habe Ramsauer Glos nach München als Ministerpräsidenten entsorgen wollen, wird versichert. Die Landesgruppe hat mit Seehofer ein Problem. Er gilt als sprunghaft und unzuverlässig. Viele Abgeordnete tragen ihm seinen Rücktritt als Fraktionsvize im **CDU/CSU**-internen Streit um die Gesundheitsreform nach. Und keiner verstand, dass Stoiber Seehofer nach der Bundestagswahl 2005 wieder aus der Versenkung holte und ins Bundeskabinett schickte. Viele fleißige **CSU**-Volksvertreter hatten sich Hoffnung auf einen Kabinettsposten gemacht und mussten dann zusehen, wie Seehofer an ihnen vorbeizog. "Der arbeitet nur auf eigene Rechnung", schimpft ein Abgeordneter.

Jetzt wird befürchtet, dass Seehofer, der auch in der Landtagsfraktion der **CSU** kaum Unterstützer hat, seine Kandidatur über die Medien und an der Parteibasis inszeniert. Das könne er wie kein Zweiter, heißt es. Seehofers Chancen werden unterschiedlich eingeschätzt. In den Gremien wie Vorstand, Fraktion und Landesgruppe habe er keine Chance. "Aber auf dem Parteitag holt er locker 80 Prozent", sagt ein Abgeordneter über den Basishelden Seehofer. Und im Hintergrund leuchtet der von der Fürther Landrätin Gabriele Pauli aus der Flasche geholte Geist der Mitgliederbefragung. Der Sieger einer solchen Befragung, käme es dazu, steht für die meisten fest: Seehofer. "Selten klafften die Vorstellungen der Führung und der Basis so auseinander wie jetzt", wundert sich ein Berliner **CSU**-Mann. Das Huber-Lager verlangt "Ruhe, Ruhe, Ruhe. Das ist jetzt **CSU**-Pflicht", sagt der Bundestagsabgeordnete Andreas Scheuer, der für Beckstein und Huber wirbt. Der Parteienachwuchs sendet ebenso klare Signale: "Ich stehe auf Hubers Seite. Er steht für Innovation und Reformen", sagt **Kurt Höller**, Chef der **CSU**-Studentenvereinigung **RCDS**.

Stoiber führt in der von Journalisten belagerten Staatskanzlei pausenlos Einzelgespräche. Als Erster kommt Ramsauer aus Berlin angeeist, weitere Termine gibt es mit Beckstein, Huber, Fraktionschef Joachim Herrmann und Landtagspräsident Alois Glück. Seehofer kommt nicht, er muss als Landwirtschaftsminister auf der Grünen Woche in Berlin präsent sein und kann nur mit Stoiber telefonieren. Stoiber wisse, dass die **CSU** vor einem Umbruch stehe. "Aber er will den Umbruch ohne Brüche hinkriegen", heißt es in seiner Umgebung.

Mehrheit des CSU-Präsidiums für Erwin Huber

(20.01.2007 Kurt Höller) Münchner Merkur

Stoiber, Glos, Ramsauer, Ferber und Herrmann stützen Kandidatur für Parteivorsitz

München - Im **CSU**-Präsidium, dem höchsten Führungsgremium der Partei, zeichnet sich nach Informationen unserer Zeitung eine klare Mehrheit für Erwin Huber als neuen Parteivorsitzenden ab. Mehrere Präsidiumsmitglieder haben sich bereits auf Huber festgelegt. Horst Seehofer würdigen „nur noch Außenseiterchancen“ eingeräumt, sagte ein Mitglied der Parteispitze.

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos sagte unserer Zeitung zu Überlegungen über eine Doppelspitze aus Günther Beckstein als Ministerpräsident und Erwin Huber als Parteichef: „Das ist etwas, was ich mir durchaus vorstellen kann.“ In der Berliner **CSU**-Landesgruppe soll auch deren Vorsitzender Peter Ramsauer seine Unterstützung für Huber signalisiert haben. Ramsauer betonte am Freitag: „In der Landesgruppe ist keinerlei Vorfestlegung getroffen worden. Wir befinden uns in Gesprächen.“ Der amtierende **CSU**-Chef Edmund Stoiber hat sich intern bereits mehrfach für Huber ausgesprochen. Der künftige Ministerpräsident Günther Beckstein räumte zwar frühere „Rivalitäten“ ein, betonte aber, „dass ich mir eine Zusammenarbeit mit Erwin Huber gut vorstellen kann“.

Auch Präsidiumsmitglied Markus Ferber warb offen für Huber: „Man darf die Einigung zwischen Huber und Beckstein nicht unterschätzen“, sagte der schwäbische Bezirksvorsitzende und Chef der **CSU**-Europagruppe. Ähnlich äußerte sich intern **CSU**-Fraktionschef Joachim Herrmann.

Dass die Ex-Rivalen Huber und Beckstein sich einvernehmlich die Aufgaben teilen wollen, könnte den Graben in der **CSU** zuschütten, den die Stoiber-Nachfolge-Debatte im Jahr 2005 gerissen habe, hieß es in der Münchner Fraktionsspitze. Ähnlich äußerte sich gegenüber unserer Zeitung das Präsidiumsmitglied Ursula Männle.

Münchens **CSU**-Bezirksvorsitzender, Staatssekretär Otmar Bernhard, sprach sich ebenfalls für Huber aus: „Der Favorit der Landtagsfraktion ist klar Erwin Huber.“ Bernhard forderte in der Frage des **CSU**-Vorsitzes eine „schnelle Lösung: Dann ist die Luft raus und es gibt keinen weiteren Streit.“

Klar positionierte sich auch die Studenten-Organisation **RCDS**. Er spreche sich „eindeutig für Huber aus“ und werde in den Gremien auf diese Lösung drängen, sagte der Landesvorsitzende **Kurt Höller**: „Er ist in Berlin bestens vernetzt.“

cd/hle

Aktive Studenten

(23.12.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

RCDS arbeitet an den Hochschule

Augsburg - Die freundlich lächelnde junge Dame auf unserem Photo hat eine besondere Aufgabe: Seit Sommer amtiert Katrin Poleschner als Vorsitzende des **RCDS** an der Universität Augsburg. Die 23-Jährige aus Elchingen im Landkreis Neu-Ulm studiert Politikwissenschaften und setzt sich neben dem Studium hochschulpolitisch für ihre Kommilitonen ein.

Damit ist sie einzigartig, weil es derzeit nur eine weibliche Gruppenvorsitzende an einer bayerischen Hochschule gibt. An ihrer Seite stehen als Stellvertreterinnen gleichfalls Frauen: Christine Kreutmaier und Agatha Szyszko. Dass dieses Trio einigen Erfolg hat, zeigt die Mitgliederentwicklung. Der Augsburger **RCDS** gewann in den vergangenen Monaten 29 Mitglieder hinzu und verzeichnet jetzt insgesamt 118. Das bedeutete bei der Mitgliederwerbaktion der unionsnahen Studentenorganisation in **Bayern** den ersten Platz.

Der Landesverband und die 18 **RCDS**-Gruppen an bayerischen Hochschulen bieten breite Möglichkeiten für das Engagement junger Studierender. Erst kürzlich traf der Landesvorstand unter Leitung von **Kurt Höller** mit TU-Präsident Wolfgang Herrmann zum Meinungsaustausch über die Exzellenzinitiative und den kommenden Studentenschub zusammen.

Sechs Gruppen be-teiligten sich am **RCDS**-Winterball auf einem Donauschiff in Passau. Der Würzburger **RCDS** erzielte mit der Wahl seines Mitglieds Daniel Schubert zum Sprecherrat der Universität einen großen Erfolg. Justizministerin Beate Merk war zu Gast beim **RCDS** an der Münchner Universität, die Passauer Gruppe sorgte für die Öffnung des Uni-Sportzentrums auch an Samstagen und veranstaltete eine Bildungsfahrt nach Erfurt und Weimar. Auch die Zusammenarbeit mit der **JU** klappt gut. Deren Chef Manfred Weber lobt: „Die **RCDS**-Mannschaft um **Kurt Höller** macht durch überlegte Initiativen und ein klares Profil für die Interessen der Studenten auf sich aufmerksam.“

"Union muss das Profil schärfen"

(06.12.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Junge Union diskutierte mit CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann

Viechtach/**Erlangen** (vbb). Der Fraktionschef der **CSU** im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, lud zum Gedankenaustausch einige Funktionsträger aus den Reihen der Jungen Union **Bayern** ein.

Das Gespräch wurde vom Vorsitzenden des **JU**-Kreisverbandes Regensburg, Stefan Ebner, gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden des Ring Christlich Demokratischer Studenten (**RCDS**), **Kurt Höller** aus Metten in die Wege geleitet. Ziel des Gesprächs war es, Themen, die für die **JU** wichtig sind, an Herrmann heranzutragen. Der Diskussionskreis setzte sich aus zehn engagierten **JU**lern aus ganz **Bayern** - überwiegend Kreisvorsitzende - zusammen.

In dem rund zweistündigen Gespräch wurde vor allem über Bildungspolitik diskutiert - dabei wurde die Situation der Hauptschulen im ländlichen Raum sowie die Hochschulpolitik angesprochen - und die Situation von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt thematisiert. Herrmann schilderte den Jungpolitikern zudem wie er den Weg in die Berufspolitik fand und ermunterte sie, sich bei den anstehenden Kommunalwahlen 2008 zu engagieren, um dann im Gemeinderat, Stadtrat oder Kreistag Verantwortung für die Interessen und Sorgen der Menschen zu übernehmen.

JU-Chef Ebner stellte in dem Gespräch fest, dass die Union in der Großen Koalition zu wenig erkennbar sei. "Die Grenzen zwischen Union und SPD müssen vom Bürger wieder stärker wahrgenommen werden", sagte der Viechtacher und appellierte im Hinblick auf die Landtagswahlen 2008 für eine Profilschärfung der **CSU**. Als Beispiel nannte er das Thema EU-Beitritt der Türkei: "Unabhängig davon, wie viele Gruppierungen und Grüppchen in Deutschland lautstark den Türkeiibetritt fordern, so lehnt ihn die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ab. Die **CSU** muss im Wahlkampf deutlich herausstellen, dass sie als einzige Partei diese EU-Erweiterung ohne Einschränkung ablehnt - aus kulturellen und ökonomischen Gründen."

Schule und Hochschule

(02.12.2006 Kurt Höller) Bayernkurier:

Arbeitskreise wählten Führung

Ingolstadt/Nürnberg - Die Mitglieder des Arbeitskreises Hochschule und Kultur sowie des AK Schule, Bildung und Sport der **CSU** haben auf ihren Landesversammlungen neue Vorstände gewählt.

In Ingolstadt wurde Ludwig Spaenle, der dem entsprechenden Landtagsausschuss vor-sitzt, auf zwei Jahre als Landeschef des AK Hochschule bestätigt. Seine drei Stellvertreter sind MdL Hans Gerhard Stockinger, Nürnbergs Kulturreferentin Julia Lehner und Staatsminister Thomas Goppel. Als Schatzmeister fungiert **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller**, als Schriftführer Stefan Einsiedel. Den Landesvorstand komplettieren 17 Beisitzer.

Die Landesversammlung in Nürnberg wählte Kultusminister Siegfried Schneider zum Vorsitzenden des AK Schule, Bildung und Sport. Zu seinen Stellvertretern wurden MdL Ingrid Heckner, Staatssekretär Karl Freller und Heinz Durner bestimmt. Als Schatzmeister wird MdL Berthold Rüdth im engeren Vorstand mitarbeiten, als Schriftführer Reinhold Carli. Ferner wurden 17 Beisitzer gewählt.

Vertreter der Studenten

(25.11.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

Kurt Höller führt den RCDS in Bayern

Erlangen – Er gab den Studierenden Stimme auf dem hochschulpolitischen Forum des **CSU**-Parteitags, er ist neugewählter Landesschatzmeister des **CSU**-Arbeitskreises Hochschule und Kultur. Und **Kurt Höller** setzt sich als Landesvorsitzender des **RCDS** für 1500 Mitglieder seines Verbandes und die bayerischen Studenten insgesamt ein.

Ein Studium der Elektrotechnik hat der 26-Jährige abgeschlossen und promoviert jetzt an der Uni **Erlangen** im Fach Informatik mit dem Schwerpunkt Medizintechnik. Der in den **CSU**-Partei Vorstand kooptierte **Kurt Höller** arbeitet auch in der heimatischen Deggendorfer **CSU** mit.

Unter seiner Führung sprach sich der Ring Christlich-Demokratischer Studenten nach schwierigen Abwägungen für die Einführung von Studienbeiträgen aus. Jetzt kämpft der **RCDS** mit seinen 18 bayerischen Hochschulgruppen darum, dass diese Gelder an den einzelnen Hochschulen wirklich auch für die Verbesserung der Studienbedingungen verwendet werden.

Überhaupt beschäftigt den **RCDS**-Chef derzeit die Finanzierung der Hochschulen. Schon jetzt sieht **Höller** „einen weiteren Finanzbedarf von 500 Millionen Euro im Jahr.“ Aber die große Herausforderung stehe bevor, wenn ab 2010 die Studentenzahl als Folge des G8 um etwa 30 Prozent steigen werde. Dann folgen fünf Jahre mit rund 100 000 Studenten mehr, die wie **Höller** sagt „überbrückt, nicht untertunnelt werden müssen.“ Daran will sich der **RCDS** mit eigenen Vorschlägen beteiligen, in **JU**, in der **CSU** und im Kontakt mit dem Landtag und Minister Thomas Goppel.

Nach Leistung bezahlen

(04.11.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

München – Der Landesausschuss des **RCDS** hat sich auf seiner Sitzung in München mit **Bayerns** Wirtschaftsminister Erwin Huber ausgetauscht.

RCDS-Vorsitzender **Kurt Höller** forderte die Abschaffung des Berufsbeamtentums für Professoren: „Eine Anstellung auf Lebenszeit ist von gestern. Wir wollen die Professoren nach Leistung bezahlen. Der überall angehaunte Wettbewerbsgedanke muss auch in den Köpfen der Hochschullehrer Einzug halten.“ Im Angestelltenverhältnis könnten deutlich attraktivere Verträge abgeschlossen werden, wobei das nicht unbedingt auch billiger sein müsse. Weiter forderte der **RCDS** die Umsetzung der Münchener Transrapidstrecke. Huber erläuterte die Clusterstrategie der Staatsregierung: „Wissenschaft und Wirtschaft werden in Zukunft noch besser vernetzt sein.“

"Wir müssen alles rausholen, was nichts kostet"

(23.10.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller erklärt im PNP-Interview, wie der Studenten-Schub gemeistert werden kann

Deggendorf. Die radikale Hochschulreform hat **Kurt Höller**, **RCDS-Landesvorsitzender**, begleitet. Und nun verabschiedete der **CSU**-Parteitag ein Zukunftsversprechen für "Beste Bildung. Beste Chancen". Der Chef des **RCDS** (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) ist zufrieden: "Wir haben alles erreicht, was wir schon vor zwei Jahren gefordert haben", strahlt der "Altmettener". Freilich stehen viele Versprechen vorläufig nur auf dem Papier. Der Deggendorfer, der letztes Jahr sein Elektrotechnikstudium an der Uni **Erlangen** abschloss und nun eine Promotion zum Thema "Bildverarbeitung für endoskopische Aufnahmen der minimal-invasiven Chirurgie" begonnen hat, fordert im Interview mit der PNP für künftige Generationen von Studenten mehr Geld: einige hundert Millionen - eher eine Milliarde Euro.

Bildung, Hochschule und Forschung war eines der Hauptthemen des **CSU**-Parteitages. Sind Sie zufrieden mit dem Erreichten?

Kurt Höller: Wir haben in **Bayern** zwei Elite-Universitäten. Das ist ein klares Zeichen, das ist absoluter Wahnsinn. Aber das ändert nichts daran, dass wir für die Hochschulen in Zukunft mehr Geld brauchen, wenn wir an der Spitze bleiben wollen.

Wo ist es noch zu wenig?

Höller: Auf uns kommt ein gewaltiger Schub an Studenten zu, ein Zuwachs von 30 Prozent. Den muss man erst mal schultern. Die Studenten leisten ab Januar 2007 ihren Beitrag zur Verbesserung der Lehre durch die Studienbeiträge. Nun ist der Staat gefordert.

Die Zahlen steigen von derzeit 250 000 auf dann 350 000 Studierende. Ist das überhaupt zu schultern?

Höller: Es muss. In erster Linie brauchen wir wesentlich mehr Personal, mehr Professoren. Mit Doppelberufung kann man einiges abfangen. Frühzeitig sollen jüngere Professoren an Stellen berufen werden, an denen Ältere vor dem Ausscheiden stehen. Damit kann man mehr Kapazität schaffen. Aber das reicht nicht. Wir brauchen auch mehr Vorlesungssäle und Seminarräume. Wir müssen zunächst durch Raum- und Zeitmanagement alles rausholen, was nichts kostet. Und dann muss man sehen, was fehlt.

Es fehlen bis zu einer Milliarde Euro - Von welchen Summen sprechen wir da?

Höller: Das kann man so pauschal nicht sagen. Wenn man Personal und Raumkapazität wirklich aufstocken will, sind das viele hundert Millionen. Eher zu einer Milliarde hin, wenn wir den Standard halten wollen. Denn die anderen Hochschulen ziehen ja nach, die werden auch besser.

Das Problem ist doch, dass nur eine kurze Frist überbrückt werden muss. Schon jetzt ist absehbar, dass die Zahl der Studenten bald wieder drastisch sinkt.

Höller: Aber das ist eine Chance. Wir haben jetzt schon überfüllte Hörsäle. Wenn wir nun neue Kapazitäten schaffen für den Studentenschub, ist absehbar, dass es später, wenn weniger Studenten da sind, besser wird.

Sie klingen alles in allem zufrieden. Aber in den vergangenen Jahren gab's doch heftige Proteste der Studenten.

Höller: Eigentlich nur zwei. Gegen die Kürzungen bei den Hochschulen bin ich selber auf die Straße gegangen. Als es aber gegen die Studienbeiträge ging, bin ich natürlich nicht mitmarschiert. An deren Umsetzung war der **RCDS** beteiligt, wir haben im Hintergrund, in vielen Gesprächen, alle unsere Forderungen durchgesetzt. Vor zwei Jahren hat der **RCDS** dazu ein Eckpunktepapier erarbeitet. Alles was wir gefordert hatten, ist inzwischen erfüllt. Und die meisten Hochschulen haben das auch gut umgesetzt. Mich ärgert nur, dass es die Uni Regensburg nicht geschafft hat, die Studenten bei der Verteilung der Studienbeiträge einzubinden, obwohl das der Landtag ausdrücklich gefordert hatte. Alle anderen haben das geschafft. Da war übrigens die FH Deggendorf wegweisend, die waren die ersten und haben das hervorragend umgesetzt - gemeinsam mit den Studenten. Die waren super. Für uns war entscheidend, dass das Geld nur für die Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt werden darf.

Studierende Eltern von Beiträgen befreit - Studiengebühren von bis zu 500 Euro pro Semester. Können sich dann noch alle Begabten ein Studium leisten?

Höller: Ich glaube, den sozialen Ausgleich haben wir gut hingekriegt, wir wollen ausdrücklich Chancengerechtigkeit. Gegen die Studienbeiträge gibt es eher eine emotionale Barriere. Jeder hat die Möglichkeit, den Studienkredit zu bekommen, das ist überhaupt kein Problem. Wenn ich mich für ein Auto oder eine Stereoanlage verschulde, muss ich das Geld zurückzahlen. Da fragt keiner, ob ich mir das leisten kann. Beim Studienkredit zahlt man erst zurück, wenn ein bestimmtes Einkommen überschritten ist. Und wer nichts verdient, zahlt gar nichts. Besonders stolz bin ich drauf, dass studierende Eltern von Studienbeiträgen befreit sind, das war unsere Initiative.

Das klingt gut. Aber gibt es überhaupt genug Betreuungseinrichtungen für Kinder an den Hochschulen?

Höller: An der familienfreundlichen Universität, die wir wollen, muss noch gearbeitet werden. Das war Teil des Leittrags. Ein Kinderwunsch darf nicht in Konkurrenz zu Studium oder Beruf stehen. Wir brauchen Bedingungen, unter denen auch junge Mütter oder Väter optimal studieren können. Da gehören Kinderkrippen dazu, Kindergärten und Kinderhorte.

Was war Ihnen noch wichtig im Leittrags?

Höller: Wir wollen die Durchlässigkeit der Hochschulen: "Kein Abschluss ohne Anschluss". Die Universitäten und Fachhochschulen müssen ihre Profile stärken, das hat ja bereits begonnen. Dazu gehört auch, dass die Hochschulen ihre Studenten selbst auswählen. Wir brauchen die Besten. Diese Selbstauswahl wäre schon heute möglich, wird aber kaum genutzt, weil es den Universitäten zu aufwändig ist. Das soll künftig forciert werden. Die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft gehört dazu, oder mehr Möglichkeiten, Forschungs- und Entwicklungsaufträge zu übernehmen.

Selbst wenn zusätzliches Geld fließt, ist absehbar, dass die bayerischen Unis bald überfüllt sind. In östlichen Bundesländern gibt es freie Plätze. Gibt es bald eine große Wanderungsbewegung?

Höller: Das regelt der Markt, so funktioniert Wettbewerb. Wenn in Greifswald oder im Ausland die Studienbedingungen besser sind, werden die Studenten abwandern. Da muss sich **Bayern** noch anstrengen. Unsere Hochschulen müssen Treffpunkt von geistiger Elite und Leistungsträgern aus aller Welt sein. **Bayern** möchte den Elitenexport umdrehen. Wer das will, darf nicht an den Hochschulen sparen.

Interview: Cornelia Wohlhüter

Studiengebühren

(04.08.2006 Kurt Höller) Spiegel Online

Feilschen ums Kleingedruckte

Den Protestlern dämmert, dass sie den Kampf gegen die Campus-Maut kaum gewinnen können. Nun beginnt die Zeit zähen Schacherns mit den Hochschulen - ob Studenten für ihr Geld eine angemessene Gegenleistung erhalten oder die Extra-Euros fernab der Lehre versickern.

Dreierlei Beteuerungen gehörten zum ewigen Mantra der Gebührenfreunde: Erstens werde die Campus-Maut selbstverständlich so ausgestaltet, dass sie sozial verträglich sei und Kinder aus ärmeren Familien nicht vom Studium abhalte. Zweitens handele es sich um zusätzliche Einnahmen für die Hochschulen; Kürzungen der staatlichen Mittel an anderer Stelle kämen nicht in Betracht. Und drittens sollten die Extra-Euros ausschließlich der Lehre zugute kommen und die Studienbedingungen verbessern.

Flankiert von solchen Gelöbnissen boxten mit **Bayern**, Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland inzwischen sechs Bundesländer Gesetze zur Einführung von Studiengebühren durch. Hessen ist trotz verfassungsrechtlicher Turbulenzen und heftiger Studentenproteste fest entschlossen, es den Vorreitern nachzutun; weitere Länder werden folgen.

Dass mit dem Bezahlen auch die Aussicht auf Besserung verbunden ist, daran erinnern jetzt immer mehr Studentenvertreter - auch solche, die Studiengebühren an sich befürworten. Der Konflikt um die Campus-Maut verlagert sich zunehmend in die Hochschulgremien, denn nur dort ist für die Studenten noch etwas zu holen.

"Es sind unsere Beiträge"

"Was an manchen Hochschulen an Satzungsentwürfen für die Verwendung von Studienbeiträgen herumgeistert, ist erschreckend", kritisiert etwa der bayerische **RCDS**-Landesvorsitzende **Kurt Höller**. "Es sind unsere Beiträge. Wir als Studenten wollen auch bestimmen, für was sie verwendet werden", fordert **Höller**.

Als "riesengroßen Skandal" bezeichnete **Höller** etwa einen Entwurf der Universität Regensburg für eine Gebührensatzung. Der **RCDS**-Mann bemängelt mangelnde Transparenz und hohe Verwaltungskosten. Nach dem Re-

regensburger Entwurf sollen studentische Vertreter lediglich ihre Meinung dazu äußern können, ob sie einzelne Ausgaben für sinnvoll halten - mehr aber auch nicht, so der Regensburger **RCDS**ler Paul Linsmaier. Das Sagen haben letztlich die einzelnen Fakultäten, die die Verteilung untereinander ausschachern können. "Ich kann es als Physiker nicht verantworten, dass beispielsweise ein Geisteswissenschaftler meinen Stickstoff zahlt", monierte Linsmaier. Die Regensburger Studentenvertreter erreichten mit ihren Einwänden immerhin einen Aufschub: Die für den 19. Juli geplante Senatsentscheidung wurde auf den 13. September vertagt.

Das Feilschen kann sich vielerorts lohnen. Denn vor allem in **Bayern** und Baden-Württemberg lassen die Rahmenregelungen den Hochschulen gewisse Spielräume. Und dabei geht es, anders als bei plakativen Protesten, um das Kleingedruckte: Was genau heißt eigentlich "Verbesserung der Lehre"? Bei Tutorien ist die Sache noch klar. Aber darf eine Hochschule mit den Extra-Euros lecke Hörsaaldecken flicken, Seminarräume umbauen, auffällige Labors sanieren? Gehören zur Lehre auch nichtwissenschaftliche Stellen, die den Service für Studenten verbessern? Bleibt das Geld der Studenten an den Fakultäten, oder fließt es in einen großen Topf? Schließlich: Wer ist eigentlich der Kassenwart?

So heißt es in Artikel 71 des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes, das am 1. Juni 2006 in Kraft trat, lediglich: "Die Studierenden sind bei der Entscheidung über die Verwendung der Einnahmen in angemessener Weise zu beteiligen." Als Beispiele für sinnvolle Verwendung nennt **Bayerns** Wissenschaftsministerium intensivere Studienberatung, mehr Tutorien, längere Öffnungszeiten der Bibliotheken oder ein verbessertes EDV-Angebot. Nur: Gebunden sind die Hochschulen daran nicht. Was sie für angemessen halten, bleibt ihnen selbst überlassen.

Gebühreneinnahmen für modernere Klos?

Handfesten Streit gab es sogleich in München - einen Latrinen-Streit nämlich. Der LMU wurde vorgeworfen, das Geld für die Toilettensanierung verwenden zu wollen. "Völlig indiskutabel", zürnte **CSU**-Fraktionschef Joachim Herrmann. "Pure Polemik", konterte Uni-Rektor Bernd Huber und gelobte, die Gebühreneinnahmen sollten für die Lehre und nichts als die Lehre eingesetzt werden.

Laut Senatsbeschluss sollen künftig Studenten zur Hälfte in den Kommissionen vertreten sein, die Vorschläge zur Mittelverwendung ausarbeiten. Die Studentenvertretung der LMU klagte aber, beim Satzungsentwurf habe man "die Vorschläge der Studierenden ignoriert". Der Glaube, die Zusammenarbeit erfolge "auf gleicher Augenhöhe", sei enttäuscht worden.

Das notorisch gebührenfreundliche Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh bescheinigte in einer unlängst veröffentlichten Studie den Landesgesetzen wenig Konsistenz und schlechte Kalkulierbarkeit für Studenten. Positiver fiel die Bewertung im Punkt "Nutzen und Mitsprache für Studenten" aus, wo immerhin **Bayern**, das Saarland und der Gesetzentwurf aus Hessen "gut" abschnitten.

Als relativ studentenfreundlich preisen Studentenvertreter die Satzung der TU München. "Bei der Erarbeitung der Gebührensatzung wurden unsere Vorschläge größtenteils berücksichtigt", sagt Petra Kleiner vom Asta. An der TU sind Studenten immerhin auf Fakultätsstufe paritätisch in den Gremien vertreten. Diese geben Empfehlungen an eine zentrale Kommission weiter, in der auch Studenten sitzen, wenn auch nicht gleichberechtigt. "Unsere Studierenden haben den Reformprozess der Hochschule in allen Phasen mit uns aktiv und konstruktiv gestaltet", lobt Rektor Wolfgang A. Herrmann.

Wer hat am Ende die Hand auf der Kasse?

Die meisten Mitgestaltungsmöglichkeiten haben wohl die Studenten Nordrhein-Westfalens. Im studentenreichsten Land dürfen die Hochschulen selbstständig entscheiden, mit welchem Obolus sie ihre Studenten zur Kasse bitten wollen; sie dürfen auch bestimmen, wohin das Geld fließt. "Wir werden sehr genau darauf achten, dass die Mittel zweckgebunden verwendet werden - also ausschließlich zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehre", betont Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart - wohlwissend, dass sich der Studenten-Zorn mehr gegen Rektoren und Dekane als gegen die Landesregierung richten dürfte.

Bis Mitte Juli entschieden 27 von 33 staatlichen Universitäten, Fachhochschulen und Kunst- und Musikhochschulen in NRW, künftig Gebühren zu erheben. Die Universität Bochum etwa bemüht sich, schon bei der Ausgestaltung des Entwurfs so wenig Angriffsfläche wie möglich zu bieten.

Mit der Gebührenordnung, so der Arbeitsauftrag des Senats, solle das soziale Profil der Hochschule geschärft werden. Die Gelder sollten prinzipiell an die Fakultäten zurückfließen und diese autonom entscheiden dürfen; zugleich werde die Verwendung effektiv kontrolliert. Im übrigen, so versicherte die Uni, sei mit dem Entwurf noch "keine eindeutige Entscheidung für oder gegen Studiengebühren gefallen".

Das mag zur Stimmungsaufhellung beitragen. Aber die Entscheidung, wo die Mittel am Ende landen, werden sich Professoren nirgendwo aus der Hand nehmen lassen. Vorschläge machen dürfen die Studenten, in den Kommissionen allenthalben mitreden - aber auch mitbestimmen? Die Asten sehen die Studenten von Hochschulangehörigen zu Kunden degradiert. Und in der Servicewüste der deutschen Uni-Landschaft ist der Kunde bis dato alles andere als König. Diese Kundschaft wird permanenten Druck entfalten und vehement auf eine Aufwertung der Lehre pochen müssen, wenn ihr Geld auf Dauer nicht in Forschung und Baumaßnahmen versickern soll.

Prof. Schweitzer will eine Milliarde zusätzlich

(12.07.2006 Kurt Höller) Passauer neue Presse

Goppel fordert Kreativität im Umgang mit neuem Hochschulgesetz - Studiengebühren nur für bessere Lehrqualität

Cornelia Wohlhüter München. Eine Milliarde Euro mehr für bayerische Hochschulen hatte Prof. Walter Schweitzer gerade gefordert - und dafür Beifall bekommen. Dennoch zeigte Wissenschaftsminister Thomas Goppel Größe und versorgte den Vorsitzenden der Universität **Bayern** e.V. nach dessen Rede mit einem Glas Wasser. Schließlich war auf dem hochschulpolitischen Kongress gestern im Hörsaal der FH München das offene Wort ausdrücklich gewünscht. Da wurde es den mehr als 300 Teilnehmern nie langweilig.

Das neue Hochschulgesetz, vor wenigen Wochen beschlossen, erfüllte sich zusehends mit Leben - vor allem durch provokante Einwürfe und Thesen von Prof. Jürgen Mittelstraß, der Universitäten aufforderte, verkrustete Strukturen aus dem vorigen Jahrhundert aufzubrechen. Zum Wunsch nach mehr Autonomie sagte er: "Fragen Sie nicht, nehmen Sie die Autonomie. Wenn die Hochschulen nicht lernen umzudenken, haben sie die neue Autonomie nicht verdient." Auch Goppel sprach von neuer Selbständigkeit der Hochschulen und ermunterte sie, "Neues zu versuchen, Bewährtes nachzujustieren und Ungewohntes einzufordern". Der Minister hatte den Kongress angeregt, gemeinsam für Unis und Fachhochschulen. Von der FH Deggendorf waren interessierte Zuhörer gekommen, darunter etliche Studenten. Das verwundert kaum, lobt doch **RCDS-Landeschef Kurt Höller** die Deggendorfer Vereinbarung über die Verwendung der Studiengebühren als vorbildlich: Jeder Euro für die Verbesserung des Studienangebots, die Studenten haben Mitsprache. Nur so darf das Geld verwendet werden, bekräftigte Goppel: "Studienbeiträge sind zweckgebunden."

Der Minister sprach von großen Herausforderungen, wenn 2011 ein Doppeljahrgang Abiturienten an die Hochschulen drängt (G8 und G9). Aber der Finanzminister wisse "im Grunde seines Herzens, dass da eine gewaltige Anforderung auf die Staatskasse zurollt". Dabei sind die **Bayern** noch fein raus: Durch die schnelle Einführung des G8 sind sie die Ersten. 80 000 zusätzliche Studenten, davon 29 000 in **Bayern**, das erfordere eine nationale Anstrengung, fand Prof. Detlef Müller-Böling, Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung. Aber während in Westdeutschland die Hörsäle überfüllt sein werden, würden im Osten zunehmend Kapazitäten frei. Durch innerdeutsche Mobilität (Transferleistungen?) könnte ein Drittel aufgefangen werden. Über virtuelle Angebote (gut ausgebaut in **Bayern**) und Flexibilität sei ein weiteres Drittel zu schaffen. Und 20 000 Studenten könnten im Ausland studieren. Wie in Norwegen stellt sich Müller-Böling vor, dass der Staat für jeden Studierenden 25 000 Euro zahlt. Das sei billiger, als neue Kapazitäten aufzubauen - zumal ab 2015 die Zahlen wieder sinken.

Prof. Marion Schick, Präsidentin der FH München und Vorsitzende der Hochschule **Bayern** e.V., begrüßte das neue Gesetz, das den Hochschulen für angewandte Wissenschaften neue Möglichkeiten eröffne, sah aber angesichts immer dynamisch werdender Märkte schon die nächste Novellierung voraus. Im Vergleich zu Universitäten sind die FHs spartanisch ausgestattet mit Personal. Umso mehr werde man darauf achten, dass Studiengebühren ausschließlich zur Qualitätsverbesserung und nicht zur Kapazitätsausweitung verwendet würden, kündigte sie an. Prof. Schweitzer sah riesige Probleme: Man müsse die Studienverhältnisse deutlich verbessern, den Studentenberg bewältigen, die Hochschulen profilieren, obschon man bereits jetzt mit Überlast kämpfe und die bauliche Substanz vielfach schon bröckle, weil die

Neues Gesetz braucht "Mut zur Langsamkeit" Mittel fehlten. "Wir brauchen frisches Geld. Eine Milliarde Euro zusätzlich für die Jahre 2011 bis 2015" so der Passauer Rektor .

Bei einer Podiumsdiskussion klagte Prof. Yvonne Stry, Prorektorin der FH Nürnberg, über die Qualität vieler Studienanfänger. Prof. Ulf Zimmer (Rektor Uni Regensburg) beklagte: "Wenn die Finanzminister mehr Macht in Bildungsfragen haben als die Hochschulminister, sind wir auf dem falschen Weg." Sponsoring aber sei kein Ausweg ("vergiftetes Geld"); jeder Sponsor müsse vor dem Finanzamt den Mehrwert für sein Unternehmen nachweisen, das höhle die Autonomie der Universitäten aus. Besser sei es, Stiftungen und Erbschaften so be-

vorzugt zu behandeln wie in den USA. Nach forschen Querschüssen von Prof. Mittelstraß bat Ltd. Ministerialrat Johann Störle, "Vater" des neuen Hochschulgesetzes, um "Mut zur Langsamkeit"

Cornelia Wohlhüter

"Ich halte nichts von pauschalen 500 Euro"

(05.07.2006 Kurt Höller) NZ Nürnberger Zeitung

RCDS-Landesvorsitzender Höller zu Gebühren

Der **CSU**-nahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) hat sich als erste Studentenorganisation aktiv für Studiengebühren ausgesprochen. Zum Sommersemester 2007 müssen Studenten an Fachhochschulen zwischen 100 und 500 Euro, an Universitäten zwischen 300 und 500 Euro bezahlen. Die NZ fragte den **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller** aus **Erlangen**, wie ein gutes Gebührensystem aussehen könnte.

NZ: Herr **Höller**, **Bayerns** Hochschulen dürfen innerhalb eines bestimmten Rahmens selbst entscheiden, wie hoch ihre Studiengebühren sind. Sie dürfen auch innerhalb einzelner Fächer unterscheiden. Was halten Sie von diesen differenzierten Gebühren?

Höller: Der **RCDS** hat diese sogar gefordert. Und das sogar zu einem Zeitpunkt, in dem differenzierte Beiträge im Wissenschaftsministerium noch eher ablehnend beurteilt worden waren. Wir fordern die Universitäten auf, für einzelne Fächer unterschiedlicher Gebühren zu verlangen. Natürlich nur dann, wenn es von der Verwaltung her möglich ist. Aber das sollte in einer modernen Uni möglich sein.

NZ: Nach welchen Gesichtspunkten wollen Sie differenzieren?

Höller: Ich würde nur nach dem differenzieren, was für Studenten mehr aufgewendet wird als bisher. Wenn nichts verbessert wird, dann sollten die Studienbeiträge auch nur auf einem Minimallevel erhoben werden. In dem Maße, in dem die Studienbedingungen gegenüber dem heutigen Zustand verbessert werden, kann ich auch die Studienbeiträge verlangen. Deshalb halte ich auch nichts von pauschalen 500 Euro. Dann wäre der Anreiz bei weitem nicht so gegeben zu zeigen, wie gerechtfertigt die Beiträge sind. Ich würde die Beiträge aber nicht an andere Faktoren koppeln, wie den Berufs- oder Einkommensperspektiven oder den Kosten des Gesamtstudiums. Sonst bekomme ich auch wieder eine Subventionierung einzelner Studiengänge.

NZ: Wofür sollen Ihrer Meinung nach die Studiengebühren eingesetzt werden?

Höller: Sie sollen nur zur Verbesserung der Lehre verwendet werden, also zum Beispiel zusätzliche Tutorien, Materialien oder Bücher. Wenn es die Studenten wünschen, können auch Dinge rund um das Studium herum angeschafft werden, zum Beispiel eine Couch für eine Freizeitecke. Auf jeden Fall dürfen damit keine Vorlesungen oder andere Dinge finanziert werden, die essenziell für ein Studium sind. Die zusätzlichen Gelder sollten zum großen Teil direkt an die Fakultäten gehen und dort von einem Gremium, das zur Hälfte aus Studenten besteht, verteilt werden können.

NZ: Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass die Mittel im Haushalt nach der Einführung gekürzt werden?

Höller: Gekürzt wird sicher nicht. Dies ist im Innovationsbündnis vereinbart. Es besteht nur die Gefahr bei dem erwarteten Studentenberg, dass die Mittel nicht so zunehmen wie die Zahl der Studenten. Wichtig ist deshalb, dass die Beiträge nur für studienverbessernde Dinge ausgegeben werden und nicht für Dinge, die die Zahl Studienplätze erhöhen. Aber das ist im Gesetz geregelt.

NZ: Die Verwaltungsgebühren in Höhe von 50 Euro pro Semester verschwinden auch im Staatshaushalt.

Höller: Ich fordere auch vehement deren Abschaffung. Wenn ich mich damit nicht durchsetzen kann, sollten sie zumindest zur Verwaltung der Studienbeiträge genutzt werden.

NZ: Wird es durch Gebühren weniger Studenten geben?

Höller: Das einzige, was abnehmen wird, ist die Zahl der Langzeitstudenten. Ich glaube, es wird weniger Abbrecher geben.

Fragen: Markus Kaiser

RCDS-Landesvorsitzender Höller zu Gebühren

„Ich halte nichts von pauschalen 500 Euro“

Der CSU-nahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) hat sich als erste Studentenorganisation aktiv für Studiengebühren ausgesprochen. Zum Sommersemester 2007 müssen Studenten an Fachhochschulen zwischen 100 und 500 Euro, an Universitäten zwischen 300 und 500 Euro bezahlen. Die NZ fragte den RCDS-Landesvorsitzenden Kurt Höller aus Erlangen, wie ein gutes Gebührensystem aussehen könnte.

NZ: Herr Höller, Bayerns Hochschulen dürfen innerhalb eines bestimmten Rahmens selbst entscheiden, wie hoch ihre Studiengebühren sind. Sie dürfen auch innerhalb einzelner Fächer unterscheiden. Was halten Sie von diesen differenzierten Gebühren?

Höller: Der RCDS hat diese sogar gefordert. Und das sogar zu einem Zeitpunkt, in dem differenzierte Beiträge im Wissenschaftsministerium noch eher ablehnend beurteilt worden waren. Wir fordern die Universitäten auf, für einzelne Fächer unterschiedliche Gebühren zu verlangen. Natürlich nur dann, wenn es von der Verwaltung her möglich ist. Aber das sollte in einer modernen Uni möglich sein.

NZ: Nach welchen Gesichtspunkten wollen Sie differenzieren?

Höller: Ich würde nur nach dem Differenzieren, was für die Studenten mehr aufgewendet wird als bisher. Wenn nichts verbessert wird, dann sollten die Studienbeiträge auch nur auf

einem Minimallevel erhoben werden. In dem Maße, in dem die Studienbedingungen gegenüber dem heutigen Zustand verbessert werden, kann ich auch die Studienbeiträge verlangen. Deshalb halte ich auch nichts von pauschalen 500 Euro. Dann wäre der Anreiz bei weitem nicht so gegeben zu zeigen, wie gerechtfertigt die Beiträge sind. Ich würde die Beiträge aber nicht an andere Faktoren koppeln, wie den Berufs- oder Einkommensperspektiven, oder den Kosten des Gesamtstudiums. Sonst bekomme ich auch wieder eine Subventionierung einzelner Studiengänge.

NZ: Wofür sollen Ihrer Meinung nach die Studiengebühren eingesetzt werden?

Höller: Sie sollen nur zur Verbesserung der Lehre verwendet werden, also zum Beispiel für zusätzliche Tutorien, Materialien oder Bücher. Wenn es die Studenten wünschen, können auch Dinge rund um das Studium herum angeschafft werden, zum Beispiel eine Couch für eine Freizeitecke. Auf jeden Fall dürfen damit keine Vorlesungen oder andere Dinge finanziert werden, die essenziell für ein Studium sind. Die zusätzlichen Gelder sollten zum großen Teil direkt an die Fakultäten gehen und dort von einem Gremium,

das zur Hälfte aus Studenten besteht, verteilt werden können.

NZ: Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass die Mittel im Haushalt nach der Einführung gekürzt werden?

Höller: Gekürzt wird sicher nicht. Dies ist im Innovationsbündnis vereinbart. Es besteht nur die Gefahr bei dem erwarteten Studentenberg, dass die Mittel nicht so zunehmen wie die Zahl der Studenten. Wichtig ist deshalb, dass die Beiträge nur für studienverbessernde Dinge ausgegeben werden und nicht für Dinge, die die Zahl der Studienplätze erhöhen. Aber das ist im Gesetz geregelt.



Kurt Höller

NZ: Die Verwaltungsgebühren in Höhe von 50 Euro pro Semester verschwinden auch im Staatshaushalt.

Höller: Ich fordere auch vehement deren Abschaffung. Wenn ich mich damit nicht durchsetzen kann, sollten sie zumindest zur Verwaltung der Studienbeiträge genutzt werden.

NZ: Wird es durch Gebühren weniger Studenten geben?

Höller: Das einzige, was abnehmen wird, ist die Zahl der Langzeitstudenten. Ich glaube, es wird weniger Abbrecher geben. Fragen: Markus Kaiser

Herrmanns Stimme für FH-Ausbau und Anna Eder

(27.06.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Deggendorf (af). Bei seinem Besuch an der Fachhochschule hat Dr. Joachim Herrmann (Mitte), **CSU**-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, gestern nicht nur eine Lanze für die Wiederwahl seiner Parteifreundin Anna Eder (2.v.l.) als Oberbürgermeisterin gebrochen ("Du bist die richtige Frau am richtigen Platz"), sondern auch für den Ausbau der FH Deggendorf.

"Das Geld für die FH war bisher gut angelegt", sagte er, "denn sie steht für Wachstum und Fortschritt. Also ist es nur angemessen, hier weiter zu investieren." Er gab u.a. Prof. Klaus Nitsche, Dekan der Fakultät Maschinenbau Recht, der auf den Mangel an Ingenieuren hingewiesen und eine Stärkung des Standorts **Bayern** gefordert hatte. Dazu Herrmann, der sich auch ein Bild von der Aufbruchstimmung in China gemacht hatte: "Wir dürfen nicht ins Hintertreffen geraten."

Gemeinsam mit FH-Präsident Prof. Reinhard Höpfl (l.), **Kurt Höller** (3.v.l.), **Landesvorsitzender** des **RCDS**, auf dessen Initiative Herrmann im Rahmen seiner Kabinettstour gekommen war, sowie Christian Moser (2.v.r.), Kreisvorsitzender der **JU** Deggendorf, besuchte der Gast ein Labor für Optical Engineering. Dort erläuterte Doktorand Markus Schirnhärl (r.) u.a. die Bearbeitung von Speziallinsen.

Bei der anschließenden Diskussion, zu der Prof. Höpfl auch Kollegen der Kent Business School of the University of Canterbury als Partner-Uni für die Bachelor- und Masterstudiengänge (BA/MA) begrüßen konnte, sprach Fraktionschef Herrmann u.a. über Politik und Europa, christliche Werte und Toleranz. "Ich erwarte von Ausländern, dass sie unsere Kultur und Grundwerte akzeptieren und sich integrieren." Nicht nur in diesem Zusammenhang sei der Rohstoff Bildung höchstes Gut. In diesem System gehöre "mehr denn je den Fachhochschulen die Zukunft". Er kritisierte die zu lange Ausbildungsdauer, lobte BM/MA und geißelte Neid als Erfolgsverhinderer. "Bereitschaft zur Leistung und Freude am Erfolg müssen wir in die Arbeitswelt hineintragen." (Ausführlicher Bericht morgen)Binder

Neu gegründet und anerkannt

(02.06.2006 Kurt Höller) Main-Post

RCDS Gruppe**Neu gegründete
und anerkannt***RCDS Gruppe*

WÜRZBURG (SV) Die im Januar dieses Jahres neu gegründete RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) Fachhochschul-Gruppe Würzburg-Schweinfurt ist im Landesverband „RCDS in Bayern“ als vollwertiges Mitglied aufgenommen worden.

In der Vergangenheit existierte bereits eine RCDS Gruppe an der Fachhochschule in Würzburg, die jedoch seit mehreren Jahren ruhte. Gruppenvorsitzender ist Stephan Rau (23), der im achten Semester Medienmanagement mit der Studienrichtung Kommunikationsmanagement studiert. Weitere Gründungsmitglieder sind Johannes Liebmann (Stellvertreter/Schatzmeister), Aron Schuster (Stellvertreter), die Beisitzer Veronika Dickert, Barbara Brehm und Florian Biechele und Kassenprüfer Michael Schauer.

„Erste Aufgaben der Gruppe sind das Werben neuer Mitglieder, die Erstellung einer Erstsemester-Info-Broschüre und die Organisation für eine Veranstaltung zur Verwendung der Studienbeiträge an der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt“, sagt Stephan Rau. „Die RCDS-Gruppe ist eine Bereicherung für unsere Fachhochschule, da wir Mitstudenten Transparenz, Informationen und Aufklärung bezüglich der Hochschulpolitik an der FH geben wollen.“

Die RCDS-Gruppe wird regelmäßig öffentliche Stammtische veranstalten. Zudem wird derzeit in Kooperation mit der RCDS-Una-Gruppe für den Landesverband an einer neuen Flyer-Werbelinie gearbeitet.

Mettener bekunden in Rom Verbundenheit mit "ihrem" Kardinal**(29.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse****Romfahrt zum 95. Geburtstag von Dr. Augustinus Kardinal Mayer - Abt Wolfgang M. Hagl, Landrat und Bürgermeister unter Gratulanten**

Metten/Rom (ba). Wer hat schon einen Kardinal in Rom und durch ihn und dessen Heimatkloster enge Beziehungen zum Vatikan und zum Heiligen Stuhl? Das blieb einmal mehr den Mettenern vorbehalten, die mit einer großen Delegation in die Ewige Stadt reisten, um dem früheren Hausvater der Benediktinerabtei, Dr. Augustinus Kardinal Mayer, zum 95. Geburtstag zu gratulieren und dann auch noch bei der Generalaudienz von Papst Benedikt XVI. als eine der vielen Gruppen aus Deutschland vom Heiligen Vater genannt zu werden.

Die von der Marktgemeinde, deren Ehrenbürger der Kardinal ist, organisierte Fahrt wurde für alle Teilnehmer ein besonders Erlebnis. Abt Wolfgang M. Hagl, Cellerar Pater Markus Haering, Landrat Christian Bernreiter und Baron von Poschinger kamen per Flugzeug. In Rom gesellten sich einige Alt-Mettener dazu, u.a. **RCDS**-Chef **Kurt Höller** und Journalist Florian Eder. Im Mettener Bus fehlten auch nicht Bürgermeister Erhard Radlmaier, die Marktgemeinderäte Ludwig Fischer, Wolfgang Paukner und Oberstudiendirektor i.R. Walter Matl sowie die Leiterin der Hauptschule Irmgard Jabornitzky und der Abt-Utto-Grundschule Reinhard Hübl.

Für den betagten Jubilar hatte man Schmankerl aus **Bayern** als Geschenk dabei: Salami, Bauernbrot, Zwickl-Bier und ein paar Flascherl von den Maltersdorfer Klosterschwestern. Ein kleines Geburtstagsständchen zweier Sangesbrüder aus Metten freute den Kardinal besonders.

Erster Höhepunkt der Reise war der gemeinsame Gottesdienst im Campo Santo, dem Deutschen Friedhof neben dem Petersdom. Abt Wolfgang betonte, dass in der Liturgie der Geburtstag eigentlich nicht vorgesehen

sei, jedoch der Geburtstag des geschätzten Kardinals ein besonders Ereignis sei und man in der Eucharistiefeyer Dank sagen wolle. Der Abt gratulierte dem ältesten Mitbruder des Mettener Konvents, wünschte ihm Gottes reichsten Segen, einen Blick zurück in Dankbarkeit, Zufriedenheit, einen Blick nach vorne voller Hoffnung und Gelassenheit. Abt Wolfgang sagte: "Wir erleben in Ihnen noch heute eine kirchliche Persönlichkeit von großer Überzeugungskraft, in der sich Prinzipientreue und Stehvermögen mit Weitherzigkeit und Güte verbinden."

Der Heilige Vater hatte schon vormittags telefonisch gratuliert. Zu den Gratulanten gehörte auch der deutsche Botschafter am Heiligen Stuhl, Dr. Gerd Westdickenberg, der dem Kardinal ein persönliches Schreiben von Bundeskanzlerin Angela Merkel übergab. Gute Sitzplätze für die Mettener gab es bei der Generalaudienz einen Tag später. Der Heilige Vater fuhr von rund 70 000 Menschen umjubelt, direkt an der Pilgergruppe aus Metten vorbei. Mit Überraschung und großer Freude wurde die Nennung der Pilgergruppe aus der Abtei Metten durch Benedikt XVI. von den Reiseteilnehmern registriert und applaudiert.

Die Tage und Stunden in Rom waren mit einem großen Besuchsprogramm ausgebucht und man hatte mit Abt Wolfgang, Pater Markus und Walter Matl gute Führer durch St. Peter mit Besuch des Papstgrabs von Johannes Paul II., Lateranbasilika, Heilige Stiege, S. Maria Maggiore, S. Prassede, Kolosseum, Forum Romanum, Piazza Navona, Pantheon, Trevi-Brunnen, Spanische Treppe, Aventin, S. Sabina und S. Anselmo, Circus Maximus, Palatin, Sankt Paul vor den Mauern und Tivoli. In Subiaco, der Einsiedelei des hl. Benedikt, feierte man mit Abt Wolfgang und Pater Markus den Abschlussgottesdienst einer denkwürdigen Romreise.

Europa als Chance für Studenten

(27.05.2006 Kurt Höller) Bayernkurier

Metten – Über die Chancen und Risiken der jungen Generation in Europa diskutierte der **RCDS Bayern** mit Europaministerin Emilia Müller, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Ingo Friedrich, Deggendorfs Oberbürgermeisterin Anna Eder und dem Mettener Abt Wolfgang Hagl im Kloster Metten. **RCDS**-Chef **Kurt Höller** forderte ein ausgebautes Stipendienwerk für Mittel- und Osteuropa, um den Austausch mit den neuen Mitgliedern zu stärken. Diese Vernetzungsprogramme müssten nach dem Vorbild des Regensburger EUROPAEUMS erweitert werden.

Zum Abschluss erörterten die Studenten bei einem Kamingespräch mit dem langjährigen Chefredakteur des Bayernkurier, Winfried Scharnagl, den Wandel **Bayerns** vom Agrar- zum Innovationsstandort. AvD

RCDS sieht Europa als Chance

(22.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Studenten diskutierten mit Politikern über die Zukunft der EU

Metten (pnp). "Europa bietet uns die Chance auf Frieden in den kommenden Jahr-zehnten", resümiert der Vorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern (RCDS), Kurt Höller**.

Gemeinsam mit der Bayerischen Europaministerin Emilia Müller, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Dr. Ingo Friedrich, und der Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder diskutierten die Studenten aus ganz **Bayern** am Freitag im Kloster Metten (Lkr. Deggendorf) über die Zukunft des Projekts Europa. "Der **RCDS** möchte gerade die mittel- und osteuropäischen Länder für deutsche Studenten attraktiver machen", sagte **Höller**. Am Samstag fand ein Kamingespräch mit Winfried Scharnagl, dem langjährigen Chefredakteur des Bayernkuriers, statt.

Studenten fordern Vernetzungsprogramme

(22.05.2006 Kurt Höller) Straubinger Tagblatt

Metten. (ta) Die Grundstimmung zur Europäischen Union ist derzeit nicht mehr so positiv, wie sie schon einmal war, so das Resümee des Vizepräsidenten des Europaparlaments, Ingo Friedrich, am Freitagabend in Metten (Kreis Deggendorf). Neben Friedrich nahmen **Bayerns** Europaministerin Emilia Müller und Studenten aus ganz **Bayern** an einer Diskussionsrunde des Landesverbandes des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) im Mettener Kloster teil. Da der **RCDS** die mittel- und osteuropäischen Länder für deutsche Studenten attraktiver machen wolle, mache sich der der Verband für ein ausgebautes Stipendienwerk für Mittel- und Osteuropa

stark, sagte **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller**. Um dies zu gewährleisten, müssten europäische Vernetzungsprogramme ausgebaut werden.



"Europa hat Antworten auf Herausforderungen"

(20.05.2006 Kurt Höller) Passauer neue Presse

Ingo Friedrich und Emilia Müller diskutieren in Metten über Europa-Politik und verweisen auf die Erfolge der EU

Wendelin Trs Metten. Europa kann die Nationalstaaten nicht ersetzen.

Europa wird kein Paradies schaffen. Aber: "Nur Europa hat die Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts." Ingo Friedrich hat gestern Abend bei einer Podiumsdiskussion des Rings christlich-demokratischer Studenten (**RCDS**) versucht, die Europa-Skeptiker zu überzeugen. Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments will die Menschen mitnehmen, denn ihm ist wichtig, dass aus dem "Eliten-Projekt ein Volks-Projekt" wird.

Ungemein erfolgreich sei die Europäische Union bisher ohnehin, ist Friedrich überzeugt. Zusammen mit der Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller, Deggendorfs Oberbürgermeisterin Anna Eder und **RCDS-Landesvorsitzendem Kurt Höller** diskutierte er gestern im Wittelsbacher Saal des Klosters Metten unter der Moderation von PNP-Redakteur Alexander Kain das Thema "Europa - Chancen und Risiken einer jungen Generation".

Und gerade auf die Herausforderungen der Zukunft biete die EU Lösungen. "Je internationaler die Welt, desto mehr schwindet die Demokratie", so Friedrich im Hinblick etwa auf die WTO. Die EU habe einen erfolgreichen Versuch hinter sich, einen Zusammenschluss mehrerer Nationen demokratisch zu regeln. Nur eine starke, große Gemeinschaft könne Regeln eines fairen Handels durchsetzen und damit den Markt schützen. "Wir haben den Binnenmarkt bereits erfolgreich verwirklicht. Diese Frage wird global nochmal auf uns zu kommen", könne die EU bereits auf ihre Erfahrungen bauen, ebenso beim Schaffen von Frieden. Dies sei als einzelne Nation nicht mehr zu leisten, auch nicht als Frankreich oder Großbritannien. "Wenn man fragt, wer kann helfen, kommt immer Europ heraus."

Auch Emilia Müller geht davon aus, dass Europa nicht das Problem sondern die Chance sei. Die Ministerin verkannte ebenso wie Friedrich und **Höller** nicht, dass die öffentliche Wahrnehmung heutzutage in die entgegengesetzte Richtung laufe. Müller will den "Mehrwert" Europas den Menschen näher bringen. Viele Annehmlichkeiten der EU würden heute als Selbstverständlichkeit angesehen, "aber das ist es nicht". "Wir haben auch unseren Beitrag dazu zu leisten, auch wenn es manchmal Cash bedeutet", so Müller. Nur so könnten sich die Länder in der EU entwickeln, dies sei die einzige Chance in der globalen Welt.

Dass sich die Europäische Kommission zu sehr mit Kleinigkeiten beschäftige, kritisierte Anna Eder. "Größere Themen und Probleme müssen dafür noch weitaus besser auf der europäischen Ebene diskutiert werden."

Eine Europäische Verfassung sei notwendig, um die Kompetenzen untereinander abzustecken, darin solle auch die Subsidiarität festgeschrieben werden, so Friedrich. Sie sei aber dringend notwendig, dem noch größeren Europa die richtigen Instrumente zu geben, war er sich mit Emilia Müller einig.

Beide vertraten auch die Position einer zurückhaltenden Aufnahmepolitik. "Wir müssen anfangen, uns darüber konkrete Gedanken zu machen", setzt die Staatsministerin vor allem Hoffnung auf die kommende deutsche Ratspräsidentschaft. Friedrich gab zu bedenken, dass die Aufnahmefähigkeit - finanziell und mental - bisher zu wenig berücksichtigt worden sei. "Wir müssen den Türken sagen, was hättet ihr davon, wenn ihr beitretet und Europa implodiert." Schließlich sei Europa auf den "Erfolg des Projekts" angewiesen.

Den Ort für die Diskussion und seine Klausur hatte der **RCDS** gut gewählt, denn "das Thema Europa ist bei uns zu Hause", führte Abt Wolfgang M. Hagl die Teilnehmer in das Gespräch ein. Dem Abt fehlen heute vor allem die Europa-Visionäre. Deutlich stellte er aber auch in Frage, warum die christlichen Wurzeln Europas "verschämt verschwiegen" werden. Für ihn sollten als "Wegweiser im pluralistischen Wirrwarr" vor allem auch die christlichen Werte und Heiligen dienen.

RCDS Bayern fest in Altmettener

(18.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Studentenvertretung tagt ab morgen im Kloster

München/Metten (cwo). Es ist kein Zufall, dass der **RCDS Bayern** wieder hinter den Klostermauern von Metten (Lkr. Deggendorf) in Klausur geht: Nicht nur **Kurt Höller**, der gerade in Wildbad Kreuth als **Landesvorsitzender** der Christlich-Demokratischen Studenten bestätigt wurde, ist „Altmettener“. Auch die Schatzmeisterin Cordula Spitzer hat im Gymnasium Metten die Grundlagen für ihr Studium gelegt, ebenso wie der neue stellvertretende Landesvorsitzende Stephan Rabl.

Mit einer hochkarätig besetzten öffentlichen Podiumsdiskussion über Europa beginnt die Tagung morgen, Freitag. Im Festsaal des Benediktinerstifts diskutieren ab 19 Uhr Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europaparlaments und stellvertretender **CSU**-Vorsitzender, Europaministerin Emilia Müller, die Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder und **RCDS**-Chef **Kurt Höller** über Chancen und Risiken der EU für die junge Generation. PNP-Wirtschaftsredakteur Alex Kain wird den Abend moderieren.

In Kreuth zeigten sich die **CSU**-nahen Studenten durchaus kritisch gegenüber der bayerischen Hochschulpolitik. Sie forderten für das Lehrangebot der Hochschulen nicht nur eine interne Beurteilung durch Studenten, sondern auch eine Evaluation durch internationale Experten: „Wenn wir als Studenten bald Studienbeiträge zahlen, haben wir Anspruch auf exzellente Lehre“, sagte **Höller** zu Hochschulminister Goppel. Für eine schlechte Bewertung müsse es auch Konsequenzen geben.

Zudem forderte der **RCDS** die Abschaffung der Verwaltungsgebühren, wenn die Studienbeiträge erhoben werden. Minister Goppel versprach den Studierenden, für die Studienbeiträge werde ein sozial abgefedertes Kreditmodell angeboten. An den Gebühren werde in **Bayern** kein Studium scheitern. Unzufrieden äußerte sich der **RCDS** mit der Regelung, dass Studenten mit zwei Geschwistern von den Beiträgen befreit werden: „Das sei ein Systembruch“, so **Höller**. Die Studenten müssten für diese Art von Familienpolitik aufkommen.

RCDS Bayern fest in Altmettener Hand

Studentenvertretung tagt ab morgen im Kloster

München/Metten (cwo). Es ist kein Zufall, dass der RCDS Bayern wieder hinter den Klostermauern von Metten (Lkr. Deggendorf) in Klausur geht: Nicht nur Kurt Höller, der gerade in Wildbad Kreuth als Landesvorsitzender der Christlich-demokratischen Studenten bestätigt wurde, ist „Altmettener“. Auch die Schatzmeisterin Cordula Spitzer hat im Gymnasium Metten die Grundlagen für ihr Studium gelegt, ebenso wie der neue stellvertretende Landesvorsitzende Stephan Rabl.

Mit einer hochkarätig besetzten öffentlichen Podiumsdiskussion über Europa beginnt die Tagung morgen, Freitag. Im Festsaal des Benediktinerstiftes diskutieren ab 19 Uhr Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europaparlaments und stellvertretender CSU-Vorsitzender, Europaministerin Emilia Müller, die Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder und RCDS-Chef Höller über Chancen und Risiken der EU für die junge Generation. PNP-Wirtschaftsredakteur Alexander Kain wird den Abend moderieren.

In Kreuth zeigten sich die

CSU-nahen Studenten durchaus kritisch gegenüber der bayerischen Hochschulpolitik. Sie forderten für das Lehrangebot der Hochschulen nicht nur eine interne Beurteilung durch Studenten, sondern auch eine externe Evaluation durch internationale Experten: „Wenn wir als Studenten bald Studienbeiträge zahlen, haben wir Anspruch auf exzellente Lehre“, sagte Höller zu Hochschulminister Thomas Goppel. Für eine schlechte Bewertung müsse es auch Konsequenzen geben.

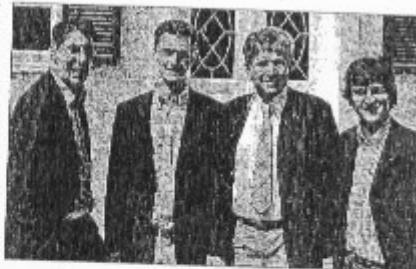
Zudem forderte der RCDS die Abschaffung der Verwaltungsgebühren, wenn die Studienbeiträge erhoben werden. Minister Goppel versprach den Studierenden, für die Studienbeiträge werde ein sozial abgefedertes Kreditmodell angeboten. An den Gebühren werde in Bayern kein Studium scheitern. Unzufrieden äußerte sich der RCDS mit der Regelung, dass Studenten mit zwei Geschwistern von den Beiträgen befreit werden: „Das sei ein Systembruch“, so Höller. Die Studenten müssten für diese Art von Familienpolitik aufkommen.

RCDS Passau trifft Minister Goppel

(17.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

RCDS Passau trifft Minister Goppel

Auf der Landesdelegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern in Wildbad Kreuth hat der RCDS Passau Einblick in das neue Bayerische Hochschulgesetz gewonnen. Am 18. Mai soll es im Parlament zum Beschluss vorgelegt werden. Der bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Thomas Goppel, stellte die geplanten Änderungen vor. Die Passauer Delegierten Benedikt Oiberding, Raphael Roggendorf, Florian Steidl und Johannes Wedekind diskutierten mit dem Minister ihre studentischen Standpunkte. Themen waren unter anderem der Umgang mit den kommenden Studienbeiträgen, die Darlehensfinanzierung sowie das Ausmaß der angestrebten Ausweitung der Selbstverwaltung der Hochschulen. In der Versammlung wurde der amtierende Landesvorsitzende Kurt Höller (26) mit großer Mehrheit in seiner dritten Amtszeit bestätigt. Im Bild (v.l.) Kurt Höller, Florian Steidl, Minister Goppel und Johannes Wedekind.



Bamberger an RCDS-Spitze

(17.05.2006 Kurt Höller) Fränkischer Tag

Bamberg. Der 23-jährige Bamberger Stephan Rabl ist von der Landesdelegierten-versammlung in Wildbad/Kreuth vor kurzem zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) **Bayern** gewählt worden. Er ist damit Stellvertreter des wiedergewählten Landesvorsitzenden, **Kurt Höller** (26).

Bildungspolitik der Zukunft

(13.05.2006 Karsten Dietel) RCDS diskutiert mit Wissenschaftsminister Goppel über das neue Hochschulgesetz

Kreuth – Hochaktueller Besuch beim bildungspolitischen Kooperationsseminar des **RCDS Bayern** und der Hans-Seidel- Stiftung in Wildbad Kreuth: Mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und dem Ausschussvorsitzenden Ludwig Spaenle stellten die Väter des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes ihren Entwurf vor.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Diskussion mit dem Studentenverband lag beim Thema Evaluation. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten will zur internen Beurteilung durch Studenten auch eine externe Begutachtung durch internationale Experten, um eine aussagekräftige Bewertung des Lehrangebotes zu erhalten. „Wenn wir Studienbeiträge bezahlen, haben wir auch Anspruch auf eine exzellente Lehre“, so **RCDS-Vorsitzender Kurt Höller**. Evaluation müsse Konsequenzen haben. „Es kann nicht sein, dass in **Bayern** hochbezahlte Professoren die Hörsäle leer lesen. Hier brauchen wir Sanktionen.“

Diese für die 1500 **RCDS**-Mitglieder zentrale Forderung ist im neuen Gesetzesentwurf weitestgehend verwirklicht. Aber Goppel warb um das rechte Maß und um Sachbezogenheit. Evaluation dürfe nicht zur Schmähekritik führen: „Einen Professor durch Evaluation den Stempel des Buhmanns aufzudrücken, wäre für mich kein probates Mittel.“

Die Abschaffung der Verwaltungsgebühr fordert **Höller**: „Es kann ja nicht sein, dass wir bald drei Mal Geld verlangen: Erst die Studienbeiträge, dann den Studentenwerksbeitrag und zum Schluss noch die Verwaltungsgebühren.“ Nach Auffassung des **RCDS** müssen Studienbeiträge durch Kredite finanzierbar bleiben. Goppel kam hier mit einer guten Nachricht für die 20 bayerischen **RCDS**-Hochschulgruppen nach Kreuth. Sein Verhandlungsergebnis für die Studienbeiträge läge deutlich unter den Plänen anderer Länder. Der Wissenschaftsminister versprach: „Es wird dazu in nächster Zeit konkrete Zahlen geben. Die Staatsregierung steht zu ihrem Wort, die Studienbeiträge sozial abzufedern.“

Minister Goppel zeigte sich über fachlich fundierte Kritik des **RCDS** erfreut. Er und Spaenle betonten den Paradigmenwechsel der Hochschulpolitik durch das neue Gesetz: Die Bayerischen Hochschulen würden modernisiert und für das 21. Jahrhundert fit gemacht.

Professor Joachim Hornegger aus **Erlangen** bestätigte in seinem Vortrag „Wirtschaft und Wissenschaft“, dass die bayerische Wissenschaftspolitik gut aufgestellt sei. Sie dürfe sich aber nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Er forderte Leistungsorientierung auf allen Ebenen, Abschaffung der Verbeamtung von Professoren, Profilbildung der Unis sowie frühzeitige Integration der Studenten in den Forschungsbetrieb.

Zum Schluss der zweitägigen Tagung ermutigte der Leiter des Förderungswerkes der Hans-Seidel-Stiftung, Professor Hans Peter Niedermeier, die Anwesenden, sich für Stipendien zu bewerben. (Frank Gübner)

Bildungspolitik der Zukunft

RCDS diskutiert mit Wissenschaftsminister Goppel über das neue Hochschulgesetz

Kreuth - Hochaktueller Besuch beim bildungspolitischen Kooperationsseminar des RCDS Bayern und der Hans-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth. Mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel und dem Ausschussvorsitzenden Lüdwig Späthle stellten die Väter des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes ihren Entwurf vor.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Diskussion mit dem Studentenverband lag beim Thema Evaluation. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten will zur internen Beurteilung durch Studenten auch eine externe Begutachtung durch internationale Experten, um eine aussagekräftige Bewertung des Lehrangebotes zu erhalten. „Wozu wir Studienbeiträge bezahlen, haben wir auch einen Anspruch auf exzellente Lehre“, so RCDS-Vorsitzender Kurt Höller. Evaluation müsse Konsequenzen haben. „Es kann nicht sein, dass in Bayern hochbezahlte Professoren die Hörsäle leer lassen. Das brauchen wir Sanktionen.“

Diese für die 1500 RCDS-Mitglieder zentrale Forderung ist im neuen Gesetzesentwurf weitestgehend um das rechte Maß und um Sachbezogenheit. Evaluations dürfte nicht zu Schönheitskritik führen: „Einem Professor durch Evaluation den Stempel des Substanziellen aufzudrücken, wäre für mich kein positives Mittel.“ Die Abschaffung der Verwaltungsgebühren fordert Höller: „Es kann ja nicht sein, dass wir bald drei Mal Geld verlangen. Erst die Studienbeiträge, dann der Studentenwerkbeitrag und zum Schluss noch die Verwaltungsgebühren.“ Nach Aufhebung des



Bildungspolitik im Blick: Thomas Goppel, Stefan Hartenberger, Cordula Spitzer, Hans-Peter Niedermeier, Kurt Höller, Michael Hornegger, Frank Gübnac, Uta Meintker, Martin Degenhardt, Andreas Höpfe, Stephan Rahl (v.l.)

RCDS müssen die Studienbeiträge durch Kredite finanzierbar bleiben. Goppel kam hier mit einer guten Nachricht für die 20 bayerischen RCDS-Hochschulgruppen nach Kreuth: Sein Vorschlag, die Studienbeiträge läge deutlich unter den Plänen anderer Länder. Der Wissenschaftsminister verspricht: „Es wird dazu in nächster Zeit konkrete Zahlen geben. Die Staatsregierung steht zu ihren Wörtern, die Studienbeiträge sozial abzufedern.“

Minister Goppel zeigte sich über die fachlich fundierte Kritik des RCDS erfreut. Er und Späthle betonen den Paradigmenwechsel der Hochschulpolitik durch das neue Gesetz: Die bayerischen Hochschulen wü-

den modernisiert und für das 21. Jahrhundert fit gemacht. Professor Joachim Hornegger aus Erlangen bestritt in seinem Vortrag „Wirtschaft und Wissenschaft“, dass die bayerische Wissenschaftspolitik gut aufgestellt sei. Sie dürfe sich aber nicht auf dem Lorbeer ausruhen. Er forderte Leistungsorientierung auf allen Ebenen, Abschaffung der Verbeamtung von Professoren, Profilbildung der Unis sowie frühzeitige Integration der Studenten in den Forschungsprozess.

Zum Schluss der zweitägigen Tagung ernannte der Leiter des Förderungsverbandes der Hans-Seidel-Stiftung, Professor Hans-Peter Niedermeier, die Anwesenden, sich für Stipendien zu bewerben. Frank Gübnac

Die 52 Landesdelegierten des RCDS Bayern haben in Kreuth ihren Landesvorsitzenden Kurt Höller aus Erlangen deutlich mit einer Mehrheit von 82 Prozent in seinem Amt bestätigt. Er tritt damit in sein drittes Amtsjahr. Stellvertreterin bleibt Cordula Spitzer aus Bayreuth. Neu gewählt wurden die Stellvertreter Stephan Rahl (Landsberg) und Stefan Hartenberger (Regensburg). Der Münchner Thomas Döpfner und der Würzburger Martin Schöbber kandidierten nicht mehr. Schatzmeisterin bleibt Uta Meintker aus Erlangen.

Heftiger Schlagabtausch

(13.05.2006 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Für und Wider zur Einführung der Studiengebühren

Von Sabine Raab

Markt Schwaben - Stellt die Einführung von Studiengebühren eine zu hohe Belastung für Studenten dar, oder ist sie eine notwendige bildungspolitische Maßnahme? Um dieser Frage nachzugehen, lud die Schülermitverwaltung des Franz-Marc-Gymnasiums Markt Schwaben am Donnerstagabend Vertreter aus Politik und Hochschule zu einer Podiumsdiskussion in die Aula der Schule ein. Die Brisanz der Thematik zeigte sich im bisweilen heftigen Schlagabtausch zwischen den Rednern sowie den kritischen Fragen aus dem Publikum.

„Zu Beginn des Sommersemesters 2007 werden an den Universitäten in **Bayern** Studiengebühren zwischen 300 und 500 Euro pro Semester eingeführt“, erklärt Hans-Helmut Günther von der Abteilung Management der TU-München zu Beginn der Diskussion. Die tatsächliche Höhe des Semesterbeitrags könnten die Unis dabei – je nach Bedarf – selbst festlegen. Seiner Meinung nach sollte der finanzielle Zugewinn auf alle Fälle der Verbesserung der universitären Verhältnisse zukommen.

Ina Faßbinder, die Vertreterin des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses (AStA) der LMU-München ist sich sehr sicher, dass in **Bayern** Studiengebühren in der Maximalhöhe von 500 Euro eingeführt werden, was sie für unzumutbar hält: „Eine Umfrage hat ergeben, dass 27 Prozent der Studierenden – vor allem Bafög-Empfänger und Frauen – ihr Studium abbrechen würden, wenn sie pro Semester 500 Euro zahlen müssten“, sagt sie. Zudem vertraue die Mehrzahl der Studenten nicht darauf, dass die Gebühren wirklich dort eingesetzt würden, wo sie am nötigsten seien.

Margarete Bause, Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, und Adelheid Rupp von der SPD halten eine Erhöhung der Studiengebühren für kontraproduktiv – schließlich sollte sich die Zahl der Studenten doch eigentlich erhöhen. „Da die Studiengebühren unabhängig davon zu zahlen sind, ob man Bafög erhält, oder nicht, müssen sich Bafög-Empfänger während des Studiums doppelt verschulden“, sagt Bause. Sie befürchtet, dass sich dadurch vor allem junge Menschen aus sozial schwächeren Verhältnissen gegen ein Studium entscheiden. Harald Renz von der Landes-Eltern-Vereinigung hebt in diesem Zusammenhang die finanzielle Mehrbelastung der Eltern durch Studiengebühren hervor.

Hier halten Hans-Helmuth Günther und der Vertreter des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, **Kurt Höller**, dagegen, indem sie auf die verschiedenen Finanzierungsmodelle verweisen. „Es gibt entweder die Möglichkeit, bei einer Bank einen Studienkredit für Lebensunterhalt und Studienbeiträge oder ein Studienbeitragsdarlehen aufzunehmen“, erklärt Günther. Die Höhe und Dauer der Rückzahlung hänge dabei von der Höhe des Einkommens nach Abschluss des Studiums ab.

Adelheid Rupp warnt dagegen davor, die Studienkredite als „sozial gerecht“ zu bewerten: „Ein Student, der von zu Hause unterstützt wird, kann sogar bei schlechten Leistungen ohne Schulden ins Berufsleben starten – einer mit besseren Leistungen, der einen Kredit aufnehmen muss, nicht.“

Ein junger Mann aus den Reihen der Zuhörer meldet sich kritisch zu Wort: „Hat denn eine Gesellschaft kein Recht auf Bildung?“, richtet er seine Frage an das Podium. Seiner Meinung nach sei die Einführung von Studiengebühren ein unzulässiger Rückzug des Staates von seiner Aufgabe, die Bildung seiner Bürger zu finanzieren. Einige Schüler aus der zwölften Jahrgangsstufe unterhalten sich nach der Podiumsdiskussion angeregt miteinander: „Bei solchen Dingen wie der Einführung von Studiengebühren geht das Vertrauen in den Staat ganz verloren“, sagt ein junger Mann. „Wenn dann nicht mal klar ist, ob die zusätzlichen Einnahmen auch wirklich den Studenten zugute kommen, macht das Ganze sowieso keinen Sinn“, bestärkt ihn eine Mitschülerin.

Dass diese Annahmen nicht ganz unbegründet sind, zeigt sich in einem Schreiben, das die bayerischen Hochschulen kürzlich erhalten haben: Darin heißt es, dass die Einzahlungen der Studenten automatisch auf dem Konto der Staatsoberkasse verbucht würden. Dabei sieht das Gesetz vor, dass die Erhebung der Studiengebühren allein Sache der Hochschulen ist.

Heftiger Schlagabtausch

Für und Wider zur Einführung der Studiengebühren

Von Sabine Raab

Markt Schwaben ■ Stellt die Einführung von Studiengebühren eine zu hohe Belastung für Studenten dar, oder ist sie eine notwendige bildungspolitische Maßnahme? Um dieser Frage nachzugehen, lud die Schölermitverwaltung des Franz-Marc-Gymnasiums Markt Schwaben am Donnerstagabend Vertreter aus Politik und Hochschule in die Aula der Schule ein. Die Brisanz der Thematik zeigte sich im zwischen heftigen Schlagabtausch zwischen den Rednern sowie den kritischen Fragen aus dem Publikum.

Zu Beginn des Sommersemesters 2007 werden an den Universitäten in Bayern Studiengebühren zwischen 300 und 500 Euro pro Semester eingeführt“, erklärt Hans-Helmuth Günther von der Abteilung Management der TU-München zu Beginn der Diskussion. Die tatsächliche Höhe der Semesterbeiträge könnten die Unis dabei – je nach Bedarf – selbst festlegen. Seiner Meinung nach sollte der finanzielle Zugewinn auf alle Fälle der Verbesserung der universitären Verhältnisse zukommen.

Ina Faßbender, die Vertreterin des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses (ASTA) der LMU-München ist sich sehr sicher, dass in Bayern Studiengebühren in der Maximalthöhe von 500 Euro eingeführt werden, was sie für unannehmbar hält. „Eine Umfrage hat erge-

aus sozial schwächeren Verhältnissen gegen ein Studium entscheiden. Harald Renz von der Landes-Eltern-Vereinigung hebt in diesem Zusammenhang die finanzielle Mehrbelastung der Eltern durch Studiengebühren hervor.

Hier halten Hans-Helmuth Günther und der Vertreter des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, Kurt Höller, dagegen, indem sie auf die verschiedenen Finanzierungsmodelle verweisen. „Es gibt entweder die Möglichkeit, bei einer Bank einen Studienkredit für Lebensunterhalt und Studienbeiträge oder ein Studienbeitragsdarlehen aufzunehmen“, erklärt Günther. Die Höhe und Dauer der Rückzahlung hänge dabei von der Höhe des Einkommens nach Abschluss des Studiums ab.

Adelheid Rupp warnt dagegen davor, die Studienkredite als „sozial gerecht“ zu bewerten: „Ein Student, der von zu Hause unterstützt wird, kann sogar bei schlechten Leistungen ohne Schulden ins Berufsleben starten – einer mit besseren Leistungen, der einen Kredit aufnehmen muss, nicht.“

Ein junger Mann aus den Reihen der Zuhörer meldet sich kritisch zu Wort: „Hat denn eine Gesellschaft kein Recht auf Bildung?“, richtet er seine Frage an das Podium. Seiner Meinung nach sei die Einführung von Studiengebühren ein unzulässiger Rückzug des Staates von seiner Aufgabe, die Bildung seiner Bürger zu finanzieren.



Podiumsdiskussion über Studiengebühren im Markt Schwabener Gymnasium: Kurt Höller (von links), Tanja Zieger Moderation, Elena Stingl, Ina Faßbender, Hans-Helmuth Günther, Harald Renz, Margarete Bause und Adelheid Rupp. Foto: Endt

ben, dass 27 Prozent der Studierenden – vor allem Bafög-Empfänger und Frauen – ihr Studium abbrechen würden, wenn sie pro Semester 500 Euro zahlen müssten“, sagt sie. Zudem vertraue die Mehrzahl der Studenten nicht darauf, dass die Gebühren wirklich dort eingesetzt würden, wo sie am nötigsten seien.

Margarete Bause, Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, und Adelheid Rupp von der SPD halten eine Erhöhung der Studiengebühren für kontraproduktiv – schließlich sollte sich die Zahl der Studenten doch eigentlich erhöhen. „Da die Studiengebühren unabhängig davon zu zahlen sind, ob man Bafög erhält, oder nicht, müssen sich Bafög-Empfänger während des Studiums doppelt verschulden“, sagt Bause. Sie befürchtet, dass sich dadurch vor allem junge Menschen

ziehen. Einige Schüler aus der zwölften Jahrgangsstufe unterhalten sich nach der Podiumsdiskussion angeregt miteinander: „Bei solchen Dingen wie der Einführung von Studiengebühren geht das Vertrauen in den Staat ganz verloren“, sagt ein junger Mann. „Wenn dann nicht mal klar ist, ob die zusätzlichen Einnahmen auch wirklich den Studenten zugute kommen, macht das Ganze sowieso keinen Sinn“, bestärkt ihn eine Mitschülerin.

Dass diese Annahmen nicht ganz unbegründet sind, zeigt sich in einem Schreiben, das die bayerischen Hochschulen kürzlich erhalten haben: Darin heißt es, dass die Einzahlungen der Studenten automatisch auf dem Konto der Staatsoberkasse verbucht würden. Dabei sieht das Gesetz vor, dass die Erhebung der Studiengebühren allein Sache der Hochschulen ist.

Podiumsdiskussion in Marktschwaben, **Höller (RCDS BY)** links

Stephan Rabl im RCDS-Vorstand
(11.05.2006 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Der Viechtacher ist stellvertretender Landesvorsitzender der Studentenvereinigung

Viechtach (vbb). Auf der diesjährigen Delegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in Wildbad Kreuth wurde der Viechtacher Stephan Rabl (23) zum stellvertretenden Vorsitzenden des **RCDS Bayerns** gewählt.

Rabl studiert seit zwei Jahren Politikwissenschaft in Bamberg und leitet dort die **RCDS**-Gruppe. "Der **RCDS** ist mit 8000 Mitgliedern in **Bayern** die größte studentische Interessenvertretung. Wir setzen uns dafür ein, dass Studenten in **Bayern** gute Bedingungen an den Hochschulen vorfinden und sehen uns als Sprachrohr in die Politik", so Rabl.

Vor seinem Engagement bei dem **CSU**-nahen **RCDS** gründete er mit einer Handvoll Schülern die Schüler-Union im Landkreis Regen, die mittlerweile knapp 70 Mitglieder zählt. Zudem hat er sich bereits in der Jungen Union Viechtach politisch betätigt. Der "Wahl-Bamberger" hat sich als Leiter der Programmkommission im Landesvorstand seine Lorbeeren verdient und wurde dafür mit seiner Wahl zum Stellvertreter belohnt. Vorsitzender des **RCDS Bayern** ist auch weiterhin der aus Deggendorf stammende **Kurt Höller** (26).

Wissenschaftsminister Thomas Goppel, einer der ersten Gratulanten für **Höller** und Rabl, zeigte sich optimistisch, dass die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen **RCDS** und Ministerium für ein weiteres Jahr gesichert sei. Gerade kurz vor der Verabschiedung des neuen Hochschulgesetzes und mitten in der Debatte um die im Sommer 2007 startenden Studienbeiträge sei eine "enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit" notwendig, so Goppel.

Des Weiteren wurden einige Anträge, darunter der Leitantrag "Evaluation der Lehre", mit einer breiten Mehrheit der Stimmen gebilligt. Sie könne jetzt an die zuständige Arbeitsgruppe übergeben und mit den Fachpolitikern beraten werden.

Podiumsdiskussion über Studiengebühren

(10.05.2006 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Markt Schwaben

Ein brandaktuelles Thema hat sich die Schülermitverwaltung des Markt Schwabener Gymnasiums für eine Podiumsdiskussion am heutigen Mittwoch, 11. Mai, vorgenommen: „Studiengebühren in **Bayern**“ wird sicherlich für einen regen Meinungsaustausch sorgen. Bekanntlich plant die Staatsregierung, von 2007 an Gebühren von 500 Euro pro Semester zu erheben. Auf dem Podium sitzen **Kurt Höller**, Ring Christlich-Demokratischer Studenten, die Abgeordneten Adelheid Rupp (SPD) und Magarete Bause (Grünen), Harald Renz von der Landes-Eltern-Vereinigung, Bezirksschülersprecherin Elena Stingl sowie Ina Faßbinder, Allgemeiner Studierenden-Ausschuss. Beginn ist um 19.30 Uhr.

Aktive Hochschulpolitik

(06.05.2006 RCDS Bayern e.V. - Karsten Dietel) Bayernkurier

RCDS berät mit Goppel neues Gesetz

Wildbad Kreuth – Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten versteht sich als die Organisation der Unionsparteien an den Hochschulen. Heute und am Sonntag diskutiert der **RCDS Bayern** bei einem Kooperationsseminar im Bildungszentrum der Hans- Seidel- Stiftung mit Staatsminister Thomas Goppel, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses im Landtag, Ludwig Spaenle, und dem Landtagsabgeordneten Georg Eisenreich die Eckpunkte des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes. Eine hochaktuelle Thematik, denn das Gesetz wird dem Landesparlament am 18. Mai zur Beschlussfassung vorgelegt.

Wesentliche Teile der bayerischen Hochschulpolitik stehen vor Veränderungen: Hin zu schlankeren Strukturen, größerer Eigenverantwortung und Modernisierung. Deshalb will sich der **RCDS** mit Studienbeiträgen, der Au-

tonomie der Hochschulen, der Selbstauswahl ihrer Studenten und dem internationalen Wettbewerb auf dem Bildungssektor auseinandersetzen.

Ferner wird in Kreuth vor den **RCDS**-Mitgliedern Professor Joachim Hornegger (Uni **Erlangen**) über die Partnerrolle von Wirtschaft und Wissenschaft in der globalisierten Welt referieren.

RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller ist stolz auf das Kreuther Programm: „Der **RCDS** ist die führende politische Kraft an den bayerischen Hochschulen. Das werden wir auch an diesem Wochenende deutlich machen.“ (Ingo Sommer)

Aktive Hochschulpolitik

RCDS berät mit Goppel neues Gesetz

Wildbad Kreuth – Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten versteht sich als die Organisation der Unionsparteien an den Hochschulen. Heute und am Sonntag diskutiert der RCDS Bayern bei einem Kooperationsseminar im Bildungszentrum der Hanns-Seidel-Stiftung mit Staatsminister Thomas Goppel, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses im Landtag, Ludwig Spaenle, und dem Landtagsabgeordneten Georg Eisenreich die Eckpunkte des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes. Eine hochaktuelle Thematik, denn das Gesetz wird dem Landesparlament am 18. Mai zur Beschlussfassung vorgelegt.

Wesentliche Teile der bayerischen Hochschulpolitik stehen vor Veränderungen: Hin zu schlankeren Strukturen, größerer Eigenverantwortung und Modernisierung. Deshalb will sich der RCDS mit Studienbeiträgen, der Autonomie der Hochschulen, der Selbstauswahl ihrer Studenten und dem internationalen Wettbewerb auf dem Bildungssektor auseinandersetzen.

Ferner wird in Kreuth vor den RCDS-Mitgliedern Professor Joachim Hornegger (Uni Erlangen) über die Partnerrolle von Wirtschaft und Wissenschaft in der globalisierten Welt referieren.

RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller ist stolz auf das Kreuther Programm: „Der RCDS ist die führende politische Kraft an den bayerischen Hochschulen. Das werden wir auch an diesem Wochenende deutlich machen.“

Ingo Sommer
Ausführlicher Bericht folgt

Frühjahrsputz des RCDS

(04.04.2006 RCDS Bayern e.V. - Karsten Dietel) Nürnberger Nachrichten vom 04.04.2006

33 prall gefüllte Müllsäcke sind das Ergebnis einer fünfständigen Frühjahrsputz-Aktion von Studenten der Hochschulgruppe **RCDS** rund um den Wiso-Campus. Sie haben eingesammelt, was Schnee und Eis zugedeckt hatten: Flaschen, Papier, Zigarettenschachteln und sogar PC-Tastaturen.

Frühjahrsputz des RCDS

33 prall gefüllte Müllsäcke sind das Ergebnis einer fünfständigen Frühjahrsputz-Aktion von Studenten der Hochschulgruppe **RCDS** rund um den Wiso-Campus. Sie haben eingesammelt, was Schnee und Eis zugedeckt hatten: Flaschen, Papier, Zigarettenschachteln und sogar PC-Tastaturen.

(08.03.2006 Kurt Höller) Main-Post

Daniel Schubert beim RCDS im Amt bestätigt

Hochschul-Notizen

Daniel Schubert beim RCDS im Amt bestätigt

Der 20-jährige Daniel Schubert wurde in der Mitgliederversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in seinem Amt bestätigt. Der gebürtige Würzburger, der auch im Studentischen Konvent der Uni sitzt, studiert BWL im dritten Semester. „Das Wintersemester 2005/06 war ein erfolgreiches Semester für uns“, erklärte Schubert. „Durch die Gründung von Arbeitskreisen ist unsere Hochschulgruppe nun für das nächste Semester gut aufgestellt.“ Stellvertreter Schuberts ist der 21-jährige Jurastudent Martin Schröder. Das Team vervollkommen der Geschäftsführer Sebastian Kins, der Kassenwart Karl-Heinz Neder und die Beisitzer Johannes Beck, Sophie Bellefontaine, Michaela Hiebel, Philippe Gruhl, Caroline Müller, sowie Clemens Pompey. Der RCDS will laut einer Mitteilung darauf achten, „dass Studiengebühren bei den Studenten in der Lehre ankommen und nicht finanzielle Mittel zu Lasten der Lehre umverteilt werden.“ Weitere Ziele: die Verlängerung der Bibliotheks-Öffnungszeiten und der Erhalt der politischen Wissenschaft am Standort Würzburg.

Der RCDS im Internet:
www.rcds-wuerzburg.de

Neller will gegen Raumnot der Universität ankämpfen

(06.03.2006 Kurt Höller) Fränkischer Tag

Neller will gegen Raumnot der Universität ankämpfen

Bamberg - Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Jungen Union (JU) und des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) erläuterte OB-Kandidat Peter Neller seine Vorstellungen von der künftigen Entwicklung der Universität Bamberg.

Vor allem der aus einer 300%igen Überbelegung resultierenden Raumnot will Peter Neller dabei begegnen. Neben dem Erba-Gelände in Gaustadt sieht er vor allem das Areal des derzeitigen Hallenbades als möglichen Standort der Universität. Wie der FT berichtete, hat sich Neller mit diesem Anliegen auch bereits an Vize-Ministerpräsident Beckstein gewandt. „Mir wäre es lieber, das Grundstück des Hallenbades für wichtige Bildungsaufgaben zu nutzen, als dort eine wohl defizitäre

Kunsthalle zu errichten“, so Neller.

Am Rande der Veranstaltung zeigten sich die Vorsitzenden von JU und RCDS, Christian Kübrich und Stephan Rabl, erfreut darüber, dass mittlerweile auch die Liberale Hochschulgruppe das Anliegen von JU und RCDS nach einer direkten Busverbindung der beiden bestehenden Universitätsstandorte und einem erweiterten Angebot an Nachtlinien befürwortet. Bereits zur Einführung des Semestertickets hatten JU und RCDS dafür plädiert.

Gerade im Punkt der Nachtlinien will Neller nach Möglichkeiten suchen, eine Verbesserung herbeizuführen. Da die Studenten in Bamberg auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor seien, müsse die Stadt auch auf deren Bedürfnisse achten.

Haase verlangt mehr Freiheit

(21.01.2006 Kurt Höller) MAINPOST

Uni-Präsident und Studenten bereiten sich auf das neue Hochschulgesetz vor

Würzburg Mit dem Freistaat handelt er derzeit die Zielvereinbarungen für die Würzburger Universität aus, öffentlich fordert er für die Hochschulen mehr Freiheit: Präsident Professor Axel Haase wird nicht müde, die überbordende Bürokratie in den Hochschulen zu beklagen.

"Mehr Zeit zu haben für die Forschung und weniger für die Strukturplanung"- wenn es nach dem Würzburger Uni-Präsidenten geht, sollen die Wissenschaftler an den Universitäten tun, was sie am besten können: forschen und lehren. "Erst kommt die Wissenschaft, und dann ergeben sich die Strukturen oder notwendigen Veränderungen", lautet Haases Plädoyer für autonome Hochschulen. Gefahren für die Freiheit drohten dabei weniger durch inhaltliche oder fachliche Vorgaben oder gar Zensur: Zeitmangel bremst die Wissenschaftler aus. Die Professoren müssten immer mehr dokumentieren, sich immer öfter rechtfertigen, Mehrjahrespläne schreiben, Normen einhalten: "Freiheit wird heute in erster Linie eingeschränkt durch die zunehmende Reduzierung von frei verfügbarer Zeit", beklagte Haase jüngst bei einer Festveranstaltung in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München. Am Donnerstag wiederholte der Präsident seine Forderung, die Wissenschaftler von Bürokratie zu entlasten - und ihnen freie Hand zu lassen. Der Studentische Konvent hatte zu einer Podiumsdiskussion zum neuen Bayerischen Hochschulgesetz geladen, das - stimmt der Landtag zu - zum 1. Juni in Kraft tritt. Künftig soll es an den bayerischen Universitäten einen Hochschulrat geben, paritätisch besetzt mit acht Externen und acht Hochschulangehörigen. Dieses neue, mächtige Gremium wählt unter anderem den Präsidenten und den Kanzler und wird über Studiengänge entscheiden. Der Senat - bislang das zentrale Organ der Hochschulen - wird von 16 auf acht Köpfe deutlich verkleinert und verliert Befugnisse. Es sei müßig darüber zu diskutieren, wie die Gremien aussehen, sagt Haase: "Mit der neuen Grundordnung kann man Konstruktionsfehler durchaus korrigieren und bewährte Strukturen ins neue Modell retten." Christian Stock vom Sprecherrat hält es für "gewagt, den Hochschulrat mit so vielen Externen zu besetzen". Sorge bereitet ihm wie vielen Sprecherratskollegen, dass die Studenten künftig nur noch einen Vertreter in den Senat senden können. "Wir brauchen mehr studentische Mitbestimmung", findet auch Simone Tolle, Landtagsabgeordnete der Grünen. Thomas Goger, der Landesvorsitzende der Jusos, sieht die Studenten gar "entmündigt". **Kurt Höller**, der Landesvorsitzende des **RCDS**, sieht die Studenten weniger im Senat als bei Professoren-Berufungen im Abseits: Die bislang vorgeschriebene pädagogische Stellungnahme der Studierenden zu einem Bewerber sieht das neue Hochschulgesetz nämlich nicht mehr vor. Auch Karsten Klein, der stellvertretende FDP-Bezirksvorsitzende, stört sich weniger am einsamen "Super-Studenten", er kritisiert die "Fremdsteuerung, die im Hochschulrat verankert ist": "Ich finde in diesem Gesetzesentwurf keine tatsächliche Autonomie." Haase setzt auf die "Experimentierklausel", die den Hochschulen bei allen Vorgaben von außen ein wenig Gestaltungsfreiheit lässt: "Die wird sicher genutzt werden, um sinnvolle Gremien unter den neuen Bedingungen weiterzuführen."

Hochschul-Notizen

(18.01.2006 Kurt Höller) MAINPOST

Für alle Studierenden für das Lehramt an den Gymnasien findet in Hörsaal 4 des Philosophiezentrum am Hubland am Donnerstag, 19. Januar, um 17 Uhr eine Informationsveranstaltung des Bayerischen Philologenverbandes zum Referendariat statt. Es sprechen Heiner Ratsch, Bezirksvorsitzender, Walter Bertl, Hauptpersonalrat und Vorstandsmitglied des Verbandes, und Sebastian Frank, Bayerische Referendarvertretung. Ein Statement zur Gymnasialpädagogik steuert Prof. Dr. Dorit Bosse bei. Der Studentische Konvent der Uni lädt zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema "Sinnvolles Zukunftskonzept oder leere Versprechungen? - Das neue Bayerische Hochschulgesetz" ein. Über die Vor- und Nachteile des Gesetzesentwurfs diskutieren Prof. Dr. Axel Haase (Präsident der Universität Würzburg), Thomas Goger (Juso-Landesvorsitzender), Karsten Klein (stellvertretender Bezirksvorsitzender der FDP), Simone Tolle (MdL, Bündnis 90/Die Grünen), **Kurt Höller** (Landesvorsitzender **RCDS Bayern**), Christian Stock (Sprecherrat der Universität Würzburg). Die Podiumsdiskussion findet am Donnerstag, 19. Januar, im Audimax der Neuen Universität am Sanderring statt. Beginn ist um 19.30 Uhr.

AKTION DER WOCHE: Unterstützungs-Website

(10.12.2005 Kurt Höller)

Auf ungewöhnliche Art unterstützt die Jungen Union München-Solln Ministerpräsident Edmund Stoiber. Mit der Internetseite www.stoiber-tut-gut.de wollen die Nachwuchspolitiker dem **CSU**-Chef Rückenwind geben. Schon in den ersten fünf Tagen haben mehr als 1600 Interessenten die Unterstützerseite aufgerufen.

„Dieser Erfolg hat selbst unsere Erwartungen noch weit übertroffen“, meint Philipp Paulus, Vorsitzender der **JU** München-Solln. „Viele wollen Ministerpräsident Stoiber den Rücken stärken.“ Der enorme Zuspruch spreche für sich. Besonders viele junge Menschen würden an der Aktion teilnehmen, melden die Münchner. „Ob Parteigänger oder nicht – im von Stoiber durchgesetzten ausgeglichenen Haushalt erkennen sie verwirklichte Generationengerechtigkeit“, so der Sollner **JU**-Vize Tassilo Wanner. Die Zustimmung reiche vom **JU** Bezirksverband Oberfranken bis zum Kreisverband Bad Tölz - Wolfratshausen quer durch **Bayern**. Die Junge Union **Bayern** hat die Aktion auf ihrer Homepage verlinkt. Auch die Landesverbände von Schülerunion (SU) und **RCDS** haben sich der Aktion angeschlossen.

Bewertung von Professoren

(01.10.2005 Kurt Höller) Bayernkurier

München – Eine „wirksame Beurteilung der Professoren an Hochschulen“ fordert der Ring Christlich-Demokratischer Studenten. Laut **RCDS**-Chef **Kurt Höller** kommt das Evaluation der Lehre im neuen Hochschulgesetz „deutlich zu kurz“. Eine Bewertung ohne Veröffentlichung mache keinen Sinn. Vielmehr müsse Evaluation auch finanzielle Konsequenzen haben.

Im Gespräch von 50 **RCDS**-Mitgliedern mit Wissenschaftsminister Thomas Goppel lobte **Höller**, die vom Freistaat eingeführte „W-Besoldung“ sei ein Schritt in die richtige Richtung.

Zu Gast bei der traditionellen Tagung, die stets zur Wiesn-Zeit stattfindet, war auch Christoph Marx, der österreichische Vorsitzende der Partner-Arbeitsgemeinschaft, sowie der Vize-Präsident der Europäischen Dachorganisation, Dieter Haas.

RCDS ist mit neuem Gesetz sehr zufrieden

(13.08.2005 Kurt Höller)

München – **Bayerns RCDS** zeigt sich mit dem neuen Hochschulgesetz „sehr zufrieden“. „Dadurch wird **Bayern** in der Lage sein, auch in Zukunft seine Spitzenposition zu verteidigen“, so **RCDS**-Landeschef **Kurt Höller**.

„Wir hätten uns zwar ein schlankeres Gesetz gewünscht, finden das Resultat aber sehr innovativ“, erklärte **Höller**. Der **RCDS** werde versuchen, die Möglichkeiten der Bewertung weiter zu stärken. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist der einzige Studentenverband, der die Einführung von fairen Studienbeiträgen unterstützt hat. Diese werden nun im neuen Hochschulgesetz ermöglicht.

„Mit Studiengebühren schaffen wir endlich das gewünschte Anbieter-Kundenverhältnis und damit auch größeren Wettbewerb zwischen den Hochschulen“, so **Höller**.

Kurt Höller bleibt RCDS-Chef

(29.07.2005 Presselounge des RCDS in Bayern e.V. - Melanie Schübel)

Metten (dz). Mit überwältigender Mehrheit wurde der Landesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten **Kurt Höller** im Amt bestätigt. Die Landesdelegiertenversammlung wählte den Altmettener mit über 93 Prozent der Stimmen für ein weiteres Jahr zum Vorsitzenden. Wissenschaftsminister Thomas Goppel (L.) sprach sich in einer Diskussionsrunde mit den Studentenvertretern dafür aus, die Autonomie der bayerischen Hochschulen weiter zu stärken sowie Überregulierung durch das neue Hochschulrahmengesetz zu vermeiden.

(Foto: **RCDS**)

Kurt Höller bleibt RCDS-Chef



Metten (dz). Mit überwältigender Mehrheit wurde der Landesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten **Kurt Höller** im Amt bestätigt. Die Landesdelegiertenversammlung wählte den Altmettener mit über 93 Prozent der Stimmen für ein weiteres Jahr zum Vorsitzenden. Wissenschaftsminister **Thomas Goppel** (l.) sprach sich in einer Diskussionsrunde mit den Studentenvertretern dafür aus, die Autonomie der bayerischen Hochschulen weiter zu stärken sowie Überregulierung durch das neue Hochschulrahmengesetz zu vermeiden. (Foto: RCDS)

Pressespiegel, PNP Regionalteil Deggendorf Mai 2005

Politik, wir kommen!

(19.06.2005 Melanie Schübel) Im September wählt Deutschland voraussichtlich eine neue Bundesregierung - und viele junge Menschen treten jetzt in Parteien ein

Von Bernhard Kellner

Nichts wie ab in die Politik - das ist die neue, überraschende Devise vieler junger Menschen! Seit klar ist, dass am 18. September ein neuer Bundestag gewählt werden soll, treten verstärkt junge Leute in die Parteien ein. Motto: Politik, wir kommen! Sogar die krisengeschüttelte SPD meldet: Von den 1325 neuen Mitgliedern sind 729 jünger als 35. Ähnlich ist es bei der **CSU**. Seit der Neuwahlankündigung des Kanzlers am 22. Mai beantragten 400 Bürger ein **CSU**-Parteibuch, 150 davon sind unter 30. Auch CDU, Grüne, FDP und PDS surfen auf der Jugendwelle. BamS befragte die neuen Parteimitglieder, warum sie sich zum Eintritt entschlossen haben.

Melanie Schübel (24)

Studentin aus **Erlangen, CSU**:

„Ich will, dass die Chancen für junge Menschen wieder besser werden. Deshalb bin ich in die **CSU** eingetreten. Die denken auch an die Zukunft der jungen Leute, etwa in der Hochschul- und Bildungspolitik.“

Frederik M. Blachetta (18) und Sören Priebe (19)

Beide Schüler in Berlin, **SPD**:

Politik bestimmt die Spielregeln unserer Gesellschaft. Wir wollen diese Regeln mitgestalten. Die **SPD** vertritt die wichtigsten Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Reformen Gerhard Schröders sorgen dafür, dass diese Grundwerte erhalten bleiben können.“

Gesine Liebeknecht (19)

Abiturientin aus Dresden, Grüne:

„Ich bin schon länger bei der Grünen Jugend dabei. Jetzt bin ich in die Partei eingetreten, weil ich Joschka Fischer und die anderen unterstützen will. Die Grünen sind eine Partei mit Visionen. Dort kann ich mich aktiv für Veränderungen einsetzen.“

Oliver Handschuck (35)

Unternehmensberater aus Berlin, CDU:

„Das ist jetzt wie die Wende in eine neue Zeit – bei diesem Aufbruch möchte ich mit dabei sein. Unser Land ist in einem beklagenswerten Zustand. Ich möchte mithelfen, es wirtschaftlich wieder nach vorn zu bringen. Das geht nur mit der CDU.“

Pia Patricia Weyers (25) und Mario Windisch (30)

Studentin und Medienkaufmann aus Berlin, FDP:

„Meckern hilft nicht. Wenn sich etwas ändern soll, muß man sich aktiv einsetzen. Wir haben Freunde in der FDP. Zusammen mit ihnen wollen wir unser Land wieder an die Spitze bringen.“



Pressespiegel, Bild am Sonntag 19.06.2005

Wahlkampfteam der Jungen Union

(16.06.2005 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Winzer (dz). Der Kreisverband der Jungen Union unterstützt die Wiederwahl von MdB Barthl Kalb mit Wort und Tat: Für den Wahlkampf hat die Jugendorganisation der **CSU** ein Team mit 20 Mitgliedern unter der Führung des Kreisvorsitzenden Christian Moser zusammengestellt. Damit will die Junge Union zu einem glänzenden Ergebnis beitragen. Geplant ist unter anderem eine Postkartenaktion. Thematisch will sich der **JU**-Vorstand vor allem mit Fragen der neuen Enquete im Bayerischen Landtag "Jungsein in **Bayern** - Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen" auseinandersetzen. Unter anderem wird dazu eine Klausurtagung stattfinden. Bei der Sitzung am Freitag nahm der Vorstand als Mitglieder ohne Stimmrecht Landtagsabgeordneten Bernd Sibler, **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller**, Thomas Lang, Roland Kufner, Korbinian Breit und Roland Mitterbauer auf.

Zwei weitere Altmettener in der RCDS-Vorstandschaft

(06.06.2005 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

Cordula Spitzer und Stephan Rabl neu im Gremium

Metten (lam). **Kurt Höller**, Altmettener und **Landesvorsitzender** im Ring Christlich-Demokratischer Studenten, erhält Unterstützung aus Reihen seiner alten Schule. Neu in der **RCDS**-Landesvorstandschaft sind Cordula Spitzer, Abisprecherin des letzten Jahres und nunmehr Jurastudentin in Bayreuth, sowie Stephan Rabl, früherer Kollegstufensprecher und inzwischen angehender Politologe. Beide sind in der programmatischen Arbeit in dem Studentenverband federführend. Ganz oben auf der Agenda steht natürlich die Debatte um die Studiengebühren: Sozialverträglich sollen sie sein, und vor allem den einzelnen Fakultäten zu Gute kommen. Weiterer Themenschwerpunkt ist das neue Hochschulgesetz: „Wir müssen dafür sorgen, dass nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Bildung im Bundestagswahlkampf zum Thema wird“, hat sich **Höller** vorgenommen.

Zwei weitere Altmettener in der RCDS-Vorstandschaft

Cordula Spitzer und Stephan Rabl neu im Gremium

Metten (lam). Kurt Höller, Altmettener und Landesvorsitzender im Ring Christlich-Demokratischer Studenten, erhält Unterstützung aus Reihen seiner alten Schule. Neu in der RCDS-Landesvorstandschaft sind Cordula Spitzer, Abisprecherin des letzten Jahres und nunmehr Jurastudentin in Bayreuth, sowie Stephan Rabl, früherer Kollegstufensprecher und inzwischen angehender Politologe. Beide sind in der programmatischen Arbeit in dem Studentenverband federführend. Ganz oben auf der Agenda steht natürlich die Debatte um die Studiengebühren: Sozial verträglich sollen sie sein, und vor allem den einzelnen Fakultäten zu Gute kommen. Weiterer Themen-



Cordula Spitzer und Kurt Höller vom RCDS. (Foto: Lampelsdorfer)

schwerpunkt ist das neue Hochschulgesetz: „Wir müssen dafür sorgen, dass nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Bildung im Bundestagswahlkampf zum Thema wird“, hat sich Höller vorgenommen.

Pressespiegel, PNP Lokalteil Deggendorf

Profil durch Autonomie

(16.04.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

RCDS Bayern will mehr Rechte für Unis

München – Auf offene Ohren stoßen die Empfehlungen der Mittelstraß-Kommission bei der Studentenvertretung des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) **Bayern**. „Mit diesem Bericht wird nicht nur ein Beweis für die Leistungsfähigkeit des bayerischen Hochschul- und Wissenschaftsraumes gegeben, sondern auch auf das gewaltige Entwicklungspotential hingewiesen, das in den Hochschulen des Freistaats steckt“, freut sich der Landesvorsitzende **Kurt Höller**.

In den Empfehlungen der Experten-Kommission würden sich „wesentliche Forderungen unseres Verbandes“ widerspiegeln, so etwa die bayerischen Universitäten stärker zu profilieren. Dazu sollte nach Meinung des **RCDS in Bayern** die Autonomie der Hochschulen gestärkt werden. Hier seien nicht nur die Politiker, sondern auch die Hochschulen selbst gefordert, entsprechende, bereits bestehende, Möglichkeiten zu nutzen, meint **Höller**. „Dies muss sich insbesondere in einer verstärkten Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen selbst zeigen – was der **RCDS** im Übrigen schon seit geraumer Zeit fordert.“

Die Hochschulen sollten auch in einem gewissen Rahmen die Studiengebühren selbst gestalten können. **Höller**: „Nur so kann ein gesunder Wettbewerb zwischen den bayerischen Hochschulen entstehen. Ähnlich wie in der Sozialen Marktwirtschaft soll der Staat freien Wettbewerb zulassen, aber dennoch eine soziale Ausgestaltung der Studienbeiträge sicherstellen.“



Pressespiegel, BK 16.04.05

Wenn Geld den Unis bleibt

(16.04.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

Podiumsdiskussion über Studiengebühren

Erlangen. Studiengebühren in **Bayern**? Wird jedem Schüler die Möglichkeit eines Studiums erhalten bleiben? Jede Menge Zündstoff gab dieses Thema einer Podiumsdiskussion mit Rektor Prof. Karl-Dieter Gröske und Landtagsabgeordnetem Joachim Herrmann. Schüler, Studenten und Dozenten tauschten ihre Meinungen mit dem Rektor der Friedrich-Alexander-Universität aus. Als Betroffene äußerten sich **Kurt Höller**, Vorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**), sowie Benedikt Forschner, Vorsitzender der Schüler-Union.

Einig war man sich, dass die Studiengebühren ein wichtiges Instrument seien, um den Wettbewerb und die Qualität der Hochschulangebote zu verbessern.

Gastgeberin Birgitt Aßmus, Vorsitzende des **CSU**-Kreisverbandes **Erlangen**-Stadt, eröffnete die Podiumsdiskussion mit der Frage nach den Risiken und Chancen der Studiengebühren. Sie forderte, dass kein leistungsfähiger Mensch durch Studiengebühren vom Studium abgehalten werden dürfe. Zu ihren Eckpunkten zählten deshalb eine moderate Höhe der Gebühren und deren Sozialverträglichkeit. Nach dem Motto „Was man nicht

bezahlt, ist nichts wert" sieht Gröske mit der Einführung eine Qualitätssteigerung des Lehrangebots der Hochschulen. Das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung werde dadurch verbessert, so der Professor. Er zog einen Vergleich zu Universitäten in den USA, die bereits über die Studenten finanziert werden. Dort hätten die Hochschulen ganz andere Möglichkeiten, die Studenten zu betreuen.

Studiengebühren über Kredite bezahlen

Der Meinung „Nur die Reichen können studieren“ begegnete er mit dem Argument, dass es keine „armen Studenten“ gebe, sondern lediglich Eltern, die weniger verdienen als andere. Er erwähnte die Möglichkeit von Krediten oder Studiendarlehen. Der Student könne diese zur Deckung der kompletten Kosten eines Studiums aufnehmen und als fertiger Akademiker problemlos zurückzahlen.

Auch der Kritik, dass der Staat die Hand aufhalte und die Gelder einziehen werde, um Haushaltslöcher zu stopfen, entzog er den Boden. Er verwies auf einen Vertrag mit der bayerischen Staatsregierung. Dieser garantiere bis 2008, dass das Geld vollständig den Unis zugute komme.

Diesem Argument schloss sich **Kurt Höller** an. Er hielt einen Betrag von 100 bis 500 Euro als Obergrenze pro Semester für annehmbar, besonders wenn dieser in Lehrmittel investiert würde und nicht nur in die Forschung.

Benedikt Forscher ist in unmittelbarer Zukunft von der Einführung der Gebühren betroffen. Zu Beginn hatte auch er Sorge, die Beiträge würden zu hoch, er könnte die Kosten später nicht aufbringen oder sich nicht genug auf das Studium konzentrieren, weil er jobben müsse.

Doch dann stellte er die Gegenfrage, ob eine Universität, die dem internationalen Wettbewerb nicht Stand halten könne, nicht ebenso vom Studium abhalten würde. Er dachte dabei an überfüllte Hörsäle und die schlechte Ausstattung der Bibliotheken. „Die Studiengebühren werden kommen, sollen jedoch durchdacht kommen“, so der angehende Student.

Zuversicht verbreitete Herrmann mit seinem Bericht über die Pläne des Landtags. So erwähnte er einen „Pakt“ mit den bayerischen Hochschulen. Dieser sieht sowohl in der jetzigen als auch der nächsten Legislaturperiode eine Erhöhung der Ausgaben für Bildung vor.

Er betonte auch, dass den Hochschulen mehr Freiheit gegeben werden müsse – im Sinne des Wettbewerbs. So bleibe es den Hochschulen selbst überlassen, die Höhe der Gebühren innerhalb des Rahmens zu bestimmen. Ebenso wird sich der Landtag nicht einmischen, ob die jeweilige Hochschule Pauschalen verlange oder je nach Studiengang unterschiedliche Beiträge erhebe.

cbg

77, 13.4.05, S. 34

Wenn Geld den Unis bleibt

Podiumsdiskussion über Studiengebühren

ERLANGEN. Studiengebühren in Bayern? Wird jedem Schüler die Möglichkeit eines Studiums erhalten bleiben? Jede Menge Zündstoff gab dieses Thema einer Podiumsdiskussion mit Rektor Prof. Karl-Dieter Gröske und Landtagsabgeordneten Joachim Herrmann.

Schüler, Studenten und Dozenten tauschten ihre Meinungen mit dem Rektor der Friedrich-Alexander-Universität aus. Als Betroffene äußerten sich Kurt Höller, Vorsitzender des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), sowie Benedikt Forscher, Vorsitzender der Schüler-Union.

Einig war man sich, dass die Studiengebühren ein wichtiges Instrument seien, um den Wettbewerb und die Qualität der Hochschulangebote zu verbessern.

Gastgeberin Birgit Altmus, Vorsitzende des CSU-Kreisverbands Erlangen-Stadt, eröffnete die Podiumsdiskussion mit der Frage nach den Risiken und Chancen der Studiengebühren. Sie forderte, dass kein leistungsfähiger Mensch durch Studiengebühren vom Studium abgehalten werden dürfe. Zu ihren Eckpunkten zählten deshalb eine moderate Höhe der Gebühren und deren Sozialverträglichkeit. Nach dem Motto „Was man nicht bezahlt, ist nichts wert“ sieht Gröske mit der Einführung eine Qualitätssteigerung des Lehrangebots der Hochschulen. Das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung werde dadurch verbessert, so der Professor. Er zog einen Vergleich zu Universitäten in den USA, die bereits über die Studenten finanziert werden. Dort hätten die Hochschulen ganz andere Möglichkeiten, die Studenten zu betreuen.

Studiengebühren über Kredit bezahlen

Der Meinung „Nur die Reichen können studieren“ begegnete er mit dem Argument, dass es keine „armen Studenten“ gebe, sondern lediglich Eltern, die weniger verdienen als andere. Er erwähnte die Möglichkeit von Krediten oder Studiendarlehen. Der Student könnte diese zur Deckung der kompletten Kosten eines Studiums aufnehmen und als fertiger Akademiker problemlos zurückzahlen.

Auch der Kritik, dass der Staat die Hand aufhalte und die Gelder einziehen werde, um Haushaltslöcher zu stopfen, entzog er den Boden. Er verwies auf einen Vertrag mit der bayerischen Staatsregierung. Dieser garantiere bis 2008, dass das Geld vollständig den Unis zugute komme.

Diesem Argument schloss sich Kurt Höller an. Er hielt einen Betrag von 100 bis 500 Euro als Obergrenze pro Semester für annehmbar, besonders wenn dieser in Lehrmittel investiert würde und nicht nur in die Forschung.

Benedikt Forscher ist in unmittelbarer Zukunft von der Erhebung der Gebühren betroffen. Zu Beginn hatte auch er Sorge, die Beiträge würden zu hoch, er könnte die Kosten später nicht aufbringen oder sich nicht genug auf das Studium konzentrieren, weil er jobben müsse.

Doch dann stellte er die Gegenfrage, ob eine Universität, die dem internationalen Wettbewerb nicht Stand halten könne, nicht ebenso vom Studium abhalten würde. Er dachte dabei an überfüllte Hörsäle und die schlechte Ausstattung der Bibliotheken. „Die Studiengebühren werden kommen, sollen jedoch durchdacht kommen“, so der angehende Student.

Zuversicht verbreitete Herrmann mit seinem Bericht über die Pläne des Landtags. So erwähnte er einen „Pakt“ mit den bayerischen Hochschulen. Dieser sieht sowohl in der jetzigen als auch der nächsten Legislaturperiode eine Erhöhung der Ausgaben für Bildung vor.

Er betonte auch, dass den Hochschulen mehr Freiheit gewährt werden müsse – im Sinne des Wettbewerbs. So bleibe es den Hochschulen selbst überlassen, die Höhe der Gebühren innerhalb des Rahmens zu bestimmen. Ebenso wird sich der Landtag nicht einmischen, ob die jeweilige Hochschule Pauschalen verlange oder je nach Studiengang unterschiedliche Beiträge erhebe.

cbg

Pressespiegel, FT 13.4.05

Keine Mitsprache für Studenten

(12.04.2005 Kurt Höller) Münchner Merkur

AStA sauer: Wir wurden gar nicht gefragt - Geteiltes Echo auf Mittelstraß-Kommission

Auf geteiltes Echo stößt der Bericht der Mittelstraß-Kommission zur Zukunft des "Wissenschaftslandes **Bayern**" bei den Münchner Studenten. Der AStA der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) kritisiert unter anderem das "undurchsichtige Zustandekommen" des Experten-Berichts. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) nimmt die Empfehlungen "erfreut" auf.

"Weder Studenten noch der wissenschaftliche Nachwuchs wurden zur Zukunft der Hochschulen befragt", sagt verärgert Daniel Fritsch, hochschulpolitischer Referent des LMU-AStA. "Dabei reden wir ja nicht über reine Forschungseinrichtungen."

Inhaltlich kann Fritsch den Mittelstraß-Vorschlägen gleichwohl Positives abgewinnen. "Es freut uns zum Beispiel, dass darin vorgeschlagen wird, kleine Fächer, die die LMU schließen wollte, zu erhalten", so Fritsch. Gerne verweist er auch auf die Aussage der Experten, Studiengebühren allein reichten zur finanziellen Besserstellung der Hochschulen nicht aus. "Das bestätigt unsere Vermutung, dass Gebühren die Studienbedingungen nicht wirklich verbessern können."

RCDS trägt Forderung nach mehr Autonomie mit

Der **RCDS** begrüßt vor allem die von der Kommission erhobenen Forderungen nach mehr Profilbildung und Hochschul-Autonomie. So fordert die **CSU**-nahe Studentengruppe zum Beispiel, dass die Hochschulen ihre Studenten verstärkt selbst auswählen und Studiengebühren nach eigenen Vorstellungen ausgestalten können.

Die von dem Konstanzer Philosophen Jürgen Mittelstraß geleitete Kommission hatte vergangene Woche Empfehlungen für eine umfassende Umgestaltung der bayerischen Hochschullandschaft vorgelegt.

Gefordert wird darin unter anderem:

Cluster-Bildung: Vor allem für München empfiehlt die Kommission eine stärkere Zusammenarbeit ortsansässiger Einrichtungen. Im Zentrum sollen exzellente Unis stehen, die mit FHs und beispielsweise Max-Planck-Instituten auf bestimmten Gebieten zusammenarbeiten.

In München soll es vier Campi geben: Lebenswissenschaften in Großhadern/Martinsried, technikorientierte Natur- und Ingenieurwissenschaften in Garching, Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in der Innenstadt und Agrar-, Umweltwissenschaften und Tiermedizin in Weihenstephan.

Medizin in München: Für die Zukunft wird die Bildung einer einzigen Medizinfakultät und eines Uni-Klinikums mit zwei Standorten (Großhadern und rechts der Isar) vorgeschlagen. Alle Grundlagenfächer der Medizin sollen in Großhadern/Martinsried zusammengeführt werden, wo auch ein biomedizinischer Campus mit eigenem Forschungsdekan empfohlen wird.

Fachhochschulen: Auch für die FHs schlägt die Kommission Konzentrationen, einschließlich der Streichung bestimmter Fächer an einzelnen Standorten vor. In Bauingenieurwesen und Architektur etwa sollte, gemäß der Arbeitsmarkt-Entwicklung, die Zahl der Studienplätze um 25 bzw. 40 Prozent reduziert werden. Studienangebote im Bereich Medien müssten ihr Profil schärfen.

NICOLAS A. ZEITLER

Frage nach Studiengebühren spaltet Studentenschaft

(16.03.2005 Melanie Schübel) Nürnberger Zeitung

Kurt Höller und Philipp Dees im NZ-Streitgespräch

Die Studenten sind gespalten, was die Einführung von Studiengebühren betrifft. Einerseits sollen sie dadurch bessere Studienbedingungen erhalten, andererseits werden die meisten mit Schulden ins Berufsleben starten. Philipp Dees (23), Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen **Bayern** und Magisterstudent an der Universität **Erlangen-Nürnberg**, diskutiert in einem Streitgespräch der NZ mit seinem Kommilitonen **Kurt Höller** (24), dem Landesvorsitzenden des **CSU**-nahen Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Bayern** und Studenten der Elektrotechnik.

NZ: Herr Dees, Studiengebühren in **Bayern** werden kaum zu verhindern sein. Warum versucht ihre Gruppe nicht, an der genauen Umsetzung mitzuwirken, sondern lehnt Gebühren nur strikt ab?

Dees: Ich glaube nicht, dass sie sich nicht mehr verhindern lassen. Das hat das Beispiel Lernmittelfreiheit deutlich gezeigt. Da hat sich die **CSU** auch noch mal bewegt. Das ist das eine. Zum anderen glaube ich schon, dass es wichtig ist, deutlich zu machen, dass wir Gebühren ablehnen: Wenn wir jetzt anfangen würden mitzuarbeiten an der Umsetzung, dann wäre ja die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, dass wir es eigentlich aufgegeben haben, Studiengebühren selber abzulehnen.

Höller: Ich glaube nicht, dass Ihr das noch verhindern könnt. Ich denke, dass sie nicht nur in **Bayern** nicht mehr zu verhindern sind. Ich denke, dass sie bundesweit nicht mehr zu verhindern sind. Die Bundesländer, die jetzt sagen, sie werden keine Studiengebühren einführen, werden in ein paar Jahren nachziehen müssen.

NZ: Seminarräume ohne Overheadprojektor, zu wenig Tutoren, schlechte Ausstattungen der Bibliotheken — viele Studenten wären bereit, Gebühren zu zahlen, um diese Zustände zu verbessern. Was spricht gegen Studiengebühren unter der Voraussetzung, dass diese in die Lehre fließen?

Dees: An diese Voraussetzung glaube ich nicht. Es geht außerdem ganz grundsätzlich um ein Gesellschaftsverständnis, dass Bildung nicht abhängen darf vom Geldbeutel der Eltern und dass es eben keine Ware ist, die man handeln kann. Es wird immer argumentiert, es wird künftig eine Ware, mit der man handeln kann. Und das ist eigentlich genau das, was wir nicht wollen, weil wir sagen, Bildung ist Menschenrecht. Und da muss auch jeder zugreifen können, unabhängig davon, was er verdient und was seine Eltern verdienen.

NZ: Ist Bildung eine Sache des Geldbeutels, Herr **Höller**?

Höller: Es ist keine Sache des Geldbeutels, und es wird auch keine Sache des Geldbeutels sein. Finanzschwächere werden über Stipendien studieren können. Davon gehe ich sehr schwer aus. Wir werden Lösungen finden, bei denen Kredite für alle da sind, egal, was die Eltern verdienen. Auch wenn die Eltern viel verdienen, werden die Kredite da sein. Aber auch wenn die Eltern wenig verdienen, werden die Kredite da sein. Von daher haben alle die gleiche Chance. Jeder kann einen Kredit aufnehmen und jeder kann ihn genau dann zurückzahlen, wenn er Geld verdient. Keiner wird ihn zurückzahlen müssen, wenn er noch nicht verdient. Und ich werde mich auch stark dafür einsetzen: Erst ab einem bestimmten Mindesteinkommen soll der Betrag zurückgezahlt werden.

Dees: Wenn man sich solche Modelle anschaut — Australien ist ja so ein Beispiel —, da ist es dann so: Da gibt's diesen Zugang zur Uni. Den kriegt man, wenn man bestimmte Leistungen bringt, unabhängig vom Einkommen. Es gibt aber auch die Möglichkeit, wenn man das nicht schafft, ihn zu kaufen. Da gibt's dann die Möglichkeit, wenn ich direkt zahle und nicht nachlaufend, dann kriege ich den Studienplatz. Oder umgekehrt, wenn ich den Kredit nach dem Studium sofort zurückzahle, kriege ich eine Ermäßigung drauf beziehungsweise ich zahle ja keine Zinsen. Dann ist es schon wieder eine Frage: Wer kein Geld hat, der muss halt Leistung bringen.

Höller: Zinsen sind ein wichtiger Punkt. Ich möchte, dass diese Kredite natürlich verzinst sind. Und zwar aus einem Grund: Wenn die Kredite nicht verzinst sind und trotzdem für jeden offen stehen, dann werden diejenigen, deren Eltern einen guten Steuerberater haben, den Kredit in Anspruch nehmen und anlegen und werden dann hinterher mehr Geld haben, als sie im Endeffekt vorher vom Staat bekommen haben. Und das ist was, was ich nicht einsehe. Ich möchte, dass es zu marktüblichen Preisen verzinst ist, damit kein Missbrauch entsteht, wenn jeder Zugriff auf den Kredit hat. Es ist aber natürlich damit auch klar: Wenn der Kredit früher zurückgezahlt wird, sind auch weniger Zinsen zu zahlen in marktüblichen Höhen.

Dees: Aber man hat den Effekt: Wer das Geld hat und den Kredit sofort zurückzahlen kann, der zahlt die Zinsen nicht.

NZ: Als Österreich Gebühren eingeführt hat, ist die Zahl der Studienanfänger zunächst rapide gesunken. Muss man nicht aufpassen, dass Gebühren nicht abschrecken?

Höller: Das ist unser Hauptproblem, dass eine Angst geschürt wird vor etwas, das überhaupt noch nicht schlimm ist. Da muss ich euch von den Jusos wirklich den Vorwurf machen, die Angst schürt ihr unberechtigtermaßen.

Dees: Österreich ist für zwei Punkte ein klassisches Beispiel. Das eine ist: In Österreich ist bis heute ganz deutlich die Zahl der Studierenden in den bildungsfernen Schichten um immer noch drei Prozentpunkte heruntergegangen. Das waren mal 13, sind jetzt zehn. Und das im übrigen, obwohl diese, die Studienbeihilfe bekommen, ausgenommen sind. Dass die Studierendenzahl wieder hochgegangen ist, liegt zum Teil daran, dass auch Österreich geburtenstarke Jahrgänge hat. Das zweite ist: Österreich zeigt auch, dass es bei Studiengebühren nicht zwangsläufig stehen bleibt. In Österreich gibt's derzeit auch eine Debatte, ob man nicht Schulgeld einführt. Also, das kann auch weitergehen.

NZ: Einige plädieren für Studiengebühren, weil man auch für einen Kindergartenplatz zahlen muss. Wäre dies dann nicht sogar ein Argument dafür, künftig für alle Bildungseinrichtungen Geld zu verlangen?

Dees: Die Argumentation lässt sich umdrehen: Man kann auch sagen, wenn die Hochschüler nichts zahlen, soll auch der Kindergartenplatz kostenfrei sein. Das ist ja auch Position der SPD, zumindest in **Bayern**. Das kostet Geld, aber das Geld kann man ja auch aufreiben.

Höller: Ihr fordert so viele Sachen und sagt immer: Das lässt sich locker finanzieren. Also, ich sehe das nicht so. Es lässt sich finanzieren, wenn man neue Schulden aufnimmt. Das mag sein. Aber da bin ich strikt dagegen. Ich finde den Sparkurs mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts erstklassig. Bei all den Modellen, die man neu entwirft, sollte man immer davon ausgehen: Wieviel Geld habe ich?

NZ: Stichwort ausgeglichener Haushalt. Muss das Geld eins zu eins an die Hochschulen gehen oder kann es wie bei den Verwaltungsgebühren auch im Staatssäckel verschwinden?

Höller: Ich bin sehr, sehr gegen die Verwaltungsgebühr. Die ist für mich ein Unding. Erstens ist es psychologisch tatsächlich ein großes Problem. Zweitens kriegt das Geld tatsächlich der Finanzminister. Ich habe auch immer wieder die Forderung aufgestellt, die Verwaltungsgebühr beim Einführen der Studiengebühr zurückzuführen. Das ist aber haushaltstechnisch sehr schwierig, weil die Verwaltungsgebühr fest eingeplant ist. Hier liege ich immer wieder mit dem Finanzminister im Streit. Was auch noch ein Problem ist: Der Innovationsfonds an sich ist eine gute Sache. Aber zehn Prozent der Studiengebühren an den Innovationsfonds abzuführen, ist nicht deckungsgleich mit dem Versprechen, dass die Studiengebühren zu 100 Prozent an den Hochschulen bleiben. Ein positiver Effekt der Studiengebühren ist der Wettbewerb, der entsteht: Die Hochschule, die bessere Bildung anbietet, kann auch mehr einnehmen.

NZ: Der **RCDS** in **Erlangen** hat sich ja in einem gemeinsamen Papier mit den Jusos gegen Studiengebühren ausgesprochen. Wie passt das Ganze zur jetzigen Position von Ihnen, Herr **Höller**?

Höller: Das muss man so sehen: Der **RCDS** in **Bayern** hat ein sehr subsidiäres Prinzip. Die Gruppen können im Endeffekt selber entscheiden, wir können ihnen nichts vorschreiben. Diese Entscheidung in **Erlangen** ist so zustande gekommen, dass die Jusos ein Papier eingebracht haben, das sehr, sehr ideologisch verfärbt war. Dann haben sich alle Gruppen zusammengesetzt und gesagt: So etwas wollen wir definitiv nicht einbringen. Wenn wir etwas einbringen wollen, dann ist es etwas, das sachliche Argumente hat. Hier hat dann der **RCDS Erlangen** gesagt: Wenn wir hier auf eine sachliche Ebene zurückkommen, können wir das Papier mittragen, obwohl es nicht unsere eigene Meinung ist. Das heißt, es ist kein originäres **RCDS**-Papier, sondern es ist ein Kompromiss-Papier.

NZ: Was plant die Juso-Hochschulgruppe, um ihr Nein zu untermauern?

Dees: Es gibt beispielsweise am Freitag in München noch eine Demonstration. Es gibt eine ganze Reihe an Planungen, auch in **Erlangen**, was man gegen Studiengebühren unternehmen kann. Die Demo in **Erlangen** ist

für den 28. April angemeldet. Neben Kundgebungen planen wir Diskussionsrunden. Aber die große Auseinandersetzung geht ja erst los, wenn die **CSU** ein Konzept vorlegt. Momentan diskutieren wir im luftleeren Raum. Da ist es auch schwer, einem Studierenden zu sagen, welche Folgen Studiengebühren für ihn haben werden.

NZ: Hochschulen sind unterfinanziert. Welche anderen Möglichkeiten als Gebühren gibt es, diesen Mischstand zu beseitigen?

Dees: Es ist zum einen natürlich eine Frage der Prioritätensetzung, wobei dies nicht nur die Hochschulen betrifft. Das betrifft das Bildungswesen insgesamt. Man muss schon schauen, wo man im Haushalt Prioritäten setzt. Wenn man sich den Transrapid anschaut, den München ja für eine Milliarde finanzieren kann. Das andere ist: Wir diskutieren gerade einmal wieder über die Senkung von Unternehmenssteuern. Dann stehen wir alle wieder in einem Jahr da und haben kein Geld mehr. Kurzum: Man braucht mehr Geld im Bildungswesen. Wir brauchen, da sind wir uns ja alle einig, in Deutschland mehr Akademiker. Und da wirken Studiengebühren einfach kontraproduktiv.

Höller: Ich möchte noch mal auf Deinen Transrapid eingehen. Ich bin selber angehender Ingenieur. Wenn man eine Technik ins Ausland verkaufen möchte, dann muss man diese Technik auch selber einsetzen. Es geht darum zu zeigen, was die deutsche Forschung kann.

NZ: Befürworter von Gebühren argumentieren oft, diese führten zu kürzeren Studienzeiten.

Dees: Das ist falsch. Schon jetzt achten Studenten oder Eltern, die nicht reich sind, darauf, dass sie zügig studieren. Bafög ist beispielsweise an die Regelstudienzeit gekoppelt. Die Leute, die es sich leisten können, rumzutödeln, können es sich aber auch mit Studiengebühren leisten. Gebühren treffen dann nur die, die sowieso schon schnell studieren müssen.

NZ: Bummeln nur Reiche?

Höller: Ich glaube, Leute aus allen Einkommenschichten trödeln.

NZ: Im Rahmen von Studiengebühren sollen Bildungskredite eingeführt werden. Damit sollen auch die Lebenshaltungskosten beglichen werden können. Ist dies nicht ein Fortschritt.

Dees: Es gibt keinen Zusammenhang zu Studiengebühren. Man kann das Ganze auch machen, ohne Studiengebühren einzuführen.

Höller: Du hast aber den Zusammenhang auf verdrehtem Weg wieder hergestellt: Wenn man Gebühren mit Kredit ermöglicht und Lebenshaltungskosten mitfinanziert, sehe ich nicht, warum jemand aus einkommensschwächeren Familien nicht mehr studieren können soll.

Moderation: Markus Kaiser



Pressepiegel, NZ 16.03.05

Kampagne
(29.01.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

JU für Gebühren

München – Mit einer bayernweiten Kampagne werben die Junge Union und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) für die Einführung von Studienbeiträgen. „Das Urteil aus Karlsruhe eröffnet unseren Hochschulen neue Perspektiven für eine bessere Lehre und Betreuung der Studierenden“, so JU-Chef Manfred Weber. Er betonte, die Einführung von „fairen Studiengebühren“ sei den Studentinnen und Studenten dann zu vermitteln, wenn grundlegende Bedingungen eingehalten würden: So müssten die Gebühren in voller Höhe an den jeweiligen Hochschulen bleiben. Außerdem dürften die Beiträge ausschließlich für die Verbesserung der Lehre und der Betreuung der Studenten eingesetzt werden und nicht in die Ausstattung der Hochschulen oder den Bau von Hochschuleinrichtungen fließen. „Dafür muss auch in Zukunft der Staat in voller Höhe aufkommen.“ Überdies fordert die Junge Union, dass über die Verwendung der Gebühren Rechenschaft abgelegt wird. Außerdem sollten die Gebühren erst mit dem Eintritt ins Berufsleben erhoben werden.

www.bessere-hochschulen.de



Pressepiegel, Bayernkurier 29.1.05

Goppel: "Es ist Mode geworden, uns krank zu reden"

(24.01.2005 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Wissenschaftsminister nimmt bei Neujahrsempfang der Deggendorfer CSU im Kolpingsaal Stellung zu Studiengebühren und PISA-Studie

Deggendorf (lam). Mit einem Plädoyer für Studiengebühren, einem Aufruf zu mehr Selbstverantwortung der Hochschulen und einem dicken Lob für die Arbeit der Deggendorfer FH erntete Wissenschaftsminister Thomas Goppel viel Applaus beim Neujahrsempfang der Deggendorfer CSU im Kolpingsaal.

Locker, pointiert, in völlig freier Rede, schreckte der Minister gestern auch vor heißen Themen wie PISA-Studie und Studiengebühren nicht zurück. Die PISA-Studie, die Deutschland enormen Nachholbedarf im Bereich Bildung bescheinigte, sei missbraucht worden, um **Bayern** "ideologisch ein paar Tritte zu verpassen". Wer den Erfolg nur an der Zahl der Abiturienten messe, verkenne beispielsweise die Vorzüge des dualen Bildungssystems und die "exzellenten Meisterbriefe", die in aller Welt einen guten Namen hätten. "Es ist Mode geworden, uns krank zu reden", so Goppel - und dann brauche man sich nicht zu wundern, wenn man sich auch krank fühlt. Natürlich müsse sich aber auch ein Gesunder anstrengen, um gesund zu bleiben.

Wie kann man die Zahl der Studenten von knapp 30 auf 40 Prozent steigern und dann auch noch dafür sorgen, dass ein großer Teil "bei Prof. Höpfl landet" - also einen FH-Abschluss anstrebt? Goppel setzt hier zum einen auf die neuen internationalen Abschlüsse Bachelor und Master - der eine knapp unter dem Dipl.Ing., der andere höherwertiger. Universitäten und Fachhochschulen bräuchten aber auch mehr Spielraum für eigenständige Entscheidungen: "Es ist wichtig, dass sich ein Wirtschaftsraum Leute vor Ort holen kann, die dann auch bleiben". Schneller als bisher müssten die Hochschulen allerdings auf Veränderungen reagieren, laufende Studiengänge müssten daher immer wieder überprüft werden.

Ein großes Thema: die Studiengebühren. Die Grundausrüstung aus dem Wissenschaftsministerium ergänzt schon jetzt eine steigende Summe an Drittmitteln von Unternehmen und Stiftungen. "Deggendorf ist da federführend", weiß Goppel. Zusätzliche Mittel für die Lehre, für optimierte Verhältnisse in kleineren Gruppen, müssten aber aus Studiengebühren finanziert werden. Goppel verspricht sich da-durch auch ein neues Verhältnis zwischen Professor und Student als Anbieter und Kunde. Seine Vorgaben: maximal 500 Euro Gebühren pro

Semester, das Geld bleibt an der Uni, wird nicht vom Finanzminister kassiert und möglichst unbürokratisch verwaltet. Die Hochschulen haben ein Mitspracherecht bei der Höhe der jeweiligen Gebühren, sozial schwache Studenten werden abgesichert. "Es gibt aber auch kei-nen, der gar keine Gebühr zahlt", so Goppel. Vor den vielen anwesenden Schullei-tern verteidigte der Minister auch das gegliederte bayerische Schulsystem: "Das ist besser für eine individuelle Entfaltung".

Gäste im Kolpingsaal waren Vertreter aller Bildungsberufe, von Schulleitern bis hin zu FH-Präsident Prof.Dr. Reinhard Höpfl, die den Imbiss nach der Ministerrede zu einem zwanglosen Austausch mit der **CSU**-Prominenz nutzten: MdB Barthl Kalb war ebenso gekommen wie die MdL Bernd Sibley und Helga Weinberger, Bezirksrätin Margret Tuchen, stv. Landrat Peter Erl, OB Anna Eder mit ihren Stellvertretern, Altlandrat Dr. Georg Karl, Alt-OB Dieter Görlitz, Fraktionschef Gerard Zacher, Stadtverbandsvorsitzender Peter Volkmer, **JU**-Kreisvorsitzender Christian Moser, Schülerunion-Bezirksvorsitzender Tobias Bauschke und **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller**. Ortsvorsitzender Rudi Hahn verwies auf die guten Ausbildungsmöglichkeiten in Deggendorf. Jedoch führe nicht immer nur ein Studium zum Ziel, auch eine qualifizierte Ausbildung im Handwerk oder eine Fachausbildung bieten Perspektiven. OB Anna Eder erinnerte daran, dass sich die Anstrengungen für die Bildung auch im städtischen Haushalt niederschlagen: 5,2 Millionen Euro seien dafür im vergangenen Jahr ausgegeben worden. In kleiner Runde bat sie zusammen mit FH-Präsident Höpfl den Minister um Unterstützung im Kampf um einen baldmöglichen Ausbau der Fachhochschule.

Studentenvertreter warten ab

(15.01.2005 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

"Wir wollen die Studenten nicht beeinflussen, sie sollen sich selber eine Meinung bilden", sagt Sebastian Frankenberger, Studentischer Senator an der Uni Passau. Die Vertretung der Studierenden will sich in dieser Debatte neutral verhalten, erst einmal ausloten, wie die Mehrheit zu dem Thema steht. Von 19. bis 25. Januar werden die Mitglieder deshalb Fragebögen in der Uni verteilen. Je nachdem, welche Meinung am Ende überwiegt, werden weitere Aktionen geplant. "Wenn die Gebühren kommen sollten, werden wir das wohl nicht verhindern können", glaubt Frankenberger. "Aber wir können in jedem Fall an dem Prozess mitwirken, wenn entschieden wird, was mit den Gebühren passiert." Ziel sei es, eine möglichst gute Verhandlungsbasis zu schaffen.

Am Dienstag, 18. Januar, um 14 Uhr veranstalten die politischen Hochschulgruppen in Hörsaal 8, Wiwi-Gebäude, eine Podiumsdiskussion mit anschließender Fragerunde zum Thema Studiengebühren. Es sitzen sich **Kurt Höller, Landesvorsitzender** des **RCDS-Bayern**, und Ernest Hammerschmidt vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) gegenüber.tk

Geld soll an Uni bleiben

(10.01.2005 Melanie Schübel) Bayernkurier

Der Vorsitzende des RCDS in Bayern im Gespräch

Bamberg. Seit knapp einem Jahr ist **Kurt Höller** Vorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Bayern**. Der FT befragte den 24-jährigen der in **Erlangen** EEI (Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik) studiert, zu seinem Bild von Bamberg.

Frage: Sie kennen die Situation an vielen Universitäten und Fachhochschulen. Was zeichnet die Uni Bamberg aus?

Höller: Bamberg bietet seinen Studenten nicht nur eine wunderschöne Altstadt mit einer reichhaltigen Auswahl an Brauereien, sondern insbesondere auch viele einmalige Fächerkombinationen für anspruchsvolle Studenten. Dabei hat insbesondere auch das letzte „Spiegel“-Ranking gezeigt, dass Bamberg nicht nur in Geisteswissenschaften wie etwa im Bereich Germanistik oder Soziologie bundesweit führend ist. Vielmehr ist Bamberg auch in Psychologie und BWL in der deutschen Spitzengruppe zu finden.

Frage: Seit dem letzten Semester müssen alle Studenten eine „Verwaltungsgebühr“ bezahlen. Wie stehen Sie dazu?

Höller: Ich lehne die Verwaltungsgebühr entschieden ab. Der **RCDS** in **Bayern** spricht sich zwar unter ganz bestimmten Bedingungen für Studienbeiträge aus, neben sozialer Verträglichkeit (z.B. Bezahlung erst bei Berufseintritt) muss dabei unter anderem aber auch der vollständige Verbleib des eingenommen Geldes an der Uni zur Verbesserung der Lehre garantiert werden. Keine dieser Forderungen wird jedoch von der im übrigen bayernweit eingeführten Verwaltungsgebühr erfüllt. Zwar konnten im Jahr 2004 durch die Gebühr 400 Stellen vor der Streichung bewahrt werden, in Hinblick auf die wichtige Diskussion mit der Öffentlichkeit über das sensible Thema Studienbeiträge halte ich die Einführung einer Studentengebühr, die nicht der Uni, sondern direkt dem Finanzministerium zufließt, für absolut kontraproduktiv.

Frage: Die Bamberger Uni ist wie alle bayerischen Einrichtungen dabei, ihr Profil genauer zu definieren und konkurriert mit **Erlangen-Nürnberg**, Würzburg und Bayreuth. In welche Richtung soll sich die Uni Bamberg Ihrer Meinung nach entwickeln?

Höller: Bamberg befindet sich in einer ganz besonders problematischen Situation: Durch die benachbarten drei fränkischen Universitäten wäre die regionale Versorgung in der Fläche bereits für alle Fächer gewährleistet. Um dennoch weiterhin Bestand zu haben, muss die Otto-Friedrich-Universität in ihrem Bereich besonders gut sein. Bei den Geisteswissenschaften ist der Bamberger Uni dies bereits größtenteils gelungen. Dennoch muss diese Entwicklung weiterhin vorangetrieben werden. Besonders wichtig ist aber auch der Ausbau von Alleinstellungsmerkmalen, darunter vor allem interdisziplinäre und internationale Studiengänge. Dazu bietet der aktuell angestoßene Bolognaprozess mit Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen eine besondere Chance. Im Gegensatz zu einigen andern Massenunis hat die Uni Bamberg darüber hinaus den einzigartigen Charme einer kleinen Uni. Dieser Vorteil muss sich aber auch in einem besonders guten Betreuungsverhältnis der Studenten widerspiegeln.

kg

Geld soll an Uni bleiben

Der Vorsitzende des RCDS in Bayern im Gespräch

BAMBERG. Seit knapp einem Jahr ist Kurt Höller Vorsitzender des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern. Der FT befragte den 24-Jährigen, der in Erlangen EI (Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik) studiert, zu seinem Bild von Bamberg.

Frage: Sie kennen die Situation an vielen Universitäten und Fachhochschulen. Was zeichnet die Uni Bamberg aus?

Höller: Bamberg bietet seinen Studenten nicht nur eine wunderschöne Altstadt mit einer reichhaltigen Auswahl an Brauereien, sondern insbesondere auch viele einmalige Sicherheitsmaßnahmen für anspruchsvolle Studenten. Dabei hat insbesondere auch das letzte „Spiegel“-Uni-Ranking gezeigt, dass Bamberg nicht nur in Geisteswissenschaften wie etwa im Bereich der Germanistik oder Soziologie bundesweit führend ist. Vielmehr ist Bamberg auch in Psychologie und BWL in der deutschen Spitzengruppe zu finden.

Frage: Seit dem letzten Semester müssen alle Studenten in Bamberg eine „Verwaltungsgebühr“ bezahlen. Wie stehen Sie dazu?

Höller: Ich lehne die Verwaltungsgebühr entschieden ab. Der RCDS in Bayern spricht sich zwar unter ganz bestimmten Bedingungen für Studienbeiträge aus, neben sozialer Verträglichkeit (z. B. Bezahlung erst bei Berufseintritt) muss dabei unter anderem aber auch der vollständige Verbleib des eingenommenen Geldes an der Uni zur Verbesserung der Lehre garantiert werden. Keine dieser Forderungen wird jedoch von der im übrigen bayernweit eingeführten Verwaltungsgebühr erfüllt. Zwar konnten im Jahr 2004 durch

die Gebühr 400 Stellen vor der Streichung bewahrt werden, im Hinblick auf die wichtige Diskussion mit der Öffentlichkeit über das sensible Thema Studienbeiträge habe ich die Einführung einer Studiengebühr, die nicht der Uni, sondern direkt dem Finanzministerium zufließt, für absolut kontraproduktiv.

Frage: Die Bamberger Uni ist wie alle bayerischen Einrichtungen dabei, ihr Profil genauer zu definieren und konkurriert mit Erlangen-Nürnberg, Würzburg und Bayreuth. In welche Richtung soll sich die Uni Bamberg Ihrer Meinung nach entwickeln?

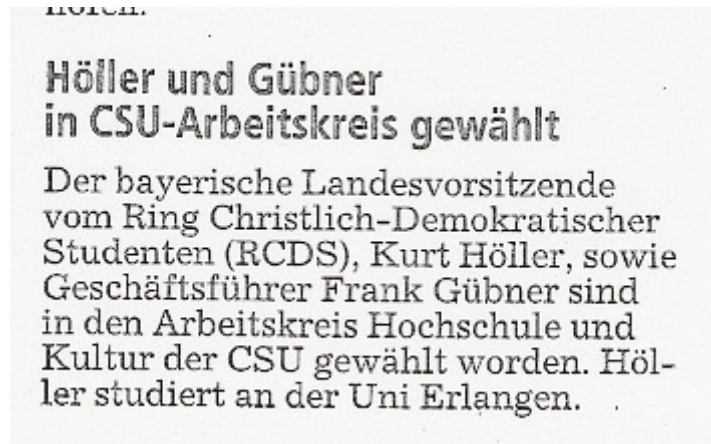
Höller: Bamberg befindet sich in einer ganz besonders problematischen Situation: Durch die benachbarten drei fränkischen Universitäten wäre die regionale Versorgung in der Fläche bereits für alle Fächer gewährleistet. Um dennoch weiterhin Bestand zu haben, muss die Otto-Friedrich-Universität in ihrem Bereich besonders gut sein. Bei den Geisteswissenschaften ist der Bamberger Uni dies bereits größtenteils gelungen. Dennoch muss diese Entwicklung weiterhin vorangetrieben werden. Besonders wichtig ist aber auch der Ausbau von Alleinstellungsmerkmalen, darunter vor allem interdisziplinäre und internationale Studiengänge. Dazu bietet der aktuell angestoßene Bolognaprozess mit Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen eine besondere Chance. Im Gegensatz zu einigen andern Massenunis hat die Uni Bamberg darüber hinaus den einzigartigen Charme einer kleinen Uni. Dieser Vorteil muss sich aber auch in einem besonders guten Betreuungsverhältnis der Studenten widerspiegeln.

Pressespiegel, FT 10.1.2005

Höller und Gübner in CSU-Arbeitskreis gewählt

(05.01.2005 Melanie Schübel) NZ, 5.1.2005

Der bayerische Landesvorsitzende von Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), **Kurt Höller**, sowie Geschäftsführer Frank Gübner sind in den Arbeitskreis Hochschule und Kultur der **CSU** gewählt worden. **Höller** studiert an der Uni **Erlangen**.



Pressespiegel, NZ 5.1.2005

Kluge Köpfe braucht das Land

(18.12.2004 Melanie Schübel) RCDS: Studiengebühren und „neues Denken“ gefordert

Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität **Erlangen-Nürnberg** gaben sich die Klinke in die Hand bei der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) **Erlangen** im Café „Schwarz und Stark“.

Staatsminister Erwin Huber, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, verteidigte die Sparmaßnahmen der Staatsregierung damit, dass man der jüngeren Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen dürfe. Trotz der Bemühungen, bis zum Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, dürften aber in keinem Fall die Hochschulen beschädigt werden.

Trotzdem plädierte Huber für Studiengebühren („Anreiz, schneller zu studieren“), versicherte aber, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. Uni-Kanzler Thomas A.H. Schöck unterstützte ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, betonte aber auch die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfindet.

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Max-Emanuel Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So prangerte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften deutschlandweit auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagabend und Sonntagfrüh.“ Den Vorhaben des Bundes, Elite-Unis einführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu wollen, erteilte der Jurist Geis eine klare Absage.

Mehr Produktivität gefordert

Als Mitglied der sogenannten Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete Oberbürgermeister Siegfried Balleis von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in **Erlangen** auch gut gelinge – nicht zuletzt dank der neuen Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es vor allem um die Einführung von Master- und Bachelor-Studiengänge, um Studiengebühren und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohen Qualitätsstandards.

MM

EN. 18.12.04. S.11

Kluge Köpfe braucht das Land

RCDS: Studiengebühren und „neues Denken“ gefordert

Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gaben sich die Klinke in die Hand bei der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Erlangen im Café „Schwarz und Stark“.

Staatsminister Erwin Huber, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, verteidigte die Sparmaßnahmen der Staatsregierung damit, dass man der jungen Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen dürfe. Trotz der Bemühungen, bis zum Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, dürften aber in keinem Falle die Hochschulen beschädigt werden.

Trotzdem plädierte Huber für Studiengebühren („Anreiz, schneller zu studieren“), versicherte aber, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. Uni-Kanzler Thomas A. H. Schöck unterstützte ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, betonte aber auch die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfindet.

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Max-Emanuel Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So prangerte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften deutschlandweit auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagnacht und Sonntagfrüh.“ Den Vorhaben des Bundes, Elite-Unis einführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu wollen, erteilte der Jurist Geis eine klare Absage.

Mehr Produktivität gefordert

Als Mitglied der so genannten Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete Oberbürgermeister Siegfried Balleis von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in Erlangen auch gut gelinge – nicht zuletzt dank der neuen Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es vor allem um die Einführung von Master- und Studiengängen, um Studiengebühren und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohem Qualitätsstandard. MM

Pressespiegel, EN 18.12.2004

Studiengebühren zur Qualitätssteigerung

(15.12.2004 Melanie Schübel) Expertenrunde diskutiert Konsequenzen der Verwaltungsreform für die Hochschulen

Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität **Erlangen-Nürnberg** gaben sich die Klinke in die Hand bei der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS Erlangen**) im Café „Schwarz und Stark“.

So durfte der Erlanger **RCDS**-Vorsitzende Marco Mehl zu der Veranstaltung mit dem Thema „Verwaltungsreform in **Bayern** – Konsequenzen für die Hochschulen“ neben Staatsminister Erwin Huber, Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Prof. Dr. Max-Emanuel Gei und dem Kanzler der Universität Thomas A.H. Schöck auch noch den Fraktionsvorsitzenden der **CSU** im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, begrüßen.

Der Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, sprach in seiner Rede von der Notwendigkeit, **Bayern** fit für die Zukunft zu machen. Dies gelinge eben nun mal nicht ohne Sparmaßnahmen, wenn man der jüngeren Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen möge. Er strich das ehrgeizige Ziel der bayerischen Staatsregierung heraus, im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, betonte aber gleichzeitig, in keinem Falle die Hochschulen schädigen zu wollen. Ferner sprach Huber von den Plänen, Studiengebühren einzuführen und versicherte, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. „Studienbeiträge erhöhen die Qualität des Bildungssystems und sind ein Anreiz für die Studenten, schneller zu studieren.“ So Huber.

Kanzler Schöck wollte zwar nicht zu allem, was Huber sagte, „Bravo“ rufen, unterstützte aber auch aus der Sicht der Hochschulverwaltung ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, welche zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen könnten. Zudem betonte Schöck die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfinden müsse.

Forschen Sonntag früh?

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Max-Emanuel Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So prangerte er unter anderem an, dass die Geisteswissenschaften deutschlandweit auf dem Rückzug seien. Zum Problem, dass ihm kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis: „Ich forsche Samstagnacht und Sonntagfrüh.“ Den Vorhaben des Bundes, Elite-Unis einführen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reißen zu wollen, erteilte der Jurist Geis eine klare Absage.

Als Mitglied der sogenannten Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete Oberbürgermeister Siegfried Balleis von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in **Erlangen** auch gut gelinge – nicht zuletzt dank der neuen Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es vor allem um die Einführung von Master- und Bachelor-Studiengänge, um Studiengebühren und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohen Qualitätsstandards.

FT, 15.12.04, S. A4

Studiengebühren zur Qualitätssteigerung

Expertenrunde diskutiert die Konsequenzen der Verwaltungsreform für die Hochschulen

ERLANGEN. Führende Politiker und Verantwortliche der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gaben sich die Klinke in die Hand bei der beschlussfähig besetzten Podiumsdiskussion des Ring-Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Erlangen am Montagabend im Café „Schwarz und Stark“.

So durfte der Erlanger RCDS-Vorsitzende Misco Mehl zu der Veranstaltung mit dem Thema „Verwaltungsreform in Bayern – Konsequenzen für die Hochschulen“ neben Staatsminister Erwin Huber, Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Prof. Dr. Maximilian Geis und dem Kanzler der Universität Thomas A. H. Schöck auch noch dem Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bayerischen Landtag, Joachim Reiss, begrüßen.

Der Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, sprach in seiner Rede von der Notwendigkeit, Bayern fit für die Zukunft zu machen. Dies gelinge eben einmal nicht ohne Sparmaßnahmen, wenn man der jungen Generation nicht durch Schuldenberge die Zukunftschancen verbauen möge. Er strich das zehnjährige Ziel der bayerischen Staatsregierung heraus, im Jahre 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu wollen, betonte aber gleichzeitig, in keinem Falle die Hochschulen schädigen zu wollen.

Huber sprach Huber von den Plänen, Studiengebühren einzuführen und versicherte, dass diese Gelder ausschließlich an den Universitäten verbleiben sollen. „Studienbeiträge erhöhen die Qualität des Bildungssystems und sind ein Anreiz für die Studenten, schneller zu studieren“, so Huber.

Kanzler Schöck wollte zwar nicht zu allem, was Huber sagte, „Reiss“ rufen, unterstützte aber auch aus der Sicht der Hochschulverwaltung ausdrücklich die Einführung von Studiengebühren, welche zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen könnten. Zudem besaß Schöck die Notwendigkeit, dass in den Köpfen der Studenten ein Umdenken stattfinden müsse.

„Ein wenig Wasser in den Wein schütten“ wollte auch Prof. Dr. Geis, indem er von seinen Erfahrungen aus der Praxis berichtete. So plärgelte er unter anderem so, dass die Geisteswissenschaften – deutsch: „Forschen Sonntag früh“ – kaum mehr Zeit zum Forschen bleibe, meinte Geis. „Ich forsche Samstagmorgen und Sonntag früh.“ Dem Vorhaben des Bundes, Hilfenis einfließen und immer mehr kulturelle Kompetenzen an sich reifen zu wollen, erteilte der Junst Geis eine klare Absage.

Als Mitglied der sog. Henzler-Kommission, welche von der bayerischen Staatsregierung zur Deregulierung und Entbürokratisierung eingesetzt worden war, berichtete der Erlanger Oberbürgermeister im Anschluss von der Notwendigkeit, neue Verfahren einzuführen, um die Menschen produktiver zu machen. Auch er sei ständig mit der Aufgabe konfrontiert, die Verwaltung effizienter zu gestalten, was in Erlangen auch gut gelinge – nicht zuletzt dank neuer Möglichkeiten im EDV-Bereich.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Studenten ging es neben vielen weiteren Themen um die Einführung von Master- und Bachelorstudiengängen, um Studiengebühren, und Vergleiche mit amerikanischen Universitäten und deren hohem Qualitätsstandard.



Teilweise auch nachdenkliche Mienen gab es bei den Experten auf dem Podium. Foto: priv.

Pressespiegel, FT 15.12.2004

Für Organspende

(11.11.2004 Melanie Schübel) RCDS diskutiert heute Abend über Erlangen als Medizin(haupt)stadt

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist auf seiner Deutschlandtour heute zu zwei Informationsveranstaltungen in Erlangen.

Über Blut- und Organspende informiert der **RCDS** heute an der TechFak von 11 bis 15 Uhr, ab 20 Uhr findet im Adenauerhaus, Neue Straße 34, eine Diskussion zum Thema „Gesundheit“ statt. Dabei werden Prof. Bernhard Fleckenstein (Institut für Klinische Virologie an der FAU), Prof. Joachim Hornegger (Lehrstuhl für Med. Bildverarbeitung) sowie Joachim Reiss (Leiter Entwicklung Angiographie bei Siemens Medical Solutions) über die Zukunft **Erlangens** als Bundeshauptstadt der Medizin diskutieren.



Pressespiegel, EN 10. 11. 2004

RCDS-Klausur

(18.09.2004 Melanie Schübel) Lehrer ins Praktikum

Deutlich mehr Praxisbezug in der Lehrerausbildung fordert der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**). Darüber hinaus spricht sich der **CSU**-nahe Studentenverband für eine regelmäßige Weiterbildung der Lehrkräfte und eine generelle Aufwertung des Lehrerberufs in der Gesellschaft aus.

Als Pädagogen sollen angehende Lehrer am Ende des Hochschulstudiums eigenständig eine Unterrichtsplanung durchführen, Leistungen beurteilen, mit Disziplin Konflikten und sozialen Spannungen in der Klasse umgehen können und kompetent im Umgang mit Schülern, Eltern, Kollegen und Vorgesetzten sein. All dies sind Situationen, auf die im Hochschulstudium derzeit nur mangelhaft oder gar nicht vorbereitet wird.

„Der Lehrerberuf ist ein sehr praxisbezogener Beruf, der mehr von Erfahrungen im Klassenzimmer als von theoretischem Wissen lebt“, so **Bayerns RCDS-Chef Kurt Höller**. Nach Meinung des **RCDS** ist der Praxisbezug an den Schulen eine unabdingbare Grundlage. Darum sollten auch Lehrer selbst schon einmal Praxiserfahrung in einem Unternehmen oder einer sozialen Einrichtung gesammelt haben. „Lehramtsstudenten sollten auch Praktika im außerschulischen Bereich absolvieren“, so **Höller**.

Auf ihrer dreitägigen Klausur im Kloster Metten verabschiedete der **RCDS** eine Resolution zur Reform der Lehrerausbildung. Zu Gast waren Kultusministerin Monika Hohlmeier und Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses des Bayerischen Landtages.



Pressespiegel, Bayernkurier 18.09.2004

Bayerns Kultusministerin beim RCDS in Metten

(16.09.2004 Kurt Höller) Deggendorf aktuell

Bayerns Kultusministerin Monika Hohlmaier debattierte am Freitagnachmittag im Kloster Metten mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V. (**RCDS**). Anschließend kam es zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - bleibt **Bayern** spitze?" Daran beteiligten sich neben der Staatsministerin noch Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Professor Dr. Alf Zimmer, Rektor der Uni Regensburg, sowie **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS** in **Bayern**. Diskutiert wurde ferner mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft. Abt Wolfgang M. Hagl OSB stellte sein Schulmodell Hirn, Herz und Hand vor, welches für einen Bildungsansatz steht, der weit über den Leistungsgedanken und Wissensvermittlung hinaus geht. Mit auf dem Prüfstand befand sich die "Mettener Resolution", die anschließend verabschiedet wurde.



BAYERNS KULTUSMINISTERIN Monika Hohlmeier debattierte am Freitagnachmittag im Kloster Metten mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern e.V. (RCDS). Anschließend kam es zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze?“ Daran beteiligten sich neben der Staatsministerin noch Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Professor Dr. Alf Zimmer, Rektor der Uni Regensburg, sowie Kurt Höller, Vorsitzender des RCDS in Bayern. Diskutiert wurde ferner mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft. Abt Wolfgang M. Hagl OSB stellte sein Schulmodell „Hirn, Herz und Hand“ vor, welches für einen Bildungsansatz steht, der weit über den Leistungsgedanken und Wissensvermittlung hinaus geht. Mit auf dem Prüfstand befand sich die „Mettener Resolution“, die anschließend verabschiedet wurde. Unser Bild zeigt die Staatsministerin bei ihrer Ankunft in Metten (von links): Franz Hofmann und Kurt Höller, RCDS, Abt Wolfgang und Monika Hohlmeier. (Text/Foto: Suttner)

Hohlmeier: Wissen für das Leben vermitteln

(13.09.2004 Melanie Schübel) RCDS diskutierte mit Kultusministerin im Kloster Metten - Neue Impulse gefordert

Metten. (sut) Auch in abgeschwächter Form hat die Pisa-Studie bewusst gemacht, dass wesentliche Dinge und damit die Zukunft unseres Landes in den Schulen entschieden wird. Wie **Kurt Höller**, vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern**, bedauerte, erwiesen sich die deutschen Schulen häufig als eine Institution, von der man Reformen lange Zeit fern hielt. "Sie sind in vielen Fällen ihrer verantwortungsvollen Aufgabe in Bezug auf die Bildung junger Menschen nicht mehr so gewachsen, wie dies wünschenswert wäre." ...(nur Auszug)

Hohlmeier: Wissen für das Leben vermitteln

RCDS diskutierte mit Kultusministerin im Kloster Metten – Neue Impulse gefordert



Metten, (je) Auch in abgeschwächter Form hat die Pisa-Studie bereits gemacht, dass wesentliche Dinge um damit die Zukunft unserer Länder in den Schulen entschieden wird. Wie Kurt Höller, vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern, bedauerte, erweisen sich die deutschen Schulen häufig als eine Institution, von der man Heiliges lange Zeit fern hielt. „Sie sind in vielen Fällen ihrer verantwortungsvollen Aufgabe in Bezug auf die Bildung junger Menschen nicht mehr so gewachsen, wie dies wissenschaftlich wäre.“

Eine Diskussion, die schon länger andauert, merkte Bayerns Kultusministerin Monika Hohlmeier dazu an und referierte an den Dialog-Process. Hier saßen die Kultusminister und evangelischer Erzbischof Bausilio, welche sich in die Stuhlgänge einschoben lassen. Ferner erzielte man sich darauf, bis 2018 einen einheitlichen Bildungsrahmen mit vergleichbaren Abschlüssen zu entwickeln.

Als Hausherr übermittelte Abt Wolfgang Hagl OCB das Grußwort an die hochkarätige Mannschaft als Träger der Podiumsdiskussion und Besucher. Dabei spannte er den Bogen bis ins 17. Jahrhundert, als Benedikt und Norbert nicht nur die Lehrer Christi vertrieben, sondern auch das Alphabet. Insofern gingen von den Ordern seinerzeit hohe Bildungstraditionen aus.

Der RCDS in Bayern ist der Ansicht, dass man zunächst bei der Ausbildung der Lehrer als Hauptträger des Bildungssystems ansetzen muss, um Veränderungen zu bewirken. Zu lange Studiendauern, tragfähige Vorbereitung auf den künftigen Berufszugang im Umgang mit Schülern, eine treffliche Gestaltung des Studiums und nicht zuletzt die schlechte Image der Lehrer in der Gesellschaft, wofür sich zunehmend auf die Attraktivität des Lehrberufs aus, so die Moderationserklärung. Aus der dreistündigen Klausurdebatte sind als

Podiumsdiskussion zur „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze“ (von links): Abt Wolfgang M. Hagl OCB bei seinem Grußwort an die Gäste, Professor Dr. Alf Zimmer, Uni Regensburg, Kultusministerin Monika Hohlmeier, Kurt Höller, RCDS, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag und Dr. Christof Prechtl an der Wirtschaft.

agiert konzentriert. Dies lässt sich konsequenz zugeordnet erheben und fordert über vor der Lehrerschaft eine ganze Menge, was nicht zuletzt ein Orientierungspraktikum voraussetzt. Vernehmlich steht die Kultusministerin heute nach Bildungspakt im Kindergarten. Großen Wert will man zukünftig darauf legen, dass nicht nur auf die Prüfungen sondern hinsichtlich der Lehr-

Ausbildung nach unten durchgezogen. Dazu sind der „G8“ mehr an Leistung heraus zu holen ist, davon ist Prechtl bei überzeugt.

Aussage aus der „Mettener Resolution“, die von RCDS nach ausführliche Diskussion mit den Fachstellen und der Staatsministerin Monika Hohlmeier einstimmig beschlossen wurde. Grundsätzlich besteht ein wesentlicher Blick in Richtung Lehr-

bedürfen. Anders erste Stationen (Abschluss des Master Moduls) schließt sich wie bisher die zweite Phase der Lehrerbildung an. Das Besondere: Wegen des bereits abgeschlossenen Praxiserwerbs in diesem auf drei Halbjahre zu verteilen. Abgeschlossen wird es wie bisher mit dem zweiten Staatsexamen.

Das Angebot des Lehrberufs in der Gesellschaft steigt seit Jahren ste-

Pressepiegel, Donau-Anzeiger 13.09.2004

Studium muss auf wachsende Anforderungen reagieren (13.09.2004 Melanie Schübel) Bildungsexperten diskutierten über die Zukunft der Schule und die Reform der Lehrerausbildung – Nur 50 Zuhörer waren dabei

Metten (je). „Die Schule führen wie ein Unternehmen, ein Team zusammenstellen – nur wenn die Verantwortung vor Ort liegt, kann sich keiner mehr aus der Verantwortung stehlen.“ So stellt sich Dr. Christof Prechtl die Schule in 20 Jahren vor. Prechtl, Studienrat a. D., der seinen Beamtenstatus zurück gegeben hat und nun als Geschäftsführer der Abteilung Bildung in der Vereinigung Bayerische Wirtschaft (vbw) fungiert, saß mit Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, und Prof. Dr. Alf Zimmer, Rektor der Uni Regensburg, auf dem Podium. Zur Diskussion „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern spitze?“ hatte der RCDS am Freitagabend in den Festsaal des Klosters Metten eingeladen.

Mit rund 50 Zuhörern, darunter der Hausherr, Abt Wolfgang Hagl, MdL Bernd Siblinger und Bürgermeister Erhard Radlmaier, blieb man bei der über zweistündigen Veranstaltung weitgehend unter sich. **Bayerns RCDS-Chef Kurt Höller** nahm als Moderator ein zwölfseitiges Papier als Gesprächsgrundlage für die Mettener Resolution, die sich mit der Reform der Lehrerausbildung befasst (DZ berichtete). „Manche Fakultäten haben noch nicht bemerkt, dass es sie ohne Lehramtsstudenten nicht geben würde“. Nun setzen sich die Rektoren mit den Lehramtsstudiengängen auseinander; Hohlmeier sieht darin „einen Schub für die Lehrerausbildung“.

Das Kultusministerium baut weiter auf die vier Säulen – Orientierungspraktikum, Pädagogik, Didaktik und Fachwissenschaft: Angesichts eines fehlenden Wertefundaments im Elternhaus, so Hohlmeier, würden immer mehr Erziehungsfragen in die Schule verlagert. Die Lehrerausbildung müsse auf solche Situationen wie Erwachsenen-Gesprächsführung („die Lehrer sollen die Lösung für alle Probleme sein, die die Gesellschaft nicht lösen kann“) besser vorbereitet werden.

„Man wollte jedes Fach in gleicher Form akademisieren.“ Aus der Sicht von Prof. Zimmer die Ursache dafür, dass man mit der Lehrerausbildung an den Universitäten „immer wieder Probleme gehabt hat. Pädagogik ist in der Struktur anders als Romanistik oder Physik. Es ist eben kein Faktenfach wie Latein. Pädagogik ergibt sich aus der Praxis“, reagierte der Regensburger Uni-Rektor auf die Frage von **Kurt Höller**, ob man bei der Lehrerausbildung erst auf alles Fachliche abheben und dann Pädagogik draufsatteln sollte oder ob dies parallel laufen sollte?

Laut Spaenle erhalten ein Drittel all derer, die ein Hochschulstudium aufnehmen, ihre Zugangsberechtigung nicht über das Gymnasium; sie kommen zum Beispiel von FOS 13, BOS oder Fachhochschule: „Die Durchlässigkeit muss weiter erhöht werden.“ Im achtjährigen Gymnasium sieht Spaenle die Chance für eine „stärkere Verzahnung“.

Mit einem eindeutigen „Ja“ befürwortete er ferner Studienberatung am Gymnasium – „eine Kraftanstrengung für die Studentenwerke“, Orientierungspraktika, „um dem Kinderschreck entgegenzuwirken“ und die Einführung von Studiengebühren. Im „Bologna-Prozess“, zum Beispiel samt Masters-/Bachelor-Abschluss, macht der studierte Historiker zwei Vorteile aus: „Die Vergleichbarkeit von Studieninhalten und die Modularisierung“. Neben dem Stichwort „Modul“, also Lehreinheiten, die auch einen Wechsel des Studiums erleichtern, setzte die Runde auf „Evaluierung“.

Effizienz und Effektivität gaben den Ausschlag für eine weitere Forderung. „Wir brauchen Mitarbeitergespräche“, propagierte etwa Prechtl, der es gut fände, wenn Gymnasiallehrer ein halbes bis ein Jahr in die Wirtschaft gehen. „Zwei Jahre Referendariat ist eine Vergeudung von Ressourcen“, sagte er.



Pressespiegel, DZ 13.09.2004

RCDS-Klausur

(11.09.2004 Melanie Schübel) Bayerns Kultusministerin Monika Hohlmeier ...

... debattierte am Freitagnachmittag im Kloster Metten mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V. (RCDS). Anschließend kam es zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt **Bayern** Spitze?“. Daran beteiligten sich neben der Staatsministerin noch Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Professor Dr. Alf Zimmer, Rektor der Universität Regensburg, sowie **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS** in **Bayern**. Diskutiert wurde ferner mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft. Abt Wolfgang M. Halg OSB stellte sein Schulmodell „Hirn, Herz und Hand“ vor, welches für einen Bildungsansatz steht, der weit über den Leistungsgedanken und Wissensvermittlung hinaus geht. Auf dem Prüfstand befand sich die „Mettener Resolution“, die anschließende verabschiedet wurde. Ein ausführlicher Bericht folgt in unserer nächsten Ausgabe. Unser Bild zeigt die Staatsministerin bei ihrer Ankunft in Metten (von links): Franz Hofmann und **Kurt Höller**, **RCDS**, Abt Wolfgang und Monika Hohlmeier.

(Text/Foto: Suttner)



Pressespiegel, Donau-Anzeiger 11.09.2004

Hochschulpolitik aus dem Kloster Metten

(11.09.2004 Melanie Schübel) Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) debattiert über Reform der Lehrerausbildung

Metten (she). Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt **Bayern** spitze?“ ist gestern Nachmittag Kultusministerin Monika Hohlmeier ins Kloster Metten gekommen. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Bayern** hält dort seine dreitägige Klausurtagung ab.

Die Reform der Lehramtsausbildung in **Bayern** ist ein zentrales Thema der Klausurtagung. Der Hochschulverband fordert einen deutlich verstärkten Praxisbezug der angehenden Lehrer: „Wir wollen, dass ein Teil der Referendariatsausbildung in die Mitte des Studiums vorgezogen wird“, erläutert der stellvertretende Landesvorsitzende des **RCDS** Franz Hofmann die Pläne des **RCDS**.

Der Vorteil einer solchen Reform: Studenten erkennen früher, ob sie überhaupt für den Lehrerberuf geeignet sind oder nicht. Generell fordert der **RCDS**, dass das Lehramtsstudium künftig mehr Pädagogik- und Didaktik-elemente aufweisen soll und dafür Fachelemente gekürzt werden. Und: Auch während des Staatsexamens sollte ein Bachelor-Abschluss nach einigen Semestern Pflicht sein, um ein „Umschwenken“ auf ein anderes Studium zu ermöglichen.

Die „Mettener Resolution“ soll am heutigen Samstag von den etwa 25 Delegierten des **RCDS** verabschiedet werden. Gestern Abend diskutierte der Hochschulverband die darin enthaltenen Punkte mit Kultusministerin Monika Hohlmeier, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses Dr. Ludwig Spaenle und weiteren Bildungsexperten. Der **RCDS** hat seine Klausurtagung auf Initiative seines Landesvorsitzenden, **Kurt Höller**, ins Kloster Metten gelegt. Der Altmettener hält viel von seiner alten Schule: „Wenn man schon über Schulpolitik diskutiert, ist Metten ein idealer Ort.“ Gemeinsam mit Abt Wolfgang debattierten die Vertreter des Hochschulverbandes über Zukunftsprojekte wie das Mettener Schulmodell „Hirn, Herz und Verstand“, das Schule und Ausbildung kombiniert. „Wir legen schon jetzt großen Wert auf Ganzheitlichkeit“, so Abt Wolfgang.

Samstag, 11. September 2004 LOKALES

Hochschulpolitik aus dem Kloster Metten

Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) debattiert über Reform der Lehrerausbildung

Metten (shc). Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt Bayern Spitze?“ ist gestern Nachmittag die bayerische Kultusministerin Monika Hohlmeier ins Kloster Metten gekommen. Der Ring Christlich-Demokratischer Sozialer Studenten (RCDS) in Bayern hält dort seine dreitägige Klausurtagung ab.

Die Reform der Lehramtsausbildung in Bayern ist ein zentrales Thema der Klausurtagung. Der Hochschulverbund fordert einen deutlich verstärkten Praxisbezug der angehenden Lehrer. „Wir wol-



ANZEIGE

Musik-, Besang- u. Ballettanzeige

In Kalk, April bis November
Mittw. und Donnerstags ab 19 Uhr
ab 20.00 Uhr 2004/2005
84469 Deggendorf, Gärtnerei Str. 140
Tel. 09201-12602234
www.musikballett-bayern.de
E-Mail: info@musikballett-bayern.de

len, dass ein Teil der Referendariatsausbildung in die Mitte des Stadtkerns verlagert wird“, erläutert der stellvertretende Landesvorsitzende Franz Hofmann die Pläne des RCDS.

Der Vorteil einer solchen Reform: Studenten erkennen früher, ob sie überhaupt für den Lehrberuf geeignet sind oder nicht. Generell fordert der RCDS, dass das Lehramtsstudium künftig mehr Pädagogik- und Didaktik-elemente aufweisen soll und dafür Fächeranteile gekürzt werden. Und: Auch während des Studiums sollte ein Bachelor-Abschluss nach einigen Semestern Pflicht sein, um ein „Überschweren“ auf ein anderes Studium zu ermöglichen.

Die „Mettener Resolution“ soll am heutigen Samstag von den etwa 25 Delegierten des RCDS ver-

abschiedet werden. Gestern Abend diskutierten der Hochschulverband die dann enthaltenen Punkte mit Kultusministerin Monika Hohlmeier, dem Vertreter des Hochschulverbands über Zukunftsvorhaben wie das Mettener Schulmodell „Hirn, Herz und Verstand“, das Schulle und Ausbildung karibianen. „Wir legen schon jetzt großen Wert auf Ganzheitlichkeit“, so Abt Wolfgang.

Für die Podiumsdiskussion führt Abt Wolfgang H. Hög (s. l.), Kultusministerin Altm. Hohlmeier, RCDS-Landesvorsitzende Franz Hofmann und seinen Stellvertreter Franz Hofmann durch die Bibliothek (F. Högmann)

Pressespiegel, PNP 11.09.2004

RCDS: Klausurtagung im Kloster Metten (11.09.2004 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

Metten (red.).

Über die geplante Reform der Lehramtsausbildung hat Kultusministerin Monika Hohlmeier mit Vertretern vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern und weiteren Bildungsexperten im Kloster Metten debattiert. Der RCDS hält derzeit im Kloster seine dreitägige Klausurtagung ab. Am Ende soll eine „Mettener Resolution“ zur Lehramtsausbildung verabschiedet werden.

RCDS: Klausurtagung im Kloster Metten

Metten (red.). Über die geplante Reform der Lehramtsausbildung hat Kultusministerin Monika Hohlmeier mit Vertretern vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern und weiteren Bildungsexperten im Kloster Metten debattiert. Der RCDS hält derzeit im Kloster seine dreitägige Klausurtagung ab. Am Ende soll eine „Mettener Resolution“ zur Lehramtsausbildung verabschiedet werden.

Pressespiegel, Passauer Neue Presse 11.09.2004

Monika Hohlmeier im Kloster Metten (08.09.2004 Melanie Schübel) Donau-Anzeiger

Tagung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten vom 9. bis 11. September

Deggendorf/Metten. (pk/da)

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern e.V. trifft sich von Donnerstag, 9. September, bis Samstag, 11. September, zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema wird die Positionierung des RCDS zur geplanten Reform der Lehramtsausbildung in Bayern sein.

Als Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung findet am Freitagabend (10. September, 19 Uhr) eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel „Schule im 21. Jahrhundert – bleibt **Bayern** Spitze?“ statt. Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschuss im Bayerischen Landtag, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. Alf Zimmer, und **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS in Bayern** e.V., diskutieren.

Reform der Lehramtsausbildung

Bereits auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf Anfang dieses Jahres hatte der **RCDS in Bayern** e.V. einen Antrag zur Reform der Lehramtsausbildung verabschiedet. Darin fordert der Hochschulverband einen deutlich verstärkten Praxisbezug des Lehramtsstudiums. Pädagogische Fähigkeiten dürften nicht als Nebensache behandelt werden, sondern müssten gewichtiger Teil der Lehrerausbildung sein. Um Lehrkräfte auf schulinterne Führungsaufgaben besser vorzubereiten, soll ferner ein Aufbaustudiengang Schulmanagement eingerichtet werden.

„Hirn, Herz und Hand“

Während der drei Tage in Metten soll nun die Position des **RCDS in Bayern** mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft diskutiert und Details ausgearbeitet werden. Als Ergebnis dieser Überlegungen wird der Hochschulverband am Ende der Klausurtagung eine „Mettener Resolution“ zur Lehramtsausbildung verabschieden.

Einen weiteren Beitrag zur Diskussion um die Zukunft der bayerischen Schulen wird Abt Wolfgang M. Hagl OSB vorstellen. Das Mettener Schulmodell „Hirn, Herz und Hand“ steht für einen Bildungsansatz, der weit über reine Wissensvermittlung hinausgeht. Stattdessen soll es, nach Meinung von Abt Wolfgang M. Hagl, auch Aufgabe der Schule sein, den Charakter der Schüler zu bilden.

Lehre im Kloster-Betrieb?

Im Zuge dieser ganzheitlichen Erziehungsidee wird derzeit am Kloster Metten darüber nachgedacht, den Schülern neben dem G8 wahlweise die Möglichkeit zu bieten, während einer neunjährigen Gymnasialzeit zusätzlich eine Lehre in einem der klostereigenen Betriebe zu absolvieren. Wie sich diese Idee in die Praxis umsetzen lässt und ob so die Schule der Zukunft aussieht, wird Abt Wolfgang M. Hagl am Freitag, 10. September, ab 13 Uhr mit den Vertretern des **RCDS** diskutieren.



Pressespiegel, Donau-Anzeiger 08.09.2004

Monika Hohlmeier am Freitag mit Klausurtagung im Kloster Metten (07.09.2004 Melanie Schübel) Donau-Anzeiger

Deggendorf/Metten. (pk/da)

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V. trifft sich von Donnerstag, 9. September, bis Samstag, 11. September, zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema wird die Positionierung des

RCDS zur geplanten Reform der Lehramtsausbildung in **Bayern** sein. Als Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung findet am Freitagabend (10. September, 19 Uhr) eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - bleibt **Bayern** Spitze?" statt. Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. Alf Zimmer, und **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS** in **Bayern** e.V., diskutieren.

Monika Hohlmeier am Freitag bei Klausurtagung im Kloster Metten



Bildtext: Am Freitag im Kloster Metten: Monika Hohlmeier.

Deggendorf/Metten. (pk/da) Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern e.V. trifft sich von Donnerstag, 9. September, bis Samstag, 11. September, zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema wird die Positionierung des RCDS zur geplanten Reform der Lehramtsausbildung in Bayern sein. Als Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung findet am Freitagabend (10. September, 19 Uhr) eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - bleibt Bayern Spitze?" statt. Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Professor Dr. Alf Zimmer, und Kurt Höller, Vorsitzender des RCDS in Bayern e.V., diskutieren.

Donau-Anzeiger

Kultusministerin diskutiert in Metten über Schule im 21. Jahrhundert

(31.08.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Monika Hohlmeier kommt am 10. September ins Kloster - Klausurtagung vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern

Metten (dz). Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** (**RCDS**) trifft sich von 9. bis 11. September zur Klausurtagung im Kloster Metten. Zentrales Thema ist die geplante Reform der Lehramtsausbildung in **Bayern**. Höhepunkt der dreitägigen Klausurtagung ist am 10. September ab 19 Uhr eine hochkarätig besetzte öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel "Schule im 21. Jahrhundert - Bleibt **Bayern** Spitze?". Über diese Frage werden Kultusministerin Monika Hohlmeier, Dr. Ludwig Spaenle, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Landtag, Siegfried Schneider, Vorsitzender des Bildungsausschusses, sowie der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. Alf Zimmer, und **Kurt Höller**, Vorsitzender des **RCDS**, diskutieren.

Bereits auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf Anfang dieses Jahres hatte der **RCDS** einen Antrag zur Reform der Lehramtsausbildung verabschiedet. Darin fordert der Hochschulverband einen deutlich verstärkten Praxisbezug. Pädagogische Fähigkeiten dürften nicht als Nebensache behandelt werden, sondern müssten gewichtiger Teil der Lehrerausbildung sein. Um Lehrkräfte auf schulinterne Führungsaufgaben besser vorzubereiten, soll ferner ein Aufbaustudiengang Schulmanagement eingerichtet werden.

Während der drei Tage in Metten soll nun die Position des **RCDS** mit Vertretern aus Politik, Hochschule und Wirtschaft diskutiert und Details ausgearbeitet werden. Als Ergebnis dieser Überlegungen wird der Hochschulverband am Ende der Klausurtagung eine "Mettener Resolution" zur Lehramtsausbildung verabschieden.

Einen weiteren Beitrag zur Diskussion um die Zukunft der bayerischen Schulen wird Abt Wolfgang M. Hagl vorstellen. Das Mettener Schulmodell "Hirn, Herz und Hand" steht für einen Bildungsansatz, der weit über reine Wissensvermittlung hinausgeht. Stattdessen soll es nach Meinung von Abt Wolfgang auch Aufgabe der Schule sein, den Charakter der Schüler zu bilden. Im Zuge dieser ganzheitlichen Erziehungsidee wird derzeit am Kloster Metten darüber nachgedacht, den Schülern neben dem G8 wahlweise die Möglichkeit zu bieten, während einer neunjährigen Gymnasialzeit zusätzlich eine Lehre in einem der klostereigenen Betriebe zu absolvieren.

Wie sich diese Idee in die Praxis umsetzen lässt und ob so die Schule der Zukunft aussieht, wird Abt Wolfgang M. Hagl ebenfalls am 10. September ab 13 Uhr mit den Vertretern des **RCDS** diskutieren.

Grenzenlos

(05.08.2004 Melanie Schübel) Zusammenarbeit über Grenzen hinweg: Bayerns RCDS empfing in diesen Tagen den Bundesvorstand des österreichischen Partnerverbandes.

Im Vordergrund standen die Diskussion um die in Österreich bereits eingeführten Studiengebühren sowie deren Umsetzung. Angesichts der in **Bayern** ebenfalls angedachten Einführung von Studienbeiträgen setzt der **RCDS** darauf, dass die Einnahmen gänzlich den Universitäten zu Gute kommen. „Ein Einfließen der Mittel in den Staatshaushalt wie bisher in Österreich muss verhindert werden“, so **RCDS**-Chef **Kurt Höller**. Der österreichische Bundesobmann Christoph Marx und Fraktionssprecher Dieter Haas äußerten sich positiv über das entspannte Klima im Freistaat **Bayern**, das zwischen dem **RCDS**, der Staatsregierung und den Rektoren herrsche.



RCDS-Chef Kurt Höller und Stellvertreterin Katrin Wiesheu mit den österreichischen Freunden Christoph Marx und Dieter Haas.

Grenzenlos

Zusammenarbeit über Grenzen hinweg: Bayerns RCDS empfing in diesen Tagen den Bundesvorstand des österreichischen Partnerverbandes. Im Vordergrund standen die Diskussion um die in Österreich bereits eingeführten Studiengebühren sowie deren Umsetzung. Angesichts der in Bayern ebenfalls angedachten Einführung von Studienbeiträgen setzt der RCDS

Bayern darauf, dass die Einnahmen gänzlich den Universitäten zu Gute kommen. „Ein Einfließen der Mittel in den Staatshaushalt wie bisher in Österreich muss verhindert werden“, so RCDS-Chef Kurt Höller. Der österreichische Bundesobmann Christoph Marx und Fraktionssprecher Dieter Haas äußerten sich positiv über das entspannte Klima im Freistaat Bayern, das zwischen dem RCDS, der Staatsregierung und den Rektoren herrsche.

Pressespiegel, der bajuware - Magazin der Jungen Union **Bayern**, 2/2004

„Jeder Student muss sich bewerben“

(10.07.2004 Melanie Schübel) RCDS-Chef Kurt Höller über Wettbewerb, Studiengebühren und Wege zur Weltspitze

Die Hochschulen sollen sich ihre Studenten ausschließlich selbst aussuchen dürfen, fordert **Kurt Höller**. Mit dem **RCDS**-Landesvorsitzenden sprach Thomas Breitenfellner.

Bayernkurier: Warum sprechen Sie sich gegen die Verwaltungsgebühr für Studenten aus?

Kurt Höller: Gebühren müssen direkt für die Studenten eingesetzt werden, das ist aber bei der Verwaltungsgebühr überhaupt nicht der Fall. Das Geld geht ans Finanzministerium. Für die Studenten ist das nicht nachvollziehbar.

Bayernkurier: Wird es auch Widerstand bei der Einführung einer Studiengebühr geben?

Höller: Unter Erfüllung unserer Forderungen werden wir Studienbeiträge mittragen. Sie sollen – sagt's auch Wissenschaftsminister Thomas Goppel – direkt an den Fakultäten eingesetzt werden. Damit würde die Lehre verbessert, zumal der Staat diese Last langfristig nicht mehr alleine tragen kann. Studienbeiträge hätten weitere positive Aspekte, weil dadurch der Wettbewerb unter den Universitäten forciert werden würde.

Bayernkurier: In welcher Höhe wären Studiengebühren für die Studenten noch tragbar?

Höller: Tragbar sind Gebühren sowieso nur dann, wenn sie erst im Nachhinein oder über Bildungskredite finanziert werden können. Wichtig ist mir dabei: Jeder soll diese Modelle nutzen können, auch ohne einen bürokratischen Nachweis der sozialen Bedürftigkeit. Unter diesen Voraussetzungen halte ich einen jährlichen Beitrag von einigen hundert Euro für angemessen und realistisch, das soll aber von den Hochschulen flexibel gehandhabt werden.

Bayernkurier: Wo gibt's Nachholbedarf?

Höller: Es gibt sehr viel Nachholbedarf bei den Bibliotheken. Die Öffnungs- und Ferienzeiten sind zum Teil nicht mehr tragbar. Aber auch bei der Betreuung der Studenten müsste noch mehr gemacht werden. Mit den zusätzlichen Geldern könnten beispielweise Tutorenprogramme finanziert werden.

Bayernkurier: Braucht Deutschland Elite-Unis?

Höller: Elite-Universitäten kann man nicht von heute auf morgen hinstellen. Die müssen wachsen, das braucht mindestens ein halbes Jahrhundert – und es muss Kapital in Milliardenhöhe zur Verfügung stehen. Für Deutschland ist das nicht absehbar, wir haben nur die Möglichkeit, dass sich die einzelnen Hochschulen auf ihren Spezialgebieten fortentwickeln. Der bayerische Ansatz ist der richtige: Die Universitäten dort fördern, wo sie gut sind. Nur über die Profilbildung werden wir an die Weltspitze kommen.

Bayernkurier: Im internationalen Vergleich steigen die deutschen Akademiker sehr spät ins Berufsleben ein. Eine Verkürzung der Studienzeiten wie beim Gymnasium wäre doch der natürliche Schritt...

Höller: Ja, das müssen wir anstreben. Insbesondere dort, wo lange Wartezeiten die Studenten aufhalten. Man darf nicht Sprachkurse vorschreiben, die aber aufgrund einer zu geringen Kapazität de facto gar nicht zur Verfügung stehen. Dennoch muss aber genügend Zeit für ein abgerundetes Studienkonzept zur Verfügung stehen.

Bayernkurier: Aber es gibt auch viele Studenten, die ganz bewusst bummeln.

Höller: Spätestens mit der Einführung der Studiengebühr wird das Problem nicht mehr groß sein. Da überlegt man sich dann dreimal, ob und für welches Studium man sich einträgt. Wichtig ist aber vor allem, dass sich die Hochschulen ihre Studenten selber aussuchen können – und zwar zu 100 Prozent. Die Zentrale Studienplatzvergabe ist nicht zeitgemäß, sie muss ersetzt werden durch Bewerbungsgespräche und Eignungsprüfungen, in denen nicht nur Fachwissen abgefragt wird.

Bayernkurier: Wie sieht das Studium der Zukunft aus?

Höller: Wir brauchen mehr Eigenverantwortung, etwa bei der Auswahl der Hochschule oder der Qualität des Studiums. Wir brauchen mehr Auslandsaufenthalte und mehr englischsprachige und interdisziplinäre Vorlesungen.



Pressepiegel, Bayernkurier 10. 07.2004

Ziel: Sieg bei den Hochschulwahlen

(03.06.2004 Melanie Schübel) Marco Mehl ist neuer Vorsitzender der Studentengruppe RCDS

Erlangen. Kurz vor den Hochschulwahlen an der Friedrich-Alexander-Universität hat der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) in **Erlangen** einen neuen Vorsitzenden bekommen. Die Vertreter der **CSU**-nahen Studentenorganisation wählten kürzlich den Jura-Studenten Marco Mehl.

Der gebürtige Herzogenauracher ist 22 Jahre alt und löst Josef Ernst ab, der nicht wieder kandidiert hatte.

Politisch aktiv war Mehl bisher vor allem in der Jungen Union in Herzogenaurach, dort als Stellvertreter des Ortsvorsitzenden Matthias Düthorn. In seinem neuen Betätigungsfeld, der Hochschulpolitik, kann Mehl erstmals am 22. Juni Akzente setzen. Bei den Hochschulwahlen will er mit dem **RCDS** die Mehrheit im studentischen Konvent gewinnen, kündigte er nach seiner Wahl an. Dieser ist derzeit noch in der Hand von linken, sozialistischen Kräften wie der Juso-Hochschulgruppe oder der Alternativen und Farbenfrohen Liste.

Außerdem will Mehl die Aktivitäten und Positionen des **RCDS** besser in der Öffentlichkeit darstellen, ebenso den Service für Studenten verbessern und stärker mit **JU**-Verbänden und der **CSU** zusammenarbeiten. – Ein erstes Zeichen dafür war es, dass Mehl auch vom CDS-Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann Glückwünsche zu seiner Wahl erhielt. Herrmann selbst war zu seiner Studienzeit 1977/78 einmal **RCDS**-Vorsitzender in **Erlangen**.

Ebenfalls ein Vorgänger in dieser Position war ein weiterer Gratulant nach der Wahl, **Kurt Höller**. Er ist heute **RCDS**-Vorsitzender in **Bayern**. – Bei seiner neuen Aufgabe erhält Marco Mehl Unterstützung von weiteren Aktiven der Gruppierung. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Stephan Schlüter, Student der Wirtschaftsmathematik, gewählt. Schatzmeister ist künftige der Jurastudent Thomas Winkler, Geschäftsführerin bleibt weiterhin die Medizinstudentin Lisa Meintker.

mtu

FT, 3.6.04, S. 16 Ziel: Sieg bei den Hochschulwahlen

Marco Mehl ist neuer Vorsitzender der Studentengruppe RCDS

ERLANGEN. Kurz vor den Hochschulwahlen an der Friedrich-Alexander-Universität hat der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Erlangen einen neuen Vorsitzenden bekommen. Die Vertreter der CSU-nahen Studentenorganisation wählten kürzlich den Jura-Studenten Marco Mehl.

Der gebürtige Herzogenauracher ist 22 Jahre alt und löst Josef Tenst ab, der nicht wieder kandidiert hatte.

Politisch aktiv war Mehl bisher vor allem in der Jungen Union in Herzogenaurach, dort als Stellvertreter des Ortsvorsitzenden Matthias Dellhorn. In seinem neuen Betätigungsfeld, der Hochschulpolitik, kann Mehl erstmals am 22. Juni Akzente setzen. Bei den Hochschulwahlen will er mit dem RCDS die Mehrheit im studentischen Konvent gewinnen, kündigte er nach seiner Wahl an. Diese ist derzeit noch in der Hand von linken, sozialistischen Kräften wie der Juso-Hochschulgruppe oder der Alternativen und Farbentrollen Liste.

Außerdem will Mehl die Aktivitäten und Positionen des RCDS besser in der Öffentlichkeit darstellen, ebenso den Service für Studenten verbessern und stärker mit JU-Verbänden und der CSU zusammenarbeiten.



Gratulation vom Vorgänger: Der frühere Erlanger RCDS-Vorsitzende und heutige Landesvorsitzende Kurt Höller (li.) gratuliert dem Herzogenauracher Marco Mehl zum neuen Amt. Foto: privat

ten. – Ein erstes Zeichen dafür war es, dass Mehl auch vom CSU-Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann Glückwünsche zu seiner Wahl erhielt. Herrmann selbst war zu seiner Studienzeit 1977/78 selbst einmal RCDS-Vorsitzender in Erlangen.

Ebenfalls ein Vorgänger in dieser Position war ein weiterer Gratulant nach der Wahl, Kurt Höller. Er ist heute RCDS-Vor-

sitzender in Bayern. – Bei seiner neuen Aufgabe erhält Marco Mehl Unterstützung von weiteren Aktiven der Gruppe. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Stephan Schlüter, Student der Wirtschaftsinformatik gewählt. Schatzmeister ist künftig der Jurastudent Thomas Winkler, Geschäftsführerin bleibt weiterhin die Medizinstudentin Lisa Meintker.

Pressespiegel FT, 03.06.2004

Für Begabten-Förderung

(03.06.2004 Melanie Schübel) Landestagung des RCDS begrüßt die Modernisierung

Beim Treffen der Gruppenvorsitzenden des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern in Erlangen wurden neben der Wahl der Bezirkssprecher wichtige Beschlüsse zu den Themen Begabtenförderung und Bologna-Prozess gefasst.

Der RCDS in Bayern hat seine Vertretung auf Bezirksebene überarbeitet. Statt der bisherigen Bezirksdelegierten wird nun pro Bezirksverband ein Bezirkssprecher gewählt, der entsprechend der neuen JU-Satzung die Interessen der Studenten im JU-Bezirksausschuss vertritt. Die Neuordnung des Bezirkssprecherwahlmodells wurde von den anwesenden Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen, so dass Neuwahlen durchgeführt werden konnten. (Übersicht über die neu gewählten Bezirkssprecher unter www.RCDS-bayern.de)

Die Programmkommission legte dem Landesausschuss zwei Entwürfe vor, die beide von den anwesenden Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen wurden. So wurde eine Stellungnahme des RCDS zur Neuordnung der Begabtenförderung in Bayern verabschiedet. Darin begrüßt der RCDS den Vorschlag zur Modernisierung der Begabtenförderung in Bayern nachdrücklich.

Der RCDS spricht sich für das Konzept der materiellen und ideellen Förderung aus. Der Zugang soll Studenten bis zum fünften Semester offen stehen.

Bei den Treffen der Gruppenvorsitzenden des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern in Erlangen wurden neben der Wahl der Bezirkssprecher wichtige Beschlüsse zu den Themen Begabtenförderung und Bologna-Prozess gefasst.

Der RCDS in Bayern hat seine Vertretung auf Bezirksebene überarbeitet. Statt der bisherigen Bezirksdelegierten wird nun pro Bezirksverband ein Bezirkssprecher gewählt, der ent-

Für Begabten-Förderung

Landestagung des RCDS begrüßt die Modernisierung

sprechend der neuen JU-Satzung die Interessen der Studenten im JU-Bezirksausschuss vertritt. Die Neuordnung des Bezirkssprecherwahlmodells wurden von den anwesenden Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen, so dass Neuwahlen

durchgeführt werden konnten. (Übersicht über die neu gewählten Bezirkssprecher unter www.rcds-bayern.de)

Die Programmkommission legte dem Landesausschuss zwei Entwürfe vor, die beide von den anwesenden

Gruppenvorsitzenden einstimmig angenommen wurden. So wurde eine Stellungnahme des RCDS zur Neuordnung der Begabtenförderung in Bayern verabschiedet. Darin begrüßt der RCDS den Vorschlag zur Modernisierung der Begabtenförderung in Bayern nachdrücklich.

Der RCDS spricht sich für das Konzept der materiellen und ideellen Förderung aus. Der Zugang soll Studenten bis zum fünften Semester offen stehen.

Pressespiegel EN 03.06.2004

Junge Union legt erfolgreiche Bilanz vor

(29.05.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Kreisvorsitzender Stefan Ebner im Amt bestätigt - 50-Jahr-Feier am 26. Juni mit Erwin Huber

Zwiesel. Dreigeteilt war die diesjährige Kreisversammlung des **JU**-Kreisverbandes Regen: Vorsitzender Stefan Ebner legte einen umfangreichen Rechenschaftsbericht vor, die turnusgemäßen Neuwahlen standen auf dem Programm und **RCDS-Landesvorsitzender Kurt Höller** aus Deggendorf referierte über die Bildungspolitik.

Eine ganze Reihe von Gästen konnte **JU**-Kreisvorsitzender Stefan Ebner bei der diesjährigen Kreisversammlung im Gasthof "Zwieseler Hof" begrüßen, darunter auch Bürgermeister Robert Zettner, stellvertretenden **CSU**-Kreisvorsitzenden Willi Köckeis, **RCDS**-Landesvorsitzenden **Kurt Höller** aus Deggendorf, **SU**-Kreisvorsitzenden Stephan Rabl, **FU**-Kreisvorsitzende Renate Fritz, **JU**-Ortsvorsitzenden Rainer Nepl.

Stefan Ebner berichtete in seinem Rechenschaftsbericht von 70 durchgeführten und besuchten Veranstaltungen des knapp 400 Mitglieder zählenden **JU**-Kreisverbandes seit der Kreisversammlung Mitte August vergangenen Jahres. Besonders erwähnte er die Klausurtagung in Kloster Banz, die Aktion "Zukunft für Ostbayern", die Diskussion mit Kreisjugendpfleger Martin Hackl zur Sozialraumanalyse, die Gründung einer Schüler-Union im Landkreis, die Erstellung eines Forderungskatalogs an die Mandatsträger, das Gespräch mit Landrat Heinz Wölfl über die Finanznot der Kommunen, die Erstellung eines Lehrstellenspiegels, den Arbergipfeltreffen und die Aktion "schönste Augen im Landkreis", deren Abschlussveranstaltung am 12. Juni in der Disco "Martinique" in Regen stattfand.

Er bat die Delegierten, auch weiterhin Mitglieder zu werben, um den Verlust von jährlich ca. 40 Mitgliedern wegen der 35-Jahresgrenze wettzumachen. Der Kreis-Chef bekannte, dass Politik momentan spannender denn je sei. Die Aufgabe der **JU** sieht er derzeit darin, vieles im Sozialstaat neu zu definieren, um zu unterscheiden, was notwendig und was wünschenswert sei. Bei der derzeitigen demographischen Entwicklung könne deshalb der Rahmen nicht 35-Stunden-Woche und Rente mit 55 lauten, sondern 42- und 43-Stunden-Wochen und Rente mit 70, beendete der Jungpolitiker seinen politischen Bericht.

Die anschließenden turnusgemäßen Neuwahlen bestätigten Stefan Ebner ein-drucksvoll mit 48 von 51 Stimmen als Kreisvorsitzenden. Als stellvertretende Kreisvorsitzende stehen ihm wie bisher Ronny Raith, Yvonne Marx und Josefa Schmid zur Seite. In das Stellvertretergremium rückte auch die neu gewählte **JU**-Ortsvorsitzende Andrea Fritz aus Bodenmais auf. Der bisherige stellvertretende Kreisvorsitzende Markus Käser aus Regen stellte aus beruflichen Gründen sein Amt zur Verfügung. Als Geschäftsführer wurde Webmaster Karl-Heinz Göstl aus Zwiesel bestellt. Kreisschatzmeisterin bleibt Bianca Wildfeuer.

Begehrt waren die neun Beisitzerposten. Folgende Mitglieder gehören künftig dem Kreisausschuss an: Claudia Ruderer (Langdorf), Manfred Kölbl (Langdorf), Stefan Achatz (Arnbruck), Silke Tremel (Bodenmais), Martin und Steffi Strunz (beide Zwiesel), Markus Kraus (Gotteszell), Judith Köppe (Regen) und Karin Stadler (Kollnburg). Kassenprüfer sind Markus Dahlke und Hans Seidl.

Der neu gewählte Vorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern (RCDS) Kurt Höller** aus Deggendorf nutzte während den Wahlgängen die Zeit für sein Referat zum Thema "Leere Kassen - hohle Köpfe?". Die Bildungspolitik insgesamt werde immer wichtiger und vielschichtiger, so **Höller**. Die Hochschulfinanzierung der Zukunft bestehe für ihn nicht nur aus staatlichen Zuwendungen. Aus der Wirtschaft müssten künftig deutlich mehr Drittmittel geworben werden. Universitäten müssten noch viel effizienter wirtschaften und planen, auch die Studenten dürften bei der finanziellen Beteiligung nicht ausgeschlossen werden. Den Sparzwängen der letzten Jahre konnte **Höller** aber auch Chancen abgewinnen. Den Abbau unnötiger Bürokratie in der Hochschulverwaltung, das Schließen erfolgloser Studiengänge, größerer internationaler Wettbewerb und die stärkere Kooperation der Hochschulen seien positive Signale für die Bildungspolitik.

Zum Schluss der Kreisversammlung waren auch die Delegiertenergebnisse ausgezählt. Bezirksdelegierte der Kreis-**JU** sind künftig Bianca Wildfeuer, Ronny Raith, Yvonne Marx, Andrea Fritz, Silke Tremel, Claudia Ruderer, Karin Stadler, Johann Geiger und Rainer Nepl. Landesdelegierter des Kreises ist Ronny Raith.

Wegen der Altersgrenze wurde für 20-jährige aktive **JU**-Mitgliedschaft noch das langjährige Kreisausschussmitglied Alois Oswald aus Drachselsried mit einem Geschenkkorb verabschiedet. Ehe dann Stefan Ebner auf die große Veranstaltung am 26. Juni in der Glashütte des Baron von Poschinger in Frauenau hinweisen konnte: die 50-Feier des **JU**-Kreisverbandes Regen, bei der der niederbayerische **CSU**-Bezirksvorsitzende und Staatskanzlei-Chef Erwin Huber die Festrede halten wird.

JU- Kreisverband niederbayernweit auf Platz 3

(11.05.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Mitgliederversammlung mit Bezirksvorsitzendem Andreas Scheuer

Deggendorf (js). Die Junge Union ist im Kreis Deggendorf gut aufgestellt: Mit 514 Mitgliedern steht der Verband in Niederbayern auf Platz drei und bayernweit auf dem 15. Rang bei 108 Verbänden. Diese Bilanz präsentierte **JU**-Vorsitzender Christian Moser bei einer Mitgliederversammlung am Sonntag.

[...] Die Delegierten entlasteten die Vorstandschaft und sprachen sich einstimmig dafür aus, **Kurt Höller**, den Landesvorsitzenden des **RCDS**, in die Kreisvorstandschaft aufzunehmen.

Kurt Höller im CSU-Vorstand

(27.04.2004 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

RCDS-Landesvorsitzender will sich für Unis einsetzen

Deggendorf (lm). Nach der Übernahme des Landesvorsitzes im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) im Februar ist der Altmettener **Kurt Höller** nun auch Mitglied im **CSU**-Partei Vorstand. Auf Vorschlag Edmund Stoibers wurde er auf einer Vorstandssitzung einstimmig in den Parteivorstand aufgenommen. Er ist erst der dritte **RCDS**-Vorsitzende, der beide Ämter gleichzeitig ausübt.

Die **CSU** habe damit zeigen wollen, wie wichtig ihr Universitäten und Studenten seien, erklärte **Höller**. Seine Aufnahme in den Parteivorstand habe den bayerischen **RCDS** aufgewertet. Mit seinem neuen Amt könne er nun noch wirkungsvoller für die Anliegen von Studenten und Unis eintreten, erklärte **Höller**, der in **Erlangen** Elektrotechnik studiert. Im Parteivorstand betrachte er sich als Sprecher des **RCDS**. Über die regelmäßigen Sitzungen und Treffen stehe er nun in nahem Kontakt zu den Entscheidungsträgern und habe mehr Einflussmöglichkeiten.

Kurt Höller im CSU-Vorstand
 RCDS-Landesvorsitzender will sich für Unis einsetzen

Deggendorf (lm). Nach der Übernahme des Landesvorsitzes im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) im Februar ist der Altmettener Kurt Höller nun auch Mitglied im CSU-Partei Vorstand. Auf Vorschlag Edmund Stoibers wurde er auf einer Vorstandssitzung einstimmig in den Parteivorstand aufgenommen. Er ist erst der dritte RCDS-Vorsitzende, der beide Ämter gleichzeitig ausübt.

Die CSU habe damit zeigen wollen, wie wichtig ihr Universitäten und Studenten seien, erklärte Höller. Seine Aufnahme in den Parteivorstand habe den bayerischen RCDS aufgewertet. Mit seinem neuen Amt könne er nun noch wirkungsvoller für die Anliegen von Studenten und Unis eintreten, erklärte Höller, der in Erlangen Elektrotechnik studiert. Im Parteivorstand betrachte er sich als Sprecher des RCDS. Über die regelmäßigen Sitzungen und Treffen stehe er nun in nahem Kontakt zu den Entscheidungsträgern und habe mehr Einflussmöglichkeiten.



Kurt Höller sieht den RCDS durch seine Berufung gestärkt.
 (F.: Binder)

Altmettener Höller neuer RCDS-Chef

(27.02.2004 Melanie Schübel) Plattlinger Anzeiger

Deggendorf.

Zum neuen Landesvorsitzenden des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in **Bayern** e.V. wurde auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** (siehe Bild) von den Vertretern der 16 anwesenden bayerischen Hochschulgruppen gewählt.

In einer Kampfkandidatur setzte sich der 23-jährige **Höller**, ein "Altmettener" gegen die 25-jährige Katrin Wiesheu, Studentin der Politikwissenschaften an der Hochschule für Politik in München, durch.

Im ersten Wahlgang errang er mit 28 von 53 Stimmen knapp die absolute Mehrheit und löst damit Ralf Müller als bisherigen Landeschef ab.

Höller hat sich zum Hauptziel seiner einjährigen Amtszeit gesetzt, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des **RCDS** in **Bayern** stärker zu fokussieren. „Wir müssen die gute inhaltliche Arbeit, die der **RCDS** in der Hochschulpolitik leistet stärker nach außen tragen“, so **Höller**. Gegenkandidatin Kathrin Wiesheu wurde von den Delegierten zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Der neue Vorsitzende, der in der Lallinger Gegend aufgewachsene **Kurt Höller**, besuchte in seiner Schulzeit das Sankt-Michaels-Gymnasium. Darauf ist er noch heute in gewisser Weise stolz, wie er gestern im Gespräch mit unserer Zeitung unterstrich. Die Klosterschule habe ihm neben vielem anderen den Ehrgeiz mitgegeben, sich auch ausserhalb seines Studiums zu engagieren.



Pressespiegel PA 27.02.04

Kurt Höller will bei Hochschulpolitik mitreden

(26.02.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

Altmettener übernimmt Landesvorsitz im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

Deggendorf (she). Der 23-jährige **Kurt Höller** ist zum Landesvorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**) gewählt worden. Der Altmettener studiert in **Erlangen** Elektrotechnik und will sich für eine vernünftige Hochschulpolitik einsetzen.

Aufgewachsen ist der gebürtige Münchner im Lallinger Winkel; seine Schulzeit verbrachte **Kurt Höller** als Internatsschüler im Mettener St.-Michaels-Gymnasium. Und wie vielen Absolventen hat die Klosterschule auch ihm den Ehrgeiz mitgegeben, sich neben Studium oder Beruf zu engagieren.

Dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist **Kurt Höller** schon in seinem ersten Semester als Student der Elektrotechnik in **Erlangen** beigetreten. Dort brachte er es schnell zum Gruppenvorsitzenden, dann wurde er in den politischen Beirat des Bundesvorstands berufen. Im vergangenen Jahr wurde er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Vor knapp drei Wochen setzte er sich bei der Wahl zum Landesvorsitzenden im Deggendorfer NH-Hotel knapp gegen seine Gegenkandidatin durch.

Seither ist er noch mehr unterwegs als vorher: Am Donnerstag trifft er Kultusminister Dr. Thomas Goppel, mit dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses und Landtagsabgeordneten Dr. Ludwig Spaenle kommt er regelmäßig zusammen und auch mit FH-Präsident Prof. Dr. Reinhard Höpfl hat er sich bereits kurzgeschlossen. **Höller** lobt den "extremen Praxisbezug" der FH, die Verbindung zum ITC und die Auftragsforschung, die sich an der FH entwickelt habe. "Das ist ein großer Vorteil, dass sich Deggendorf hier seine Nische gesucht hat", so **Höller**.

Service und Information von der Zimmer- zur Bücherbörse und Bafög-Beratung für Studenten, Kandidaturen bei den Hochschulwahlen und Lobbyarbeit bei der Regierung in München - diese drei Bereiche umfassen die Aufgaben des **RCDS Bayern**. Seine eigenen Schwerpunkte als neuer **Landesvorsitzender** will **Höller** bei der verstärkten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und dem Thema Hochschulfinanzierung setzen. Außerdem hat der Student den Landesvorstand vergrößert und mit zusätzlichen Aufgaben betraut und ein Büro in **Erlangen** eröffnet, das neben der Münchner Geschäftsstelle als Anlaufstelle für die nordbayerischen Studenten dienen soll.

"Wir wollen eigene Konzepte in die Diskussion einbringen. Ich bin für den Wettbewerbsgedanken, aber die Hochschulen sollen auch die Möglichkeit haben, die Gelder flexibel und nach ihren Bedürfnissen einzusetzen", umreißt er seine Vorstellungen. Die Einführung von Studiengebühren hält **Höller** für sicher. In welcher Höhe und ob sie an jeder Hochschule gleich viel betragen werden, darüber will der **RCDS** noch mit Entscheidungsträgern debattieren. Kritik übt **Höller** am Elitemodell der Bundesregierung: "Es bringt nichts, wenn man nur ein paar Hochschulen herauspickt und zu ihnen sagt: Ihr seid die Elite."

Umso mehr setzt der Student auf Gespräche und Lobbyarbeit mit den Landespolitikern: "Wir unterstützen die Spar-Bemühungen der Regierung, aber man muss hier schon sehr vorsichtig sein, dass man im Hochschulbereich nicht durch vorübergehende Maßnahmen kontinuierlich gewachsene Strukturen zerstört."

Sein eigenes Studium will **Höller** trotz der zusätzlichen Aufgaben zügig durchziehen. "Ich brauche höchstens ein Semester länger als geplant." In Deggendorf betreibt **Höllers** Vater ein kleines mittelständisches Produktionsunternehmen für elektromechanische Verbindungstechnik. Das einmal zu übernehmen, kann sich der Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung genauso vorstellen wie eine spätere politische Karriere: "Ausschließen will ich gar nichts."

Den Antrieb für sein Engagement hat **Höller** die Schulzeit in Metten vermittelt. Dort erlebte er als Schüler, welche kreativen Potenziale frei werden, wenn die Schüler entsprechend gefördert werden. Ein solches Aufspüren von Begabungen und Fähigkeiten wünscht er sich auch an den Hochschulen. Den Kontakt zu Metten lässt er nicht abreißen: "Jedes Jahr verbringe ich an Ostern ein paar Tage im Kloster. Dort kann ich in Ruhe nachdenken."

Kurt Höller will bei Hochschulpolitik mitreden

Altmettner übernimmt Landesvorsitz im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

Deggendorf (sh). Der 23-jährige Kurt Höller ist zum Landesvorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) gewählt worden. Der Altmettner studiert in Erlangen Elektrotechnik und will sich für eine vernünftige Hochschulpolitik einsetzen.

Aufgewachsen ist der gebürtige Münchner im Lällinger Winkel, seine Schulzeit verbrachte Kurt Höller als Internatschüler im Mettner St. Michaels-Gymnasium. Und wie vielen Absolventen hat die Klosterschule auch ihm den Ehrgeiz mitgegeben, sich neben Studium oder Beruf zu engagieren.

Dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist Kurt Höller schon in seinem ersten Semester als Student der Elektrotechnik in Erlangen beigetreten. Dort brachte er es schnell zum Gruppenvorsitzenden, dann wurde er in den politischen Beirat des Bundesvorstands berufen. Im vergangenen Jahr wurde er zum stell-

vertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Vor knapp drei Wochen setzte er sich bei der Wahl zum Landesvorsitzenden im Deggendorfer NH-Hotel knapp gegen seine Gegenkandidatin durch.

Seither ist er noch mehr unterwegs als vorher: Am Donnerstag trifft er Kultusminister Dr. Thomas Goppel, mit dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses und Landtagsabgeordneten Dr. Ludwig Spaenle kommt er regelmäßig zusammen und auch mit FH-Präsident Prof. Dr. Reinhard Hopf hat er sich bereits kurzgeschlossen. Höller lobt den „extremen Praxisbezug“ der FH, die Verbindung zum ITC und die Auftragsforschung, die sich an der FH entwickelt habe. „Das ist ein großer Vorteil, dass sich Deggendorf hier seine Nische gesucht hat“, so Höller.

Service und Information von der Zimmer- zur Bücherbene und BafoG-Beratung für Studenten, Kandidatinnen bei den Hochschulwahlen und Lobbyarbeit bei der Regierung in München – diese drei Bereiche umfassen die Aufgaben des

RCDS Bayern. Seine eigenen Schwerpunkte als neuer Landesvorsitzender will Höller bei der verstärkten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und dem Thema Hochschulförderung setzen. Außerdem hat der Student den Landesvorstand vergrößert und mit zusätzlichen Aufgaben betraut und ein Büro



Kurt Höller führt den Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bayern. (Foto: Eisdler)

in Erlangen eröffnet, das neben der Münchner Geschäftsstelle als Anlaufstelle für die nordbayerischen Studenten dienen soll.

„Wir wollen eigene Konzepte in die Diskussion einbringen. Ich bin für den Wettbewerb dankbar, aber die Hochschulen sollen auch die Möglichkeit haben, die Gelder flexibel und nach ihren Bedürfnissen einzusetzen“, unternimmt er seine Vorstellungen. Die Einführung von Studiengebühren hält Höller für sicher. In welcher Höhe und ob sie an jeder Hochschule gleich viel betragen werden, darüber will der RCDS noch mit Entscheidungsträgern diskutieren. Kritik übt Höller am Elternmodell der Bundesregierung. „Es bringt nichts, wenn man nur ein paar Hochschulen herauspickt und zu ihnen sagt: Ihr seid die Elite.“

Umso mehr setzt der Student auf Gespräche und Lobbyarbeit mit den Landespolitikern: „Wir unterstützen die Sparbemühungen der Regierung, aber man muss hier schon sehr vorsichtig sein, dass man im Hochschulbereich nicht durch vor-

übergehende Maßnahmen kontinuierlich gewachsene Strukturen zerstört.“

Sein eigenes Studium will Höller trotz der zusätzlichen Aufgaben zügig durchziehen. „Ich brauche höchstens ein Semester länger als geplant.“ In Deggendorf betreibt Höllers Vater ein kleines mittelständisches Produktionsunternehmen für elektrotechnische Verbindungstechnik. Das einmal zu übernehmen, kann sich der Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung genauso vorstellen wie eine spätere politische Karriere. „Anschließend will ich gar nichts.“

Den Antrieb für sein Engagement hat Höller die Schulzeit in Metten vermittelt. Dort erlebte er als Schüler, welche kreativen Potenziale frei werden, wenn die Schüler entsprechend gefördert werden. Ein solches Aufspüren von Begabungen und Fähigkeiten wünscht er sich auch an den Hochschulen. Den Kontakt zu Metten lässt er nicht abreißen. Jedes Jahr verbringt er ein Ostern ein paar Tage im Kloster. Dort kann sich in Ruhe nachdenken.

Kurt Höller im Interview bei der PNP

Aufbaustudiengang "Schulmanagement" gefordert

(17.02.2004 Kurt Höller) Passauer Neue Presse

RCDS-Landesdelegierte wählen neuen Vorsitzenden

Deggendorf (dz). Zum neuen Landesvorsitzenden des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in **Bayern** e.V. wurde auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** gewählt.

Deggendorf (dz). Zum neuen Landesvorsitzenden des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in **Bayern** e.V. wurde auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** gewählt.

Die Vertreter der 16 anwesenden bayerischen Hochschulgruppen verabschiedeten außerdem einen Antrag zur Reform des Lehramtstudiums. Der RCDS fordert einen stärkeren Praxisbezug des Lehramt-Studiums. Pädagogische Fähigkeiten dürften nicht als Nebensache behandelt werden, sondern müssten gewichtiger Teil der Lehrerbildung sein. Um Lehrkräfte auf schulinterne Führungsaufgaben vorzubereiten, solle ferner ein Aufbaustudiengang Schulmanagement eingerichtet werden.

Zuvor hatte sich in einer Kampfkandidatur der 23-jährige **Höller** gegen die 25-jährige Katrin Wiesheu, Politikwissenschaftsstudentin an der Hochschule für Politik in München, durchgesetzt. Kathrin Wiesheu wurde zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Als Stellvertreter stehen ihr der Bayreuther Franz Hofmann und Patrick Feidt aus Ingolstadt zur Seite. Die Bamberger Studentin Isabelle Butz wurde zur Schatzmeisterin gewählt.

Mit seinem Modell zur Einführung von Studiengebühren stellt sich der **RCDS** in **Bayern** hinter den Sparkurs der bayerischen Staatsregierung, den Gast MdL Dr. Ludwig Spaenle in seinem Vortrag eindringlich verteidigt hatte. Nachlaufende Studiengebühren befürwortet der konservative Studentenverband allerdings nur, wenn diese finanziellen Mittel vollständig für die Universitäten eingesetzt werden.

RCDS Bayern: Neuer Vorsitz

(17.02.2004 Melanie Schübel) Passauer Neue Presse

Deggendorf.

Der Erlanger Elektrotechnikstudent **Kurt Höller** ist zum neuen Landesvorsitzenden des "Rings Christlich-Demokratischer Studenten in **Bayern** e.V." (**RCDS**) gewählt worden. Der 23-jährige setzte sich auf der Landesdelegiertenversammlung in Deggendorf gegen seine Konkurrentin Katrin Wiesheu (25) aus München durch. Sie

wurde von den Delegierten der 16 Hochschulgruppen zu seiner Stellvertreterin gewählt. **Höller** will in seiner einjährigen Amtszeit vor allem die Öffentlichkeitsarbeit des **RCDS** in **Bayern** stärken.



Pressespiegel PNP 17.02.2004

Unfeine Methoden - Schiedsgericht erklärt RCDS-Wahlen für ungültig

(07.02.2004 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung

Der rosafarbene Universitätsbau nennt sich "Schweinchenbau", und was dort Ende November passierte, hält Frank Gübner immer noch für eine "eine ziemliche Schweinerei". Dass es tatsächlich nicht allzu fein zugeht beim Wahlabend des Münchner Rings Christlich-Demokratischer Studenten (**RCDS**), hat jetzt auch das Landesschiedsgericht der **CSU**-nahen Hochschulgruppe festgestellt. Es erklärte die Wahlen schlicht für ungültig und den gewählten Neuvorsitzenden Dominic Falter für abgesetzt.

Denn merkwürdig erschien allemal, was da passierte. "Plötzlich", so erinnert sich der bisherige **RCDS**-Schatzmeister Gübner, "kamen mindestens 25 Leute in den Raum, die wir nie vorher gesehen haben". Und alle, so entschied der als Wahlleiter eingesetzte Alexander Dietrich, derzeit immerhin Chef der ebenfalls von Wahlmanipulationsvorwürfen geplagten Münchner Jungen Union, durften mitwählen. Ergebnis: Neuer **RCDS**-Chef wurde der Volkswirtschaftsstudent Falter; Gübner und seine Mitstreiter aus dem alten Vorstand wurden abgewählt. "Das war eine feindliche Übernahme", staunte die stellvertretende **RCDS**-Landeschefin Kathrin Wiesheu - und zwar ganz nach einem Modell, das die Münchner **JU** in innerparteilichen Kämpfen so auf die Spitze trieb, dass die Staatsanwaltschaft gegen den bei der **RCDS**-Wahl ebenfalls präsenten **JU**-Chef Rasso Graber ermittelt.

So hatte die bisherige **RCDS**-Chefin Antonie Schmidt-Ramsin die Neuen ohne Wissen ihres Vorstandes einfach aufgenommen, satzungswidrig, befand das Schiedsgericht. Jetzt muss der alte Vorstand über alle Neuaufnahmen seit Februar letzten Jahres entscheiden und dann erst eine neue Vorstandswahl ansetzen. Der abgesetzte Dominic Falter, nach Ansicht des Gerichts nicht einmal rechtmäßig aufgenommenes **RCDS**-Mitglied, hält diese Entscheidung für "völlig willkürlich" und vermutet seinerseits dunkle Umtriebe seiner Gegner.

Auf einer **RCDS**-Landesversammlung in Deggendorf will Wiesheu nämlich heute Landeschefin werden und Gübner Landesschatzmeister. Die sechs von der Falter-Mehrheit bestimmten Delegierten der Münchner Uni dürfen nun nicht mitstimmen - Vorteil Wiesheu, raunt Falter. Doch an unlautere Absichten Wiesheus mag nicht einmal ihr Gegenkandidat **Kurt Höller** glauben: "Auch ich war immer dafür, dass ein Schiedsgericht klärt, was in München los war."

Jan Bielicki

Gummibärchen versus Weltrevolution

(04.07.2001 Kurt Höller) Süddeutsche Zeitung - Bayernteil Seite 1

Mit Thesen und Tequila kämpfen RCDS und Jusos gegen Wahlmüdigkeit an - Studenten haben andere Probleme

Erlangen - Kurt Höller verbiegt sich dieser Tage und das gibt er jedem gerne schriftlich. Der Student im zweiten Semester hat eine Kiste Lineale neben sich stehen und wer an ihm vorbei will, dem drückt er eines in die Hand. "Wir verbiegen uns für Euch", steht auf dem Lineal. Das meint nicht nur, dass das Lineal elastisch ist, um in dicken Bücher besser unterstreichen zu können. Es soll auch heißen, dass der "Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (**RCDS**) viel für die Kommilitonen tut. **Höller** ist im Wahlkampf, er will in den Senat der Uni und die Lineale sollen ihn und den **RCDS** sympathisch machen. In diesen Wochen wählen die bayerischen Studenten ihre Vertreter, doch die meisten wissen gar nichts davon. In **Erlangen** haben im letzten Jahr 18000 Studenten von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht - von insgesamt 20000. Richard Malter leitet das Wahlamt der Erlanger Universität seit 1989 und die Wahlbeteiligung ist seitdem von 31 Prozent auf zwölf Prozent im letzten Jahr gesunken. "Dieses Jahr ist das Wetter nicht zu schlecht und nicht zu gut", sagt Malter und überlegt, wie sich das wohl auf die Wahlbeteiligung auswirken wird.

Auf dem Roten Platz vor der Südmensa liegen die Studenten und verdauen ihr Mittagessen. Es gab Putenbrustgeschnetzeltes mit Chinagemüse. **Höller** unterbricht die Ruhe mit Wahlkampf. Das klingt so: "Heute Cocktail-Party. Es gibt auch billigen Tequila. Und nicht vergessen: Wählen gehen! Ist auch egal wen." Aus der allgemeinen Entpolitisierung hat der **RCDS** Konsequenzen gezogen. Gut 50 Leute werden nachher zu der Party der **CSU**-nahen Hochschulgruppe kommen und ein paar Flaschen von dem billigen Tequila trinken. "Ein Erfolg", findet **Höller**. Für den Wahltag hat der **RCDS** Freibier ran geschafft. "Wir geben uns keinen Utopien hin, wir bleiben bei der Realität", sagt **Höller**. Dass die Studenten sich nicht mehr für Politik interessieren, müsse man berücksichtigen. Service statt Parolen. Das Wahlprogramm hat der **RCDS** auf den Infotisch geklebt: "ZVS abschaffen, keine Studiengebühren" steht da. Mehr nicht. Ist auch nicht so wichtig. Es gibt Feuerzeuge, Gummibärchen und Traubenzucker. Auch Rasierer und Damenbinden waren im Angebot. "Ich sehe keinen sehr großen Sinn in der Politik, sondern im gemeinsamen Engagement", sagt **Höller**, der immerhin Vorsitzender des Erlanger **RCDS** ist. Nicht alle Gruppierungen an der Uni **Erlangen** sehen das so. Während die **RCDS**-Plakate so knapp wie inhaltsleer sind ("Für mehr Pudding in der Mensa"), hat die Juso-Hochschulgruppe ihr ganzes Wahlprogramm abgedruckt. Es fängt an mit: "Ziel des Sozialismus ist es,..." Selbst der Sozialistische Hochschulbund (SHB) hat in **Erlangen** überlebt und kämpft "während des Semesters regelmäßig am Dienstag um 20.30 Uhr" für die Weltrevolution.

Linke wie Rechte bekriegen sich gleichermaßen verbittert und unter Ausschluss der Öffentlichkeit. "Ich weiß gar nicht, was eigentlich gewählt wird", sagt Informatikstudent Sebastian Seifert. "Aber so habe ich mir die sterbenden Studentenverbände der achtziger Jahre vorgestellt", sagt er dann noch. "Ich weiß nicht, worum es geht und es interessiert mich auch nicht", meint eine junge Elektrotechnikerin im vierten Semester. **Höller** lässt nicht locker: "Was kann man dagegen tun?" - Die Studentin: "Nichts." "Ein landesweiter Trend", sagt eine Sprecherin des Wissenschaftsministeriums. Seit diesem Jahr kann man die Wahlunterlagen auch aus dem Internet runter laden. Die Wählerzahlen werden sich dadurch auch nicht wesentlich verbessern. Nur ein Student machte von dem Angebot Gebrauch. "Die Studenten wissen einfach nicht, welche Möglichkeiten sie haben", sagt Johannes Schadock von der Juso-Hochschulgruppe. Außerdem hätten die Wahllokale doch nur bis 17 Uhr auf. Als ob das der Grund wäre.

BAYERN

Hochschulwahlen in Bayern: Beispiel Erlangen

Gummibärchen versus Weltrevolution

Mit Thesen und Tequila kämpfen RCDS und Jusos gegen Wahlmüdigkeit an – Studenten haben andere Probleme

Von Janis Vogtkeas



Qu
zurück

Es gelang es länger als...
schiebe auch p...
zahlen. Auch...
schalt zusammen...
bei dem Abscheu...
bei Induzierung...
Wahlberechtigung...
sich aus die Univ...
kinnern, gewiss...
Betriebswirtschaft...
gibt es hat. Gema...
trieb- und Handels...
startet sie im Kom...
ter of Business Adm...
Das Angebot richtet...
kräfte, die sich weiter...
ten. Die Teilnehmer in...
zahlen.

Wir brauchen in...
und nicht Spitzens...
etagen", sagt DDK-Che...
für moderne Mensc...
auch in Fragen der...
schaft der Ethik und d...
im Zusammenhang "W...
die gebildete Mensch...
Universitätsbestreit...
sowie aus dem Auslan...
schen „erweiterte MSA...
schon „erweiterte MSA...
per ausschließlich Führung...
sieren bei uns die Chanc...
„Auch Spitzenwähler und...
müssen Abstriche haben...
Mann. Die DDK wählte die...
Richtzeit, weil sie „klein und...
ist. Wir würden das Angebo...
eine überwachbaren Unvers...
Hipp. Die Betriebswirtsch...
ist fast ...

Einem stehen die engagierten Vertreter der „Ringe Christlich-Demokratischer Studenten“ (RCDS) an der Erlanger Uni. Doch...
arbeit unentgeltlich ihre Fahrt nicht automatisch zu einer hohen Wahlbereitschaft.

so wichtig. Es gibt Feuerzeuge, Gummibärchen und Trübsensacker. Auch Kassen...
bot. „Ich sehe keinen sehr großen Sinn in...
der Politik, sondern im gemeinsamen Ein...
gagement“, sagt Höller, der übertrieb...
Nicht alle Gruppenangehörigen an...
langes seien des...
Platz...

(RCDS) hat in Erlangen überlebt und...
kämpft, während des Semesters regelmä...
dig am Donnerstag um 20.30 Uhr. Für die...
Linke wie Rechte bek...
chemaden ...

ler lässt nicht locker. „Was kann man...
gegen tun?“, Die St...
„Ein lauch...“ Die St...

Foto: Frank Becker

Kurt Höller, Dorothee Mantel und Joachim Grütter, Erlangen